IWK

Internationale
Wissenschaftliche
Korrespondenz

zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

JOHN A. MOSES: The Trade Union Issue in German Social Democracy 1890 - 1900
URSULA RATZ Aus Franz Mehrings marxistischer Frühzeit
GERALD D FELDMAN: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement
JÖRG SCHADT: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Mannheim
FORSCHUNGS– UND PUBLIKATIONSVORHABEN
PETER LÖSCHE. Probleme der Anarchismusforschung
NEUE LITERATUR

19/20
Dez. 73

IWK
Internationale wissenschaftliche Korrespondenz
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Beiheft 1

Hedwig Wachenheim

VOM GROSSBÜRGERTUM ZUR SOZIALDEMOKRATIE

Memoiren einer Reformistin

168 Seiten Snolin DM 14,80

Hedwig Wachenheims Erinnerungen geben Aufschlüsse über die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in dem Zeitraum zwischen den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg und der Anfangsphase der Weimarer Republik; Aufschlüsse, die zum Verständnis dieser Bewegung in besonderer Weise beitragen können. Sie zeigen, ebenso wie Hedwig Wachenheims bedeutendes Geschichtswerk "Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914" (erschienen 1967) ein der deutschen Sozialdemokratie eigentümliches Phänomen, das die Verfasserin offenbar zeit ihres Lebens beschäftigt hat: die Partei und die mit ihr verbundenen Organisationen als eine gegenüber der übrigen Gesellschaft weitgehend abgeschlossene Gemeinschaft. Die von politischem und sozialem Bewußtsein erfüllte Arbeiterschaft bildete die breite Basis der Gemeinschaft, aus ihr erwuchsen auch zum großen Teil deren maßgebende Führer.

Ein besonderer Reiz der Erinnerungen liegt auch in der Charakterisierung der bedeutenden Männer und Frauen, vor allem vieler führender Persönlichkeiten der SPD, denen sie begegnet war. Sie ist von einer – gerade in der politischen Memoirenliteratur – ungewöhnlichen Offenheit und Unbekümmertheit.

Durch den Tod Hedwig Wachenheims im Oktober 1969 ist ihr Memoirenwerk unvollendet geblieben. Die von der Verfasserin geplante Straffung und Bearbeitung des Textes wurde im Einvernehmen mit der Familie und engen Freunden der Sozialdemokratin Frau Dr. Susanne Miller anvertraut.

Colloquium Verlag Berlin

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin

herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Inhalt

JOHN A. MOSES: The Trade Union Issue in German Social Democracy 1890 - 1900 ..... S. 1

URSULA RATZ: Aus Franz Mehrings marxistischer Frühzeit. Ein Briefwechsel Franz Mehrings mit Lujo Brentano (1891 - 93) ..... S. 20

GERALD D. FELDMAN: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement: A Documentation ..... S. 45

JÖRG SCHADT: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Mannheim ..... S. 103

JÁNOS JEMNITZ und FERENC MUCSI: Beiträge zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in der ungarischen Zeitschrift "Acta Historica" ..... S. 110

FORSCHUNGS– UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete XVIII. Bearbeitet von Rita Klunkert ..... S. 113

PETER LÖSCHE: Probleme der Anarchismusforschung. Kritische Anmerkungen zu einigen Neuerscheinungen ..... S. 125

NEUE LITERATUR

Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA). Probeband. Hrsg. vom IML beim ZK der KPdSU und vom IML beim ZK der SED, Berlin 1972 (*Hans Joachim Lieber*) ..... S. 144

Karl Marx. Chronik seines Lebens in Einzeldaten, Frankfurt/M. 1971; D. Rjazanov, Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär, Frankfurt/M. 1971 (*Maximilien Rubel*) ..... S. 145

(A. Neuberg), Hans Kippenberger, M. N. Tuchatschewski und Ho Chi Minh, Der bewaffnete Aufstand. Hrsg. von Erich Wollenberg, Frankfurt/M. 1971 (*Alexander Fischer*) ..... S. 147

Wolfram Wette, Kriegstheorien deutscher Sozialisten, Berlin, Köln und Mainz 1971 (*Alexander Fischer*) ..... S. 148

Gajo Petrović, Philosophie und Revolution, Reinbek 1971 (*Gesine Schwan*) ..... S. 149

Bo Gustafsson, Marxismus und Revisionismus, Frankfurt/M. 1972 (*Georg Fülberth*) ..... S. 150

Kurt Lenk, Marx in der Wissenssoziologie, Neuwied und Berlin 1972 (*Hans Joachim Lieber*) ..... S. 151

Marx zur Ansicht. Hrsg. von Heinz Grossmann, Reinbek 1972 (*Gesine Schwan*) ..... S. 152

André Gorz, Die Aktualität der Revolution, Frankfurt/M. 1970 (*Gesine Schwan*) ..... S. 154

Frank Böckelmann, Über Marx und Adorno, Frankfurt/M. 1972 (*Gesine Schwan*) ..... S. 155

Soziologie und Marxismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. und eingeleitet von Peter Christian Ludz, Neuwied und Berlin 1972 (*Hans Joachim Lieber*) ..... S. 156

Hans G. Helms, Fetisch Revolution, Darmstadt und Neuwied 1973 (*Gesine Schwan*) ..... S. 157

19/20

73 Dez. 73

Lewis A. Coser, Theorie sozialer Konflikte, Neuwied und Berlin 1972 (*Gesine Schwan*) ..... S. 159

Hans Werner Engels, Gedichte und Lieder deutscher Jakobiner, Stuttgart 1971; Alfred Körner, Die Wiener Jakobiner, Stuttgart 1972; Walter Grab, Leben und Werke norddeutscher Jakobiner, Stuttgart 1973 (*Ernst Schraepler*) ..... S. 160

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49. Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Walter Schmidt, Berlin 1973 (*Ernst Schraepler*) ..... S. 162

1848. Augenzeugen der Revolution. Hrsg. von Peter Goldammer, Berlin 1973 (*Ernst Schraepler*) ..... S. 163

Oscar J. Hammen, Die Roten 48er. Karl Marx und Friedrich Engels, Frankfurt/M. 1972 (*Ernst Schraepler*) ..... S. 163

Joachim Mai, Das deutsche Kapital in Rußland 1850 - 1894, Berlin 1970 (*Hans H. Biegert*) ..... S. 164

Mit Spott gegen Kaiser und Reich. Verse gegen den deutschen Militarismus, Berlin 1971 (*Alfred Kantorowicz*) ..... S. 165

Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt/M. 1968; Deutschland im Ersten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, 3 Bde., Berlin 1970 (*Hans H. Biegert*) ..... S. 165

Rosa Meyer-Leviné, Leviné. Leben und Tod eines Revolutionärs, München 1972 (*Karl Ludwig Ay*) ..... S. 167

Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik, Düsseldorf 1972 (*Heinrich A. Winkler*) ..... S. 168

Heinrich A. Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972 (*Hilmar Ruminski*) ..... S. 168

Der Faschismus in Deutschland. Eingeleitet und hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M. 1973 (*Nils Kadritzke*) ... S. 170

Wilhelm Reich, Die Massenpsychologie des Faschismus, Köln 1971 (*Nils Kadritzke*) ..... S. 171

Alfred Klein, Im Auftrag ihrer Klasse. Weg und Leistung der deutschen Arbeiterschriftsteller, Berlin und Weimar 1972; Aktionen, Bekenntnisse, Perspektiven. Berichte und Dokumente vom Kampf um die Freiheit des literarischen Schaffens in der Weimarer Republik, Berlin und Weimar 1966 (*Alfred Kantorowicz*) ..... S. 173

Beth Irwin Lewis, George Grosz, Madison (Wisc.), Milwaukee und London 1971 (*Hans H. Biegert*) ..... S. 175

Evelies Mayer, Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1973 (*Gerhard Beier*) ..... S. 176

Günter Kalex, Wirtschaftsunternehmen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland, Berlin 1967 (*Dorothee Keppel*) ..... S. 178

Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern, Frankfurt/M. 1972 (*Robert F. Rich*) ..... S. 179

The Long Debate on Poverty, Old Woking, Surrey 1972 (*Henryk Katz*) ..... S. 180

HANS H. BIEGERT: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Ein Bericht über das Internationale Symposion in Bochum, 12. bis 17. Juni 1973 ..... S. 181

INHALTSVERZEICHNIS UND REGISTER ZU DEN HEFTEN 11-20 im Anhang

An unsere Leser

Das steigende Interesse der Wissenschaft an der Geschichte der Arbeiterbewegung hat eine ständige Zunahme des Umfanges der IWK zur Folge gehabt, so daß wir mit den Heften der letzten beiden Jahrgänge die 1971 zugrundegelegte Kalkulationsbasis von bis zu 100 Seiten pro Heft laufend überschreiten mußten. Darüber hinaus waren wir wegen des zur Verfügung stehenden begrenzten Raumes laufend gezwungen, die Veröffentlichung von vorliegenden Beiträgen aufzuschieben. Angesichts des gegenwärtigen Heftumfanges von ca. 120 Seiten hat sich die buchbinderische Ausstattung der IWK als nicht zureichend herausgestellt. Auch das den Vorteil guter Lesbarkeit bietende große Format der IWK hat sich unter bibliothekarischen und technischen Gesichtspunkten als problematisch erwiesen.

Wir haben uns deshalb entschlossen, die IWK hinsichtlich Format, Satzgröße, buchbinderischer Verarbeitung und Erscheinungsweise umzustellen. Ab 1974 werden wir jährlich ein Heft mehr herausbringen. Die vier Hefte des laufenden Jahrganges werden jeweils im März, Juni, September und Dezember erscheinen. Die laufende Numerierung wird aufgegeben zugunsten der Zusammenfassung von je vier Heften zu einem Jahrgangsband mit durchlaufender Seitenzählung und einem jeweils zum Jahresende beigefügten Gesamtinhaltsverzeichnis mit Register. 1974 werden wir also als ersten Jahrgangsband den Jahrgang 10 der IWK herausbringen. Außerdem wird – entsprechend dem vielfach geäußerten Wunsch unserer Leser – die IWK zukünftig im kleineren Format (24 x 17 cm) gedruckt werden. Zugleich wird die Schrift gegenüber der bisherigen Satzgröße jeweils um einen Punkt herabgesetzt und der Umfang jedes Heftes auf ca. 160 Seiten erweitert, so daß die Lesbarkeit nicht beeinträchtigt wird, insgesamt aber mehr Text in den vier Heften eines Jahrganges untergebracht werden kann. Auch hinsichtlich der buchbinderischen Verarbeitung werden wir den Wünschen unserer Leser Rechnung tragen und die Hefte künftig in broschierter Form vorlegen.

Bislang konnten wir die rapide gestiegenen Herstellungskosten für die IWK durch die wachsende Zahl der Abonnements und die damit verbundene Auflagensteigerung auf 1.750 Exemplare auffangen. Deshalb brauchen wir den Preis für das Einzelheft (DM 7,–, Studenten DM 5,–) noch nicht heraufzusetzen. Der Preis des Jahresabonnements erhöht sich jedoch aufgrund des nunmehr viermaligen Erscheinens der IWK ab 1974 auf DM 28,– (Studenten DM 20,–) zuzüglich Porto und Verpackung (zukünftig DM 4,–). Ob die beabsichtigte Erhöhung der Postgebühren hier eine weitere Kostensteigerung für unsere Abonnenten bringen wird, läßt sich zurzeit nicht absehen.

Um die bisherige Heftfolge mit dem Jahresende abschließen zu können und wegen des durch einige satz- und drucktechnische Engpässe verzögerten Erscheinens des August-Heftes haben wir uns entschlossen, Heft 19 und 20 zum vorliegenden Doppelheft zusammenzufassen.

Das Inhaltsverzeichnis und das Register für die Hefte 11 - 20 sind dem vorliegenden Doppelheft als Anhang beigefügt.

Wir hoffen, daß die formale Neugestaltung die Zustimmung unserer Leser finden wird. Für die sonstigen notwendig gewordenen Maßnahmen bitten wir um Ihr Verständnis. Wir freuen uns auch weiterhin über Beiträge, Anregungen und Kritik.

Berlin-Lichterfelde
Dezember 1973

Herausgeber, Redaktion und Vertrieb
der IWK

ISSN 0046-8428

Redaktion: Hans H. Biegert, Rita Klunkert, Gunter Krüschet, Peter Lösche, Walter Momper.

Anschrift: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79. Tel.: 030/833 3061.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe. Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint dreimal jährlich (April, August, Dezember). Preis: Einzelheft DM 7,– (Studenten DM 5,–), Jahresabonnement DM 21,– (Studenten DM 15,–) zuzüglich Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 2155 15 - 105, beim Postscheckamt Berlin West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 1, 5, 6, 7, 11/12 und 13 - 18. Weitere Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kostenlos ab.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.

THE TRADE UNION ISSUE IN GERMAN SOCIAL DEMOCRACY 1890 – 1900

By John A. Moses

Writing at the turn of the century, Parvus[1] made the following statement in praise of the revived socialist trade union movement in Germany: "The greatest achievement of the German workers since the fall of the Socialist Law (1890) is the development of the trade unions. In the political development of the last decade there is nothing which can even remotely be compared with it for the significance of the proletarian class struggle."[2]

The implications of this observation could not have been appreciated by Parvus at the time. However, Jürgen Kuczynski, surveying the same developments some fifty years later drew attention to another perspective in the history of German Social Democracy in the mid-1890s: "Simultaneously, however, the trade union leadership became a hotbed of opportunism and there developed a dangerous gulf between the party and the trade unions – the union leaders did not recognise the leading role of the party."[3]

It is an often lamented fact among Marxist historians that the German trade unions under Carl Legien's General Commission virtually became a law unto themselves within the broader stream of German labour before the First World War. They were social-chauvinists and opportunists refusing to admit the primacy of the SPD leadership.[4] These critics are, of course, right in locating the beginning of the de facto trade union independence in the mid-1890s if one is to regard the lapse of Bismarck's anti-socialist legislation in 1890 as the starting point for trade union history in Germany. However, the rift between party and unions had been there really from the beginning of centralised unionism in Germany as far back as the period prior to the Gotha union of 1875 when the relationship between party and unions was established.[5]

The task of this paper is to examine party-union relationships in the decade following the lapse of the Socialist Law and to suggest why it was that the so-called Free Trade Unions developed their independence from the SPD.

I

If the beginnings of 'centralised' (or federated) trade unionism in Germany are investigated it becomes quite clear that the champions of the movement were advocates of an independent union body, i. e. a body quite distinct from the organisational apparatus of the then existing two socialist parties. Lassalle's successor, Johann Baptist von Schweitzer, is credited with having recognised the tactical necessity of mobilising the fragmented trade union movement but he had reflected little on the craft consciousness of the workers. The result was that his plans to found a centralised union organisation and then to incorporate it into the "Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein" met with very little success. Indeed, it was these indeas which were in part responsible for some of Schweitzer's

---

1 Parvus – Alexander Helphand.

2 Quoted by Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, Stuttgart 1913, Vol. IV, p. 348.

3 Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart*, Berlin 1954, Vol. I, part II, p. 50.

4 Apart from Kuczynski there are a number of historians in the German Democratic Republic who have drawn attention to this factor, e. g. Paul Merker, *Sozialdemokratie und Gewerkschaften 1890 - 1920*, Berlin 1949; Werner Richter, *Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im I. Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914 - 1919)*, Berlin 1959; Wolfgang Schröder , *Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit.Die Herausbildung und Konstituierung der gesamtnationalen deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, Berlin 1965; Walter Bartel, *Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg*, Berlin 1958; *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden.* Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1966.

5 At that time the party-union relationship was defined as follows: "It is the duty of trade union members to keep politics out of the union organisations and instead to join the Social Democratic Workers' Party of Germany because only this is capable of making the economic and political status of the worker commensurate with human dignity." See Arthur Dissinger, *Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem. Eine soziologische Studie*, Jena 1929, p. 126 and Wilhelm Kulemann, *Die Berufsvereine*, Jena 1908, Vol. II, p. 37.

ablest lieutenants deserting him and moving into the Eisenach (Marxist-aligned) camp of Wilhelm Liebknecht and August Bebel in 1869.[6] The most outstanding of these was Theodor York (1830 - 1875) who was a foundation member of the Eisenach party and who very quickly adapted what he had learned with the Lassalleans about the value of trade unions, and placed this experience at the disposal of the Marxians. York's ideas are to be found elaborated in the Liebknecht-Bebel newspaper, "Der Volksstaat" from 1869 to 1875. But even after York's passing, colleagues such as Carl Hillmann continued to promote his concepts.

Essentially, York believed that the trade unions were the most logical institutions for arousing the political consciousness of the workers. In them workers learned how to conduct the struggle with the power of capital, and this lead them automatically to socialism.[7] It is not without interest to note that the very same idea was attributed to Karl Marx who was reported by J. Hamann in "Der Volksstaat" as early as 27 November 1869 as having told trade unionists in Hanover that the trade unions were the schools of socialism. And in addition, Marx allegedly emphasized the need for the unions to be independent from party-political affiliations if they were properly to fulfil their role.[8] Precisely these notions were represented by York in the period up to 1875, a period which was characterised by an intra-party debate on the usefulness of unions and on the most appropriate organisational structure for them. York championed the idea of a so-called centralised "Union" which would have been a federation of the various 'cartellised' trades. That is to say, all crafts involved in working wood, for example, would link up into a Wood Workers' Association which in turn would be affiliated with the umbrella organisation, the "Union". In this way no craft organisation would lose its identity, but at the same time the highest degree of cooperation in strikes, unemployment relief, travel subsidies ("Wanderunterstützung") and lodgings would be achieved.

It is not simply of mere antiquarian interest to draw attention to this early attempt to set up an independent centralised union body because the same concepts re-emerged after the twelve years interval of the Socialist Law, 1878 - 1890. In the 'seventies there were those unionists who maintained that, "Ein Quentchen organisatorischer Kraft ist besser als ein Zentner theoretischer Wortmacherei"[9] and that it was totally inadequate to shout "Workers of the World Unite" with one's hands in one's pockets if nothing was done to organise the workers into unions.[10] There were also complaints from unionists that the SDAP had little understanding for the trade unionist. Where, it was asked, should the workers become convinced of the usefulness of the unions if there was doubt among the leading persons in the party about the necessity for them ?[11] For the convinced unionist, then, the unions were the real driving force of the socialist movement; they alone could arouse, mobilise and organise the proletariat to effective action, and union members made the best socialists.[12] In short, trade unionism had a most essential educative function in the entire labour movement.

Those who were not so optimistic about the function of trade unions in the class struggle would admit that unions were useful inasmuch as they served to arouse indifferent workers and to demonstrate to them the futility of trying to gain permanent improvements in the social question simply by trade union means. But unionism was positively damaging wherever it presumed that it alone could solve the social question with the means at its disposal or tried to tell the workers that their goal of economic emancipation could be achieved by the gradual trade union method.[13] Nevertheless,

---

6 Gustav Mayer, *Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie* (reprint), Glashütten im Taunus 1970, p. 319.

7 *Zum Gewerkschaftskongreß in Erfurt,* in: *Der Volksstaat,* 8. 7. 1872.

8 C. f. Adolf Braun, *Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und ihre Kämpfe,* Nürnberg 1914, p. 47 f.

9 *Wollen wir eine Gewerkschaftsunion oder nicht ?*, in: *Der Volksstaat,* 22. 5. 1874: "An ounce of organisational effort is better than a hundredweight of theoretical blather".

10 *Agitation,* in: *Der Volksstaat,* 29. 5. 1874.

11 *Wollen wir eine Gewerkschaftsunion oder nicht ?*, in: *Der Volksstaat,* 22. 5. 1874.

12 *Ibid.*

13 *Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu den Gewerkschaften,* in: *Der Volksstaat,* 11. 6. 1873.

despite such expressions of little faith in unionism Theodor York did succeed in having his conceptions adopted when a so-called independent "Union" was formed (after an earlier abortive attempt at Erfurt in 1872) at a congress at Magdeburg in 1874.[14] However, the centralised organisation had not time to develop before York died on 1 January 1875.[15] Further, at this point the Lassalleans and the Marxians had not yet united but when that occurred there followed the official fusion of the trade union organisations at Gotha, 28-29 May 1875, which utilised York's basic organisational plan.[16] If this had little immediate positive success, at least it was able to eliminate the former dispute between Lassalleans and Marxians among unionists. Prior to the passing of the Socialist Law another congress in Magdeburg was planned but the effects of that law prevented it from taking place.[17] Under this ban there was no hope of setting up a central coordinating body for the trade unions.

The impact of the Socialist Law on the trade union movement was at first devastating. The law came into force on 21 October 1878 and by the end of that year extensive police action had caused all union organisations to be closed down or to cease activity.[18] For any unions after this to revive it was necessary that former connections with the SPD be severed. As a result the "Fachvereine" or craft unions began to reappear. Under the "Reichsgewerbeordnung" § 152 it was legal for craft organisations to pursue aims common to their trade so long as they were not political. And though police and judges at the time had a very broad conception of what constituted political activity[19] the founding of local associations of skilled craftsmen did take place and these provided the essential basis upon which the socialist ideology could be preserved.[20] Moreover, the "Union" idea of Theodor York was kept alive in the period especially among the cabinet makers ("Tischler") of the former Wood Workers' Union of which York had been chairman, and some of these were able to reunite in Stuttgart under the leadership of Carl Kloss in 1883.[21] This was an example of the centralisation process taking place in one trade and it was encouragement to others to do likewise. By 1884 there were at least thirteen such centralised unions in Germany with a total membership in 1885 of about 58,000. The anti-socialist legislation had not killed the drive among workers to join the trade unions of their particular craft.[22] The unions which were formed were the result of a spontaneous need for proletarian organisation to ward off the worst effects of capitalism, but the leading personalities appear to have been men who had imbibed a good deal of socialist ideology. Clearly, they derived from this a rationale which enabled them to explain the need for organisation to their fellow tradesmen. However, while the theory undoubtedly exercised a key role in recruiting new members it was very much a vulgarised theory. It could scarcely be claimed that the unionists at any stage of the history of social democracy in Germany were experts in the theory.[23] The main organisational drive which by 1889 was quite considerable derived from the simple recognition by the workers of their virtually hopeless position with regard to the employers. There can be no

---

14 Paul Barthel (Bearb.), *Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse,* Dresden 1916, pp. 305-309.

15 Kulemann, *Die Berufsvereine . . .* , Vol. II, p. 37.

16 Josef Schmöle, *Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland seit dem Erlasse des Sozialisten-Gesetzes,* Vol. I, Jena 1896, pp. 47-51. Indeed, the Lassallean and Marxian unions had previously determined to bring about a fusion before the official party fusion at Gotha. See Dissinger, *Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem . . .* , p. 126.

17 Barthel, *Handbuch . . .* , p. 298. Had the congress taken place it would have represented 26 centralised associations and five local groups which, all told, encompassed some 1,300 centres and more than 49,000 members. See also Kulemann, *Die Berufsvereine . . .* , Vol. II, p. 38.

18 Schröder, *Klassenkämpfe . . .* , p. 17.

19 Vernon L. Litdke, *The Outlawed Party: Social Democracy in Germany, 1878 - 1890,* Princeton 1966, p. 80.

20 Schröder, *Klassenkämpfe . . .* , p. 21.

21 *Ibid.,* p. 23.

22 *Ibid.,* pp. 23-24. A 'centralised' union meant that the local branches of a particular trade had linked up to form a central body.

23 Hans-Josef Steinberg, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg,* Hannover 1967, pp. 13-23.

maintaining that it was Marxist theory alone which fired the workers to join trade unions although there is clearly a reciprocal action between the theory as preached by such leaders as Carl Kloss and the workers' spontaneous recognition that they were being exploited.[24]

During the period of the Socialist Law, then, the craft unions were functioning as the seed beds of social democratic ideas. This is very evident when, in 1890, the law collapsed and the unions automatically gravitated to the SPD. By that time there were 59 unions encompassing 3,305 branches and 237,039 members.[25] And this growth was achieved without the aid of the SPD which, of course, had been in exile. Broadly, the first half of the Socialist Law period was characterised by the growth of a series of centralised unions which provided the basis for the wage movements which were typical for the second half. This series of strikes reached its peak in 1889 when there were stoppages in areas which had never before been so affected. For example, in May 1889 a spontaneous strike broke out in a number of mines in the Ruhr District, and within a few days the movement had spread to become one of the largest and most significant ever to occur in Germany.[26] This event provided the necessary impulse for the formation of unions among workers never before organised. So the miners' unions were founded following the example of the better schooled wood workers. The drive to organisation could not be held back.[27]

However, the outcome of these strikes was not favourable to the working class. Although a compromise had been reached in wages and conditions, with even the spectacle of the Kaiser receiving a deputation of miners, the overall effect was that employers began to 'black list' union leaders and subsequently to increase the price of coal to the detriment of the poorer consumer.[28] The lesson of this kind of experience was that even greater union organisation and strike planning was needed if employers were not to continue to turn every wage struggle to their own advantage.

In 1889 the question of the further extension of the Socialist Law was placed before the "Reichstag". Bismarck wished to amend the bill to give it permanent character.[29] Of course the majority of the "Reichstag" were not disinclined to take more drastic steps to stamp out the deleterious effects of social democracy. However, the National Liberals and the Free Conservatives forced an amendment which deprived the police of power to exile offenders. The Conservatives naturally disagreed with the amendment and voted against the bill in the belief that Bismarck would not have accepted it in an emasculated form. So the infamous Socialist Law was thrown out, ironically by those who most desired to see it in force! They had imagined that their action would have led to the introduction of a new and stronger form of anti-socialist legislation.[30] So, on 25 January 1890 the "Sozialistengesetz" became a thing of the past. This had been a fateful period in the history of social democracy in Germany because with the party in exile, the activity of the movement was left to be carried on by the trade unionists who were first and foremost organisers and not socialist theorists. This fact is the first pre-condition for the subsequent trade-unionisation of the German labour movement. That is to say, as Dieter Groh has pointed out,[31] the effective movement came to be led by the trade unions rather than by the SPD executive whose self-understanding was that they were the unchallenged leaders of German labour. In the years 1878 to 1890 the unions, too, developed a self-understanding of their role which was bound to clash with that of the SPD.

---

24 See the ideas of Carl Kloss in *Protokoll des Kongresses der deutschen Tischler- (Schreiner-) Vereine*, especially Mainz, 1883; pp. 39-47; Hannover, 1890, pp. 75-80.

25 Schröder, *Klassenkämpfe . . .*, p. 46.

26 *Ibid.*, pp. 33-34. Some 150,000 miners were involved.

27 *Ibid.*, pp. 35-36.

28 Jacob Reindl, *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung*, Altenburg 1922, pp. 90-91. Wolfgang Pack, *Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878 - 1890*, Düsseldorf 1961. Werner Pöls, *Sozialistenfrage und Revolutionsfurcht in ihrem Zusammenhang mit den angeblichen Staatsstreichplänen Bismarcks*, Lübeck-Hamburg 1960.

29 Reindl, *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung . . .*, p. 92.

30 *Ibid.*

31 In his paper, *Die Sozialdemokratie im Verfassungssystem des 2. Reiches am Vorabend des Weltkrieges*, presented at the German Historians' Conference 1972 in Regensburg.

II

At the Halle conference of the SPD (12-18 October 1890), the first after the lapse of the Socialist Law, the trade union issue was dealt with in an oblique way under the heading of 'strikes and boycotts.' The chief advocate of the union cause was Carl Kloss who had done so much to revive the movement in the early 'eighties. Kloss appealed for SPD support in getting the unions linked together in some form of federation. His justification for this was his belief that only in this way would workers have any hope of fighting for wages that would keep them in a tolerable state of health. Employers took greater care of their horses than they did of their workers. German workers were not coolies.[32] In view of employer intransigence, the strike weapon had to be employed, but since strikes were a two-edged sword which could easily injure those they were intended to benefit, it was necessary to create an adequate organisation and effective solidarity to ensure that strike strategy was as far-sighted as possible.[33] Another reason for creating a federal union body was that the employers were organising against the unions with the aid of government departments which interpreted the laws of association as unfavourably as possible for the unions. On the other hand employers could organise against unions with impunity by circulating black lists of strikers. For these reasons, then, Kloss argued that the tactics of the socialists in their struggle for survival be improved. The SPD could not afford to ignore the craft unions. Indeed, the party would have emerged much stronger in the 1890 elections if members had been more involved in the union movement by deliberating economic questions with the workers. If party members reflected they would recall that they received their political views through their earlier membership in the craft unions. And, indeed, these formed the lion's share of SPD electoral support.[34]

For all these reasons, the SPD would have to make up its mind how to treat the union movement. One could virtually disregard it or, alternatively, take steps to see that the mass of workers got organised to the extent that they could conduct strikes and boycotts effectively without fear of financial losses. The best method was that of a federated body in which case the unions would have to be officially neutral, i. e. not formally associated with the SPD. This, argued Kloss, would not matter if SPD members became active in the unions. By their presence they would function as political teachers and keep the socialist principles alive in the union movement. In this way the unions would still fulfil their real purpose of pursuing long-term political goals. The alternative was to encourage the localist union movement which virtually made the union organisation in a given town a section of the local branch of the SPD. The disadvantage of this was that such bodies were subject to even closer police surveillance to see that they did not take up contact with each other, a fact which could lead to their rapid dissolution.[35] Under the prevailing conditions a politically neutral, federal body was the answer.

The counter argument at this point in SPD ranks was that to foster unions meant channelling funds and energy away from the political movement into a movement which was primarily concerned with waging an economic war against capital, a process which, in terms of Marxist theory, could not bring any permanent results. Nevertheless, the resolution which Kloss put to the Halle conference required party recognition of strikes and boycotts as unavoidable weapons to protect the political rights and economic status of the workers which the ruling classes were always trying to reduce. In addition, Kloss argued for the use of strikes aggressively to win improvements in the political and economic status of the workers within capitalist society. This was an appeal for official party recognition of the strike weapon in principle. Then, in order to gain party support for the practical implementation of this principle (since lost strikes only injured the working classes) Kloss appealed to the SPD to recognise the necessity of workers getting themselves organised into unions, and *where possible,* these ought to be centralised and federated so that the force of numbers and the correspondingly larger strike funds would enable workers, after due deliberation, to reach their objectives more efficiently.[36]

32 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890,* Berlin 1890, p. 210.

33 *Ibid.*, pp. 211-212.

34 *Ibid.*, p. 214.

35 *Ibid.*, p. 215.

36 *Ibid.*, p. 217.

The Halle conference was unanimously in favour of the three points of the Kloss resolution.[37] However, while essential, they were very general points which in particular left open the question of the future organisational form of the unions. Federalisation was only recommended "where possible". This was to avoid a confrontation with those who preferred the localist principle which would make the unions into instruments of the local branch of the SPD. However, the SPD in Halle left this organisational decision to the unions themselves. What is important to note is that in 1890 the SPD considered it unnecessary to give a clear directive to the unions how best to organise themselves for the future. That was expressly left to the trade union conference which was at that time being planned.[38] Nevertheless, the fact that the SPD had given official sanction to the trade union struggle within bourgeois society was sufficient encouragement for the unions to get on with solving their own organisational problems. Further, by its unanimous approval of Kloss' resolution the SPD recognized the indispensibility of the unions as a means of agitation or as motors of the socialist cause.

As a good party man as well as a leading unionist, Carl Kloss had come to see by personal experience that the party without the union base was like a head without a body. His entire concept of the labour movement was union orientated and the subsequent history of the movement in Germany proved that he represented the majority opinion. The outcome of the Halle conference was that the unions were given a free hand to decide their own fate, and this they were to begin to do at a conference in Berlin shortly afterwards.

III

The national trade union conference in Berlin, 16-17 November 1890 was the first to take place in Germany since 1874. There were 74 official delegates from all over the "Reich" who had been elected by their local branches at meetings held since August of that year.[39] There was general agreement that existing organisations were inadequate in the current class struggle but no consensus could be reached as to what kind of organisation to employ except that some form of centralisation was desirable. There were several concepts as to how best to coordinate union action. One preferred a loose federation of centralised unions on the model of Theodor York. Another championed the rigid centralisation of all unions while retaining craft identity, while a third wanted merely a central coordinating strike agency or commission established. Yet another group favoured the concept of the large industrial union which combined all trades associated in one industry such as metal or wood.[40]

The only agreement which could be reached was a declaration to the effect that a centralised form of organisation was the only suitable one for the time since the economic situation of the working class urgently demanded the concentration of all forces.[41] The final form of organisation was to be left to the first national trade union congress. A commission of seven was elected for the purpose of convening it. With this preparatory conference, then, the German unions took the first step in forming a nation-wide union movement. The General Commission which was set up under the chairmanship of the determined Carl Legien (1861 - 1920) had the three-fold task of organising resistance to employer attacks on the workers' right of association, to promote and support the organisation of economically weak groups of workers and to promote the extension of organisation in areas where was none.[42] The funds needed for the General Commission to carry on were to come from voluntary contributions of supporting unions, amounts in proportion to their membership. The setting up of the General Commission was a tentative, experimental step with not all too encouraging prospects for lasting success.

---

37 *Ibid.*, p. 229. 38 *Ibid.*, p. 224.

39 Schröder, *Klassenkämpfe . . .*, p. 168.

40 *Ibid.*, pp. 178-179. 41 *Ibid.*, p. 182. 42 *Ibid.*, p. 183.

The doubt about its future was not least caused by the fact that the "Reichstag" was about to debate an amendment to the national industrial legislation ("Reichsgewerbeordnung") which, had it been approved, would have cancelled all plans the General Commission might have made for a future congress, and hence rendered its own existence superfluous, if not illegal. The amendment which was designed to kill strike action was hotly debated for a year but was finally thrown out in May 1891[43] so that the General Commission could go ahead and convene a trade union congress. However, before this could take place, the SPD held its famous Erfurt conference 14-20 October 1891. This purported to put the labour movement on a correct scientific basis by the official adoption of Marxist ideology into the party programme. The trade union struggle was not specifically mentioned, but the relationship between the economic and political struggle was defined. It was stated that the struggle of the working class against capitalism was necessarily a political struggle; the working class could not carry on its economic struggles nor develop its economic organisation without political rights. The gaining of political power was the pre-requisite for the transfer of the means of production into the possession of the community.[44]

If the unions were looking for concrete guidance from the SPD they were to be disappointed. Party chairman, August Bebel, did briefly refer to the unions when speaking on the tactics of the party. He recognised that the day to day suffering of the working class had to be alleviated and this was being attempted in one way through the help "of our trade union organisations".[45] Bebel continued: "There was a time when there was a lively debate within the party as to the usefulness of the trade unions; even today there are those of the opinion that unions were of secondary importance and that they should be put aside if possible because trade union organisation hindered the political; they absorbed a mass of funds and energies which was withdrawn from the party and in view of the lost strikes they should not be allowed. The immense majority of the party, has however, in the meantime considered the union organisation necessary not only for the development of the party but also for the carrying on of the class struggle . . . ".[46]

Although this speech was sufficient approval for the unionists to proceed with the task of constituting an organisation it did not go beyond agreeing that the union struggle to ameliorate the lot of the workers was a necessary means of spreading social democratic ideas. Bebel's speech certainly did not impute any particular usefulness to the unions in assisting to hasten the advent of socialism. This was because at the time Bebel prophesised that only a few of those present in Erfurt would not live to see the goals of the new programme realised.[47] Further, none other than Friedrich Engels had in 1890 contributed his weight to give currency to the belief that bourgeois society was about to collapse.[48] These views clearly strengthened the position of theorists, particularly Karl Kautsky, who asserted that the chief role in bringing about the advent of socialism would be played by the party rather than the trade unions.[49]

In all this were contained the seeds of future discord because the self-understanding of the union enthusiasts was that the union movement was at least equally important as the political movement and should be given as much priority in the thinking of party leaders. For the men of the General Commission the trade unions possessed an enormous, untapped potential as an instrument for bringing about the advent of socialism. But these men, led by Carl Legien and Carl Kloss, were only a convinced elite and had first to persuade their colleagues at a congress in Halberstadt, 14-18 March 1892 that it was worthwhile persevering with the plan to set up an 'umbrella' organisation. This had

---

43 Reindl, *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung.. . .*, pp. 94-95.

44 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891*, Berlin 1891, p. 4.

45 *Ibid.*, p. 162.

46 *Ibid.*, pp. 162-163.

47 *Ibid.*; c. f. Heinz Josef Varain, *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890 - 1920)*, Düsseldorf 1956, p. 15.

48 Friedrich Engels, *Der Sozialismus in Deutschland*, in: *Die Neue Zeit* 10 (1891 - 92), Vol. I, pp. 580-589.

49 C. f. Varain, *Freie Gewerkschaften . . .*, p. 15.

indeed been advocated well in advance in the "Correspondenzblatt", the tiny weekly newspaper which the General Commission published under Legien's editorship. The latter's organisational plan had then unleashed a lively discussion in the individual trade union organs[50] because it aroused suspicions that a kind of junta was seeking to gain complete control in order to rob the individual organisations of their independence. However, Legien tried to dispel all anxiety by doing an article series entitled "The Organisational Question" which spelt out his conceptions for the future of centralised unionism.[51] These articles, which were separately published in brochure form, constitute a key document in the intellectual history of German unionism. The over-riding message was that all unions needed to be centralised and then federated in order to have any influence on wage and working conditions. Appeals to so-called spiritual bonds with and declarations of sympathy from the SPD and such resolutions did not help in an age when the only things of value were tangible and upon which one could build. Localised unions were now a thing of the past since ships and trains could bring in thousands of workers in a matter of days from outside to flood the labour markets in a given area. To circumvent this kind of practice it was necessary that all unions coalesced.

Furthermore, it was untrue that centralised unions did not serve to promote the growth of the SPD; they did this very efficiently by spreading the ideas of the labour movement even though they could not directly discuss politics, a thing which was forbidden under the current laws of association. However, they were effective in that they aroused the class consciousness of the workers. Legien was at pains to bring home to critics of the centralisation concept that the political as well as economic function of unionism would become more efficient if his plans were implemented. The basis of the organisation would remain as before the centralised craft unions but these should combine into wider unions formed of all related trades. There would in fact be 'mixed unions' in the sense intended by Theodor York. This was necessary to avoid duplication of effort in related trades situated in the same town or district.[52] These combined unions would oversee strike strategy whereas the General Commission should continue to act as a clearing centre for statistics and information, but also should be given a general fund to administer for the purpose of directing support to financially weak unions. However, the chief task of the General Commission would be agitation in such areas and among those workers where there was as yet no union organisation or agitation. Finally, the General Commission would be elected by a trade union congress and would be responsible for the administration. Legien hoped, too, that the individual unions would be represented in the General Commission so that there would be no chance of some groups being neglected.[53]

This plan was, while being very far-sighted, too advanced for the mentality of most German unionists at the time. Legien for his part saw the issue with great clarity: the unions had to decide whether to continue as they were, as fifty or more non-affiliated bodies, or to link up and concentrate resources as a necessary step towards the emancipation of the working class.[54]

In order to move the chairmen of the centralised unions to such a decision before a congress was held, Legien convened a conference in Halberstadt, 7-8 September 1891. Here he tried to justify his organisational plan of forming mixed unions and found that his draft gained the general approval of 35 to 4 of the delegates.[55] This was an encouraging sign because Legien feared that the intra-party debate between the "Young" and the "Old" would be transferred to the trade union congress with the Localists playing the role of the "Young". For Legien the congress was to decide whether the unions were to be considered exclusively as the preparatory school for the party (in which case the localist organisational principle would be adopted) or whether the chief task of the unions would be to prevent the lowering of the workers' living standard and to attempt to raise it, in which event

50 *Protokoll der Verhandlungen des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Halberstadt vom 14. bis 18. März 1892*, Hamburg 1892, p. 18.

51 *Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* 1 (1891), Nos. 4, 11, 13 and 14.

52 Theodor Leipart, *Carl Legien. Ein Gedenkbuch*, Berlin 1929, pp. 22-23.

53 *Correspondenzblatt* . . . 1 (1891), Nos. 11 and 13.

54 *Correspondenzblatt* . . . 1 (1891), No. 13.

55 *Correspondenzblatt* . . . 1 (1891), No. 27.

the centralised form of organisation must be chosen. The latter form would serve to make the trade unions into a firm bulwark against capitalism to the advantage of the entire working class.[56]

In the subsequent attempt to assert this view of the union movement, the General Commission led by Legien and Adolph von Elm (1850 - 1916) in particular unwittingly stirred up an energetic debate within the SPD which formed a parallel to the more famous revisionist debate. The root cause of the dispute was Legien's understanding of the unions as a factor of equal importance to the party in the overall labour movement, a clear challenge to the primacy of the party.[57] In his opening speech at Halberstadt congress, Legien observed that the unions alone could not solve the social question. They could, however, promote the efforts of the working class to emancipate itself. Like pioneers, the trade unions had to clear the way to enable the intellectual growth of the working class. This would be achieved by winning better wages and conditions which would preserve the workers from immiseration, both moral and physical. In this way the historical task which fell to the working class could be carried out.[58]

At the very outset, then, it was clear that the union movement had produced leaders who had particularly independent concepts as to how the unions should function in society. However, the delegates at Halberstadt, although overwhelmingly in favour of a centralised form of organisation and for the retention of the General Commission were obviously chary about investing the latter organ with any form of executive power. The result was that Legien's organisational plan was considerably watered down. The formation of 'mixed unions' was not made mandatory. Instead, related trades were urged to enter into so-called cartell contracts with each other for the purposes of strike and lock-out support, travel subsidies, agitation, collection of statistics as well as lodgings and employment directories. Pay offices were to be established by each centralised trade in all places where there were sufficient members and where no legal obstacles existed.[59] The General Commission was empowered to function as the central coordinating body of all the centralised unions but was restricted in its competences to organising agitation in unorganised areas, to coordinating the statistics provided by the unions, particularly those on strikes, and to publishing a newspaper to provide communication among all the unions. Finally, the General Commission was to function as the representative body for the "Reich" in dealing with foreign national organisations, a competence which was to have far-ranging consequences. The financial support of the General Commission was provided by the affiliated centralised unions at the rate of five Pfennig per quarter per member.

Although this organisational agreement was hardly a fulfilment of Legien's conception, particularly with regard to the refusal of the congress to set up a special strike fund for the General Commission to administer, it was still a victory for the centralists over the few localist champions who left the congress in protest.[60] As such the Halberstadt congress was a highly significant milestone in the history of German labour. With it was founded a second focal point within the movement, the precondition for the emergence of an opposite pole to that of the SPD executive. Indeed, there was no lack of observers within the party who criticised the results of Halberstadt very negatively.[61] In an exasperated reply to this, Legien made the point that a section of the party appeared to share Friedrich Engels's recently published views in "Die Neue Zeit" that bourgeois society had but a short time to live. Legien did not go so far as to ridicule this prediction, but he did enquire rather impatiently when the task of the unions within bourgeois society would at last be recognised. If there were to be progress in the entire movement nothing was to be gained if the unions, too, simply waited on future developments and made no effort in the present to achieve what was possible in order to be able to build upon it later. In short, Legien argued, if the unions stood still, time would pass them

56 *Correspondenzblatt . . .* 2 (1892), No. 6.

57 Schröder, *Klassenkämpfe . . .*, p. 197. For Legien's concept of the cultural role of unionism see John A. Moses, *Gewerkschaftliche Kultur- und Klassenkampfaufgabe bei Carl Legien*, in: Imanuel Geiss, Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf 1973.

58 *Protokoll der Verhandlungen des ersten Kongresses . . .*, p. 11.

59 *Correspondenzblatt . . .* 2 (1892), No. 7.

60 *Protokoll der Verhandlungen des ersten Kongresses . . .*, pp. 60-62.

61 *Correspondenzblatt . . .* 2 (1892), No. 7.

by without anything having been achieved which even approached the fulfilment of their purpose. He did, of course, recognise that if the party concentrated its attention too much on getting results within bourgeois society then it would lose its essentially revolutionary character. It was therefore desirable and proper that the unions engage themselves in day to day practical tasks. There was in fact a division of labour between party and unions which was to the advantage of the overall movement. Legien then reproached the party for lack of logic; they had recommended at the Halle conference in 1890 that the unions centralise themselves and were now – in 1892 – criticising them for doing so.[62]

One of the chief arguments among SPD journalists was that the failure of the Halberstadt congress to create a stronger central organisation was proof that such a body was superfluous.[63] This line of reasoning brought a hostile rebuff from Legien to the 'theorists'. It was very easy, he wrote, to prove theoretically that trade unions could be dispensed with, but only a theorist could put forward such arguments. Whoever had daily to take the knocks from the employers thought differently. The oppressed worker threw all the theory overboard and sought through the unions to ward off the knocks in future. By bringing home to the worker the fact that he could do something against the maltreatment meted out by the employers, a union meeting stirred up support for the labour movement even more effectively than a party meeting which concerned itself with theoretical matters.

Because the SPD press was at best lukewarm about the trade union organisational structure Legien grew more and more forthright: "Half measures have a damaging effect" he wrote, "Either the unions are considered necessary and are given support or they are considered superfluous, opposed and regarded with hostility. We must be able to demand this much from our party comrades that they clearly declare their point of view and give their reasons. . . . The unions were not formed as a result of theoretical discussion but emerged out of practical necessity."[64] Further, he argued, the bourgeois society had struck very deep roots which could not be expected to disappear in the near future.[65] Indeed, at the SPD conference in Berlin, 14-21 November 1892 Legien (who was delegate for Hamburg) declared that it was necessary for the party to gain clarity on the union issue for three reasons. There was the notion abroad that since the lapse of the Socialist Law, unions which had carried the movement during that period of ban were now superfluous. Further, the numerous lost strikes in recent years had also demonstrated their ineffectuality in the face of ongoing concentration of capital. And finally, there was the fact that the party was expanding its membership so dramatically as to include small entrepreneurs who were obviously opposed to unionism! Legien, however urged upon the SPD the necessity for party members to join the unions to give them their support. *All theory was grey,* he proclaimed and insisted upon the importance of practical work. He feared that if the SPD did not express its solidarity more unequivocally with the trade union movement than it did at the Halle conference of 1890 then the life thread of the movement would be cut.[66]

What Legien really wanted was that SPD would more directly represent the union cause in the "Reichstag", but there was little inclination among the party executive to act as a trade union party. The mistrust already aroused between the two wings of labour was further intensified by Legien's commentary on the significance of the International Workers' Congress held in Zürich, August 1893. This meeting which proclaimed the need for stepping up of trade union activity on a national basis was fuel to Legien's fire. He took the opportunity via the pages of the "Correspondenzblatt" of instructing "those in Germany who always placed the party above the unions" that wherever they were neglected, as in the USA, the party suffered accordingly. In Germany, it was the union organised

62 *Ibid.*

63 *Correspondenzblatt . . .* 2 (1892), No. 17.

64 *Ibid.*

65 *Ibid.*

66 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892,* Berlin 1892, p. 239.

workers who were the regular troops ("Kerntruppen") of the party, and for this the unions expected that more emphasis in the party press should be placed on attracting the indifferent masses to the unions, especially as the German delegation to Zürich had supported the resolution on trade union action.[67] The party press, according to Legien, needed to exert more influence in favour of the unions.

The theorists, however, were not inclined to respond to this appeal because they regarded the weakness of the unions in 1893 as being due to the general economic slump, and no amount of propaganda would help them until the economy improved.[68] Legien, for his part, took the view that particularly in times of depression, the unions were very necessary institutions and that the SPD could do a lot for them by urging party members to join the union of their particular trade, a step which had indeed already been recommended at the Halle conference. By taking up cudgels for the union cause against the opinion of the party press, Legien incurred the displeasure of the party executive but at least achieved the placing of the union issue on the agenda of the Cologne conference of the SPD in November 1893. Indeed, the party executive represented by Ignaz Auer had privately reproached Legien by letter for his all too exuberant claims for the union movement. But this only fired Legien to put the union case before the party conference with what was regarded by the older members as youthful arrogance. He repeated his belief that unions were the preparatory school for the political movement[69] and elaborated this by saying that in order to recruit those workers who had no idea of the economic and political struggle against capital one could not begin by using complex political theories. The best method was that of the unions which was offering the workers material advantages while at the same time illustrating the absence of harmony between capital and labour. In this way workers who were indifferent were won over, so the unions were an excellent means of agitation for the political movement.

Beyond this the unions were a better school than the party in training the character. The worker was encouraged to make sacrifices cheerfully for his comrades whereas all the party required was that members went to the polls once every five years, or at the most, to go to a monthly branch meeting and pay a small contribution. In contrast, the unions demanded constant and increasing material sacrifices from their members. In a strike, for example, the unionist wagered his entire livelihood. This sort of training could only be offered by the unions and for this reason they were the best institutions for preparing the working class for the greater struggles of the future – and, as Legien pointed out, for the final decisive struggle people would be needed who were prepared to risk everything. But while claiming all this Legien conceded that the unions only functioned as a palliative within the present society and that he did not overestimate their significance. Nevertheless, they deserved to be encouraged and not ridiculed. The facts were, however, that the SPD press had been particularly hostile to unionism, and Legien confronted the conference with a series of damning examples of anti-union journalism. The central themes of this was that unions were ineffective in bringing about a chance in the relationship between capital and labour and that it was only the struggle for political power which would do this; the economic struggle only led to splits in the ranks of the workers without bringing them enduring advantages.

As chairman of the General Commission in which body trade union activity was supposed to be concentrated, Legien considered it his duty to repudiate the charges of the party journalists as well as those of party leaders. Against their beliefs he asserted his conviction that the General Commission would survive beside the party executive. Ignaz Auer of the latter body had written in this matter to Legien pointing out the 'correct' relationship between unions and party. Auer used the analogy of artillery in the army, i. e. a weapon to be employed at the discretion of the leadership. Auer considered that the General Commission was trying to separate the unions from the party and set up a rival organisation but these high flown plans would never be realised. The German labour movement was not like the American under the leadership of a man such as Samuel Gompers. Auer warned that

67 *Correspondenzblatt . . .* 3 (1893), No. 18.

68 The views of *Vorwärts*, Nr. 215 reported in *Correspondenzblatt . . .* 3 (1893), No. 19.

69 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893,* Berlin 1893, p. 183.

the General Commission was striving after too much independence.[70] Indeed, other critics at the conference claimed that Legien had nothing less in mind than to make the General Commission into a parliamentary committee of the union movement which desired to negotiate with party leaders on the basis of equality.[71] Against all this Legien maintained that the further development of the union organisation could in no way damage the party, nor could the unions ever get into a position of variance to that of the party since the leadership of the unions was always in the hands of those who were politically active.[72]

The tenor of the 1893 confrontation between Legien and the SPD executive was clearly determined by the fact that a younger man (Legien was only 31) had stood up for an idea which, as far as the leadership was concerned, was in the process of rapidly becoming irrelevant. If what Friedrich Engels had predicted were true, then the intensification of trade union activity in 1893 was indeed a wasted effort. The counter attack on Legien, especially from August Bebel who virtually threatened him with a party trial if he did not behave himself,[73] made it appear as one member stated (Albert Paul) that the SPD debate on the unions had become the guillotine of the trade union movement.[74] In addition to Bebel's comments, those of Clara Zetkin were strong evidence that the conceptions of Marx and Engels about the increasing accumulation of capital were well entrenched at least in the upper eschelons of the party. This process was constantly diminishing the area in which unions could hope to have a lasting success. Permanent achievements could only come from the political wing of the labour movement.[75]

Legien's wish that the SPD come out with an unequivocal statement of support for the unions was not granted. Instead, his suggestion that party leaders join their respective unions was ridiculed. All that the conference would do was to repeat the general 1890 declaration of support for the unions, a fact which was tantamount to an official reproach to Legien when considered against the background of the resolution of the international congress which had recently taken place in Zürich.[76]

The treatment of the unions by the SPD as a subordinate, ancillary organisation with virtually no future in the labour movement must be seen in retrospect as the first step in a process of liberation of the unions from party tutelage – a process provoked by the party's lack of interest and understanding of the self-determining nature ("Eigengesetzlichkeit") of unionism.[77] As Hans- Josef Steinberg has pointed out, although the official Marxist ideology of the Erfurt programme was understood fully by only a few SPD members there was, however, a widespread vulgar Marxism which communicated ideas of and beliefs in a "scientifically founded" natural development in the direction of a so-called "Kladderadatsch", i. e. some form of social upheaval. This concept remained nebulous and undefined but it was part of the ideological equipment of wide groups within the SPD at the time.[78]

However, while on the one hand this general belief militated against Legien's conceptions of the need for union struggle, the very vagueness and utopian nature of the eventual crash confirmed Legien's statement of 1892 that all theory was grey and so there was sufficient divided opinion in the labour movement to allow the common sense of practical trade union activity to proceed along its own way. Legien's argument, too, that whenever the "Kladderadatsch" came there had to be people available sufficiently trained by the unions who could assume the task of administering a 'socialised state' obviously made sense to many. The need to band together into unions was seen by Legien as a natural response of the workers to the intolerable conditions of capitalist society, and in canalising this natural drive into socialist orientated unions he believed he was furthering the

---

70 *Ibid.*, p. 186. 71 *Ibid.*, p. 205. 72 *Ibid.*, p. 188.

73 *Ibid.*, p. 202. 74 *Ibid.*, p. 203. 75 *Ibid.*, p. 208.

76 *Ibid.*, p. 221; c. f. Paul Umbreit, *25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890 - 1915. Erinnerungsschrift zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der Begründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,* Berlin 1915, p. 27.

77 C. f. Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890 - 1900,* 2nd ed., Berlin 1963, p. 127.

78 Steinberg, *Sozialismus . . .*, p. 43.

interests of the party better than the localists who feared that the forging of a 'second hammer' in the labour movement (i. e. the setting up of a quasi-federal body) would lead to discord between party and unions. This belief among party members was revealed to Legien by the "most rabid representative" of the localist union concept during the Cologne party conference who confided to Legien that the root cause of the dispute was not that unions failed to do any lasting good for their members but that they could grow too strong beside the party organisation.[79]

IV

The year 1893 saw an alltime low in union membership but this did not deter the General Commission from seeking to devise plans to make the movement more effective.[80] Legien now set out to mobilise the centralised unions in a plan which, had it been realised, would indeed have turned the General Commission into a parliamentary committee. This project initiated so soon after the hostile party conference indicates that Legien was not in the least intimidated by the strength of party feeling against him. He had, after all, been reproached with "Größenwahnsinn" (megalomania) by Richard Fischer.[81] One of the functions of the General Commission was to convene a trade union congress if a majority of the centralised unions were in favour. In September 1894, then, the General Commission circulated confidentially a possible agenda for the approval of the affiliated unions. It was pointed out that a congress which merely dealt with the General Commission's report and the thorny organisational question would not achieve much. One should tackle such key issues as the legislation governing the right of association as well as existing factory legislation (i. e. accident prevention, workshop inspection, workers' rights etc).[82] These were, of course, matters which the SPD should have been dealing with but Legien observed that the party had little time to go into such social political issues and that these could be best dealt with in depth by the unions. Of course, in entering this sphere, the General Commission was aware that it would provoke criticism from both within and without the labour movement. However, the evidence suggests that Legien was trying in his own way to force the issue over the prohibition on unions discussing political issues. He believed that the law was only a rubber stamp on prevailing conditions or a confirmation of existing social relationships. It was time to force new changes. If the unions on a nationwide basis energetically claimed the right to agitate for social political reforms ("Sozialpolitik") then the "Reichstag" would have to accord them that right by amending the law. This belief about the nature of law was a constant feature of Legien's thinking, but in 1894 there were too few unionists prepared like Legien to challenge the authorities, and so the majority of the chairmen of the centralised unions refused to agree to a congress with an agenda which could bring legal complications in its wake.[83] However, in addition to this lack of support, one union publically denounced the "dark plans" of the General Commission and declared its intention of terminating its contributions to that central body.[84] It was argued that the plans to have a conference on social political issues showed that the General Commission had insufficient work to occupy its time and that it should be disbanded. Moreover, the SPD organ, "Vorwärts", also queried the motives behind the "dark plans". In an issue of 27 January 1895 it was coolly pointed out that a trade union congress which dealt with social political legislation could lead to

---

79 *Correspondenzblatt . . .* 3 (1893), No. 24.

80 Statistics of membership, Barthel, *Handbuch . . .*, p. 301:

1891 – 277 659	1894 – 246 494	1897 – 412 359	1900 – 680 427
1892 – 237 094	1895 – 259 175	1898 – 493 742	1901 – 677 510
1893 – 223 530	1896 – 329 230	1899 – 580 473	

SPD membership lagged significantly behind that of the unions. In 1906 when statistics were first made the SPD counted only 384,327 members rising to 633,309 in 1909. See Wilhelm Schröder (Bearb.), *Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909*, München 1910, unveränd. fotomech. Nachdruck Leipzig 1971, p. 333.

81 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages . . . zu Köln . . .*, p. 205.

82 Ritter, *Die Arbeiterbewegung . . .*, pp. 150 -151.

83 *Ibid.*, p. 157; c. f. *Correspondenzblatt . . .* 5 (1895), No. 4.

84 The Glove Makers' Union; c. f. *Correspondenzblatt . . .* 5 (1895), No. 1.

"misunderstandings". There would then be two bodies created which would give directives to the SPD (i. e. the trade union congress and the party conference) and there was certainly no need for this.

At this time the self-understanding of the party as having the unchallenged primacy in the labour movement was very evident. "Vorwärts" stated unequivocally that the party had created in its annual conference the organ which determined the principles as well as the tactical manoeuvres of the movement. If the unions had acquiesced in the proposals from the General Commission, "Vorwärts" was convinced that before they were implemented the approval of the party leaders would have to be sought.[85] The champions of the small localist union movement went even so far as to state that if Legien's plan succeeded then both the party executive and conference would be rendered ineffectual ("kaltgestellt").[86]

This assessment by the localist undoubtedly imputed to the General Commission intentions it never had, although their prediction that a rival body would emerge to challenge the primacy of the party proved quite correct. However, in 1894 the General Commission was merely seeking to employ the centralised unions as a lever in the social political struggle. But to envisage this at the time was to challenge the authority of the SPD which became understandably suspicious, and indeed as was the case with the glove makers, some unions disagreed strongly with Legien's tactics. As a result a trade union congress could not be organised until May 1896 in Berlin. The agenda which the General Commission prepared was restricted to less dramatic issues such as unemployment relief and the question of union organised labour directories. The most controversial issue was the General Commission's desire to set up a reserve strike fund for itself to administer, a move which would have considerably increased its power. In the event it was an ironically optimistic hope in view of the fact that there were five motions submitted to the congress actually to dissolve the General Commission. In addition there were resolutions to diminish its powers, although some unions such as the wood workers' wanted to increase its competence.[87] So the 1896 congress was to see a confrontation of forces which would determine the fate of the General Commission.

Two opposing schools of thought in the German union movement sought to establish their concept of the future form of the union organisation. The majority of the powerful metal workers were hostile to the federalist tendencies of the General Commission and claimed it was an expensive and superfluous body. They wanted to abolish it so that they could be left to expand the industrial union concept without having formal links with other groups. The wood workers on the other hand who had a long tradition of centralisation desired to see an even greater concentration of forces in line with the General Commission's own policy. In this, the creation of a separate strike reserve fund for the General Commission was a key issue. It would have greatly increased the Commission's ability to carry out its agitation policy in under-organised areas.[88] Indeed, there had been over the four years of its existence numerous applications from unions to the Commission for strike support in the form of loans. However, all these had to be rejected since it had neither the funds nor the powers to raise them.[89]

The outcome of the 1896 conference was then a compromise. The General Commission was re-confirmed as an institution by the healthy majority of 78 to 43 and Legien returned as chairman with 97 votes. However, the competences of the Commission were only increased in one respect: it was accorded the right to convene a congress at least every three years and whenever half of the affiliated unions desired it.[90] No central strike fund was provided. However, in view of the amount

85 *Vorwärts*, 27. 1. 1895.

86 *Der Bauhandwerker*, 19. 1. 1895.

87 *Protokoll der Verhandlungen des zweiten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 4. bis 8. Mai 1896*, Hamburg o. J., pp. 69-72.

88 *Correspondenzblatt . . .* 6 (1896), No. 4.

89 *Ibid.*

90 *Protokoll der Verhandlungen des zweiten Kongresses. . .*, pp. 88, 110-111.

of hostility in some quarters the mere fact that the Commission was retained as the central coordinating body of the trade union congress must be considered a personal victory for Legien's concept of the future of the organisation. The only disappointing aspect from his point of view was the continued opposition to the establishment of a strike reserve fund. Instead, it was left to the union cartells in areas where strikes occurred to be responsible for collecting funds on an ad hoc basis.[91] To this extent the Commission was still emasculated when it came to coordinating and directing the strategy of the wage struggle of the entire union movement. Nevertheless, with the gaining of the endorsement of the 1896 congress the General Commission had become a permanent fixture of the trade union movement. Already, the two main lines of its policy had been adumbrated. The first was to establish itself as the unopposed central coordinating body – there were still the energetic champions of the localist position to overcome – and to become the recognised mouthpiece of the industrial wing of the labour movement. The second aim was to act as a lever to gain improved social and factory legislation, but above all for liberalised rights of association because, as Legien saw it, this was the pre-requisite for extracting social-political concessions from the state.[92]

Legien's appearance at the SPD conference, October 1896 in Gotha, after his moral victory in Berlin in May of that year was no longer that of a novice on the defensive but of a maturing labour leader, clear in his own mind about what he was after and how to get it. This new won confidence is in part explained by the dramatic and persistent economic boom of 1895 which naturally also served to benefit the unions whose numbers and finances picked up correspondingly.[93] Further, by 1895 the extension of union activities in the spheres of travel subsidies, unemployment insurance, sickness and invalid benefits as well as the usual strike support had risen significantly. All this indicated that the arguments that such benefits would delay the decision in the class struggle found little echo among union members.[94] 'Grey theory' was no substitute for material social improvements.

The winning of social improvements was for Legien the first function of the union movement and he was fearless in proclaiming the right of unions to engage in "Sozialpolitik" as distinct from party politics – a distinction which the state was reluctant to make. The entire issue concerning unions and "Sozialpolitik" had two critical facets. In one direction the laws governing union activity ruled out the unions from discussing any kind of political issue, and in the other direction, the SPD looked upon itself as the sole political mouthpiece of labour. Legien was of the conviction that if sufficient numbers could be persuaded to join unions and to agitate for welfare-type legislation, i. e. technically breaking the law, then, as the history of the British unions indicated, the law would be eventually changed to the benefit of the workers. However, the numbers organised in the mid-1890s were not a large enough base for the agitation Legien envisaged. It was necessary to mobilise the SPD to represent the union case more energetically in parliament.

The opportunity to do this was provided by the Gotha conference of the SPD in 1896 when the issue of worker protection was placed on the agenda but with a noticeable lack of enthusiasm on the side of the party leadership. Parvus, however, had been making energetic propaganda on behalf of the unions during 1896 urging that the SPD place more emphasis on the proletarian class struggle by supporting the unions.[95] The discussion at the conference developed into one concerning whether

---

91 *Ibid.*, p. 95.

92 Ritter, *Die Arbeiterbewegung . . .*, p. 154. By 1899 the General Commission had become the focal point for most trade union social political agitation. Another feature of the 1896 congress in Berlin was the frankness with which some pro-Legien delegates spoke of the need to become independent of the SPD. "We trade unions must not come under the authority of the party" (*Protokoll der Verhandlungen des zweiten Kongresses . . .*, p. 81) and the unions ought not to become dependent upon the party; it would be a success if the justification of the unions was recognised in the political camp etc (*ibid.*, p. 82). This is clear indication that even as early as 1896 many unionists were unhappy about SPD tutelage.

93 Ritter, *Die Arbeiterbewegung . . .*, pp. 150, 161; *Correspondenzblatt . . .* 6 (1896), No. 29; c. f. Reindl, *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung . . .*, p. 135. For statistics see footnote no. 80.

94 Ritter, *Die Arbeiterbewegung . . .*, pp. 160-161.

95 Parvus, *Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Kritischer Bericht über die Lage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung*, Dresden 1896, passim; c. f. Ritter, *Die Arbeiterbewegung . . .*, p. 154.

unions might involve themselves in "Sozialpolitik". Max Quarck, one of the most prominent SPD personalities, ventured to disagree with chairman Bebel by stating that welfare legislation, far from robbing the unions of their effectiveness, gave them new tasks in criticising the existing legislation. It was wrong that only the party should concern itself with these issues when other organs could do it better. Quarck was therefore in favour of the unions pursuing "Sozialpolitik" – even though this was strictly outside the law. Indeed, they were already doing this in centres such as Frankfort. Public meetings on the theme of social policy had been held indirectly sponsored by the trade union cartells. How these meetings managed to side-step police interference was not recounted by Quarck.[96] All this was exactly what Legien had been advocating. When he spoke in the debate he made for the first time a distinction between "Sozialpolitik" and party politics. Naturally, unions were not expected to involve themselves in the latter but they were by their very nature bound to pursue "Sozialpolitik" as it came under the heading of economic struggle. And then Legien made a statement which was the basis of his thesis that the Free Trade Unions should not be considered a mere tool of the SPD. "In the economic struggle all forces need to be concentrated without enquiring about the political creed of the individual".[97] He went on to state that "Sozialpolitik" was not the sole preserve of the SPD. One could pursue "Sozialpolitik" without being a member of the SPD. Indeed, all parties did so in so far as it suited them. The unions were forbidden to do so according to the letter of the law as it stood in 1896 but Legien promised that as soon as the ban on the affiliation of political associations in Germany was lifted, the unions would do so with or without the approval of the SPD.[98]

This type of straight talking by Legien must have had some impact on the party conference since it did vote for pushing social legislation particularly for the eight hour day and for 8 p. m. shop closing. Of course this was merely agreeing to conducting agitation on behalf of the unions within the legislature.[99] There was little chance of ever getting such measures through. The unions for their part intensified agitation for these goals in public in open defiance of the law and without reference to the SPD. The dual process of union emancipation from party tutelage and of the trade unionisation of the labour movement had moved a step further. Legien's concept of employing the union movement as an independent instrument for transforming bourgeois society was crystallising. More agitation, meetings and protest action would not of themselves achieve such things as the eight hour day. It was numerical and hence financial strength of the growing union movement which would tell in the long run. "The organisation is everything!" ("Die Organisation ist alles!"), Legien instructed the SPD at the Gotha conference of 1896.[100]

In this defiant outburst of confidence there is clearly the implication that talking and theorising was a waste of valuable time and effort. Indeed, the subsequent history of the Free Trade Unions indicates that this was true. All hopes were placed on building up a massive trade union bureaucracy behind which stood an army of 'organised' workers. However, before this could be realised, there would have to be a liberalisation of the laws governing the right of association and assembly, a fact which Legien squarely recognised. The government for its part regarded the socialist unions with profound mistrust and had made two unsuccessful attempts since 1890 to introduce legislation to curb union and socialist activity. In line with this policy the government once again announced its intention in 1898 to bring down legislation which would effectively kill the union movement. This was the so-called "Zuchthausvorlage" which would have empowered the courts to sentence strikers or strike agitators to prison for up to twelve months. This announcement was the signal for Legien to begin an extensive propaganda campaign against the bill and for a liberalisation of the right of association. This was for him the keystone of his concept of class struggle since it was the basis of the union movement. The significance of Legien's propaganda campaign is that it demonstrated the political will of the majority of the militant working class. The General Commission on its own initiative had taken up cudgels for a political issue which touched it most closely. The bill was thrown out on 20 November 1899. Only the Conservatives and a section of the National Liberals were for it. All other parties were united in opposition to it from the beginning so that Legien's

96 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Gotha vom 11. bis 16. Oktober 1896*, Berlin 1896, pp. 153-154.

97 *Ibid.*, p. 157.

98 *Ibid.*

99 *Ibid.*, pp. 182-183.

100 *Ibid.*, p. 157.

propaganda could hardly claim that it contributed essentially to its defeat. Nevertheless, the unions had focused public attention on the injustice of the existing laws of association and it was not surprising that three weeks after the rejection of the "Zuchthausvorlage", the government changed course and agreed to remove the ban on political associations affiliating. However, this was not done in response to union agitation but rather to keep the Centre Party and the National Liberals on the side of the government for other crucial legislation (in this case, bill concerning naval and canal construction). The Centre Party wished to foster a Christian trade union movement in opposition to the socialists and of course demanded a relaxation of the ban on affiliation for this purpose.[101]

V

The Roman Catholic Centre Party had been encouraging a Christian trade union movement since 1895 and after the defeat of the "Zuchthausvorlage" this new form of unionism was actually welcomed by the government as a suitable alternative to the socialist movement which was, in their view, republican and revolutionary. So a policy was adopted, similar in philosophy to Bismarck's social policy, of trying to wean the three million socialist voters away from the SPD and the Free Trade Unions. With these developments, the General Commission saw an added reason to proclaim its neutrality or formal independence from the SPD. The Christian trade union movement which was officially founded in 1899 could present an alternative to German workers who had religious or monarchist sentiments. So in 1899 the 'neutrality question' once more loomed large in SPD-trade union relations. It was not a new issue in the socialist movement because, as has been seen, Theodor York had as early as the 1870s insisted that trade union neutrality was essential so that they could recruit all workers regardless of their religious or political inclinations, and at Halle in 1890 Carl Kloss had observed that the unions would best flourish if kept neutral! Legien was always aware of this, and in 1899 at the trade union congress in Frankfort he strenuously repudiated the idea that unions were SPD organisations.[102]

The neutrality issue had been relegated to the background after 1890 when Legien and his colleagues were anxious to have SPD support in reviving the union movement. In any case the laws of association imposed an official neutrality upon the unions but there was no doubt in anyone's mind that the so-called Free Trade Unions belonged in the socialist camp. However, by the end of the decade, the hitherto accepted association with the SPD no longer suited trade union policy. The General Commission had developed its own determined views on the role of the unions in the class struggle and by 1896 had seen the need to escape the tutelage of the party once and for all. The social policy issue and then the founding of the Christian trade unions by Adam Stegerwald provided both the impetus and the rationale for emphasising the freedom of the Free Trade Unions.[103] The foundation of a competing organisation on a confessional basis constituted a deadly challenge to the Free Trade Unions who claimed to be the sole representatives of the workers' interests. The name "Free" was intended to denote that membership was independent of religious or political affiliations.[104]

The 'neutralisation movement' at the turn of the century caused at first a degree of disquiet in SPD circles, chiefly because it was believed that it could damage the political emancipation struggle of the

---

101 Karl Erich Born, *Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz*, Wiesbaden 1957, pp. 162-164.

102 *Protokoll der Verhandlungen des dritten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt a. M. – Bockenheim vom 8. bis 13. Mai 1899*, Hamburg o. J., p. 103. An interesting feature of the third trade union congress of 1899 was that its agenda included as a central issue the question of "Koalitionsrecht" – the right of association. It was precisely this type of "Sozialpolitik" which Legien had wanted to introduce in 1894 when he was accused of forging "dark plans". By 1899 the vast majority of unionists had moved solidly behind Legien's aim to make the unions into a social-political pressure group. His speech which attacked the "Zuchthausvorlage" was nothing more or less than a fiery declaration of independence by the General Commission. It was received with strong enthusiasm by the delegates. The self-understanding of the unions as an independent arm of the labour movement had completely formed. See pp. 103-104, 221.

103 Josef Deutz, *Adam Stegerwald. Gewerkschaftler, Politiker, Minister 1874 - 1945*, Köln 1952, p. 23. The origins of the Christian Workers' movement are, of course, much earlier and go back to Bischof von Ketteler's efforts in Mainz in 1869 when the Christian-social workers' associations were founded.

104 C. f. Karl Kautsky, *Die Neutralisierung der Gewerkschaften*, in: *Die Neue Zeit* 18 (1899 – 1900), Vol. II, p. 391 where he states, "The neutralisation of the trade unions is, therefore, the indispensable pre-condition for the growth of the proletarian movement in Germany".

working class.[105] However, Legien, von Elm, Leipart and other leading unionists emphasised that the Free Trade Unions had always been neutral in the sense that they had no official party affiliation but insisted that this neutrality did not mean that they could not enter the field of "Sozialpolitik" which affected all workers regardless of their personal political leanings. The General Commission saw no contradiction between their assertion of strict party neutrality and the pursuance of the class struggle in the Marxist sense. Here can be seen an interesting re-emphasis of Marx's concept of unionism in the class struggle as he was alleged to have expressed it in 1869. Nevertheless, the Commission had to re-enforce this concept at the turn of the century because the party leaders were reluctant to accept the principle at first. They continued to believe that because the unions had once appealed for party support in 1893 the motor of the union movement was the SPD. The admission that unions followed their own laws of development was not readily made by the party leadership.[106] Eduard Bernstein summed up the attitude of the party executive in 1900 when he wrote: "For the early socialists the trade unions were for a long time only a necessary evil. A necessary evil in two senses: It proved impossible to hinder their emergence and it was at the same time impossible to dispense with this form of the movement permanently. Considerable sections of the working class could not be won away from the trade union movement and many workers could only be moved by the motive of social betterment into joining a working class organisation. For good or ill unions had to be tolerated. But in the majority of cases this toleration was fairly grudging . . . ".[107]

Indeed, there was much confused thinking in party circles until the plain facts of trade union strength made them reassess the role of unions. There then appeared a series of statements from critics of the unions which indicated that the policy of the General Commission had gradually won acceptance by party spokesmen. It was recognised in view of the new situation that the unions must exert their strength as a growing pressure group to force the extension of social legislation in their interests.[108] Even Bebel had conceded at the Hanover party conference of 1899 that it was in the chief interests of the unions to disassociate themselves from political parties. How otherwise could they hope to win Roman Catholic workers ? The union movement was not Social Democratic but rather a proletarian class movement.[109]

Legien was so far emancipated from the idea of union subordination to the party that he was able to state in July 1900 in the "Sozialistische Monatshefte" that the unions should no longer be considered the recruiting school for the SPD; they were more. They were the means by which the workers were made aware of their situation, trained to solidarity and the readiness to make sacrifice in the struggle for their common interests. Workers who acquired these characteristics would be the best fighters in the struggle to liberate the working classes. There was, therefore, no need to fear that the labour movement would stagnate if the Free Trade Unions remained politically neutral.[110]

The emergence of the Christian trade unions as well as the General Commission's independent propaganda action against the "Zuchthausvorlage", together with the unexpectedly large increase in union membership, all combined to bring about a revision by the SPD of their understanding of the role of trade unions. In 1900 August Bebel made a genuine attempt to place this phenomenum within the general framework of Marxist theory and came to the conclusion that the political neutrality of the unions was not inconsistent with it. Indeed, Bebel went so far as to envisage the

---

105 H. Ströbel, *Zur Frage der Neutralisierung von Gewerkschaften,* in: *Die Neue Zeit* 18 (1899 - 1900), Vol. II, pp. 270, 274.

106 Karl Kautsky, *Partei und Gewerkschaft,* in: *Die Neue Zeit* 17 (1898 - 99), Vol. I, p. 423.

107 Eduard Bernstein, *Geschichtliches zur Gewerkschaftsfrage,* in: *Sozialistische Monatshefte* 4 (1900), No. 7, p. 378.

108 H. Fischer, *Neutrale oder parteiische Gewerkschaften,* in: *Die Neue Zeit* 18 (1899 - 1900), Vol. II, p. 538.

109 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899,* Berlin 1899, p. 235.

110 Carl Legien, *Die Neutralisierung der Gewerkschaften,* in: *Sozialistische Monatshefte* 4 (1900), No. 7, p. 375.

cooperation of all three trade union organisations in the sphere of social policy agitation.[111] All party-political and religious polemics should be put aside so as to bring about effective cooperation. And because the chief area of union activity was in the sphere of "Sozialpolitik" the unions need not be linked with any particular political party: "I advocate, therefore, that party politics and religious debates be kept out of the unions but I advocate that they pursue worker politics and class-struggle politics all the more and all the more energetically . . . It is therefore the duty of the trade unions to pursue politics within the framework of their tasks."[112]

The General Commission could only but confirm these views. The fact of union neutrality did not alter the class-struggle function of the unions. Both party and union chairmen believed in the power of socialist ideas in themselves to convert, however gradually, the union organised worker. Bebel was, of course, still convinced of the limits of trade union effectiveness, but nevertheless, this change of attitude towards the policy emanating from the General Commission must be seen as another clear victory for Legien's style of labour politics. In ten years of steady and determined work, Legien had actually liberated the unions from SPD tutelage. The developments during the next decade would show that it was the party which had to fear the tutelage of the General Commission. What the latter had achieved between 1890 and 1900 was nothing less than the pre-condition for the subsequent trade union domination of the German labour movement.

---

111 August Bebel, *Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien*, Stuttgart 1900, p. 15. The third union movement was the Hirsch-Duncker organisation sponsored by the Progressives ("Fortschrittspartei").

112 *Ibid.*, p. 18.

AUS FRANZ MEHRINGS MARXISTISCHER FRÜHZEIT

Ein Briefwechsel Franz Mehrings mit Lujo Brentano (1891 - 93)

Von Ursula Ratz

Im Sommer 1891 forderte der damals in Leipzig lehrende Lujo Brentano Franz Mehring zur Mitarbeit an einem in Aussicht genommenen sozialpolitischen Periodikum auf. Es mag Zufall gewesen sein, daß das Angebot von einem Professor der Leipziger Universität kam, deren philosophische Fakultät im August 1882 Mehring die Doktorwürde aufgrund jener berühmt-berüchtigten Schrift gegen die Sozialdemokratie verliehen hatte, deretwegen Mehring noch Jahre nach seinem Anschluß an die SPD von den Parteigenossen beargwöhnt oder gemieden wurde. Weniger zufällig war die Tatsache, daß sich Brentano mit seinem Anliegen gerade an Franz Mehring wandte. Es mochte sich dabei um eine späte kompensatorische Geste auf eine Offerte aus dem Jahre 1878 handeln, als der wegen seiner "Geschichte der deutschen Sozialdemokratie"[1] und zahlreicher sozialpolitischer Aufsätze von "mannigfache[r] Anerkennung aus den gebildeten Kreisen der Lehrwelt"[2] getragene Mehring an Brentano und dessen Freunde im "Verein für Sozialpolitik" die Bitte um Unterstützung einer von ihm geplanten sozialpolitischen Wochenschrift herantrug.[3] Durch die Lektüre der seit jenem flüchtigen Gedankenaustausch veröffentlichten publizistischen Arbeiten Mehrings hatte Brentano die Überzeugung gewonnen, daß beide "wenn auch nicht in Allem, so doch vielfach in Vielem gleiche Anschauungen" hegten.[4] Wenn Mehring in der im Mai 1891 abgefaßten, zwischen Anklage und persönlicher Rechtfertigung steuernden Schrift "Kapital und Presse" zu den Konstanten seiner politischen "Gesinnung" die "Auffassung der Arbeiterfrage als einer weltgeschichtlichen Bewegung", die "Forderung durchgreifender Sozialreformen", die "Abneigung gegen das Manchestertum – abgesehen von der Handelsfreiheit –" und den "Haß gegen den Kapitalismus" zählte, so vertrat er mit Ausnahme des Antikapitalismusaffekts Gedankengänge, die auch Brentano teilte. Daß Mehring im Gegensatz zu dem Ende der siebziger Jahre erhobenen Ruf nach "Sozialreform von Oben" zu der Einsicht gelangt war, daß nur eine solche Sozialreform "denkbar und möglich" sei, welche "ebenso d u r c h, wie f ü r die Arbeiter ausgeführt werde, daß somit die politische Freiheit im weitesten Umfange die unerläßliche Vorbedingung jeder gesunden Sozialreform sei",[5] mußte ebenfalls die Zustimmung Brentanos finden.

MEHRING UND BRENTANO BIS ZUR BRIEFLICHEN KONTAKTNAHME

Obwohl der Briefwechsel zwischen Brentano und Mehring seit 1878 ruhte und damit als Plattform einer möglichen Klärung der beiderseitigen Meinungsdivergenzen ausschied, stand das sozialpolitische Wirken des seit 1889 in Leipzig lehrenden Nationalökonomen und das publizistische Schaffen des Chefredakteurs der Berliner "Volks-Zeitung" in einer, wenn auch distanzierten, geistigen Bezogenheit.

Vor allem in der Endphase des Sozialistengesetzes, als die verstärkte Hinneigung der "Volks-Zeitung" zur SPD zu wachsenden Spannungen mit anderen bürgerlichen Blättern und den staatlichen Organen führte, äußerte Mehring in seinen Leitartikeln häufig Brentanos Standpunkt nahekommende Gedanken. Sowohl Mehrings sozialpolitisches Konzept wie seine Einschätzung der Rolle der Arbeiterbewegung weisen auf die Nähe zu Brentano hin. In deutlicher Abgrenzung gegenüber der Sozialdemo-

---

1 Franz Mehring, *Die deutsche Sozialdemokratie. Ihre Geschichte und ihre Lehre. Eine historisch-kritische Darstellung*, Bremen 1877.

2 Mehring an Brentano, 17. 2. 1878; vgl. Anm. 3.

3 Die drei dieses Projekt betreffenden Briefe Mehrings an Brentano befinden sich im Nachlaß Brentano, Nr. 38, Bundesarchiv Koblenz.

4 Brentano an Mehring, 16. 7. 1891 (Brief Nr. 1). Sämtliche im Dokumentationsteil abgedruckten Briefe entstammen dem Nachlaß Brentano. Für die Genehmigung zur Veröffentlichung der Korrespondenz sowie die hilfreiche Unterstützung bei der Benutzung dieses wie des subsidiär herangezogenen Materials sei dem Bundesarchiv an dieser Stelle herzlich gedankt.

5 Franz Mehring, *Kapital und Presse. Ein Nachspiel zum Falle Lindau*, Berlin 1891, S. 61 f.

kratie bekannte Mehring im April 1889: "Unser sozialpolitisches Ziel ist allein gewesen, der modernen Arbeiterbewegung auf dem Boden der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung die Bahn einer friedlichen Entwicklung zu ermöglichen und zu sichern."[6] Mit einem Seitenblick auf die englischen Factory Acts und die Trade Unions prophezeite er auch für Deutschland eine Ära "sozialen Friedens", falls sich die Politiker zur Durchführung sozialer Reformen, vor allem einer "tiefgreifende[n] Arbeiterschutzgesetzgebung und eine[r] korporative[n] Organisation der arbeitenden Klassen nach dem Muster der Trade Unions" entschließen könnten.[7] Die scharfe Frontstellung gegen die Regierungspolitik, das dezidierte Bekenntnis zu Koalitionsfreiheit, Arbeitslosenversicherung und Achtstundentag gerade in den Jahren zwischen 1888 und 1890 verdeutlichen Mehrings leidenschaftliche Gegnerschaft gegen die offizielle Sozialpolitik mit ihrer Kombination von patriarchalischer Fürsorge für den einzelnen Arbeiter und Repression der Arbeiterorganisationen. Mehrings anläßlich der Aufhebung des Sozialistengesetzes unterstrichener Leitsatz, "daß nur d u r c h die Arbeiter erreicht werden kann, was f ü r die Arbeiter geschehen soll",[8] deckte sich in auffallender Weise mit dem Plädoyer Brentanos für das in England verwirklichte Prinzip der "Selbstverwaltung der Arbeiterangelegenheiten durch die Arbeiter selbst", das er in einer häufig gegenüber Schmoller geführten Klage mit der in Deutschland herrschenden "bürokratischen Sozialpolitik" in Kontrast setzte.[9]

Es fällt auf, daß Mehring trotz seiner stärkeren Annäherung und Bindung an die SPD[10] und der parallel zur Vertiefung in das wissenschaftliche Werk von Marx und Engels[11] vollzogenen Rezeption marxistischer Gedankenelemente damals den sozialrevolutionären Bestrebungen der Klassenkampfpartei noch in betonter Distanz gegenüberstand. Der sozialdemokratische Arbeiterschutzgesetzentwurf von 1890 fand Mehrings Beifall vor allem deshalb, weil er sich "von allen utopischen Gedanken frei hält" und "nur Ziele verfolgt, die auf dem Boden der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung erreichbar sind".[12] Diese "sozialreformatorische" Perspektive schimmert selbst noch in der weitgehend in der Terminologie der materialistischen Geschichtsauffassung verfaßten Schrift "Kapital und Presse" durch, in der Mehring die Notwendigkeit "soziale[r] Reformen, welche die Übermacht des Kapitalismus einschränken", unterstrich, die Frage allerdings, "ob und inwieweit solche Reformen auf dem Boden der heutigen Produktionsweise ausführbar sind oder nicht", dahingestellt sein lassen wollte.[13]

Wenn sich Mehring als Kenner der Brentanoschen Schriften, insbesondere der noch im Dezember 1891 mit dem Epitheton "trefflich" belegten "Arbeitergilden",[14] im Zusammenhang mit seiner Forderung nach Fabrikgesetzen und Koalitionsfreiheit gelegentlich auf Brentano berief,[15] so war dies nicht nur ein Ausdruck persönlichen Respekts vor dem großen Gelehrten, sondern zugleich ein Zeichen dafür, daß er die zeitgenössische Einschätzung des bedeutenden Sozialpolitikers und Sozialreformers teilte.

---

6 Zit. nach Thomas Höhle, *Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus 1869 - 1891*, Berlin 1956, S. 259.

7 Zit. nach Höhle, *a. a. O.*, S. 259 f.

8 Zit. nach Höhle, *a. a. O.*, S. 267.

9 Vgl. Brentano an Schmoller, 19. 3. 1891, Nachlaß Brentano.

10 Für Mehrings persönliche Kontakte zu den Führern der Sozialdemokratie vgl. Höhle, *Franz Mehring . . .*, S. 241 ff., 266. Vgl. ferner Mehrings briefliche Beteuerung gegenüber Vollmar, daß er "seit langen Jahren bemüht" gewesen sei, "mit der Arbeiterpartei und ihren Vertretern stets in freundlichen Beziehungen zu stehen"; Mehring an Vollmar, 16. 8. 1890, Nachlaß Vollmar, IISG Amsterdam.

11 Am 13. 9. 1890 schrieb Mehring an Bernstein, die "Jungen" in der SPD "sollten sich erst auf die Hosen setzen und Karl Marx studiren"; Nachlaß Bernstein, IISG Amsterdam.

12 Zit. nach Höhle, *Franz Mehring . . .*, S. 261.

13 Mehring, *Kapital und Presse . . .*, S. 88 f. Bemerkenswert ist, daß Mehrings damalige Äußerungen über den Kapitalismus weitgehend moralisch instrumentiert waren. So sprach er von "unserer kapitalistisch verseuchten Zeit" (*a. a. O.*, S. 67) und von der "kapitalistischen Entartung", der "erst ein verhältnismäßig kleiner Teil der deutschen Presse" verfallen sei (*a. a. O.*, S. 5).

14 Vgl. Mehring an Brentano, 9. 2. 1892 (Brief Nr. 7).

15 Vgl. Höhle, *Franz Mehring . . .*, S. 224.

Lujo Brentano, hervorragender Repräsentant der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie, Mitbegründer des "Vereins für Sozialpolitik"[16] und Haupt der in diesem Gremium vereinigten "liberalen" Sozialpolitiker,[17] galt im Urteil seiner Zeit als der Prophet der liberalen Handelspolitik und der Koalitionsfreiheit. Nach einem Zeugnis seines langjährigen Kollegen und Freundes Gustav Schmoller wurde Brentano – zwischen 1870 und 1900 "der begehrteste deutsche Nationalökonom" – mit seinen "Arbeitergilden" (1871/72) und den daran anknüpfenden Schriften, Reden, Zeitungsartikeln[18] zum "Theoretiker und Historiker der englischen Gewerkvereine" wie zum "wissenschaftliche[n] Bannerträger des fortgeschrittenen Liberalismus, der das Gewerkschaftsideal mit dem großen damals siegenden Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit in Einklang zu bringen wußte".[19] Der am Ziel der wirtschaftlichen und sittlichen Vervollkommnung des Individuums als primärem Träger des sozialen Geschehens orientierte liberale Kathedersozialist definierte es als höchsten Zweck der Sozialpolitik, dem Einzelnen die Möglichkeit zu Freiheit und Selbstbestimmung zu geben. Nach Ansicht Brentanos, der Sozialpolitik weitgehend mit Arbeiterpolitik identifizierte, wurden diese Prinzipien am besten in der organisierten Selbsthilfe der Arbeiter, d. h. von starken, mit vollem Koalitionsrecht ausgestatteten Arbeiterorganisationen garantiert. Es ist bezeichnend für die von Brentano verkörperte liberale Sozialpolitik, daß sie eine der wichtigsten Aufgaben der Koalitionen darin erblickte, dem Arbeiter eine Kontrolle über das Angebot der Ware "Arbeit" auf dem Markte zu sichern und damit "die Freiheit und die Macht der Selbstbestimmung über seine Person . . . , wie sie jeder andere Verkäufer besitzt".[20]

Im Gegensatz zu seinen konservativen Kollegen im "Verein für Sozialpolitik", deren Forderungen und Zielvorstellungen in hohem Maße von der Furcht vor sozialen Revolutionen stimuliert waren, hat Brentano fest an ein Auspendeln der Klassenantagonismen ohne Revolution geglaubt, wenn nur den verschiedenen Gesellschaftsschichten gleich starke wirtschaftliche und politische Vertretungskörperschaften gewährt würden. Das Aufsteigen der Arbeiterklasse zu einer gleichberechtigten Stellung im Staats- und Gesellschaftsleben ohne Katastrophe hielt Brentano im politischen Bereich durch gleichmäßige Regierungsbeteiligung aller Bevölkerungsschichten,[21] auf wirtschaftlichem Sektor durch Entfaltung mächtiger, den Unternehmerorganisationen gleichberechtigter, tarifvertragsfähiger Gewerkschaften für erreichbar.

Brentanos am englischen Vorbild ausgerichtetes politisches Konzept zur Beseitigung der die Wilhelminische Klassengesellschaft kennzeichnenden sozialen Desintegration wurde in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie als eine scharfe Herausforderung an die sozialistische Doktrin empfunden. Seit dem ersten Erscheinen seiner "Arbeitergilden", berichtet Brentano in seinen Erinnerungen,

---

16 Für Brentanos wissenschaftliches und sozialpolitisches Wirken vgl. die zur gleichen Zeit unabhängig voneinander entstandenen, auf den Nachlaß Brentano sich stützenden Arbeiten von James J. Sheehan, *The Career of Lujo Brentano. A Study of Liberalism and Social Reform in Imperial Germany*, Chicago-London 1966, und Dieter Lindenlaub, *Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des 'Neuen Kurses' bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890 - 1914)*, 2 Bde, Wiesbaden 1967. Den nachhaltigen Einfluß, den Brentano auf die geistige Profilierung und sozialpolitische Ausrichtung führender Repräsentanten der sozialreformerisch orientierten Vereinigungen und linksliberalen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ausübte, werde ich in einer größeren Arbeit mit dem Titel *Sozialreform und Arbeiterschaft. Die "Gesellschaft für Soziale Reform" und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zum Ende des Ersten Weltkrieges* behandeln.

17 Zur Definition der hier verwandten Begriffe "liberal" und "konservativ", mit denen vor allem das Maß sozialpolitischen Handelns, das die einzelnen Sozialpolitiker dem Staat zubilligten, bezeichnet werden soll, vgl. Lindenlaub, *Richtungskämpfe* . . . , S. 85 ff. und passim.

18 Das literarische Werk Brentanos verzeichnen Hans Neisser/Melchior Palyi, *Lujo Brentano. Eine Bio-Bibliographie*, Berlin 1924.

19 Schmoller an Brentano, 13. 12. 1914, Nachlaß Brentano.

20 Lujo Brentano, *Die Arbeitergilden der Gegenwart*, Bd. 2, *Zur Kritik der englischen Gewerkvereine*, Leipzig 1872, S. 21.

21 Für eine Parlamentarisierung der Reichsregierung hat sich Brentano erst im Weltkrieg ausgesprochen, während er die Reform des Wahlrechts in den Einzelstaaten und Kommunen schon nach der Jahrhundertwende forderte; vgl. Lindenlaub, *Richtungskämpfe* . . . , S. 260 ff.

habe es in der SPD nicht an Stimmen gefehlt, die vor ihm gewarnt hätten.[22] Die Hüter der Marx-Orthodoxie, insbesondere Kautsky, ließen keine Gelegenheit zu einer Polemik gegen Brentano ungenutzt, dem sie die Absicht unterschoben, analog zu dem in England gelungenen Vorgehen auch aus der deutschen Arbeiterklasse eine Arbeiteraristokratie herausspalten und auf diese Weise die revolutionäre Sozialdemokratie in ihrer Entwicklung hemmen zu wollen.[23] Die Betonung der "Gefährlichkeit" der Brentanoschen Intentionen bildete dabei einen wesentlichen Topos sozialdemokratischer Kritik.[24] Mußten doch Brentanos strikte Ablehnung von Ausnahmegesetzen, sein Eintreten für ein uneingeschränktes Koalitionsrecht, höhere Löhne, Achtstundentag, kurzum seine "antikapitalistischen Allüren" den Arbeitern "sympathisch"[25] erscheinen und waren geeignet, ihn den Gewerkschaften als pro tempore-Verbündeten im Kampf gegen staatliche Restriktionen und den "Herr im Hause"-Standpunkt der Unternehmer und der mit ihnen assoziierten Gruppierungen zu empfehlen.

Zu dieser im Grundsätzlichen ankernden Gegnerschaft[26] zwischen Brentano und der Sozialdemokratie trat noch als zusätzlicher Belastungsfaktor die aus dem Jahre 1872 datierende Fehde zwischen Marx und Brentano wegen angeblicher Fälschung eines Gladstone-Zitats. Dieser Streit, von Engels in der vierten Auflage von Marx' "Kapital" zu neuem Leben erweckt, wurde 1890/91 mit einer verbalen Härte fortgeführt, die sich nur aus dem dahinter stehenden prinzipiellen Gegensatz erklären läßt. Brentano veröffentlichte im Herbst 1890 seine Schrift "Meine Polemik mit Karl Marx",[27] der er vor allem die Funktion zuwies, "die Autorität des vergötterten Marx wenigstens bei Einigen . . . zu erschüttern",[28] während Engels in seiner Replik "In Sachen Brentano contra Marx"[29] die Lauge des Spotts über den von "unseren Abfällen" lebenden Kathedersozialisten ausgoß.[30] Kautsky bereicherte die Kontroverse noch um einige polemische Ingredienzen. Ihm erschien Brentanos besonderer Haß, der die unter deutschen Nationalökonomen amtsübliche Marxfeindlichkeit überstieg, als das Produkt persönlichen Konkurrenzneides; sei doch Brentano, der erleben mußte, daß die Internationale unter Marx' Führung die Gewerkschaften vor ihm in Deutschland heimisch gemacht habe, Marx "beim Import englischer Waren" unterlegen gewesen.[31]

Obwohl Brentano die fortdauernde Bindung der Sozialdemokratie an die revolutionäre Doktrin und Phraseologie feststellen mußte, setzte er dennoch auf ihre Entwicklung im evolutionär-revisionistischen Sinn. Die Beteuerungen einiger Parteiführer auf dem Parteitag in Halle, das Hauptgewicht der Parteiarbeit konzentriere sich auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung, wurden von Brentano als Zeichen einer Wandlung der SPD von der revolutionären zur "Reformpartei" begrüßt.[32] Da sich nach Auffassung Brentanos Arbeiteremanzipation nur auf dem Weg einer Zusammenarbeit der Arbeiterschaft mit den "höheren Klassen" durchführen ließ,

---

22 Lujo Brentano, *Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands*, Jena 1931, S. 153.

23 Vgl. Karl Kautsky, *Wie Brentano Marx vernichtet*, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 9 (1890/91), Bd. 2, bes. S. 165 f.

24 Vgl. Herkner an Brentano, 29. 12. 1890, Nachlaß Brentano: "Liebknecht [hält] Sie für den weitaus gefährlichsten Feind seiner Parteisache . . .". Vgl. auch Adler an Engels, 22. 9. 1892: "Sie [= die Brentano-Schule] ist gefährlich, weil gescheiter als Schäffle samt Schmoller", in: Gustav Mayer, *Friedrich Engels. Eine Biographie*, Bd. 2, Haag 1934, S. 557. Vgl. ferner Kautskys Briefe an Adler, in: Victor Adler, *Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky*. Ges. und erl. von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 100, 109, 122 und passim.

25 Vgl. Mehring an Brentano, 26. 11. 1891 (Brief Nr. 6).

26 Vom Marxismus trennten Brentano vor allem dessen Ziel der totalen Vergesellschaftung des Individuums sowie die Lehre vom naturgesetzlichen Ablauf des Wirtschaftslebens, die Brentano als eine Variante der von ihm bekämpften Manchesterdoktrin ansah; vgl. Brentano an Mehring, 23. 9. 1893 (Brief Nr. 10).

27 Lujo Brentano, *Meine Polemik mit Karl Marx. Zugleich ein Beitrag zur Frage des Fortschritts der Arbeiterklasse und seiner Ursachen*, Berlin 1890.

28 *A. a. O.*, S. 7.

29 Friedrich Engels, *In Sachen Brentano contra Marx wegen angeblicher Citatsfälschung. Geschichtserzählung und Dokumente*, Hamburg 1891.

30 Die Literatur zum Konflikt Engels-Brentano bei G. Mayer, *Friedrich Engels . . .*, Bd. 2, S. 556 f.

31 Kautsky, *Wie Brentano . . .*, S. 162, 166.

32 Brentano, *Meine Polemik . . .*, S. 7.

forderte er von der Sozialdemokratie die Preisgabe ihrer "gegensätzliche[n] Isolirung von den höheren Klassen",[33] während er an die bürgerlichen, vor allem die "zwischen den im Machtbesitz befindlichen und den aufstrebenden Massen" stehenden gebildeten Schichten den Appell richtete, "die andrängenden unteren Klassen" innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung "wirtschaftlich zu heben, sie zur größeren Teilnahme an unserer nationalen Kultur heranzuziehen, sie dadurch mit dieser zu versöhnen".[34] Der Erfolg einer solchen Versöhnungspolitik hing jedoch wesentlich davon ab, inwieweit es der bürgerlichen Seite gelang, die Dringlichkeit des Emanzipationsanspruchs der Arbeiterschaft in das Bewußtsein der öffentlichen Meinung zu heben. Angesichts der Tatsache, daß die Regierung trotz der Februarerlasse wirklichen Reformelan vermissen ließ und die Sozialreform mit dem letzten Ziel der politischen und wirtschaftlichen Gleichstellung der Arbeiterschaft nicht zum allgemeinen geistigen Besitz des gehobenen Bürgertums gehörte, waren daher alle an einer "Gesundung" der inneren Verhältnisse interessierten Elemente aufgerufen, durch Wort und Schrift, sei es durch Schaffung eines eigenständigen publizistischen Sprachrohrs, einer vorurteilsfreien, kritischen und umfassenden Behandlung der Arbeiterfrage den Weg zu ebnen.

DAS "JAHRBUCH DER SOZIALEN BEWEGUNG"

Als Brentano Mehring die Redaktion des von ihm und Heinrich Herkner projektierten "Jahrbuches der sozialen Bewegung" antrug, ahnte er wohl kaum, daß Mehring bereits durch seinen organisatorischen Anschluß die um die Sozialdemokratie gelegte Bannmeile durchbrochen hatte. Mehrings seit dem 1. Juni 1891 in der "Neuen Zeit" veröffentlichte Berliner Leitartikel erschienen anonym, und noch Anfang August 1891 äußerte Kautsky gegenüber Adler sein Mißfallen, daß "unser Leitartikler seinen Namen nicht nennen darf . . . Hätte er seiner Zeit die verfluchte Broschüre nicht geschrieben, wäre er zuverlässig und verstünde er Disziplin zu halten, er wäre heute einer der ersten unter uns."[35] Die "Neue Zeit" wagte 1891 noch nicht, sich zu ihrem Korrespondenten zu bekennen, der unter dem astronomischen Zeichen des Schützen schrieb und sich damit begnügen mußte, daß seine Beiträge in einer redaktionellen Notiz als "von einem hervorragenden deutschen Publizisten" stammend ausgewiesen wurden. Wie wenig sich die sozialdemokratische Presse damals mit Mehring identifizierte, zeigt eine auf Bitten Mehrings wegen möglicher Beschlagnahme seiner Schrift "Kapital und Presse" im Zentralorgan am 26. 7. 1891 veröffentlichte Erklärung, die kommentarlos unter der neutralen Überschrift "Von Herrn Dr. Franz Mehring erhalten wir folgende Zuschrift" abgedruckt war.[36] Selbst Kautsky, der literarische Mentor Mehrings, sprach in seiner Mitte Juli 1891 erschienenen Rezension von "Kapital und Presse" von "dem Dr. Mehring", der mit seinem Buch "einen wertvollen Beitrag zur Kritik der modernen Gesellschaft" geleistet habe.[37]

Andererseits scheint auch Mehring selbst im Jahr seines Übertritts wenig Anstalten gemacht zu haben, sich als organisierter Sozialdemokrat in Szene zu setzen. So betonte er in der Einleitung seiner "Richter"-Broschüre vom Dezember 1891, daß er die Kritik an Eugen Richters "Sozialdemokratischen Zukunftsbildern" auf Wunsch des Verlags übernommen habe, daß es ihm jedoch "allemal eine Ehre und eine Freude sein [werde], in dem politischen Tageskampfe gegen den Kapitalismus den arbeitenden Klassen" mit der "Feder einen bescheidenen Dienst zu leisten, wann und wo immer aus ihren Reihen ein solcher Wunsch" an ihn herantrete.[38] Eine Besprechung des "Anti-Richter", die im Januarheft 1892 von Theodor Barths "Nation" erschien, würdigte Mehring als einen Mann, der "ganz unzweifelhaft sehr große journalistische Fähigkeiten besitzt", kritisierte aber an anderer Stelle, daß

---

33 Vgl. Brentano an Mehring, 23. 9. 1893 (Brief Nr. 10).

34 Lujo Brentano, *Die Stellung der Gebildeten zur sozialen Frage. Vortrag gehalten im Verein Deutscher Studenten zu Leipzig*, Berlin o. J. [1890], S. 4, 14, 16.

35 Kautsky an Adler, 5. 8. 1891, in: V. Adler, *Briefwechsel . . .*, S. 76.

36 *Vorwärts*, Nr. 172 vom 26. 7. 1891, 1. Beilage; vgl. auch Mehring an Wilhelm Liebknecht, 24. 7. 1891, Nachlaß Liebknecht, IISG Amsterdam.

37 *Die Neue Zeit*, Jg. 9 (1890/91), Bd. 2, S. 546.

38 Franz Mehring, *Herrn Eugen Richters Bilder aus der Gegenwart. Eine Entgegnung*, Nürnberg 1892, S. III f.

"die Sozialisten, wie a u c h[39] Herr Mehring", sich den Anstrich gäben, als könne man mit Gelassenheit auf die Erfüllung der von Marx entdeckten ökonomischen Gesetze warten.[40] Auch Maximilian Harden, mit dem Mehring damals freundschaftlich verkehrte, wußte im September 1891 offenbar noch nichts von dessen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie.[41] Sicher hätte ein offenes Auftreten Mehrings als Sozialdemokrat Brentano nicht in eine – für viele seiner Kollegen nachweisbare – Abwehrhaltung versetzt. In Brentanos Konzept einer schrittweisen Veränderung des Glacis der Klassenkampfpartei kam der Gewinnung von Sozialdemokraten zur Mitwirkung an sozialpolitischen Reformprojekten und in sozialreformerischen Gremien ein hoher Stellenwert zu, wie Brentanos ständiges Bemühen um eine Beteiligung von Repräsentanten der SPD an den Arbeiten des "Vereins für Sozialpolitik"[42] und seine intensiven Kontakte zu sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern verdeutlichen.[43] Ob Brentano allerdings in einer Phase schärfster Attacken seitens der SPD-Führung einem mit sozialdemokratischem Parteibuch bewehrten Journalisten die Redaktion eines sozialpolitischen Periodikums anvertraut haben würde, erscheint einigermaßen zweifelhaft.[44]

Der Gedanke, mit der Herausgabe eines "Jahrbuches der sozialen Bewegung"[45] der Ignorierung bzw. tendenziösen Behandlung der Arbeiterfrage durch die bürgerliche Presse entgegenzuwirken, ging von Heinrich Herkner aus, der damals in Freiburg Nationalökonomie lehrte. Der an den liberaldemokratischen, gewerkschaftsfreundlichen Vorstellungen seines Lehrers Brentano geschulte Herkner, der ebenso wie dieser von der Notwendigkeit einer sozialen Einigung der Nation überzeugt war, befürwortete zu Beginn der neunziger Jahre eine vom Katheder, durch Wort und Schrift zu propagierende und durch Bildung eines agitatorisch wirksamen Stoßtrupps für Arbeiterschutz und Koalitionsrecht zu realisierende Sozialreform.[46] Die aus Brentanos Seminar hervorgegangene Arbeit Herkners über "Die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter" (Straßburg 1887) hatte in weiten Kreisen der Sozialdemokratie ein freundliches Echo gefunden,[47] während seine skeptischen Auslassungen über die Bürokratie und die Industriellen im Elsaß in der bürgerlichen Öffentlichkeit bis in die Reihen der konservativen Sozialpolitiker Entrüstung und Protest hervorgerufen hatten.[48] Mutatis mutandis teilte Herkner den Ruf Brentanos: Für die Sozialdemokraten war er eine ihr distanziertes Interesse erregende Ausnahmeerscheinung im bürgerlichen Klassenfeld, den Exponenten der mit den

---

39 Hervorhebung von mir.

40 *Die Nation,* Jg. 9 (1891/92), S. 214-216.

41 In einem in der Januar-Ausgabe seines *Apostata,* Berlin 1892, abgedruckten Artikel Hardens aus der *Gegenwart* vom 7. 9. 1891 heißt es: "Im August 1890 hatte Mehring das für einen deutschen Publizisten gewiß glänzende Einkommen von 10,000 Mark im Jahr; heute ist er ohne Anstellung, und kein bürgerliches Blatt wird ihm auf absehbare Zeit seine Spalten öffnen . . . ".

42 Vgl. dazu die Korrespondenz Schmollers, Max Webers u. a. im Nachlaß Brentano.

43 Über die Verbindungen zu Vollmar und Bernstein vgl. Sheehan, *The Career . . . ,* S. 139 f. Auf Brentanos Verhältnis zu den Gewerkschaften werde ich in meiner oben genannten Arbeit näher eingehen.

44 Inwieweit Brentano damals über die parteipolitische Bindung Mehrings orientiert war, läßt sich mit letzter Sicherheit erst anhand der im Nachlaß Franz Mehring (IML ZPA Moskau bzw. IML ZPA Berlin) befindlichen Briefe Brentanos feststellen. Daß diese Briefe nicht verfügbar waren, erklärt den fragmentarischen Charakter der hier vorgelegten Dokumentation und die z. T. auf Hypothesen beruhende Textinterpretation. Vielleicht kann diese Dokumentation als Ansporn zur Veröffentlichung der in Frage stehenden Brentano-Korrespondenz dienen.

45 So Herkner an Brentano, 17. 6. und 3. 8. 1891, Nachlaß Brentano.

46 Vgl. Herkner an Brentano, 3. 8. 1891. Über die spätere, um die Jahrhundertwende einsetzende Wendung des "sozialliberalen" Herkner in eine mehr konservative Richtung vgl. Lindenlaub, *Richtungskämpfe . . . ,* S. 166 f.

47 Vgl. Bebels wohlwollende Rezension des Buches in: *Die Neue Zeit,* Jg. 5 (1887), S. 337 ff., 385 ff. Offenbar war auch unter den Arbeitern Badens Herkners Werk bekannt. Im *Südwestdeutschen Volksblatt* vom 17. 11. 1889 äußerte ein Lörracher Fabrikarbeiter den Wunsch, "daß ein zweiter Herkner sich finden möge, um die Lage und Übelstände hier und im übrigen industriereichen Wiesentale an die Öffentlichkeit zu bringen"; zit. nach Jörg Schadt, *Die Sozialdemokratische Partei in Baden. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868 - 1900),* Hannover 1971, S. 111.

48 Vgl. Lindenlaub, *Richtungskämpfe . . . ,* S. 164 f.

Unternehmerinteressen liierten Staatsmacht galt er als ein unbequemer Mahner oder heimlicher Wegbereiter des Sozialismus.

Ursprünglich beabsichtigte Herkner, nur deutsche Mitarbeiter für das "Jahrbuch" heranzuziehen, "damit die Darstellung der ausländischen Arbeiterbewegung ganz ad usum des deutschen Philisters geschrieben würde". Die außerdeutsche Bewegung war ihm mehr "ein Mittel, um auf das deutsche Publicum im sozialreformatorischen Sinne einzuwirken".[49] Wohl auf Drängen Brentanos, der sich einer solchen perspektivischen Verengung und personellen Beschränkung widersetzte, akzeptierte Herkner dann die Hinzuziehung von ausländischen Korrespondenten und stimmte einer Ausweitung des Unternehmens zu.[50] Nunmehr zog er die Behandlung Frankreichs durch den Nationalökonomen Charles Gide und die Bearbeitung Rußlands durch den Statistiker N. A. Kablukov in Betracht. Werner Sombart sollte, "wenn kein Autochthone zu gewinnen wäre", den Komplex Italien übernehmen, und von dem Ex-Präsidenten des deutschen Buchdruckerverbandes, Richard Härtel, erhoffte er sich "einen Abriß der deutschen Gewerkschaftsbewegung". Herkner schloß seine Überlegungen mit der Bemerkung ab, daß "eine Skizze der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland für das Jahrbuch aus Mehrings Feder . . . gewiß sehr wertvoll" wäre. Da er sich einem "so umfänglichen Unternehmen" als Redaktionsleiter nicht gewachsen fühlte, bat er Brentano sehr eindringlich, das "Jahrbuch" selbst herauszugeben.[51] Daraufhin mag Brentano, der vor der Übernahme eines solchen Postens zurückscheute, den Entschluß gefaßt haben, Mehring mit der Redaktion des "Jahrbuches" zu betrauen.

Sowohl von der Zielsetzung wie von den Arbeitsmöglichkeiten her mußte ein Projekt wie das "Arbeiter-Jahrbuch"[52] Mehrings Interesse finden. Die Absicht, "den tendenziösen Lügen der Presse über die Arbeiterbewegung auf handfester That entgegenzutreten",[53] entsprach in hohem Maße den politischen Intentionen Mehrings wie der polemischen Art seines Journalismus. In den Händen des aus der bürgerlichen Aktionsgemeinschaft exkommunizierten Publizisten, der seit dem "Fall Lindau"[54] von der bürgerlichen Presse systematisch verleumdet und boykottiert wurde, ließ sich ein solches Organ leicht in eine wirksame Waffe gegen alte und neue Gegner verwandeln. Ferner gewann Mehring in dem "Jahrbuch", von dem er sich einen "practischen Einfluß auf die arbeitenden Klassen" allerdings nicht versprach,[55] ein publizistisches Forum zur Propagierung seiner emanzipatorischen Zielvorstellungen. Schließlich erwies sich die Redaktion eines Periodikums über die Arbeiterbewegung nicht nur als ein bedeutsames Instrument zur Aufklärung des den demokratischen Traditionen entfremdeten Bürgertums, sondern bedeutete auch im Hinblick auf Mehrings Bedürfnis, sich mit der von ihm einst zu Unrecht angegriffenen Arbeiterpartei auszusöhnen, einen wichtigen Akt der Selbstrechtfertigung bzw. der Selbstklärung. Die Übernahme des Redaktionspostens mußte Mehring um so mehr reizen, als die Initiatoren des Unternehmens im Hintergrund zu bleiben wünschten,[56] Tendenz, in-

---

49 Herkner an Brentano, 17. 6. 1891, Nachlaß Brentano. Herkner wollte das Österreich, die Schweiz, Deutschland und notfalls Frankreich betreffende Material sammeln, während Gerhart von Schulze-Gaevernitz, der soeben mit einem vielbeachteten zweibändigen Werk *Zum socialen Frieden. Eine Darstellung der socialpolitischen Erziehung des englischen Volkes im neunzehnten Jahrhundert,* Leipzig 1890, debütiert hatte, sich auf England konzentrieren sollte.

50 Offenbar war auch an eine von dem österreichischen Nationalökonomen Eugen Schwiedland und Charles Gide zu besorgende französische Ausgabe des "Jahrbuches" gedacht; vgl. Herkner an Brentano, 3. 8. 1891, Nachlaß Brentano.

51 Ebd.

52 So Mehring an Brentano, 21. und 26. 11. 1891 (Briefe Nr. 5 und Nr. 6).

53 Mehring an Brentano, 14. 8. 1891 (Brief Nr. 3).

54 Zum "Fall Lindau" siehe Mehrings Schrift *Der Fall Lindau.* Darg. und erl. von Dr. Franz Mehring, Berlin 1890, sowie die Darstellungen bei Höhle, *Franz Mehring . . .*, S. 271 ff., und Walter Kumpmann, *Franz Mehring als Vertreter des historischen Materialismus,* Wiesbaden 1966, S. 38 ff.

55 Mehring an Brentano, 26. 11. 1891 (Brief Nr. 6).

56 Während sich Herkner zu "jeder sachlichen Hilfeleistung" bereit erklärte (Herkner an Brentano, 3. 8. 1891, Nachlaß Brentano), wollte sich Brentano offenbar nicht selbst an dem Unternehmen beteiligen; vgl. Mehring an Brentano, 21. 11. 1891 (Brief Nr. 5).

haltliche und formale Ausgestaltung des Blattes demnach weitgehend von Mehring bestimmt worden wären.

Mehrings Bereitschaft, in die von Brentano und Herkner dargebotene Hand einzuschlagen, muß auch vor dem Hintergrund seiner damals noch recht prekären Stellung in der SPD gesehen werden (siehe unten). Zu einer Zeit, in der die bürgerliche Seite den "Nestbeschmutzer" mit publizistischen Haßtiraden und Strafandrohungen verfolgte, andererseits führende Parteigenossen dem wegen seiner wechselvollen Vergangenheit noch immer beargwöhnten Konvertiten mit betonter Vorsicht oder rückhaltloser Ablehnung gegenüberstanden, kurzum: in einer Phase, in der Mehring "menschliche Infamie bis zum Ueberdrusse erfahren mußte",[57] stellte für den ohnehin nicht voll ausgelasteten Journalisten[58] die verantwortliche Leitung eines sozialpolitischen Blattes eine willkommene Kompensation für die in der bürgerlichen Welt erlittene Schmach wie die in der Partei des Proletariats versagte Anerkennung dar.

Wenn sich Mehring dennoch nach einiger Zeit von dem Unternehmen zurückzog, so hatte dieser Schritt außerhalb des hier aufgezeigten Motivkomplexes liegende Gründe. Die Herausgabe eines weiteren Periodikums neben dem in Programm und Aufgabenstellung dem "Jahrbuch" nahekommenden, kurz vor dem Erscheinen stehenden "Sozialpolitischen Centralblatt" Heinrich Brauns schien weder von der Sache her vertretbar noch im Hinblick auf das zu erwartende Konkurrenzverhältnis zu der von Mehrings Freund und ehemaligem Kollegen Bruno Schoenlank mitredigierten Zeitschrift sinnvoll. Für Mehrings Entschluß entscheidender war jedoch ein gegen seine Person gerichteter Vorstoß. Die Absicht Herkners, die feindliche Stimmung, auf die das "Jahrbuch" – dessen Redakteur den bürgerlichen Blättern "auf die Hühneraugen getreten" habe – ohne Zweifel stoßen würde, durch einen in der kapitalistischen Presse einflußreichen Verleger aufzufangen,[59] mußte den in seiner schriftstellerischen Eitelkeit leicht verwundbaren Mehring an seiner empfindlichsten Stelle treffen. Dies erklärt seine "überreizte Stimmung",[60] die schließlich dazu beitrug, daß er seine Redaktionszusage aufkündigte. Damit war das Projekt, dessen Realisierung möglicherweise Mehring in zusätzliche Konflikte mit den Parteihäuptern verwickelt hätte,[61] "definitiv" erledigt.

ZWISCHEN PARTEIJOURNALISTIK UND LITERARISCHER KRITIK

Mehrings Ausscheiden aus dem Unternehmen bedeutete indessen keine Zäsur in der Korrespondenz zwischen dem sozialdemokratischen Leitartikler und dem seit Oktober 1891 in München lehrenden Professor. Die heftigen Ausfälle Kautskys gegen die "Brentanosippe" und deren "Einnisten" in Brauns "Sozialpolitischem Centralblatt"[62] hielten Mehring nicht von weiterem brieflichem Kontakt zu dem in die Feindkategorie eingestuften Kathedersozialisten ab. Die auf gegenseitigem Respekt und wohlwollendem Verständnis gegründete Beziehung zwischen Mehring und Brentano fand ihren "materiellen" Ausdruck in einem unter Wissenschaftlern üblichen Austausch von Sonderdrucken. Dankbar registrierte Mehring das lebhafte, wenn auch kritische Interesse, das Brentano seiner "Richter"-Broschüre entgegenbrachte.[63] In der SPD hatte Mehrings Schrift gegen Eugen Richter kein den Erwar-

---

57 Mehring an Brentano, 21. 11. 1891 (Brief Nr. 5).

58 Mehrings im Zusammenhang mit dem Harden-Prozeß aufgestellte Behauptung, daß ihm die *Neue Zeit* in "bedrängten Tagen einen . . . vollauf befriedigenden Wirkungskreis geöffnet" habe (Franz Mehring, *Herrn Hardens Fabeln. Eine nothgedrungene Abwehr*, Berlin 1899, S. 32), muß unter dem Aspekt seines damaligen Rechtfertigungsbedürfnisses gesehen werden. Noch im März 1892 äußerte Bebel die Befürchtung, daß Mehring "auf die Dauer bei dieser Art Schriftstellerei nicht sein Auskommen" finden werde; Bebel an Engels, 20. 3. 1892, in: *August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels.* Hrsg. von Werner Blumenberg, London-The Hague-Paris 1965, S. 527.

59 Mehring an Brentano, 21. 11. 1891 (Brief Nr. 5); Herkner an Brentano, 29. 11. 1891, Nachlaß Brentano.

60 Ebd.

61 Inwieweit Kautsky von dem Vorhaben wußte, ließ sich nicht feststellen, da die Briefe Mehrings aus dieser Zeit im Nachlaß Kautsky, IISG Amsterdam, nicht auffindbar waren.

62 Vgl. V. Adler, *Briefwechsel . . .*, bes. S. 100, 107 ff.

63 Mehring an Brentano, 9. 2. 1892 (Brief Nr. 7).

tungen des Autors entsprechendes Echo gefunden. Wie Mehring den Bernsteins nach London klagte, war sein "Richter-Schmarren" weder von der sozialdemokratischen Presse beachtet worden, noch hatten "andere Parteimitglieder", die er mit einem Exemplar seiner Broschüre bedacht hatte, mit einem Wort darauf reagiert.[64] "Ganz einsam kann schließlich der politische Schriftsteller nicht stehen", schrieb Mehring in bitterem Ton, "und wenn die sozialistische Presse meine Arbeiten ebenso wenig beachtet wie die kapitalistische, so ist es für mich Zeit einzupacken". Seine Jeremiade schloß mit der Drohung, er sei entschlossen, "die politische Publizistik an den Nagel zu hängen" und sich "ganz auf das literarische Gebiet zurückzuziehen".[65] Diese von Unmut, herausforderndem Unwillen und Resignation durchsetzte Äußerung ist bezeichnend für die damalige Stimmungslage Mehrings, der noch immer das volle Heimatrecht in der SPD entbehrte.

Daß in den Reihen der SPD die Vorbehalte gegen Mehring fortdauerten, bestätigte Bebel in einem Schreiben an Engels: "Mehrings Arbeiten sind allerdings ausgezeichnet, aber trotz alledem läßt sich kein intimeres Verhältnis mit ihm herstellen; man befürchtet immer wieder, er bekäme einen Rückfall; und außerdem muß man sich fürchten, mit ihm sich vertraulicher einzulassen, weil der Verdacht besteht, er notierte alles, was er hört. Das sind fatale Eigenschaften, die seine Person nicht zur Geltung kommen lassen. Außerdem gerät M[ehring] leicht in persönliche Differenzen, wie das z. B. mit Schoenlank und H. Braun der Fall war, mit denen er aufs intimste stand. Auch mit Singer ist er überworfen, in diesem Falle trägt allerdings mehr letzterer die Schuld."[66]

Kautsky hatte recht, wenn er in seiner Mehring-Broschüre von einer "neuen Konfliktsatmosphäre" sprach, die Mehring schon bald nach seinem Übertritt innerhalb der Partei umgeben habe.[67] Nachdem er sich mit seinem einstigen Gönner Heinrich Braun unheilbar zerstritten hatte, kam es nach dem Eintritt Bruno Schoenlanks in die Redaktion des "Sozialpolitischen Centralblatts" auch hier zu einer "Erkältung" der beiderseitigen Beziehungen,[68] die schließlich, da Mehring Schoenlank für einen Komplizen der "Lindauclique" hielt, Ende November 1891 zum Bruch zwischen den ehemaligen Kampfgefährten führte.[69] Wie sehr Mehring unter der ihn umgebenden Isolierung litt, bezeugt sein zu Beginn der neunziger Jahre geführter Briefwechsel mit Kautsky. "Wir leben hier sehr einsam," heißt es in einem Schreiben vom 4. 11. 1892, "da unsere Bourgeoisbekannten sich nach und nach zurückgezogen haben und unser Verkehr mit Parteigenossen durch mein unheilbares Zerwürfnis mit Singer sehr erschwert ist."[70] Auch vom "Vorwärts" fühlte sich Mehring "durch das Mißtrauen Auers, Fischers, vielleicht auch Singers ausgeschlossen", die ihm noch immer nicht seine einstigen "Verfehlungen" gegen die Partei verziehen hatten.[71]

Angesichts der sich gegen ihn auftürmenden Mauer des Mißtrauens und der kühlen Distanz in der Partei trug sich Mehring damals häufig mit dem Gedanken, der Parteipolitik, d. h. der Parteijournalistik, den Rücken zu kehren und sich ganz der literarischen und wissenschaftlichen Tätigkeit zu wid-

---

64 Mehring an Regina Bernstein, 20. 2. 1892, Nachlaß Bernstein. Allerdings hatte Engels Mehrings Broschüre mit "Dank" zur Kenntnis genommen. Nach Ansicht Bebels war Mehrings Elaborat "für die Masse unserer Leute zu hoch . . . Auch legt er [Mehring] sich eine gewisse Reserve auf, die sich aus seiner eigentümlichen Stellung erklärt"; Bebel an Engels, 27. 1. 1892, in: *August Bebels Briefwechsel . . .*, S. 498.

65 Mehring an R. Bernstein, 20. 2. 1892.

66 Bebel an Engels, 20. 3. 1892, in: *August Bebels Briefwechsel . . .*, S. 527.

67 Karl Kautsky, *Franz Mehring und die deutsche Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Parteigeschichte.* Als Manuskript gedruckt im Selbstverlag des Verfassers [1918], S. 19.

68 Franz Mehring, *Meine Rechtfertigung. Ein nachträgliches Wort zum Dresdner Parteitage,* Leipzig 1903, S. 18.

69 Vgl. Paul Mayer, *Bruno Schoenlank 1859 - 1901. Reformer der sozialdemokratischen Tagespresse,* Hannover 1971, S. 53.

70 Mehring an Kautsky, 4. 11. 1892, Nachlaß Kautsky. Singer hatte nach Mehrings Entlassung aus der *Volks-Zeitung* einem Angehörigen des Blattes gegenüber verlauten lassen, Mehring habe "die Rechnung ohne den Wirth" gemacht, wenn er "bei der sozialistischen Presse anzukommen hoffe"; ebd.

71 Mehring an Kautsky, 14. 11. 1893, Nachlaß Kautsky; ferner Mehring an Liebknecht, 28. 7. 1893, Nachlaß Liebknecht.

men. "Ich wünschte," lautete seine confessio an der Jahreswende 1892, "ich hätte mich nie mit der verdammten Politik eingelassen, sondern wäre immer geblieben, was ich als Student werden wollte: nämlich Ästhetiker und Literarhistoriker."[72] Und ein Jahr später schrieb er: "Indessen ... . danke ich es doch meinen Sternen, daß es so gekommen ist und daß ich, dank Ihnen, Dietz und der Neuen Zeit in die wissenschaftliche Thätigkeit gekommen bin. Mit der Tagesjournalistik befasse ich mich auch in der Zukunft nicht mehr."[73] Um so eifriger bemühte sich Mehring in dieser Zeit um die Erhaltung und Pflege der wenigen ihm verbliebenen Beziehungen etwa zu Wilhelm Liebknecht oder Karl Kautsky. Vor allem letzterem begegnete er damals mit einer an Selbstverleugnung grenzenden Ergebenheit, die darin zum Ausdruck kam, daß er Kautsky mit Komplimenten überhäufte, ihn um Rat und Kritik anging und als den in theoretischen Fragen Überlegenen feierte.[74]

Daß Mehring trotz aller Widerstände oder gerade wegen dieser Ghettosituation in der Partei die Verbindungen zur bürgerlichen Welt nicht abreißen ließ, erhellt nicht nur seine Korrespondenz mit Brentano, sondern auch sein Verhältnis zu Maximilian Harden. Obwohl das Kapitel Mehring-Harden einen bedeutsamen Abschnitt der Mehring- bzw. Harden-Biographie darstellt,[75] interessiert es hier nur insoweit, als sich aus der Einstellung Mehrings zu Hardens "Zukunft" zusätzliche Aspekte für seine Haltung dem "Arbeiter-Jahrbuch" gegenüber gewinnen lassen.

In seiner Rechtfertigungsschrift von 1903 beteuerte Mehring, daß er "von vornherein die Mitarbeit an der Zukunft abgelehnt" habe.[76] Sicher hätte er mit der Feststellung, daß er sich nie eindeutig auf eine Mitwirkung an dem Blatt festgelegt habe, seine Position zutreffender beschrieben. Denn die freundschaftlichen Ermunterungen und wohlgemeinten Ratschläge, mit denen er die Gründung der "Zukunft" begleitete,[77] zeigen das nachhaltige Interesse Mehrings an Hardens Projekt. Wie eifrig Mehring für seinen "Freund und Kollege[n]" die Werbetrommel rührte, verrät die eindringliche Bitte an die Adresse Brentanos, sich doch an dem Unternehmen Hardens in irgendeiner Form zu beteiligen.[78]

---

72 Mehring an Kautsky, 1. 12. 1892, Nachlaß Kautsky.

73 Mehring an Kautsky, 14. 11. 1893, Nachlaß Kautsky.

74 Mehring an Kautsky, 4. 8. 1892, 28. 3. und 5. 4. 1893, Nachlaß Kautsky.

75 Es fällt auf, daß bei Josef Schleifstein, *Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891 - 1919*, Berlin 1959, der Komplex Mehring-Harden ausgespart wird. Die beiden Harden-Monographien von Weller und Young behandeln die Mehring-Harden-Episode mehr am Rande, wobei die für die Darstellung der Beziehungen wichtigen Briefe Mehrings an Kautsky (Nachlaß Kautsky) unberücksichtig bleiben: B. Uwe Weller, *Maximilian Harden und die "Zukunft"*, Bremen 1970, S. 33, 46 f., und Harry F. Young, *Maximilian Harden. Censor Germaniae. Ein Publizist im Widerstreit von 1892 bis 1927*, Münster 1971, S. 37 ff., 54 ff. Die auf das Verhältnis Mehring-Harden eingehenden Passagen überraschen durch sachliche Ungenauigkeiten und zahlreiche Entzifferungsfehler, was die Briefe Mehrings an Harden (Nachlaß Harden) anlangt. So heißt es bei Young, *a. a. O.*, S. 37, Hardens Schutzbefohlene Schabelsky habe sich in der Lindau-Angelegenheit an Franz Mehring, "den sozialistischen Herausgeber der 'Berliner Volkszeitung' ", gewandt; auch für Weller, *a. a. O.*, S. 33, ist Mehring "schon damals [zur Zeit der Lindau-Affäre] ein bedeutender Vertreter der Sozialdemokratie"; ferner datiert Young, *a. a. O.*, S. 54, Mehrings Entlassung aus der *Volks-Zeitung* auf den "Herbst 1891". Offenbar stellte die Handschrift Mehrings Weller wie Young vor Leseschwierigkeiten, so daß ihnen schwerwiegende Entzifferungsfehler unterlaufen konnten. So zitiert Young, *a. a. O.*, S. 56 f., aus Mehrings Brief an Harden vom 27. 5. 1892: " . . . und wenn Sie einem um e t w a s älteren Freunde [im Orig. heißt es: "um v i e l e s älteren Freunde" – Mehring war 15 Jahre älter als Harden], der es [im Orig. fehlt "es"] an sich selbst erfahren hat, wieviel unwiderbringliche Kraft und Zeit solche Umwege kosten, ein offenes Wort gestatten wollen, so kann ich mich auch der A n s i c h t [im Orig.: "E i n s i c h t"] nicht verschließen, daß Ihr Kampf gegen die Pressekorruption fruchtlos bleiben w i r d [im Orig.: "m u ß"], solange Sie an Nietzsche und Bismarck festhalten . . .". Weller, *a. a. O.*, S. 46, zitiert aus einem Brief Mehrings an Harden vom 20. 9. 1892: ". . . und nichts ist mir . . . bei meiner hohen Achtung vor Ihren aufrichtigen Z i e l e n s c h e u ß l i c h e r gewesen" [im Orig. heißt es: "Ihrem aufrichtigen S t r e b e n s c h m e r z l i c h e r gewesen"]; ferner zitiert er *ebd.*: "s a c h g e r e c h t e s Urteil" [im Orig.: "s a c h g e m ä ß e s Urtheil"], "l e i s e s t e m Zweifel" [im Orig.: "g e r i n g s t e n Zweifel"], "von einem s u b s t a n t i e l l e n Bedürfnis diktiert" [im Orig. des Briefes vom 19. 9. 1892 heißt es: "von einem r e d a k t i o n e l l e n Bedürfnisse diktirt"].

76 Mehring, *Meine Rechtfertigung* . . . , S. 27.

77 Vgl. die zahlreichen Briefe Mehrings an Harden im Nachlaß Harden.

78 Vgl. Mehring an Brentano, 25. 8. 1892 (Brief Nr. 8) und 5. 9. 1892 (Brief Nr. 9).

Zwei Hauptbedenken ließen Mehring jedoch vor einer Mitherausgeberschaft der "Zukunft" bzw. einer publizistischen Arbeitsgemeinschaft mit Harden zurückscheuen. Zunächst befürchtete er, daß sein "böser Ruf in der bürgerlichen Welt, an die sich die 'Z[ukunft]' doch wendet", Harden mit seinen "besten Freunden" entzweien müsse.[79] Weit mehr schreckte Mehring der Gedanke, Bismarck, den Vertrauten Hardens, "als Kollegen zu haben".[80] Da das "Jahrbuch" als ein Organ kritischer Aufklärung über die Arbeiterbewegung auf eine Konfrontation mit der bürgerlichen Publizistik angelegt war und aufgrund der Zielorientierung und der bekannt bismarckfeindlichen Haltung Brentanos[81] nicht wie die "Zukunft" in den Sog offiziöser Politik geraten konnte, bestand zwischen Mehrings Ablehnung hier und seiner Zusage dort kein Widerspruch.

Da Mehring eine seinen Fähigkeiten entsprechende Funktion in der Partei nicht ausübte[82] und von den parteipolitischen Entscheidungen ausgeschlossen blieb, verlegte er den Schwerpunkt seiner Tätigkeit zunächst auf sein eigentliches Interessengebiet: die Geschichtsschreibung und die literarische Kritik. Im Januar 1892 begann er, im Feuilleton der "Neuen Zeit" seine noch heute zu den klassischen Werken der marxistischen Literatur zählende "Lessing-Legende" zu veröffentlichen.[83] In diesem Zusammenhang bat Mehring Brentano um Mitteilung derjenigen Schriftsteller, die nach einer früheren Äußerung Brentanos bereits "zur Stein-Hardenbergischen Zeit die materialistische Geschichtsauffassung vertreten hätten".[84] Prompt lieferte Brentano eine aus Lavergne-Peguilhen exzerpierte Textstelle,[85] die eine frühe Antizipation der materialistischen Geschichtsauffassung darzustellen schien. Damit hatte Brentano, der das Zitat mit der leicht ironischen Bemerkung über den "überall an Vorarbeiten" anknüpfenden Marx[86] weitergab, die Frage der " 'Originalität' der material[istischen] Geschichtsauffassung", wie Mehring sie Marx und Engels zugeschrieben hatte,[87] in provozierender Deutlichkeit aufgeworfen. Über Kautsky leitete daher Mehring die ihm als "schlagendstes Beweismittel"[88] an die Hand gegebene Textstelle dem Verwalter des Marxschen Erbes nach London zu. Hierüber kam es dann zu dem von Mehring lang ersehnten Kontakt mit Engels, der sich am 28. 9. 1892 in einem ausführlichen Schreiben über die Beziehung, besser: Nichtbeziehung Marxens zu den Vertretern der romantisch-historischen Schule vernehmen ließ und sein Plazet zum Abdruck dieses Briefes im Anhang von Mehrings Buchausgabe der "Lessing-Legende" erteilte.[89] Bemerkenswert ist, daß Mehring in seiner Dankadresse an Engels den Namen Brentanos nicht nannte, sondern lediglich erwähnte, daß er "von einem kathedersozialistischen Professor nebst einem allgemeinen Hinweise auf die preußischen Romantiker das Zitat von L[avergne]-P[eguilhen]" erhalten habe.[90]

---

79 Mehring an Harden, 20. 9. 1892, Nachlaß Harden.

80 Mehring, *Meine Rechtfertigung . . .*, S. 27.

81 Vgl. Brentano, *Mein Leben . . .*, S. 156 f. In einem Brief an Harden sprach Brentano die Vermutung aus, daß sein die Bismarcksche Politik attackierender Artikel in der *Zukunft* wohl keine Aufnahme finden könne, da er, Harden, doch den "Fürsten Bismarck zum Mitarbeiter" habe; Brentano an Harden, 26. 9. 1892, Nachlaß Harden; vgl. auch Brief Nr. 10, Anm. 4.

82 Vgl. Bebels Urteil, daß Mehring "diejenige Stellung nicht einnimmt und nicht einnehmen kann, die ihm seinen Fähigkeiten gemäß gebührte"; Bebel an Engels, 20. 3. 1892, in: *August Bebels Briefwechsel . . .*, S. 527.

83 Zu Analyse und Kritik der *Lessing-Legende* vgl. Kumpmann, *Franz Mehring . . .*, S. 160 ff.; zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte vgl. Franz Mehring, *Die Lessing-Legende*. Mit einer Einleitung von Rainer Gruenter, Frankfurt-Berlin-Wien 1972, S. 451 ff.

84 Mehring an Brentano, 25. 8. 1892 (Brief Nr. 8).

85 Vgl. Mehring an Brentano, 5. 9. 1892 (Brief Nr. 9); Mehring hat diese Stelle am 23. 9. 1892 Kautsky brieflich mitgeteilt, Nachlaß Kautsky; vgl. auch Brief Nr. 9, Anm. 5.

86 Vgl. Mehring an Brentano, 5. 9. 1892 (Brief Nr. 9).

87 Mehring an Kautsky, 23. 9. 1892, Nachlaß Kautsky.

88 Ebd.

89 Abgedruckt in: Franz Mehring, *Die Lessing-Legende . . .*, S. 401-403. Vgl. ferner Mehring an Engels, 6. 10. 1892 und 7. 4. 1893, und Engels an Mehring, 11. 4. 1893, Nachlaß Marx-Engels, IISG Amsterdam.

90 Mehring an Engels, 6. 10. 1892, Nachlaß Marx-Engels.

Brentanos zur "Lessing-Legende" vorgetragene Kritik der "materialistischen Geschichtsphilosophie", vor allem seine Einwände gegen das Basis-Überbau-Schema und seine Ablehnung der praktisch-politischen Dimension[91] dürften Mehring nach dem bereits geführten Dialog über Grundsatzfragen[92] kaum überrascht haben. Daß Brentano seiner Polemik gegen die zeitgenössische borussische Geschichtsschreibung zustimmte, erfüllte ihn mit Genugtuung und tröstete ihn "einigermaßen . . . über die Buberei des Herrn Heinrich Braun", der in der Wiener "Arbeiter-Zeitung" Mehrings "Kritik der Erich Schmidt, Paul Barth ec. auf persönliche Zanksucht" zurückgeführt hatte.[93] Allein in dem Vorwurf Brentanos, daß er, "der Legendenzerstörer, am Gespinst der Marxlegende so eifrig mitwebe",[94] mochte Mehring, der zwar der marxistischen Partei für die Übergangszeit noch das Recht auf Legenden zubilligte, die Legendenpflege für den marxistischen Historiker jedoch vehement zurückwies,[95] einen schweren Angriff gegen seinen Anspruch auf wissenschaftliche Fundierung seiner Geschichtsschreibung erblicken. Von da ab ruhte der Schriftverkehr. Offenbar hatten sich die Gegensätze zwischen dem Kathedersozialisten und dem "marxistischen Sozialisten" in einem solchen Maße vertieft, daß sich Ansatzpunkte zu einem weiteren Gedankenaustausch nicht finden ließen.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Aufgrund der vorliegenden Korrespondenz erscheint es notwendig, einige Ergebnisse und Interpretationen der neueren Mehring-Forschung zu korrigieren bzw. zu modifizieren, um zu einem klarer konturierten, ausgewogeneren Bild des frühen marxistischen Mehring zu gelangen. Im Licht des Brentano-Briefwechsels wird vor allem der begrenzte Aussagewert einer Äußerung Mehrings deutlich, die von Mehring-Biographen zur Darstellung der Übergangsphase immer wieder herangezogen wird.[96] Mehring schrieb 1896 in der "Neuen Zeit": "Damals boten mir Dietz und Kautsky die Mitarbeiterschaft an der 'Neuen Zeit' an, während Brentano und Schmoller – jeder für sich – mir Anerbietungen machten, die mir eine angenehme und unabhängige Wirksamkeit auf wissenschaftlichem Gebiete gewährt hätten. Bis dahin kannte ich weder Brentano noch Schmoller, und ihre Arbeiten waren in der 'Volks-Zeitung' keineswegs so kritisiert worden, daß sie irgend welchen persönlichen Anlaß gehabt hätten, sich für mich zu erwärmen. Um so schwerer wurde es mir zu einer Zeit, wo ich sonst bürgerliche Niedertracht im Überschwang genießen mußte, auf ihre freundlichen Anerbietungen nicht einzugehen. Indessen nach reiflicher Überlegung sagte ich mir . . . : Wer während seines Lebens noch innerhalb des Deutschen Reiches wirken will, muß sich ralliieren um das Proletariat. Und so schlug ich in die Hand ein, die mir die 'Neue Zeit' bot."[97]

Diese einem aktuellen Rechtfertigungsbedürfnis entsprungene Selbstdarstellung des Übergangs vom bürgerlichen ins proletarische Lager entspricht nicht dem tatsächlichen Geschehensablauf und seinen Hintergründen. Hatte doch in dem Augenblick, in dem Brentano Mehring zur "Wirksamkeit auf wissenschaftlichem Gebiete" aufforderte, dieser bereits, wenn auch für den uneingeweihten zeitgenössischen Beobachter kaum erkennbar, "die Hand" der "Neuen Zeit" ergriffen! Schmollers im März 1891 an Mehring herangetragene Bitte, ihm für sein "Jahrbuch" eine "Geschichte der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetze" zu schreiben, scheint Mehring, der Wilhelm Liebknecht von diesem Projekt unter dem Siegel äußerster Diskretion berichtete,[98] am 5. Juni 1891, d. h. eine Woche nach Fertigstellung des ersten Spitzartikels für die "Neue Zeit", noch nicht abschlägig beschieden zu ha-

---

91 Vgl. Brentano an Mehring, 23. 9. 1893 (Brief Nr. 10).

92 Vgl. Mehring an Brentano, 26. 11. 1891 (Brief Nr. 6), 9. 2. 1892 (Brief Nr. 7), 5. 9. 1892 (Brief Nr. 9).

93 Mehring an Kautsky, 1. 10. 1893, Nachlaß Kautsky.

94 Brentano an Mehring, 23. 9. 1893 (Brief Nr. 10).

95 Vgl. Franz Mehring, *Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie*, 1. Bd., Stuttgart 1919, S. 375.

96 Vgl. Schleifstein, *Franz Mehring* . . . , S. 36 f., und Kumpmann, *Franz Mehring* . . . , S. 44.

97 Mehring in einer "Notiz" vom 28. 1. 1896, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 14 (1895/96), Bd. 1, S. 597.

98 Vgl. Mehring an Liebknecht, 27. 3. 1891 und [28. 3.] 1891, Nachlaß Liebknecht.

ben.[99] Die im Anschluß an Mehrings eigene Interpretation seines Übertritts von einem Mehring-Biographen aufgestellte Behauptung, Brentano und Schmoller hätten damals "eine so ausgezeichnete wissenschaftliche und schriftstellerische Kraft wie Mehring für das Bürgertum . . . retten" wollen,[100] läßt sich aufgrund des vorliegenden Dokumentenmaterials nicht halten.

Überhaupt suggeriert die Darstellung in der "Neuen Zeit" die quellenmäßig nicht abzustützende Vorstellung, als habe Mehring nach den Kontaktversuchen Brentanos und Schmollers, die sich in dieser Rückspiegelung wie einseitig unternommene, ohne Gegenliebe gebliebene Vorstöße der beiden Kathedersozialisten ausnehmen, die Brücken zum bürgerlichen Lager endgültig abgebrochen.[101] Tatsächlich aber hat Mehring in der Phase der sich nur zögernd vollziehenden Einbürgerung in der SPD die gleichwohl spärlichen Bindungen zur bürgerlichen Welt, vor allem zu den durch eine gewisse Sonderstellung im bürgerlichen Klassenpanorama charakterisierten Persönlichkeiten aufrechtzuerhalten versucht.[102] Wenn sich die "Bourgeoisbekannten" nach einer Klage Mehrings[103] allmählich aus dem Gesichtskreis verzogen, ohne daß dieser Verlust durch einen entsprechenden Zugewinn sozialdemokratischer Freunde kompensiert werden konnte, so war dies nicht nur die Folge der zwischen dem marxistischen Journalisten und dem bürgerlichen Orientierungsfeld sich vertiefenden Kluft, sondern lag auch in der Eigenart des Mehringschen Charakters begründet.[104] Daß Mehring zu den "Heimatlosen" in der SPD gehörte, läßt sich nicht in erster Linie mit seiner bürgerlichen Herkunft, seiner geistigen und sozialen Position als Intellektueller, als vielmehr mit seiner persönlichen Wesensart erklären, die sich im menschlichen Umgang wie im Leben der Partei als die größte Feindin Mehrings erwies. Es fällt allerdings auf, daß bestimmte Charaktereigenschaften Mehrings wie Überheblichkeit und penetrante Rechthaberei in der marxistischen Frühphase[105] weit weniger hervortraten als in den

---

99 Vgl. Schmoller an Brentano, 5. 6. 1891, Nachlaß Brentano. Über das Schicksal des Schmollerschen Angebots dürfte in den im Nachlaß Schmoller, DZA Merseburg, und im Nachlaß Mehring (siehe oben) verwahrten Briefen mehr zu erfahren sein.

100 Schleifstein, *Franz Mehring . . .*, S. 36.

101 Diese Auffassung vertritt Kumpmann, *Franz Mehring . . .*, S. 40.

102 Neben Brentano, Herkner, Schmoller, Harden wären hier u. a. Max Sering (vgl. Brief Nr. 9) und der Bodenreformer Adolf Damaschke (vgl. Adolf Damaschke, *Aus meinem Leben*, Berlin 1928, S. 201 ff.) zu nennen.

103 Siehe S. 28, Anm. 70.

104 Wenn hier das psychologische Moment besonders hervorgehoben wird, so läuft diese Akzentuierung nicht auf eine heimliche Abwertung Mehrings als Theoretiker, Historiker und Parteipolitiker hinaus, sondern dient zur Unterstreichung eines von den Zeitgenossen bestätigten Sachverhaltes. Eine historisch-biographisch orientierte, unter dem Gebot der Detailinformation und Detailkritik stehende Studie kann nicht unberücksichtigt lassen, was das zeitgenössische Urteil als das "psychologische Rätsel" bei Mehring bezeichnete. Vgl. Bebel auf dem Dresdner Parteitag, in: *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden v. 13. bis 20. 9. 1903*, S. 216-221; ferner die Belegstellen bei Kumpmann, *Franz Mehring . . .*, S. 55 ff. und passim. Ich neige in dieser Frage zur Auffassung von Kumpmann, *ebd.*, Höhle, *Franz Mehring . . .*, S. 119 f. und passim, Schleifstein, *Franz Mehring . . .*, S. 40, 59 f. und passim, Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, Köln-Berlin 1967, S. 37, 172 und passim. Die Ansicht von Helga Grebing und Monika Kramme, *Franz Mehring*, in: *Deutsche Historiker*. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Bd. 5, Göttingen 1972, S. 91, die Mehrings Reaktions- und Verhaltensweisen "historisch durchaus erklärbar" finden, kann ich nicht teilen. Mehrings Verhalten im Falle Schoenlank, W. Liebknecht, Bernstein (vgl. Kautsky, *Franz Mehring . . .*, S. 20, 24 ff.), sein auf "Mäßigung" und "Nachgiebigkeit" Kautskys in dessen Auseinandersetzung um die Herausgabe des *Weg zur Macht* bedachtes Auftreten (vgl. meine Dokumentation *Briefe zum Erscheinen von Karl Kautskys 'Weg zur Macht'*, in: *International Review of Social History*, Vol. 12 *[1967]*, bes. S. 446, und meine demnächst erscheinende, diese Korrespondenz komplettierende Edition) sowie seine Stellungnahme in der Massenstreikdebatte von 1910 auf seiten Kautskys und der Parteiführung gegen Rosa Luxemburg (vgl. Schleifstein, *Franz Mehring . . .*, S. 287 ff., Nettl, *Rosa Luxemburg . . .*, S. 416, 445 und passim) lassen sich m. E. ohne Berücksichtigung der psychologischen Komponente des Phänomens Mehring nicht ausreichend erklären.

105 Vgl. Mehrings "Understatement"-Haltung gegenüber Kautsky, S. 29. Gegenüber Harden versicherte Mehring in einem Schreiben vom 19. 9. 1892, daß ihm "literarische" Fragen "so vollkommen fremd" seien, wie ihm, Harden, "politische und soziale Fragen"; Nachlaß Harden.

späteren Jahren, während übergroße Empfindlichkeit und nervöse Reizbarkeit, die leicht in maßlosen Haß umschlug,[106] schon damals zu den charakterlichen Dominanten zählten.

Betrachtet man Person und Werk unter "evolutionärem" Aspekt, so wird deutlich, daß Mehrings an Wendungen und Wandlungen reicher Weg auch unter marxistischem Vorzeichen nicht als ideologische Einbahnstraße verlief. Dieser Eindruck verstärkt sich vor allem im Hinblick auf Mehrings größere Toleranz und Verständnisbereitschaft gegenüber andersgearteten politischen Überzeugungen und ideologischen Abweichungen am Beginn seines marxistischen Schaffens. Seine "weitere" Auffassung tritt besonders klar zutage in dem Schreiben an Brentano vom 26. November 1891, in dem er Brentanos Bestrebungen gegenüber Kautsky als "eine nothwendige Vorstufe in der Erziehung der arbeitenden Klassen" zu verteidigen suchte.[107] Indem Mehring gleichzeitig der von Kautsky zu "Allüren" herabqualifizierten "Ueberzeugung" Brentanos seinen Respekt zollte,[108] distanzierte er sich gleichermaßen von dem durch die ideologische Parteiführung vermittelten negativen Brentano-Bild wie der von ihr gegen die "Brentanianer" geschürten Gefährlichkeitspropaganda.[109]

Erst in einer späteren Phase hat sich Mehring mit der Übernahme der von der Marx-Orthodoxie am Kathedersozialismus geübten Kritik dem parteioffiziellen Verdammungsverdikt angeschlossen, ohne jedoch in den Chor derer einzustimmen, die Kathedersozialismus sagten und lediglich Brentano meinten. Wenn Mehring in einem Artikel in der "Neuen Zeit" von 1897 die Kathedersozialisten als im Vergleich zur ganzen "Manchesterei" ungleich "gefährlichere Gegner des Sozialismus" apostrophierte, ihren Reformbestrebungen die Absicht unterstellte, eine "Aristokratie der Arbeiterklasse" zu schaffen, und sie als "Helfer und Heiland der bürgerlichen Gesellschaft" bei der Eindämmung der revolutionären Arbeiterbewegung charakterisierte,[110] so hatte er nunmehr die Plattform einer Verständigung mit dem Exponenten dieser Richtung verlassen. Der Dialog zwischen dem "arbeiterfreundlichen" Professor und dem "Vorkämpfer der revolutionären Arbeiterbewegung" kam damit endgültig zum Erliegen.

DOKUMENTATIONSTEIL

Editionsgrundsätze

Um die Dokumente in ihrem ursprünglichen Charakter zu erhalten, wurde von einer Modernisierung der Orthographie und Interpunktion abgesehen; dabei wurden auch Inkonsequenzen der Briefschreiber in Kauf genommen. Die textkritischen Anmerkungen sind durch Buchstaben von den durch Ziffern gekennzeichneten kommentierenden Annotationen abgehoben. Unterstreichungen im Original wurden durch Sperrung wiedergegeben.

106 Bevorzugte Objekte seines Hasses waren Anfang der neunziger Jahre vor allem Schoenlank, über den Mehring fast in jedem Brief an Kautsky Kübel des Spotts ausgoß (vgl. Mehring an Kautsky, 23. 9., 26. 9., 4. 11. 1892, Nachlaß Kautsky), und Heinrich Braun, dem er im Zusammenhang mit dessen Kritik an der *Lessing-Legende* drohte: ". . . und läuft mir dieser 'talentvolle' Geschäftsjude nochmals über den Weg, dann gnade ihm Gott!" (Mehring an Kautsky, 1. 10. 1893, Nachlaß Kautsky).

107 Mehring an Brentano, 26. 11. 1891 (Brief Nr. 6).

108 Ebd.

109 Die Gefährlichkeit der "Richtung Brentano" unterstreicht auch Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Teil I, Bd. 13, Berlin 1961, bes. S. 25 ff.

110 Franz Mehring, *Die Hetze gegen den Kathedersozialismus*, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 15 (1896/97), Bd. 2, S. 227.

1.

Lujo Brentano an Franz Mehring

Leipzig den 16. Juli 1891[1]
Bismarckstraße 6

Sehr geehrter Herr

Wir haben in früherer Zeit einmal in flüchtiger schriftlicher Beziehung gestanden.[2] Ich kam dann nach Straßburg und Wien,[3] wo ich Sie aus den Augen verlor. Nachdem ich hierher gekommen war, hatten wir eine kleine Auseinandersetzung; ich schmeichle mir, daß Sie aus derselben und seitdem erkannt haben, daß Ihre Vorstellungen von mir[a], als Sie jene gegen mich gerichteten Bemerkungen machten, die zu dieser Auseinandersetzung den Anlaß gaben, irrige waren.[4]

Seitdem habe ich verschiedene Schriften gelesen, die Sie unter Ihrem Namen veröffentlicht haben oder die Ihnen zugeschrieben werden. Ich habe darin manche Gedankengänge gefunden, die mir geläufig sind. Je weniger dieselben allgemein anerkannt sind, desto mehr habe ich bedauert, daß diejenigen die wenn auch nicht in Allem so doch vielfach in Vielem[b] gleiche Anschauungen hegen, sich nicht im Wirken vereinen.

Dieses Bedauern gibt mir den Anlaß zu folgendem Vorschlag: Kommen Sie nächsten Dienstag oder Mittwoch hierher[c]. Es würde mir eine Freude sein, Sie als Gast[d] bei mir zu sehen und Sie mit einigen jüngeren Gleichgesinnten bekannt zu machen.[e] Auch können Sie bei mir wohnen, falls Sie hier übernachten wollten. Ihrer zustimmenden Antwort entgegensehend

Ihr ergebenster

L. Brentano

---

a Von "Ihre" bis "mir" korrigiert aus "die Vorstellungen von denen Sie ausgingen".

b Von "wenn auch" bis "Vielem" nachträglich eingefügt.

c Von "nächsten" bis "hierher" korrigiert aus "Montag oder Dienstag zu mir zu Besuch. Sie können bei mir wohnen".

d "als Gast" nachträglich eingefügt.

e Ende der ersten Fassung des Briefentwurfs.

1 Es handelt sich um einen Briefentwurf.

2 Vgl. S. 20.

3 Brentano, der von 1872 bis 1882 in Breslau lehrte, übernahm 1882 den Lehrstuhl Schmollers in Straßburg, wurde 1888 Nachfolger Lorenz von Steins in Wien und folgte 1889 einem Ruf nach Leipzig; vgl. Brentano, *Mein Leben . . .*, S. 85 ff.

4 Offenbar hatte die *Volks-Zeitung* im Frühjahr 1890 einen scharfen Angriff gegen Brentano gebracht. Denn Mehring erwähnte in einem Schreiben vom 28. 5. 1890 an Wilhelm Liebknecht, daß er Brentano "erst kürzlich einen derben Klaps" versetzt habe und vor allem aus diesem Grunde den Abdruck eines Beitrages, der Kritik an Person und Wirken Brentanos übe, in der *Volks-Zeitung* ablehnen müsse; Mehring an Liebknecht, 28. 5. 1890, Nachlaß Liebknecht.

2.

Franz Mehring an Lujo Brentano

Berlin, den 18. Juli 91
W. Derfflingerstr. 23

Sehr geehrter Herr Professor!

Indem ich Ihnen für Ihre freundliche Einladung meinen verbindlichsten Dank sage, bedaure ich, derselben für dieses Mal nicht nachkommen zu können. Ich beabsichtige, Ende nächster Woche an den Ostseestrand zu gehen und habe bis dahin noch so viel zu erledigen, daß ein Abstecher nach Leipzig mir schlechterdings unmöglich ist. Ich hoffe aber, – falls ich nicht vorher das Vergnügen haben sollte, Sie einmal in Berlin zu sehen – Sie spätestens im Juli n[ächsten] J[ahres] in München[1] begrüßen zu können.

Was die von Ihnen erwähnte "kleine Auseinandersetzung" anbetrifft, so entsinne ich mich ihrer Einzelheiten nicht mehr mit völliger Sicherheit, doch weiß ich bestimmt, daß die Initiative dazu nicht von mir, sondern von einem, bzw. zwei Mitarbeitern der "Volks-Zeitung" genommen wurde, von denen sich der eine noch dazu leider als falsch unterrichtet erwies. Insofern bedauerte ich damals schon den ganzen Zwischenfall, als ich trotz mannigfacher Meinungsverschiedenheiten doch in Erinnerung an unsere früheren, wenn auch flüchtigen, so doch freundlichen Beziehungen durchaus kein Bedürfnis zu einer persönlichen Polemik mit Ihnen empfand.

Bemerken möchte ich noch, daß ich anonym oder pseudonym Schriften neuerdings – und überhaupt seit zwölf oder fünfzehn Jahren – nicht veröffentlicht habe. Ich weiß nicht, welche Schriften Sie dabei im Auge haben; jedenfalls sind sie mir mit Unrecht zugeschrieben worden.

Mit nochmaligem Danke für Ihre freundliche Einladung

Ihr
ergebener
F. Mehring.

---

1 Brentano hatte im Frühjahr 1891 einen Ruf an die Universität München erhalten. Im Oktober 1891 übersiedelte er nach München, wo er bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1916 ununterbrochen lehrte; vgl. Brentano, *Mein Leben . . .*, S. 164 ff.

3.

Franz Mehring an Lujo Brentano

Neuenhagen-Amt, den 14. August 91

Sehr geehrter Herr Professor!

Ihre gefälligen Zeilen vom 9. d[ieses] M[onats], die mir mit einiger Verspätung von Berlin hierher nachgesandt wurden, habe ich gestern erhalten und beeile mich, Ihnen meinen verbindlichsten Dank für den Inhalt derselben zu sagen. Ich bedaure nur um so mehr, daß es mir nicht mehr möglich war, nach Leipzig hinüberzukommen, aber es ging leider beim besten Willen nicht.

Den Gedanken des Jahrbuchs halte ich für einen äußerst glücklichen und ich würde es mir nur zur Ehre anrechnen können, dasselbe zu redigiren. Ich habe mich schon seit Jahren mit einem ähnlichen Plane getragen, und ich bin überzeugt, daß sich auf diese Weise ein gelesenes und einflußreiches Organ schaffen ließe. Beim nochmaligen Durchlesen Ihrer gefälligen Zeilen ist mir nur ein technisches Bedenken aufgestoßen. Das erste Mal hatte ich gelesen, die Zeitschrift solle 6 mal jährlich erscheinen; nunmehr scheint es mir aber, nach dem ganzen Zusammenhange Ihrer Ausführung und auch nach dem betreffenden Schriftzuge, daß Sie 1 mal geschrieben haben. Letzteres würde meines Erachtens mindestens d e m Zwecke hinderlich sein, den Sie mit vollem Rechte in den Vordergrund stellen: nämlich der Absicht, den tendenziösen Lügen der Presse über die Arbeiterbewegung auf handfester That entgegenzutreten. Meines Erachtens wirkt jede periodische Zeitschrift um so besser, in je kürzeren Zwischenräumen sie erscheint, und so weit ich den Plan früher selbst ins Auge gefaßt hatte, habe ich sogar stets an eine Monatsschrift gedacht. Ich weiß nun nicht, in welchem Umfange das Unternehmen geplant ist, sicherlich aber doch in einem, welcher seine Teilung in mehrere Hefte ermöglicht, und ich möchte Ihnen deshalb anheimgeben, den oben entwickelten Gesichtspunkt des Näheren zu erwägen.

Doch am Ende ist dies eine cura posterior; im Prinzip nehme ich Ihr freundliches Anerbieten mit verbindlichstem Danke an. Meine Adresse ist bis Ende dieses Monats:

Neuenhagen-Amt bei Lanzig in Pommern.

Spätestens am 1. September d[ieses] J[ahres] bin ich wieder in Berlin.

Hochachtungsvoll

ergebenst

F. Mehring.

4.

Franz Mehring an Lujo Brentano

Berlin, den 28. Oktober 91

Sehr geehrter Herr Professor!

Zu meinem größten Bedauern habe ich Ihre gefälligen Zeilen vom 27. August d[ieses] J[ahres], für die ich bestens danke, ungebührlich lange unbeantwortet gelassen, indessen lag die Schuld nicht an meinem guten Willen, sondern an persönlichen Verhältnissen, mit deren näherer Auseinandersetzung ich Sie nicht behelligen will. Ich bin nunmehr erst in der Lage, mich der Angelegenheit mit einiger Muße zu widmen und indem ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank für Ihre freundliche Bereitwilligkeit sage, bei der Werbung von Mitarbeitern behilflich sein zu wollen, möchte ich mir zunächst die Anfrage erlauben, ob Sie vielleicht einen Verleger vorzuschlagen hätten. Mir persönlich läge Herr Geibel[1] am nächsten, mit dem ich bereits im Frühling dieses Jahres wegen einer "Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" abgeschlossen habe;[2] ich bin aber im Zweifel, ob er neben den Schmoller'schen Jahrbüchern[3] noch das von uns geplante Jahrbuch verlegen wird. Ein ähnliches Bedenken würde bei dem Guttentag'schen Verlag (Heymann), mit dem ich sonst auch leicht Beziehungen anknüpfen könnte, wegen des Braun'schen Archivs[4] vorliegen.

In der Frage, ob Jahrbuch oder Monatsschrift, füge ich mich gern Ihren und Herrn Herkners Gründen, deren Gewicht ich vollkommen anerkenne. Nur wegen der Abonnentenziffer habe ich nicht so sehr große Sorge. Eine periodisch erscheinende Schrift über die Arbeiterbewegung kann meines Erachtens immer auf ein paar tausend Abonnenten rechnen. Aber Ihren sonstigen Gründen stimme ich um so lieber zu, als sich nöthigen Falls bei einem Prosperiren des Unternehmens aus einem Jahrbuch leicht eine Monatsschrift machen läßt.

Den mir freundlichst übersandten Brief von Herrn Herkner füge ich mit bestem Danke wieder bei. Ich werde heute noch an ihn schreiben.

Indem ich nochmals wegen der Verspätung meiner Antwort um Entschuldigung bitte, bin ich mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr

sehr ergebener

F. Mehring.

---

1 Carl Geibel (1842 - 1910), Inhaber der Verlagsbuchhandlung Duncker & Humblot in Leipzig, gehörte zu den bekannten Verlegern volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Schriften, der darüber hinaus – wie seine aktive Mitgliedschaft im "Verein für Sozialpoli-

tik" und in anderen sozialpolitischen Gremien zeigt – den sozialen Problemen seiner Zeit ein starkes Interesse entgegenbrachte.

2 Die Absicht, eine "Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" zu schreiben, scheint Mehring demnach nicht erst nach seinem Anschluß an die SPD, wie Schleifstein, *Franz Mehring* . . . , S. 43, meint, sondern bereits vor seinem Übertritt verfolgt zu haben. Daß Mehring seine Parteigeschichte zunächst im Verlag Duncker & Humblot erscheinen lassen wollte, bestätigt ein Brief Mehrings an Kautsky vom 6. 12. 1893, in dem es heißt: "Ich schrieb Ihnen wol schon, daß ich gegenwärtig wieder über meiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie schwitze, aber nicht mehr für Duncker & Humblot, sondern für Dietz"; Nachlaß Kautsky.

3 Das *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich,* zunächst von F. v. Holtzendorff und Brentano gemeinsam herausgegeben und seit 1881 unter der Redaktion Schmollers stehend, erschien in Geibels Verlag.

4 Das von Heinrich Braun herausgegebene *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik,* das von 1888 bis 1890 im Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen erschienen war, wurde 1891 von der Verlagsbuchhandlung J. Guttentag in Berlin übernommen.

5.

Franz Mehring an Lujo Brentano

Berlin, den 21. November [1891][1]
W. Derfflingerstr. 23

Sehr verehrter Herr Professor!

Zu meinem lebhaften Bedauern muß ich wieder wegen verspäteter Antwort um Entschuldigung bitten. Der Grund ist der, daß ich erst die Entscheidung über ein anderweitiges Unternehmen abwarten wollte, dessen Zustandekommen das geplante Arbeiterjahrbuch beeinflussen oder vielmehr die Existenzmöglichkeit desselben beeinflussen müßte.

Gleich nach Empfang Ihres geschätzten Schreibens vom 1. d[ieses] M[onats] ersuchte mich nämlich Dr. Heinrich Braun,[2] der Herausgeber des "Archivs", um meine Mitarbeiterschaft an einem "Sozialpolitischen Zentralblatte", das er mit Dr. Bruno Schönlank zusammen herausgeben wolle.[3] Ich lehnte ab und werde beiläufig auch bei dieser Ablehnung verharren. Da dies Unternehmen die von Ihnen ins Auge gefaßten Zwecke mit verfolgt, so wollte ich zunächst abwarten, ob etwas daraus würde, was mir mit Rücksicht auf den großen Fuß, auf dem Braun die Sache plante, zweifelhaft zu sein schien. In der That hat sich auch Heymann-Guttentag heftig gesträubt, allein der hiesige Privatdozent Arons, Sohn des steinreichen Kommerzienraths Arons und Schwiegersohn des "kleinen" Bleichröder, des Bruders von Gerson B[leichröder], ehemaliger Bodenbesitzreformer und neuerdings Mitglied der sozialdemokratischen Partei,[4] hat die Sache finanzirt. Das Wochenblatt ist auf zwei Jahre vom 1. Januar 1892 ab garantirt; jährlicher Abonnementspreis 12 Mark, wöchentlich 10-12 Seiten, jeder der beiden Redakteure 5000 M[ar]k Gehalt; Tendenz, wie Braun sich ausdrückt: "verdächtige Objektivität"[a]. Nach zwei Jahren hoffen die Gründer 4000 Abonnenten zu haben, mit welcher Ziffer das Blatt auf eigenen Füßen stehen kann. Ich habe Arons auf eine bezügliche Anfrage nicht verhehlt, daß ich das Unternehmen in d i e s e r Form nicht für lebensfähig hielte und die denkbar höchste Abonnentenziffer auf 1-2000 taxirte, indessen kommt es ihm auf einen Versuch nicht an und auf zwei Jahre ist das "Sozialpolitische Zentralblatt" gesichert, möglicher Weise auch noch auf längere Zeit, sei es daß Arons neue Zuschüsse leistet, sei es daß es wirklich auf 4000 Abonnenten kommt, was ich allerdings, wie gesagt, nicht glaube, obgleich Braun ein guter Redakteur ist und Schönlank eine glänzende Feder führt.

Neben diesem Unternehmen[b] nun noch mit einem Jahrbuche herauszukommen, scheint mir nicht rathsam, und jedenfalls möchte ich Sie, verehrter Herr Professor, hiermit bitten, mich von meiner Zusage betreffs der Redaktionsübernahme zu entbinden. Ich habe zu dieser Bitte auch noch persönliche Gründe. Erstens möchte ich mit Schönlank, der meinetwegen als Mitarbeiter von der "Volks-Zeitung" zurücktrat,[5] nicht gern in Konkurrenz treten. Zweitens aber hat mich ein Brief von Herrn Herkner etwas kopfscheu gemacht. Er schrieb mir nämlich in der Verlegerfrage, es sei rathsam, einen Verleger zu suchen, der möglichsten Einfluß auf die kapitalistische Presse habe, welche sich sonst meinetwegen "spröde" gegen das Jahrbuch verhalten würde. Letzteres ist natürlich völlig richtig, aber nach Ihren freundlichen Zuschriften hatte ich angenommen, das Jahrbuch solle ein Gegengewicht gegen die Mißhandlung der Arbeiterfrage durch die kapitalistische Presse bilden, womit von selbst gesagt war, daß es von derselben todtgeschwiegen werden würde. Dazu kenne ich diese Pappenheimer lange und gut genug, aber es wäre mir ein überaus peinlicher Gedanke, wenn Herr Herkner und andere Mitarbeiter des geplanten Jahrbuchs diesen Empfang, den jedes mit wissenschaftlichem Ernste an die Arbeiterfrage herantretende Organ bei der kapitalistischen Presse finden muß und wird, auf die Person des Redakteurs schieben würden.

So muß ich Sie denn, sehr verehrter Herr Professor, um Entbindung von meiner Zusage bitten. Da Sie selbst sich an dem Unternehmen nicht betheiligen wollten und Herr Herkner sicherlich von Braun zur Mitarbeiterschaft an dem "Sozialpol[itischen] Zentralblatt" aufgefordert werden wird, so ist sachlich auch wol nichts verloren. Doch steht es ja natürlich ganz bei Ihnen, ob Sie den Plan weiter verfolgen wollen; nur mir ist es leider nicht möglich, die Redaktion zu übernehmen.

Es bleibt mir noch übrig, sehr verehrter Herr, Ihnen meinen herzlichsten Dank dafür auszusprechen, daß Sie an mich gedacht haben. Sie haben mir in einer Zeit, in welcher ich menschliche Infamie bis zum Ueberdrusse erfahren mußte, freundliche Theilnahme gezeigt, obgleich gerade Sie keinen Anlaß, sondern eher das Gegentheil eines Anlasses dazu hatten, und das werde ich Ihnen nie vergessen. Sobald ich durch München komme, was, wenn nicht im nächsten, so doch sicher im übernächsten Sommer geschehen wird, werde ich mir erlauben, Ihnen meinen Dank auch noch persönlich auszusprechen.

Hochachtungsvoll

Ihr

ergebener

F. Mehring.

---

a Von "Tendenz" bis "Objektivität" nachträglich eingefügt.

b "Unternehmen" korrigiert aus "Jahrbuch".

1 Diesem Brief liegt folgendes, vermutlich an Herkner gerichtetes Begleitschreiben bei:

Maximiliansplatz 1, München, den 25. November 1891

Lieber Freund,
Sie ersehen aus dem umstehenden Briefe Mehrings, daß es mit unserem Projekte nunmehr definitiv aus ist.
Besten Gruß

L. Brentano.

2 Dr. Heinrich Braun (1854 - 1927), Sohn eines österreichischen Eisenbahnunternehmers, Mitbegründer der *Neuen Zeit*, war Herausgeber zahlreicher sozialpolitischer Zeitschriften wie des *Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik*, des *Sozialpolitischen Centralblatts*, der *Neuen Gesellschaft*, der *Annalen für Sozialpolitik und Gesetzgebung*. Zur Biographie Brauns siehe Julie Braun-Vogelstein, *Heinrich Braun. Ein Leben für den Sozialismus*, Stuttgart 1967.

3 Zu Vorgeschichte, Programm und Resonanz des am 4. 1. 1892 erstmalig erschienenen *Sozialpolitischen Centralblatts* vgl. Braun-Vogelstein, *Heinrich Braun...*, S. 77 ff. Zu der im Juni 1892 beginnenden, mit Schärfe und Intensität geführten Polemik Kautskys gegen das *Sozialpolitische Centralblatt* vgl. V. Adler, *Briefwechsel* . . . , S. 92 f., 99 ff., 107 ff. und passim.

4 Dr. Leo Arons (1860 - 1919), Privatdozent der Physik, dem an der Jahrhundertwende vom preußischen Staatsministerium aufgrund des Privatdozentengesetzes (Lex Arons) die venia legendi entzogen wurde, betätigte sich bis November 1892 in den Reihen des "Deutschen Bundes für Bodenbesitzreform"; vgl. Damaschke, *Aus meinem Leben* . . . , S. 325 f. Nach einer brieflichen Mitteilung Bebels an Engels vom 15. 11. 1891 hatte Arons ihm "vor acht Tagen seinen ersten Monatsbeitrag als Mitglied der Partei gesandt"; in: *August Bebels Briefwechsel* . . . , S. 478. Der begüterte Schwiegersohn des Bankiers Bleichröder war finanzieller Förderer verschiedener Partei- und Gewerkschaftsunternehmungen.

5 Dr. Bruno Schoenlank (1859 - 1901), der seit 1883 als Journalist an diversen sozialdemokratischen Blättern hervorgetreten war, wurde Anfang 1889 korrespondierender Mitarbeiter an der unter der Chefredaktion Mehrings stehenden Berliner *Volks-Zeitung*. Im Zusammenhang mit der "Lindau-Affäre" schied er gemeinsam mit Mehring am 18. 11. 1890 aus der Redaktion der *Volks-Zeitung* aus; vgl. P. Mayer, *Bruno Schoenlank* . . . , S. 46 ff. und passim, ferner Mehring, *Kapital und Presse* . . . , S. 37.

6.

Franz Mehring an Lujo Brentano

Berlin, den 26. November 91

Sehr geehrter Herr Professor!

Besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen! Ihr Urtheil über Braun und Schönlank ist im Wesentlichen auch das meinige; nur daß ich über Braun ungünstiger,[1] über Schönlank günstiger urtheile, als Sie. Braun ist arm an eigenen Gedanken und ein schlechter Stilist, aber der richtige Wiener Geschäftsjude, findig, rührig, zähe, und, wie Sie ganz richtig sagen, besonders geeignet, andere für sich arbeiten zu lassen. P o l i t i s c h e n Fanatismus traue ich ihm allerdings nicht viel zu; er hält sich immer vorsichtig im Hintergrund, ist bei seinen eigenen Leuten wenig geachtet, und bändelt, wo es seinem Vortheile gilt, mit allen möglichen Richtungen an. Schönlank ist ein braver Kerl, sehr begabt, aber sehr eitel, dabei nervös, unstet, halb Juden-, halb Junkerblut; Braun hat ihn ganz in den Händen, und ich fürchte, daß die voraussichtliche Verkrachung des "Sozialp[o]litischen[/] Zentralbl[a]tts[/]" auch zu einer persönlichen Katastrophe für Schönlank werden wird. Ich habe ihn bei alledem sehr lieb und wünschte nichts mehr, als daß er in die akademische Laufbahn gelangt wäre, aber seine wiederholten Verurtheilungen unter dem Sozialistengesetze und der bureaukratische Zopf waren unübersteigliche Hindernisse.[2]

Ihre theoretischen Auseinandersetzungen waren mir ungemein interessirt [sic!], und ich freue mich sehr darauf, darüber einmal mündlich mit Ihnen zu verhandeln. Sie erinnerten mich in lebhaftester Weise an eine briefliche Äußerung, welche der meines Erachtens nächst Engels bedeutendste Theoretiker des radikalen Sozialismus[3] vor einiger Zeit über Sie gefällt hat. Da Sie sich dies Urtheil aus G e g n e r s Mund wohl gefallen lassen können, will ich es hierher setzen und zwar u n v e r k ü r z t, denn ich habe zu viel Hochachtung vor Ihnen, als daß ich es für nöthig hielte, die persönlich feindseligen Äußerungen zu mildern oder zu tilgen, die ohnehin durch Ihren Streit mit Engels[4] beeinflußt sind; ich lasse nur einen halben Satz fort, der sich nicht auf

Sie bezieht, aber Ihnen die Person des Verfassers sofort verrathen würde. Der betreffende Herr antwortete mir also auf ein von mir gefälltes günstiges Urtheil über Ihre Bestrebungen:

"Brentano hat die einzige Methode herausgefunden, durch die es in Deutschland möglich wäre – oder wenigstens gewesen wäre – die Arbeiter dem Sozialismus fern zu halten und sie von der Bekämpfung des ganzen kapitalistischen Systems abzulenken[a] nicht durch wohlfeile Phrasen à la Richter, nicht durch Polizei und Gerichte, sondern durch Verzettelung des Klassenkampfes in Einzelkämpfe gegen einzelne Personen und einzelne Mißstände. Wäre nicht das deutsche Bürgerthum so dumm und feig, verstünden es nicht vor allem die Freisinnigen so vortrefflich, die Arbeiter abzustoßen, Brentano könnte uns höchst gefährlich werden gerade durch seine antikapitalistischen Allüren, die den Kapitalisten nichts schaden, den Arbeitern aber sympathisch sind. Die Brentano'sche Richtung hat sicher auch ihre guten Seiten, z. B. das Eintreten für die Koalitionsfreiheit; ich habe . . . . . Aber Brentano persönlich hat stets solchen Haß gegen die Sozialdemokratie an den Tag gelegt, daß ich stets die Empfindung habe, es handle sich ihm nicht um die Hebung der Arbeiterklasse, sondern um die Schaffung einer Arbeiteraristokratie, die als Waffe gegen das gesammte, kämpfende Proletariat sich verwenden ließe."

Soweit die betreffende Briefstelle, welche ich Ihnen, worum ich wol nicht erst zu bitten brauche, in strengstem Vertrauen mittheile. Ich habe geantwortet,[5] daß es sich bei Ihnen nicht um Allüren, sondern um eine Ueberzeugung handele und daß auch vom radikalsozialistischen Standpunkte Ihre Bestrebungen als eine nothwendige Vorstufe in der Erziehung der arbeitenden Klassen anerkannt werden müßten. Aber worin der Briefschreiber den Nagel auf den Kopf trifft, das ist die Dummheit und Feigheit der bürgerlichen Klassen, an welchen das, was Sie wollen, bisher gescheitert i s t, und, wie ich leider nach meiner zu genauen Kenntnis der Verhältnisse hinzufügen muß, auch weiter scheitern w i r d. Einen p r a c t i s c h e n Einfluß auf die a r b e i t e n d e n Klassen, wie Sie ihn in Ihren freundlichen Zeilen betonen, habe ich mir von dem Arbeiter-Jahrbuche allerdings nie versprochen und i n s o w e i t vermag ich das vorläufige Scheitern des Plans nicht zu bedauern. Einen solchen Einfluß vermag kein einzelner Mann und kein einzelnes Organ zu erringen; diesen Erfolg könnten nur die bürgerlichen Parteien selbst erzielen[b] wenn sie sich zu Ihren Anschauungen bekehrten und von jenem dummen und feigen Klasseninstinkte abließen, der sie bisher beseelt und die schärfste Betonung des Klassenstandpunkts Seitens der arbeitenden Klassen zur unausweichlichen Folge gehabt hat.

Es versteht sich, daß ich[c], wenn ich durch München komme, mir die Freude machen werde, Sie zu besuchen und bitte freundlich um das Gleiche, wenn Ihr Weg Sie nach Berlin führt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

F. Mehring.

---

a "abzulenken" korrigiert aus "abzuhalten".

b "erzielen" korrigiert aus "erringen".

c Vor "ich" gestrichen "wenn".

1 Zur Aversion Mehrings gegen Braun, der sich 1887 für eine Aussöhnung Mehrings mit den sozialdemokratischen Parteiführern eingesetzt hatte und "dann jahrelang" im Hause Mehrings verkehrte, vgl. Mehring, *Meine Rechtfertigung . . .*, S. 7 f.

2 Schoenlank, dem bereits von seinem Doktorvater eine glänzende akademische Laufbahn prophezeit worden war und der durch eine Anzahl wirtschaftsgeschichtlicher Studien die Aufmerksamkeit führender Nationalökonomen wie Nasse, Stieda, Conrad und Sombart auf sich gelenkt hatte, war wegen verschiedener Vergehen gegen das Sozialistengesetz vor allem in den Jahren 1885 - 1887 mehrfach zu Geld- und Haftstrafen verurteilt worden; vgl. P. Mayer, *Bruno Schoenlank . . .*, bes. S. 16-47 und passim.

3 Gemeint ist Kautsky.

4 Zum Streit Brentano-Engels vgl. S. 23.

5 Der Brief Mehrings war im Nachlaß Kautsky nicht auffindbar.

7.

Franz Mehring an Lujo Brentano

Berlin, den 9. Febr[uar] 92

Verehrter Herr Professor!

Verzeihen Sie gütigst, wenn ich heute erst dazu komme, Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 24. Dezember v[origen] J[ahres] zu beantworten. In Folge einer Weihnachts- und Neujahrsreise erhielt ich sie etwas verspätet, und nach Neujahr wurde ich wegen meiner Lessing-Arbeit von der "Neuen Zeit"[1] so gedrängt, daß ich bis heute schlechterdings zu keinem Privatbriefe gekommen bin.

Mein Erstes soll nun aber sein, Ihnen für die freundliche Zusendung Ihres Vortrags über die Kornzölle,[2] den ich mit lebhaftestem Interesse gelesen habe, meinen aufrichtigen Dank auszusprechen und ebenso für Ihre Kritik meines Richter-Schmarrens,[3] die mich sehr erfreut, ja sogar insofern etwas beschämt hat, als sie meinem Schriftchen eigentlich zu viel thut. Ich übersandte Ihnen dasselbe nicht sowohl, weil ich es Ihrer eingehenden Aufmerksamkeit für werth hielt,[4] sondern weil die Nicht-Uebersendung wie eine Unfreundlichkeit ausgesehen haben würde, in deren Verdacht ich gerade Ihnen gegen-

über nicht gern kommen möchte. Ich habe das Ding wirklich in vierzehn Tagen geschrieben, weil mich der Humbug anekelte, den die bürgerliche Presse mit Richters Machwerke trieb, und es kam mir nicht sowohl darauf an, meine Ansichten zu entwickeln, als Richters blödsinnigen Entstellungen und Schlußfolgerungen die richtigen Thatsachen gegenüberzustellen. Namentlich gilt dies auch von den ersten Abschnitten. In einer Streitschrift dieser Art muß man ja Vieles, um einen Lessingschen Ausdruck zu gebrauchen, γυμναστικῶς schreiben, was man δογματικῶς mindestens anders ausgedrückt haben würde. Beispielsweise unterschreibe ich vollständig Ihr Urtheil über Bebels "Frau" und wenn ich das Buch "übrigens sehr verdienstlich" nenne,[5] so meine ich das genau in dem Sinne, in welchem Sie es auch so nennen. Verdienstlich gegenüber Richter und seinesgleichen, sonst halte ich es auch für eine "etwas wilde Kompilation". Bebel ist sehr bedeutend als Organisator und Redner, in zweiter Reihe auch als Politiker, aber als Schriftsteller bedeutet er nicht viel, obgleich sich der treffliche und sonst sehr bescheidene Mann nach einer bekannten, psychologischen Erfahrung gerade auf seine schwächste Seite etwas einbildet.

Die wirklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und mir bestehen darin, daß ich erstens ein Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung bin und daß ich zweitens über unsere bürgerlichen Klassen ungleich ungünstiger urtheile, als Sie. Was den ersten Punkt anbetrifft, so mag die betreffende Geschichtsphilosophie noch in den Kinderschuhen stecken, noch etwas crude Formen haben, aber in ihrem Grundgedanken ist sie meines Erachtens richtig und nur wenn man sie als Leitfaden benutzt, gelangt man zu einem wirklichen Verständnisse der geschichtlichen Entwicklung. Ich verkenne deshalb nicht, daß sie noch eine[r] viel feinere[n] Ausbildung bedarf, als sie bisher gefunden hat, daß sie in ihrer rohen Form sehr mißbraucht werden kann, aber den G r u n d g e d a n k e n halte ich allerdings für richtig. Ich vermag deshalb auch keinen Widerspruch darin zu erkennen, daß die sozialdemokratische Partei sich ein Ziel steckt, welches nach der materialistischen Geschichtsauffassung auf jeden Fall und durch das innere Spiel der geschichtlichen Bewegungsgesetze erreicht werden kann. Denn jene Auffassung schließt keineswegs aus, daß man bei richtiger Erkenntnis der historischen Entwicklung dieselbe beeinflussen kann und schließlich im Interesse des zivilisatorischen Fortschritts beherrschen muß.

Eine andere Frage ist, ob sich die sozialdemokratische Partei im Verhältnisse zu dem heutigen Stande unserer ökonomischen Entwicklung nicht zu tragisch[?] entwickelt hat. In dieser Beziehung stehe ich Ihrer Auffassung näher, als den Ansichten, welche Engels im vorigen Hefte der "Neuen Zeit" entwickelt hat.[6] Aber darin weiche ich wieder von Ihnen ab, daß Sie die Konstituirung der Arbeiter als einer selbständigen politischen Partei mißbilligen. Diese Mißbilligung gebührt meines Erachtens allein den bürgerlichen Parteien für ihre elende und jammervolle Sozialpolitik. Seitdem das erste Auftreten Lassalles im Jahre 1863 sie genügend gewarnt hatte, war ihnen ein Jahrzehnt und länger fortdauernd die günstigste Gelegenheit geboten, eine vernünftige Arbeiterpolitik zu treiben; was sie aber fort und fort und bis auf den heutigen Tag getrieben haben, war die einseitigste, schroffste und in Folge dessen arbeiterfeindlichste Interessenpolitik, und da war es schlechterdings unausbleiblich, daß eine[a] Arbeiterpartei entstand, welche auch i h r e Klassen-Interessen[b] mit der äußersten Konsequenz vertrat. Doch ich berühre damit einen Punkt, über den ich mich, wenn ich nicht irre, schon früher einmal Ihnen gegenüber ausgelassen habe. Jedenfalls bitte ich Sie noch einmal, überzeugt sein zu wollen, daß mich Ihre Kenntnis meines Schriftchens nur mit dem aufrichtigsten Danke erfüllen konnte und erfüllt hat.

Wie gefällt Ihnen das "Sozialpolitische Zentralblatt"? Ich habe nur die beiden ersten Nummern gelesen, die recht gut gemacht, aber sehr langweilig waren.[7] Abonnentenzahl bisher: 700. Wie ich voraussah, aber noch viel früher, als ich dachte, ist der Krach zwischen Braun und Schönlank eingetreten. Nämlich schon nach der ersten Nummer. Schönlank ist seit einigen Wochen aus der Redaktion geschieden und tritt zum 15. d[ieses Monats] in die Redaktion des "Vorwärts" ein, wo er auch wol nicht lange hausen wird.[8]

Ihre Wünsche zum Neuen Jahre erwidere ich zwar etwas verspätet, aber deshalb nicht weniger herzlich und bin mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr

ergebener

F. Mehring.

---

a Vor "eine" gestrichen "auch".

b "Klassen" nachträglich eingefügt.

1 Am 13. 1. 1892 begann Mehring im Feuilleton der *Neuen Zeit* mit der Veröffentlichung seiner Artikelserie *Die Lessing-Legende. Eine Rettung.*

2 Brentano hatte in seinem im Januar 1892 gehaltenen Vortrag (abgedruckt in: *Allgemeine Zeitung*, München, Nr. 15/16 vom 15./16. 1. 1892, Beilage) über "Anfang und Ende der englischen Kornzölle" auf den Zusammenhang von industriellem Wachstum und Freihandelspolitik in England hingewiesen; vgl. auch Brentano, *Mein Leben . . .*, S. 172.

3 Gemeint ist Mehrings Broschüre *Herrn Eugen Richters Bilder aus der Gegenwart*, eine Replik auf Eugen Richters *Sozialdemokratische Zukunftsbilder. Frei nach Bebel*, Berlin 1891.

4 Mehring, *Herrn Eugen Richters Bilder . . .*, S. 42, wies im Zusammenhang mit der Frage von Arbeitszeit und Arbeitsleistung auf die "trefflichen 'Arbeitergilden' und . . . sonstigen Schriften von Brentano" hin.

5 Über die von Richter für sein Pamphlet herangezogenen sozialdemokratischen Quellen schrieb Mehring, *a. a. O.*, S. 19, daß Richter "auch nicht eine Schrift auch nur eines sozialistischen Denkers auch nur angeblättert, geschweige denn gelesen oder studiert hat; daß er das populär-wissenschaftliche und übrigens sehr verdienst-

liche Buch von Bebel zwar angeblättert, aber keineswegs gelesen oder studiert hat . . .".

6 In seinem Artikel *Der Sozialismus in Deutschland,* in: *Die Neue Zeit,* Jg. 10 (1891/92), Bd. 1, S. 580-589, unterstrich Engels im Hinblick auf das stetige Anwachsen der sozialdemokratischen Wählerstimmen und das Vordringen des sozialistischen Elements in der preußischen Armee seine Auffassung von der unaufhaltsamen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, deren Machtübernahme er für zeitlich fixierbar hielt.

7 Das auf einen polemisch-aggressiven Tenor verzichtende, um "strenge Objektivität" und eine "nach allen Seiten betätigte Unabhängigkeit" bemühte *Sozialpolitische Centralblatt* setzte sich zum Ziel, "ein möglichst vollständiges Repertorium der Ereignisse und Tatsachen auf dem Gebiet der Sozialpolitik [zu] werden"; *Unser Programm,* in: *Sozialpolitisches Centralblatt,* Jg. 1 (1892), S. 1-2. Dementsprechend behandelten die Beiträge folgende Themenbereiche: Soziale Wirtschaftspolitik, Arbeiterzustände, Gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung, Unternehmerverbände, Handwerkerfragen, Arbeiterschutzgesetzgebung, Gewerbeinspektion, Arbeiterversicherung, Gewerbegerichte-Einigungsämter-Arbeiterausschüsse, Wohnungszustände, Soziale Hygiene, Literatur. Zu den Mitarbeitern der beiden ersten Nummern (wie auch der späteren) gehörten neben Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern (Schoenlank, Quarck, Arons, Adolf Braun, Scherm, Segitz) auch Repräsentanten des bürgerlichen Lagers (Herkner, C. J. Fuchs, F. v. Liszt).

8 Bereits am 27. 1. 1892 berichtete Bebel nach London, daß Braun und Schoenlank, die "beide sehr nervöse Menschen" seien, sich "schon veruneinigt" hätten. Auch Bebel befürchtete, daß es Schoenlank, auf den Liebknecht überdies "schlecht zu sprechen" sei, beim *Vorwärts* nicht lange halten werde; Bebel an Engels, 27. 1. 1892, in: *August Bebels Briefwechsel . . .,* S. 499. Am 2. 2. 1892 ließ Heinrich Braun seinen Freund Natorp wissen, daß er "jetzt 'Archiv' und 'Sozialpolitisches Centralblatt' ganz allein" redigiere. Nach dem Zeugnis seiner vierten Frau war Braun nicht imstande, "die Herrschaft in der Redaktion mit irgend jemandem zu teilen"; Braun-Vogelstein, *Heinrich Braun . . .,* S. 84 f.

8.

Franz Mehring an Lujo Brentano

Berlin, den 25. August 92
W. Derfflingerstr. 23

Sehr geehrter Herr Professor!

In Anknüpfung an unseren vorjährigen Briefwechsel erlaube ich mir, Ihnen mitzutheilen, daß ein jüngerer Freund und Kollege von mir, Herr Maximilian Harden, bisher ständiger Mitarbeiter der "Nation" und der "Gegenwart"[1] vom 1. Oktober d[ieses] J[ahres] ab eine eigene Wochenschrift herauszugeben beabsichtigt.[2] Er ist mit der kapitalistischen Presse gänzlich auseinander gerathen wegen ihrer scheußlichen Verkommenheit auf aesthetisch-literarischem Gebiete, wünscht aber natürlich auch in seiner neuen Wochenschrift die Sozialwissenschaft vertreten zu sehen, und ich habe mir deshalb erlaubt, ihm Ihre spezielle Richtung als die meines Erachtens zu ihr und seinen Tendenzen geeignetste zu empfehlen, wesentlich unter dem Gesichtspunkte, daß er in seiner Wochenschrift die gesunden Elemente der deutschen Bourgeoisie um seine Fahnen zu sammeln versuchen will[a]. Er bat mich in Folge dessen, Sie wenn irgend möglich für sein Unternehmen zu interessiren, was ich denn durch diese Zeilen thun möchte.

Harden ist sozialwissenschaftlich tabula rasa, doch hat ihm sein Krieg mit dem Kliquen- und Reklamewesen der kapitalistischen Presse schon einige ökonomische Dialektik eingepaukt. Literarisch ist er meines Erachtens ein sehr hervorragendes Talent; seine Theaterberichte in der "Nation" (unter dem Pseudonym M. Kent) sind Ihnen vielleicht aufgefallen; auch hat er kürzlich eine Anzahl seiner Aufsätze in zwei Bänden unter dem Titel "Apostata" veröffentlicht.[3] In Stilke, dem früheren Verleger der "Gegenwart", hat er einen bemittelten und sehr gewandten Protegé gefunden;[4] auch sind ihm für seine Person von seinen Verwandten nicht unbeträchtliche Geldmittel zugeschossen worden. Er will das Ding nach dem Stil der englischen Wochenschriften einrichten, also auch möglichst die verschiedensten Standpunkte zu Worte kommen lassen, doch weiß ich nicht, ob die deutschen Verhältnisse ihm die Weitherzigkeit gestatten werden, die er sich vorgenommen hat. Jedenfalls ist ihm die Sozialwissenschaft ein wesentlich fremdes Gebiet, und wenn ich ihm den Rath gegeben habe, im Allgemeinen mit Ihrem Winde zu segeln, so zweifle ich nicht, daß es auch thatsächlich geschehen wird, vorausgesetzt, daß Sie und Ihre näheren Freunde sich für dies Unternehmen interessiren.[5]

Sollten Sie mich mit einer Antwort auf diese Zeilen erfreuen, so möchte ich Sie noch um eine kleine literarische Gefälligkeit bitten, nämlich um Angabe der Schriftsteller, von denen Sie mir einmal schrieben, daß sie zur Stein-Hardenbergischen Zeit die materialistische Geschichtsauffassung vertreten hätten. Ich möchte mich für eine kleine Arbeit näher danach umthun.

In alter Hochachtung
Ihr
ergebener
F. Mehring.

---

a "will" korrigiert aus "möchte".

1 Maximilian Harden (1861 - 1927), der seit 1888 in Theodor Barths *Nation* mit "Kent" signierte Theaterkritiken veröffentlichte und seit 1889 regelmäßig für die von Theophil Zolling herausgegebene *Gegenwart* zumeist unter dem Pseudonym "Apostata" schrieb, hatte aus Anlaß der "Lindau-Affäre" mit Mehring, damals Chefredakteur der *Volks-Zeitung,* Kontakt aufgenommen, woraus sich dann ein bis

Ende 1892 andauerndes Freundschaftsverhältnis entwickelte; vgl. Mehring, *Meine Rechtfertigung . . .*, S. 15 f., ferner Mehring, *Herrn Hardens Fabeln . . .*, S. 10 ff.

2 Über die Gründung der *Zukunft. Wochenschrift für Politik, öffentliches Leben, Kunst und Literatur, unabhängige Rednertribüne für jedermann* vgl. Weller, *Maximilian Harden . . .*, S. 45 ff., und Young, *Maximilian Harden . . .*, S. 53 ff.

3 Im Januar 1892 erschien der erste Band von Hardens *Apostata*, im Juni 1892 unter dem Titel *Apostata. Neue Folge* der zweite Band, beide im Verlag von Georg Stilke Berlin.

4 Der Verlagsbuchhändler Georg Stilke, der von 1872 bis 1891 die *Gegenwart* verlegte, steuerte zu der vom 1. Oktober 1892 bis September 1896 in seinem Unternehmen erscheinenden *Zukunft* ein Anfangskapital von 10 000 Mark bei, nachdem ein in England lebender Bruder Hardens die Bürgschaft für die gleiche Summe übernommen hatte; vgl. Harden, *Die Begründung der 'Zukunft'*, in: *Georg Stilke 1872 - 1922. Denkschrift und Arbeitsbericht* von Oskar Häring, Berlin 1922, S. 107.

5 Zur Reaktion Brentanos auf Mehrings Werbeaktion zugunsten von Hardens *Zukunft* vgl. den Brief Mehrings an Harden vom 30. 8. 1892: "Zunächst die Mittheilung, daß mir Brentano aus irgend einem bairischen Gebirgsneste in drei Zeilen schreibt, daß er mir sehr für meinen Vorschlag danke, aber eine eingehende Unterhaltung darüber bis zu einem Besuche in Berlin, den er Ende September oder Anfang Oktober machen werde, verschieben möchte. Dies scheint mir auch das Beste, da man sich in solchen Dingen in zehn Minuten mündlich besser einigt, als in zehn Versen durch große weitläufige Briefe"; Nachlaß Harden.

9.

Franz Mehring an Lujo Brentano

Berlin, den 5. Sept[ember] 92

Hochgeehrter Herr Professor!

Für die große Liebenswürdigkeit, womit Sie meine Anfragen sofort beantwortet haben, kann ich Ihnen nicht dankbar genug sein. Ich bin dieses Jahr nicht nach Süddeutschland gekommen; sonst hätte ich mir selbstverständlich erlaubt, bei Ihnen vorzusprechen. Um so mehr freue ich mich darauf, Sie in Berlin begrüßen zu können; hoffentlich scheitert Ihr Reiseplan nicht daran, daß, wie ich gestern gesprächsweise von Prof[essor] Sering[1] hörte, die Generalversammlung des "V[ereins] f[ür] S[ozialpolitik]" der Cholera wegen abgesetzt werden soll.[2]

Harden ist allerdings der Bismarck-Interviewer, doch ist er erstens nicht Interviewer in dem landläufigen Sinne des Wortes und zweitens beruht seine Bismarck-Bewunderung nur auf dem Carlyle-Nietzsche'schen Heroenkultus.[3] Sozialpolitisch ist er noch ziemlich unklar und die hiesige kapitalistisch-liberale Presse, der er oft durch die Parade gefahren ist, hat ihm übel mitgespielt und ihm einen möglichst schlechten Ruf zu machen gesucht, aber er ist ein durchaus ehrenwerther Mensch und literarisch sehr begabt, so daß er meines Erachtens jede Unterstützung verdient. Ich würde mich und er würde sich sehr freuen, wenn Sie sich für sein Unternehmen interessiren könnten.[4]

Ganz besonders dankbar bin ich Ihnen, verehrter Herr Professor, für Ihre so erschöpfende und lehrreiche Antwort auf meine Anfrage wegen der material[istischen] Geschichtsauff[assung]. Sowol Ihre eigenen Ausführungen als auch das Zitat aus L[avergne]-P[eguilhen] haben mich aufs höchste interessirt. Ich werde Ihren Fingerzeigen näher nachgehen, und wenn ich öffentlich darüber schreiben sollte, selbstverständlich auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß ich Ihrer Liebenswürdigkeit diese Hinweise verdanke.[5] Daß Marx überall an Vorarbeiten angeknüpft hat, verkenne ich durchaus nicht, aber gerade auf dem Gebiete des historischen Materialismus hat er meines Erachtens für absehbare Zeit das abschließende Wort gesagt. Seine[a] Auffassung wird im Allgemeinen – ich weiß nicht, ob auch von Ihnen – viel zu dogmatisch eingeschränkt, so beispielsweise von Barth, der in seiner Hegel-Schrift sich redlich bemüht, in die Ansicht von Marx einzudringen, aber sie doch viel zu enge faßt und deshalb in große Mißverständnisse verfällt.[6] Daß ich den historischen Materialismus von Marx richtig verstanden, d. h. so verstanden habe, wie er ihn gemeint hat, weiß ich aus einem Briefe von Engels an Bebel, in dem Engels, mit dem ich beiläufig keine persönlichen Beziehungen habe, sich ausführlich über meine Lessing-Artikel in der "Neuen Zeit" verbreitet.[7] Er sagt u. A., daß ich, im Gegensatze zu vielen mißverständlichen Auffassungen auch von sozialistischer Seite, den historischen Materialismus im Sinne von Marx richtig als Forschungs m e t h o d e gehandhabt hätte, nicht als ein den geschichtlichen Verlauf gewaltsam bestimmendes D o g m a. Als ein solches D o g m a ist b i s h e r und unbeschadet Ihrer Einwände die materialistische Geschichtsauffassung von gegnerischer Seite aufgefaßt und bekämpft worden. Aber das ist keine Widerlegung. Ich gebe zu, daß die materialist[ische] Geschichtsauffassung auch als M e t h o d e noch einer gründlichen Diskussion bedarf, und ich möchte sie einer solchen in einem Anhange zur Buchausgabe meiner Lessing-Arbeit unterziehen, aber im Wesen der Sache enthält sie meines Erachtens einen ersten Fortschritt, und ohne "in letzter Instanz" auf die jeweiligen Produktions- und Austauschverhältnisse zurückzugehen, scheint mir das erschöpfende Verständnis irgend einer historischen Epoche unmöglich zu sein. Ob ich meine Absicht in der geplanten Form ausführen werde, weiß ich noch nicht, da meine Lessing-Arbeit ohnehin durch starke Verweisungen des Textes einen all zu großen Umfang angenommen hat. Ich werde dann wohl eine besondere kleine Schrift über den historischen Materialismus veröffentlichen.[8] In jedem Falle bin ich Ihnen für Ihre werthvollen Fingerzeige sehr dankbar.

In der Hoffnung, Sie hier begrüßen zu können
Ihr hochachtungsvoll
ergebener
F. Mehring.

---

a "Seine" korrigiert aus "Meines Erachtens wird".

1 Max Sering (1857-1939), Schüler von G. F. Knapp und G. Schmoller, seit 1889 Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, widmete sein sozialpolitisches und wissenschaftliches Wirken vor allem der Agrar- und Siedlungspolitik.

2 Die für Ende September 1892 in Posen angesetzte Generalversammlung des "Vereins für Sozialpolitik" mußte wegen einer Choleraepidemie vertagt werden; vgl. Schmoller an Brentano, 3. 9. 1892, Nachlaß Brentano. Sie fand schließlich am 20./21. 3. 1893 in Berlin statt.

3 Über Hardens Verhältnis zu Bismarck vgl. Weller, *Maximilian Harden . . .*, S. 36 ff. und passim. Mehring hielt lange Zeit Hardens "Bismarckschwärmerei für einen etwas heftigen, aber heilbaren Anfall von Nietzschedusel . . . "; *Herrn Hardens Fabeln . . .*, S. 29. Ähnlich äußerte er sich in: *Die Neue Zeit*, Jg. 10 (1891/92), Bd. 2, S. 669, in einer Besprechung von Kurt Eisners Nietzsche-Schrift.

4 Am 9. 9. 1892 forderte Mehring Harden auf, einen Prospekt der *Zukunft* an Professor Brentano zu schicken; Mehring an Harden, 9. 9. 1892, Nachlaß Harden.

5 Im "Anhang über den historischen Materialismus" von Mehrings *Lessing-Legende . . .*, S. 398 f., heißt es: "Wir verdanken der Güte des Herrn Professors Lujo Brentano den Hinweis darauf, wie nahe schon die historische Schule der Romantik an die materialistische Geschichtsauffassung gestreift hat, namentlich den Hinweis auf eine Stelle von Lavergne-Peguilhen, die folgendermaßen lautet: 'Vielleicht ist die Gesellschaftswissenschaft als solche bisher so wenig fortgeschritten, weil die Wirtschaftsformen nicht genügend unterschieden werden, weil man verkannt hat, daß sie die Grundlagen der gesamten Gesellschafts- und Staatsorganisation bilden. Man hat nicht beachtet, daß die Produktion, die Produktenverteilung, die Kultur und Kulturverbreitung, die Staatsgesetzgebung und die Staatsform ihren Gehalt und ihre Entwicklung ganz allein aus den Wirtschaftsformen herzuleiten haben; daß jene hochwichtigen Gesellschaftsmomente ebenso unvermeidlich aus den Wirtschaftsformen und deren angemessener Handhabung hervorgehen, wie das Produkt aus dem begattenden Zusammenwirken der Zeugungskräfte, und daß, wo Gesellschaftskrankheiten sich kundgeben, diese in der Regel ihren Ursprung in dem Widerspruche zwischen Gesellschafts- und Staatsformen finden' (Lavergne-Peguilhen, *Die Bewegungs- und Produktionsgesetze 225*) . . . ".

6 Mit der von Paul Barth in seiner Schrift *Die Geschichtsphilosophie Hegels und der Hegelianer bis auf Marx und Hartmann*, 1890, geübten Kritik am historischen Materialismus setzte sich Mehring in *Die Lessing-Legende . . .*, S. 422 ff., ausführlich auseinander.

7 Am 16. 3. 1892 schrieb Engels an Bebel: "Ich habe jetzt auch Mehrings 'Lessing-Legende' in der N[euen] Z[eit] gelesen und sehr viel Freude daran gehabt. Die Arbeit ist wirklich ausgezeichnet. Ich würde manches anders motivieren und nuancieren, aber im ganzen und großen hat er den Nagel mitten auf den Kopf getroffen. Es ist doch eine Freude, wenn man sieht, wie die materialistische Geschichtsauffassung, nachdem sie – in der Regel – seit zwanzig Jahren in den Arbeiten der jüngeren Parteileute als großmäulige Phrase hat herhalten müssen, endlich anfängt, als das benutzt zu werden, was sie eigentlich war: ein Leitfaden beim Studium der Geschichte. Kautsky und Ede haben in dieser Beziehung recht nette Sachen geliefert, aber Mehring hat sein spezielles Thema: die preußische Ecke der deutschen Geschichte, viel genauer studiert und hat auch überhaupt einen freieren Blick und vor allem eine festere, bestimmtere Ausdrucksweise . . . "; in: *August Bebels Briefwechsel . . .*, S. 524 f.

8 Der 1893 erschienenen Buchausgabe von Mehrings *Lessing-Legende* war im Anhang der Exkurs über den historischen Materialismus angefügt, der allerdings in spätere Auflagen nicht mehr aufgenommen wurde.

10.

Lujo Brentano an Franz Mehring

Tegernsee, den 23. Sept[ember] 1893[1]

Sehr geehrter Herr,

Sie haben mir vor ca 2 Monaten Ihre Lessinglegende zu senden die Güte gehabt. Ich habe aber die Zeit hier so sehr in weit abliegenden Studien gesteckt, daß ich erst dieser Tage, nach dem vorläufigen Abschluß eines Theiles derselben, dazu gekommen bin, Ihr Buch zu lesen. Vor Allem besten Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit!

Das Buch hat mich in den meisten Partien sehr interessirt, und in recht vielen Punkten habe ich mich gefreut, in Ihrer schön geschriebenen Darlegung neue Belege für alte eigene Meinungen zu finden. Zwar bin ich der Entwicklung der Lessinglegende nicht auf Grund eigener Studien zu folgen im Stande. Allein was ich sonst von den meisten darin genannten Autoren weiß, stimmt so sehr mit vielen Ihrer Urteile über dieselben überein, daß ich Ihnen auch da glaube, wo ich keine Controle zu üben vermag. Desgleichen habe ich mich gefreut, mit welcher Energie u[nd] mit welcher Fülle schlagender Belege Sie der Legende über den friderizianischen Staat entgegengetreten sind. Gern möchte ich Ihnen zum Zeichen meiner Zustimmung einen Aufsatz schicken, den ich über die schlesische Leinenindustrie

im 2. + 3. Heft der Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte veröffentlicht habe.[2] Leider besitze ich aber keinen Abdruck.

Dagegen wissen Sie auch ohne daß ich es wiederhole, wo ich Ihnen nicht zustimme. Es ist, wo Sie, der Legendenzerstörer, am Gespinst der Marxlegende so eifrig mitweben. Über meine Beanstandung derer, welche Marx den Entdecker der 'materialistischen Geschichtsphilosophie' nennen, haben wir uns schon früher ausgesprochen. Was an dieser richtig ist, ist weit älter als Marx; was gerade auf diesem Gebiete Marx hinzugefügt hat, ist theils unrichtig, theils Übertreibung schon früher bekannter Anschauungen. Nicht als ob ich Marx des Plagiats an Anderen bezichtigen wollte. Er hat – da er Hegelianer war u[nd] als solcher den betreff[enden] Anschauungen der historischen Schule (vgl. [Engels?] von Ihnen citirte Kritik derselben) nur mißverstehend gegenüber gestanden hatte[3] – wahrscheinlich ebenso wie die vielen anderen Neu=Entdecker derselben, die Sie gelegentlich nennen, die materialist[ische] Geschichtsphilosophie für sich neu entdeckt. Aber gerade die vielen Neu=Entdeckungen, die da vorliegen, müßten doch einen so kritischen Kopf wie Sie stutzig machen, daß das Ding so sehr in der Luft lag, daß es komisch anmuthet, wenn über die angebliche Marx'sche Entdeckung so viel Purzelbäume geschlagen werden.

Allein mir ist diese ganze Frage der Originalität eine so gleichgültige, daß sie mich nur unter dem Gesichtspunkt der Mythenbildung interessirt. Das Einzige, was mich interessirt, ist, in wie weit die Auffassung richtig ist. Da scheint mir nun, daß die Marx'sche Darlegung der längst vor ihm vorhandenen Anschauung eine bis zum Irrtum gehende Übertreibung ist. Mein Gott! Daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse u[nd] Verhältnisse der Ausgang von Recht, Staat, Religion etz etz sind, ist so richtig, daß die Anfänge der Rechtsgeschichte bei allen Völkern z. B. nichts als Wirtschaftsgeschichte sind. Aber die ursprünglichen wirtschaftl[ichen] Verhältnisse erzeugen ihre Sitte, Recht etz u[nd] alsdann werden diese zu Faktoren, die selbständige Wirkungen ausüben, so zwar [?] daß man beinahe sagen möchte, daß alle Sitte, Recht etz ihrer Natur nach notwendig reaktionär sind, indem sie im Augenblick, da sie entstehen, der Niederschlag einer bereits vergangenen Entwicklung sind, der, je weiter die Entwicklung fortschreitet, desto mehr mit dieser in Widerspruch tritt. Nun, nachdem sie ins Leben getreten sind, machen sie oft durchaus selbständige Entwicklungen durch, die, weit entfernt vom Wirtschaftsleben beeinflußt zu werden, dieses mächtig beeinflussen. Oft kommt es zu Widerspruch u[nd] Conflikten. Aber nicht immer siegt das Wirtschaftsleben in diesem Conflikt. Oft ist es umgekehrt: die Sitte, Recht u[nd] übrigen vergangenen Verhältnissen entsprossenen Institutionen bleiben und das Wirtschaftsleben geht darüber zu Grund. Die Wirtschaftsgeschichte giebt dafür tausendfältigen Beleg. Am unzureichendsten tritt Ihre Auffassung da entgegen, wo es sich um die Erklärung h e u t i g e r religiöser Verhältnisse handelt. Oder wollen Sie die heutige Verbreitung, Zu- u[nd] Abnahme der Confessionen, den Haß u[nd] die Liebe [,] mit denen die Menschen sich ihnen hingeben, auch aus den h e u t i g e n Wirtschaftsverhältnissen erklären? Es ist gewiß nichts Erfreuliches, wenn wir sehen, wie noch heute die Nachkommen der Einwohner benachbarter Gegenden, die vor Jahrhunderten durch das jus reformandi des Landesherrn katholisch oder protestantisch gemacht worden sind, nun die ihnen ursprünglich aufgezwungene Auffassung mit Inbrunst hegen u[nd] pflegen u[nd] mit Berserkerwuth gegen Andersgläubige geltend machen. Aber es ist dies nicht die Wirkung heutiger Wirtschaftsverhältnisse – oft treiben die benachbarten Katholiken u[nd] Protestanten genau dasselbe – sondern das Ergebnis zu Selbständigkeit gelangter ideologischer Faktoren. Je mehr die Kultur fortschreitet, desto mehr erlangen diese das Übergewicht über ihre wirtschaftliche Unterlage. Nur für die tiefsten Kulturstufe[n] ist die materialistische Geschichtsauffassung in der Kraßheit, wie Sie sie vortragen, richtig. Für alle entwickelten Kulturstufen ist sie ebenso irrig wie die mechanische Manchesterdoktrin, deren Übertragung aufs Historische sie zum guten Theil ist.

Desgleichen lehne ich auch die praktische Consequenz Ihrer Geschichtsphilosophie ab. Diese Konsequenz ist: die Emanzipation der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Nach dem, was auch die Geschichte lehrt, wird diese Emanzipation nur eintreten, wenn es gelingt, die höheren Klassen dafür zu gewinnen; sonst wird sie nicht eintreten. Und ganz besonders freut mich, zu sehen, wie der inkarnierte gesunde Menschenverstand der englischen Arbeiter, auch wo sie Beschlüsse zu Gunsten der Verstaatlichung aller Produktionsmittel fassen, sie davon abhält, den Fehler zu begehen, in dem die deutsche Sozialdemokratie noch immer ihren höchsten Stolz sieht: – die gegensätzliche Isolirung von den höheren Klassen. Diese kann zur Revolution führen, aber sie führt auch zur Reaktion, nie aber zur Emanzipation.

Doch über all' dies haben wir uns schriftlich bereits unterhalten. Ich hatte gehofft, daß Sie Ihre früher einmal geäußerte Absicht wahr machen und ins bayrische Gebirg kommen würden. In wiederholten Gesprächen hätten wir uns vielleicht leichter in manchem verständigen können, als dies auf dem Wege des Briefwechsels möglich sein dürfte. Es würde mir immer eine Freude sein, Ihnen zu begegnen, um einerseits von Ihnen zu lernen, andererseits Ihnen meine Auffassung verständlicher zu machen. Vielleicht findet sich noch ein andermal dazu Gelegenheit!

Wie ist denn Ihr Verhältnis zu Harden, den Sie mir vor einem Jahre so sehr ans Herz gelegt haben? Trotz anfängl[ich] guten Willens habe ich mich mit der Zeitschrift nicht befreunden können. Meine Zukunft ist eine andere, u[nd] wenn Sie es für möglich hielten, daß die bei Harden vertretenen Ideen die meinen seien, haben

Sie mich doch recht wenig gekannt. Immerhin für Jemand, der wie ich, ohne Unterschlupf ist, ist eine gelegentliche Artikelablagerung dort nicht ausgeschlossen.[4]

Mit nochmaligem Danke

Ihr ergebenster

L. Brentano

---

1 Es handelt sich bei dem vorliegenden achtseitigen Brief vermutlich um eine Frühfassung des schließlich an Mehring abgesandten, am 1. 10. 1893 in Berlin eingetroffenen zwölf Seiten langen Schreibens, aus dem Mehring in einem Brief an Kautsky folgende kurze Passage zitiert: "Ich [i. e. Brentano] stimme Ihrer Kritik der Berliner Geschichtsklitterung völlig zu und auch an Ihren Angriffen auf die in Betracht kommenden Personen habe ich nichts auszusetzen; was ich von ihnen persönlich weiß, stimmt mit Ihrer Charakteristik derselben [überein]"; zit. nach Mehring an Kautsky, 1. 10. 1893, Nachlaß Kautsky.

2 Lujo Brentano, *Über den grundherrlichen Charakter des hausindustriellen Leinengewerbes in Schlesien*, in: *Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 1 (1893), S. 318-340. Das Fazit der Brentanoschen Untersuchung lautete: Auch die Maßnahmen Friedrichs des Großen zugunsten der auf gutsherrlicher Organisation basierenden hausindustriellen Leinenindustrie in Schlesien brachten dem schlesischen Leinengewerbe nicht die von einigen zeitgenössischen Wirtschaftshistorikern behauptete Blüte, sondern "chronische Webernot".

3 Engels betonte in einem von Mehring im Anhang der *Lessing-Legende* abgedruckten Schreiben, daß Marx zwischen 1837 und 1842 zwar die Schriften der Vertreter der historisch-romantischen Schule gelesen habe, jedoch als Hegelianer, der von Ökonomie "absolut" nichts wußte, mit Auslassungen wie denen von Lavergne-Peguilhen über "Wirtschaftsformen" nichts hätte anfangen können; Mehring, *Die Lessing-Legende . . .*, S. 402.

4 Brentano hat gelegentlich für Hardens *Zukunft* geschrieben; vgl. Neisser/Palyi, *Lujo Brentano . . .*, S. 23. Den Abdruck des ersten, anonym erschienenen Beitrags von Brentano, *Status und contractus. Eine sozialpolitische Betrachtung*, in: *Die Zukunft*, Bd. 1 (1892), S. 250-257, in dem sich Brentano "wesentlich gegen die vergangene Bismarcksche Politik und die durch sie erzeugte Gesinnung" wandte (Brentano an Harden, 26. 9. 1892, Nachlaß Harden), hat Bismarck Harden "zu bitterem Vorwurf" gemacht (Brentano, *Mein Leben . . .*, S. 156 f.). Die Vermutung von E. Georg Jacoby, *Die moderne Gesellschaft im sozialwissenschaftlichen Denken von Ferdinand Tönnies. Eine biographische Einführung*, Stuttgart 1971, S. 302, der Artikel stamme von F. Tönnies, ist unzutreffend, da Brentano, *Mein Leben . . .*, S. 156, ausdrücklich seine Autorschaft bezeugt.

THE ORIGINS OF THE STINNES–LEGIEN AGREEMENT: A DOCUMENTATION*

By Gerald D. Feldman
with the assistance of Irmgard Steinisch

The documentary collection presented here is somewhat unusual for a journal devoted to the history of the labor movement in that the authors of nearly all the materials presented are businessmen. Similarly, businessmen are major actors and initiators of the events these documents are meant to illuminate. That this should be the case is in itself a commentary on the origins of collective bargaining in Germany and the character of the Stinnes-Legien Agreement of November 15, 1918. As I have tried to argue in my essay, "German Business between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement," the roots of the Agreement were more complex than the immediate anxieties about revolutionary turmoil which certainly spurred the final settlement between organized industry and organized labor.[1] The path toward the agreements was paved by the wartime developments of increased labor power and massive government interference in economic and social affairs. Some form of accommodation with organized labor appeared increasingly desirable and necessary to industrial leaders, above all for purposes of mastering the difficulties of demobilization and conversion to a peacetime economy. More importantly, from the very inception of their interest in an agreement with the trade union leaders, the businessmen involved viewed such an arrangement as an alliance against bureaucratic interference in the economy and as a means of securing labor support for industrial self-determination and the elimination of wartime controls. It reflected a growing conviction that the power of organized labor had become significant enough to be harnessed for specific socioeconomic and political goals. Indeed, there is good evidence that Stinnes and a few of his colleagues went so far as to try to win the trade union leaders over to the kind of annexationist "Sammlungspolitik" represented by the "Vaterlandspartei" during preliminary discussions in the fall of 1917.[2]

The businessmen's alliance with labor was considered most important, however, as a weapon against the "Zwangswirtschaft". While the hostility toward government controls of exports, imports, prices, and other productive and commercial functions was universal in the business community, the number of businessmen willing to enter into a long term "Arbeitsgemeinschaft" with labor for the purpose of determining economic policy was fairly limited. In effect, the "Arbeitsgemeinschaftspolitik" was imposed upon the German business community by a relatively small group of men representing large corporations and organizations in heavy industry (Hugo Stinnes, Alfred Hugenberg, Albert Vögler), the electro-technical industry (Hans von Raumer, C. F. von Siemens, O. Henrich, Walther Rathenau, Felix Deutsch) and the machine construction industry (Ernst von Borsig, Anton von Rieppel).[3]

---

* Published under the auspices of the Institute of International Studies of the University of California at Berkeley. The research was assisted by grants from the American Council of Learned Societies, the Social Science Research Council and the Institute of International Studies. I wish to thank the industrial firms from which the documents which follow come as well as their archivists and staffs for making these materials available to me.

1 Gerald D. Feldman, *German Business between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag.* Hrsg. von Gerhard A. Ritter, Berlin 1970, pp. 312-341; reprinted by the Institute of International Studies of the University of California as Reprint No. 369 of the Comparative/International Series. For the general background, see my book, *Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918*, Princeton 1966. It should be pointed out that important documents from the trade union side are not included here, but future publication by Dr. Henryk Skrzypczak in the *IWK* will follow. In the meantime, see his article, *From Carl Legien to Theodor Leipart, from Theodor Leipart to Robert Ley. Notes on some strategic and tactical problems of the German free trade union movement during the Weimar Republic*, in: *IWK*, H. 13 (August 1971), p. 26 ff.

2 See Heinrich Kaun, *Die Geschichte der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands*, Jena 1938, pp. 46-47.

3 The chemical industry appears not to have been involved directly in the negotiations outside its own industry, but it is fair to say that it gave strong support to the efforts of Raumer and Stinnes as is clear from the relevant correspondence in the "Autographensammlung" of Carl Duisberg in the archives of the Bayer concern in Leverkusen.

Their actions did not always conform to the desires of the more regionally oriented business circles in large and medium sized industry. Medium sized and small industry, in particular, resisted the tendency toward the branch organization ("Fachverband") of industry and did not conceive of going beyond collective bargaining on the local level in their efforts to deal with organized labor. At the same time, many big businessmen were skeptical of the broad approach to accommodation with labor taken by Stinnes and his friends, while leaders of the traditional business organizations were angered by the unilateral actions taken by a relatively small group of industrialists who suddenly claimed to speak for all of German industry. Nevertheless, it was the successful initiative of this group, a group which in its composition paralleled those elements responsible for the most important vertical concentrations of this period, which was responsible for the establishment of the "Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" and the "Reichsverband der deutschen Industrie". Similarly, it was they who dominated these organizations as they played a significant and often decisive role in the interest group politics of the immediate postwar years.

It would be superfluous to examine these themes here in any detail since they are dealt with already in the above mentioned essay. Hopefully, the documents below will illustrate and help to substantiate what I have had to say there more fully. However, there are reasons to make some new points of both a more general and specific nature that arise, on the one hand, from further reflection upon the meaning of these materials and, on the other, from the discovery of some new material not available to me at the time I wrote my study.[4]

The Stinnes-Legien Agreement provides an interesting perspective upon the problem of continuity in German sociopolitical history. Most obviously, the Agreement represents a further step by the German trade union movement along the path of accommodation with private enterprise and integration into a capitalist economic order. More broadly, however, the alliance of industry and labor is very much in keeping with the tradition of "Solidarprotektionismus" and collaboration of producers against consumers which played such an important role in German history since the great price deflation of 1873 - 1896.[5] In this context, the Stinnes-Legien Agreement and the "Arbeitsgemeinschaft" created in connection with it is a successor to the Junker-industrialist alliance of the earlier period. Similarly, where the industrialists had previously sought a mass base for their position in the cultivation of the "Mittelstand", they now looked to the organized mass membership of the trade unions for such support. Thus, there is a continuity in the alliance of the "schaffenden Stände" and with the "Sammlungspolitik" of the past.[6] Also, there is a continuity in the effort to beat back undesirable state interference on behalf of consumer interests as well as against parliamentary interference in economic affairs. Like the Junker-industrialist alliance and the "Mittelstandspolitik", the effort to create a sustained organization of special interests met up against severe barriers and limitations, but it is in full conformity with the tendency in German political life for interest groups and interest group arrangements to develop prior to or independently of the democratic parliamentary institutions which anticipated modern interest group politics in the West.[7]

---

4 These are the papers of the Zechenverband in the Bergbau-Archiv in the Bergbau-Museum in Bochum and the correspondence of Anton von Rieppel in the M.A.N.-Werksarchiv in Nürnberg and Augsburg.

5 Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 24), Berlin 1967, p. 78 ff.

6 See the important study by Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897 - 1918*, Köln, Berlin 1970. In my judgement, however, Stegmann overestimates the coherence and strength of the alliance he discusses. See also the recent important article by the same author, *Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910 - 1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 12 (1972), pp. 351-432.

7 Wolfram Fischer, *Staatsverwaltung und Interessenverbände im Deutschen Reich 1871 - 1914*, in: *Interdependenzen von Politik und Wirtschaft. Beiträge zur Politischen Wirtschaftslehre*. Hrsg. von Carl Böhret (Festgabe für Gert von Eynern), Berlin 1967, pp. 431-456.

The most important new materials I have found bearing on the industry-labor agreements at the end of the First World War are those pertaining to the development of collective bargaining in the coal mining industry. While these documents do not lead me to any revisions of the basic arguments presented in my essay, they do invite some reconsideration of certain aspects of the negotiations and accentuation of certain points. First, these documents demonstrate the continuity in the trade union "Durchhaltepolitik" and suggest that Walther Rathenau's famous article in the "Vossische Zeitung" of October 7, 1918 calling for a levée en masse had more of a context than standard historical accounts suggest. Evidently, Otto Hue also believed that the *furor teutonicus* could be awakened under certain conditions,[8] and the notion that the bonds being forged between industry and labor could be used to sustain a renewed war effort was seriously maintained by some of the leaders involved on both sides of the negotiations. Second, the inclusion of the materials from the mining industry as well as the documents pertaining to the negotiations in the Ruhr iron and steel industry exposes very clearly the somewhat differing functions of negotiations in Berlin and in the Ruhr, or more generally, the differing functions of negotiations in the German capital and negotiations on the local or industrial branch level. While the organization of the demobilization was a common concern in all areas, the negotiations in the Ruhr concentrated on "bread and butter issues," in which there was a considerable amount of hard bargaining. Concentration on matters of detail gave the Ruhr industrialists advantages that Hans von Raumer, thinking solely of heavy industry's earlier resistance to dealing with the trade unions, did not think they had.[9] Contrary to Raumer's expectations, the major concessions were made in Berlin, much to the irritation of the men in the Ruhr and other regions, where the Berlin concessions on yellow unions, the eight hour day, and collective bargaining on the national level were hard to swallow.

The source of this difference is not hard to find. The agreement in Berlin was truly political in character. It aimed at nothing more or less than control of socioeconomic policy through the creation of a Demobilization Office controlled by the interest groups and the subordination of the "Reichswirtschaftsamt" and the government bureaucracy. Raumer, a former bureaucrat himself and a "Verbandsmann" rather than a practicing businessman, was prepared to make numerous concessions in order to get trade union support for liberal economic policies. Stinnes, more speculative and venturesome than most businessmen, was willing to support this approach. The political concerns in Berlin, therefore, deflected attention away from such mundane concerns as how industrialists were going to face the yellow union leaders they had supported or keep their plants running with a "schematic" eight hour day or bear the high costs of a "Rahmentarifvertrag".

This is not to say that the two orientations were in constant competition with one another. Basically, they complemented one another during the period that preceded and immediately followed the Revolution when there was a general willingness to suspend old socioeconomic orthodoxies in the cause of full employment and social peace. However, an underlying tension and incompatibility was evident from the beginning, as illustrated by the problems of coordinating the activities among the various centers of negotiation. If the extraordinary initiative and activity of the industrialists served to preserve their power and promote their policies during this period, they also left a legacy of tension that cast a shadow over both collective bargaining and the "Zentralarbeitsgemeinschaft" subsequently. The latter was born under the aegis of a conception of labor-management collaboration that presumed harmony of interests instead of conflict and thus went far beyond the requirements of collective bargaining or the realistic perceptions of conflict of interests which normally underlie it. The former was made all the more fragile because it was falsely tied to a presumed identity of interests and ideological harmony that bore little relationship to reality and that was only sustained by inflationary conditions and immediate crisis. The peculiar difficulties of labor-industry relations in the Weimar Republic, therefore, owe much to the aforementioned legacy of interest group alliances and practices dating back to the Bismarckian period as well as to the unfortunate conditions under which the Weimar Republic lived out its existence.

8 See Document II-B. A reading of the *Bergarbeiterzeitung* for the month of October 1918 is very instructive in this regard.

9 See Document I-A.

A Note on the Edition

The documents below are presented in four groups roughly corresponding to the phases of the negotiations. The location of each document is given following the * below each document. Textual corrections are indicated by lettered footnotes after the documents. I have kept the footnotes following the documents to a minimum and have avoided citing my essay, which will have to serve as a detailed commentary on this edition for those wishing to pursue the matter in greater detail. Only the more important persons in the documents are identified, where such identification is not rendered superfluous by the documents themselves. The punctuation used in the original documents is followed throughout. Omissions from the original documents have been limited to the superfluous matters or details extraneous to the basic objectives of the edition. Editorial notes are given in German, while substantive notes are presented in English.

I. THE PRELIMINARY DISCUSSIONS IN BERLIN

Although there had been some meetings between leading industrialists and trade union leaders in 1917, these were little more than informal exchanges of opinion. The first significant step toward what was to become a formal arrangement was taken in the summer of 1918 by Hans von Raumer, the "Geschäftsführer" of the "Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie", who entered into private discussions with trade union leaders for the specific purpose of coming to an agreement. There is no evidence that Hugo Stinnes or other Ruhr industrialists involved in the informal conversations of 1917 were cognizant of Raumer's action, although Raumer seems to have used the same intermediary in making contact with the trade union leaders as Stinnes, namely, August Müller, the Socialist Undersecretary in the "Kriegsernährungsamt". In a very general sense, these discussions arose quite naturally out of the political and social environment of wartime Berlin in which officials, intellectuals, technicians, businessmen and labor leaders were thrown into contact with one another by their duties in the "Kriegsamt" and the numerous agencies serving the war economy as well as by social gatherings in the "Deutsche Gesellschaft von 1914" and in the Berlin salon life of which Raumer's home was an integral part. This environment promoted the ideals of the "Gesellschaft für Soziale Reform" and undoubtedly gave its members a stronger strategic base from which to propound their call for collaboration with organized labor.[1] More specifically, however, Raumer's action reflected the willingness of the relatively flexible leadership of the finishing industries, represented by Anton von Rieppel of the M.A.N. and Carl Friedrich von Siemens to support collaboration with the trade unions. According to Raumer, he consulted with such industrial leaders before undertaking his summer 1918 discussions. These discussions were then interrupted by illness and other pressing business, and it is possible to surmise from Document I-A that Siemens' illness was important in delaying the continuation of the negotiations. In any case, the documents do bear out Raumer's later contention that his initiatives anticipated the disastrous military and political situation in the fall of 1918 and that this fact was recognized and appreciated by the trade union leaders.

---

1 Very illuminating with regard to this environment is Ursula Ratz, *"Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland". Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915*, in: *IWK*, H. 13 (August 1971), pp. 1-26. It would, indeed, be extraordinarily useful to follow her suggestion and establish as precisely as possible the lines of continuity leading to the Stinnes-Legien Agreement (see especially p. 14 of her article). On the social life at Raumer's house, see the amusing and interesting comments of Wolfgang Gans Edler Herr zu Putlitz, *Unterwegs nach Deutschland*, Berlin 1964, p. 33 ff.

A.

Berlin, den 8. Oktober 1918

H. von Raumer an C. F. von Siemens,
Sanatorium Geheimrat Vei(e)l, Cannstadt/Württbg.

Sehr verehrter Herr von Siemens!

Zunächst möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß Ihre Kur vollen Erfolg verspricht und Ihr Befinden gebessert ist. Ich habe Ihnen bisher nicht geschrieben, weil ich Sie zunächst nicht behelligen wollte. Diejenige Sache, die mir zu diesem Brief Anlaß gibt, ist aber so wichtig, daß ich Ihre Ruhe stören muß.

Am 2. Oktober war ich von Herrn Unterstaatssekretär Müller zu der Besprechung mit den Herren Bauer[1], Legin [sic!] und Schlicker [sic!][2] gebeten worden, die wir als Ergebnis der in meinem Hause geführten Besprechung in Aussicht genommen hatten.

Der Ton dieser Besprechung wurde unzweifelhaft dadurch bestimmt, daß der Wunsch, mit den Gewerkschaften zu einem engeren Zusammenarbeiten zu kommen, von uns ausgegangen war zu einer Zeit, wo die Verhältnisse militärisch günstig standen. Diese Tatsache gab den Herren das Vertrauen, daß unsere Verhandlung nicht durch die gewandelten Zeitumstände veranlaßt war, sondern aus einem frei gefaßten und darum aufrichtigen Wunsche entsprang.[3]

Die Herren sind ebenso wie wir von der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens durchdrungen und sind gern bereit, mit uns zu verhandeln. Wir haben vereinbart, daß die nächste Besprechung noch den Charakter einer persönlichen Zusammenkunft tragen soll, und daß an ihr von beiden Parteien je 4 Herren teilnehmen sollen, außerdem Herr Unterstaatssekretär Dr. Müller und ich. Als Tag der Besprechung ist Dienstag, der 22. Oktober in Aussicht genommen.

Grundbedingung des Zusammengehens ist für die Herren gleichberechtigtes Verhandeln zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, eine Forderung, die für uns unter den heutigen Verhältnissen keine Konzession sondern eine Notwendigkeit bedeutet.

Ich halte die Erledigung der ganzen Frage für ungemein eilbedürftig. Denn die Verhandlungslage kann sich m. Er. nur zu unseren Ungunsten verschieben. Schon aus dem Grunde, weil anscheinend auch jetzt die Herren des Kohlenbergbaus zu Verhandlungen geneigt sind, diese Verhandlungen aber, wie ich Bemerkungen des Herrn Legin[a] entnommen habe, mit Rücksicht auf die bisherige Haltung der Schwerindustrie weit größere Schwierigkeiten bieten werden. Es muß unbedingt vermieden werden, daß diese Verhandlungen störend auf die unserigen einwirken. Werden dort schärfere Bedingungen gestellt, so werden sie automatisch auf unsere Verhandlung übergreifen. Das gleiche gilt von eintretenden Differenzen. Ich habe daher Herrn Hugo Stinnes, der mit mir über die im Kohlenbergbau in Aussicht genommen[en] Verhandlungen sprach, darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhandlungen bei uns unter günstigeren Vorzeichen vor sich gehen und daß es auch in seinem Interesse vorteilhafter sei, möglichst erst den Ausgang unserer Verhandlungen abzuwarten.

Es fragt sich nun, ob Sie in der Lage sind an der Besprechung am 22. Oktober teilzunehmen. Ich würde sehr bedauern, wenn es nicht möglich wäre, da ich die Angelegenheit für eine der wichtigsten,

---

* Siemens-Archiv, Nachlaß Henrich, 11/Lg 736.

a Legien – ein "e" wurde nachträglich handschriftlich eingefügt.

1 Gustav Bauer, 2. Vorsitzender der Generalkommission der Freien Gewerkschaften; Oktober 1918 Staatssekretär des neugeschaffenen Reichsarbeitsamtes und Reichsarbeitsminister im ersten Regierungskabinett.

2 Alexander Schlicke, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes.

3 Raumer made this claim in *Deutsche Rundschau*, 80 (April 1954), p. 428. Obviously Raumer was alarmed by the situation in early October 1918. As is demonstrated by the next paragraph of the document, however, he was willing to let twenty days elapse after the October 2 meeting, and this suggests something considerably less than extreme anxiety.

vielleicht die wichtigste jetzt schwebende Aufgabe halte und weil ich den Eindruck habe, daß bei den ganzen Verhandlungen das persönliche Moment doch eine große Rolle spielen wird. Sollten Sie nicht teilnehmen können, was ich sehr bedauern würde, so würde ich Sie bitten, mir freundlichst einen Herrn Ihrer Firma zu bezeichnen, den ich einladen kann. Ohne mir hierin Vorschläge erlauben zu wollen, möchte ich raten, jedenfalls einen Herrn zu nehmen, der über ein gewinnendes Wesen verfügt und diejenige Freiheit des Blicks und der Entschließung hat, die für diese Verhandlungen erforderlich sind.

Herr Reichsrat von Rieppel, den ich gestern in der Angelegenheit sprach,[4] hat es übernommen, eine Grundlage für das Zusammengehen auszuarbeiten, die ich den Herren rechtzeitig vorher zugehen lassen werde. Voraussichtlich wird sich eine zuvorige Besprechung unter uns empfehlen.

Indem ich Ihnen von Herzen weiter gute Besserung wünsche bin ich mit verbindlichem Gruß in aufrichtiger Hochachtung

Ihr sehr ergebener
Raumer

4 Raumer wrote to Rieppel on October 4 informing him of the October 2 meeting, and asking him to attend the October 22 meeting and assist in the drawing up of proposals. See M.A.N.-Werksarchiv Nürnberg, Nr. 03/IV.

B.

Berlin, den 14. Oktober 1918

H. von Raumer an C. F. von Siemens,
Sanatorium Dr. Veil, Cannstadt-Stuttgart.

Sehr verehrter Herr von Siemens!

Mit verbindlichem Dank erhielt ich Ihr Schreiben vom 12. ds. und drahtete Ihnen daraufhin wie folgt:

"Ersuchte Rieppel Vorbesprechung 21. zu legen, seine Vorschläge rechtzeitig vorher Teilnehmern zuzustellen".

Mit Herrn Bauer, Herrn Legin *[sic!]* und Herrn Schlicker *[sic!]* habe ich allein verhandelt.

Ob zu der Vorbesprechung die Herren ihre Spezialsachverständigen auf dem Gebiete der Arbeiterfragen zuziehen wollen, werden die Herren selbst entscheiden müssen. Ich werde jedenfalls sämtlichen Teilnehmern der Vorbesprechung in gleichem Sinne schreiben, damit nicht durch das Fehlen der Spezialsachverständigen eventuell die Verhandlungen aufgehalten werden.

Herrn von Rieppel habe ich drahtlich gebeten, den Herren die Verhandlungsunterlagen baldmöglichst zu übersenden.[1]

Hoffentlich können Sie Ihre Teilnahme an der Besprechung ermöglichen, ohne sich gesundheitlich zu schädigen.

Indem ich Ihnen von Herzen alles Gute für Ihr Befinden wünsche, bin ich mit verbindlichem Gruß

Ihr sehr ergebener
Raumer

---

* Siemens-Archiv, Nachlaß Henrich, 11/Lg 736.

1 See the correspondence between Raumer and Rieppel of October 14-15, 1918 in: M.A.N.-Werksarchiv Nürnberg, Nr. 03/IV. Rieppel had pioneered in the creation of "Schlichtungsausschüsse" in Bavaria, and he appears to have sent Raumer literature relating to the methods employed in Bavaria.

C.

Berlin, den 17. Oktober 1918

H. von Raumer an C. F. von Siemens,
"Der Heinenhof" bei Potsdam.

Sehr verehrter Herr von Siemens!

Im Verfolg meines Schreibens vom 14. d. M. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß Montag, 21. Oktober, mittags 1 1/2 Uhr, in der "Deutschen Gesellschaft" die Vorbesprechung für die Arbeiterfragen stattfinden wird, zu der die Herren von Borsig und Deutsch ihr Erscheinen zugesagt haben. . . .

Die Besprechung mit den Vertretern der Arbeiterschaft, nämlich den Herren Bauer, Legien, Schlicker *[sic!]* und Leithart *[sic!]* [1], findet am Dienstag (22./10.) abends 8 Uhr in meiner Wohnung statt und zwar nach dem Abendbrot.

Die mir von Herrn von Rieppel für die Besprechung zugesandten Unterlagen erlaube ich mir hier beizufügen.

Mit verbindlichem Gruß bin ich in aufrichtiger Hochachtung

Ihr sehr ergebener
Raumer

---

* Siemens-Archiv, Nachlaß Henrich, 11/Lg 736.

1 Theodor Leipart, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes; Dezember 1920, nach dem Tode C. Legiens, Vorsitzender des ADGB.

II. NEGOTIATIONS IN RHENISH–WESTPHALIAN HEAVY INDUSTRY

At a meeting in Düsseldorf on October 9, the leaders of the iron and steel industry in the Ruhr came to the grim conclusion that the government of Prince Max von Baden would not last more than four or five weeks and that an alliance with the trade unions was necessary to save the economy. Hugo Stinnes was empowered to negotiate with the trade union leaders.[1] The first negotiations in the Ruhr, however, took place in the coal mining industry, the industry most basic to the functioning of the economy and the industry where resistance to negotiations with the trade unions had been most tenacious.

The trade union leaders in the Ruhr had regularly sought employer recognition through letters to the "Zechenverband" asking for discussion of concrete grievances, and the latter had consistently refused to discuss the petitions with union leaders. Although Hugo Stinnes appears to have held preliminary discussions with the leader of the "Alte Verband", Otto Hue, in August 1918,[2] the initiative for the decisive negotiations came from Hue in early October (Document II-A). Thus, from the outset, the pattern of negotiations was somewhat different from that of Berlin.

Stinnes and Hue determined the scenario leading to formal discussions between the trade unions and the "Zechenverband". As in the past, the trade unions sent a written request for the discussion of specific demands, but this time they were to receive a reply. The documents are very revealing of the social patriotism of the trade union leaders in the mining industry and their fear of USPD

---

1 Jacob Reichert, *Entstehung, Bedeutung und Ziel der "Arbeitsgemeinschaft"*, Berlin 1919, p. 6.

2 See Manfred Dörnemann, *Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit den linksradikalen Strömungen nach dem Sturz des Kaiserreichs*, Bochum 1966, p. 19 ff.

and Spartacist influences on the miners. At the same time, the character of the negotiations in this industry was very much determined by its crucial role in the economy. Because of the coal shortage, there was no danger of unemployment, but there was the danger that the low coal production would intensify unemployment and physical suffering throughout the economy during the demobilisation. Hence, there was considerable concern on the part of trade union leaders and employers that the miners be appropriately supplied with food and propaganda. The combination of trade union fear of left wing agitation and the sense of responsibility for the functioning of the economy appear to have given the employers advantages in the hard bargaining on October 18 (Document II-E) despite their tenacious resistance to collective bargaining in the past. This is particularly evident in the matter of the yellow unions. However, the impending negotiations in the iron and steel industry certainly helped to push the more conservative "Zechenverband" into giving up its old posture (Document II-A).

Indeed, the negotiations in the mining industry immediately spilled over into discussions in the iron and steel industry, and preliminary conversations in the latter began on the very evening of the day following the mining industry negotiations (Document II-F). In the iron and steel industry, however, broad questions of collaboration in the demobilization assumed precedence over concrete issues of pay and working conditions. Demobilization threatened severe unemployment in this industry, and the employment of the workers and maintenance of production overshadowed other questions. This is particularly evident from the dilatory handling of the working hour and yellow union problems.

A.

Essen, den 12. Oktober 1918

4 Bergarbeiterverbände an den Vorstand des Zechenverbandes in Essen.

Die Unterzeichneten gestatten sich, dem Vorstand des Zechenverbandes mitzuteilen, daß sich die Klagen und Beschwerden aus den Kreisen der Mitglieder der von uns vertretenen Organisationen mehren über eine Regelung der Gedinge- und Schichtlohnverhältnisse, die mit den Zusagen des Herrn Handelsministers und den Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse in Widerspruch steht. Dieses Verfahren ruft eine wachsende Erbitterung in der Bergarbeiterschaft hervor und ist daher geeignet, die ohnehin schwierigen Produktionsbedingungen noch zu erschweren. Ferner beklagen sich unsere Mitglieder über eine immer noch durch die Anordnung von Neben- und Überschichten oft stark verlängerte Arbeitszeit, wobei es manche Werksverwaltungen auch nicht an diversen Maßregeln zur Erzwingung von Überzeitarbeit fehlen lassen. Auch das widerspricht der wiederholt seitens des Handelsministers abgegebenen Erklärung, es dürfe keinerlei Zwang zu Überschichten ausgeübt werden. Weiter beklagen sich unsere Mitglieder, ihnen würde der Wechsel der Arbeitsstelle, auch dann wenn der Abkehrschein ausgefolgt sei, sehr erschwert, in bestimmten Bezirken sogar unmöglich gemacht durch besondere Sperreverabredungen zwischen den einzelnen Werksverwaltungen. Diese Behinderung ihres gesetzlich gewährleisteten Freizügigkeitsrechtes erbittert die Betroffenen umsomehr, da sie zurzeit nicht anders als durch einen Wechsel der Arbeitsstelle in der Lage sind, sich einer schlechten Entlohnung und sonstiger unwürdiger Behandlung zu entziehen.

Wir glauben, uns mit dem Vorstand des Zechenverbandes im Einverständnis zu befinden, wenn wir sagen, daß in dieser für unser Volk und Vaterland so außerordentlich schweren Zeit alles getan werden muß, um die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Belegschaften aufrecht zu erhalten. Die Verhältnisse haben sich derart kritisch entwickelt, daß eine Verständigung der Arbeiterschaft mit den Werksverwaltungen über die angeführten Differenzen unumgänglich geworden ist. Dazu wird es unseres

* Bergbau-Archiv, Bestand 13, Band 300. This letter was published in the October 26, 1918 issue of the *Bergarbeiterzeitung. Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.*

Erachtens am schnellsten und beiderseits am annehmbarsten kommen, wenn sich der Vorstand des Zechenverbandes bereit erklärt, mit den Unterzeichneten als Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter in eine mündliche Aussprache einzutreten. Mit Rücksicht auf den hohen Ernst der Zeitverhältnisse, glauben wir, uns der Erwartung hingeben zu dürfen, daß der Vorstand des Zechenverbandes geleitet wie wir von dem Bestreben, dem allgemeinen Interesse zu dienen, unserem Ersuchen um eine unmittelbare mündliche Aussprache über die zweckmäßigste Ausräumung der angeführten Arbeiterklagen und -Beschwerden durch gefällige Zusage entspricht. Wir dürfen wohl bitten wenn eben möglich, am Nachmittag des 18. ds. Mts. die gewünschte Aussprache stattfinden zu lassen. Uns wäre auch jeder andere Tag recht, aber einige unserer Vertreter sind infolge der außen- und innenpolitischen Vorgänge gezwungen, in der Zeit vom 14. bis einschl. 17. ds. Mts. in Berlin zu sein. Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie darauf bei Ihrer Entscheidung Rücksicht nehmen wollten.

In der Erwartung Ihrer gefälligen Antwort, verbleiben

mit Glückauf.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands.	H. Sachse.
Der Gewerkverein christl. Bergarbeiter Deutschlands.	Vogelsang.
Die Polnische Berufs-Vereinigung Abteilung für Bergarbeiter.	Frz. Mankowski.
Der Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter H. D. Abteilung der Bergarbeiter	F. Schmidt.[a]

a Handschriftliche Unterschriften der vier Gewerkschaftsführer.

B.

Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsausschusses des Zechenverbandes.

Verhandelt: Essen, den 14. Oktober 1918, nachmittags 5 Uhr im Dienstgebäude des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats.

Anwesend die Herren:

Geheimer Finanzrat Dr. Hugenberg
Bergwerksbesitzer Hugo Stinnes
Generaldirektor Bergrat Winkhaus
Bergwerksdirektor Bergassessor Althoff
Geh[eimer] Baurat Dr. Beukenberg (als Gast)[a]
Generaldirektor Bergassessor Jacob
Geh[eimer] Kommerzienrat Dr. Kirdorf
Generaldirektor Bergrat Kleine

von der Geschäftsführung:
Bergassessor Kratz
Gerichtsassessor Dr. Butz

Der Herr Vorsitzende[1] eröffnet um 5 Uhr die Sitzung mit der Mitteilung von dem heute Vormittag erfolgten Eingange eines Schreibens der 4 Bergarbeiterverbände, durch das diese den Zechen-Ver-

* Bergbau-Archiv, Bestand 13, Band 300.

a "(als Gast)" handschriftlich eingefügt.

1 Presumably Hugenberg.

band um eine mündliche Aussprache über mehrere in dem Schreiben geäußerte Beschwerden der Bergarbeiter ersuchten. Angesichts der jetzigen militärischen Lage sowie im Hinblick auf die ungeheure Umwälzung, die sich in den letzten Tagen in Deutschland vollzogen habe, lasse sich der den Arbeiterorganisationen gegenüber bisher eingenommene Standpunkt nicht mehr aufrecht erhalten, und es sei besser und würdiger, einem innerhalb kurzer Zeit mit Bestimmtheit zu erwartenden gesetzlichen Zwange zuvorzukommen und freiwillig zu verhandeln, als die Welle über sich hinweggehen und sich innerhalb weniger Wochen ein Verhandeln mit den Organisationen aufzwingen zu lassen. Wenn wir uns grundsätzlich zu Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen bereit erklärten und es zu einer mündlichen Aussprache komme, so erscheine es ihm notwendig, den Organisationen gegenüber auf die Gründe dieser veränderten Haltung hinzuweisen, die in der jetzigen ernsten und schweren Zeit gelegen seien. Mit allem Nachdruck müsse ihnen klar gemacht werden, daß die Arbeitnehmer an den Interessen der Arbeitgeber nicht vorbeigehen können. In den Vordergrund der Besprechung sei der Hinweis zu stellen, daß unsere ganze Zukunft von der Aufrechterhaltung unserer Volkswirtschaft, insbesondere unseres Bergbaues abhänge, und es dürfe den Organisationen gegenüber nicht verhehlt werden, daß ein großer Teil der Verantwortung für die Zukunft unseres Vaterlandes, namentlich der Existenz unserer Arbeiterschaft, den Arbeiterorganisationen zufalle. Möglicherweise werde von den Feinden eine sofortige Einstellung unserer Rüstungsindustrie verlangt werden, wodurch viele tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen brotlos gemacht würden. Die allergrößte Not werde die unmittelbare Folge sein, und hier mitzuhelfen und dem Äußersten vorzubeugen, sei unabweisbare Pflicht der Arbeiterorganisationen.

Nach Verlesung des Schreibens der Organisationen durch Herrn Kratz macht Herr Stinnes Mitteilung über seine vor einigen Tagen erfolgte Unterredung mit Herrn Hue. Auf eine Anfrage seitens des Herrn Hue habe er sich zu einer Besprechung bereit erklärt, die auf der Zeche Victoria-Mathias stattgefunden habe. In derselben sei davon ausgegangen worden, daß die Zustände für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleich bedenklich seien. Es sei überlegt worden, wie nach einem etwaigen Friedensschluß die große Masse der in ihrer Disziplin immerhin gelockerten Soldaten wieder an die Arbeit gewöhnt werden könne. Hue habe erklärt, daß auch die Arbeiterschaft einen schmachvollen Frieden ablehne, daß in diesem Falle der furor teutonicus wieder losbrechen, und daß auch von ihrer Seite alles getan werde, um einen möglichst günstigen Frieden abzuschließen. Es sei dann über die Form der Anbahnung von Beziehungen zwischen Zechen-Verband und den Arbeitnehmern verhandelt worden, mit dem Ergebnis, daß die Arbeiterorganisationen eine allgemein gehaltene Eingabe an den Zechen-Verband richten sollten. Im einzelnen habe sich die ziemlich ausgedehnte Besprechung auf folgende Punkte erstreckt:

a) Überschichten, wobei eine Lohnzulage bis zu 30 % verlangt worden sei,
b) Anerkennung der Organisationen,
c) Lohnfrage, die nach der Erklärung von Hue vorwiegend eine Eßfrage sei,
d) Arbeitsnachweis,
e) Sperrabkommen.

Nach der Ansicht des Herrn Hue würden auf gesetzlichem Wege paritätische Arbeitsnachweise innerhalb weniger Wochen für das ganze Reich geschaffen werden; dies hindere aber nicht, den hiesigen Arbeitsnachweis, der sich bewährt habe, beizubehalten, nur sei seine paritätische Ausgestaltung zu fordern.

Auch die Frage der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung sei besprochen worden. Auf seine (Stinnes) Erklärung, daß die Zechen die Werkvereine nicht fallen lassen könnten, habe Hue zunächst jegliches gemeinsame Verhandeln mit diesen Vereinen abgelehnt, dann aber solche Verhandlungen für eine spätere Zeit zugesagt, jedoch nur unter der Bedingung, daß die wirtschaftsfriedlichen Vereine die Bekämpfung der Sozialdemokratie künftighin unterließen und dementsprechend ihre Satzungen änderten. Im übrigen habe Hue vor den Wirtschaftsfriedlichen gewarnt; denn sobald ihre geldliche Unterstützung durch die Werksverwaltungen fortfiele, würden sie noch radikaler und anmaßender in ihren Forderungen werden als die Streikgewerkschaften. Wie Hue weiter erwähnt habe, bereiteten ihm besondere Sorgen die Unabhängigen, insbesondere deren starke Durchsetzung mit bolschewistischen Gedanken. Zum Schluß teilte Herr Stinnes mit, daß für die nächste Zeit Verhandlungen auch zwischen der Eisenindustrie und den Arbeiterorganisationen verabredet seien.

Der Herr Vorsitzende hält eine alsbaldige Besprechung mit den Organisationen für zweckmäßig, da nach Lage der jetzigen Verhältnisse, namentlich im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen in der Eisenindustrie, ein weiteres Sträuben doch keinen Zweck mehr habe. Er stellt nach kurzer Aussprache einmütige Zustimmung der Versammelten zu seinen eingangs gemachten Ausführungen, insbesondere zu der Auffassung fest, sich der Notwendigkeit zum Verhandeln nicht länger verschließen zu können.

Bezüglich der Beantwortung des Schreibens wird beschlossen, zunächst zu betonen, daß auch wir die Auffassung über den Ernst der Zeit teilen und uns zwecks gemeinsamer Lösung der schwebenden Fragen zu einer Besprechung bereit erklärten. Hinsichtlich der vorgebrachten Einzelbeschwerden soll die Antwort sich auf den Hinweis beschränken, daß dieselben in ihrer Allgemeinheit als berechtigt nicht anerkannt werden könnten, daß hierüber aber die mündliche Aussprache Gelegenheit zu Verhandlungen bieten werde.

In der weiteren Aussprache werden die Grundzüge für unsere Entgegnung in der mündlichen Besprechung mit den Arbeitervertretern auf die in dem Schreiben vorgebrachten Beschwerden erörtert:

a) Hinsichtlich der Beschwerden über die Regelung der Gedinge- und Schichtlohnverhältnisse soll ein Eingehen auf Einzelheiten vermieden werden, es soll lediglich erklärt werden, daß wir nur für das[b] verantwortlich seien, was von uns dem Handelsminister[c] gegenüber versprochen worden sei.[2] Vermutlich werde im Zusammenhang damit die Sprache auf die Schlichtungsausschüsse gebracht werden, wobei eine besondere Rolle die von Herrn Hue Herrn Stinnes gegenüber zum Ausdruck gekommene Ansicht spielen werde, daß demnächst der Eintritt einer großen Kohlennot zu befürchten sei, die eine weitgehende Verschiebung der Belegschaften innerhalb des Bezirks bedingen werde.

b) Gegenüber den Klagen über den Zwang zu Über- und Nebenschichten – wobei als Überschichten nur solche Schichten angesehen werden dürften, die über die Schichtzahl des Monats hinausgehen – soll erklärt werden, daß die vorgebrachten Klagen hierüber wenig glaubhaft erschienen.

c) Hinsichtlich der Sperrabkommen ist man der Auffassung, daß die Sperre fallen werde, wenn nicht freiwillig, so durch Gesetz. Man solle sich deshalb grundsätzlich zur Aufhebung der Sperre in der Friedenszeit nach Eintritt ruhigerer Verhältnisse bereit erklären, jetzt aber eine Vereinbarung zu erzielen versuchen, wonach die Sperre während des Krieges und für eine Übergangszeit von etwa 6 Monaten nach Friedensschluß aus Sicherheitsgründen und aus Gründen der Aufrechterhaltung der Kohlenförderung beibehalten werde.

d) Eine Stellungnahme zur Frage des Verhandelns mit den Organisationen soll nach Möglichkeit vermieden werden, jedoch soll, falls eine ausdrückliche Erklärung hierüber gewünscht wird, grundsätzlich Bereitwilligkeit zugesagt werden, unter der Bedingung, daß auch die Wirtschaftsfriedlichen zu den Verhandlungen hinzugezogen würden.

e) Hinsichtlich der Abänderung des Arbeitsnachweises sollen die Arbeitervertreter um Aufklärung über die geplanten gesetzlichen Maßnahmen ersucht werden; von irgend einer Zusage soll jedoch Abstand genommen werden.

Grundsätzlich wird der Ansicht des Herrn Vorsitzenden zugestimmt, positive Zugeständnisse nur hinsichtlich einiger weniger Punkte zu machen, im übrigen sich aber auf die Entgegennahme von Vorschlägen zu beschränken mit der Begründung, daß es zu einer bestimmten Stellungnahme erst der Anhörung und Entscheidung des Vorstandes bedürfe. Nachdrücklich soll aber darauf hingewiesen werden, daß, falls von unseren Feinden unwürdige und unannehmbare Bedingungen gestellt würden, dann aber auch von Seiten der Organisationen alles aufgeboten werden müsse, um die Arbeiterschaft zum Widerstande und Verteidigungskampfe für Deutschlands Ehre und Zukunft aufzurufen.

Als Termin für die Besprechung mit den Organisationsvertretern wird Freitag, der 18. Oktober, nachmittags 3 1/4 Uhr bestimmt.

---

b "daß wir nur für das" handschriftlich unterstrichen.

c "Handelsminister" handschriftlich unterstrichen.

2 The "Zechenverband" had agreed to increase wages in December in return for the latest price increase granted by the "Handelsminister". This agreement was typical of the wartime pattern in which price increases were traded for wage increases through the "Handelsministerium". See Feldman, *Army, Industry and Labor . . .*, p. 388 ff.

Am Dienstag, den 15. Oktober sollen gelegentlich der Besprechung über Aufklärung hinter der Front die anwesenden Vertreter der Werke zu einer Vorstandssitzung zusammenberufen werden, in der das Ergebnis der heutigen Beschlüsse dem Vorstand unterbreitet werden soll. Für Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 2 Uhr beschließen die Herren des Ausschusses nochmals zu einer Besprechung zusammen zu kommen.

Mit Rücksicht auf die durch die bevorstehende Neugestaltung der Arbeiterfragen zu erwartende stärkere Inanspruchnahme der Geschäftsführung wird eine baldige Vermehrung der Hülfskräfte der Geschäftsführung beschlossen.

Schluß der Sitzung 7.15 Uhr.

C.

Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes des Zechen-Verbandes.

Verhandelt: Essen, den 15. Oktober 1918, nachmittags 6 Uhr, im Dienstgebäude des Rhein.-Westf. Kohlen-Syndikats, Essen. . . .

Den Vorsitz führt in Verhinderung von Herrn Geheimrat Hugenberg und Herrn Bergwerksbesitzer Stinnes Herr Bergrat Winkhaus. Einleitend gibt er Kenntnis von den Gründen, die die Veranlassung bilden, die Vorstandssitzung abzuhalten, ohne daß eine förmliche Einladung ergangen sei, aus der Erwägung heraus, daß voraussichtlich an der voraufgegangenen Besprechung betr. Aufklärung hinter der Front die überwiegende Mehrzahl der Vorstandsmitglieder, – was auch tatsächlich der Fall war – anwesend sein würde. Des weiteren führt der Vorsitzende aus, daß die vier streikgewerkschaftlichen Arbeiterverbände an den Vorstand des Zechenverbandes unter dem 12. Oktober d. Jrs. eine Eingabe gerichtet hätten mit dem Ersuchen, über die darin angegebenen Beschwerdepunkte in eine mündliche Erörterung mit ihnen einzutreten. Der Ausschuß habe auf Grund der Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Wochen einstimmig die Auffassung vertreten, daß ein weiteres Sträuben gegen das Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen nicht ratsam und auch zwecklos sein würde, da voraussichtlich sonst im Wege der Gesetzgebung der Verhandlungszwang eingeführt werden würde.

Der Vorsitzende stellt nach kurzer Aussprache fest, daß gegen das Verhandeln mit den Organisationen von keiner Seite Einspruch erhoben wird.

Die Wünsche, die von mehreren Herren zu der Frage zum Ausdruck gebracht werden, gehen dahin, daß unter allen Umständen dahin gewirkt werden müsse, daß auch die Wirtschaftsfriedlichen zu den Verhandlungen hinzugezogen werden.

Von einer Seite wird weiter das Verlangen gestellt, daß die Unorganisierten auch bei den Verhandlungen vertreten sein müßten, wie man deren Vertretung auch bei den Arbeiterausschüssen als selbstverständlich betrachte.

Bezüglich des Zusammengehens mit den Arbeitern in der Frage der Aufklärung und eines evtl. gemeinsamen Widerstandes gegen den äußeren Feind bis zum letzten wird die Auffassung geäußert, daß es zweckmäßig sei, wenn nach außen hin möglicherweise die Arbeiterausschüsse und nicht die Arbeitgeber als die Anreger in Erscheinung träten. Es soll deshalb vom Zechenverband versucht werden, bei der Besprechung mit den Organisationsvertretern am nächsten Freitag eine Verständigung darüber zu erzielen, daß die Anregung zu einem evtl. notwendig werdenden Aufruf an das Volk von den Arbeiterausschüssen[a] ausgehe.

---

* Bergbau-Archiv, Bestand 13, Band 300.

a "Arbeiterausschüssen" handschriftlich unterstrichen.

D.

Essen, den 15. Oktober 1918

Zechenverband an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum.

Durch Eilboten!

Wir bestätigen dankend den Empfang Ihrer Zuschrift vom 12. d. Mts. Ihren Ausführungen über den Ernst der Zeitverhältnisse stimmen wir bei und teilen Ihre Ansicht, daß unserem Volk und Vaterland außerordentlich schwere Zeiten bevorstehen. In dem uns mit Ihnen gemeinsamen Bestreben, dem allgemeinen Interesse zu dienen, erklären wir uns mit Ihrem Vorschlage einer mündlichen Aussprache einverstanden und bitten die Herren Vertreter der Verbände, die Ihr Schreiben unterzeichnet haben, sich zu diesem Zwecke am

18. d. Mts., nachmittags 3 1/4 Uhr

im Sitzungssaale des Bergbauvereins Essen, Friedrichstr. 2, einfinden zu wollen.

In Bezug auf die in Ihrem Schreiben angeführten einzelnen Beschwerdepunkte weicht unsere Auffassung von der Ihrigen ab, doch glauben wir darauf heute nicht eingehen zu sollen, da sich in der Besprechung die Gelegenheit zu einer Darlegung unserer Ansichten bieten wird. Aus den von Ihnen angestellten allgemeinen Erwägungen wird sich im übrigen voraussichtlich das Bedürfnis ergeben, über die fraglichen Punkte hinausgreifend auch unsererseits den einen oder anderen Punkt zur Erörterung zu stellen.

Glückauf.

Zechen – Verband

Der Vorstand:
gez. Hugenberg[a]

Die Geschäftsführung:
(von Loewenstein)[b]

* Bergbau-Archiv, Bestand 13, Band 300.

a Handschriftliche Unterschrift.

b Handschriftliche Initialen, höchstwahrscheinlich von Loewenstein.

E.

Niederschrift über die Verhandlungen des Geschäftsausschusses des Zechenverbandes mit den Vertretern der Bergarbeiterverbände.

Verhandelt: Essen, den 18. Oktober 1918, nachmittags 3 1/4 Uhr im Dienstgebäude des Bergbauvereins.

Anwesend die Herren:[a]

Latuszewski, Oberhausen, Polnische Berufsvereinigung.
Grozdek, Bochum, " "
Mankowski, " , " "
Husemann, " , Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Hue, " , " " " "
Sachse, " , " " " "

* Bergbau-Archiv, Bestand 13, Band 300.

a Im Dokument als Anlage.

Vogelsang, Essen,	Gewerkv. christl. Bergarbeiter Deutschlands.
Imbusch, " ,	" " " "
Seeger, " ,	" " " "
Schmidt,	Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein.
Kleine,	Zechenverband.
Althoff,	"
Jacob,	"
Kirdorf,	"
Winkhaus,	"
Hugo Stinnes,	"
Hugenberg,	"
von Loewenstein,	"
Kratz,	"

Die Sitzung wurde unter Bezugnahme auf die Eingabe der Bergarbeiterverbände vom 12. d. Mts. von Herrn Geheimrat Hugenberg eröffnet. Nach einleitenden Worten wurde die Frage an die Versammlung gestellt, ob die Wahl eines Vorsitzenden gewünscht werde. Die Anwesenden erklärten sich damit einverstanden, daß Herr Geheimrat Hugenberg den Vorsitz übernehme.

Vor Eintritt in die Verhandlungen wünschte Herr Hue zu wissen, durch wen der Zechen-Verband vertreten werde, ob insbesondere die heute anwesenden Werksvertreter bindende Abmachungen eingehen könnten. Vom Vorsitzenden und anderen Werksvertretern wurde darauf hingewiesen, daß es keine Instanz gebe, welche die Zechen des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirks in Arbeiterfragen, insbesondere bezüglich der Lohnfrage, rechtsverbindlich vertrete. Der Vorsitzende machte den Vorschlag, zunächst die formellen Fragen in den Hintergrund treten zu lassen und erst nach Besprechung der zu erörternden Punkte sich zu überlegen, inwieweit die Gewähr für die Durchführung auf beiden Seiten übernommen werden könne. Mit diesem Vorschlage erklärten sich die Arbeitervertreter einverstanden.

Des weiteren wird ein Einverständnis darüber erzielt, daß über die heutigen und späteren Verhandlungen ein zur Veröffentlichung geeigneter kurzer Bericht angefertigt werden soll, über dessen Inhalt eine gegenseitige Verständigung zu erfolgen habe.[1]

In den sich daran anschließenden Verhandlungen brachten die Arbeitervertreter folgende Wünsche vor:

1.) Bezüglich der Löhne: Verlangt wurden (von Sachse):

a) ein durchschnittlicher Hauerlohn von 15 Mark, und ein Mindestlohn von 13,50 Mk. für die Klasse 1 der amtlichen Lohnstatistik, ausschließlich des Kindergeldes,

b) 2 Mark Lohnerhöhung für alle erwachsenen Schichtlöhner und 1 Mark für Jugendliche und Frauen. Außerdem wurde Beseitigung des auf einzelnen Zechen eingeführten Akkord-Prämiensystems, ein besserer Ausgleich der Gedingelöhne, sowie

c) (von Vogelsang) eine Heraufsetzung der Löhne für die gelernten Vollarbeiter über Tage in der Weise gewünscht, daß diese Arbeiter wenigstens den Mindestlohn der Hauer erreichten.

Nach längeren Verhandlungen, in denen seitens der Werksvertreter auf die bedenklichen Folgen der Gewährung von Mindestlöhnen hingewiesen wurde, gab der Ausschuß die Erklärung ab, er wolle mit Nachdruck dafür eintreten, daß die gelegentlich der letzten Kohlenpreiserhöhung zugesagte Erhöhung der Durchschnittslöhne statt im Dezemberlohn schon im Oktoberlohn voll eintrete. Hierbei wurde nach Verlesung unserer dem Handelsminister gegebenen Erklärung ausdrücklich festgelegt, daß in die dem Handelsminister zugesagte Lohnsteigerung von 1,25 Mk. für die Hauer und 1,– Mk. für die Schichtlöhner das Kindergeld mit eingerechnet sei und daß es sich nicht um die Löhne einzelner Arbeiter oder einzelner Zechen, sondern um die Durchschnittslöhne für das ganze Revier handle.

d) Des weiteren beklagten sich die Arbeitervertreter über die angeblich auf allen Zechen mehr oder weniger bestehenden Scheingedinge. Von den Werksvertretern wurde zugegeben, daß auch den

1 See Document F and *Ein bedeutungsvoller Tag. Verhandlungen des Zechenverbandes mit den Bergarbeiterverbänden,* in: *Bergarbeiterzeitung,* October 26, 1918.

Verwaltungen Scheingedinge unerwünscht seien, daß aber die Frage ihrer Beseitigung durch die Gewährung von Mindestlöhnen ebenso wie die

e) gewünschte Nichtanrechnung des Kindergeldes auf den Lohn erst im Vorstande zur Beratung gestellt werden müsse. Die Arbeitervertreter gaben ihrem Befremden darüber Ausdruck, daß der Handelsminister bezw. seine Vertreter das Kindergeld mit in die Lohnsteigerungen eingerechnet hätten. Ihres Erachtens sei die Nichtanrechnung ausdrücklich vereinbart worden.

Um sich nicht in Einzelheiten zu verlieren, wird vereinbart, Einzelbeschwerden und -Fälle jeglicher Art von der Erörterung auszuschließen.

Herr Sachse äußerte noch die Bitte, daß die Zechenverwaltungen den Arbeiterausschüssen über die Gestaltung der Löhne der Arbeiter auf den Zechen mehr Klarheit geben möchten.

Herr Imbusch bat um probeweise Einführung des Mindestlohnes, der zweifellos den Belegschaftswechsel wesentlich eindämmen werde.

2.) Zur Frage des Verfahrens von Über- und Nebenschichten stellten die Arbeitervertreter die Bitte, alle Überschichten, die nicht betriebsnotwendig seien und jeglichen Druck direkter oder indirekter Art zum Verfahren von Über- oder Nebenschichten zu unterlassen.

Gewünscht wurde ferner ein Lohnzuschlag von 30 % für die Über- und Nebenschichten und von 60 % für die Sonntagsschichten, sowie Verkürzung der Arbeitszeit für die Frauen auf 8 Stunden und für die Arbeiter über Tage vor dem Feuer (auf den Koksöfen und in den Brikettfabriken).

Von den Werksvertretern wurde demgegenüber erklärt, daß für die Dauer des Krieges unter keinen Umständen eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Rücksicht auf den Mangel an Arbeitern eintreten könne. Die Gewährung eines Zuschlages für die Über- und Nebenschichten bedinge zunächst die Festsetzung des Begriffs Über- und Nebenschichten. Es sei ausgeschlossen, daß jede Überschicht höher bezahlt werde, ohne Rücksicht darauf, ob beispielsweise der betreffende Arbeiter eine oder mehrere Schichten gebummelt habe. Auch müsse genau festgestellt werden, ob bei solchen Überschichten ein Zuschlag gewährt werden soll, die als Ersatz für ausgefallene Schichten infolge Wagenmangels oder dergleichen eingelegt werden. Ein Zwang zum Verfahren von Überschichten solle selbstverständlich nicht ausgeübt werden, andererseits müßten die Arbeiterorganisationen auch dafür eintreten, daß die notwendigen Überschichten verfahren würden.

3.) Bezüglich des Arbeitsnachweises machte der Vertreter des Hirsch-Dunkerschen [sic!] Gewerkvereins (Schmidt) nur kurze Andeutungen. Wie die Umgestaltung gedacht sei, darüber äußerte er sich nicht. Er wünschte eine Mitbeteiligung der Arbeiterorganisationen an der Verwaltung. Auf Vorschlag von Herrn Stinnes wurde vereinbart, die Arbeitsnachweisfrage erst dann zu bearbeiten[b], wenn der bald zu erwartende Gesetzentwurf über eine einheitliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens vorliege. Das von Herrn Schmidt behauptete Bestehen von schwarzen Listen beim Arbeitsnachweis wurde von den Werksvertretern und der Geschäftsführung zurückgewiesen.

4.) Die zwischen den einzelnen Zechen bestehenden Sperrabkommen wurden von den Arbeitervertretern als eine zu scharfe Maßnahme zur Einschränkung der Freizügigkeit bezeichnet, besonders unter den heutigen Verhältnissen, wo der Belegschaftswechsel durch das Hilfsdienstgesetz an und für sich schon eingedämmt sei und außerdem infolge des Wohnungsmangels ein Wohnungswechsel außerordentlich erschwert bzw. fast unmöglich gemacht sei. Den Leuten bleibe schon nichts anderes übrig, als auf der Zeche zu bleiben, auf der sie einmal seien. Der Hinweis der Werksvertreter und der Geschäftsführung, daß durch die Aufhebung der Sperre der Belegschaftswechsel ganz gewaltig zunehmen werde, und dadurch auch die von den Arbeiterorganisationen stets kritisierten Unfallziffern des Bergbaues wesentlich erhöht werden würden, wurde von den Arbeitervertretern damit beantwortet, die Zechen möchten den Mindestlohn einführen, dann höre der Belegschaftswechsel von selbst auf. Im übrigen wurde von den Werksvertretern ausdrücklich betont, daß es sich bei den Sperrabkommen um rein lokale Maßnahmen der einzelnen Zechen handle, auf die der Zechen-Verband keinen Einfluß habe.

5.) Eine weitere Beschwerde ging dahin, daß die Wirtschaftsfriedlichen und die Beamten in der Lebensmittelversorgung seitens der Zechen bevorzugt würden. Das errege außerordentlich böses Blut,

---

b Handschriftlich verbessert: "der Arbeitsnachweisfrage erst dann näher zu treten".

desgleichen die "Maßregelung" von Mitgliedern der Arbeiterverbände, die für die Interessen der Arbeiterschaft einträten. Von den Werksvertretern wurde die Berechtigung der Beschwerde angezweifelt. Im Zusammenhang damit wurde dann

6.) die Frage der Hinzuziehung der Wirtschaftsfriedlichen zu den Verhandlungen erörtert. Von Herrn Sachse wurde erklärt, er wisse nicht, was die Wirtschaftsfriedlichen bei den Verhandlungen sollten, sie seien doch als Arbeitergewerkschaft nicht anzusehen oder höchstens erst dann, wenn sie ihr Statut änderten und den Kampf gegen die Arbeitergewerkschaften aufgäben. Noch schärfer sprach sich Herr Vogelsang gegen die Hinzuziehung der Wirtschaftsfriedlichen *[aus]*. Er bezeichnete sie als Statisten, deren Teilnahme nur von Übel sei.

Von Seiten der Werksvertreter wurde mit Entschiedenheit das Verlangen der Hinzuziehung der Wirtschaftsfriedlichen aufrecht erhalten.

Da die Verhandlungen zu den Punkten 2 bis 6 zu keinem bestimmten Ergebnis führten, wurde von den Werksvertretern die Besprechung der Punkte im Kreise des Vorstandes des Zechen-Verbandes und ihre Wiederaufnahme in der nächsten Sitzung zugesagt.

Die weiteren Verhandlungen betrafen die Frage der Versorgung der Bergarbeiterschaft mit Lebensmitteln, insbesondere mit Kartoffeln und eines eventl. gemeinsamen Vorgehens, falls die Friedensbedingungen unwürdig sein würden. Bezüglich der Lebensmittelversorgung wurde vereinbart, beim Kriegsernährungsamt gemeinsam vorstellig zu werden und in einer mündlichen Rücksprache von dem Kriegsernährungsamt klaren Aufschluß darüber zu erlangen, wie die Verhältnisse liegen und welche Maßnahmen zur Sicherstellung der Industrieversorgung getroffen seien.

Hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens und Aufrufs an das Volk zum Verteidigungskampf wurde von den Arbeitervertretern eine Zusage erteilt, jedoch die Einleitung der Aktion erst dann für zweckmäßig gehalten, wenn nach dem Scheitern der Verhandlungen von der Regierung das Signal hierzu gegeben würde.

F.

(Draft of a Press Release)[1]

Essen, den 19. Oktober 1918. Infolge einer seitens der vier Bergarbeiterverbände (des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereins und der Polnischen Berufsvereinigung) an den Zechenverband gerichteten Eingabe hat gestern zwischen den Vertretern dieser Verbände und dem Geschäftsausschuß des Zechenverbandes eine eingehende mündliche Aussprache stattgefunden. Zunächst wurde die Lohnfrage erörtert und hierzu seitens des Geschäftsausschusses des Zechenverbandes die Erklärung abgegeben, er wolle mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß die gelegentlich der letzten Kohlenpreiserhöhung zugesagte Erhöhung der Durchschnittslöhne anstatt im Dezemberlohn schon im Oktoberlohn voll eintrete.[2] Im Zusammenhang damit wurde die Gewährung eines Mindestlohnes, die Beseitigung des sogenannten Lohnschreibens, die Nichtanrechnung des Kindergeldes in den Lohn, das Verfahren von Überschichten und Zahlung besonderer Zuschläge für diese, Fragen des Arbeitsnachweises, Sperrabkommen, Zuziehung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen zu den Verhandlungen u. a. besprochen.[a]

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahmen die Erörterungen über die Versorgung der Bergarbeiter bezw. der Industriebevölkerung überhaupt mit Lebensmitteln, sowie über die Vor- und Nachteile der restlosen Zwangsbewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel ein. Einstimmigkeit

---

* Bergbau-Archiv, Bestand 13, Band 300.

a Handschriftliche Randbemerkungen wurden ausgelassen.

1 The press release as well as Documents II-A and II-D were reprinted in the October 19 issue of the *Mitteilungen des Zechenverbandes.*

2 In a "Rundschreiben" of October 23, 1918, the Zechenverband informed its members that there was not enough time to discuss matters with the "Vorstand" and asked its members to carry out the agreement.

herrschte darüber, daß für eine ausreichende Sicherstellung und rechtzeitige Zuführung der Lebensmittel, insbesondere der Kartoffeln, für die werktätige Industriebevölkerung unter allen Umständen gesorgt werden müsse. Das Kriegsernährungsamt soll ersucht werden, den Werks- und Arbeitervertretern baldigst eine Rücksprache zu gewähren und dabei klaren Aufschluß darüber zu geben, wie die Verhältnisse liegen und welche Maßnahmen zur Sicherstellung der Industrieversorgung getroffen oder geplant seien.

Wie wir hören, werden in der nächsten Zeit auch zwischen der Eisenindustrie und den Metallarbeiterverbänden Besprechungen stattfinden.

G.

Besprechung mit den Gewerkschaftsführern über zukünftiges Zusammengehen in allgemeinen Fragen vom 18. Oktober 1918.

Anwesend:[1] Herr Hue vom Bergarbeiterverband,
Herr Reichelt [sic!][2], 2. Vorsitzender des Metallarbeiter-Verbandes,
Herr Spiegel, Reichstagsabgeordneter, Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes.

Die Besprechung fand in der Wohnung des Herrn Hugo Stinnes in Mülheim-Ruhr statt. Die Herren äußerten zunächst ihre Befriedigung über den Versuch einer gewissen Zusammenarbeit. Es wurde dann die Frage der Arbeitszeit behandelt. – Die Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit erschien den Vertretern der Arbeiter unbedingt erforderlich. Ich habe in längeren Ausführungen dargelegt, daß man sich wohl allgemein auf den Standpunkt stellen könnte, daß aber die Frage in den verschiedenen Betrieben verschieden behandelt werden müsse; insbesondere würde eine ganze Reihe von Werken noch eine gewisse Zeit notwendig haben, um Einrichtungen zu treffen, die eine solche eingreifende Umstellung überhaupt möglich machten. Ferner sei es doch eine Vorbedingung, daß überhaupt Arbeitskräfte in entsprechender Anzahl vorhanden seien.

Die Vertreter sahen ein, daß hier Schwierigkeiten zu überwinden seien und denken auch nur an eine allmähliche Einführung. Daraufhin habe ich die bekannte Eingabe der Arbeiterausschüsse hervorgehoben, die bekanntlich in den letzten Tagen an Krupp, Rheinhausen, Phoenix und andere rheinische Werke gekommen ist, mit der die Arbeiter die sofortige Einführung der 56 stündigen [Wochen-]Schicht fordern. – Die Vertreter erklärten sich bereit, diese Eingabe vorläufig ruhen zu lassen.[3] – Ich nehme an, daß dementsprechend den Werken noch Mitteilung gemacht wird. – Die Vertreter waren mit uns der Meinung, daß viel wichtiger die Demobilisierungsfragen wären. – Das Reichswirtschaftsamt habe jetzt erst hierzu Stellung genommen. Der erste Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Schlick [sic!], sei zur Zeit in Berlin in einer Kommissionssitzung und konnte daher auch der heutigen Besprechung nicht beiwohnen. –

Es ist nun verabredet worden, daß seitens der Gewerkschaften an die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller eine Einladung zur Einleitung einer gemeinsamen Besprechung ergeht.[4] Es ist der 26. Oktober, nachmittags 3 1/4 Uhr, in Aussicht genommen. Die nordwestliche Gruppe wird nach Rücksprache mit Herrn Geheimrat Dr. Beukenberg nach Erhalt des Briefes diesen Tag vorschlagen und die Versammlung in das Geschäftslokal in Düsseldorf, Schaaffhausen'scher Bankverein, einberufen. –

---

* Bergbau-Archiv, Bestand 13, Band 300.

1 As is evident from the document, Hugo Stinnes and Albert Vögler were also present.

2 Correct: Georg Reichel.

3 On October 21, 1918, Karl Spiegel informed Vögler, "Bezugnehmend auf die Unterredung vom vergangenen Freitag teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich in Duisburg an demselben Tage mich mit den drei Metallarbeiterorganisationen in Verbindung gesetzt habe und wird die Angelegenheit zunächst ruhen; auch sind weitere Schritte der Arbeiter in den in Frage kommenden Werken nicht zu erwarten." Phoenix-Rheinrohr-Archiv, P/1/25/55/1.

4 The invitation was sent under Reichel's signature on October 19, 1918 on behalf of the DMV and other unions to the "Nordwestliche Gruppe" of the "Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller"; see ibid.

Es soll außer der Beschäftigung auch die Unterbringung der Arbeiter besprochen werden. –

Die Vertreter betonten wiederholt, sie hätten mit uns das größte Interesse, möglichst bald wieder geordnete Zustände herbeizuführen. Der drohende Bolschewismus könne nur durch Arbeit für alle niedergehalten werden. –

Als sehr erwünscht wurde auch die möglichst umgehende Entfernung der Frauen aus den Eisenhüttenbetrieben gewünscht, eine Forderung, die von unserer Seite als ganz im Sinne der Arbeitgeber liegend hingestellt wurde. –

In dem Schreiben der Gewerkschaften soll als einzigster Punkt "Aussprache über Demobilisierungsfragen" gesetzt werden. – Ich habe darauf hingewiesen, daß die übrigen Arbeiterfragen zweckmäßig in einem späteren Stadium von dem Arbeitgeberverband besprochen würden. – Herr Hue legt Wert darauf, auch an den Besprechungen über die Verhältnisse in der Eisenindustrie teilzunehmen, wegen der engen Berührung der Betriebe hier im Revier. – Aus demselben Grunde erscheint es auch mir zweckmäßig, wenn von dem Vorstand des Bergbaulichen Vereins einige Herren an der Sitzung teilnehmen würden. –

Von den Gewerkschaften wird der Metallarbeiter-Verband und die Hirsch-Dunker'sche *[sic!]* den Brief unterzeichnen. – Auf unsere Vorstellung, doch auch die Werksfriedlichen gleich hinzuzuziehen, äußerten die Vertreter große Bedenken. Sie baten dringend, hiervon zunächst Abstand zu nehmen, da sie sonst ihren Arbeitern gegenüber in eine außerordentlich schwierige Lage kämen. – Demgemäß wurde von uns betont, daß wir bei den einleitenden Sitzungen dies wohl verstehen könnten, daß wir aber darauf bestehen müßten, bei weiteren Verhandlungen in Arbeiterfragen die genannten Vereine mit heranzuziehen. – Die Herren haben hierzu nicht ja und nicht nein gesagt und glauben, eine zweckentsprechende Regelung würde mit der Zeit von selbst eintreten. –

gez. V ö g l e r

III. THE DEVELOPMENT OF AN INDUSTRY–LABOR DEMOBILIZATION PROGRAM

During the last ten days of October, substantial progress was made in the negotiations in Berlin and the Ruhr. Discussions with the trade unions were begun in the metal industry (Documents E and F) and were continued in the iron and steel industry (Document G). The various employers agreed to exchange information and coordinate their efforts (Document D). The most important development during these days, however, was the establishment of a common program for the demobilization.

The longer documents in this section (Documents A-2 and G) demonstrate the complex set of ideological and material motives which came together to produce this program. On the one hand, the program, whose most essential point was the creation of an independent agency for the direction of the demobilization, had a strong technocratic component as well as a heavy dependence upon conceptions of industrial self-government ("Selbstverwaltung") long held in business circles. Thus, it was most appropriate that the basic idea of a demobilization office or economic staff for the demobilization was given expression by Walther Rathenau, in letters to the War Minister, General Scheüch on October 9 and 15,[1] and by Director Otto Henrich of Siemens in an address to a group at the "Verein deutscher Ingenieure" on October 20. Rathenau's letters have been published and will not be repeated here. His conception played an important role in the final development of the Demobilization Office as did his strong support of Lieutenant-Colonel Josef Koeth for its leader. Henrich's program, however, is not less interesting because it attracted the attention of important industrial leaders like Albert Vögler and Hugo Stinnes, because of the critical role he was prepared to assign the latter or some other industrialist in the demobilization, and because of the extent to which it reflected the demand that businessmen and technicians not merely be emancipated from the bureaucratic-military control but actually assume control themselves.[2]

---

1 Walther Rathenau, *Politische Briefe*, Dresden 1929, pp. 188-191, 195-200.

2 It would appear that Hans von Raumer initially was somewhat less bold than his colleagues when it came to shunting the "Reichswirtschaftsamt" aside. He appears to have been heartened by news that his contact-man

On the other hand, very specific material interests and calculations underlay the peculiar mixture of technocratic, corporatist and neo-liberal ideology behind the demobilization program. As is evident from the October 26 negotations in the iron and steel industry (Document G), overwhelming distrust of the bureaucracy, fear of Bolshevism, preference for the black market as a means of providing food for the workers, and Stinnes' speculations about the chances of regaining Germany's lost markets through concessions to the workers in return for employer freedom from bureaucratic controls, were concrete determinants of the outcome. Such freedom, however, could only be possible under the conditions of demobilization if industry and labor were in a position to influence decision making in the new Demobilization Office and then assume responsibility for the implementation of its policies. These dual functions were incorporated in the programmatic principles laid down by Raumer, Henrich, and Legien in a meeting in Berlin on October 30 (Document H).

While the industrialists and trade union leaders involved in the negotiations appear to have had little difficulty in coming to an agreement on their program vis-à-vis the government, their entire effort was threatened during the first days of November by the problem of the so-called yellow unions ("Wirtschaftsfriedlichen") (Documents I and J). Coordination among the trade union leaders had been anything but perfect with regard to the participation of yellow trade union leaders in the negotiations, but Legien was compelled to take a clear stand against yellow union participation in his negotiations with the industrialists and to develop a formula that would exclude them during the crucial period that followed. Only when this was agreed upon did it become possible to make final the joint program intended for presentation to the government (Document K).

with the trade union leaders, Dr. August Müller, was to be appointed Undersecretary in the "Reichswirtschaftsamt" for demobilization questions. On October 13, Raumer wrote to Rieppel: "Es trifft sich sehr gut, daß Herr Unterstaatssekretär Dr. August Müller in das Reichswirtschaftsamt übertritt und dort voraussichtlich die Abteilung für Übergangswirtschaft und Demobilisierung übernimmt. Wir können bei ihm darauf rechnen, daß er die Sache nicht bürokratisch anfaßt und sich ausgiebig auch des Rates der Industrie bedienen wird." See M.A.N.-Werksarchiv Nürnberg, Nr. 03/IV. Dr. Müller's presence was not enough to overcome dissatisfaction with the alleged inadequacies of the "Reichswirtschaftsamt", but he remained very popular in business circles and was actually considered for the position of "Geschäftsführer" of the "Reichsverband der deutschen Industrie"; see Director Guggenheimer to Rieppel, June 14, 1919 in: ibid., Nr. 161.

A-1.

Siemensstadt bei Berlin, den 21. Oktober 1918

Henrich an Hugo Stinnes,
z. Zt. Berlin, Hotel Continental.

Sehr geehrter Herr Stinnes!

Ich erhielt soeben folgendes Telegramm:

"Hugo Stinnes doch nach Berlin gefahren habe ihn daher nicht unterrichten können; es wäre mir lieb, wenn Sie dies übernehmen würden. Falls nicht möglich, sendet ihm Euer Exposé ein. Gruß Vögler."

Ich habe im Laufe des heutigen Tages vergeblich versucht Sie telephonisch zu erreichen, da ich den dringenden Wunsch habe, Sie über das, was bisher hier in Berlin verhandelt worden ist, zu orientieren. Leider waren Sie bei der gestrigen Verhandlung im Verein Deutscher Ingenieure nicht anwesend; Herr Vögler wollte Sie über dieselbe orientieren, hat Sie aber, wie ich aus dem Telegramm ersehe, nicht mehr in Mülheim angetroffen. Ich erlaube mir deshalb, Ihnen in der Anlage einige Ausführungen zu übersenden, die die Grundlage unserer Besprechung bildeten. An der gestrigen Sitzung haben teilgenommen die Herren: von Rieppel, von Borsig, Deutsch, Prof. Matschoss[1], Klingenberg[2],

* Siemens-Archiv, Nachlaß Henrich, 11/Lg 736.

1 Prof. Dr. Conrad Matschoss, Dozent an der Technischen Hochschule Charlottenburg, Berlin; Direktor des Vereins deutscher Ingenieure.

2 Prof. Dr. Klingenberg, Direktor bei der AEG.

Dr. Gertung[3] und meine Wenigkeit. Ich stehe Ihnen auf telephonischen Anruf jeder Zeit zur Verfügung und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir einige Minuten opfern könnten.

Mit freundlichem Gruß

Ihr sehr ergebener
Henrich

Anl.

3 Dr. Gertung, Direktor bei der M.A.N.

A-2.

Anlage:

Berlin, den 20. Oktober 1918

Rede Henrichs auf einer Sitzung führender Industrieller und Techniker im Verein Deutscher Ingenieure, Berlin.

Die Ereignisse der letzten Tage haben jeden Deutschen die bange Frage aufwerfen lassen: Wie gestaltet sich Deutschlands Zukunft, und die zweite Frage: Wie kann diese Zukunft für uns noch im letzten Moment günstiger gestaltet werden.

Man muß sich klar darüber sein, daß der Zusammenbruch, die Ratlosigkeit und die damit zusammenhängende Tatenlosigkeit aller deutschen Kreise hervorgerufen ist durch die Erklärung der Obersten Heeresleitung, daß das Heer, das sich seit dem 8. August im Großkampf befindet, der Ruhe bedarf.

Die Bitte um Waffenruhe ging von der Obersten Heeresleitung aus, nicht von unserer Regierung. Diese Erklärung habe ich von berufenster Seite. Die Oberste Heeresleitung begründet ihr Ersuchen um Waffenruhe mit der Übermacht der Feinde an Menschen- u. Kriegsmaterial, das sie beides nicht in der nötigen Menge und Güte aus der Heimat bekommen könnte, also mit der Erschöpfung dieser Mittel. Diese vermeintliche Erschöpfung der Mittel auf unserer Seite und der Überfluß der Mittel auf der feindlichen Seite hat auch den Geist der Truppe untergraben. Die Folge ist der heutige Zustand.

Regierung und Oberste Heeresleitung scheinen mir nun, als sie die Bitte um Waffenruhe an Wilson richteten, vorausgesetzt zu haben, daß Wilson ein Ideologe sei und sind durch die Antwortnote Wilsons schwer enttäuscht. Dieselbe Entäuschung ist allen Deutschen geworden – es waren derer nicht wenige –, die den Charakter Wilsons falsch einschätzten und nicht erkannten, daß sich hinter dem Ideologen ein Vertreter des Vernichtungsgedankens Deutschlands verbarg.

Die deutsche Antwortnote wird meines Erachtens den Irrtum in der Beurteilung Wilsons auch noch nicht klar erkennen lassen, immerhin wird sie zeigen, daß man in der Beurteilung der Person Wilsons schwankend geworden ist. Man scheint von einer zweiten Note gewisse Klarheit zu erwarten. Angenommen, diese zweite Note bringt die Klarheit, sodaß die Regierung sich entschließt. Diese Entschließung kann zum Frieden führen, sie kann den erbitterten Endkampf bedeuten, beides müssen wir vorbereiten, Endkampf und Abrüstung. Beides scheint mir, wenn wir die Dinge behandeln wie bisher, gleich gefährlich zu sein, am gefährlichsten für unser größtes Industriezentrum, den Westen.

Eine schlecht vorbereitete Demobilisierung bringt die Revolution und damit die Zerstörung der Industrie und unseres Wirtschaftslebens durch unsere eigenen Leute. Ein schlecht vorbereiteter Endkampf bringt die Niederlage und eine Zerstörung unserer Industrie durch eigene Soldaten und die nachströmenden fremden Truppen.

Das, meine Herren, haben wir zu erwarten, wenn wir unsere Reichsämter, unsere militärischen Beschaffungsämter und unsere Kriegsgesellschaften allein weiter wirtschaften lassen. Die Maßnahmen

* Siemens-Archiv, Nachlaß Henrich, 11/Lg 736.

der Reichs- und Beschaffungsämter drosseln gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Industrie und fördern im Verein mit den Kriegsämtern ungesunde und selbstsüchtige Bestrebungen innerhalb der Industrie, die, das darf ich wohl aussprechen, nicht gerade einzelne Erscheinungen sind.

Auch die Regierung besitzt innerhalb ihrer heutigen Zusammensetzung kein sachverständiges, zentrales wirtschaftliches Organ.[1] Dieses Organ zu schaffen, soll der Zweck unserer heutigen Beratung sein.

Abrüstung und Endkampf können meines Erachtens nur erfolgreich durchgeführt bezw. vorbereitet werden durch Männer, die in der Industrie stehen, da die Industrie den größten Teil der zurückflutenden Menschen aufzunehmen hat, und da sie ferner zum Endkampf geeignete Waffen in genügender Zahl schaffen muß. Die Industrie verfügt gleichzeitig über Männer, die gewohnt sind, schnelle Entschlüsse zu fassen und deren Durchführung zu erzwingen. Nennen wir dieses Organ der Regierung, um den Ausdruck zu erleichtern "Wirtschaftsstab". Die beiden Aufgaben dieses Wirtschaftsstabes glaube ich genügend klar geschildert zu haben. Zur Durchführung dieser Aufgaben muß die Regierung diesen Wirtschaftsstab mit größten Vollmachten ausrüsten, dergestalt, daß ihm sowohl die militärischen Beschaffungsämter, die Kriegsgesellschaften, soweit sie für den Endkampf oder die Abrüstung infrage kommen und die gesamte Industrie unterstellt werden. Ich denke mir den Wirtschaftsstab nicht als Beirat des Kriegsministers für die Fragen der Beschaffung, nicht als Beirat für den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes für die Fragen der Abrüstung, sondern als Exekutivbehörde, der beide Minister angehören und deren Beschlüsse auszuführen sind.

Sprechen wir zunächst einmal von den Vorbereitungen zum Endkampf. Was hat dort zu geschehen ? Meines Erachtens folgendes:

1.) Zusammenfassung und Überwachung aller Beschaffungsstellen einschließlich des Reichs-Marine-Amtes durch den Wirtschaftsstab, keine Organisationsänderung – dazu ist keine Zeit –, nur Durchführung einheitlicher Richtlinien für die Beschaffung, Feststellung der erforderlichen Kampfmittel nach Art und Menge entsprechend den Angaben der Obersten Heeresleitung, Prüfung der Vorratsmengen und deren Ergänzung, Ausschaltung ungeeigneter Persönlichkeiten, auch des Militärs, Gleichstellung des Ingenieurs mit dem Militär, da, wo es erforderlich und zweckmäßig ist, Sicherung der Rohstoffe und vieles andere.

2.) Zusammenfassung der Industrie unter einen einheitlichen Willen, Schaffung der Höchstproduktion in der Industrie.

3.) Aufpeitschung der Stimmung innerhalb des Volkes, Überzeugung von der Notwendigkeit des Endkampfes.

4.) Erweiterung des Hilfsdienstgesetzes, das jeden deutschen Mann und jede deutsche Frau vom 16. - 65. Lebensjahre in den Dienst der Vaterlandsverteidigung stellen muß und ähnliches mehr.

Für die Demobilisierung ist ein gleich großer Komplex von Fragen zu erledigen, auf die ich hier nicht näher eingehen möchte. Diese Fragen bedürfen aber auch der einheitlichen und beschleunigten Bearbeitung.

Die zweite Hauptfrage wäre die, welche Männer sollen diesen Wirtschaftsstab bilden, und da wären wohl die Bedingungen folgende:

Es müssen Männer sein, die mitten in werktätigen Betrieben der Industrie stehen, keine außerhalb der Industrie stehende, frühere Industrielle, Herren, die die Vorbedingungen, unter denen die Industrie die Höchstleistung erreichen kann, kennen, die jung und elastisch genug sind, um große Arbeitspensen zu erledigen, die gewohnt sind, schnelle Entschlüsse zu fassen und sich nicht vor der Verant-

---

1 Compare to the at once more grandiose and more alarmist presentation of the idea by Rathenau: "Eine teilweise oder ganz überstürzte Demobilisierung zieht mit großer Wahrscheinlichkeit den Bürgerkrieg und den Bolschewismus nach sich . . . .

Die Demobilisierungsstelle vertritt gegenüber dem drohenden Bürgerkrieg gleichzeitig die Stelle eines Kriegsministeriums und einer Obersten Heeresleitung, denn die tatsächliche Oberste Heeresleitung verfügt nur über Truppen; das hat ein Ende, wenn Truppen sich in Aufständische verwandeln.

Der Ausbau der Demobilisierungsbehörde ergibt sich aus den Gedanken, die über eine partiell gewaltsame Demobilisierung zu entwickeln sind. Daß die gegenwärtig vorhandene Stelle den neuen Aufgaben noch nicht Rechnung tragen konnte, ergibt sich aus der Tatsache, daß Verhandlungen mit der Privatwirtschaft bisher noch nicht geführt worden sind." Rathenau, *Politische Briefe* . . . , pp. 196-197.

wortung scheuen, die keine ausgeprägte politische und sozialpolitische Stellung eingenommen, d. h. nicht politisch belastet sind.

Notwendig wird es sein, außer diesen Herren der Industrie Arbeitervertreter in den Wirtschaftsstab aufzunehmen. Es müßten vertreten sein: Die Schwerindustrie, die Fertigindustrie, die chemische Industrie, die Textilindustrie. Die Spitze müßte Herr Stinnes bilden, weil er alle und die besten Qualitäten für die Stellung eines wirtschaftlichen Diktators, denn um einen solchen handelt es sich hier, in sich vereinigt, obgleich die Bezeichnung "Diktator" natürlich zu vermeiden ist. (Außer Herrn Stinnes wurden in Vorschlag gebracht die Herren: von Rieppel, Vögler, Deutsch, von Borsig, Henrich, Häuser und Rechberg.)

Wenn die Herren von der Notwendigkeit der Schaffung einer solchen Stelle überzeugt sind, und das schwere und verantwortungsvolle Amt auf sich zu nehmen bereit wären, so müßten zunächst von der Regierung für den Plan gewonnen werden: die Staatssekretäre Scheidemann, Erzberger und Bauer. Diesen Herren müßte ungefähr folgende Erklärung abgegeben werden:

Die Industrie stellt sich auf den Boden der heutigen Regierung und ist bereit, die Regierung in jeder Weise zu unterstützen, sie hält jede Änderung, die innerpolitische Beunruhigung hervorrufen könnte, in der heutigen Zeit für fehlerhaft.

Sie ist bereit, außer einer mäßigen Verzinsung ihres investierten Kapitals auf jeden Kriegsgewinn zu verzichten und erkennt an, daß der Kriegsgewinn dem Reiche gehört.

Sie ist bereit, die Arbeiterorganisation anzuerkennen und mit den Arbeitern zu verhandeln, sie will berechtigte Wünsche der Arbeiter befriedigen, sie an der Lösung gemeinsamer Aufgaben teilnehmen lassen und einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen herbeiführen.

Sie ist für eine schnelle Herbeiführung des Friedens ohne Annexion und ohne Entschädigung, tritt aber geschlossen für die Integrität des Deutschen Reiches ein und will lieber den Endkampf als eine*[n]* schimpflichen entehrenden Frieden.

Es scheint mir notwendig zu sein, daß diese Erklärungen abgegeben werden, denn die Industrie ist politisch belastet, die Menge wird in dem Kriegsgewinn der Industrie die Ursache für ihr Eintreten zum Endkampf erblicken.

Die Zugeständnisse an die Arbeiter sind meines Erachtens notwendig, da es mir als der einzige Weg erscheint, den Arbeiter zu der Einsicht zu bekehren, daß Industrie und industrielle Arbeiter gleiche Interessen haben.

Die Herren Scheidemann, Erzberger und Bauer hätten dann dafür zu sorgen, daß die Gesamtregierung den Wirtschaftsstab einsetzt und ihn mit den nötigen Vollmachten ausrüstet.

Diese Dinge zu beraten ist der Zweck unseres heutigen Zusammenseins.

gez. Henrich.

Abschrift erhielten:

Herr Stinnes,
" Vögler,
" Deutsch,
" Klingenberg,
" von Rieppel,
" von Borsig,
" Dr. Gertung,
" Prof. Matschoss.

B.

Siemensstadt, den 22. Oktober 1918

(Aktennotiz Henrich)

Gestern Abend hatte ich noch eine Unterredung mit Herrn Stinnes; ich konnte ihm die Ausführungen übergeben, die ich anläßlich der Sitzung am Sonntag den 20. Okt. im kleinen Kreise im Hause

* Siemens-Archiv, Nachlaß Henrich, 11/Lg 736.

des Vereins Deutscher Ingenieure gemacht habe. Herr Stinnes sagte mir, daß er mit Herren der AEG über die Angelegenheit verhandelt habe und war der Ansicht, daß die Bildung eines Wirtschaftsstabes und die Entsendung von Vertretern des deutschen Wirtschaftslebens in die Regierung vonseiten der Gewerkschaften ausgehen müsse. Die rheinisch-westfälische Industrie habe nach dieser Richtung hin bereits mit den Führern ihrer Gewerkschaften verhandelt, und sei sich diese klar darüber, daß die heutige Zusammensetzung der Regierung keine Gewähr für eine Gesundung und einen Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens böte. Herr Stinnes hielt es für zweckmäßig, zunächst die Berliner Gewerkschaften in diesem Sinne zu bearbeiten und die Antwortnote Wilsons abzuwarten. Fiele diese Note, wie er vermute, ablehnend aus und brächte sie nicht den Waffenstillstand, dann würden seiner Meinung nach die Gewerkschaften das Verlangen an die Regierung stellen, Männer, die das deutsche Wirtschaftsleben beherrschen, in ihren Kreis aufzunehmen, da die Vertreter der Gewerkschaften vollkommen anerkennen, daß es ihnen unmöglich sei, daß sie selbst die Regierung übernehmen.

C.

Berlin, den 22. Oktober 1918

Henrich an Vögler,
Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- u. Hütten A. G.,
Abtlg. Dortmunder Union, Dortmund.

Sehr geehrter Herr Vögler!

. . . . Ich depeschierte Ihnen: Habe St[innes] gestern abend orientiert. Gruß. Herrn Stinnes konnte ich ganz kurz am Bahnhof sprechen. Er hatte eine Unterredung mit Herrn Rathenau gehabt; er war wie Sie der Ansicht, daß der Weg über die Gewerkschaften zu gehen habe und daß die Verhandlungen mit den betreffenden Führern hier eingeleitet werden müssen. Am Sonnabend hatten Sie Verhandlungen mit den dortigen Herren. Ich werde versuchen, die Dinge hier zu beschleunigen, jedenfalls halte ich Sie auf dem Laufenden und bitte mich ebenfalls auf dem Laufenden zu halten. M. E. ist St[innes] allein der Mann, der die Zügel in die Hand nehmen kann. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie ihn dazu veranlassen könnten. Vorschläge zu einer gemeinsamen erneuten Besprechung müßten wir wohl spätestens am nächsten Montag haben.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener
Henrich

* Siemens-Archiv, Nachlaß Henrich, 11/Lg 736; handschriftliche Notiz.

D.

Berlin, den 24. Oktober 1918

H. von Raumer an Henrich,
Berlin-Siemensstadt.

In der heute im Hotel Continental stattgehabten Besprechung waren folgende Herren anwesend:

Herr Reichsrat von Rieppel, Nürnberg.
" Hugo Stinnes, Mülheim/Ruhr.

* Siemens-Archiv, Nachlaß Henrich, 11/Lg 736; gleiches Schreiben dürften auch die übrigen Sitzungsteilnehmer erhalten haben.

Herr Geheimrat Ernst von Borsig, . . . Berlin.
" Geheimer Oberfinanzrat Hugenberg, Essen/Ruhr,
Direktor der Friedrich Krupp A. G.
" Carl Friedrich von Siemens, Berlin-Siemensstadt.
" Direktor Henrich, Berlin-Siemensstadt.
" Dr. Toewe, Berlin . . . ,
Gesamtverband Deutscher Metall-Industrieller.
" Geheimrat Deutsch, AEG, Berlin . . . .
" Landrat a. D. von Raumer, Berlin . . . .

Es wurde festgestellt, daß die Verhandlungen wegen eines Zusammengehens mit den Gewerkschaften geführt werden

für die Metall-Industrie
von Herrn Geheimrat Ernst von Borsig

für die Rheinisch-Westfälische Bergbau- und Schwerindustrie
von Herrn Geheimen Oberfinanzrat Hugenberg

für die Nordwestdeutsche Gruppe
von Herrn Generaldirektor Vögler, Dortmund.

Es wurde vereinbart, daß von sämtlichen mit den Gewerkschaften oder einzelnen Gewerkschaftsführern geführten Verhandlungen oder Besprechungen jeder der Teilnehmer sämtliche anderen Teilnehmer der heutigen Besprechung sowie Herrn Generaldirektor Vögler, Dortmund, sofort durch Eilbrief zu benachrichtigen habe, damit ein einheitliches Zusammenarbeiten gewährleistet wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Raumer

E.

Auszug aus der Niederschrift über die Vorstandssitzung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller vom 26. Oktober 1918 zu Berlin.[1]

Die Herren von Rieppel und von Borsig machen Mitteilung über Besprechungen, die in den letzten Tagen auf neutralem Boden zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftsführern stattgefunden haben, die fortgesetzt werden und den Zweck verfolgen, eine gemeinsame Grundlage für ein Zusammengehen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer während der Übergangszeit und der darauffolgenden Zeit zu finden. Die außer- und innerpolitische Lage mache es erforderlich, daß alles Trennende zwischen Unternehmertum und Arbeitnehmerschaft beiseite gestellt und gemeinsam an den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens gegangen werde. Die Gewerkschaften seien aus Furcht, daß in Deutschland russische Zustände Einkehr halten könnten, bereit, mit der Industrie zusammenzugehen, falls ihnen in folgenden Punkten Entgegenkommen gezeigt werde:

1. Anerkennung der Gewerkschaften,
2. Abschluß von Arbeitsverträgen,
3. Beseitigung des Kampfcharakters der Arbeitsnachweise,
4. Einrichtung und Beteiligung an einer Arbeitslosenversicherung.

Die nordwestliche Eisen- und Bergwerksindustrie, die mit den Gewerkschaften in der gleichen Angelegenheit verhandelt habe, habe ihr volles Einverständnis gegeben. Es sei wünschenswert, daß die Me-

---

* M.A.N.-Werksarchiv Augsburg, Nachlaß Guggenheimer, K 75.

1 Auszug erging an die Ausschußmitglieder des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, da er auf der kommenden Ausschußsitzung am 8. November 1918 als Unterlage zu Punkt 1 der Tagesordnung dienen sollte.

tallindustrie sich diesem Vorgehen anschlösse. Man hoffe, auf diese Weise die Volkswirtschaft in Deutschland wieder zu heben.

Nach eingehender Aussprache stellen sich die Anwesenden einstimmig auf den von den Herren von Rieppel und von Borsig eingenommenen Standpunkt und erteilen Herrn von Borsig die Befugnis, für die im Gesamtverband organisierte Metallindustrie an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen und den Gewerkschaften gegenüber bindende Erklärungen in der oben erwähnten Richtung abzugeben.

F.

Berlin, den 29. Oktober 1918

Dr. Töwe an C. F. von Siemens,
Berlin-Siemensstadt.

Betrifft: Gewerkschaften.

Durch Vorstandsbeschluß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller vom 26. Oktober 1918, ist Herr Geheimrat Dr. von Borsig ermächtigt worden, weiterhin mit den Gewerkschaften zwecks Zusammenarbeiten der Arbeitgeber- mit den Arbeitnehmerorganisationen zu verhandeln und bindende Erklärungen abzugeben nach folgenden Richtungen:

1) Anerkennung der Gewerkschaften,
2) Abschluß von Arbeitsverträgen,
3) Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, um ihnen den Kampfcharakter zu nehmen.
4) Einführung einer zeitweiligen Arbeitslosenunterstützung.

Über die zur Durchführung dieser Maßnahmen nötigen Änderungen der "Allgemeinen Vorschriften" des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller wird der "Ausschuß" in seiner Sitzung am 8. November 1918 befinden.

Im Anschluß an die Besprechung am 24. Oktober 1918 ist nachstehendes Rundschreiben seitens des Gesamtverbandes an seine Bezirksverbände hinausgegangen:

In engster Fühlungnahme mit der nordwestlichen Eisen- und Bergwerksindustrie steht der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zur Zeit in Verhandlung mit den Führern der organisierten Arbeiterschaft über Fragen, die das Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise berühren.

Wir bitten unsere Verbände, uns über Verhandlungswünsche der Arbeiterorganisationen ihrer Bezirke unterrichtet zu halten, damit ein einheitliches Vorgehen in allen wichtigen Fragen ermöglicht und verbürgt wird.

* Siemens-Archiv, Nachlaß Henrich, 11/Lg 736.

G.

Niederschrift über die Verhandlung der Nordwest-Deutschen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller mit Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vom 26. Oktober 1918 zu Düsseldorf.

* Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte, Nr. 3001242/7. Another, somewhat more detailed protocol is to be found in the Phoenix-Rheinrohr-Archiv, P/1/25/55/1, and significant passages will be cited in the footnotes below.

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Beukenberg
seitens der Arbeitgeber:[1]

Hugo S t i n n e s
V ö g l e r
P o e n s g e n
Dr. W o l t m a n n
G r o s s e
Dr. H a s s l a c h e r
E i c h
R e u t e r
S c h a r f
M a n n s t a e d t
Dr. B e u m e r
Dr. P e t e r s e n

seitens der Arbeitnehmer:[2]

Alexander S c h l i c k e, 1. Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Stuttgart, z. Zt. Berlin, Kriegsamt,
Georg R e i c h e l, 2. Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart,
Carl S p i e g e l, Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Düsseldorf,
Franz W i e b e r, Vorsitzender des Christl. Soz. Metallarbeiterverbandes, Duisburg,
Wilhelm G l e i c h a u f, Vorsitzender des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter H.-D.
Otto H u e, M.d.A., Essen . . . .
C z i s c h l i c k, H. D., Duisburg.

Herr Beukenberg[3] eröffnete 3.15 die Versammlung unter Bezugnahme auf den in der Anlage beigefügten Brief des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes an die Nordwestliche Gruppe.[4] Das Thema der Versammlung soll bilden:
"Zukünftiges Zusammenarbeiten zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Hinblick auf die bevorstehende Demobilisierung des Feldheeres und der industriellen Kriegswirtschaft."[5]

S c h l i c k e:

Es handelt sich um Arbeit, Brot und Unterkunft. In der Hauptsache wird die Lösung dieser Fragen von der Leistungsfähigkeit unserer Transportmittel abhängen. Sie allein ermöglichen die Verschiebung der Arbeiter aus den Mittelpunkten der Munitionsherstellung. Arbeit sei genug vorhanden. Sie müsse nur von den Centralbehörden und den Landesverwaltungen sofort herausgegeben werden. In der Unterkunftsfrage sehe er sehr schwarz. Das Zusammengehen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern müsse bezirksweise geordnet werden. Nach der Demobilmachung seien 3 Schichten à 8 Stunden möglich und notwendig, um mehr Arbeitern Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Die bezirksweisen Arbeitsgemeinschaften seien auch für den Arbeitsmarkt zuständig. Das Angebot müsse durch entsprechende

---

1 The second version also mentions Hugenberg and Heinson as being present.

2 The second version also mentions the presence of Strunk for the Christian Trade Unions.

3 Wilhelm Beukenberg, Direktor bei Phoenix.

4 See Document II-G, Footnote 4.

5 " . . . Beukenberg . . . mit dem Hinweis eröffnete, daß der Ernst der Zeit ein Zusammenarbeiten auch der Kreise notwendig macht, die bisher in manchen Dingen entgegengesetzter Anschauungen waren. Bei der Demobilmachung würde es sich vor allem um die Regelung folgender drei Fragen handeln:
1. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit.
2. Die Unterbringung der Kriegsteilnehmer und der freiwerdenden Arbeitskräfte.
3. Die Heranschaffung von Roh- und Hilfsstoffen und Lebensmitteln . . . ."

Einrichtungen des Arbeitsnachweises richtig geleitet werden. Die Gewerkschaften erstrebten selbstverständlich eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweis-Wesens. Hier handele es sich darum, in gemeinsamer Arbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Einrichtungen zu schaffen, welche später einfach in das Gesetz aufgenommen werden könnten. Nur so werde die auch den Arbeitgebern unangenehme Bureaukratisierung vermieden. Schließlich müßten Schlichtungsstellen, wie sie bereits das Hilfsdienstgesetz vorsehe, erhalten bleiben, um wirtschaftlichen Erschütterungen vorzubeugen.[6]

P o e n s g e n[7]:

berichtet über die Berliner Demobilmachungs-Kommission. Die Behörden fürchteten, daß die Einstellung der gesamten Munitionsarbeit verlangt werde. Es sollen zuerst die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten und der Waggon- und Lokomotivfabriken entlassen werden, dann die Arbeiter der Rohstoffindustrien sowie der Land- und Forstwirtschaft. Im übrigen sollen die Unternehmer durch Karten die von ihnen benötigten Leute anfordern.

Hugo S t i n n e s:

Auch für mich steht die Transportfrage im Mittelpunkte.
1. Eisenbahnen mit angeschlossenen Betrieben und Bergbau müssen sofort Arbeitskräfte zugeführt werden.
2. Über die ganzen Transportmittel der Heeresverwaltung, einschließlich Baracken, also Kleinbahnen, Loren, Kraftwagen muß von einer Hand diktatorisch verfügt werden. Diese Einrichtungen und Baracken müssen der Landwirtschaft und den Kreisen zugeführt werden. Dabei darf die Geldfrage gar keine Rolle spielen. Vielleicht ist es zweckmäßig, das geldliche Interesse ganz auszuscheiden und erst nach Jahr und Tag den Wert der übergebenen Einrichtungen festzustellen.[8]
3. Den landwirtschaftlichen Verbänden muß Credit eingeräumt werden.
4. Das zur Entlassung kommende Heer muß solange wie möglich von der Benutzung der Eisenbahn ausgeschlossen werden, d. h. es muß nach Möglichkeit nach den Entlassungsorten marschieren.

---

6 " . . . Schlicke spricht seinen Dank aus, daß den Gewerkschaftsvertretern Gelegenheit zu dieser Aussprache gegeben sei. Durch ihr Erscheinen bekundeten sie den Willen im Interesse der Allgemeinheit zusammen zu arbeiten. Er schloß sich den Ausführungen des Vorsitzenden über die wichtigen drei Fragen der Demobilmachung an. Die Behörden sollten keine Erwägungen veranstalten, sondern Aufträge vergeben. Die erforderlichen Reparaturarbeiten an rollendem Material würden reichliche Arbeitsgelegenheit schaffen. Außerdem sei aber notwendig, daß auch die inländischen Rohstoffe rechtzeitig und in umfangreichem Maße zur Verfügung gestellt werden. Durch das vorläufige Fehlen der Ausfuhr werde die Verfeinerungsindustrie nennenswerte Arbeitermassen nicht aufnehmen können, deshalb müsse die Rohstoffindustrie ergiebig betrieben und ihr die freiwerdenden Arbeitskräfte zugeführt werden, zumal der Arbeitsmarkt sie nicht alle aufnehmen könne. Durch die damit zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte sei die Schwerindustrie in der Lage, soviel Arbeiter zu erhalten, wie zur Einführung der Achtstundenschicht notwendig sei. Entsprechend dem Vorgehen in anderen Gewerben zu Kriegsanfang schlug der Redner vor, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, die bei den Behörden vorstellig werden soll, damit rechtzeitig Arbeit beschafft wird und die Frage der Arbeitszeitverkürzung und Einführung der achtstündigen Schicht beraten soll. Außerdem müsse sich diese Arbeitsgemeinschaft auch mit der Frage des Arbeitsmarktes selbst beschäftigen. Die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises sei bestimmt zu erwarten. Bisher habe sich die Industrie der paritätischen Nachweise nicht bedient, weil diese den fachlichen Bedürfnissen des Gewerbes zu wenig Rechnung tragen. Es sei notwendig, gemeinsame Einrichtungen zu schaffen, die bei der gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises mit in das Gesetz aufgenommen werden können. Ferner müsse vermieden werden, daß bei der Demobilisierung und der Übergangswirtschaft das Wirtschaftsleben Erschütterungen ausgesetzt sei. Die Arbeitsgemeinschaft hätte daher auch zu beraten, inwieweit Schlichtungsämter und -ausschüsse diesen Erschütterungen vorbeugen könnten. Schließlich sei auch noch die Frage der Lebensmittelversorgung zu erörtern. Der Anregung des Vorsitzenden, die zu erwartende Anhäufung der Arbeiter an den einzelnen Orten festzustellen, müsse Folge geleistet werden. Ferner müsse geprüft werden, ob die Anlegung von Bezirksstapelplätzen die Versorgung großer Industriegebiete erleichtern würde."

7 Ernst Poensgen, Direktor bei Phoenix.

8 "Die Transportmittel und Baracken dürfen aber nicht zu teuren Preisen zur Verfügung gestellt werden, sondern gegen Zinsen und angemessene Amortisationszahlung."

Eich[9]:

In Düsseldorf, Essen, Siegburg und anderen Orten ist bei einer sofortigen Einstellung der Munitionsarbeit die Lage besonders kritisch. In Düsseldorf bleiben bei Umstellung auf die Friedensarbeit etwa noch 40 000 Menschen übrig. Schon aus ernährungswirtschaftlichen Gründen müssen diese Überschießenden so schnell wie möglich in ihre Heimat zurückgeführt werden, denn zum größten Teil stammen sie vom Lande.

Vögler:

Wenn mit der Möglichkeit der sofortigen Einstellung der Munitionsarbeit gerechnet werden muß, dann haben wir ein unlösbares Problem vor uns. Meiner Ansicht nach sind dann allein bei der Einstellung der Herstellung von Granaten und Zündern etwa 1 Million Arbeiter beschäftigungslos. Eine solche Schwierigkeit könnte technisch nur durch ein massenweises Abschieben nach vorbereiteten Arbeitspunkten gelöst werden. Günstiger liegen die Dinge, wenn die Munitionsarbeit nicht sofort eingestellt wird. Auch für diesen Fall müssen natürlich genaue Vorbereitungen getroffen werden, und zwar in der Weise, daß von der centralen Vergebungsstelle jedes Werk Aufträge zugewiesen erhält, sich darauf einrichten kann und nur das Stichwort der Vergebungsstelle abzuwarten hat, um mit der Umstellung der Kriegsarbeit auf die neuen Arbeiten zu beginnen.[10]

Schlicke:

Wir müssen wohl mit dem schlimmsten Fall, nämlich mit der sofortigen Einstellung der Munitionsarbeit rechnen. Tritt dieser Fall nicht ein, so ist es dann umso besser für uns. Die Arbeiter müssen sofort nach der Demobilmachung freie Fahrt zur Rückkehr in ihre Heimat haben. Dagegen sperrt sich bis jetzt der Preußische Eisenbahnminister. – Die Proviantämter müssen aufgemacht werden, um an den schwierigen Punkten die Versorgung zu sichern, und schließlich muß eine mit Vollmacht ausgerüstete Stelle für die Vergebung von Arbeiten geschaffen werden.

Hugo Stinnes:

Die Vorpostenboote auf der See müssen für den Fischfang frei gegeben werden und die Werften für den Handelsschiffbau. Auch bereits begonnene Kriegsschiffbauten soll man einstellen. Vor allem aber muß mit aller Gewalt und restlos mit der Berliner Bevormundung aufgeräumt werden. Sofort nach der ersten Wilson-Note haben die Amerikaner nach Dänemark Offerten . . . gemacht. Ich rechne nach etwa 12 Monaten nach der Demobilmachung mit einem riesigen Arbeitermangel, der einige Jahre andauern wird. Diese 2-3 Jahre müssen wir in Deutschland benutzen. Nachher kommt auf der ganzen Welt das Sparen. Bis dahin müssen wir im Auslande wieder im Sattel sitzen. So etwas können Behörden aber nicht regeln.

Beukenberg:

stellt die Frage der Einführung der achtstündigen Schicht zur Erörterung. Ich kann mir denken, daß nach der Demobilmachung unmittelbar Überfluß an Arbeitskräften besteht, sodaß zeitweilig bezirksweise und in einzelnen Betrieben die Schichtdauer verkürzt wird. Hierbei ist aber zu bedenken, daß bei drei Schichten infolge Pausenverkürzung mehr erzeugt wird und die Unterbringung dieser Mehrerzeugung nicht gesichert ist. In Zukunft sind für die Frage der Arbeitszeitverkürzung entscheidend die Menge der zur Verfügung stehenden Arbeiter und der Auslandswettbewerb. Man darf nicht vergessen, daß im Frieden große Mengen ausländischer Arbeiter jährlich in Deutschland verwendet wurden.

---

9 Nicolaus Eich, Direktor bei Mannesmann.

10 "Die möglichste Beschleunigung der Auftragserteilung soll dadurch erreicht werden, daß alle Behörden schon jetzt die Aufträge ausarbeiten lassen, damit ihre Ausführung nach Erteilung eines Stichworts der obersten Behörden sofort begonnen werden kann. Eine sofortige Einstellung der Kriegsarbeit innerhalb 24 Stunden sei technisch nicht möglich." Johann Hasslacher, Generaldirektor der Rheinischen Stahlwerke, added, "Für den Grad der Beschäftigung sei wichtig die sofortige Freigabe der Ausfuhr, wodurch gleichzeitig Gelegenheit gegeben wird, die Erbitterung des neutralen Auslandes gegen Deutschland wettzumachen."

Wieber:

In dieser Frage ist ein Zugeständnis der Arbeitgeber äußerst notwendig. Die Arbeiter wissen, daß die Regelung der Arbeitszeit eine Frage des internationalen Wettbewerbs ist. Im Frieden ist es aber bei allen sozial-politischen Maßnahmen gelungen, dem Wettbewerb des Auslandes standzuhalten. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß das auch nach dem Kriege gelingen wird.

Reichel:

Die 3 x 8stündige Schicht wollen wir nur für die Dauerbetriebe. Für die weiterverarbeitenden Betriebe sind wir mit dem allmählichen Abbau der jetzigen Arbeitszeit bis auf 9 Stunden etwa zufrieden.

Gleichauf:

Nur im Westen und in Schlesien haben wir noch die langen Arbeitszeiten.

Czischlick:

Die hiesigen Arbeiter glauben, sie würden für ihr gutes Verhalten im Kriege bestraft durch die lange Arbeitszeit. Man sagt, hätte man im richtigen Augenblick die Brocken hingeworfen und sich nicht aufs Verhandeln gelegt, so hätte man heute die verkürzte Arbeitszeit. Die 8stündige Schicht für die Feuerarbeiter sei aber vor allem eine Gesundheitsfrage.

Von Arbeitgeberseite wurde dann nochmals in eingehenden Ausführungen auf die Schwierigkeit der Arbeitszeitverkürzung hingewiesen, besonders jetzt, wo das Schicksal Elsaß-Lothringens zweifelhaft geworden, wo England ein ganz anderer Wettbewerber wie in Friedenszeiten sein werde, wo Belgien mit unserem Geld anstelle seiner alten unmodernen Betriebe neue leistungsfähige Anlagen erhalten soll usw.

Hue:

Wir sind uns der Schwierigkeiten der Eisen- und Stahlindustrie wohl bewußt. Die Internationalisierung des Arbeiterschutzes ist notwendig. Dafür sind die Arbeitnehmer und wie ich aus ihren Zurufen entnehme, auch die Arbeitgeber. Dafür ist aber auch in England und Frankreich Stimmung. Bei den Hochöfen schlägt die Vermehrung der Arbeitskräfte durch Einführung der 8stündigen Schicht nicht zu Buch. 1913 wurden auf den deutschen Hochofenwerken nur 41 000 Mann beschäftigt. Entscheidend ist diese Frage in Rücksicht auf die Gesundheit und auf die Stimmung. In der Übergangszeit müssen wir auf jeden Fall verkürzen; wenn wir die Anarchie vermeiden wollen, müssen die Leute an der Arbeit bleiben, und dann muß ich immer wieder auf die Stimmung hinweisen. Wir Gewerkschaften verlieren ohne eine wirksame Konzession Ihrerseits jeden Einfluß. Auch die Überschichten müssen beseitigt werden, und alles muß ohne behördlichen Zwang eintreten. Auch die 24stündige Schicht muß endlich verschwinden.

Wieber:

Man sollte wenigstens so schnell wie möglich die jetzige Forderung der Arbeiterschaft auf Verkürzung der Samstagsschicht erfüllen. Alle übrigen Fragen können zurückgestellt werden.

Beukenberg:

Ich schlage nun vor, daß die weiteren Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit zwischen den Arbeitervertretern und dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes geführt werden als der hierfür zuständigen Stelle.

Dr. Woltmann[11]:

widerspricht. Es sei unbedingt notwendig, die ganzen Verhandlungen durch den Vorstand der Nordwestlichen Gruppe gehen zu lassen und jede Zersplitterung zu vermeiden. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes sei heute ausreichend vertreten, und es sei selbstverständlich, daß der Arbeitgeberverband zu der vorliegenden Frage eingehend Stellung nähme, aber die weiteren Verhandlungen müßte

11 Arnold Woltmann, Direktor bei der Gutehoffnungshütte.

dann der Vorstand der Nordwestlichen Gruppe führen.
Dem wurde von der Versammlung zugestimmt.

B e u k e n b e r g:

Wir wollen dann nach Rücksprache mit unseren Auftraggebern eine weitere Mitteilung in Sachen Arbeitszeitverkürzung machen.[12]

Zur Versorgung mit Lebensmitteln beantragt E i c h Aufhebung des Schleichhandelsverbotes der Werke. Er führt die Unzufriedenheit der Bevölkerung in den Munitionsstädten hauptsächlich darauf zurück, daß den Arbeitern nicht mehr wie bisher private Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden konnten.

R e i c h e l:

wehrt sich dagegen, daß den Gewerkschaften die Schuld für die Einstellung des Schleichhandels in die Schuhe geschoben wird. Den Gewerkschaften sei von dem Unterstaatssekretär Dr. M ü l l e r ein Vortrag über die Lage der Ernährung gehalten und Unterstützung der Maßnahmen der Regierung gefordert [worden]. Die Gewerkschaften hätten große Bedenken gegen die Einstellung des Schleichhandels gehabt und seien erst beruhigt gewesen, nachdem ihnen versichert [worden] sei, es würde der Schleichhandel natürlich nur unter gleichzeitigem Ersatz an anderweitigen Lebensmitteln unterbunden werden.

Dr. W o l t m a n n:

Gegen die Aufhebung des Schleichhandelsverbots bestehen nur dann keine Bedenken, wenn gleichzeitig die Werke sich zu einer gemeinsamen Einkaufs- und Verteilungsgesellschaft zusammenschließen. Die am 13. Januar in Berlin versammelten Arbeitgeber haben nicht leichtsinnig das Versprechen abgegeben, auf den Schleichhandel zu verzichten. Sie standen genau derselben Lage gegenüber, wie die Vertreter der Gewerkschaften, daß nämlich der Staatssekretär W a l d o w von dem durch den

---

12 "Von den Vertretern der Industrie wurde darauf hingewiesen, daß bereits im Frieden auch von ihr eine Änderung der Arbeitszeit im Hochofenbetrieb erstrebt worden sei. Im Frieden sei von der Großeisenindustrie eine große Anzahl ausländischer Arbeitskräfte beschäftigt worden, mit denen nach dem Krieg nicht mehr zu rechnen sei. Außerdem sei ein Teil der bisherigen Arbeiter gefallen. Der somit geschaffene Ausfall an Arbeitskräften würde durch gegebenenfalls freiwerdende Arbeiter ausgeglichen, so daß für die Großeisenindustrie ein Überfluß an Arbeitskräften nicht eintreten würde (Beukenberg). Des weiteren wird bezweifelt, ob überhaupt ein Arbeiterüberfluß eintritt. Nach einer Übergangszeit von einigen Monaten, in der sich die Verteilung regeln muß, wird für die Eisenindustrie wieder Arbeitermangel eintreten, sodaß die Durchführung der achtstündigen Schicht schon aus Menschenmangel scheitern wird (Hugo Stinnes).
Berücksichtigt werden müsse nach wie vor die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Auslande. Die Grundlage unserer Wettbewerbsfähigkeit bildet die Verhüttung der französischen und lothringischen Erze (Direktor Ernst Poensgen). Auf die Hinweise der Gewerkschaftsführer, daß stellenweise das Ausland die Achtstundenschicht eingeführt hat, wird erwidert, daß darauf zum Teil der Rückgang der englischen Industrie zurückzuführen sei, daß aber im Gegensatz zu Deutschland mit seiner stetigen Arbeit England und Amerika große Arbeitermassen entlassen haben, sobald eine schlechte Konjunktur einsetzte (Kommerzienrat Eich, Generaldirektor Vögler, Direktor Ernst Poensgen). Die Zeit der Demobilisation und der Übergangswirtschaft mit ihrer Arbeiter- und Wohnungsnot sei überhaupt für die Einführung der Achtstundenschicht ungünstig. Ein Abbau der Arbeitszeit sei im Gange (Kommerzienrat Eich) und ein Arbeiterüberfluß würde von selbst eine andere Regelung der Schichten zur Folge haben (Generaldirektor Vögler). Von Gewerkschaftsseite wurde hervorgehoben, daß von ihnen die schwierigen Produktionsverhältnisse der Industrie anerkannt würden. Die Menge der Arbeitskräfte, die bei der Einführung der achtstündigen Schicht z. B. im Hochofen notwendig sei, sei nicht so wesentlich (Hue).
Der Geist des Anarchismus mache sich immer bemerkbarer. Es wäre zu begrüßen, wenn die Industrie freiwillig zu einer Verkürzung der Arbeitszeit überginge und nach Möglichkeit die Überstunden vermiede. Für Betriebe mit geringen Auftragsbeständen möge schon jetzt unter Hinzuziehung der Arbeiterausschüsse eine Arbeitszeitverkürzung erwogen werden. Die achtstündige Schicht solle zunächst auch nur für die durchgehenden Feuerbetriebe eingeführt werden. Wegen der internationalen Bedeutung der Frage erklären die Anwesenden ihre Zustimmung, anzustreben, daß die Einführung der Achtstundenschicht im Friedensvertrag vorgesehen wird. Die Vertreter der Industrie erklären sich bereit, die Frage der Arbeitszeitverkürzung im Gesamtvorstand und dem Arbeitgeberverband erörtern zu wollen. Die Besprechungen sollen dann in dem heute versammelten Kreise weiter fortgesetzt werden . . . ."

Schleichhandel ermöglichten Vorverzehr einen Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft befürchtete.[13] Erst nachdem der Staatssekretär Lieferung von Ersatzlebensmitteln zugesagt, hätten sich die Arbeitgeber einverstanden erklärt. Im übrigen dürfe nicht verkannt werden, daß auch die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer ein großes Interesse an der Einstellung des Schleichhandels gehabt hätten, insofern nämlich, daß der ungeordnete Schleichhandel eine dauernde Quelle der Unzufriedenheit in unserer Arbeiterschaft gewesen sei. Was nun die Wirksamkeit der Industrieversorgungsstellen angehe, so sei sie sicher verschieden, je nach den Persönlichkeiten. Die Düsseldorfer habe bis jetzt sehr gut gewirkt und im allgemeinen das geleistet, was man von ihr erwarten könne. Teilweise habe es auch in der Industrie am Verständnis für die Arbeit der Industrieversorgungsstellen gefehlt. Solange die Absperrung der Grenzen dauere, könne von einer Rückkehr zu dem alten Stand keine Rede sein.

Das Thema des Schleichhandels wurde darauf fallen gelassen.[14]

Die übrigen Punkte, z. B. Arbeitsnachweis, mußten wegen der vorgeschrittenen Zeit zurückgestellt werden.

Zuletzt bringt B e u k e n b e r g die Zuziehung der Wirtschaftsfriedlichen in Vorschlag. Die Arbeiterorganisationen hüllten sich zuerst in Schweigen. Dr. Beumer, Dr. Woltmann und Hugo Stinnes erklären, daß es sich hierbei für die Arbeitgeber um eine Anstandspflicht handele, in der ihnen die Arbeitnehmer entgegenkommen müßten. Der Zweck der Verhandlungen sei doch, die Elemente der Ordnung zu sammeln und der Anarchie zu steuern. In eine solche Versammlung gehörten doch dann in erster Linie die Wirtschaftsfriedlichen.

Die Arbeitervertreter ziehen sich zu einer Beratung zurück. Als sie wieder hereinkommen, äußert sich Herr Schlicke wie folgt.

Wir können die Wirtschaftsfriedlichen als Arbeitervertreter nicht ansehen. Sie werden von den Unternehmern mit Geldmitteln unterstützt. In allen großen Arbeiterfragen, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsnachweis, sind die Wirtschaftsfriedlichen uns aufs Schärfste entgegengetreten. Das Organ "Der Werkverein" trieft von den heftigsten Angriffen gegen uns. Wir fürchten, daß bei Teilnahme der Wirtschaftsfriedlichen der heute so erfreuliche Gang der Unterhandlungen unliebsame Störungen erfährt. Wenn aber der Herr Vorsitzende seinerseits die Wirtschaftsfriedlichen zu den Verhandlungen zuzieht, so haben wir nichts dagegen. Wir bemerken nur ausdrücklich, daß wir sie als Arbeitervertreter nicht anerkennen, und daß wir die Vertretung der Arbeiter allein in der Arbeitsgemeinschaft sehen, welche durch die Gewerkschaften der drei Richtungen gebildet ist.

Hugo S t i n n e s:

stellt fest, daß wir diese Erklärung annehmen, und daß somit ein Weg gefunden sei zu einer Zuziehung der Wirtschaftsfriedlichen, ohne daß die grundsätzlichen Gesichtspunkte der Arbeitnehmer[a] in irgend einer Weise in Mitleidenschaft gezogen seien.[15]

---

a Handschriftliche Verbesserung: "Arbeitnehmer" durch "Gewerkschaften" ersetzt.

13 On the efforts to eliminate industrial utilization of the black market, see Feldman, *Army, Industry and Labor . . .*, pp. 460-461.

14 " . . . Des weiteren ergab die Erörterung Einstimmigkeit in der Behandlung der Ernährungsfrage. Es wurde festgestellt, daß die Gewerkschaften nur deshalb im Januar 1918 für das Verbot des Werkschleichhandels gestimmt haben, weil das Kriegsernährungsamt erklärte, die Versorgung der Gesamtbevölkerung drohe zusammenzubrechen und die Industrie habe dem geplanten Verbot bereits zugestimmt. Die einschlägigen Fragen sollen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse in späteren Sitzungen besprochen werden. Dabei werde zu erwägen sein, welche Maßnahmen bei Aufhebung des bisherigen geschlossenen Handelsstaates zu ergreifen seien (Geheimrat Hugenberg) und ob die Gründung von Einkaufsgesellschaften der Werke notwendig sei (Direktor Dr. Woltmann). Es müsse auch an Auflösung der Z.E.G. (Zentraleinkaufsgesellschaft) gedacht werden (Hugo Stinnes). Zu berücksichtigen sei ferner, daß bei der Demobilisation Kartoffeln und Zucker für menschliche Nahrung frei würden."

15 " . . . Nach einer Beratung unter den Gewerkschaftsführern lassen diese durch Schlicke erklären, daß sie die Wirtschaftsfriedlichen als wirtschaftliche Organisationen der Arbeiter nicht betrachten können. Die Gewerkschaften bestimmten ihre Vertreter für die Verhandlungen mit der Industrie. Sie würden aber diesen keine Vorschriften machen, wenn von ihnen zu den Beratungen eingeladen wird . . . ."
It should be noted that the industrialists had been placed under strong pressure to stand by their obligations to the yellow unions before the meeting. On October 20, General Director Reusch of the Gutehoffnungshütte,

R e i c h e l:

regt noch organisatorische Fragen an. Er schlägt vor:
1. einen kleineren Arbeitsausschuß von je 2 Herren zu bilden,
2. einen Bezirksausschuß für Rheinland-Westfalen einzusetzen,
3. da, wo es nötig ist, Ortsausschüsse zu bilden.

Auch über diese Frage und über die Benennung von Personen für den Arbeitsausschuß soll bis zur nächsten Zusammenkunft von den beiden Gruppen unter sich beraten werden.

---

one of the most enthusiastic supporters of yellow unions, wrote to Beukenberg objecting to the failure to include yellow union representatives in the meeting scheduled for October 26. He pointed out that "Wir haben seinerzeit dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg die heftigsten Vorwürfe gemacht, weil er die wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen übergangen hatte. Wenn wir heute den gleichen Weg beschreiten wie der ehemalige Reichskanzler, so versündigen wir uns meines Erachtens an der ganzen wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung in einer nie wieder gutzumachenden Weise. Wir müssen in der heutigen ernsten Zeit doch unbedingt alle Kräfte zusammenfassen und dürfen jetzt nicht gerade diejenigen Organisationen vor den Kopf stoßen, die bisher noch allein treu zum Arbeitgeber gehalten haben." Beukenberg und Vögler, obviously anxious to do nothing that would harm the forthcoming negotiations with the trade union leaders, sought to assuage Reusch by arguing that negotiations with one set of union leaders by no means precluded separate negotiations with others and finally by promising that the yellow union leaders would be invited to future negotiations. They asked Reusch to use his influence with the yellow union leaders to explain the situation. Reusch, however, made it clear that he would withhold final judgement of the matter until he was sure that his colleagues would keep their promise and bring the yellow union leaders into future meetings. For the correspondence, see Phoenix-Rheinrohr-Archiv, P/1/25/55/ 1.

H.

Berlin, den 30. Oktober 1918

H. von Raumer an C. F. von Siemens,
Siemensstadt b. Berlin.

Sehr verehrter Herr von Siemens!

In der heute von Herrn Henrich und mir mit Herrn Legin *[sic!]* gehaltenen ausführlichen Besprechung haben wir uns auf die anliegenden Grundsätze geeinigt, die aber nur vorläufig sein und keine der Parteien binden sollen. Für Abänderungsvorschläge bleibt also der weiteste Raum.

Mit verbindlichem Gruß bin ich in aufrichtiger Hochachtung

Ihr sehr ergebener
Raumer

1 Anlage.

Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind entschlossen, in allen Fragen der Demobilmachung und der Frage der Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft einheitlich zusammenzuarbeiten. Sie vereinigen sich demgemäß zu folgenden gemeinsamen Anträgen an die Reichsregierung:

Es ist sofort als selbständiges Reichsamt eine Demobilmachungsbehörde zu schaffen, die sämtliche mit der Demobilmachung zusammenhängenden Fragen bearbeitet. Sie ist mit den umfassendsten Vollmachten auszurüsten. Ihr sind behördliche Organisationen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, (z. B. die K.R.A., die M.F.St.) sowie Kriegsgesellschaften zu unterstellen.

Die Demobilmachungsbehörde wird gebildet aus einem Staatssekretär als Vorsitzendem, sowie aus

---

* Siemens-Archiv, Nachlaß Henrich, 11/Lg 736. A copy was also sent to Rieppel; see M.A.N.-Werksarchiv Nürnberg, Nr. 03/IV.

Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in paritätischer Zusammensetzung von den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer präsentiert werden.[1]

Die Behörde hat sich mit allen mit der Demobilmachung zusammenhängenden Fragen zu befassen, msbesondere z. B. mit

a) Feststellung der Grundsätze über Rückführung und Verteilung der Arbeitskräfte
b) Einrichtung der Arbeitsnachweise
c) Arbeitslosen-Unterstützung
d) Beschaffung von Aufträgen und Anforderung von Notstandsarbeiten
e) Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft.

Die Behörde hat das Recht, Unterorganisationen zu schaffen, die in ihrer Zusammensetzung den für die Zentralbehörde ausgegebenen Grundsätzen entsprechen. Sie hat das Recht, wirtschaftliche oder behördliche Organisationen aller Art mit der Erfüllung von Teilaufgaben zu betrauen.

---

1 Werner Richter in his *Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im I. Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914 - 1919)* (= Beiträge zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung I, Die Novemberrevolution 1918 und die deutschen Gewerkschaften, 1st half-volume), Berlin 1959 , pp. 232-234 refers to this document as an "Antrag" planned for presentation to the government. He notes, however, that it is not to be found in the papers of the Reich government, which contains instead "ein am 6. November im Verlauf der Verhandlungen mit der Regierung eingebrachter, sehr viel weitergehender Antrag." The latter, however, presented below as Document K, does not contain any reference to parity between industry and labor, and Richter uses this to imply that Legien was not being honest in presenting the above Document H to the 1919 Trade Union Congress in Nürnberg and in subsequent propaganda for the "Zentralarbeitsgemeinschaft" as the program of the negotiators. The comparison of the two documents proposed by Richter, however, suggests that his criticism of Legien on this score is somewhat unfair. Document H was meant to serve as a working document for the two negotiating sides, while Document K was much more directly concerned with how the government was to organize the demobilization. While it is true that Document K contains no mention of parity between industry and labor, it also makes no mention of the presence of either employers or trade union leaders in the Demobilization authority. Instead, in point 3 of Document K, the "Arbeitsgemeinschaft", yet to be created in a formal sense, places itself at the disposal of the new Demobilization Office and leaves open the details of organization. Given the function which Document K was meant to serve, it hardly constituted a contradiction of either the spirit or the letter of Document H. Furthermore, considerations of tact may have played a role, since it was somewhat contradictory to assign Koeth enormous powers and then dictate the specific organization of his agency.

I.

Berlin, den 2. November 1918

H. von Raumer an Hugo Stinnes,
Mülheim-Ruhr.

Sehr geehrter Herr Stinnes!

Heute früh ging ich zu Herrn Legien, um mit ihm die Frage der Beteiligung von Vertretern der Gelben an der Dienstag-Besprechung[1] zu erörtern. Herr Legien sagte mir, daß in Erledigung der mit uns geführten Verhandlungen diese Frage auch Gegenstand der gestern mit den Vorständen der Gewerkschaften geführten Verhandlungen gewesen sei, und daß dort einstimmig beschlossen sei, die ganze gemeinsame Aktion mit uns nur dann zu unternehmen, wenn die Gelben ausgeschlossen blieben.

Herr Legien erklärte, daß eine eingehende und vertrauensvolle Aussprache zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern am Dienstag Abend nur dann erfolgen könne, wenn das Kampfinstrument der Unternehmer gegen die Gewerkschaften, d. h. die Gelben, fern blieben. Er setzte des Weiteren auseinander, daß die Zuziehung der Gelben mit der geplanten Aktion direkt in Widerspruch stehe. Die Gelben seien ins Leben gerufen als Kampfmittel der Unternehmer gegen die Gewerkschaften; nun da sich die Verhältnisse durch den Krieg und seinen Verlauf von Grund aus geändert hätten, könnten die Unternehmer nicht den Versuch machen, die Gelben zu konservieren, sondern sie müß-

---

* M.A.N.-Werksarchiv Nürnberg, Nr. 03/IV. A copy was sent to Rieppel.

1 November 5, 1918.

ten richtigerweise vor sie hintreten, ihnen von der Veränderung der Lage Mitteilung machen und ihnen freie Hand geben. Er lehnte auch den Gedanken ab, daß die Gelben durch Umänderung ihrer Satzungen sich etwa in eine Stellung brächten wie die Christlichen und die Hirsch-Dunker'schen *[sic!]*. Denn für eine neue Richtung sei kein Raum; die drei bestehenden Richtungen genügten dem Bedürfnis.

Ich wies Herrn Legien darauf hin, daß in Westfalen die Gewerkschaften bezüglich der Gelben erklärt hätten, daß ihre Zuziehung zu Konferenzen keinen Grund für sie bilde, fern zu bleiben.[2] Herr Legien erwiderte darauf, daß Herr Sachse ausdrücklich gestern mitgeteilt habe, daß die Gewerkschaften bei den Verhandlungen mit dem Zechenverband die Bedingung gestellt hätten, daß die Gelben nicht teilnehmen.

Herr Legien begründete dann, warum die Gelben in einer zentralen Organisation für das Deutsche Reich, wie sie der Demobilmachungsausschuß darstellen solle, keinen Platz hätten.[3] Er wies darauf hin, daß es sich garnicht um eine über ganz Deutschland zusammengefaßte Bewegung handele, sondern um eine rein lokale. Dadurch begründe sich ohne weiteres die Nichtzuziehung zu der Dienstag-Besprechung. Er suchte mir die Richtigkeit dieser Anschauung darzutun durch Hinweis auf die offizielle Arbeiterstatistik, die auch eine Übersicht über die Wirtschaftsfriedlichen enthält. Ich erklärte ihm, über diese Frage nicht genügend orientiert zu sein, benutzte aber seine Ausführung, um die Frage der Teilnahme der Gelben an den in der Bundesratsverordnung in Aussicht genommenen provinziellen und lokalen Ausschüssen zu klären. Ich sagte ihm, daß man bei der Nichtzuziehung der Gelben zu der Gesamtaktion riskieren müsse, daß in dem Demobilmachungsausschuß von Vertretern der Arbeitnehmer die Forderung gestellt würde, die Gelben von den örtlichen und provinziellen Organisationen auszuschließen. Damit werde man aber sofort die Einheit des Ausschusses in Stücke schlagen. Herr Legien erklärte mir darauf, daß dies nicht beabsichtigt sei, und daß er selbst einen solchen Antrag nicht für zweckmäßig halte und ihn, soweit *[es]* an ihm liege, verhindern würde.

Hiernach ergibt sich als Gesamtbild:

Die Gewerkschaften aller Richtungen wünschen die Nichtzuziehung der Gelben und weigern sich, in der Frage der gemeinsamen Aktion für die Errichtung eines Demobilmachungsausschusses mit den Gelben zusammenzuarbeiten. Bestehen wir auf dieser Forderung, so ist die Aktion gescheitert. Die Gewerkschaften beabsichtigen aber nicht, die Gelben von den lokalen und provinziellen Ausschüssen auszuschließen.

Es wäre von dringendstem Interesse, baldmöglichst Ihre Ansicht über die Frage zu erfahren und von Ihnen zu hören, inwieweit die von Herrn Sachse gemachte Mitteilung zutrifft.[4] Ich wäre Ihnen für telegraphische Mitteilung dankbar.

Herrn Vögler habe ich Durchschlag dieses Briefes geschickt.

Mit verbindlichem Gruß bin ich
Ihr
sehr ergebener *[Raumer]*.

---

2 See Document G above.

3 On these unions, see Hermann P. Schäfer, *Die "Gelben Gewerkschaften" am Beispiel des Unterstützungsvereins der Siemens-Werke, Berlin*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 59 (1972), H. 1, p. 41 ff. and the forthcoming study by Klaus Mattheier, *"Die Gelben". Zur Geschichte der wirtschaftsfriedlich-nationalen Arbeiterbewegung in Deutschland 1904 - 1918.*

4 I have found no record of Stinnes' response, but the unions in the coal mining industry were refusing to include the yellow unions, as the documents in Bergbau-Archiv, Bestand 13, Band 300 show. Rieppel's response to the situation in a letter to Raumer of November 6, 1918 reveals the difficulties presented for the employers by the trade union stance: ". . . Es würde außerordentlich bedauerlich sein, wenn die Gewerkschaften sich wirklich gegen die Gelben, die ja an sich das Streikrecht nirgends aufgegeben haben, so vollständig ablehnend verhalten würden. Es würde damit auch in dieser ernsten Zeit ein großer Keil in unsere Arbeiterschaft hineingetrieben - werden. Aber auch die Industrie könnte kaum einheitliche Stellung nehmen. Wir in Süddeutschland sind, obgleich die Gründung von hier ausging, im großen ganzen weniger berührt. Die Kreise der Gelben genießen aber großes Ansehen. Deshalb würde die Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaften umso tiefer gehen.
Ich hoffe immer noch, daß es Ihnen gelingen wird, eine Vermittlung zu erreichen. Denn die Überlassung der Stellungnahme in den Lokalverbänden bedeutet für die Gelben nichts. Sicherlich wird man in den Lokalverbänden sich genau nach den Absichten der Zentralleitung der Gewerkschaften richten. Mir ist die Stellungnahme der Gewerkschaften nicht verständlich. Denn ich glaube mich genau zu erinnern, daß Herr Staatssekretär Bauer auf meine Frage in der Zusammenkunft in Ihrer Wohnung am 22. 10. sich dahin äußerte, die Frage der Gelben könne kaum ein Grund gegen die Vereinbarung sein. Ich habe dies so gedeutet, als ob den Gelben die Beteiligung zugestanden würde. . . ."; see M.A.N.-Werksarchiv Nürnberg, Nr. 03/IV.

J.

Berlin, den 16. November 1918

Dr. J. Reichert an Beukenberg.

Betr.: Wirtschaftsfriedliche Arbeitervereine.

In der am 5. November im Hotel Continental zu Berlin in Anwesenheit der Herren Ernst von Borsig, Henrich, Rathenau, Hugo Stinnes, Vögler, Deutsch, von Raumer, C. Legien, A. Stegerwald[1], F. Neustedt[2], Paul Eisner, S. Aufhäuser[3], Dr. Höfle[4] [abgehaltenen Besprechung] wurde bei Erörterung des von den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen gemachten Vorschlages auf Bildung einer Arbeitsgemeinschaft auch die Frage der Aufnahme der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine (gelben) in die Arbeitsgemeinschaft eingehend behandelt.

Herr Legien behauptete, daß die Wirtschaftsfriedlichen sich nur durch die ihnen von den Arbeitgebern gewährten Unterstützungen sowie durch den von den Arbeitgebern auf die Arbeiterschaft ausgeübten Beitrittszwang hielten. Beseitige man Unterstützung und Zwang so würden die Wirtschaftsfriedlichen sich in allerkürzester Zeit auflösen und den freien Gewerkschaften sich anschließen. Er behauptete, daß auch jetzt schon ein Zerfallsprozeß sich geltend mache; so widerstrebten in den Betrieben der Firma Siemens die Wirtschaftsfriedlichen der Neuwahl des Arbeiterausschusses, weil sie infolge des Anwachsens der gewerkschaftlich organisierten Elemente befürchteten, ihre Stellung im Ausschuß zu verlieren.

Er erklärte, daß unter diesen Umständen die Gelben keinen Anspruch auf Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft hätten, weil sie keine Vertreter der Arbeitnehmerinteressen sondern eine völlig künstliche Erscheinung seien. Übrigens sei ein Entgegenkommen der Gewerkschaften in der Richtung der Mitarbeit mit diesen Gelben zur Zeit politisch unmöglich; denn die Mitglieder der Gewerkschaften würden eine solche Politik der Generalkommission nicht verstehen. Die Sache würde von den radikalen Gegnern der freien Gewerkschaften agitatorisch ausgenutzt werden und politisch außerordentlichen Schaden stiften.

Im Laufe der weiteren Erörterung, in der die Vertreter der Arbeitgeber die Behauptungen des Herrn Legien über die Art des Zustandekommens und die Lebensfähigkeit der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine bestritten, machte schließlich Herr Legien folgenden Vorschlag:

Die Arbeitgeber sollten sich verpflichten, den wirtschaftsfriedlichen Werkvereinen fortab keine finanzielle Unterstützung mehr zu gewähren. Ferner sollten sie sich verpflichten, den Mitgliedern der Werkvereine keinerlei Sondervorteile gegenüber ihrer sonstigen Arbeiterschaft zukommen zu lassen. Sie sollten endlich erklären, daß sie ihren Arbeitern bezüglich des Beitritts zu Arbeitnehmerorganisationen völlig freie Hand lassen.

Herr Legien behauptete, daß die Werkvereine bei Innehaltung dieser Verpflichtungen seitens der Arbeitgeber binnen weniger Monate der Auflösung verfallen würden. Erweise sich diese Voraussetzung nicht als richtig, würden sich die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine ohne Unterstützung und ohne Zwang als lebensfähig erweisen, so sei daraus zu schließen, daß es sich wirklich um Organisationen der Arbeitnehmer handle, die einem besonderen Bedürfnis entsprungen seien. Man würde dann in Verhandlungen über die Zuziehung dieser Werkvereine zu der Arbeitsgemeinschaft verhandeln müssen.

Als Zeitpunkt für den Eintritt in diese Prüfung verlangte er eine Frist von 6 Monaten, nebenbei auch aus dem Grunde, weil frühere Verhandlungen bei der derzeitigen politischen Erregung der Gewerkschaftsmitglieder unzweckmäßig seien.

---

* Phoenix-Rheinrohr-Archiv, P/1/25/55/1.

1 Adam Stegerwald, Generalsekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

2 Franz Neustedt, Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.).

3 Siegfried Aufhäuser, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

4 Dr. Höfle, Direktor der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten sich bereit, mit den Arbeitnehmern in entsprechende Verhandlungen einzutreten, erklärten aber die Frist von 6 Monaten für zu lang.

K.

Berlin, den 6. November 1918

H. von Raumer an von Rieppel,
Nürnberg.

Sehr verehrter Herr Reichsrat!

In der Anlage erlaube ich mir, Ihnen das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen zu überreichen.

In der Verhandlung ist auch die Gelben-Frage eingehend erörtert worden. Das Ergebnis der Erörterung werde ich mir erlauben, Ihnen zugehen zu lassen,[1] sobald ich dasselbe einwandfrei mit den anderen Herren Teilnehmern festgelegt habe.

In aufrichtiger Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener
Raumer.

1 Anlage:

Berlin, den 6. November 1918

Zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben Verhandlungen stattgefunden, um eine Arbeitsgemeinschaft für die Aufgaben der Abrüstung und der Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zu errichten.

Diese Verhandlungen sind erfolgreich geführt worden und stehen vor ihrem Abschluß. Im Verfolg dieser Verhandlungen sind die Unterzeichneten zusammengetreten, um die für unsere Zukunft entscheidende Frage der staatlichen Organisation der Abrüstung zu beraten. Sie unterbreiten dem Herrn Reichskanzler nachstehenden Antrag:

1) Ein selbständiges Reichsamt für die einheitliche Durchführung der Abrüstung ist zu errichten und mit den weitgehendsten Vollmachten auszustatten.
2) Da die Aufgaben der Abrüstung in alle Zweige der behördlichen und wirtschaftlichen Organisation eingreifen, muß ein Zusammenwirken des neuen Reichsamtes mit allen übrigen Reichs- und einzelstaatlichen Behörden sowie mit den militärischen Stellen in engerer, wirksamerer und reibungsloserer Weise gewährleistet sein als dies bei den bisher errichteten Kriegsbehörden sich als möglich erwiesen hat. Denn von der raschen und restlosen Erfüllung seiner Arbeit hängt unsere staatliche und wirtschaftliche Existenz ab.
   Ein enges und laufendes Zusammenarbeiten mit dem Kriegskabinett ist erforderlich. Wir halten dies nur dann für erreichbar, wenn neben dem geschäftsführenden Staatssekretär ein Mitglied des Kriegskabinetts in die Leitung des Amtes delegiert wird. Seine Aufgabe ist, das Zusammenwirken aller Behörden mit dem neuen Reichsamt herbeizuführen und etwa entstehende Konflikte durch die Autorität des Kriegskabinetts zur sofortigen Lösung zu bringen.
3) Der neuen Behörde stellt sich die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Mitarbeit und Eingliederung zur Verfügung.

---

* M.A.N.-Werksarchiv Nürnberg, Nr. 03/IV. Richter has located a copy in Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 2 398, Bl. 208-209; see above Document H, Footnote 1. I have found another copy in Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 7291, Bl. 212.

1 See Document J.

Weitere Vorschläge für Einzelheiten der Organisation dürfen wir uns vorbehalten.

Ernst von Borsig	C. Legien
Henrich	A. Stegerwald
Rathenau	F. Neustedt
Hugo Stinnes	Paul Eisner
Vögler	S. Aufhäuser
Deutsch	Dr. Höfle

IV. THE CREATION OF THE DEMOBILIZATION OFFICE AND THE CONCLUSION OF THE STINNES–LEGIEN AGREEMENT

By the time the industrialists and trade union leaders had agreed upon a common program, the revolutionary situation that had caused both sides to act with such rapidity in October was giving way to revolution itself. While the hard bargaining that had characterized the negotiations until this point continued, the trade union leaders now had a decisive advantage. The leading negotiators on the employer side were anxious to avoid wasting time and were anxious to strengthen the position of the trade unions with the masses. Just as both the industrialists and trade union leaders were prepared to force the government to bow to their wishes, so the businessmen conducting the negotiations in Berlin had no inhibitions about riding roughshod over the reservations of the traditional organizations and local interests. This decisiveness is quite evident in the first document below in which Raumer describes to Rieppel the imposition of the Demobilization Office on the government, the pushing aside of the traditional industrial organizations, and the decision to tie the creation of the "Arbeitsgemeinschaft" with a new central organization for all German industry. Although this document was sent on November 16, it begins the section because it is the best and most comprehensive contemporary document I have found relating the above mentioned developments.

Indeed, the written record on the negotiations in Berlin after November 5 which concluded in the Stinnes-Legien Agreement signed on November 15 is very slight. The drafting of the agreement was assigned to Raumer and Leipart, whose deliberations were only briefly interrupted by the Revolution of November 9. The draft was completed and discussed by November 12. There was little time for discussion and consultation outside Berlin. Stinnes pressed his colleagues in the Ruhr for full powers to act on their behalf "weil sonst zuviel wertvolle Zeit verloren gehe und die Gewerkschaften fürchten, die Leute nicht mehr in der Hand zu halten."[1] The chief stumbling blocks to the final settlement were the yellow union and eight hour day questions. On the former question, the trade unions kept to their compromise formula of November 5.[2] On the latter question, the overt concession of the eight hour day was combined with trade union acceptance of the principle that it would have to be internationalized (Document D). The peculiar combination of external pressure leading to employer acceptance of trade union demands and employer tenacity in warding off total surrender is well illustrated by the discussion in the "Hauptvorstand" of the "Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" on November 14, 1918 (Document C).

---

1 Beukenberg to Beumer, November 12, 1918; Phoenix-Rheinrohr-Archiv, P/1/25/55/1.

2 See Document III-J.

A.

Berlin, den 16. November 1918

H. von Raumer an von Rieppel,
Nürnberg.

Betr. Demobilmachung

Sehr geehrter Herr Reichsrat!

Auf Ihr gefl. Schreiben vom 14. ds. darf ich Ihnen Nachstehendes zu ihrer Orientierung mitteilen:

Bei unseren Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern wurde entsprechend dem aktuellen Bedürfnis auch die Frage der Demobilmachung eingehend erörtert. Hierbei ergab sich zwischen uns und den Gewerkschaftsführern eine völlige Übereinstimmung. Wir waren der Ansicht, daß eine Abteilung im Reichswirtschaftsamt mit einem Unterstaatssekretär an der Spitze unter keinen Umständen in der Lage sei, diese ungeheure Aufgabe durchzuführen und vor allem die Reibungen zu überwinden, die sich bei der Lösung der Aufgabe mit den anderen Reichs- und einzelstaatlichen Behörden ergeben müßten. Wir verlangten daher ein selbständiges Reichsamt mit fast diktatorischen Befugnissen und wir einigten uns für diesen Posten auf Herrn Oberstleutnant K o e t h. Wir haben dann, da die Sache auf das äußerste drängte, unseren Antrag bei der Reichsregierung energisch verfolgt. Am 5. November erfolgte die grundsätzliche Einigung mit den Gewerkschaften und der Beschluß eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.[1] Als erste Handlung dieser Arbeitsgemeinschaft wurde ein Antrag an den Reichskanzler formuliert und dieser am 6. früh von mir in der Reichskanzlei abgegeben. Gleichzeitig übermittelte ich Excellenz von Payer[2] den Wunsch, daß die von uns deputierten Herren Stinnes, Rathenau, Legien und Stegerwald von ihm noch an demselben Tage empfangen würden. Es war höchste Eile geboten, da am 7. November der Bundesrat die von uns für unzweckmäßig erachtete Verordnung beschließen sollte.[3]

Herr von Payer erklärte sich für unzuständig. Ich habe hierauf den Antrag gestellt, daß der Herr Reichskanzler selbst die Herren noch am selben Tage empfinge. Diesem Antrage wurde stattgegeben. Abends 7 Uhr fand eine Konferenz statt, an der der Herr Reichskanzler, die Herren des Kriegskabinetts und die Staatssekretäre teilnahmen. Dort ist nach anfänglichem starkem Protest in 3-stündiger Debatte unsere Idee durchgesetzt worden. Der Staatssekretär Graf Roedern[4] erhielt die Vollmacht mit uns weiter zu verhandeln. Indessen sollte die Bundesratsverordnung abgeändert und so gestaltet werden, daß in diesem Rahmen auch unser Vorschlag ohne weiteres verwirklicht werden könnte.

Am 7. abends wurde dann in der Deutschen Gesellschaft mit den Herren Graf Roedern, Dr. August Müller und Geheimrat Simson eingehend verhandelt. Die Verhandlung endete mit dem Vorschlage des Grafen Roedern, Herrn Oberstleutnant Koeth zum Stellvertreter des Reichskanzlers in allen Demobilmachungssachen in der Stellung eines Art Vizekanzlers zu ernennen, ihn ferner in das Kriegskabinett aufzunehmen und zum Preußischen Minister und Preußischen Demobilmachungskommissar zu ernennen. In dieser Eigenschaft würde er dem Reichswirtschaftsamt übergeordnet sein, das nach seinen Weisungen zu handeln haben würde, sodaß er sozusagen 2 Abteilungen, nämlich: sein Demobilmachungsbüro und das Reichswirtschaftsamt als Organe unterstellt hätte.

Wir erklärten uns mit diesen Plänen einverstanden.

---

* M.A.N.-Werksarchiv Nürnberg, Nr. 03/IV.

1 See above, Document III-K.

2 Friedrich von Payer, Vizekanzler.

3 For the discussions with the government, see Erich Matthias und Rudolf Morsey, *Die Regierung des Prinzen Max von Baden* (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Band 2), Düsseldorf 1962, pp. 568-570, 586-588, 611-612.

4 Siegfried Graf von Roedern, Staatssekretär des Reichsschatzamtes.

Am 8. ds. erhielt ich durch Herrn von Borsig die Nachricht, daß Herr Rötger[5] und Herr Friedrichs[6] gegen unsere Aktion beim Reichskanzler protestiert hätten.

Die an der Aktion beteiligten Herren Stinnes, Vögler, Borsig, Siemens, Henrich, Deutsch, Rathenau und ich waren über diesen Protest entrüstet. Es war uns gelungen, eine Maßnahme, die nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Allgemeinheit Lebensfrage war, durchzusetzen und den auch für die Interessen der Industrie besten Mann von den Vertretern der Arbeiterschaft präsentieren zu lassen. Es war uns gelungen gegen einen Wust bürokratischer Voreingenommenheit und gegen alle möglichen Widerstände der Reichsämter. Daß in dieser Situation die Herren Rötger und Friedrichs dem Bürokratismus Vorspann leisteten gegen die Interessen der Industrie war ein Vorgehen, das sich, auf deutsch gesagt, nur durch verletzte Eitelkeit begründen läßt. Für derartige Empfindungen scheint uns in der heutigen Zeit kein Raum zu sein.

Herr Stinnes und Herr von Borsig sind Mitglieder des Industrierates und Letzterer ist vom Industrierat für die Demobilmachungssachen delegiert worden. Herr Rötger und Herr Friedrichs haben es aber nicht für notwendig gehalten vor ihrem Protest sich mit diesen beiden Herren, die hier in Berlin waren, in Verbindung zu setzen.

Herr Stinnes und ich haben am 8. abends telefonisch mit Herrn Rötger über die Angelegenheit verhandelt und ihm erklärt, daß wir das Tischtuch zwischen uns zerschneiden würden, wenn er nicht bis Mittag um 12 Uhr den Protest zurückgezogen hätte. Wir haben in seinem Schreiben an das Reichswirtschaftsamt eine Zurückziehung des Protestes nicht sehen können.

Das Vorgehen des Herrn Rötger war nach unserer einstimmigen Ansicht unsachlich und geeignet, die Interessen der Industrie auf das Schwerste zu schädigen. Daß er mit seiner Aktion keinen Erfolg gehabt hat, ist nicht sein Verdienst. Es ist uns gelungen, trotz Ausbruch der Revolution die Ernennung von Koeth durchzusetzen.

Wir sind alle nicht gewillt, uns weiter der Führung des Herrn Rötger anzuvertrauen. Wir sind ferner der Ansicht, daß der Industrierat unter den heutigen Verhältnissen nicht weiter lebensfähig ist. Wir glauben vielmehr, daß die Zukunft der industriellen Organisation liegen wird in dem Ausbau der Arbeitsgemeinschaft, die in dem Abkommen mit den Gewerkschaften als "Zentralausschuß" angedeutet ist.

Das Schema, wie ich mir in großen Zügen die Organisation denke, füge ich Ihnen in der Anlage bei. Die Arbeitgeberhälfte der Arbeitsgemeinschaft ist m. Er. der zukünftige Zentralverband der deutschen Industrie.

Wir würden es alle mit Freude begrüßen, wenn wir bei der Neuordnung der Dinge auf Ihre Mitarbeit rechnen könnten.

Mit verbindlichstem Gruß bin ich in aufrichtiger Hochachtung

Ihr sehr ergebener
Raumer.

1 Anlage:

Grundzüge für die Satzungen der Arbeitsgemeinschaft.

I. In der Erkenntnis, daß die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft nur durch die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und sittlichen Kräfte und allseitiges einträchtiges Zusammenarbeiten erreicht werden kann, schließen sich die Organisationen der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen.
Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft ist die gemeinsame Lösung aller das industrielle Leben berührenden wirtschaftlichen, sozialen und gesetzgeberischen Fragen unter billigem Ausdruck aller Interessen.

---

5 Landrat a. D. Rötger, Vorsitzender des Centralverbandes Deutscher Industrieller.

6 Kommerzienrat Friedrichs, Vorsitzender des Bundes der Industriellen.

II. Organe der Arbeitsgemeinschaft sind:
1) die Fachgruppen,
2) der Ausschuß,
3) der Vorstand.
Sämtliche Organe werden paritätisch mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt. Der Vorsitz bleibt der Einigung innerhalb jeden Organs vorbehalten.

III. Fachgruppen
Jeder selbständige Industriezweig bildet eine Fachgruppe. Die Vertretung der Unternehmer in den Fachgruppen erfolgt im Verhältnis der von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.
Die Fachgruppen bearbeiten sämtliche ihren Industriezweig betreffenden Aufgaben.

IV. Ausschuß
Der Ausschuß wird gebildet aus Abgeordneten der Fachgruppen, die diese und zwar Arbeitgeber und Arbeitnehmer in getrennter Abstimmung wählen.
Für je 100 000 Arbeiter und Angestellte eines Industriezweiges wird je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer gewählt. Auf angefangene 100 000 werden über 50 000 für voll gerechnet, unter 50 000 nicht mitgezählt.
Fachgruppen, die weniger als 100 000 Arbeiter und Angestellte umfassen, werden zur Wahl von Ausschußmitgliedern in angemessener Weise vereinigt.
Aufgabe des Ausschusses ist die Behandlung aller gemeinsamen Fragen und der Ausgleich von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der einzelnen Fachgruppen. Dem Vorstand wird, sei es durch die Satzungen, sei es durch Beschluß des Ausschusses ein Teil dieser Aufgaben zu übertragen sein.

V. Vorstand
Der Vorstand wird von dem Ausschuß gewählt mit der Maßgabe, daß die Fachgruppen oder hierfür zu bildende Zusammensetzung von Fachgruppen im Verhältnis ihrer Stimmen im Ausschuß im Vorstande vertreten sein müssen.

B.

Stinnes – Legien Abkommen vom 15. November 1918.

Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das Folgende:

---

* The original copy of the Stinnes-Legien Agreement is to be found in the Archiv of the Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED and is reprinted in Richter, *Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat . . .*, pp. 241-243. The various organizations and signatures are left out here, but it is interesting to note that Stinnes signed for Beukenberg, Hugenberg, Vögler, and Springorum, that is, for the Zechen-Verband and Nordwestliche Gruppe of the Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, as well as for himself. Raumer signed for Rieppel as well as for himself.
It should also be noted that there is an earlier version of the agreement that appears to have been sent out to various industrialists. A copy, which was sent by Dr. Beumer, Generalsekretär of the Langnamverein, to Director Beukenberg on November 12, 1918 is to be found in the Phoenix-Rheinrohr-Archiv, P/1/25/55/1. Aside from minor editorial changes, it differs from the Document above in the following respects: Point 7 of the above document, dealing with the "Arbeiterausschüsse" does not appear in the earlier version. As a consequence, Points 7,8, and 9 of the early version correspond to Points 8,9, and 10 of the final version. Also, Point 9 of the early version is less detailed than the one above and reads: "Zur Durchführung dieser Vereinbarungen sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage errichtet."

1) Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

2) Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.

3) Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogen. Wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortab vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

4) Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.

5) Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.

6) Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.

7) Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.

8) In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse resp. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9) Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10) Zur Durchführung dieser Vereinbarungen, sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der Schwerkriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11) Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12) Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweit/iger/ gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Berlin, den 15. November 1918

C.

Stenographisches Protokoll über die Hauptvorstandssitzung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vom 14. November 1918 zu Berlin.

(Vorsitzender: Geheimrat H i l g e r)[1]:

Meine Herren. Nun kommt die Hauptfrage. Das ist das, was uns bei Punkt 2 der Tagesordnung eigentlich erst beschäftigen sollte. Ich will es aber vorwegnehmen. Das ist unser Verhältnis zu den Gewerkschaften.

Sie wissen: Ich bin einer der eifrigsten Verfechter des Nichtverhandelns mit den Gewerkschaften von jeher gewesen. Ich habe meinen Standpunkt vollständig aufgegeben. Meine Herren. Ich stehe heute vor Ihnen als ein aus einem Saulus gewordener Paulus. Wir kommen heute ohne die Verhandlungen mit den Gewerkschaften nicht weiter. Ja, meine Herren, wir wollen froh darüber sein, daß die Gewerkschaften in der Weise, wie sie es getan haben, sich noch bereitfinden, mit uns zu verhandeln, denn nur durch die Verhandlungen speziell mit den Gewerkschaften, durch unser Abkommen mit den Gewerkschaften können wir Anarchie, Bolschewismus, Spartakusherrschaft und Chaos – wie man das nennen will – verhindern. Ich bin also der Meinung: wir werden uns heute dazu entschließen, nicht nur mit den Gewerkschaften in Verhandlungen einzutreten, sondern die Abkommen, die mittlerweile schon mit den Gewerkschaften getroffen worden sind, hier gutzuheißen.

Meine Herren. Ich habe in kurzen Worten die Situation, wie sie in unserem Vaterlande ist, geschildert. Wir sollen aber nicht dumpf verzweifeln und nicht sagen: Es ist alles verloren, es ist nichts zu machen. So liegen die Verhältnisse noch lange nicht. Ich meine: Wir sollten arbeiten, ein jeder an dem Platze, auf dem er steht, und sollten das Beste tun, um, wie gesagt, aus den Verhältnissen zu retten, was irgendwie noch zu retten ist.

Nun würde ich Ihnen zur Geschäftsordnung vorschlagen, daß wir uns kurz schildern lassen, wie die Verhältnisse in einzelnen Teilen unseres Vaterlandes liegen, und dann wollen wir gleich in Punkt 2 der Tagesordnung eintreten, nämlich in die Arbeiterangelegenheiten und das, was uns in erster Linie beschäftigt.

Meine Herren. Da ich gerade das Wort habe, will ich Ihnen kurz erzählen, wie es im Osten aussieht. Im Osten bilden sich natürlich auch überall Arbeiter- und Soldatenräte in den einzelnen Städten und Ortschaften. Es ist bisher zu groben Ausschreitungen nicht gekommen. In Königshütte haben die Soldaten die Magazine der Reichsbekleidungsstelle gestürmt und auf dem Schlachthof, wo sie etwas stark gefrühstückt hatten, sind sie mit den Wächtern nicht sehr glimpflich umgesprungen. Aber große Ausschreitungen sind nicht vorgekommen.

Die große Gefahr ist Polen. Die polnischen Banden scheinen in einzelnen Gegenden des deutschen Militärs in überraschender Weise Herr geworden zu sein. Wir haben früher den Wunsch gehabt, man möchte das Militär und die Zivilverwaltung aus Polen herausziehen, um die ganze Sache im Hexenkessel schmoren zu lassen und den Leuten zu zeigen, was sie eigentlich von der deutschen Verwaltung und der deutschen Ordnung gehabt haben. Aber die Sache war von Anfang an deswegen sehr gefährlich, weil die Verhältnisse sofort über die Grenze zu kommen drohten. Wir haben die Tausende von Arbeitern, die jeden Tag über die Grenze gehen. Wir haben in Oberschlesien viele Tausende, die alle 8 Tage über die Grenze hinübergehen, und die Gefahr war sehr groß, daß da noch mehr passierte, als tatsächlich passiert ist.

Nun wissen Sie ja, daß wir in der großen Gefahr stehen, Polen zu werden. Sie wissen: Das ist eine der Forderungen der Polen, daß wir in Oberschlesien an Polen fallen sollen, gewissermaßen als Vergeltung dafür, daß viele Oberschlesier – auch gegen meinen Willen und gegen meine Meinung, denn ich habe stets die alte Grenze vertreten – den polnischen Industriebezirk annektieren wollten.

---

* Bundesarchiv Koblenz, R 131/155. Only the relevant portion of the protocol is presented. The document contains numerous corrections and misspellings which seem to reflect mistakes by the stenographer, inability to hear the speakers, and unfamiliarity with the persons at the meeting. Little effort will be made to indicate these corrections here. Similarly, correct spelling of names are normally given without comment.

1 Ewald Hilger, Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütten A.G.

Meine Herren. Wenn man den polnischen Adler fliegen ließ – der größte Blödsinn, den man damals gemacht hat; ich glaube, wenn man ein Patent für die größte Dummheit geben wollte, hätte man das nicht anders machen können –, wenn man den Adler fliegen ließ, durfte man ihm dieses Rückgrat nicht herausschneiden, den Polen nicht ihr Kohlengebiet nehmen wollen. Heute rächen sie sich dafür. Sie wollen Oberschlesien haben. Die Verhältnisse sind sehr ernst. Wir haben über 56 % Polen, 43 % Deutsche. Was bei einer Abstimmung herauskommt, weiß keiner. Die Geistlichen, die ihre Schäfchen am Bändel halten, haben diese Schäfchen an die radikalere Richtung abgeben müssen. Die polnischen Arbeiterorganisationen sind hart an der Arbeit, unterstützt von ihren Abgeordneten, unterstützt vom Militär. Sie haben polnische Agitatoren. Bei uns in Laurahütte ist ein Offiziersstellvertreter von der Landsturmkompagnie, der die Gefangenen überwacht. Bei dem Mann konzentriert sich alles. Er hat Zutritt zu allen unsern Betrieben. Man ist ihm rettungslos überliefert. Die Militärverwaltung kann nichts machen. Der kommandierende General ist dem Manne gegenüber auch machtlos. Das einzige, was uns helfen kann, ist, daß man dafür sorgt, daß die Leute sich materiell besser stehen als die Arbeiter in Polen. Heute steht sich der Arbeiter in Polen besser, einmal in Bezug auf den Lohn. Die kurzsichtige Politik des Ministers für Handel und Porzellan in der Leipziger Straße, den Gott behüten möge, rächt sich heute bitter. In Polen zahlt man heute 46 (?) Mark für dieselben Kohleń, für die wir heute ein Drittel des Preises bekommen. Die Folge ist die, daß die Leute ganz andere Löhne bekommen, daß nicht ein Abströmen von Polen nach Deutschland, sondern von Deutschland nach Polen vor sich geht, die Folge ist die Sehnsucht des deutschen Arbeiters polnischer Zunge, sich nach Polen zu begeben, wo er in Bezug auf Löhne besser daran ist, und wo vor allen Dingen die Verpflegung besser ist. Daß das die Arbeit von deutschen Beamten ist, die die Verpflegung dort geregelt haben, sieht der Pole nicht ein oder vergißt es in ganz kurzer Zeit.

Nun sind sie mit kulturellen Geschichten und ethischen Mimiken gekommen; kurz und gut, es ist ganz elend. Das einzige, was helfen kann, ist: Wir müssen den Mann besser stellen, als er in Polen gestellt ist. Geld spielt auch keine Rolle. Wir haben blödsinnige Löhne. Der Mann kann aber nichts kaufen. Er will zu essen haben. In der Etappe liegen große Vorräte. Ich habe versucht, etwas für Oberschlesien abzubekommen. Der Versuch ist gescheitert. Exzellenz Scheüch hat das ablehnen müssen. Er hat keine Transportmittel, keine Leute. Was uns schließlich am letzten Ende helfen wird, weiß ich nicht. Ich habe die allergrößten Bedenken. Die Bolschewisten sind an der Grenze. Wir haben Truppen erbeten. Wir haben, wie es scheint, noch ein paar zuverlässige Kompagnien zusammenbekommen, die sie wenigstens vom Äußersten abgehalten haben. Aber es handelt sich bei der bolschewistischen Bewegung und bei dem Ansturm an die deutsche Grenze nicht darum, ob ein paar Gruben kaputtgeschlagen werden, ob eine Hütte in die Luft fliegt, oder ob ein paar Schlösser kaputtgeschlagen werden, sondern es handelt sich um das Verbleiben von Oberschlesien bei Deutschland, und wenn die Bolschewisten hereingekommen sind, dann ist die Sache erledigt. Dann werden sie an Wilson telegraphieren: Wir sind da, Oberschlesien ist polnisch, und dann steht die Bevölkerung mit 56 % dahinter, dann ist nichts zu machen.

Also so ist die Situation. Sie werden zugeben, daß sie nicht sehr erfreulich ist.

Meine Herren. Würde nun jemand aus dem Westen erzählen, wie es da aussieht ? Herr Stinnes, können Sie uns sagen, worum es sich da handelt ?

Herr S t i n n e s:

Die neuesten Nachrichten von gestern aus dem Westen lauten dahin, daß überall im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier die Verhältnisse bisher noch ziemlich gut gewesen sind, daß aber die Befürchtung vorliegt, daß durch die Demobilisierung (die Versorgung der Eisenhütten mit Erz und Koks) vollständig aufhört. Es ist bisher nicht möglich gewesen, namentlich den Leiter der Generalbetriebsleitung West davon zu überzeugen, daß es nötig wäre, die Hochöfen in Gang zu halten. Das würde zur Folge haben, daß vielleicht leider mehrere hunderttausend auf der Straße liegen und dadurch das größte Unheil entstehen würde. Ich glaube, es wird notwendig sein, die Demobilisationsstelle darauf aufmerksam zu machen – ich habe heute dazu Gelegenheit gehabt –, daß die Absicht der Generalbetriebsleitung West undurchführbar ist. Die Etappe ist in voller Auflösung begriffen, während auch heute das eigentlich[e] Feldheer noch in den Händen der Obersten Heeresleitung ist. Die Etappe hat sich nach Aachen begeben und hat gestern dort sehr stark geplündert, während die Plünderungen in anderen Orten nicht sehr stark gewesen sind.

Die Verhandlungen bei uns zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind seit einigen Wochen im Gange, und zwar, ohne daß sich die Eisen- und Stahlindustrie und auch die Kohlenindustrie etwas vergeben hat. Es waren zufälligerweise direkte Anregungen von seiten der Gewerkschaften gegeben worden. Die sind mehrfach diskutiert worden, einerseits im Zechenverbande, andererseits in der Nordwestlichen Gruppe, und sie bewegten sich in solchen Grenzen, daß sie verhältnismäßig nicht zu schwer zu erfüllen waren. Es handelt sich namentlich um die Einführung des Achtstundentages in gewissen Feuerbetrieben usw. Das ist natürlich heute vollständig überholt. Es ist ja den Herren bekannt, daß die neue Regierung den Achtstundentag überhaupt eingeführt hat.[2] Es haben sich da lange und breite Verhandlungen ergeben – die Berliner haben ja ebenfalls mit den Gewerkschaften verhandelt und teilweise früher verhandelt als wir –, die inzwischen niedergelegt sind, und die darauf hinauslaufen, daß gewisse Arbeiterforderungen bewilligt werden sollen, während gleichzeitig dann auch betrieben wird, daß ein Zentralausschuß – ursprünglich hieß es eigentlich Arbeitsgemeinschaft – sich bilden soll, der zunächst bei der Demobilmachung und dann beim Übergang in die Friedenswirtschaft in Aktion tritt.

Die Gewerkschaften sagen sich ganz richtig, daß dasjenige, was jetzt zwangsweise durch eine Regierung eingeführt wird, die eigentlich rechtlich keine Legitimation hat, nicht die Bedeutung hat, wie eine freie Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und der beteiligten Industrie, das letzte wird bleiben, das erste ist etwas, was wieder aufgehoben werden kann. Wir haben natürlich ein außerordentlich lebhaftes Interesse daran, daß die Gewerkschaften, die eine verhältnismäßig mäßigende Wirkung ausüben, die auch zum großen Teil die U-Sozialisten mit in ihren Reihen haben, gestützt werden und nicht ihre Mitglieder nach der Seite der Spartacusgruppe hin und auch nach der Seite der U-Sozialisten hin verlieren.

Wir würden jetzt eigentlich am richtigsten tun, wenn wir die Vereinbarungen, die bisher getroffen worden sind, verlesen, damit die Herren im Bilde sind. Es ist geplant, daß morgen die Gewerkschaften und möglichst viele Arbeitgeberverbände und auch Personen und Firmen diese Vereinbarungen unterschreiben, die dann morgen nachmittag von der jetzigen Regierung, von Herrn Ebert als Staatssekretär des Innern, genehmigt werden sollen, um dann veröffentlicht zu werden und die Grundlage für eine Vereinbarung zu bilden, die dann von Ort zu Ort weiter ausgebaut werden soll.[3] Vielleicht könnte ich das verlesen und könnte mich dann zu der Angelegenheit nachher im einzelnen äußern.

V o r s i t z e n d e r:

Wir sind damit in Punkt 2 der Tagesordnung eingetreten:

Arbeiterfragen, insbesondere die Verhandlungen der Nordwestlichen Gruppe mit den Arbeiterverbänden.

Das Exemplar der Abmachungen, das Ihnen vorliegt und mit Nr. 9 endet, ist nicht ganz vollständig.[4] Es sind noch ein paar Dinge hinzugetreten, über die ich ganz kurz berichten werde. Ich schlage vor, daß wir Punkt für Punkt schnell durchgehen.

(Also erster Paragraph:)

1. "Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt."

---

2 Stinnes undoubtedly is referring to the "Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk, vom 12. November 1918." The relevant sentence reads, "Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten." This was then decreed on November 23, 1918. See Susanne Miller, *Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Erster Teil* (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Band 6/I), Düsseldorf 1969, pp. 37, 105.

3 See the Cabinet Meeting of the evening of Friday, November 15, 1918: "Der Vertrag zwischen Großindustrie und Gewerkschaften wird zur Kenntnis genommen. Auf Ansuchen der Generalkommission wird beschlossen, den Vertrag von der Reichsregierung aus zu veröffentlichen mit dem Ersuchen an die Leiter der Reichsbetriebe, seine Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und Kommunalbetriebe wird das gleiche empfohlen." Verbreitung durch Radiotelegramm; in der ganzen Presse; Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt. Zur Kenntnisnahme an den Staatssekretär des Reichsarbeitsamts; *ibid.*, p. 47.

4 Those present at this meeting appear to have had the nine paragraph version of the agreement mentioned in the note to Document B.

Dagegen ist nichts zu sagen. Wenn man mit ihnen verhandelt, erkennt man sie ohne Weiteres an.

2. "Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig."
Das ist schon durch das Fallen des § 153 und 152 der Gewerbeordnung erledigt. Das ist vollkommen klar.[5]

Dann 3. "Die Arbeitgeber werden die Werkvereine (die sogenannten "Wirtschaftsfriedlichen") fortab vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen."
Das ist eine Sache, die ja im Wesentlichen die Herren aus dem Westen und aus Berlin angeht. Der Osten ist daran nicht beteiligt, weil wir wirtschaftsfriedliche Vereine nicht haben. Bei uns ist es dasselbe Verhältnis mit den sogenannten katholischen Vereinen, mit denen die Organisierten auch nicht verhandeln wollen.

Herr S t i n n e s:

Zu diesem Punkte möchte ich noch eine kleine Erklärung geben. Die Herren von den Gewerkschaften wollten im Anfang erklären, daß die Werke nicht mehr berechtigt wären, den Wirtschaftsfriedlichen irgendwelche Unterstützung zu geben. Wir haben darauf bestanden und haben das dann auch durchgesetzt, daß zunächst im Eingang festgestellt wird, daß das Fortbestehen der Wirtschaftsfriedlichen jedenfalls gesichert wäre. Es ist in der Form gemacht worden, daß wir uns fortan um sie nicht mehr bekümmern werden. Sie sind dann bereit, anzuerkennen – das ist sowohl im Westen wie hier zugegeben worden –, daß, wenn die Wirtschaftsfriedlichen ohne Sondervergütungen seitens der Werke weiter bestehen, nach Änderung der Statuten, wonach sie sich nicht mehr als Kampforganisation gegen die anderen Gewerkschaften betrachten, die Wirtschaftsfriedlichen als legitimierte Arbeitervertreter ebenfalls anerkannt werden. Ob sich die Wirtschaftsfriedlichen halten werden, ist natürlich eine Frage für sich. Jedenfalls haben wir das erreicht, daß sie in sich noch ihre Existenz weiter verfolgen können.[6] Es ist uns ferner mitgeteilt worden, daß sie bereit wären, etwa nach sechs Monaten die Wirtschaftsfriedlichen aufzunehmen. In Düsseldorf hat man noch etwas mehr erreicht. Dort haben die Gewerkschaften sich bereit erklärt, auch die Verhandlungen ruhig fortzusetzen, wenn seitens der Arbeitgeberverbände die Wirtschaftsfriedlichen eingeladen werden und auch an den Verhandlungen teilnehmen.[7] Sie wünschen damit aber keine Anerkennung auszusprechen. Beim Zechenverbande ist das nicht erreicht worden; da haben die Herren darum gebeten, wir möchten vorläufig darauf verzichten, weil sie sonst ihre Belegschaftsmitglieder aus der Hand verlieren würden.[8]

---

5 This was also contained in the "Aufruf" of November 12, 1918; see Footnote 2 above.

6 See above, Document III-J. Director Beukenberg was very alarmed at the treatment of the "Wirtschaftsfriedlichen" and sent a telegram to Dr. J. Reichert, the Geschäftsführer of the Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller on November 12 or 13 demanding equal treatment for all unions. Reichert responded on November 16, "Leider ist dieses Telegramm erst gestern, also einen Tag nach der Sitzung eingelaufen. Was die Frage der Anerkennung der wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereine angeht, so haben am 5. ds. Mts. im Hotel Continental eingehende Verhandlungen über diesen Punkt stattgefunden, über die die in der Anlage beigefügte Aufzeichnung näheren Aufschluß gibt. Herr Stinnes, mit dem ich diese Frage auch mündlich erörtert habe, meinte, es sei schon ein großer Erfolg, daß man die Gewerkschaften von ihrer vollkommen ablehnenden Haltung abgebracht habe. An eine Änderung des Punktes 3 dürfte wohl nicht zu denken sein." Phoenix-Rheinrohr-Archiv, P/1/25/55/1.

7 See above Document III-G.

8 "In der Frage der Hinzuziehung der Wirtschaftsfriedlichen zu den späteren Verhandlungen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Werksvertreter beharrten auf ihrem Standpunkt, daß die Wirtschaftsfriedlichen zugelassen werden müßten. Die Arbeitervertreter äußerten dagegen die ernstesten Befürchtungen, wenn die Zulassung durchgesetzt werde. Man werde ihnen den Vorwurf machen, sie seien von den Werksbesitzern gekauft worden. Herr Vogelsang machte dabei Mitteilungen über die Verhandlungen, die in Berlin zwischen maßgebenden Industriellen, u. a. auch Herrn Stinnes, und den Arbeiterorganisationen stattgefunden hätten und wobei Einverständnis dahin erzielt worden sei, daß die Hinzuziehung der Wirtschaftsfriedlichen vorläufig (für 1/2 Jahr) unterbleiben solle. Die Frage soll zunächst vertagt werden, ebenso wie der Antrag der Arbeiterführer, das Anbringen von Anschlägen der Bergarbeiterverbände, das Einkassieren der Beiträge usw. auf den Zechen zu gestatten." Niederschrift über die Sitzung des erweiterten Geschäftsausschusses des Zechenverbandes mit den Vertretern der Bergarbeiterverbände vom 14. November 1918 in Essen. Bergbau-Archiv, Bestand 13, Band 300

Vorsitzender:

Meine Herren. Dann kommen wir zu Punkt 4: "Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege innehatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann".

Herr Stinnes:

Ich glaube, der Zusatz: "Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände" usw. soll bedeuten, daß es force majeure darin gibt, und daß die Möglichkeit vorgesehen ist, daß man seine sämtlichen Leute nicht zurücknehmen kann. Man hat es in dieser vorsichtigen Form ausgedrückt, eben wiederum mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Gewerkschaften, die natürlich, wenn das in klipp und klarer Form ausgedrückt würde, in eine schwierige Lage ihren Mitgliedern gegenüber kommen würden.

Herr Dr. Sorge[9]:

Ich bitte zu entschuldigen, wenn ich auf Punkt 3 zurückkomme, zu dem ich einige orientierende Mitteilungen machen möchte. Die Werkvereine sind bei uns in Magdeburg vom Arbeiter- und Soldatenrat, der uns beherrscht, auch zur Erörterung gestellt worden, und man hat verlangt, daß sie aufgelöst werden. Ich habe das abgelehnt. Ich habe gesagt: Die Vereine sind frei begründet und haben das Recht, zu bestehen oder sich frei aufzulösen. Ihre Auffassung geht uns nichts an. Man hat uns weiter gesagt: Sie haben auch das Bureau des Vereins auf Ihrem Werk und bezahlen das. Also entweder muß das Bureau weg, und die Bezahlung fällt weg, oder wir verlangen auch für die Gewerkschaften ein Bureau und einen Geschäftsführer. Dann haben wir uns gefügt. Wir haben gesagt: Schön, wir erkennen die Machtlage an und werden dem Werkverein fernerhin unsererseits keinen Sekretär stellen und die Beziehungen lösen, auch das Bureau aufheben. Es steht aber selbstverständlich dem Werkvereinssekretär, der früher bei uns Arbeiter war, frei, wenn er will, wieder bei uns als Arbeiter einzutreten. In dieser Weise ist die Sache genehmigt worden. Bei den anderen Magdeburger Werken ist das bis vorgestern abend, von welchen ich die letzten Nachrichten habe, nicht ganz klar gewesen.

Dann möchte ich weiter hinzufügen, daß ich gestern von den Herren Jensen und Rupp, den beiden Führern der wirtschaftsfriedlichen Vereine, interpelliert wurde, die in Sorge um die Existenz ihrer Vereine sind, und denen ich vor 14 Tagen nach einer Rücksprache hier gesagt habe, daß wir die Existenz der Werkvereine zu decken suchen. Ich habe gestern sagen müssen: Die Sachlage ist wesentlich geändert. Ich habe mich für berechtigt gehalten, ihnen zu sagen, wie es kommen würde, ohne zu sagen, daß das Abkommen praktisch schon fertig wäre. Sie waren sehr erschüttert, sahen aber ein, daß wir gegenüber der Zwangslage nichts machen können. Ich habe ihnen gesagt: Wenn die gelben Vereine bei der heutigen Sachlage weiter bestehen wollen, so müssen sie mit einer Änderung ihres Programms gegenüber der herrschenden Richtung zu einem gewissen Grade zweifellos rechnen – ob ihnen das gelingt, ist die Frage –, sie müßten über das nächste halbe Jahr mit eigenen Mitteln wegkommen. Ob sie das können, ist zweifelhaft. Gelingt es ihnen aber, so werde auch von den Gewerkschaften ihre Existenzberechtigung anerkannt. Dieses wenigstens sei durch Zusage C. Legiens, des Hauptvertreters der Gewerkschaften [erreicht] worden. Jedenfalls habe ich es für notwendig gehalten, die Herren nicht im unklaren darüber zu lassen, was ihnen bevorsteht, und sehe andererseits keine Möglichkeit, gegenüber der Machtlage etwas anderes zu tun.

Herr Schrey[10]:

Gestern Abend hat auf Einladung des Herrn Dr. Tänzler eine Versammlung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände unter Anwesenheit einer sehr großen Zahl von Geschäftsführern hiesiger

9 Dr. Kurt Sorge, Generaldirektor der Krupp-Gruson Werke in Magdeburg; Vorsitzender der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und später des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

10 Carl Otto Schrey, Generaldirektor der Waggonfabrik Danzig; Vorsitzender der Norddeutschen Wagenbauvereinigung.

Arbeitgeberverbände stattgefunden, in der im Wesentlichen diese Dinge auch erörtert worden sind. Dabei ist auch die Frage der gelben Gewerkschaften überaus eingehend erörtert worden. Es waren einige Verbände da, namentlich aus der Papierindustrie, die den großen Einfluß der Gelben in ihrer Industrie betonten. Auf die Vorhaltungen des Herrn Dr. Tänzler, der im Wesentlichen betont hat, das nun unter allen Umständen durchgesetzt werden muß, daß mit den Gewerkschaften jetzt ein vollständig offenes und freies Zusammengehen erfolgt, haben sich schließlich die Anwesenden einstimmig dafür erklärt, vorläufig die Gelben sich selbst zu überlassen und es ihnen zu überlassen, ob sie auch ohne Unterstützung der Werke im Stande sind, ihre Existenz fortzuführen. Das haben schließlich selbst diejenigen Verbände anerkannt und haben versprochen, dementsprechend zu handeln, bei denen die gelben Gewerkschaften eine überwiegende Rolle spielen.

Herr D i t g e s:

Meine Herren. Es heißt hier unter Punkt 4: "Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer." Sind damit auch die Schwerverletzten, die Kriegsinvaliden gemeint, die tatsächlich arbeitsunfähig sind ?

V o r s i t z e n d e r:

Ich meine, man muß bei der Geschichte hinzufügen: Soweit sie arbeitsfähig und arbeitswillig sind.

Herr Dr. S o r g e:

Ich möchte zu Punkt 4 sagen, daß die rote Führung in Magdeburg, die allerdings auch ziemlich stark zu der Spartakusgruppe neigt, im Gegensatz zu dem von der früheren Regierung und auch von der jetzigen betonten Gesichtspunkt, daß alle Zurückkehrenden zunächst das Vorrecht haben, wieder eingestellt zu werden, mir bei den Erörterungen gesagt hat, das könnte wohl als allgemeine Richtlinie anerkannt werden: sie müßten aber entschieden Einspruch dagegen erheben, daß z. B. ein Mann, der, sagen wir einmal, 14 Tage oder 3 Wochen oder vielleicht noch kürzere Zeit vor Kriegsausbruch eingestellt gewesen sei und nun zurückkäme, ohne Weiteres den Vorzug hätte gegenüber Leuten, die inzwischen 3 oder 4 Jahre zuverlässig gearbeitet und sich eingearbeitet hätten. Ebensowenig könnten sie anerkennen, daß ein junger, unverletzter Kerl, der vielleicht länger vor dem Kriege schon dagewesen wäre, den Vorzug hätte gegenüber einem Familienvater, der seit 3, 4 Jahren übergesiedelt wäre. Also ganz klar ist mir der Punkt nicht. Er wird nicht ohne Schwierigkeiten durchzuführen sein. Ich habe gestern eine Besprechung mit Herrn Stinnes usw. gehabt. Die Herren meinten aber, daß das auch unter den letzten Passus fällt und daß nach Möglichkeit auch diesen Verhältnissen Rechnung getragen werden muß.

V o r s i t z e n d e r:

Ich habe einfach angeordnet, daß die Leute, die jetzt da sind, alle in Arbeit bleiben, und habe keinen entlassen. Mit den weiblichen werden wir uns in irgend einer Form einrichten. Aber ich habe angeordnet, daß die Leute, die aus dem Felde zurückkommen, die sich melden, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind, sofort eingestellt werden, auch wenn eine wirtschaftliche Notwendigkeit dazu nicht vorliegt. Dann wird die Arbeit gestreckt. Wenn wir in Ordnung bleiben wollen und nicht in ein Chaos verfallen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Leute, die aus dem Felde kommen, wenigstens die Möglichkeit haben, unterzukommen, daß nicht viele Tausende auf die Straße geworfen werden.

Herr B r u c h m a n n[a] [11]:

Bei uns liegen die Sachen eigentümlich. Wir haben Torpedobau und haben im Frieden vor 1914 800 Mann beschäftigt. Wir haben den Bestand im Kriege auf Drängen der Regierung auf 6 000 Mann im Torpedobau heraufgebracht. Gestern haben die Leute erklärt, daß sie nicht einen Strich mehr an Torpedos arbeiten, weil das Vergeudung sei. Sie wollten in die Friedensarbeit übergeführt werden. Zu gleicher Zeit sollen wir alle Kriegsteilnehmer zurücknehmen. Nun ist die Frage: Was nennt man Kriegs-

a Ursprünglich "Brüggemann", handschriftlich verbessert zu "Bruchmann".

11 See notes a, b and c. Possibly, Dr. Eduard Bruchmann, Stellvertretender Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

teilnehmer ? Diejenigen, die 1914 im August eingezogen sind, oder diejenigen, die später zwei-, dreimal weggeholt worden sind ? Das ist auch eine Frage, die nicht geklärt ist. Das steht nirgendwo. (Herr Dr. Sorge: Die Frage ist geklärt.) Es sind ja immer wieder Leute eingezogen worden.

Gestern kam ein Schreiben von der Firma Krupp in Essen an. Sie teilt mit: Wir haben keine Beschäftigung und fragte an, wieviel Dreher, Stößler usw. wir übernehmen wollen.

Herr S t i n n e s:

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß diejenigen Leute, die bei Ausbruch des Krieges an die Front gegangen sind, unter allen Umständen auch später soweit sie vorher beschäftigt waren, zurückgenommen werden müssen, und wir können uns unmöglich darauf einlassen und die Gewerkschaften auch nicht, zu sagen: Ja, aber diejenigen, die nur 4 Wochen oder 2 Monate oder 3 Monate draußen gewesen sind, können nicht genommen werden. Das würde eine unhaltbare Situation geben. Wir müssen uns deshalb einfach damit abfinden, daß die Leute mit übernommen werden, ob man Arbeit für sie hat oder nicht, sonst zertrümmern wir sofort das Abkommen mit der Gewerkschaft.

Herr Dr. S o r g e:

Das ist natürlich sehr leicht gesagt, aber sehr schwer getan. Wenn ich auf die Firma Krupp Bezug nehme: Die Firma hat in dem Moment, wo die Heeresaufträge nicht mehr ausgeführt werden dürfen, in Essen – ich kann mich auf die Genauigkeit der Zahl nicht festlegen, aber es kommt ja auch nicht darauf an, – glaube ich, 85 000 Leute, für die keine Beschäftigung da ist und auch nicht beschafft werden kann.

Herr Dr. R e i c h e r t:

In Essen sind es 70 000, hieß es neulich in der Nordwestlichen Gruppe.

Herr Dr. S o r g e:

Das stimmt nicht; es sind jedenfalls mehr und können auch 80 000 oder auch 90 000 sein. Es hängt ganz davon ab: Was kann gemacht werden ? Wenn bei uns in Magdeburg die Leute erklären: Wir arbeiten nicht mehr an Geschützen, Geschossen usw., dann haben wir 8 000 Leute, die wir nicht beschäftigen können. Wir können sie natürlich irgendwie beschäftigen und herumstehen lassen, aber ob das von Vorteil ist ? Außerdem ist es eine absolute Unmöglichkeit, 90 000 Leute wochenlang nicht nutzbringend zu beschäftigen und doch zu bezahlen. Wir hatten ja früher Geld, aber das hält auch die Firma Krupp nicht aus, das ist ein Unding.

Ich habe ja mit den Herren, die dieses Abkommen gemacht haben, nicht verhandelt, aber unsere Leute sind da relativ verständig.

Die Frage, die an Herrn Kommerzienrat Brüggemann[b] gerichtet worden ist, überrascht mich nicht. Die Sache liegt ja in Rheinland-Westfalen so, daß eine Reihe von Maschinenfabriken und auch von andern Industriezweigen – nicht jeder, aber es gibt solche – in der Lage sind, unschwer mehr Leute beschäftigen zu können, als sie beschäftigt haben. Es soll natürlich nicht ein Druck auf sie ausgeübt werden, aber man wird nichts dagegen sagen können, wenn im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung von Essen und mit den Behörden von Rheinland und Westfalen bei ihnen gefragt wird, ob irgendwo die Möglichkeit besteht, Leute aufzunehmen. Nun wird man nicht sagen können, daß das ein Abschieben seitens der Firma Krupp ist, sondern wird es als im öffentlichen Interesse liegend bezeichnen müssen, daß für die 85 000 Leute eine Beschäftigung gesucht wird, um sie nicht in Essen auf der Straße liegen zu lassen. Es ist selbstverständlich ganz unmöglich, daß die Firma Krupp 85 000 Leute monatelang bezahlt.

Herr S c h r e y:

Vorgestern hörte ich im Eisenbahnministerium auf meine Frage, was mit den linksrheinischen Wagenfabriken und mit ihren Arbeitern werden solle, daß Verhandlungen mit der Firma Krupp

b Ursprünglich "Brüchmann", handschriftlich verbessert zu "Brüggemann".

schweben, und daß die Eisenbahndirektionen im Westen vom Ministerium den Auftrag haben, von allen Werken, die jetzt für Rüstungszwecke arbeiten und Arbeiter, die als Facharbeiter ausgebildet sind, nicht mehr zu beschäftigen vermögen, diese Arbeiter aufzunehmen und in den Eisenbahnwerkstätten einzustellen. Mit der Firma Krupp scheint ein Abkommen zu bestehen, wonach die Firma 8- bis 9 000 Facharbeiter an die westlichen Eisenbahndirektionen zunächst abgibt. Nach dem, was Herr Dr. Sorge mitteilte, ist das ein Tropfen auf den heißen Stein.

Gestern Abend, meine Herren, ist auch die Frage erörtert worden, die hier jetzt zunächst besprochen wird, ob in erster Linie bei der Demobilisierung die Leute eingestellt werden müssen, die am 4. August 1914 die Betriebe verlassen [haben], und es wurde gestern Abend die dringende Bitte ausgesprochen, soweit es im Bereich der Möglichkeit läge, diese Leute zu beschäftigen, dann aber so zu verfahren, wie der Herr Vorsitzende es vorhin für Oberschlesien schilderte, nämlich alles zu behalten, was man hat, und die Leute in den nächsten Wochen zu beschäftigen, selbst dann, wenn man doppelte Schichten mit vierstündiger Arbeitszeit einführen muß. (Herr Dr. Sorge: Ganz richtig.) Dabei spielt natürlich die Frage der Arbeitslosenentschädigung eine sehr beträchtliche Rolle. Ich möchte Ihnen mitteilen, wie diese Dinge hier in Berlin geregelt sind. Ich weiß nicht, ob ich an dieser Stelle auf die Sache eingehen soll, oder ob ich das später an der Stelle tun soll, wo die Arbeitslosenentschädigung besprochen wird.

V o r s i t z e n d e r:

Das machen wir später.

Herr S c h r e y:

Betont wurde gestern, das Wesentlichste sei, daß wir einen Müßiggang nicht aufkommen lassen, und daß selbst unnütze Arbeit geleistet werden möchte. Es sei besser, wenn die Leute überhaupt beschäftigt seien, wenn sie heute etwas täten, was sie morgen wieder niederreißen müßten; aber sie müßten beschäftigt werden.

V o r s i t z e n d e r:

Meine Herren. Ehe ich das Wort weitergebe, möchte ich richtigstellen, was ich für Schlesien gesagt habe. Ich habe es nur für mein Werk gesagt. Ich bin über das, was die anderen Werke machen, nicht informiert; ich fahre erst heute Nacht wieder herunter.

Bei mir liegt die Situation außerordentlich günstig. Ich habe noch 6 283 Mann im Felde und 555 Beamte. Ich habe 4 700 Kriegsgefangene, die ich ohne Weiteres loswerde. Dann habe ich Platz für 4 700 Mann. Dann habe ich ein großes Heer von weiblichen Arbeitern und jungen Lümmeln, 4 bis 5 000 und von alten Leuten herumlaufen, die sich zum größten Teil wieder auf ihre Pension werden zurückziehen müssen. Die weiblichen Arbeiter werden wieder Haushaltsdienste übernehmen können, namentlich wenn die Männer von der Front zurückkommen und die Frauen im Haushalt zu tun haben. Also ich habe bei mir keine großen Schwierigkeiten. Ob das bei anderen Werken, die sich auf Granatenfabrikation gelegt haben – ich habe bloß Kriegsartikel mit Friedensapparaten gemacht –, in demselben Maße der Fall sein kann, übersehe ich nicht. Ich hoffe aber, es wird ähnlich sein.

Die Hauptsache ist jedoch: Wie lange behalten wir Geld ? Das ist alles sehr schön gesagt, auch die Notstandsarbeiten, der Mittellandkanal, auch die Arbeit in Eisenbahnwerkstätten. Ja, meine Herren, alles hat einmal ein Ende. Ich habe meinem Aufsichtsrate gesagt: Jetzt kommt es auf Geld nicht an, "verdienen" wird mit kleinem "f" geschrieben, wir müssen zunächst sehen, daß wir über das Chaos hinüberkommen; ob Sie noch einmal Dividende bekommen, kann ich nicht garantieren; aber wir werden die Mittel aufwenden müssen, um die Leute zu bezahlen, auch wenn die Arbeit nicht wirtschaftlich ist. Nun kommt die Frage der Tantiemen der Beamten und was da hineinspielt, die nicht sehr geneigt sind, unwirtschaftlich zu arbeiten, was auch selbstverständlich ein Ruin ist für den ganzen geschäftlichen Betrieb. Aber es ist nichts anderes zu wollen. Lange reicht jedoch das Geld nicht. Ich war gestern im Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Da war eine Besprechung über den Mittellandkanal, und da sie sich über die drei Linien nicht einigen konnten, haben sie alle drei beschlossen (Heiterkeit), was ja auch die meiste Arbeit gibt. Aber wo kommt das Geld her ? Wenn wir mit unserm Gelde am Ende sind, können wir unsere Arbeiter auch nicht beschäftigen, denn wir beschäftigen sie ja nicht, damit sie etwas erzeugen können, sondern damit sie leben können.

Herr B r u c h m a n n[c]:

Ich wollte nur sagen: Bei uns liegt ja die Sache ähnlich wie bei Krupp. Wir haben im Frieden 800 Mann gehabt. Die waren im Torpedobau für ausländische Lieferungen beschäftigt. Dann haben wir auf Grund der Anregung des Reichsmarineamts ganz neue Werkstätten gebaut und haben 6000 Mann, die wir nicht auf Friedensarbeit umstellen können, weil wir keine Friedensarbeit vorliegen haben. Da haben die Leute auch erklärt: Wir strecken die Arbeit, wir wollen sechs Schichten zu 4 Stunden haben. Wir pantschten ja im Gelde, es wären noch stille Reserven da. Da sagten sie, es käme überhaupt nicht darauf an, ob im nächsten Jahre eine Dividende verteilt würde. In demselben Atemzuge sagten sie aber, natürlich müßte die Firma prosperieren und erhalten werden, weil sonst beide Teile zu Grunde gingen. – Das geht alles durcheinander.

Herr S t i n n e s:

Diese ganze Frage ist natürlich außerordentlich schwierig. Bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurde der Anspruch erhoben, daß auch bei fünfstündiger Arbeit die sämtlichen Arbeiter ohne Lohnkürzung bezahlt werden müßten. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß das zur Folge haben würde, daß wir verhungern würden, denn es sei absolut klar, daß die sämtlichen Arbeiter zu denjenigen Betrieben gehen würden, wo nichts zu tun wäre, und zu denjenigen Betrieben, wo man 8 Stunden arbeiten müsse, würde sich kein Mensch mehr hinmelden. Insbesondere würde das bei der Landwirtschaft der Fall sein, und die Landwirtschaft, die, soviel ich weiß, mit 8- bis 900 000 Gefangenen und mit mehreren tausend fremdländischen Arbeitern arbeitet, würde dadurch absolut zum Stillstand kommen. Das ist der Grund, weshalb die Herren, insbesondere Legien, sich davon überzeugt haben, daß das heraus muß, und daß das nachher Sache des sogenannten Zentralausschusses sein soll, diese Dinge festzusetzen, denn der Grundsatz wird von ihnen anerkannt: Die arbeitsbedürftigen Betriebe müssen vorab voll besetzt werden, und wenn man da keine Arbeit nachweisen kann, dann sollen auch für verkürzte Zeiten dieselben Löhne gezahlt werden.

Ich persönlich bin der Meinung, daß wir innerhalb [von] 12 Monaten, wenn nicht die ganze Wirtschaft bei uns zusammenbricht und der Bürgerkrieg ausbricht, großen Arbeitermangel haben werden, und deshalb ist es außerordentlich gefährlich, hier etwas festzusetzen, das uns dann hindert, die arbeitsbedürftigen Betriebe vollständig vollzustopfen, insbesondere die Landwirtschaft. Wenn man sich überlegt, daß im Ganzen nur 5 1/2 Millionen zurückströmen, und die Landwirtschaft allein sicher 2 bis 2 1/2 Millionen auffrißt, dann möchte ich wissen, wie wir die ganze übrige Wirtschaft, die Textilindustrie und alle anderen Industrien, überhaupt nur einigermaßen mit Arbeitern versorgen wollen.

V o r s i t z e n d e r:

Wünscht weiter jemand zu Punkt 4 das Wort ?

Ich glaube, dann können wir wohl nach den interessanten Erklärungen, die wir da noch bekommen haben, die Diskussion über Punkt 4 verlassen.

Dann kommt Punkt 5:

"Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises."

Darüber brauchen wir uns wohl nicht zu unterhalten – oder wünscht dazu jemand das Wort ? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommt Punkt 6: "Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen."

Wünscht dazu jemand das Wort ?

Herr Stinnes, sind dazu noch Aufklärungen zu geben, namentlich zu der Bezeichnung "Kollektivvereinbarungen" ?

Herr S t i n n e s:

Ja, wir haben sie darauf aufmerksam gemacht, daß eine ganze Reihe von Industrien sich nicht

c Ursprünglich "Brüggemann", handschriftlich verbessert zu "Bruchmann".

dazu eignet, Vereinbarungen, Tarifverträge, wie sie ursprünglich darinstehen hatten, zu schließen, und wir sind dann schließlich auf diesen Wortlaut gekommen und haben uns damit einverstanden erklärt, nachdem noch der Zusatz von der Gegenseite angenommen worden war: "entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes." Damit soll die Möglichkeit gegeben werden, den einzelnen Verhältnissen des Gewerbes Rechnung zu tragen.[12] Es kann ja überhaupt der Aufbau dieser Arbeitsgemeinschaft, die sich ergeben wird, nur auf fachlicher Unterlage vorgenommen werden, und da muß Gelegenheit sein, die einzelnen Verhältnisse zu berücksichtigen.

V o r s i t z e n d e r:

Meine Herren. Wir können dann den Punkt 6 auch verlassen. Unter "Arbeitsbedingungen" ist natürlich Lohn, Arbeitszeit usw. zu verstehen.

Dann kommen wir zu Punkt 7: – also das Hilfsdienstgesetz ist bekanntlich außer Kraft gesetzt – : "Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden."

Herr S t i n n e s:

Da ging der generelle Anspruch der Gewerkschaften dahin, daß der Beauftragte in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen zu regeln habe – d. h., sie wollen den Eingriff in den Betrieb haben. Uns ist es auch möglich gewesen, ihnen zu sagen: Das machen wir nicht. Dann haben sie nachgegeben.[13]

V o r s i t z e n d e r:

Ich finde die Fassung hier auch so sehr glücklich. Sie ist außergewöhnlich geschickt gemacht.

Ist zu Punkt 7 noch etwas zu bemerken ? – Dann kommt Punkt 8.

Herr Dr. R e i c h e r t (liest):

"In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse resp. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern."

V o r s i t z e n d e r:

Meine Herren. Dazu ist wohl auch nichts zu bemerken ? Das einzige ist wohl, daß diese Schlichtungsausschüsse und Einigungsämter keinen Zwang ausüben sollen. Ich hatte die Auffassung, als wenn das Einigungsämter mit beschließender Kraft sein sollten, Schlichtungsausschüsse, die einen Richterspruch fällen sollten. Das ist nicht der Fall. Ich habe mich gestern mit Herrn Stinnes darüber unterhalten. Wenn sich einer dem Ausspruche des Schlichtungsausschusses und des Einigungsamtes nicht fügt, so haben die Leute das Recht, zu streiken, und der Arbeitgeber kann aussperren, kann auch streiken. Von dem Streik der Arbeitgeber ist bei allen Verhandlungen immer viel zu wenig die Rede gewesen. Bismarck hat einmal gesagt: Hüten Sie sich vor dem Streik der Arbeitgeber. Ich habe bei manchen Verhandlungen gesagt: Es dreht sich alles bloß um die Arbeitnehmer, und an den Arbeitgeber denkt kein Mensch. – Das nur nebenbei.

Ist noch zu Punkt 8 eine Frage ?

Dann kommen wir zu Punkt 9.

---

12 This point may have been lost on some of Stinnes' colleagues. Thus, the Hoesch Generaldirektor, Fritz Springorum, who was also Stellvertretender Vorsitzender of the Nordwestliche Gruppe of the Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, criticized the agreement, among other things, "weil darin indirekt die Verpflichtung zum Abschluß von Tarifverträgen enthalten ist. Wie solche Verpflichtungen unsererseits eingelöst werden sollen, ist mir einstweilen ein Rätsel . . . ." Springorum to Beukenberg, November 18, 1918. Phoenix-Rheinrohr-Archiv, P/1/25/55/1.

13 This explains the belated inclusion of Point 7. See the note to Document B.

Herr Dr. R e i c h e r t (liest):

"Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden."

Meine Herren. Es ist vielleicht interessant, ein Telegramm der nordwestlichen Gruppe zur Kenntnis zu nehmen, das wir heute morgen bekommen haben, das über die Arbeitszeit spricht.[14]

V o r s i t z e n d e r:

Ich möchte noch eins hinzufügen. Es ist ja gestern von Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann und Barth der Aufruf an das deutsche Volk festgesetzt worden, worin es heißt: "Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten."[15] Also damit ist diese Bestimmung eigentlich schon überholt.

Herr S t i n n e s:

Es wird die Herren interessieren, die ursprünglichen Ansprüche zu erfahren. Sie lauteten folgendermaßen: "Das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit wird für alle Betriebe ohne Ausnahme auf 8 Stunden festgesetzt. Lohnkürzungen dürfen nicht stattfinden." Wir haben also erstens die Worte "ohne Ausnahme" herausbekommen. Sie erkannten an, daß man z. B. in der Landwirtschaft garnicht damit arbeiten könnte, denn man könnte den Regen nicht abbestellen. Dadurch, daß es heißt "regelmäßige Arbeitszeit", sind Überschichten offen gelassen. Auch das haben sie anerkannt, ebenso, daß die Lohnkürzungen nicht einfach generell untersagt werden sollen, sondern nur aus Anlaß dieser Arbeitsverkürzung.

V o r s i t z e n d e r:

Das schließt das aber in sich, denn wenn die Leute im Akkord arbeiten und Sie setzen die Schichtdauer von 12 Stunden auf 8 Stunden herab, dann kommen Sie notwendigerweise auf eine 50%ige Lohnerhöhung, wenn der Mann dasselbe verdienen soll.

Herr Dr. S o r g e:

Da kommt ein Punkt in Frage, den man vielleicht in der Schwebe lassen kann. Das ist die Frage des Sonnabends.

V o r s i t z e n d e r:

Das ist in der nordwestlichen Gruppe geregelt.

Herr Dr. S o r g e:

Wir sind darüber noch nicht klar. Der springende Punkt ist, ob man 6 mal 8 Stunden hat oder ob man es an andern Tagen ausgleichen kann, wenn am Sonnabend eine noch kürzere Arbeitszeit verlangt und durchgesetzt wird.

Herr Dr. R e i c h e r t (liest):

"In einer heute stattgefundenen Besprechung der nordwestlichen Gruppe mit den Vertretern der Arbeiterverbände wurde folgender Beschluß gefaßt, den wir hiermit unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen:

Beschluß.

"Für sämtliche Betriebe (mit Ausnahme der nachstehend besonders behandelten Feuerbetriebe) wird ab 16. November folgende Verkürzung der Wochenarbeitszeit eingeführt:

14 Excerpts are read from the telegram below.

15 See note 2 above.

Montag bis Freitag unveränderte Arbeitsdauer,
Samstag Tagschicht 6 bis 2 mit 1/2 Stunde Pause, bei Doppelschicht Nachtschicht 2 bis 10 mit 1/2 Stunde Pause.
Die Samstagschichten haben mithin 8 Stunden Dauer.
Die Akkordsätze bleiben unverändert. Die Schicht- oder Stundenlöhne erfahren eine der Verkürzung entsprechende Erhöhung, sodaß bei einem Schicht- oder Stundenlohn eine Verminderung des Wochenverdienstes nicht stattfindet."

Vorsitzender:

Das ist nicht richtig gefaßt, denn die Akkordlöhne können ja nicht dieselbe Höhe behalten. Dann kann ja der Mann nicht in der verkürzten Zeit denselben Lohn verdienen.

Herr Dr. Reichert:

In der Sitzung, die ich neulich in Düsseldorf mitgemacht habe, hieß es ausdrücklich: Wir müssen den Leuten in der Schicht den alten Schichtlohn lassen, aber wenn sie im Akkordlohn tätig sind, sollen sie einmal beweisen, daß ihre Theorie richtig ist, daß sie in der verkürzten Zeit dasselbe leisten.

Herr Dr. Sorge:

Wenn Sie das durchsetzen — sehr schön. Aber ich glaube es nicht.
Wie ist die veränderte Arbeitszeit ?

Herr Dr. Reichert:

Das kommt gleich.
"Beim Hochofen wird in der Möllerung und den Aufzügen, wo besondere Fachausbildung nicht erforderlich ist, eine Achtstundenschicht eingeführt, sobald die erforderliche Belegschaft hierfür vorhanden ist, wenn irgend möglich, nicht nach dem 1. Dezember d. J. Für die übrigen Arbeitszweige des Hochofenbetriebes, bei denen eine Fachausbildung notwendig ist, muß der Zeitpunkt um mindestens 2 bis 3 Monate hinausgeschoben werden," — also mindestens bis zum 1. Februar oder 1. März. "Für diese Zeit soll als Ersatz für die längere Arbeitsdauer ein Zuschlag zum Lohn gezahlt werden, der dem den Lohnarbeitern gezahlten entspricht. Hier muß den technischen und örtlichen Verhältnissen der einzelnen Werke Rechnung getragen werden.
In den Thomaswerken, in denen nicht, wie in den übrigen Feuerbetrieben, die verkürzte Wochenarbeit eingeführt werden kann, wird die Arbeitszeit der Samstagsschicht von 2 Uhr nachmittags bis 6 Uhr und die Nachtschicht von 6 bis 6 Uhr als Überstunde bezahlt.
Eine allgemeine Einführung des Achtstundentages in der Eisen- und Stahlindustrie muß durch internationale Abmachung geregelt werden, die ebenso wie andere Fragen der Sozialpolitik zum Gegenstand der Erörterung bei den Friedensverhandlungen gemacht werden soll."
Damit schließt die Verhandlung.
In der Versammlung wurde auf Anfrage festgestellt, daß die Arbeitssperren und alle dahingehenden Abmachungen zwischen einzelnen Werken bereits aufgehoben sind.

Vorsitzender:

Meine Herren. Ich schlage Ihnen zur Geschäftsordnung vor, daß wir eine Diskussion über diese Sache erst nachher vornehmen. Wir wollen erst einmal hier die Geschichte fertigmachen, denn das ist doch das Wichtigste. Herr Stinnes, Sie sind doch damit einverstanden ?

Herr Stinnes:

Ich wollte zu Punkt 9 etwas sagen. Wir haben seitens der Arbeitgeber bezüglich des Punktes 9 noch eine Forderung aufgestellt, die von den Arbeitnehmern gebilligt worden ist: wir haben nämlich verlangt, daß gleichzeitig ein Antrag an die Regierungen gerichtet werden müßte, der die Forderung von

uns enthält, daß der Achtstundentag in dieser Weise international geregelt werde, damit wir in der Lage wären, in Deutschland diese Dinge aufrecht zu erhalten. Wir wollten damit zum Ausdruck bringen, daß wir nicht mit dem Achtstundentag als eine Insel in der ganzen Welt dastehen könnten, weil wir dann zu Grunde gehen würden, und wir wollten den Nachweis haben, daß, wenn wir später mit anderen Anträgen auf Verlängerung der Arbeitszeit kämen, wir schon vorher darauf aufmerksam gemacht haben. Damit waren die Herren einverstanden. Der Antrag soll gleichzeitig an die Regierungen mit Unterschriften von beiden Seiten abgegeben werden. Ich nehme an, daß das den Herren die Zustimmung erleichtern wird.[16]

V o r s i t z e n d e r:

Ich glaube, wir können sehr dankbar sein, daß der Punkt festgesetzt worden ist. Das halte ich für außerordentlich wichtig, denn wenn wir allein mit dem Achtstundentag wurzeln sollen und die anderen länger arbeiten dürfen, kommen wir ins Hintertreffen.

Wir können dann zu Punkt 10 übergehen. Bitte, Herr Doktor.

Herr Dr. R e i c h e r t (liest):

"Zur Durchführung dieser Vereinbarungen sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der Schwerkriegsbeschädigten zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet."

V o r s i t z e n d e r:

Ich glaube, eine Diskussion über diesen Paragraphen wollen wir auch nicht eintreten lassen. Man kann ja sehr viel darüber reden, wie der Unterbau eingerichtet werden soll, und was der Zentralausschuß alles zu machen hat. Ich glaube, wir können ruhig darüber hinweg gehen und kommen nun zu Punkt 11.

Herr Dr. R e i c h e r t:

Ich glaube, Punkt 11 ist in der den Herren vorliegenden Vervielfältigung nicht enthalten.

"Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

V o r s i t z e n d e r:

Wünscht jemand zu Ziffer 11 das Wort ?

Herr Stinnes, ich glaube, es würde dankbar begrüßt werden, wenn wir uns noch einmal über diese Kollektivgeschichte, über den Sinn, den diese Bestimmung in den Vereinbarungen mit den Arbeitnehmern hat, ein paar Worte sagen könnten. Es kann sich doch nicht bloß um Tarifverträge und so etwas handeln.

Herr von B o r s i g:

Die Vereinbarung der nordwestlichen Gruppe ist ja das Muster für Kollektivverträge. Etwas anderes

---

16 See Document D below. In his telegram to Reichert mentioned in note 6, Beukenberg demanded "Internationalisierung des Achtstundentages", a point to which the labor leaders in the iron and steel industry had agreed in their negotiations with the Nordwestliche Gruppe. Reichert was able to reassure him that "Die Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Arbeiter-Gewerkschaften sind mit Ihnen darüber einig, daß eine internationale Regelung des Achtstundentages notwendig ist, wenn diese Einrichtung auf die Dauer beibehalten werden soll. Daher ist bereits eine Eingabe an die Regierung unterwegs, um sie zu bestimmen, diesen Punkt in den Friedensverhandlungen durchzusetzen." Phoenix-Rheinrohr-Archiv, P/1/25/55/1.

braucht nicht gesagt zu werden, soweit ich die Sache verstehe.

Herr S t i n n e s:

Zu Punkt 10 und 11 muß man eigentlich die Satzungen kennen, die wir schon für die Bildung der Arbeitsgemeinschaft in Aussicht genommen hatten. Die Untergliederung der Arbeitsgemeinschaft wäre gebildet worden, wenn nicht inzwischen die Revolution eingetreten wäre. Unter diesen Umständen haben die Leute große Sorge gehabt, sich in eine ganz regelrechte Arbeitsgemeinschaft mit uns einzulassen. Sie wollten das etwas hinausschieben und vertagen. Aber vielleicht ist es für Sie von großem Interesse, einmal den Statutenentwurf[17], den wir auf Grund der Besprechungen vorbereitet haben, kurz vor[ge]tragen zu hören. Dann sind Sie sofort im Bilde.

V o r s i t z e n d e r:

Meine Herren, Sie sehen aus dem Gerippe, wohin die Reise dann gehen soll. Ob das nachher so durchgeführt wird, kann ja dahingestellt bleiben. Das kann uns aber nicht hindern, hier den § 11 in der verlesenen Form auch anzunehmen. Dann gehen wir zu § 12 über.

Herr Dr. R e i c h e r t (liest):

"Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderer gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten."

V o r s i t z e n d e r:

Meine Herren, wünscht zu Punkt 12 jemand das Wort ?

Ich möchte hinzufügen, daß bei den Verhandlungen, die da geführt worden sind, zeitweise auch die Vertreter der Angestelltenverbände, auch die vom Bunde der technischen und industriellen Beamten, zugegen gewesen sind und sich mit den Abmachungen ebenfalls einverstanden erklärt haben, was ja sehr wesentlich ist.

Herr von B o r s i g:

Die Gewerkschaften haben sich einverstanden erklärt vorbehaltlich der weiteren gesetzlichen Regelung.

V o r s i t z e n d e r:

Ja. Das "anderer" hier ist ja sehr viel besser und günstiger gefaßt.

Meine Herren, Sie haben die 12 Punkte, die die Ergebnisse langer Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern gewesen sind, gehört. Es handelt sich nicht darum, hier etwas zu ändern. Es kann sich bloß darum handeln, ob wir das ohne weiteres, wie es da ist, annehmen, und zwar in der Form, daß wir heute im Hauptvorstande beschließen: Wir stellen uns absolut auf den Boden der getroffenen Vereinbarungen und ermächtigen den stellvertretenden Vorsitzenden, für den Hauptvorstand diese Sache zu unterzeichnen. Meine Herren, ich möchte Ihnen das auf das allerwärmste und dringendste ans Herz legen. Ich halte es für eine ganz kolossale Errungenschaft, die hier in den 12 Punkten festgelegt ist, die ich nach meiner Kenntnis der Verhältnisse bei den Gewerkschaften eigentlich beinahe nicht für möglich gehalten hätte. Trotzdem eine ganze Menge harter und schwerer Bestimmungen darin stehen, halte ich sie für viel günstiger als ich erwartet hatte, und ich kann Ihnen nur auf das wärmste empfehlen, diese Punkte vom Hauptvorstande aus gutzuheißen und den stellvertretenden Vorsitzenden zu ermächtigen, sie zu unterzeichnen.

Herr Dr. S o r g e:

Ich kann das, was Geheimrat Hilger gesagt hat, nur vollkommen unterstützen. Es läßt sich gewiß

17 Not present in the text. See Raumer's sketch in Document A above.

gegen das eine oder andere manches sagen. Mir ist zum Beispiel aus dem Kreise der Arbeitgeberverbände gesagt worden, man könnte diese oder jene Fassung anders wählen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es immer kolossal schwierig ist, bei Verhandlungen mit diesen Leuten etwas wörtlich festzusetzen, und daß nach einer erzielten Übereinstimmung Änderungen unter allen Umständen vermieden werden müssen; denn abgesehen davon, daß man dann vielleicht auch die anderen Bestimmungen wieder beanstanden würde, sehe ich die allergrößte Gefahr darin, daß nach meiner Kenntnis der Psyche der Arbeiter jeder Versuch einer Änderung, nachdem sie zugestimmt haben, ein Mißtrauen auslöst, daß eventuell die ganze Frage wieder aufgerollt werden würde. (Sehr richtig.) Ich habe mich deshalb auch für die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände – wenn es auch augenblicklich unmöglich ist, einen ganz bevollmächtigten Beschluß herbeizuführen, weil die Leute ja gar nicht zusammenzubekommen sind – nach Fühlungnahme mit einzelnen erreichbaren Herren entschlossen, es so zu unterzeichnen, wie es dasteht.

Herr von B o r s i g:

Ich kann mich eigentlich des Wortes enthalten, denn ich wollte dasselbe sagen, daß durch die kleinste Änderung das Mißtrauen hervorgerufen werden würde. Die Leute sind außerordentlich mißtrauisch. Es stand neulich im "Vorwärts": "Mißtrauen ist die erste Tugend des Sozialdemokraten". Man muß sich also der kleinsten Änderung, auch wenn sie unbedeutend wäre, enthalten.

Dann wollte ich bloß noch den Herren sagen: Ich habe heute morgen mit Gewerkschaftsbevollmächtigten gesprochen, weil hier in Berlin augenblicklich ja eine fabelhafte Unordnung ist. Die Soldatenräte reden in die gewerkschaftlichen Funktionen hinein, und keiner weiß recht, was gemacht werden soll. Da ist mir heute gesagt worden, es wäre gestern im Soldatenrat beschlossen worden, den Gewerkschaften gewisse Funktionen wieder zu überlassen, diese Arbeiter- und Soldatenräte nicht mehr in die Sache hineinreden zu lassen. (Herr Dr. S o r g e: Für ganz Deutschland ?) Das ist vorläufig für Berlin. Ich glaube aber, daß das nur der Anfang sein wird, und ich glaube, es wird nachher auch in Leipzig kommen, wo ich die ganze Bewegung für am gefährlichsten halte. Jedenfalls scheint mir die Erkenntnis durchgedrungen zu sein, daß man nicht alles den bisherigen Leitungen abnehmen und selbst machen kann, sondern daß man es den berufenen Stellen überlassen muß. Gestern sind die Gewerkschaftsbevollmächtigten mit einer ziemlich scharfen Alternative an den Arbeiter- und Soldatenrat herangetreten und haben gesagt, wenn sie die gewerkschaftlichen Funktionen übernehmen wollten, sollten sie es tun, dann würden sie (die Gewerkschaften) sich nicht weiter darum kümmern. Das ist ja schon der sogenannte Streik der Arbeitgeber. Ich hoffe, daß Ordnung in die Verhältnisse hineinkommen wird. Es war überhaupt nicht mehr zu arbeiten. In jedem Werk wurde etwas anderes gefordert, sodaß die Industriellen überhaupt nicht mehr wußten, was zu machen war.

Herr H e n r i c h:

Wieweit die Forderungen gingen, geht daraus hervor, daß Arbeiter schon 25 Mark verlangen.

V o r s i t z e n d e r:

Die Geldfrage, überhaupt die wirtschaftlichen gesetzlichen Maßnahmen spielen augenblicklich keine Rolle. Wir müssen zunächst durch das Chaos durch. Das wird sich eines Tages wieder finden.

Herr Dr. R e i c h e r t:

Ich darf wohl im Auftrage des Herrn Vorsitzenden Justizrats Meyer[18], der leider am Kommen verhindert ist, und dem ich gestern abend diese Bedingungen telephonisch vorgelesen habe, mitteilen, daß er sich restlos damit einverstanden erklärt, und Sie bitten läßt, diese Bedingungen einstimmig anzunehmen.

Herr G r a u:

Wann werden wir diese Bedingungen bekommen ?

18 Wilhelm Meyer, Justizrat; Vorsitzender des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Herr Dr. R e i c h e r t:

Wir können sie heute gleich vervielfältigen und sie Ihnen ins Hotel übersenden.

Herr G r a u:

Ich möchte bitten, die Sache möglichst bald an uns in die Provinz zu schicken, denn bei uns kommen natürlich die Leute mit allerhand Forderungen, die in diesen Abmachungen nicht stehen, und zwingen uns, nötigenfalls durch den Arbeiter- und Soldatenrat, sie anzuerkennen, und wenn sie erst anerkannt sind, ist es sehr schwierig, sie wieder wegzubekommen.

V o r s i t z e n d e r:

Das war durchaus vorgesehen. Die Sache soll heute vervielfältigt werden und sofort an die Gruppen und Werke hinausgehen. Das soll überhaupt die Grundlage für die Verhandlungen unserer Gruppen bezw. der Werke mit den Vertretern der Gewerkschaften sein.

Herr S t i n n e s:

Ich glaube, so dringend notwendig es ist, daß die Sachen hinausgehen, so muß das doch erst vollzogen und genehmigt sein. Aber sobald die Zustimmung erteilt ist, wird es ja auch veröffentlicht werden. In Westfalen war man drauf und dran, auf einzelnen Zechen die siebeneinhalbstündige Schicht zu bewilligen. Diese Gefahr müssen wir in Kauf nehmen. Durch eine frühzeitige Veröffentlichung könnte unter Umständen das ganze Abkommen kaputtgeschlagen werden.

Herr von B o r s i g:

Könnte dieser Gefahr nicht dadurch etwas vorgebeugt werden, daß man den Firmen mitteilt, daß die ganzen Sachen mit den Gewerkschaften zentral geregelt werden. (Zuruf: Das ist zu gefährlich.)

V o r s i t z e n d e r:

Wir müssen doch zunächst abwarten, bis die Sache vollzogen ist. Das wird morgen früh gemacht, und ich wollte bitten, sich auch damit einverstanden zu erklären, wenn kleine redaktionelle Änderungen vorgenommen werden oder selbst materielle Änderungen, die nicht so bedenklich sind. Es wäre ja immerhin denkbar, daß morgen noch Verhandlungen stattfinden, daß nicht so einfach unterschrieben wird.

Herr S t i n n e s:

Bisher ist in der Beziehung nichts angemeldet worden. Also ich glaube, daß wir damit durchkommen werden. Es könnte sich höchstens noch um redaktionelle Änderungen handeln.

Herr Dr. R e i c h e r t:

Meine Herren, ich würde Sie bitten, die Vollmacht für den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Geheimrat Hilger nicht auf redaktionelle Änderungen zu beschränken. Ich möchte daran erinnern, daß vor ungefähr vier Wochen in der Sitzung im Stahlwerksverband in Düsseldorf, wo Vertreter der südwestlichen und der nordwestlichen Gruppen anwesend gewesen sind, Herr Stinnes bevollmächtigt worden ist, im Namen der ganzen deutschen Eisenindustrie mit den Gewerkschaften zu verhandeln, und wenn heute von Vollmacht die Rede ist, darf die Vollmacht nicht beschränkt werden, sondern sie kann nur auf Herrn Geheimrat Hilger ausgedehnt werden, bezw. wäre auch Herr Justizrat Meyer zuzuziehen, wenn er hier wäre.

Herr G r a u:

Kann die Regierung nicht veranlaßt werden, eine öffentliche Erklärung dahin abzugeben, daß die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern solange unterbleiben, bis diese zentrale Abmachung zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern veröffentlicht wird ? Ist die Möglichkeit nicht vorhanden ?

Herr S t i n n e s:

Wir dürfen nicht vergessen, daß in der Regierung mindestens zwei Leute drinsitzen, vielleicht sogar drei, denen die ganzen Abmachungen mit den Gewerkschaften ein Dorn im Auge sind, die die Sache absolut zur Spartacusgruppe hinüberleiten wollen, und wir müssen sehr froh sein, morgen abend die Unterschrift von Ebert und von den sechs Männern zu erhalten. Aber von ihnen zu verlangen, daß das vorher veröffentlicht wird, heißt die ganze Sache kaputt schlagen. Die Stellung der Regierung ist so schwer, auch den Arbeiter- und Soldatenräten gegenüber, daß wir deshalb bitten, auch nicht telegraphisch Mitteilung zu machen, denn die Überwachung von Telegraph, Telephon und Post ist so groß, daß wir absolut keine Freiheit mehr haben.

V o r s i t z e n d e r:

Meine Herren, ich glaube, wir können die Diskussion hier schließen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß die Vollmacht zur Unterschrift hier erteilt wird, und daß die Vollmacht sich auf redaktionelle und sogar auf materielle Änderungen erstreckt. Sind die Herren damit einverstanden ? (Wird bejaht.) Dann stelle ich das als einstimmigen Beschluß fest und bitte, das zu Protokoll zu nehmen. Ich werde das dann im Namen des Hauptvorstandes des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller unterzeichnen.

Wir sind kein Arbeitgeberverband, aber das ist meiner Meinung nach ganz Wurst. Es handelt sich darum, daß der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller mit seiner Wucht hinter der Sache steht. Ob wir ein Arbeitgeberverband sind, spielt, glaube ich, eine sekundäre Rolle.

Herr S t i n n e s:

Ich möchte noch auf eines aufmerksam machen. Wenn dieses Ding morgen angenommen sein sollte, so bleibt natürlich der gesamten deutschen Industrie nichts anderes übrig, als sich zu Arbeitgeberorganisationen zusammenzufinden, denn sonst hat sie keinen Einfluß. Alle Fragen werden von den Gewerkschaften centraliter behandelt, und diejenigen Abteilungen der Industrie, die sich nicht als Arbeitgeberorganisation organisiert haben, werden ausscheiden. Ich glaube, wir können nichts Besseres tun, als mit aller Macht darauf hinzuwirken, daß sich alle Teile im Reiche und alle Industrien so rasch wie möglich organisieren. Nur dann werden wir dazu kommen, daß diese Organisation der Zentralausschüsse und die Fachgruppen tatsächlich ihre Aufgabe erfüllen und ebenso gut erfüllen, wie es die Gewerkschaften tun.

Herr Dr. R e i c h e r t:

Meine Herren, wir haben ja einen Arbeitgeberverband für die ganze deutsche Eisenindustrie nicht, sondern nur in der Nordwestlichen Gruppe, und der hat auch Firmen, die uns nicht angehören. Andererseits sind die Berliner Metallindustriellen vereinigt. Das, was Herr Stinnes angeregt hat, könnte eine Umänderung der Organisation des Vereins bedeuten. Das wäre nur dann erforderlich, wenn der Zentralausschuß nicht nur Arbeiterfragen, sondern auch Handels- und Zollpolitik, Steuerfragen, Tariffragen, Fragen des Eisenbahn- und Güterverkehrs usw. behandelt. Ich glaube, vorerst ist das nicht in bestimmte Aussicht genommen, sodaß also eine Änderung der Organisation unseres Vereins wohl nicht nötig ist.

D.

Berlin, den 15. November 1918

Der Zentralausschuß der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände an den Vollzugsausschuß in Berlin.

Die Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben unter dem heutigen Tage vereinbart, daß das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt

wird und Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit nicht stattfinden dürfen.

Die Verbände sind sich darüber einig, daß diese Vereinbarung nur dann dauernd durchgeführt werden kann, wenn der Achtstundentag für alle Kulturländer durch internationale Vereinbarung festgesetzt wird.

Wir bitten den Vollzugsausschuß, diese Forderung bei den Friedensverhandlungen zu stellen und zu vertreten.

Der von den Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Verbänden eingesetzte Zentralausschuß.

E. von Borsig C. Legien

---

* Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus, Reichskanzlei Nr. 8/30, Bl. 1; abgedruckt in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.* Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Reihe 2, Bd. 2, Berlin 1958, p. 394.

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM STADTARCHIV MANNHEIM

Von Jörg Schadt

Die heutige Überlieferung des Stadtarchivs Mannheim[1] zur Geschichte der Arbeiterbewegung entspricht in keiner Weise der Bedeutung, die die Stadt seit den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bis zur Gegenwart in ihr einnahm. Alle Zweige sowohl der liberaldemokratischen, der sozialistischen wie auch der konfessionellen Arbeiterbewegung waren und sind hier in irgendeiner Weise organisatorisch vertreten. Die politische Geschichte der Stadt im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ist durch einen raschen Aufstieg der SPD gekennzeichnet, die bei den Bürgerausschußwahlen 1878, den Reichstagswahlen 1890 und den Landtagswahlen 1891 erste Wahlsiege errang. In der Weimarer Zeit hatten sogar die regionalen Führungsgremien von SPD und KPD hier ihren Sitz. Die Kommunalpolitik stand infolgedessen seit dem späten 19. Jahrhundert, besonders ausgeprägt jedoch in der Weimarer Republik, unter sozialdemokratischem Einfluß, obwohl die Führungspositionen der Stadtverwaltung verhältnismäßig spät von Sozialdemokraten eingenommen wurden (erste besoldete Stadträte: Arbeitersekretär Richard Böttger und Parteisekretär Georg Strobel 1919, Bürgermeister Böttger 1926, Oberbürgermeister Hermann Heimerich 1928). Die kommunalpolitische Überlieferung, etwa die Protokolle des Stadtrats, spiegeln daher ein Stück Arbeiterbewegung. Bei der folgenden Zusammenstellung haben wir uns jedoch auf das Material beschränkt, das die Organisationen und Führer der Arbeiterbewegung, die Arbeitnehmervertretungen und die Dienst- und Lohnverhältnisse der kommunalen Arbeiter betrifft. Einbezogen wurden die nationalsozialistischen Zwangsorganisationen und Einrichtungen. Wenn sich zu Organisationen und Führern nur das hier aufgeführte Material ermitteln ließ, so liegt das nicht etwa an den gewiß sehr schweren Kriegsverlusten an städtischem Schriftgut (September 1943), sondern von vornherein daran, daß entsprechendes Material im kommunalen Zuständigkeitsbereich weniger anfällt als im staatlichen.[2] Die noch erhaltenen Findmittel des im Stadtarchiv ehedem ver-

---

1 Anschrift: 68 Mannheim, Rathaus E 5. Ein Archivführer mit Bestandsübersicht wird vorbereitet.

2 Besonders ergiebige Bestände für Mannheim sind daher die Abteilungen des Generallandesarchivs Karlsruhe 236 (= Innenministerium) und 331 (=Polizeipräsidium Mannheim).

wahrten und 1943 vernichteten Registraturguts weisen wenige Betreffe, hauptsächlich zur Krankenversicherung für Arbeiter,[3] auf. Aber auch in das Sammlungsgut war – von Plakaten und Flugblättern abgesehen – bis dahin wenig zur Arbeiterbewegung eingebracht worden. Die systematische Ermittlung und Sammlung schriftlicher Nachlässe und des Schriftguts von Organisationen sowie der Aufbau bzw. Ausbau der Sammlungen setzten erst nach dem Zweiten Weltkrieg, genauer mit dem Jahre 1965 ein. In diesem Bereich aber liegt das Schwergewicht der insgesamt bruchstückhaften Überlieferung zur Arbeiterbewegung.

Zur Benutzung ist zu bemerken, daß nach 1944 entstandenes städtisches Schriftgut grundsätzlich noch nicht zugänglich ist. Die Nachlässe und der Bestand Dokumentation des Widerstands unterliegen – wenigstens teilweise – Auflagen der verfügungsberechtigten Personen oder Stellen. Zu allen aufgeführten Beständen liegen Findmittel (Ablieferungsverzeichnisse, Findbücher oder Findkarteien) vor.

STÄDTISCHES SCHRIFTGUT

Gemeindesekretariat Freudenheim

Zugg. 17/1972

Nr. 9 Gewerkschaft und Personalrat 1945 - 1969

Nr. 21 Personalrat des Gemeindesekretariats 1960 - 1968

Gemeindesekretariat Friedrichsfeld

Zugg. 31/1967

Nr. 57 NSDAP, Reichsorgane, Reichsreform, Feiertage des Reichs 1934 - 1944
Intus: Feier des Tages der nationalen Arbeit und Betriebsappelle

Nr. 72 Betriebsrat, Personalrat 1955 - 1964

Nr. 114 Leistungen der Stadt an die NS-Organisationen [auch DAF] 1934 - 1942

Gemeindesekretariat Neckarau

Zugg. 29/1968

Nr. 11 [Durchführung der] Wahlen [hauptsächlich zum Reichstag und Landtag, auch Volksbegehren] 1903 - 1956

Gemeindesekretariat Sandhofen

Zugg. 30/1969

Nr. 95 [Durchführung der] Wahlen, Stadtreklame, Volkszählung 1950, 1946 - 1961

Nr. 103 Notstandsarbeiter 1913 - 1919
Intus: Bestimmungen über die Arbeitslosenfürsorge der Hauptstadt Mannheim

Bestand Hauptregistratur

Zugg. –/1955 - 1964

Nr. 249 Gedenkfeier für die im Kampf gegen den Nationalsozialismus gefallenen Mannheimer 1945 - 1950
Intus: Listen der hingerichteten, der im spanischen Bürgerkrieg gefallenen und der in Konzentrationslagern und Zuchthäusern verstorbenen Mannheimer Widerstandskämpfer

Nr. 858 Auflösung marxistischer Organisationen und Einziehung des Vermögens [1933] 1946 - 1948

Nr. 872 Frühere "Deutsche Arbeitsfront" 1945 - 1957

Nr. 1225 Denkschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands über den Wiederaufbau Mannheims 1946 - 1948

Nr. 337-339 Politische Plakate, Bd. 1: 1951/52, Bd. 2: 1952 - 1955, Bd. 3: 1956 - 1958

Zugg. 21/1969

Nr. 379 Fürsorge für politisch Verfolgte und aus den Konzentrationslagern zurückgekehrte Insassen, Allgemeines 1945 - 1952
Intus: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Baden-Württemberg Kreisstelle Mannheim

Nr. 380 Desgl., Einzelfälle 1945 - 1947
Intus: Liste politisch Verfolgter – Haftliste Jakob Trumpfheller 1933 - 1945 – Widerstandsgruppe Georg Lechleiter

3 Auffällig ist die verhältnismäßig große Zahl von Betreffen im Jahre 1857, darunter auch der Aktenband "Wohltätigkeitskongreß für die Moralisierung und Verbesserung des Zustandes der Fabrikarbeiter". Vgl. auch das Kapitel "Soziale Hilfe" in Friedrich Walter, *Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart*, Bd. 2, 1907, S. 515 ff.

Nr. 384 Desgl., Aufwandsersatz 1946 - 1948
Intus: Übersicht der von der Stadt Mannheim bis 31. 5. 1946 ausgezahlten Fürsorgebeträge an Häftlinge von Konzentrationslagern und deren Hinterbliebene (Namensliste)

Hochbauamt

Zugg. –/1952

Nr. 433 Unruhen in Mannheim vom 22./23. 2. 1919, 1919 - 1921

Nr. 73 Beseitigung monarchistischer Bilder, Denkmäler und Straßenbezeichnungen 1921 - 1923

Zugg. 33/1970

Nr. 199 Personalrat – generell 1959 - 1965
Provenienz: Maschinenamt

Nr. 110 Personalrat – Sitzungen, Einladungen, Protokolle 1936 - 1967
Provenienz: Maschinenamt

Maschinenamt

Zugg. 4/1966

Nr. 18 Sitzungsberichte des Betriebsrats 1929 - 1933

Nr. 29 Vertrauensrat, Betriebsrat 1934 - 1942, 1947 - 1953

Rhein-Haardtbahn-Gesellschaft m.b.H.

Zugg. –/1954

Nr. 4 Kraft durch Freude, Generalia 1934 - 1939

Nr. 5 Deutsche Arbeitsfront. Betriebsappell, Kundgebungen, Tagungen 1936 - 1941

Nr. 6 Betriebsappell 1936 - 1941

Zugg. 16/1971

Nr. 42 [Deutsche] Arbeitsfront 1935 - 1944

Nr. 45 Arbeitsbuch, Berufsbücher 1935 - 1947

Nr. 241 Deutscher Arbeiterverband der öffentlichen Betriebe im Gesamtverband der Deutschen Arbeiter 1933/34

Nr. 242 Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit 1934 - 1938

Zugg. 17/1971

Nr. 57 Sitzungen des Personalausschusses und des Betriebsrats 1914 - 1924, 1930

Nr. 58 Wahl des Personalausschusses und des Betriebsrats 1913 - 1932

Nr. 59 Wahl des Vertrauensrats 1933 - 1944

Nr. 61 Vertrauensratssitzungen 1933 - 1944

Schlacht- und Viehhof

Zugg. –/1952

Nr. 16 Beschäftigung städtischer Arbeiter und Bediensteter beim Arbeiter- und Soldatenrat, Eintritt städtischer Beamter in die Einwohnerwehr 1918/19

Zugg. 52/1969

Nr. 12 Durchführung des Betriebsrätegesetzes, Vertrauensrat 1920 - 1952

Stadtwerke/Verkehrsbetriebe

Zugg. 18/1971

Nr. 121 [Deutsche] Arbeitsfront 1934 - 1947 [hauptsächlich Rundschreiben und Zeitungsausschnitte]

Nr. 122 Arbeitsruhe am 1. Mai, 1920 - 1956

Nr. 123 Betriebsrat: Bekanntmachungen 1945 - 1947
Intus: Plakat "Gedächtnisfeier für Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und alle im Kampf für Freiheit und Sozialismus Gefallenen" am 26. 1. 1947

Nr. 125 ADGB, jetzt ÖTV, Beamtenbund-Komba 1945 - 1961

Nr. 137 Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit 1934 - 1938

Nr. 138 Betriebsordnung 1934 - 1939

Nr. 139 Arbeitsbuch 1935 - 1946

Nr. 142 Werkscharen 1936 - 1943

Zugg. 19/1971

Nr. 287-290 Dienst- und Lohnverhältnisse der Arbeiter, Generalia und Spezialia 1900 - 1959

Nr. 357 Betriebsratswahl 1920 - 1932

Nr. 358 Betriebsratssitzungen [Einladungen und Protokolle] 1920 - 1931

Nr. 359 Verschiedenes über den Betriebsrat 1920 - 1932
Intus: Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition

Nr. 360 Vertrauensratswahl 1933 - 1945

Nr. 361 Sitzungen des Vertrauensrats 1934 - 1944 [hauptsächlich Protokolle]

Stadtwerke/Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke

Zugg. –/1964

Nr. 359 Durchführung des Betriebsrätegesetzes 1919 - 1934

Nr. 361 Wahl der Arbeiterausschüsse und deren Vorsitzende 1919/20

Nr. 362 Abhaltung von Ausschuß- und Plenarsitzungen der Arbeiterausschüsse 1913 - 1922

Nr. 363 Protokolle über Sitzungen der Betriebsräte 1922 - 1934

Nr. 364 Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront sowie Reichsbund der Deutschen Beamten 1934 - 1949

Nr. 365 Deutsche Arbeitsfront 1937 - 1941

Nr. 373, 374 Wahl der Betriebsräte und Vertrauensmänner, Bd. 1: 1920 - 1929, Bd. 2: 1929 - 1935

Nr. 672 Strafantrag gegen die "Arbeiterzeitung" 1929 [wegen Artikelserie "Korruption bei der Mannheimer Stadtverwaltung" in Nr. 66-68 vom März 1929]

Nr. 375 Betriebsrat der Wasserwerksgesellschaft 1926 - 1933, 1945

Städtische Krankenanstalten

Zugg. –/1962

Nr. 1 Arbeitsnachweis 1893 - 1927
Intus: Central-Anstalt für Arbeitsnachweis

Nr. 34 Vorbereitungskurse für die Gehilfen- und Sekretärsprüfungen, Beamtenakademie, Arbeitsschule der Deutschen Arbeitsfront 1929 - 1938

Nr. 35 Deutsche Arbeitsfront allgemein, Berufsförderung der städtischen Bediensteten 1938 - 1948

Zugg. 30/1966

Nr. 119 Reichsbund deutscher Beamten, Deutsche Arbeitsfront und Wohlfahrtsverein städtischer Beamten 1914 - 1937

Nr. 122 Vertrauensrat und dessen Wahl 1934 - 1944

Nr. 123 Deutsche Arbeitsfront 1935 - 1945

Tiefbauamt

Zugg. 3/1968

Nr. 1080 Betriebszellenorganisation, Vertrauensrat, Schriftwechsel mit der Deutschen Arbeitsfront 1943 - 1945

NACHLÄSSE

Nachlaß Richard Böttger
(1873 - 1957, Arbeitersekretär 1905 - 1919, Bürgermeister der Stadt Mannheim 1926 - 1933, 1945 - 1948)

Zugg. 16/1968

Nr. 1 Autobiographische Arbeiten 1949 - 1955

Nr. 10 Akten "Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Mannheim" 1946 - 1948

Nr. 12 Politischer Lagebericht aus der linksrheinischen Pfalz, besonders Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei, des Dr. Hermann Heimerich und des Ernst Roth von Friedrich Profit 1946

Nr. 33 Parteihistorische Arbeiten 1946 - 1957
Enthält: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie – Maifeier – Robert Kramer – Jakob Kleinhans – August Dreesbach – Oskar Geck

Nachlaß Josef Braun
(1889 - 1955, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim 1945 - 1948)

Zugg. 53/1970

Nr. 2 Handakten, vorwiegend Bitten um Wiedereinstellung, politische Entlastungszeugnisse 1945
Intus: Resolution Mannheimer Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald vom 25. Mai 1945

Nachlaß Hans Brümmer
(1886 - 1966, Vorsitzender der IG Metall 1949 - 1956)

Zugg. 61/1970

21 Positionen, hauptsächlich Einzelschriftstücke persönlichen, politischen und gewerkschaftlichen Inhalts 1945 - 1966. Als Teil des Bestands wurde eine Reihe älterer Drucke zur Arbeiterbewegung übernommen, die in der Archivbibliothek verwahrt werden.

Nachlaß Dr. Fritz Cahn-Garnier
(1889 - 1949, Finanzminister der Regierung Württemberg-Baden 1946, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim 1948/49)

Zugg. 33/1968

Nr. 27-38 Denkschriften, Artikel, Vorträge zur Innen- und Außenpolitik, Finanzverwaltung, Finanz- und Wirtschaftspolitik 1945 - 1949

Nachlaß Oskar Geck
(1867 - 1928, Redakteur der "Volksstimme" Mannheim seit 1901, M. d. R.)

Zugg. –/1965

6 Positionen Persönliches und Korrespondenz 1919 - 1928 (1931 - 1957)

Nachlaß Hermann Heimerich
(1885 - 1963, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim 1928 - 1933, 1949 - 1955, Mitglied der SPD seit 1911)

Der umfangreiche Bestand, der hauptsächlich Material zur Kommunalpolitik und staatlichen Tätigkeit Heimerichs enthält, bietet vor allem in folgenden Gruppen Material zur Geschichte der Arbeiterbewegung:

Freidenkerbewegung 1906 - 1962
(u. a. Gründung des Jungdeutschen Kulturbunds, Kartell der freiheitlichen Vereine München)

Politische und ehrenamtliche Interessen und Tätigkeit 1945 - 1962
(u. a. Wiedererrichtung der Konsumgenossenschaften in Württemberg-Baden, Studien über die "sozialistische Kulturbewegung" und den "sozialistischen Menschen")

Vorträge und Aufsätze 1915 - 1962

Korrespondenz 1926 - 1962
[Bestand in Bearbeitung]

Nachlaß Emil Hofmann
(1886 - 1971, Kommunalstatistiker)[4]

Zugg. 4 und 9/1972

Nr. 68 Materialsammlung (Zeitungsausschnitte und Flugblätter) zur Geschichte der SPD hauptsächlich in Baden und Mannheim 1916 - 1937

Nr. 69 Desgl. zu Ideologie und Wirklichkeit des Sozialismus 1919 - 1934

Nachlaß Daniel Krebs
(1827 - 1901, Inhaber einer Privatschule und Demokrat)

Zugg. 1958

Nr. 42-44 Briefe von Moritz Müller [Führer der liberal-demokratischen Arbeiterbildungsvereine in Pforzheim] 1877

Nachlaß Jakob Trumpfheller
(geb. 1887, führender Gewerkschaftsfunktionär, SPD-Vorsitzender, Bürgermeister)

Zugg. 25 und 32/1972

Akten zur Geschichte der SPD, der Gewerkschaften und sozialdemokratischer Institutionen in Mannheim 1945 - 1956, 1962 - 1964

Nachlaß Johann Wolfhard
(1876 - 1959, Jurist und Politiker der DDP)

Zugg. –/1959

Nr. 13 Präsenzliste der Delegierten des 6. nationalsozialen Parteitags in Frankfurt a. M. vom 29. 9. bis 1. 10. 1901, 1901

Nr. 14 Protokolle von Sitzungen des Vorstands des Nationalsozialen Vereins und Schreiben an Vorstandsmitglieder 1902/03

PARTEIEN

CDU-Kreisverband Mannheim-Stadt (Ablichtungen)

Zugg. 50/1970

Nr. 1 Konstituierung einer antifaschistischen Liga in Mannheim 1945

Nr. 5 Resolutionen [auch von Junger Union, SPD, KPD, Vereinen und Belegschaften] 1946 - 1948

Nr. 7 Sondermaterial Nr. 6: Darstellung der Hauptprobleme des Sozialismus mit einer Unterscheidung zwischen dem Sozialismus christlicher und dem marxistischer Haltung [ca. 1946/47]

Nr. 17 Werbematerial der SPD, hauptsächlich Mannheim und Heidelberg 1946
Intus: Für Frieden, Freiheit und Sozialismus – Rede von Dr. Kurt Schumacher am 12. 1. 1946 in Stuttgart

Nr. 18 Werbematerial der KPD, hauptsächlich Mannheim 1946/47

KLEINE ERWERBUNGEN

Nr. 42 Lebenserinnerungen des Johann Peter Eichelsdörfer (1829 - 1889) [Führer der liberal-demokratischen Arbeiterbewegung]

Nr. 43 Protokollbuch der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Frauenvereins Mannheim, Zahlstelle Lindenhof, 1908 - 1925
Ablichtung

Nr. 64 Jean Joseph Louis Blanc (1813 - 1882) an einen Freund, London 1869 II 27

Nr. 68 22 eigenhändige Briefe von Karl Blind 1849 - 1895
5 Flugschriften 1859 - 1861
1 handschriftliche Kurzbiographie

Nr. 82 Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands in Mannheim im August 1922 [1922]
Verfasser vermutlich sozialdemokratisch
Maschinenschrift, 5 S.

Nr. 104 Lebenslauf des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Karl Wehner (1875 - 1957) [nach 1944]
Maschinenschrift, 2 S.

4 Die Materialsammlung Hofmanns ist wohl im Zusammenhang mit seinen Arbeiten *Die Ergebnisse der badischen Landtagswahlen in Mannheim in den Jahren 1913 - 1929*, Mannheim 1930, und *Die Gemeindewahlen in Mannheim in den Jahren 1911 - 1930*, Mannheim 1932, entstanden. Außerdem hatte er ein Manuskript über die Reichstagswahlen fertiggestellt, das bei einem Luftangriff vernichtet wurde. Die Sammlung enthält Ausschnitte inzwischen verlorengegangener Zeitungen.

Nr. 106 Erinnerungen des Buchdruckers Emil Ludwig (1890 - 1969) an seine Jugend in Mannheim, seine Wanderschaft in die Schweiz 1911/12, Militärzeit und erneute Wanderschaft nach Norddeutschland 1912/13, 1968/69
88 S.

Nr. 176 Karl Grün an [Braunfels, Hamburg]. Bestellung der Mannheimer Abendzeitung. 1 S.
1842 Mai 11 Mannheim

Nr. 189 Gemeindeversammlungsprotokolle der Freireligiösen Gemeinde Mannheim 1862 - 1898
Ablichtung

In den Kleinen Erwerbungen werden außerdem unter den Nummern 147, 226 und 227 Briefe von Ludwig Frank (1874 - 1914, Rechtsanwalt und M. d. R.) in Ablichtung verwahrt, deren Vorlagen sich in anderen Archiven befinden.

DOKUMENTATION DES WIDERSTANDS GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS IN MANNHEIM 1933 – 1945

Diese archivische Sammlung umfaßt hauptsächlich Schriftgut staatlicher Provenienzen in Ablichtung zum Widerstand in Mannheim, Baden und der linksrheinischen Pfalz.

ORTS– UND PERSONENGESCHICHTLICHE SAMMLUNG

Die seit 1965 aufgebaute und laufend ergänzte Sammlung umfaßt Zeitungsausschnitte, Flugblätter u. a. Drucksachen vorwiegend aus der Zeit seit 1914. Im personengeschichtlichen Teil (S 1) werden derzeit 3 935 Mappen verwahrt, darunter zu Mannheimer Arbeiterführern, politischen Mandatsträgern wie Stadträten und Abgeordneten (Findmittel: alphabetische Kartei); im ortsgeschichtlichen Teil (S 2) beläuft sich die Zahl der Mappen inzwischen auf 2 200, darunter besonders umfangreich SPD und KPD (Findmittel: Schlagwort und systematische Kartei).

PLAKATSAMMLUNG

Die laufend ergänzte Plakatsammlung umfaßt etwa 1 600 politische Plakate des Zeitraums 1914 bis 1968, u. a. der SPD (hauptsächlich Signaturen 798-861), KPD (hauptsächlich Signaturen 672-797), Arbeiter- und Soldatenrat, Gewerkschaften, Streiks (hauptsächlich Signaturen 1202-1260).

In einer im Jahre 1927 erworbenen Sammlung badischer Flugschriften, Maueranschläge, Zeitungsblätter und dergl. aus den Jahren 1847 bis 1852 finden sich u. a. folgende Blätter:

Nr. 60 "An die Arbeiter! . . . Mannheim, im April 1849".

Nr. 70 "Vortrag über die soziale Republik, gehalten im neuen vaterländischen Verein zu Mannheim".

Nr. 74 "Der größte Name. Loblied auf Friedrich Hecker von H[einrich] Sulzer".

ZEITUNGEN

a) vor 1934

Der Botschafter. Organ der deutschen Cigarrenarbeiter
Redaktion, Herausgeber und Verlag: Leipzig
1867 unvollständig, 1869 unvollständig

Volksstimme [SPD]
Druck und Verlag der Mannheimer Aktiendruckerei
Redaktion: Mannheim

1896	Nr. 239 (Untertitel: Sozialpolitisches Tageblatt für das werktätige Volk des Badischen Unterlandes)
1906	Nr. 136, 263
1907	Nr. 22, 28
1914	Juli-Dezember
1915	Januar-Juni
1915	Nr. 335, 360
1916	Nr. 24-356 Einzelnummern
1917	Nr. 18-350 "
1918	Nr. 38-194 "
1918	Juli-Dezember
1919	Nr. 33-290 Einzelnummern
1920	Nr. 10-354 "
1921	Nr. 61-283 "
1922	Nr. 27-92 "
1924	Nr. 213
1925	Nr. 238-341 Einzelnummern
1926	Nr. 35-327 "
1927	Nr. 68-332 "
1928	Nr. 106-142 "
1929	Nr. 131-165 "
1930	Nr. 134-353 "
1931	Nr. 123-157 "
1932	Nr. 7-349 "
1933	Nr. 36-73 "

Sammelband von Jubiläumsausgaben der Volksstimme [Mannheim]
Enthält:
1. Volksstimme vom 1. Mai 1915: "1890 - 1915 – 25 Jahre Volksstimme"
2. Volksstimme vom 19. 3. 1927: "60 Jahre Mannheimer Sozialdemokratie 1867 - 1927"
3. Volksstimme vom 26. 10. 1929: "Vor vierzig Jahren" – Mannheimer Erinnerungen von M[ichael] Kayser
4. 40 Jahre Volksstimme 1890 - 1930

Karnevalszeitungen der Volksstimme 1912/13

Die Saat – Beilage der Volksstimme (Mannheim) für Wissen, Kunst und Literatur /SPD/
Jg. 35, 1932 Nr. 26

Die Brücke – Monatsbeilage der Volksstimme (Mannheim) für sozialistische Theorie und Praxis /SPD/
Jg. 3, 1930 Nr. 7 vom 21. August
Enthält: Alexander Schifrin, Der Kampf um die kommunistischen Arbeiter, und Otto Bauer, Das Proletariat in der bürgerlichen Demokratie

Die Neue Welt. Illustriertes Unterhaltungsblatt /SPD/
Redaktion: Berlin, Verlag: Hamburg
1906
Intus: Parteigeschichtliches aus Mannheim von Franz Josef Ehrhart

Der Schrey /linksgerichtet/
Redaktion und Verlag: "Der Grüne Schrey" Mannheim
1919 Nr. 1 vom 1. März
1919 Nr. 2 vom April

Die Rote Fahne
Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Badens
Redaktion und Verlag: Mannheim
1919 Nr. 7, 9, 10-12, 26, 42

Tribüne. Tageszeitung der USPD Bezirk Baden
Verlag, Redaktion und Expedition: Mannheim
1921 Nr. 23, 57, 67

Volksfreund. Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens /SPD/
Geschäftsstelle, Redaktion und Verlag: Karlsruhe
1921 Nr. 212

Arbeiterzeitung. Organ der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der kommunistischen Internationale) für den Bezirk Baden
Erscheinungsort, Expedition und Redaktion: Mannheim S 3, 10
Verleger: Verlag der "Arbeiter-Zeitung" m.b.H.
1925 Nr. 43
1926 Nr. 283
1929 Nr. 50
1930 Nr. 294
1932 Nr. 14, 25 und 121

b) nach 1945

Badische Volksstimme. Mitteilungsblatt der KPD/Land Baden
Herausgeber: Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim
Redaktion: Mannheim
Jg. 1, 1946 Mai-Dezember, unvollständig
Jg. 2, 1947 Januar-März
ab 1. April 1947: Badisches Volksecho

Badisches Volksecho. Wochenblatt der KPD/Landesbezirk Baden
ab 1. 11. 1949: Tagesausgabe
Herausgeber: Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim
Redaktion: Mannheim, seit 1951 auch Stuttgart
Verlagsort seit 1951: Stuttgart
1947 April-Dezember unvollständig
1949 - 1955 unvollständig
1956 Januar-August 17 unvollständig

Volksstimme. Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands – Bezirk Württemberg
Vertriebsabteilung und Redaktion: Stuttgart
Jg. 4, 1949 Nr. 41

Volkswille. Wochenblatt der SPD Württemberg-Baden
Vertrieb und Redaktion: Stuttgart
Jg. 4, 1949 Nr. 5 vom 29. 1. Mannheimer Ausgabe

AZ-Badisch-Pfälzische Abend-Zeitung (später mit wechselndem Untertitel) /SPD/[5]
Verlag und Redaktion: Mannheim
1949 Juli – 1971 Mai

Offen und frei. Wochenzeitung für die arbeitende Bevölkerung Südwestdeutschlands
Herausgeber: Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit Baden-Württemberg
Redaktion und Verlag: Stuttgart
Jg. 8, 1968
Jg. 9, 1969 Januar-März

Betriebszeitungen und Vorortszeitungen der Deutschen Kommunistischen Partei Mannheim
1970 ff.

BILDSAMMLUNG

Abteilung Zeitgeschehen: Postkarten mit Bekanntgabe des Reichstagswahlergebnisses 1903

Abteilung Personen: Ludwig Frank u. a.

BIBLIOTHEK

Die Bibliothek enthält – allerdings längst nicht vollständig – neben Broschüren einzelner Reden von Parteiführern der SPD und Geschäftsberichten des Arbeitersekretariats und lokaler Gewerkschaftsorganisationen vor allem die Jahresberichte der Lokalorganisationen und Protokolle der Landesparteitage der SPD. Gegenüber der "Bibliographie der badischen Geschichte"[6] ist kritisch anzumerken, daß sie dieses Druckgut der letztgenannten Art in keiner

5 Vgl. Ernst Kerkow, *Die "AZ" – eine moderne Tageszeitung der SPD*, in: *Merkbuch für alle Mitglieder der SPD – Unterbezirk Mannheim, Geschäftsjahr 1964*, 1963, S. 47-51.

6 Bd. 1 und Bd. 2, 1929 - 1938, bearbeitet von Friedrich Lautenschlager; Bd. 3, 1961, bearbeitet von Werner Schulz.

Weise erfaßt. Aber auch die sehr verdienstvolle Spezialbibliographie von Eberlein[7] ist hinsichtlich der Tätigkeitsberichte des sozialdemokratischen Vereins für den 11. badischen Reichstagswahlkreis unvollständig geblieben. Wir geben daher in Auswahl folgende Titel:

A 19 109 Prozeß gegen Bebel und Genossen . . . Stenographischer Bericht über die Verhandlung vor Großh[erzoglicher] Strafkammer II zu Mannheim am 21. Januar 1886.
15 S. 8°, Verlag Wilh. Hänsler, Mannheim 1886

A 21 5 Sozialdemokr[atischer] Verein für den 11. bad[ischen] Reichstagswahlkreis. Jahresbericht pro 1907, 1908. Tätigkeitsbericht 1. 1. 1909 - 30. 6. 1910. Bericht des Sozialdemokratischen Vereins für den 11. badischen Reichstagswahlkreis 1. 7. 1910 - 30. 6. 1911; 1. 7. 1911 - 30. 6. 1912.
Mannheimer Aktiendruckerei 1908 - 1912

A 16 35 Erinnerungsblätter aus der Geschichte der Volksstimme. Zur Einweihung der neuen Räume. Mit Beiträgen von Heinrich Lintz und Oskar Geck.
48 S. mit 27 Abb. 8°, Mannheim 1928

A 21 19 Merkbuch für alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Stadt- und Landkreis Mannheim. Geschäftsjahr 1955/56, 1958/59, 1964.
64 S., 64 S. 8°, AZ-Druck Mannheim 1955, 1958, 1963

B 2 153 Bericht der sozialdemokratischen Landesorganisation Badens für die Zeit vom 1. 1. 1909 bis 30. 6. 1910 an den Parteitag zu Offenburg am 20. und 21. 8. 1910; 1. 7. 1911 bis 30. 6. 1912 an den Parteitag zu Offenburg am 24. und 25. 8. 1912; 1. 7. 1912 bis 31. 3. 1913 an den außerordentlichen Parteitag zu Freiburg am 21. und 22. 6. 1913; 1. 4. 1913 bis 31. 3. 1914 an den ordentlichen Parteitag zu Freiburg am 20. und 21. 6. 1914.
8°, Mannheimer Aktiendruckerei 1910, 1912, 1913, 1914

B 2 136 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens . . . 1908, 1909, 1911, 1912, 1914. Sozialdemokratischer Parteitag 1926, Protokoll.
8°, Mannheimer Aktiendruckerei 1908, 1909, 1911, 1912, 1918, 1926

7 *Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen. Von den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1967.* Bibliographie und Standortverzeichnis der Presse der deutschen, der österreichischen und der schweizerischen Arbeiter-, Gewerkschafts- und Berufsorganisationen (einschließlich der Protokolle und Tätigkeitsberichte). Gesammelt, zusammengestellt und bearbeitet von Alfred Eberlein, 4 Bde mit einem Registerband, Frankfurt/M. 1968 - 1970.

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG IN DER UNGARISCHEN ZEITSCHRIFT "ACTA HISTORICA"

Von János Jemnitz und Ferenc Mucsi

Die "Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae" sind die geschichtswissenschaftliche Zeitschrift der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, durch die Veröffentlichung von Studien, Mitteilungen und Dokumenten in deutscher, englischer, russischer und französischer Sprache die internationale Fachöffentlichkeit regelmäßig über neue Ergebnisse, Tendenzen und Publikationen der ungarischen Geschichtsschreibung zu informieren, ein Bild der Forschungstätigkeit in Ungarn zu vermitteln, inländische und internationale Ereignisse auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft zu würdigen und die im In- und Ausland erschienene wichtige einschlägige Literatur vorzustellen und zu diskutieren. Die entsprechenden Rubriken (Études, Communications, Rapports sur les recherches, Documents, Comptes rendus de livres, Vie scientifique internationale, Chronique) werden durch eine jährlich erscheinende Auswahlbibliographie der ungarischen geschichtswissenschaftlichen Publikationen ergänzt.

Als ein Spiegel der gesamten ungarischen Geschichtsschreibung publizieren die "Acta Historica" regelmäßig auch Beiträge zu Fragen der Geschichte der ungarischen und internationalen Arbeiterbewegung, unter anderem der deutschen Arbeiterbewegung, die mit der ungarischen Arbeiterbewegung stets in engem Kontakt stand. Als Beispiel mag ein flüchtiger Überblick über Artikel zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den letzten fünf Jahrgängen der Zeitschrift dienen.

Unter dem Titel "The First International and the War" (Nr. 1-2/1969) vermittelt die Studie von János Jemnitz, die sich u. a. auf noch unveröffentlichtes Material des Moskauer Instituts für Marxismus-Leninismus stützt, ein detailliertes Bild der Auseinandersetzungen auf den Kongressen und im Generalrat der Ersten Internationale und des Echos und der Wirkung des Preußisch-Französischen Krieges auf die internationale Arbeiterbewegung. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Erörterung der Diskussion, die zwischen Bebel und Liebknecht einerseits und dem Braunschweiger Ausschuß andererseits stattfand, sowie die Darstellung der wachsenden Gegnerschaft auch der Lassalleaner gegen den Krieg.

In seiner Studie "Der 100ste Jahrestag der Pariser Kommune" (Nr. 1-2/1971) betont Tibor Erényi die Wichtigkeit der nationalen und sozialen Momente unter den Faktoren, die die Kommune auslösten. Er stellt fest, daß die während des Preußisch-Französischen Krieges stattgefundene Gebietsbesetzung echte nationale Gefühle verletzte und daß die alten revolutionären Traditionen der Französischen Revolution wieder wach wurden, als die unzufriedenen Volksmassen, die wegen der Verschlechterung ihrer materiellen Lage gegen die bestehende Macht kämpften, auf ihr Banner auch die Losung schrieben: "Die Heimat ist in Gefahr". Diese durchaus nicht unproblematische Verknüpfung nationaler und sozialer Motive führte schließlich zur Revolution der Pariser Bevölkerung. Die umfassende Studie Erényis behandelt auch die führenden politischen Gruppierungen der Kommune, ferner ihre Gesetzgebung und deren soziale Inhalte. Sie schließt mit einer Würdigung der gesellschaftlichen und politischen Bedeutung der Kommune.

Aufgrund des Briefwechsels von Engels in den neunziger Jahren, genauer gesagt der an ihn gerichteten und noch unveröffentlichten Briefe gibt Janos Jemnitz unter dem Titel "Engels and the Problems of the International Labour Movement in the 1890s" (Nr. 3-4/1971) einen Überblick über die wichtigen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung dieser Epoche. Jemnitz analysiert die im Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus aufbewahrten Briefe von John Lincoln Mahon, William James Thorne, Ernest Belfort Bax (England), Edouard Anseele und Emile Vandervelde (Belgien), Ferdinand Domela Nieuwenhuis (Niederlande), José Mesa und Pablo Iglesias (Spanien), Filippo Turati (Italien), Vera Sassulitsch und Georgi W. Plechanow (Rußland), Hermann Schlüter und Friedrich Adolph Sorge (USA) und Paul Singer (Deutschland) an Engels und erläutert den direkten Anlaß der Briefe und der Antworten Friedrich Engels'.

Edit S. Vinczes Studie "Der Pester Hochverratsprozeß (April 1872)" (Nr. 1-2/1972) behandelt die Vorgeschichte, den Verlauf und die Ergebnisse des ersten antisozialistischen Prozesses in Ungarn. Auf der Grundlage zeitgenössischer Dokumente, der deutschen und österreichischen Arbeiterpresse sowie einiger ergänzender Stücke aus dem Briefwechsel von Marx und Engels rekonstruiert die Verfasserin die Beziehungen der damaligen ungarischen Arbeiterbewegung zu Österreich, Deutschland und der Schweiz und die Tätigkeit der ungarischen Sektionen der Ersten Internationale. Eingehend beschreibt und analysiert E. S. Vincze den Prozeß und den zwangsläufigen Zusammenbruch der gegen die Sozialisten erhobenen Anklage vor dem Hintergrund der zu jener Zeit in Ungarn herrschenden Verhältnisse.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt der Zeitschrift in den letzten Jahren war die Geschichte der Ungarischen Räterepublik. Aus Anlaß ihres 50jährigen Jubiläums erschienen zahlreiche Beiträge zu diesem Thema, von denen aufgrund neuer Fakten und einer neuen Sicht der Dinge vor allem zwei Studien hervorragen: Tibor Hajdu, "Siezd Objedinennoj Partii i principalnie problemi rabotschei partii v VSR" [Der Kongreß der Vereinigten Partei und die prinzipiellen Fragen der Arbeiterpartei in der Ungarischen Räterepublik], und András Siklós, "The Hungarian Soviet Republic and the National and Nationality Question" (beide in Nr. 1-2/1969). Während T. Hajdu den Kongreß analysiert, der zur Zeit der Räterepublik anläßlich der Fusion der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei Ungarns stattfand und schwerwiegende innere Gegensätze widerspiegelte, schildert A. Siklós die konsequent internationalistisch-nationale Politik der Räterepublik, wobei die prinzipiellen Elemente der Außenpolitik Räte-Ungarns sowie der auf dem Föderalismus basierenden Nationalitätenpolitik detailliert beschrieben werden.

Miklós Szinai veröffentlicht eine Studie "Zur Geschichte der Beziehungen zwischen der Ungarischen Räterepublik und Österreich" (Nr. 3-4/1972). Ausgehend von einem Brief Otto Bauers an Béla Kun, der mit abgedruckt ist, zeichnet er ein neuartiges Bild der vielgestaltigen Beziehungen zwischen beiden Ländern im Frühjahr und Sommer des Jahres 1919.

Interesse verdient auch der Artikel Peter Hanaks über "Probleme der Betriebsgeschichtsforschung" (Nr. 3-4/1968). Der Verfasser konstatiert eine gewisse Rückständigkeit auf diesem Forschungsgebiet in Ungarn und legt seinen grundsätzlichen Standpunkt zu dieser Frage und seine methodischen Vorstellungen detailliert dar. Hanak betont, daß die Betriebsgeschichte einerseits ein Problem der Erforschung der technischen Entwicklung ist, andererseits aber auch ein sozialgeschichtliches Problem, was sich aus dem kooperativen Charakter der industriellen Arbeit ergibt. Damit ist der Betrieb ein Teil der gegebenen natürlichen und gesellschaftlichen Umgebung. Somit kann die Untersuchung seiner Geschichte von der Untersuchung seiner Umgebung und der Wechselwirkung mit ihr nicht getrennt werden. Das Studium der Betriebstätigkeit, der dort arbeitenden Menschen, der zwischen ihnen bestehenden Produktions- und Klassenverhältnisse und Widersprüche hat zur Voraussetzung die Untersuchung des sogenannten "Mikromodells" der Geschichte der Arbeiterbewegung.

In der Rezensionsrubrik der Zeitschrift wurden in den letzten Jahren auch eine Reihe von Büchern zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung besprochen. Hier seien genannt: Julius Marx, "Österreichs Kampf gegen die liberalen, radikalen und kommunistischen Schriften, 1835 - 1848", Wien 1969; Eva Haraszti, "Die Geschichte des Chartismus", Budapest 196? ; Erik Molnár, "La politique d'alliances du marxisme, 1848 - 1889", Budapest 1967; János Jemnitz, "Die II. Internationale und die Kriegsgefahr 1911 - 1914", Budapest 1966; ders., "Die sozialistischen Parteien und der Krieg, 1914 - 1918", Budapest 1969; Arnold Reisberg, "Lenin und die Zimmerwalder Bewegung", Berlin 1966; J. G. Temkin, "Zimmerwald – Kienthal", Moskau 1967; Hans-Josef Steinberg, "Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg", Hannover 1967; Márton Farkas, "Militärischer Zusammenbruch und Revolution 1918", Budapest 1969; Georg Lukács, "Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken", Neuwied a. Rh. 1967, u. a. Auf die Rezensionen von Büchern zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Ungarn und Osteuropa soll hier nicht näher eingegangen werden. Ihr prozentueller Anteil an der Rezensionsrubrik ist in den letzten vier bis fünf Jahren bedeutend gestiegen und umfaßt heute ein Drittel der veröffentlichten Besprechungen. Über den Charakter der Rubrik sei an dieser Stelle noch bemerkt, daß die Redaktion bestrebt ist, das kritische Moment stärker hervortreten zu lassen.

In den Rubriken "Vie scientifique internationale" und "Chronique" findet der Leser Berichte über in- und ausländische Kongresse (z. B. die zum 100. Geburtstag Lenins abgehaltene Tagung, die Zentenarfeier der Pariser Kommune etc.). Gleichzeitig informieren diese Rubriken auch über die Lage und die Ergebnisse der Forschung zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Ungarn und geben einen Überblick über die Teilnahme ungarischer Historiker an internationalen Historikertreffen und -diskussionen.

Die "Acta Historica" veröffentlichen in diesem Jahr ihren 19. Jahrgang. Jeder Jahresband besteht aus vier Heften und hat einen Umfang von 400-480 Seiten. Der aus 16 Mitgliedern zusammengesetzte Redaktionsausschuß unter Leitung von Akademiemitglied Zsigmond Pál Pach bestimmt die Richtlinien der Redaktionspolitik. Verantwortlicher Redakteur ist Dr. Ferenc Mucsi. Die Anschrift der Redaktion lautet: 1014 Budapest, Úri u. 51-53. Im Ausland wird die Zeitschrift durch die ungarische Exportorganisation für Bücher und Zeitschriften, "Kultura", verbreitet. Hauptkommissionär für die Bundesrepublik Deutschland ist der Verlag Kunst und Wissen Erich Bieber OHG, 7 Stuttgart 1, Postfach 46, Wilhelmstraße 4. Der Abonnementspreis beträgt $ 16 pro Jahrgang.

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE XVIII

Bearbeitet von Rita Klunkert

TITELVERZEICHNIS

BzG = "Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung"
ZfG = "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft"
AIMS = "Newsletter", hrsg. vom American Institute for Marxist Studies

A. HILFSMITTEL

2045 **Jahrbuch für historische Forschung.** – (Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland /AHF/.) – In Vorbereitung. – Bd. 1 erscheint im Frühjahr 1974.

2046 TRUMPP, Thomas (Koblenz): **Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Sachthematisches Auswahlinventar von Quellen in Archiven der BRD.** – Zwischenbericht abgeschlossen; erscheint im Rahmen einer für das Frühjahr 1974 vom Droste Verlag, Düsseldorf, angekündigten Buchausgabe über das Bochumer Symposion. – Endgültige Veröffentlichung voraussichtlich 1975 in der Schriftenreihe des Bundesarchivs im Harald Boldt Verlag, Boppard.

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

2047 ADLER, Max: **Les intellectuels et le socialisme.** – (Ins Französische übersetzt und mit einer Einleitung von Yvon B o u r d e t. In der Einleitung werden auch die anderen Schriften Adlers, soweit sie dieses Problem berühren, herangezogen.) – Edition. – Übersetzung abgeschlossen, Einleitung in Bearbeitung. – Soll 1974 im Verlag Etudes et Documentation Internationales (EDI), Paris, erscheinen.

2048 BAUER, Otto: **Le Parti illégal.** – (Ins Französische übersetzt und mit einem Vorwort von Yvon B o u r d e t.) – Edition. – In Bearbeitung.

2049 DOBROGEANU-GHEREA, Constantin: **Historische, politische, ökonomische Schriften.** – (Hrsg. von Klaus R e i m e r. Veröffentlichung erstmals in deutscher Sprache.) – Edition. – In Bearbeitung.

2050 ENGELS, Friedrich: **Ausgewählte Schriften.** – (Von der Autorität; Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Erster Abschnitt: Philosophie; Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie; Briefe. Ins Norwegische übersetzt von Harald B e r n t s e n, mit einer Einleitung von Stein R a f o s s.) – Edition. – Erscheint im Februar 1974 im Pax Forlag, Oslo.

2051 LINSE, Ulrich (München): **Gustav L a n d a u e r und die Revolution 1918/1919.** – Edition. – Abgeschlossen. – Erscheint Ende 1973 im Karin Kramer Verlag, Berlin.

2052 WEITLING, Wilhelm: **Garantien der Harmonie und Freiheit.** – (Hrsg. und mit einem Nachwort von Ahlrich M e y e r.) – Edition. – Abgeschlossen. – Erscheint 1974 im Verlag Reclam, Stuttgart.

2053 ALBRECHT, Dieter (Regensburg): **Die Ministerratsprotokolle der Regierung Kurt E i s n e r 1918/19.** – Edition. – Anfangsstadium der Bearbeitung; Abschluß etwa Anfang 1975.

2054 SCHUMACHER, Martin (Bonn-Bad Godesberg): **Parlamentspraxis in der Weimarer Republik. Die Tagungsberichte der Vereinigung der deutschen Parlamentsdirektoren 1925 - 1933.** – (Im Mittelpunkt der erstmalig veröffentlichten Dokumente stehen Organisation und Arbeitsweise im Reichstag, in den Länderparlamenten, den Bürgerschaften der Hansestädte, im Volkstag Danzig, im Österreichischen Nationalrat und im Landtag von Niederösterreich. Ein Schriftenverzeichnis weist die Änderungen der Geschäftsordnung für die einzelnen Parlamente 1918 - 1933 nach.) – Edition. – Erscheint Ende 1973 als Bd. 2 der "Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe" im Droste Verlag, Düsseldorf.

2055 WENDT, Józef (Opole/Polen): **Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im O p p e l n e r S c h l e s i e n, Bd. 2: 1933 - 1944.** – (Bd. 1: 1921 - 1933 liegt bereits vor. Es werden Quellen aus Archiven der VR Polen und der DDR veröffentlicht.) – Edition. – Abschluß Ende 1973. – Erscheint voraussichtlich 1974 im Verlag des Instytut Śląski Opole.

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER / BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

2056 MEYER, Ahlrich (Münster): **Frühsozialismus – Anarchismus. Zur Theorie der sozialen Bewegung im 19. Jahrhundert.** – Monographie. – In Bear-

beitung; Ms.-Abschluß 1974. – Soll im Verlag Karl Alber, Freiburg/Br., erscheinen.

2057 MANALE, Margarete (West-Berlin): **Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Begriffes 'Marxismus'.** – (Angeblich der 'Begründer des Marxismus', hatte Marx weder den Ehrgeiz, ein neues Denksystem oder auch eine neue Weltanschauung zu erfinden, noch wollte er als Führer der proletarischen Bewegung gelten, der der Arbeiterklasse das Bewußtsein ihrer Lage gab. Diese Arbeit soll dazu beitragen, die Existenz eines Marxschen Mythos zu enthüllen, demgegenüber die eigentliche Lehre zu erfassen und die verhängnisvolle Entwicklung einer neuen Ideologie zu ergründen.) – Phil. Diss. – Abschluß für Ende 1974 geplant.

2058 WEBER, Nicholas (New York): **Marxism and the Problem of the Bourgeois Revolution.** – Ph. D. – Abgeschlossen 1971. – Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 3.

2059 BOURDET, Yvon (Paris): **Ethique et militance. De la morale des militants révolutionnaires.** – Thèse d'Etat. – Abgeschlossen (600 Ms.-Seiten). – Soll als Buch erscheinen.

2060 HELBERGER, Christof (Frankfurt/M.): **Marxismus als Methode. Wissenschaftstheoretische Untersuchungen zur Methode der marxistischen politischen Ökonomie.** – Phil. Diss. – Abgeschlossen. – Soll Anfang 1974 im Athenäum Verlag, Frankfurt/M., erscheinen.

2061 SAWER, Philippa Marian (Canberra/Australien): **Die marxistische Analyse der nichtwestlichen Welt.** – Ph. D. – Abschluß voraussichtlich Mai 1974.

2062 NELSON, B. R. (Riverside, California/USA): **Isaac Deutscher and Contemporary Marxism.** – Ph. D. – Abgeschlossen 1972. – Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 2.

2063 BREUER, Stefan (West-Berlin): **Philosophie und Revolution. Untersuchungen zur Theorie der bürgerlichen Gesellschaft bei Horkheimer, Adorno und Marcuse.** – (Begriff der bürgerlichen Gesellschaft, Verhältnis zur Marxschen Theorie und zum 'offiziellen Marxismus' der Zweiten und Dritten Internationale.) – Phil. Diss. – Anfangsstadium der Bearbeitung; Abschluß etwa Ende 1975.

2064 KIRALYFALVI, B. (University of Kansas/USA): **The Aesthetics and Dramatic Theory of Lukács.** – Ph. D. – Abgeschlossen 1972. – Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 4.

2065 BRÉLAZ, Michel (Genève/Schweiz): **La doctrine socialiste d'Henri de Man, son influence et son actualité.** – Thèse de doctorat (3 ème cycle). – Abschluß voraussichtlich 1976.

2066 BOGDAL, Klaus-Michael (Bochum): **Franz Mehring als Literaturwissenschaftler. Die Problematik der Konstituierung einer 'marxistischen Spezialdisziplin'.** – (Überarbeitung des letzten Teils der Staatsexamensarbeit, siehe Nr. 2096 dieses Titelverzeichnisses.) – Aufsatz. – Ms.-Abschluß Dezember 1973. – Soll 1974 im Athenäum Verlag, Frankfurt/M., erscheinen.

2067 SAWER, Philippa Marian (Canberra/Australien): **Modes of Revolution: Anton Pannekoek and the German Left on the Role of the Mass Strike.** – (Theoretische Wertung von Pannekoek als Vorläufer von A. Gramsci, K. Korsch u. a. und als Philosoph der Praxis.) – Vortragsmanuskript (basiert z. T. auf einer Master of Arts Dissertation, Australian National University, Canberra, 1970). – Abgeschlossen.

2068 HARTMANN, Günter (Leipzig): **Der Beitrag Wilhelm Piecks zur Vertiefung und schöpferischen Anwendung der marxistisch-leninistischen Geschichtskonzeption durch die KPD/SED (1945 bis 1960).** – Phil. Diss. – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in BzG 15 (1973), H. 5, S. 871.

2069 STARR, J. (Berkeley, California/USA): **Mao Tse-Tung's Theory of Continuing the Revolution under the Dictatorship of the Proletariat.** – Ph. D. – Abgeschlossen 1971. – Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 2.

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

2070 FISCHER, Heinz-Dietrich (Bochum) (Hrsg.): **Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts.** – (Ca. 40 Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, die einen z. T. nachhaltigen Einfluß auf die deutsche Presselandschaft und somit auf die Kommunikationspolitik ausgeübt haben, werden auf je etwa 10 Druckseiten monographisch bearbeitet, u. a. J. H.W. Dietz, Willi Münzenberg, Paul Singer, Leopold Sonnemann, Leopold Ullstein.) – Reader. – In Bearbeitung. – Soll 1974 als Bd. 4 der von H.-D. Fischer hrsg. Buchreihe "Publizistik-historische Beiträge" im Verlag Dokumentation, Pullach b. München, erscheinen.

2071 **Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933.** – (Auf der Grundlage des vom Institut für Zeitgeschichte, München, in Zusammenarbeit mit der Research Foundation for Jewish Immigration, New York, aufgebauten umfangreichen biographischen Datenkatalogs zur deutschsprachigen Emigration 1933 - 1945 soll ein Handbuch veröffentlicht werden, das die kulturelle und politische Bedeutung der vom NS erzwungenen Emigration dokumentiert.) – Geplant.

2072 HIRSCH, Helmut (Duisburg): **Karl Ludwig Bernays – Kampfgefährte Heines in den 40er Jahren.** – (Überblick über Bernays' Leben und Werk mit besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zu Heine und Hinweisen auf bisher unbenutzte amerikanische Quellen.) – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Soll im Sommer 1974 im "Heine-Jahrbuch" erscheinen.

2073 KOHLER, Eric D. (Laramie, Wyoming/USA): **Tsar of Prussia: Otto Braun, 1872 - 1955.** – Monographie. – In Bearbeitung. – Vgl. auch IWK 7, Titelverzeichnis Nr. 826, sowie den Nachtrag in IWK 13, S. 68.

2074 EISNER, Freya (München): **Der Sozialist Kurt Eisner.** – (Quellenbasis dieser Biographie sind die zahlreichen Veröffentlichungen Eisners, die verschiedenen Parteitagsprotokolle und sonstiges gedrucktes Material sowie Archivmaterial des Bayerischen Geheimen Staatsarchivs und des Kreisarchivs für Oberbayern in München.) – Monographie. – Ms. abgeschlossen. – Erscheint voraussichtlich im Frühjahr 1975 als Beiheft der "Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte".

2075 WENDORFF, Werner (PH Braunschweig): **Zur politischen Biographie Wilhelm Liebknechts 1826 bis 1862.** – (Die Arbeit stützt sich u. a. auf Quellen aus dem IISG Amsterdam und dem Schiller-Nationalarchiv Marbach.) – Biographie. – Abgeschlossen (170 Ms.-Seiten).

2076 BAHNE, Siegfried (Bochum): **Willi Münzenberg als Verleger.** – (Beitrag zu dem von Heinz-Dietrich Fischer hrsg. Sammelband "Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts", siehe Nr. 2070 dieses Titelverzeichnisses.) – Abschluß voraussichtlich Ende 1973.

2077 HEER, Hannes (Hamburg): **Ernst Thälmann.** – Phil. Diss. – Fortgeschrittenes Stadium der Bearbeitung. – Soll Ende 1973 im Rowohlt Verlag, Reinbek b. Hamburg, erscheinen.

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

2078 LEHMANN, Albrecht (Göttingen): **Alltagsleben von Arbeitern in einer ländlichen Arbeiterwohngemeinde.** – (Quellenbasis: historisches Material aus dem 19. Jh.; teilnehmende Beobachtung; Fragebogeninterviews.) – Phil. Diss. – Abschluß voraussichtlich Herbst 1974.

2079 MARQUARDT, Wolfgang (Hannover): **Geschichte und Strukturanalyse der Industrieschule (Arbeitserziehung, Industrieunterricht, Kinderarbeit in niederen Schulen ca. 1770 - ca. 1850/70).** – (Geschichte, Verbreitung und Strukturanalyse dieser Institution, vor allem die Arbeiten und die Arbeitsorganisation; das Verhaltenssyndrom 'Industriosität'; [partielle] Weitergabe des bürgerlichen Leistungsbewußtseins an die Unterschichten; Rolle der niederen Schule beim Übergang von der vorindustriellen zur industriellen Gesellschaft. Quellen: vorwiegend Akten der Zentral- und Mittelbehörden.) – Monographie. – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1974.

2080 WENDORFF, Werner (PH Braunschweig): **Zur Schul- und Bildungspolitik Wilhelm Liebknechts 1847 bis 1900.** – (Aufarbeitung noch nicht ausgewerteter, z. T. unveröffentlichter Quellen [Schriften, Reden, Briefwechsel, Parteiorgane; Protokolle und Berichte des Sächsischen Landtags II. Kammer, des Reichstags sowie von Vereinstagen und Parteitagen]. Kritische Auseinandersetzung mit Untersuchungen der DDR-Historiographie bezüglich Methoden, Wertung, Ergebnis.) – Phil. Diss. – Ms.-Abschluß 1974.

2081 HERMES, Ina (Köln): **Die Politik der Gewerkschaften während der II. Internationale.** – (Anhand von Quellen aus dem DGB-Archiv.) – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.

2082 HOFFMANN, Henning (Freiburg/Br.): **Eisenbahnergewerkschaften in Deutschland bis 1925.** – Phil. Diss. – In Bearbeitung.

2083 LOSSEFF, Gisela (Bochum): **Frauenemanzipation in den Gewerkschaften.** – (Entwicklung des Verhältnisses zwischen proletarischer Frauenbewegung und Gewerkschaften von den Anfängen bis 1933; Frauenarbeit im DGB nach 1945 – organisatorisch und in konkreten Einzelaktionen. Quellen aus dem DGB-Archiv.) – Phil. Diss. – Abschluß Ende 1973.

2084 ULLMANN, Peter (Tübingen): **Die Anfänge und die Entwicklung des Tarifvertragswesens in Deutschland bis 1914.** – (Es soll die Entstehungsgeschichte der Arbeitstarifverträge analysiert und dabei gezeigt werden, welche Berufsgruppen die Tarifpolitik entwickelten und über ideologische Vorbehalte hinweg durchsetzten, wie maßgebende Unternehmerkreise sich dazu stellten und in welchem Umfang die Tarifpolitik integrierender Bestandteil der sozialen Beziehungen der Arbeitsmarktparteien im kaiserlichen Deutschland wurde.) – Diss. rer. pol. – Fortgeschrittenes Stadium der Bearbeitung; Abschluß voraussichtlich Mitte 1974.

2085 JUNG, Dietrich (Freiburg/Br.): **Die Mittelstandsproblematik in sozialdemokratischer Sicht.** – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

2086 SCHULTZ, Heiner (Heidelberg): **Studien über Erfahrungsvermittlung in der deutschen Arbeiterklasse 1850 - 1878, dargestellt anhand von Informationen über englische Sozial- und Wirtschaftsprobleme.** – (Rekonstruktion von Kommunikationssituationen auf der Grundlage von ausgewählter Publizistik, Vereins- und Polizeiakten, Autobiographien und Briefwechseln.) – Phil. Diss. – In Bearbeitung.

2087 SIMON, Dan (Tel-Aviv/Israel): **Das Frankreichbild in der deutschen Arbeiterbewegung 1859 - 1866.** – (Die Arbeit stützt sich auf die zeitgenössische Presse sowie auf Schriften und Briefe von W. Liebknecht, F. A. Lange, Lassalle, Sonnemann u. a.) – Ph. D. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Januar 1975.

2088 FESSER, Gerd (Jena): **Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861 - 1866.** – Phil. Diss. – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in ZfG 21 (1973), H. 6, S. 706.

2089 REINHOLD, Werner (Bochum): **Die Stellung des ADAV und VDAV zur Gewerkschaftsfrage 1863 - 1869.** – (Evtl. Ausblick bis 1875.) – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen.

2090 ALBRECHT, Willy (Bonn-Bad Godesberg): **Die deutschen Gewerkschaften 1870 - 1890.** – Monographie. – In Bearbeitung.

b) 1890 – 1914

2091 CITTADINI geb. BRANDT, Irmtraud (Freiburg/Br.): **Die Lebensverhältnisse der russischen und deutschen Industriearbeiter 1890 - 1914.** – Phil. Diss. – In Bearbeitung. – Vgl. auch Nr. 2159 dieses Titelverzeichnisses.

2092 HALL, Alexander (Cambridge/GB): **Skandal, Sensation und Sozialdemokratie: Die sozialdemokratische Presse und der wilhelminische Staat 1890 - 1914.** – (Agitations- und Propagandamittel der damaligen SPD-Presse, Wechselwirkungen zwischen dieser oppositionellen Presse und dem wilhelminischen Staat unter besonderer Berücksichtigung von Justizskandalen [Klassenjustiz] und Mißständen im Staatswesen. Quellenbasis: führende SPD-Zeitungen ["Vorwärts", "Hamburger Echo", "Leipziger Volkszeitung", "Bremer Bürgerzeitung"]; Aktenmaterial aus folgenden bundesdeutschen Staatsarchiven: Hamburg, Bremen, Marburg, Münster, Osnabrück, Düsseldorf, Koblenz, Wiesbaden, Speyer, sowie aus dem Bundesarchiv, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, dem Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem und dem Archiv der sozialen Demokratie.) – Ph. D. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Mai 1974.

2093 HALL, Alexander (Cambridge/GB): **By other means: the legal struggle against the Social-Democrats in Wilhelmine Germany 1890 - 1900.** – Aufsatz. – Erscheint in "Historical Journal", Cambridge.

2094 HALL, Alexander (Cambridge/GB): **The War of Words: Anti-socialist offensives and counter-propaganda in Wilhelmine Germany 1890 - 1914.** –(Gegenagitation und Gegenpropaganda durch die Lokalpresse sowie durch der Regierung nahestehende Verbände und Vereine, z. B. den Christlichen Zeitschriftenverein, den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, die Kriegervereine.) – Aufsatz. – Abgeschlossen.

2095 HALL, Alexander (Cambridge/GB): **The Kaiser, the Wilhelmine state and Majestätsbeleidigung.** – Aufsatz. – Erscheint in "German Life & Letters", Oxford.

2096 BOGDAL, Klaus-Michael (Bochum): **Naturalismus und Arbeiterbewegung. Studien zum Verhältnis von Schriftsteller und Arbeiter um 1890 unter Berücksichtigung der Literaturkritik Franz M e h r i n g s.** – (Soziologie des Schriftstellers um 1890; Sozialismusvorstellungen naturalistischer Schriftsteller; Beziehungen zur Sozialdemokratie; literaturtheoretische Debatten um 1890; die Naturalisten und die 'Jungen'; Stellung der Sozialdemokratie zum Naturalismus; Mehrings Einschätzung des Naturalismus.) – Staatsexamensarbeit; Ausbau zur phil. Diss. auf erweiterter Quellenbasis (handschriftliche Quellen) begonnen. – Staatsexamensarbeit 1972 abgeschlossen; Abschluß der Diss. voraussichtlich 1974/75. – Vgl. auch Nr. 2066 dieses Titelverzeichnisses.

2097 VOM BROCKE, Bernhard (Marburg): **S o m b a r t und der Sozialismus. Zum Verhältnis von 'bürgerlicher' Nationalökonomie und Sozialdemokratie im 2. Kaiserreich.** – Monographie oder Aufsatz. – Abschluß 1974.

c) Weltkrieg und Revolution

2098 CARTARIUS, Ulrich (Darmstadt): **Die Propaganda der radikalen Linken im Ersten Weltkrieg und deren Auswirkungen auf die Haltung der deutschen Arbeiterschaft.** – (Zentrales Problem: der Stellenwert von Propaganda/Agitation/Kommunikationsmechanismen im historischen Prozeß.) – Phil. Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1974.

2099 FRIEDRICH, Klaus (München): **Wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Voraussetzungen der Münchner Revolution von 1918.** – Aufsatz. – In Bearbeitung.

2100 SCHMIDT, Anna (Freiburg/Br.): **Konservative und liberale Reaktionen auf die Räteidee 1918/19.** – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.

2101 HOMBURG, Heidrun (Freiburg/Br.): **Demobilmachung und wirtschaftliche Neuordnung in Deutschland 1918 - 1920 — Regionalstudien.** — (Politik der Arbeitsmarktparteien unter sich verändernden politischen Bedingungen. Quellen: Firmenarchive [Phoenix, Mannesmann], Hauptstaatsarchiv Düsseldorf [Regierung Aachen und Regierung Düsseldorf].) — Staatsexamensarbeit (evtl. Ausbau zur phil. Diss.). — Abgeschlossen.

2102 KRAUSE, Hartfrid (Darmstadt): **Die Krise der USPD 1919.** — Habil. schrift. — In Bearbeitung; Abschluß ca. 1975.

d) Weimarer Republik

2103 WURGAFT, Lewis (Cambridge, Massachusetts/USA): **The Activist Movement: Cultural Politics on the German Left, 1914 - 1933.** — Ph. D. — Abgeschlossen 1971. — Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 3.

2104 KANE, B. M. und G. BENECKE (Canterbury, Kent/GB): George G r o s z, John H e a r t f i e l d and Ernst T o l l e r: **The artist and politics in Weimar Germany.** — Textbuch. — Erscheint 1975 bei Elek Books Ltd., London.

2105 BUDDE, Wolfgang (Freiburg/Br.): **Jungsozialisten und Sozialdemokratische Partei in der Weimarer Republik. Ursachen der mangelnden Aufstiegschancen und des Scheiterns der Jungsozialisten in der Partei.** — (Quellenbasis: "Jungsozialistische Blätter" 1922 - 1931.) — Staatsexamensarbeit. — Abgeschlossen.

2106 WENDT, Józef (Opole/Polen): **Stellung der SPD zur deutsch-polnischen Grenze in den Jahren 1922 - 1928.** — (Kritische Übersicht der Aussagen prominenter Parteiführer; Grenzrevisionismus; Internationalismus im Wort, aber nicht in der Tat. Die Arbeit stützt sich auf gedruckte Quellen und auf Materialien aus Archiven der VR Polen.) — Aufsatz (Teil der Diss. des Vf.s). — Abgeschlossen. — Erscheint voraussichtlich in Bd. 25 (1974) der "Studia Śląskie".

2107 LITTERSCHEID, Wolfgang (Freiburg/Br.): **Die Diskussion über die Wirtschaftsdemokratie in SPD und ADGB 1925 - 1929.** — (Evtl. bis 1931. Thesen: Übernahme der herrschenden Parteitheorie durch die Freien Gewerkschaften, Orientierung an der SPD auch in praktischen Forderungen, Wirtschaftsdemokratie keine eigene bzw. neue Gewerkschaftsideologie. Vergleiche: Zentralarbeitsgemeinschaftsvereinbarung und Gewerkschaftsprogramm zur 'Wirtschaftsdemokratie'; SPD-Parteiprogramm und Gewerkschaftsprogramm. Wichtigste Stellungnahmen der Unternehmerseite.) — Staatsexamensarbeit. — Abgeschlossen.

2108 KUHN, Frieder (Freiburg/Br.): **Die Bedeutung des Young-Plans für das Verhältnis von Industrie und SPD.** — Staatsexamensarbeit. — In Bearbeitung.

2109 McMARTIN, Andrew Archibald (Edinburgh/GB): **Studie über die gewerkschaftspolitische Geschichte der deutschen Kohlenindustrie unmittelbar vor der nationalsozialistischen Herrschaft.** — (Der Vf. versucht festzustellen, wieviel die deutschen Bergarbeiter über die NSDAP wußten, ehe Hitler an die Macht kam. Quellenbasis: vor allem "Bergarbeiterzeitung" 1919 - 1932.) — Examensarbeit. — In Bearbeitung.

2110 WUNDERER, Hartmann (Würzburg): **Die soziale Basis der KPD. Zur Soziologie der Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPD in der Weimarer Republik.** — (Die Rolle sozialer Determinanten bei der Mitgliedschaft und Wählerschaft. Probleme der Fluktuation in der Wählerschaft und Mitgliedschaft, Werbung und Bindung der Anhängerschaft an die Partei.) — Staatsexamensarbeit. — Abgeschlossen.

2111 KINNER, Klaus (Leipzig): **Zur Entwicklung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes in der KPD in den Jahren der Weimarer Republik. (Unter besonderer Berücksichtigung der Zeit vor der Gründung der KPD bis zur Bildung des leninistischen Zentralkomitees unter der Führung Ernst T h ä l m a n n s.)** — Phil. Diss. — Abgeschlossen 1972. — Hinweis in BzG 15 (1973), H. 5, S. 870.

2112 DOHMEN, Matthias (Bonn): **Die KPD im Jahre 1923. Hauptelemente der Strategie und Taktik der Einheitsfront.** — (Auseinandersetzung mit der bürgerlichen und reformistischen Darstellung der KPD-Geschichte vom marxistischen Standpunkt aus. Quellen: Parteitagsprotokolle Leipzig und Frankfurt; spätere Dokumentenveröffentlichungen; Broschüren [vor allem Sachsen]; Memoiren von Arbeiterfunktionären; außer KPD-Quellen wurden auch SPD- und ADGB-Quellen berücksichtigt; Verwertung ungedruckten Materials des IML-Berlin [Flugblätter der KPD und Akten des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung].) — Magisterarbeit. — Abgeschlossen.

2113 BAHNE, Siegfried (Bochum): **Zur Krise in den KI- und KPD-Führungen 1928/29.** — (Untersuchung von Verlauf und Hintergründen der mit dem Übergang zur "ultralinken" Taktik und mit der "Wittorf-Affäre" verbundenen Probleme.) — Aufsatz bzw. Monographie mit Dokumentenanhang. — Abschluß voraussichtlich 1974.

2114 TRÜMPLER, Eckhard (Ost-Berlin): **Über die Entwicklung der Politik der KPD und ihre Verwirklichung von den Reichstagswahlen im September 1930 bis zur Tagung des Zentralkomitees der KPD im Mai 1931.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen 1972. — Hinweis in BzG 15 (1973), H. 4, S. 699.

2115 SEPPEL, Rosemarie (Bonn-Bad Godesberg): **Die Wirtschafts- und Finanzpolitik 1918 - 1933 (unter besonderer Berücksichtigung der Phase 1924 - 1928/29).** – Monographie. – In Bearbeitung.

2116 KATER, Michael H. (Toronto, Ontario/Kanada): **Technische Nothilfe in der Weimarer Republik.** – (Die Technische Nothilfe als Ausdruck antidemokratischer Gesinnung in der Weimarer Republik.) – Aufsatz. – Abschluß Frühjahr 1974.

2117 SCHÜREN, Ulrich (Würzburg): **Die Auseinandersetzung um Volksbegehren und Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1925/26.** – (Stellung von Parteien, Kirchen und Verbänden zu Volksbegehren und Volksentscheid; Verhältnis von parlamentarischen Versuchen zur Lösung der Frage und plebiszitären Aktionen: Bedeutung der Aktionseinheit von SPD und KPD sowie Funktion von Volksbegehren und Volksentscheid für Zentrum und DDP. Quellen: Verbands- und Parteipresse, amtliche Berichte, Parlamentsprotokolle u. a.) – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen.

2118 KOHLER, Eric D. (Laramie, Wyoming/USA): **The Crisis of the Prussian Schutzpolizei, 1928 - 1932.** – (Quellen: Nachlässe Braun, Grzesinski, Drews, Heine, Schleicher, Groener; Stenographische Berichte des preußischen Abgeordnetenhauses; Nachlaß Adenauer.) – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Erscheint in "Journal of Contemporary History".

e) 1933 – 1945

2119 REGULA, Christel (PH Bonn): **Der Neue Vorwärts 1933 - 1938. Die Rolle der SPD in der Weimarer Zeit im Spiegel ihrer publizistischen Selbstkritik während der Emigration.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen 1972.

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

2120 BERRY, E. E. (Stanford, California/USA): **Case Study of the Communist Party of Germany (KPD), 1945 - 1969.** – Ph. D. – Abgeschlossen 1971. – Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 2.

2121 HAUTH, Ulrich (Mainz): **Vereinigungsbestrebungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der SBZ 1945/46.** – Magisterarbeit. – Abgeschlossen 1971.

2122 MÜLLER, Karl-Friedrich (Freiburg/Br.): **Politik und Organisation der KPD in den westlichen Besatzungszonen 1945 - 48.** – (Zeitlicher Schwerpunkt liegt auf der Phase bis Frühjahr 1947. Die Arbeit enthält eine marxistische Kritik der Politik der KPD, wobei deren Strategie nicht an abstrakten Prinzipien gemessen, sondern die Einschätzung der objektiven und subjektiven Faktoren und die daraus abgeleitete Politik der KPD mit den realen Verhältnissen 1945 ff. konfrontiert wird. Die zentrale Frage ist die nach der Möglichkeit einer Systemveränderung. – Es ist eine umfangreiche Befragung von alten Genossen geplant; eine entsprechende Personalbibliographie ist schon relativ weit fortgeschritten.) – Magisterarbeit; Ausbau zur phil. Diss. geplant. – Abschluß der Magisterarbeit Januar 1974, der Diss. Januar 1975.

2123 HAUTH, Ulrich (Mainz): **Versuche der Gründung der SED in den Westzonen und ihr Scheitern (1946 - 48).** – (Quellenbasis: a) Zeitungen und Zeitschriften, b) Archivmaterialien der SPD, c) persönliche Befragung von Beteiligten.) – Phil. Diss. – In Bearbeitung.

2124 RIESEBERG, Klaus-Erich (Bochum): **Die Stellung der KPD zum Problem der nationalen Einheit Deutschlands in den Jahren 1945 - 1949.** – (Gliederung: Programmatische Linie und Grundeinstellungen der KPD zu Beginn der Besatzungszeit; Periode 1945 bis Frühjahr 1947; Frühjahr 1947 bis Sommer 1948; Sommer 1948 bis zur Gründung der BRD; Beurteilung der nationalen Politik der KPD und ihres Verhältnisses zur marxistisch-leninistischen Theorie von der nationalen Frage.) – Diplomarbeit. – Abgeschlossen.

2125 DRASNY, Helga (Leipzig): **Die Schulungs- und Bildungsarbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu Fragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1946 bis 1949).** – Phil. Diss. – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in BzG 15 (1973), H. 5, S. 872.

2126 STARRELS, John (Santa Barbara, California/USA): **Political Learning in East Germany: The Primary School.** – Ph. D. – Abgeschlossen 1972. – Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 3.

2127 HÜBNER, Peter (Leipzig): **Soziale und politische Veränderungen in der Arbeiterklasse der DDR von 1949 bis 1955.** – Phil. Diss. – Abgeschlossen 1972. – Hinweis in ZfG 21 (1973), H. 4, S. 456.

2128 OLDENBURG, Fred S. (Köln): **Die Ablösung W. U l b r i c h t s. Eine Studie über Konfliktregelung (Nachfolgeproblem) in einer regierenden kommunistischen Partei.** – (Gründe und Verlauf der Ablösung; konzeptionelle Änderungen des industriellen Staatssozialismus der DDR; institutionelle Änderungen im System.) – Diss. rer. pol. – In Bearbeitung; Abschluß 1974.

2129 BOROV, Hans S. (New Orleans, Louisiana/USA): **Einstellung der SPD zur europäischen Vereinigung, 1949 - 1961.** – (Wandlung der Partei in ihrer Haltung zur europäischen Frage. Quellenbasis: Nachlässe, SPD-Parteivorstands-Akten, Sopade-Akten und Interviews mit führenden Sozialdemokraten; für das Hintergrundkapitel 1925 - 1945 wurden auch der Nach-

laß Stresemann und andere relevante Nachlässe benutzt; Zeitungen usw.) – Ph. D. – Abschluß voraussichtlich August 1974.

2130 VOGT, Herling (Bonn): **Die Sozialausschüsse der CDA zwischen CDU und DGB, ihre Entwicklung und ihr Wollen.** – (Es wird versucht, die politische Wirksamkeit der Sozialausschüsse anhand ihrer Haltung sowohl zur CDU als auch zum DGB darzustellen. Quellen aus den Archiven der Sozialausschüsse, des DGB und der CDU-Bundesgeschäftsstelle.) – Phil. Diss. – Abschluß Ende 1975 geplant.

2131 MESCHEDE, Klaus (Münster): **Die Lehrlingsbewegung in der BRD seit ca. 1968 und ihre Bedeutung für die gewerkschaftliche Jugendarbeit.** – (Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen der Lehrlingsbewegung unter jugendsoziologischen, pädagogischen und historischen Gesichtspunkten. Schwerpunkt: Erklärung des teilweise außergewerkschaftlichen bzw. gewerkschaftsoppositionellen Ablaufs der Lehrlingsbewegung und Diskussion um Einheit der Jugend und der gesamten Arbeiterklasse [und der Gewerkschaften] nach dem Scheitern der selbständigen Lehrlingsbewegung. Quellen aus dem DGB-Archiv.) – Phil. Diss. – Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1975.

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

2132 SCHADT, Jörg (Mannheim): **Die SPD in Baden von den Anfängen bis 1933. Die Landesorganisation und ihre führenden Funktionäre.** – Monographie. – Geplant.

2133 BOCKS, Wolfgang (Freiburg/Br.): **Die badische Fabrikinspektion 1879 - 1914.** – (Für die Geschichte der Arbeiterbewegung von Interesse ist der Einfluß der Fabrikinspektion auf Taktik, Ziele und Integration von SPD und Gewerkschaften in Baden. Quellen: Generallandesarchiv Karlsruhe, Akten des Staats-, Innen-, Finanzministeriums und der Bezirksämter, Zeitungen.) – Phil. Diss. – In Bearbeitung.

2134 KRAL, Herbert (München): **Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei in Bayern von 1924 bis 1933.** – Phil. Diss. – In Bearbeitung.

2135 LINDEMEIER, Hermann (Münster): **Die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert im Raum Herford.** – Staatsexamensarbeit für das Lehramt an Realschulen. – In Bearbeitung.

2136 MAYER, Thomas (West-Berlin): **Hessische Bürger, Studenten und Bauern gegen Feudalismus und Restauration. Studien und neue Dokumente zu Georg Büchner. Mit Flugschriften 1819 - 1836.** – (Enthält u. a. alle Flugschriften des Weidig-Kreises. Quellenbasis: neu erschlossene Verhörprotokolle und unbekannte Flugschriften aus zwölf deutschen Archiven.) – Monographie. – Erscheint in Kürze bei Metzler, Stuttgart.

2137 ECKHARDT, Albrecht (Darmstadt): **Sozialdemokratische Landtags- und Reichstagsabgeordnete in Hessen-Darmstadt bis 1918.** – (Soziale Stellung, Herkunft, Berufsgang. Zeitraum wird evtl. noch über 1918 hinausgehen.) – Aufsatz. – In Bearbeitung. – Ein Teil der Arbeit, der sich mit dem sozialdemokratischen Agitator Philipp Müller befaßt, soll 1975 im "Archiv für Hessische Geschichte" erscheinen.

2138 BAUDIS, Klaus (Rostock): **Elementare Arbeiterbewegung und städtische Arbeitervereine in Mecklenburg während und nach der Revolution von 1848/49.** – Phil. Diss. – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in ZfG 21 (1973), H. 9, S. 1095.

2139 HAWRANEK, Franciszek (Opole/Polen): **Die Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Oberschlesien in den Jahren 1890 - 1891.** – (Entstehung der ersten SPD-Organisationen; Einfluß der "Gazeta Robotnicza"; Zusammenarbeit deutscher und polnischer Sozialdemokraten. Quellen: Presse, Archivmaterial des Staatsarchivs Potsdam.) – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Erscheint in Heft 10/1973 der "Zeszyty Naukowe – Ruch robotniczy na Śląsku Opolskim", Opole.

2140 HAWRANEK, Franciszek (Opole/Polen): **Geschichte der Arbeiterbewegung im Oppelner Schlesien in den Jahren 1918 - 1944.** – (Überblick über die wichtigsten Richtungen der Arbeiterbewegung in der Provinz Oberschlesien; Stellung zur nationalen Frage; Teilnahme an Wahlen usw.) – Monographie. – Abgeschlossen. – Wird 1974 vom Instytut Śląski Opole veröffentlicht.

2141 LESIUK, Wiesław (Opole/Polen): **Polnische und deutsche Gewerkschaften in der Provinz Oberschlesien in den Jahren 1919 - 1933.** – (Organisation, politische und soziale Zusammensetzung der Mitglieder und Obmänner, Programme, Tätigkeitsbereiche, Zusammenarbeit und Konkurrenzkämpfe zwischen polnischen und deutschen Gewerkschaften [Zentralen und Ortsgruppen]. Quellenbasis: DZA Potsdam und Merseburg, IML/ZPA beim ZK der SED, Archiwum Państwowe Wrocław, Wojewódzkie Archiwum Państwowe Opole, Wojewódzkie Archiwum Państwowe Katowice; Partei- und Gewerkschaftspresse 1919 - 1933.) – Aufsatz. – In Bearbeitung. – Soll im Jahrbuch "Klasa robotnicza na Śląsku" [Arbeiterklasse Schlesiens], Bd. 2 (1975), erscheinen.

2142 LESIUK, Wiesław (Opole/Polen): **Politischer Einfluß der deutschen und polnischen Sozialdemokratie auf die Klassengewerkschaften in Oberschlesien in den Jahren 1918 - 1933.** – (Polnische Sozialistische Partei und Polnischer Zentralverband

/CZZP/; SPD und Freie Gewerkschaften. Quellenbasis wie bei Nr. 2141.) – Aufsatz. – Geplant. – Soll im Jahrbuch "Klasa robotnicza na Śląsku", Bd. 3 (1976), erscheinen.

2143 LESIUK, Wiesław (Opole/Polen): **Streikkämpfe der oberschlesischen Arbeiter in den Jahren 1922 - 1924.** – (Ausgewählte Quellen des DAZ Potsdam, mit Vorwort und Anmerkungen.) – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Soll im Jahrbuch "Klasa robotnicza na Śląsku", Bd. 1 (1974), erscheinen.

2144 MINCZAKIEWICZ, Tadeusz (Opole/Polen): **Die gesellschaftlichen Verhältnisse im Oppelner Schlesien in den Jahren 1922 - 1933.** – (Die Arbeit stützt sich auf Quellen aus Archiven der VR Polen und der DDR.) – Phil. Diss. – Abgeschlossen. – Wird voraussichtlich vom Instytut Śląski Opole veröffentlicht werden.

2145 WENDT, Józef (Opole/Polen): **Geschichte des oberschlesischen Bezirks der KPD 1922 - 1933.** – (Monographie der Partei unter besonderer Berücksichtigung ihrer Stellung zur nationalen Frage. Quellen aus Archiven der VR Polen und der DDR.) – Habil.schrift. – Anfangsstadium der Bearbeitung; Abschluß etwa Ende 1975. – Erscheint 1975 oder 1976 im Verlag des Instytut Śląski Opole.

2146 HAWRANEK, Franciszek (Opole/Polen): **Der Kampf der oberschlesischen Berg- und Hüttenarbeiter um den achtstündigen Arbeitstag im Jahre 1924.** – (Art und Umfang des Kampfes, die wichtigsten Ereignisse, die Ursachen für die Niederlage der Arbeiter. Quellen: Presse, Archivmaterial aus Opole, Wrocław und Kluczbork.) – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Erscheint in Bd. 24/1973 der "Studia Śląskie", Opole.

2147 HEMMER, Hans-Otto (Bochum): **Anfänge der Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet bis zum Bergarbeiterstreik von 1889.** – (Erweiterung der in IWK 16 unter Nr. 1811 angezeigten Staatsexamensarbeit zum gleichen Thema.) – Phil. Diss. – In Bearbeitung.

2148 BERG, Werner (Freiburg/Br.): **"Herr im Hause" oder Emanzipation der Arbeitnehmer. Die betrieblichen und gesellschaftlich-politischen Beziehungen zwischen Unternehmern, Angestellten und Arbeitern im Ruhrkohlenbergbau während des Ersten Weltkrieges.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen 1972.

2149 WOLTERS, Ute (Duisburg): **Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung im westlichen Ruhrgebiet 1918/19.** – (Schwerpunkt Duisburg /Hamborn/ und Essen.) – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.

2150 BAHNE, Siegfried (Bochum): **Die KPD des Ruhrgebiets in der Weimarer Republik.** – (Beitrag zu dem von Jürgen Reulecke hrsg. Sammelband "Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen", der Anfang 1974 im Peter Hammer Verlag, Wuppertal, erscheinen soll; siehe IWK 17, Titelverzeichnis Nr. 1893.) – Ms. abgeschlossen.

2151 KILTZ, Jürgen (Saarbrücken): **Führende Persönlichkeiten des Saarbergbaues ab 1815.** – Phil. Diss. – In Bearbeitung.

2152 KLEIN, Hanns (Saarbrücken): **Untersuchungen zur Frühgeschichte der sozialistischen Bewegung im Saarrevier.** – Aufsatz oder Monographie. – In Bearbeitung.

2153 KLEIN, Hanns (Saarbrücken): **Verzeichnis der Einzelfirmen, Gesellschaftsfirmen und Genossenschaften im Handelskammerbezirk Saarbrücken 1870.** – Abgeschlossen. – Erscheint in der "Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend".

2154 REGULA, Christel (PH Bonn): **Untersuchungen zur Wahlerziehung am Beispiel der Saarabstimmung von 1935.** – (Entwicklung eines Unterrichtsmodells für die Wahlerziehung anhand des Wahlkampfes im Saargebiet 1933/35. Quellenbasis: Presse des Saargebietes, Emigrationsakten im Archiv der sozialen Demokratie, Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes.) – Päd. Diss. – Abschluß 1975.

2155 REICHERT, Ruth (Leipzig): **Die Haltung der sächsischen Bourgeoisie zur Arbeiterbewegung in der Zeit von 1868/69 bis 1878 im Spiegel der bürgerlichen Presse.** – Phil. Diss. – Abgeschlossen 1972. – Hinweis in ZfG 21 (1973), H. 4, S. 456.

2156 ERNST, Ulrich (Bochum): **Die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung des Landkreises Warburg ab 1816.** – (Fragen an den bäuerlichen und unterbäuerlichen Stand; Sozialstruktur; Auswirkungen der preußischen Agrarreformen auf das Untersuchungsgebiet; Restauration der Sozialstruktur; Mobilität der einzelnen Schichten; Verarmung des IV. Standes; regionale Randlage.) – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen 1973.

2157 RAU, Ulrich (Tübingen): **Die SPD und die großen Reformgesetze in Württemberg. Studie zur parlamentarischen Taktik der württembergischen SPD.** – (Die reformistische Parlamentspraxis der württembergischen SPD während der Verfassungs- Steuer- und Verwaltungsreformdebatten zwischen 1895 und 1908. Quellen: Parlamentsprotokolle, "Schwäbische Tagwacht" /führendes sozialdemokratisches Organ/ und einschlägige Ministerialakten.) – Phil. Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1975.

b) Lokal

2158 SASS, Hans-Martin (Bochum): **Theoriebildung und Gruppenstruktur bei den "Freien" 1842/46 in Berlin.** – (Theoriebildung als Gruppenprozeß. Kritikmodelle. Verhältnis von Theorie, Praxis, politischer Praxis und Empirie.) – Monographie. – In Bearbeitung.

2159 BRANDT, Irmtraud (Freiburg/Br.): **Die wirtschaftliche und soziale Lage der Fabrikarbeiterschaft in St. Petersburg und in Berlin von 1890 bis 1910.** – Magisterarbeit. – Abgeschlossen (119 S.) – Vgl. auch Nr. 2091 dieses Titelverzeichnisses.

2160 CREW, David (Ithaca, N. Y./USA): **Definitions of Mobility: Social Mobility in a German Town, 1880 - 1901.** – (Sozialer Auf- und Abstieg in einer Industriegroßstadt des Ruhrgebiets: Bochum. Quellen: Adreßbücher, Heiratsregister, Schulgeldlisten.) – Aufsatz. – Soll in "Journal of Social History" erscheinen.

2161 KASSING, Heinz-Herbert (Göttingen): **Die Rätebewegung während der Revolution 1918/19 in Braunschweig.** – (Ausdrucksformen und Ursachen der Radikalität der Braunschweiger Rätebewegung. Streikbewegung und Spaltung der Sozialdemokratie während des Weltkrieges; Entstehung, Organisation und Sozialstruktur der A- und S-Räte; soziale Basis der Rätebewegung; Politik des Braunschweiger A- und S-Rates. Quellenbasis: Zeitungen; Archivmaterial des Niedersächsischen Staatsarchivs Wolfenbüttel; statistisches Material [Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig usw.].) – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen 1973.

2162 TIESSEN, Henrich (Konstanz): **Soziale Verhältnisse, politische Bewegung und kommunale Selbstverwaltung in einer württembergischen Fabrikstadt im 19. Jahrhundert: Esslingen 1848 - 1914.** – (Wirkungen der Industrialisierung auf die politischen und sozialen Verhältnisse der Stadt. Quellen aus dem Stadtarchiv Esslingen, dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart und dem Staatsarchiv Ludwigsburg; Württembergische Jahrbücher, Handelskammerberichte u. a.) – Phil. Diss. – In Bearbeitung.

2163 TRÖNDLE, Hans-Georg (Freiburg/Br.): **Die Novemberrevolution in Freiburg. Eine Studie zur Entwicklung der öffentlichen Meinung in einer süddeutschen Gewerbestadt.** – (Die Arbeit stützt sich auf Materialien aus dem Stadtarchiv Freiburg, vor allem Zeitungen.) – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen 1973.

2164 FEHRMANN, Joachim (Hamburg): **Vorgeschichte und Verlauf des Kapp-Putsches in Hamburg.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen 1973.

2165 HUBERT, Eva (Hamburg): **Die Geschichte des Hamburger Aufstandes. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Weimar.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen 1973.

2166 HUBER, Günter (Frankfurt/M.): **Kommunalpolitik der SPD in Offenbach 1904/14.** – (Das Wesen sozialdemokratischer Kommunalpolitik vor dem Ersten Weltkrieg am Beispiel Offenbachs als einziger bedeutender Stadt mit SPD-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Quellen: Archivalien des Stadtarchivs Offenbach, Nachlässe, Zeitungen und Zeitschriften, gedruckte Protokolle.) – Staatsexamensarbeit (Erweiterung zur phil. Diss. geplant). – Abgeschlossen 1967.

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

Frankreich

2167 SCHÖTTLER, Peter (Bochum): **Fernand Pelloutier und die Bourses du Travail.** – (Die Rolle der französischen Bourses du Travail und ihres wichtigsten Sprechers F. Pelloutier wurde bisher für die Genese des 'revolutionären Syndikalismus' zu wenig berücksichtigt. Die Arbeit untersucht den Aufstieg der Bourses du Travail in der Auseinandersetzung mit dem guesdistisch dominierten Gewerkschaftsverband, die institutionelle Struktur des Arbeitsbörsen-Syndikalismus sowie die praktische und theoretische Wirksamkeit F. Pelloutiers. Sie stützt sich fast ausschließlich auf gedruckte Quellen, u. a. aus Beständen des Musée Social Paris.) – Magisterarbeit. – Abgeschlossen 1973 (164 + XIV S.).

2168 SCHÖTTLER, Peter (Bochum): **Geschichte und Soziologie der französischen Bourses du Travail 1887 - 1902.** – (1. Darstellung des sozio-ökonomischen Aktionsrahmens, der sozialen Zusammensetzung und der Alltags- und Kampfpraxis der Arbeitsbörsen; 2. typologische Einordnung des Börsen-Syndikalismus unter Berücksichtigung anderer Gewerkschaftsmodelle sowie Überprüfung seines gesellschaftsverändernden Anspruchs. Quellen: Archives Nationales Paris, Musée Social Paris, Archivbestände der Bourses du Travail u. a.) – Phil. Diss. – In Bearbeitung.

Niederlande

2169 BARTHOLOMEUS, J. P[illegible]H. (Nijmegen/Niederlande): **De S.D.A.P.-fractie in de Helmondse gemeenteraad, 1931 - 1940.** [Die sozialdemokratische Fraktion im Stadtrat Helmonds, 1931 - 1940.] – Kandidaatsscriptie. – Abgeschlossen.

2170 VAN ARENSBERGEN, Th. (Nijmegen/Niederlande): **De S.D.A.P. in Roermond, tot † 1930.** [Die sozialdemokratische Partei in Roermond bis ca. 1930.] – Kandidaatsscriptie. – Fortgeschrittener Stand der Bearbeitung.

N o r w e g e n

2171 MEZ, Lutz (West-Berlin): **Der norwegische Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Eine analytische Studie über Interessenkonflikte während der deutschen Besatzung.** – (Untersuchung der Relevanz historischer Fallstudien für Theorie-Praxis-Konzepte [hier Soziale Verteidigung]. Darstellung der soziohistorischen Entwicklung Norwegens, insbesondere der Arbeiter- und Bauernbewegung. Hauptgegenstand der Untersuchung: Widerstand gegen den norwegischen und deutschen Faschismus, wobei Ergebnisse der deutschen Faschismusdiskussion sowie konflikttheoretische Ansätze verarbeitet werden.) – Phil. Diss. (Diplomarbeit liegt bereits vor). – Ms.-Abschluß voraussichtlich März 1974.

Ö s t e r r e i c h

2172 KLUCSARITS, Richard (Wien): **Geschichte der österreichischen Freidenkerbewegung.** – Edition. – Abschluß voraussichtlich 1974.

2173 ROZMAN, Franc (Ljubljana/Jugoslawien): **Die sozialistische Bewegung in der Untersteiermark 1868 - 1889.** – Magisterarbeit. – Soll Ende 1973 in der Zeitschrift "Prispevki za zgodovino delavskega gibanja" [Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung] abgedruckt werden.

2174 VOGL, Friedrich (Wien): **Österreicher im grauen Waffenrock im Widerstand und vor den Kriegsgerichten, 1938 - 1945.** – Monographie. – Abgeschlossen (ca. 300 S.).

S c h w e i z

2175 JOST, Hans Ulrich (Bern): **Die Altkommunisten 1919 - 1921.** – (Fortsetzung der in IWK 8 unter Nr. 1036 angezeigten Dissertation, vgl. "Nachträge" im Anschluß an dieses Titelverzeichnis.) – Monographie. – In Bearbeitung.

S ü d o s t e u r o p a

2176 REIMER, Klaus (Köln): **Die Arbeiterbewegung in Südosteuropa.** – (Darstellung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis heute. Berücksichtigung der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlich-sozialen und nationalen [gelben] Gewerkschaftsbewegung auf dem Balkan, in der Türkei und auf Cypern.) – Monographie (auf der Basis einer Magisterarbeit über die Gewerkschaftsbewegung auf dem Balkan). – Abschluß voraussichtlich 1975.

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

2177 TIMMERMANN, Barbara (Köln): **Die Faschismusdebatte in der Komintern.** – Phil. Diss. (auf der Grundlage einer Staatsexamensarbeit). – In Bearbeitung.

NACHTRÄGE ZUM TITELVERZEICHNIS

Heft 2

Nr. 279 Die Monographie von Marek WALDENBERG liegt unter dem Titel "Wzlot i Upadek Karola Kautsky'ego. Studium z historii myśli społecznej i politycznej" [Aufstieg und Fall des Karl Kautsky. Zur Geschichte der gesellschaftlichen und politischen Ideologie] im Verlag Wydawnictwo Literackie Kraków vor. Bd. 1, Teil I: "Der Papst des Marxismus" (654 S.); Bd. 2, Teil II: "Der Zentrist", Teil III: "Der Renegat" (682 S.). Bd. 2 enthält eine ausführliche Bibliographie (60 S.) und Zusammenfassungen in deutscher, russischer und englischer Sprache. – Vgl. auch Waldenbergs Projekt in IWK 18, Titelverzeichnis Nr. 1931.

Heft 3

Nr. 367 Die Studie von Jürgen PEISER ist 1972 unter dem Titel "Gustav Struve als politischer Schriftsteller und Revolutionär" als Dissertation von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M., Fachbereich Geschichtswissenschaften, angenommen worden und liegt als Dissertationsdruck vor (1973, 292 S.).

Heft 4

Nr. 483 Die Arbeit von Eckhard BIECHELE wurde 1972 unter dem Titel "Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeption des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1919. Eine Studie zur Wirt-

schaftspolitik unter Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell in der Frühphase der Weimarer Republik" von der Freien Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft, als Dissertation angenommen und liegt als Dissertationsdruck vor (264 S.). Buchveröffentlichung ist vorgesehen.

Heft 7

Nr. 798 Die Edition von Shlomo NA'AMAN erscheint in zwei Halbbänden unter dem Titel "Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63". Schwerpunkt ist das IISG-Faszikel über die Tätigkeit des Leipziger Zentralkomitees.

Nr. 854 Die Arbeit von Rennie William BRANTZ über "Anton Erkelenz, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und die Deutsche Demokratische Partei" ist im August 1973 von der Ohio State University als Dissertation angenommen worden.

Heft 8

Nr. 1036 Die Dissertation von Hans Ulrich JOST ist abgeschlossen und liegt als Buchveröffentlichung unter dem Titel "Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914 - 1918" im Verlag Stämpfli & Cie AG, Bern, vor (224 S., brosch. Fr./DM 38,–). – Vgl. auch Nr. 2175 im Titelverzeichnis des vorliegenden Heftes.

Heft 9

Nr. 1044 Das "Marx-Lexicon of Political Economy", im Auftrag des Ohara-Instituts für Sozialforschung an der Hosei-Universität zu Tokio hrsg. von Samezo Kuruma, erscheint jetzt auch in der Bundesrepublik unter dem Titel "Marx-Lexikon zur politischen Ökonomie" im Verlag Detlev Auvermann KG, Glashütten/Ts. Bd. 1: "Konkurrenz", Bd. 2/3: "Methode", Bd. 4/5: "Materialistische Geschichtsauffassung", insgesamt ca. 1 200 S., Ln. DM 120,– Die Bände 6-8 zur "Krisentheorie" werden voraussichtlich im Frühjahr 1974 folgen.

Nr. 1072 Die Arbeit von Gottfried MERGNER über Otto Rühle ist unter dem Titel "Arbeiterbewegung und Intelligenz" im Werner Raith Verlag, Starnberg, in der Reihe "Politische Analysen" erschienen (237 S.).

Heft 10

Nr. 1243 Die Studie von Richard LOSS erscheint unter dem Titel "The Communist Party of Germany" in einer der kommenden Ausgaben von "Survey: A Journal of East and West Relations" bei Oxford University Press. Untersucht wird der Zeitraum 1956 - 1968.

Heft 13

Nr. 1520 Die Arbeit von Marie-Luise GOLDBACH ist unter dem Titel "Karl Radek in Deutschland – Ein Beitrag zum Verhältnis von KPD und Komintern und zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen 1918 und 1923" als Dissertation von der Philosophischen Fakultät der Universität Köln angenommen worden und 1973 als Bd. 97 der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel "Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918 - 1923" im Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg, erschienen.

Heft 15

Nr. 1668 Die Arbeit von Horst UEBERHORST ist 1973 unter dem Titel "Frisch, frei, stark und treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893 - 1933" im Droste Verlag, Düsseldorf, erschienen (351 S.).

Nr. 1719 Der erste Band des Buches von Einhart LORENZ ist unter dem Titel "Arbeiderbevegelsens historie 1789 - 1930. Norsk sosialisme i internasjonalt perspektiv" vom Pax Forlag, Oslo, veröffentlicht worden. Der zweite Band, der die Zeit nach 1930 behandeln wird, soll im September 1974 vorliegen.

Heft 16

Nr. 1728 Die Arbeit von Max SCHWARZ ist 1973 unter dem Titel "Seit 1881. Bibliographie des Verlages J. H. W. Dietz Nachf." im Dietz Verlag, Berlin / Bonn-Bad Godesberg, erschienen. Sie enthält eine umfassende Bibliographie aller Verlagserzeugnisse 1881 - 1973 sowie eine politische Würdigung von J. H. W. Dietz.

Nr. 1738 Das Buch von Wilhelm MATULL ist 1973 unter dem Titel "Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriß ihrer Geschichte, Leistung und Opfer" im Holzner Verlag, Würzburg, als Bd. 53 der Reihe "Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis" erschienen (XIX, 590 S., Ln. DM 36,–).

Nr. 1779 Das Dissertationsthema von Wilhelm Heinz SCHRÖDER, "Gewerkschaften und Parteien. Eine Untersuchung des Verhältnisses der Gewerkschaften zu den politischen Parteien in

Deutschland, England und den USA (1890 - 1914)", erfährt folgende Einschränkung und Modifikation: Die Gewerkschaften in den USA werden nicht einbezogen; das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Parteien wird nur innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung untersucht. Empirischer Schwerpunkt ist eine inzwischen abgeschlossene Analyse (mit Hilfe der EDV) des Funktionärskaders der Freien Gewerkschaften und der SPD, in der besonders alle Reichstagskandidaten und Parteitagsdelegierten der SPD von 1898 bis 1913 erfaßt wurden. Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1974.

Nr. 1829 Die Arbeit von Schapour RAVASANI ist unter dem Titel "Sowjetrepublik Gilan. Die sozialistische Bewegung im Iran seit Ende des 19. Jahrhunderts bis 1922" im Basis Verlag, Berlin, erschienen (638 S., DM 19,80).

Heft 17

Nr. 1898 Der Aufsatz von Ulrich KLUGE über den "Berliner Vollzugsrat 1918/1919. Ein Beitrag zur Organisation, Staats- und Kommunalpolitik eines revolutionären Gremiums" wird nicht, wie ursprünglich geplant, in der Festschrift für Ernst Fraenkel, sondern in den "Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte" veröffentlicht. In der Fraenkel-Festschrift erscheint statt dessen ein Beitrag von U. Kluge über "Das württembergische Volksheer 1918/1919".

Heft 18

Nr. 1974 Bei der Studie von Ryszard DERMIN über "Die Zusammenarbeit zwischen der KPD und der KP Polens im deutsch-polnischen Grenzgebiet 1922 - 1938" handelt es sich um eine Dissertation. Abschluß 1974, Veröffentlichung voraussichtlich 1975 durch das Instytut Śląski Opole.

Nr. 2003 Die Dissertation von Christiane SIGWART wird an der Universität Freiburg/Br. und nicht, wie versehentlich angegeben, an der Universität Göttingen bearbeitet.

PROBLEME DER ANARCHISMUSFORSCHUNG
KRITISCHE ANMERKUNGEN ZU EINIGEN NEUERSCHEINUNGEN*

Von Peter Lösche

Der spanische Bürgerkrieg hatte mit dem Sieg der Faschisten nicht nur der Republik den Todesstoß versetzt, sondern – so schien es noch bis vor kurzem – auch den Anarchismus endgültig in das Museum der Geschichte und dort in die Abteilung "Kuriositäten des 19. Jahrhunderts" eingesperrt. Zur allgemeinen Überraschung erlebte im Gefolge der weltweiten antiautoritären Studentenbewegung der Anarchismus in den sechziger Jahren dann eine Renaissance. Doch schon an dieser Stelle gerät die Feder des Rezensenten ins Stocken: War die Studentenbewegung wirklich "anarchistisch"? Was ist überhaupt "Anarchismus" ? Hunderte von Publikationen werden in den Bibliotheken unter dem Stichwort "Anarchismus" katalogisiert. In der Bundesrepublik schwammen die Verlage auf der Welle der studentischen Protestbewegung kräftig mit und warfen "Anarchismus"-Literatur auf den Markt.[1] Gleichwohl: Die große Zahl der Quellenveröffentlichungen und der Sekundärliteratur kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Anarchismusforschung seit Jahrzehnten stagniert, daß es bis heute weder eine Sozialgeschichte noch eine vergleichende Untersuchung anarchistischer Bewegungen gibt. Vor allem fehlt eine Definition des Begriffs "Anarchismus", die jenseits klischeehafter Erstarrung eine analytische Funktion hätte. "Anarchismus" wird gleichgesetzt mit Chaos, Organisationslosigkeit, Kleinbürgertum, Terror. Tatsächlich sind dies Charakteristika anarchistischer Bewegungen gewesen, doch Anarchismus auf sie zu reduzieren ist eine Vereinfachung und damit Fälschung. Bertrand Russel beobachtete: "Nach volkstümlicher Ansicht ist ein Anarchist jemand, der Bomben wirft und andere Greueltaten begeht, entweder weil er mehr oder weniger geistesgestört ist oder weil er extreme politische Ansichten als Vorwand für kriminelle Neigungen benutzt".[2] Exemplarisch für die Verkürzung des Anarchismusbegriffs ist die marxistisch-leninistische Literatur: "Utopisch-kleinbürgerliche Ideologie und Bewegung, die im Gegensatz zum wissenschaftlichen Sozialismus den organisierten politischen Klassenkampf wie überhaupt jede politische Organisation, Disziplin und Autorität ablehnt und die Realisierung der 'absoluten Freiheit', der Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Gesellschaft von der Abschaffung aller staatlichen Machtorgane und Zwangsmittel erwartet".[3] Wie es möglich gewesen ist, daß große Teile der Arbeiterschaft (und zwar sowohl Facharbeiter wie angelernte Arbeiter und "Lumpenproletarier") in Frankreich, Italien, Spanien, aber auch in Rußland vom Anar-

---

* Eric J. Hobsbawm, *Sozialrebellen. Archaische Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert.* – Neuwied und Berlin: Luchterhand 1971. 285 S. (= Sammlung Luchterhand, Bd. 16.) DM 9,80.

Kurt Lenk, *Theorien der Revolution.* – München: Wilhelm Fink Verlag 1973. 209 S. (= Uni-Taschenbücher, Bd. 165.) DM 12,80.

Michail Bakunin, *Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften.* Hrsg. und eingeleitet von Horst Stuke. – Frankfurt/M., Berlin, Wien: Ullstein 1972. XXI, 885 S. (= Ullstein Buch, Bd. 2846.) DM 9,80.

Michail Bakunin, *Staatlichkeit und Anarchie.* Vorwort Hansjörg Viesel. – Berlin: Karin Kramer Verlag 1972. XII, 434 S. DM 15,–.

Ricarda Huch, *Michael Bakunin und die Anarchie.* – Frankfurt/M.: Suhrkamp 1972. 259 S. (= Bibliothek Suhrkamp, Bd. 334.) DM 8,80.

Ulrich Linse, *Organisierter Anarchismus im deutschen Kaiserreich von 1871.* – Berlin: Duncker und Humblot 1969. 410 S. (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 3.) DM 74,60.

Andrew R. Carlson, *Anarchism in Germany.* Vol. I: *The Early Movement.* – Metuchen, N. J.: The Scarecrow Press 1972. 448 S. $ 12,50.

Günter Bartsch, *Anarchismus in Deutschland.* Bd. I: *1945 - 1965.* – Hannover: Fackelträger-Verlag 1972. 319 S. DM 16,–.

1 Einen Überblick über einige Ende der sechziger Jahre erschienenen, nicht in dieser Rezension behandelten Titel gibt Günter Bartsch, *Anarchismus und Rätebewegung,* in: *Neue Politische Literatur,* Jg. 15 (1970), S. 85-106.

2 Vgl. Bertrand Russel, *Roads to Freedom; Socialism, Anarchism, and Syndicalism,* London 1918, S. 49, zitiert nach Erwin Oberländer (Hrsg.), *Der Anarchismus,* Olten und Freiburg i. B. 1972, S. 7.

3 Vgl. *Philosophisches Wörterbuch.* Hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr, Berlin (Ost) 1972, Bd. 1, S. 68.

chismus angezogen worden sind, muß nach dieser Definition ein Rätsel bleiben oder als Betriebsunfall der Geschichte angesehen werden. Nichtmarxistische Autoren arbeiten zuweilen mit noch gröberen Verkürzungen: So etwa wird "Anarchie" zunächst relativ neutral als "Gesetzlosigkeit, gesetzloser Zustand" verstanden, "Anarchismus" dann aber in Verbindung gebracht mit "Staatsauflösung", "Staatsfeind" und "Umstürzler",[4] mit Signalworten also, die Ressentiments zu mobilisieren vermögen, aber keine analytische Aussagekraft haben. Einig ist man sich in den Sozialwissenschaften lediglich darin, daß der Anarchismus eine äußerst heterogene, vielschichtige, in verschiedenen Organisationsformen und ideologischen Artikulationen auftretende, soziale und (zuweilen) politische Protestbewegung gewesen ist. Angesichts dieses Dilemmas hat James Joll, einer der kenntnisreichsten Anarchismusforscher, sich darauf beschränkt, den Anarchismus als "both, a religious faith and a rational philosophy" zu kennzeichnen[5] und seinem Buch – einer Definition bewußt aus dem Wege gehend – den Titel "Die Anarchisten" und nicht "Der Anarchismus" gegeben. Wieder andere Autoren unterstreichen die Vielfalt des Anarchismus dadurch, daß sie seine verschiedenen, oft nur schwer von einander zu unterscheidenden Richtungen aufzählen. So reiht Günter Bartsch fünf Strömungen im deutschen Anarchismus auf:[6] 1. Individualanarchismus (Max Stirner, John Henry Mackay); 2. Sozialanarchismus (Gustav Landauer); 3. Anarchokommunismus (Johann Most, Erich Mühsam, Rudolf Oestreich); 4. Anarchosyndikalismus (Rudolf Rocker, Augustin Souchy); 5. Anarcholiberalismus (Silvio Gesell, Wilhelm Beckmann, Werner Zimmermann). Erwin Oberländer[7] differenziert in Anlehnung an Karl Diehl[8] zwischen individualistischem, kollektivistischem, kommunistischem und syndikalistischem Anarchismus.

Zur Verwirrung der Begriffe haben die Anarchisten selbst erheblich beigetragen. Als Proudhon 1840 in seiner Schrift "Qu'est-ce que la propriété? " für die herrschaftsfreie Ordnung das Wort "Anarchie" wählte und sich selbst als "Anarchist" bezeichnete, wurden diese Begriffe bereits als Synonyme für Unordnung gebraucht, worüber sich der Verfasser auch im Klaren war.[9] Dies galt auch für den deutschen Sprachbereich: Im Staatslexikon von Rotteck und Welcker wird "Anarchie" definiert als "der Zustand der bürgerlichen Gesellschaft, worin keine geregelte, als rechtmäßig erscheinende oder wenigstens einige Bürgschaft der Dauer gebende Gewalt besteht oder wirksam ist", dann aber hinzugefügt, daß die Anarchie "wie ein Fieber beim Einzelnen" eine "acute Krankheit [sei], die baldigst geheilt werden, oder den Untergang hervorbringen muß, den Untergang der Gesellschaft nämlich."[10] Ferner gehört es gerade zum Selbstverständnis der Anarchisten, ihr gesellschaftspolitisches Konzept nicht zu systematisieren. Theorielosigkeit wird deswegen von ihnen zum Prinzip erhoben, weil eine Theorie zur Autorität gerinnen und die Freiheit des einzelnen und der Gesellschaft einschränken könnte. Aus diesem Grund muß ein ordnender Maßstab von außen an Bewegung und Schriften des Anarchismus angelegt werden, ein analytisches Modell von Geschichte und Gesellschaft wird – anders als im So-

---

4 Vgl. Richard Pekrun, *Das Deutsche Wort*, Heidelberg und München 1963, S. 32.

5 Vgl. James Joll, *The Anarchists*, New York 1971 S. 13, deutsche Übersetzung: ders., *Die Anarchisten*, Berlin 1969. Vgl. auch die Besprechung dieses Buches durch Peter Christian Ludz in: *IWK*, H. 7 (1968), S. 92 f.

6 Vgl. Günter Bartsch, *Anarchismus in Deutschland*, Bd. 1: *1945 - 1965*, Hannover 1972, S. 13-21. Vgl. auch ders., *Der deutsche Anarchismus seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 13 (1972), S. 335-347. Dieser Aufsatz ist im wesentlichen eine Zusammenfassung des hier besprochenen Buches. Im internationalen Anarchismus unterscheidet Bartsch vier Strömungen: Individualanarchismus (Godwin), Sozialanarchismus (Proudhon), Anarchokommunismus (Bakunin) und Anarchosyndikalismus (Pelloutier). A. a. O. S. 335 f.

7 *Der Anarchismus*. Hrsg. und eingeleitet von Erwin Oberländer, (= Dokumente der Weltrevolution, Bd. 4), Olten und Freiburg i. B. 1972, hier: Einleitung. Dieser Band stellt den brauchbarsten Anarchismus-Reader dar, der heute auf dem Markt ist. Die Einleitung vermittelt zugleich eine umfassende, problemorientierte Einführung in das Thema. Bei der Auswahl der Texte hat der Hrg. Wert auf die "konstruktive" Seite des Anarchismus gelegt, d. h. auf anarchistische Modellvorstellungen einer künftigen Gesellschaft. *A. a. O.*, S. 8.

8 Vgl. Karl Diehl, *Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. 25 Vorlesungen*, Jena 1922 und ders., *Anarchismus*, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Jena 1923, Bd. 1, S. 276-292.

9 Oberländer, *a. a. O.*, S. 11 f.

10 Vgl. *Staatslexikon oder Encyclopedie der Staatswissenschaften*. Hrsg. von Carl von Rotteck und Carl Welcker, Altona 1835, Bd. 1., S. 546-550. Immerhin wird die Anarchie hier als "weit weniger grausenvoll und weit weniger trostlos als die Despotie" angesehen, weil sie nur die Gesellschaft und nicht wie diese auch ihre einzelnen Mitglieder tötet.

zialismus – von anarchistischen Autoren nicht angeboten, wenn auch gelegentlich punktuell angedeutet. Und schließlich haben Anarchisten Terror, Gewalt und Zerstörung um der bloßen Destruktion willen in bestimmten historischen Situationen in der Weise propagiert und auch praktiziert, daß die Öffentlichkeit einschließlich der Arbeiterschaft von ihnen abgestoßen werden mußte und die jeweils Herrschenden (u. a. durch die Mobilisierung von gesellschaftlichen Vorurteilen) Gegenmaßnahmen ergreifen konnten, um den politischen und gesellschaftlichen status quo um so einfacher zu stabilisieren.[11] Dadurch ist die konstruktive Seite im Anarchismus im öffentlichen und wissenschaftlichen Bewußtsein fast völlig verschüttet worden, übrig blieb die Gleichsetzung von Chaos und Terror mit dem Anarchismus.

WAS IST "ANARCHISMUS" ?

Die Autoren der im folgenden zu besprechenden Bücher sind sich dieser Ambivalenz im Anarchismus und in der Geschichte des Anarchismus mehr oder weniger bewußt. Dies hätte als Aufforderung verstanden werden müssen, dem Leser zunächst zu verdeutlichen, wovon gehandelt wird, was also Anarchismus eigentlich ist. Mit unterschiedlichem Erfolg wurde diese Aufgabe erfüllt.

Carlson beschreitet hier den einfachsten, zugleich aber auch gefährlichsten und für eine systematische und historische Analyse problematischsten Weg: Er geht letztlich davon aus, daß jeder, der sich selbst Anarchist nennt oder von Anarchisten als Anarchist bezeichnet wird, auch tatsächlich Anarchist ist. Der Vf. schränkt zwar ein, daß es sinnlos ist, darüber zu argumentieren, ob Thomas Müntzer und Friedrich Schiller Vorläufer des deutschen Anarchismus gewesen seien (S. 13), zählt dann aber – biographisch jeweils knapp skizziert – Namen auf, die in der anarchistischen Tradition stehen sollen: Ludwig Börne, Karl Heinzen, Wilhelm Weitling, Moses Hess, Karl Grün, Wilhelm Marr, Edgar Bauer, Arnold Ruge, Karl Vogt. Die Begründung hierfür lautet: "The German anarchists in constructing their family tree would include all the individuals mentioned in this chapter. For this reason, and no other, this chapter is included" (S. 14). Warum aber Grün und Marr "come the closest to being called true anarchists" bleibt unbegründet. Ihre Bedeutung besteht nach Ansicht des Autors darin – und er deutet damit im 1. Kapitel die Hauptthese seiner Untersuchung an, auf die weiter unten zurückzukommen ist – daß Marx in der Auseinandersetzung mit ihnen seine eigene Position gefunden hat: Nur erklärt dies natürlich überhaupt nicht, warum Börne, Hess, Ruge u. a. zu den Vätern des deutschen Anarchismus gehören. Völlig fragwürdig wird die Methode des Vf.s, wenn er in Anlehnung an Robert C. Tucker auf ein "anarchistisches" Element im Marxismus hinweist, nämlich die intendierte Aufhebung des Staates als eines Herrschaftsinstrumentes. Worin besteht dann der Unterschied zwischen Marxismus und Anarchismus ? Auch andere Bemerkungen helfen dem Leser nicht weiter, Anarchismus zu begreifen und gegenüber anderen Sozialbewegungen abzugrenzen. Als Theorie sei Anarchismus voller Widersprüche (S. 7); "Anarchists are, by nature [!], apolitical. Economically and socially they are an anachronism to historians, whether they be bourgeois or Marxist" (S. 9). Carlson bewegt sich hier in den Bahnen traditioneller Geistesgeschichte und fragt nicht, warum und unter welchen politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen anarchistische Schriften und Bewegungen entstanden sind.

Genau diese Frage nimmt Ulrich Linse in seiner Arbeit über den "organisierten Anarchismus" im deutschen Kaiserreich auf, wie unten noch gezeigt werden wird. Doch auch er mogelt sich letztlich um eine Definition des Begriffs "Anarchismus" herum, indem er einleitend Ursprung und Wandel des Wortes "Anarchie" schildert (S. 13 ff.), aber nicht festlegt, was in seiner Untersuchung darunter verstanden wird. Deswegen bleibt auch offen, aufgrund welcher Kriterien der Vf. den Anarchismus vom Anarchosyndikalismus unterscheidet (beide werden implizit als unterschiedliche Strömungen behandelt) und letzteren nicht berücksichtigt. Auch Ricarda Huch überläßt den Leser hilflos ihrer flüssigen, neoromantischen Diktion und erklärt nicht, was sie – oder Bakunin – unter Anarchismus versteht. Positive Signalworte wie "freie Initiative freier Individuen in freien Gruppen", "allseitige Entwicklung", "vollständige Offenbarung des entfesselten Volkslebens", "Mannigfaltigkeit" (S. 157 ff.) wirken erbaulich, vermitteln jedoch keine Einsichten. Kurt Lenk, der in dem größeren Bezugsrahmen

11 Vgl. den Abschnitt, in dem auf das Buch von Carlson eingegangen wird.

von "Theorien der Revolution" sich anarchistischen Autoren wie Bakunin und Proudhon zuwendet, leistet mit seiner Begriffsbestimmung des Anarchismus mehr für eine historisch-gesellschaftliche Analyse als die anderen hier besprochenen Autoren, weil er nicht nur die subjektiven anarchistischen Zielsetzungen, sondern ansatzweise auch die Bedingungen einbezieht, unter denen sie verwirklicht werden sollen. "Anarchismus ist sowohl eine Kritik der bestehenden Herrschaftsformen als auch eine Lehre vom herrschaftslosen Zustand. Seiner Zielsetzung nach kann er als der Versuch einer Synthese von Liberalismus und Sozialismus gelten, weshalb man vom Anarchismus auch manchmal als von einem 'libertären Sozialismus' spricht. Zwar will der Anarchismus in der Regel eine politische Umwälzung, doch – und dies ist das charakteristische Merkmal – in einer Situation, in der eine sozial und ökonomisch reif gewordene Basis fehlt" (S. 80 f.).

Die Arbeit von Günter Bartsch über den Anarchismus in Deutschland 1945 - 1965 zeichnet sich gegenüber fast der gesamten übrigen Anarchismus-Literatur dadurch aus, daß der Vf. einleitend ausformuliert, was er unter diesem Begriff versteht. Im Gegensatz zu Lenk jedoch ist die Definition allein aus dem Selbstverständnis anarchistischer Autoren abstrahiert und vernachlässigt völlig den Bedingungskontext, in dem Anarchisten schrieben und handelten. Gleichwohl ist dieser Versuch von Bartsch als erster Schritt zu einer Definition anzuerkennen. Bartsch nennt vier "Eigenarten" des Anarchismus, "die verschiedene Aspekte seines Wesens sind": "Erstens erstrebt er die Abschaffung des Staates als Haupt- und Primärziel. Er will sich also nicht mit einem Wechsel der Staatsform begnügen . . . Zweitens ist der Anarchismus zwar eine soziale, aber keine politische Bewegung. Die prinzipielle Staatsfeindlichkeit verleiht ihm einen apolitischen Charakter . . . Drittens lehnen sie /die Anarchisten/ solche Organisationsformen wie die Partei fast grundsätzlich ab. Man bevorzugt die Föderation, einen lockeren Dachverband . . . Viertens ist der Anarchismus nicht nur international, sondern auch anational. Außer dem Nationalstaat verneint er auch die Nation und jeglichen Patriotismus." Und Bartsch faßt seine Definition zusammen: "Der Anarchismus ist eine soziale, aber antipolitische, antiparteiliche und anationale Bewegung, die sich primär die Aufhebung des Staates und seine Ersetzung durch eine vielförmige Föderation zum Ziel gesetzt hat, deren Modell die anarchistische Organisationsform sein soll" (S. 12 f.). Die Grenzen einer derartigen Begriffsbestimmung liegen auf der Hand,[12] wenn man einen Blick auf die Geschichte des Anarchismus wirft. 1. Selbst wenn der Anarchismus sich als apolitisch verstanden hat und "Antipolitik" (Bartsch) seine Schöpfung ist, so hat er doch immer politische Auswirkungen gehabt. Carlson hat dies exemplarisch an der Negativfunktion der "Propaganda der Tat" für die Verlängerung des Sozialistengesetzes demonstriert.[13] 2. Trotz des anationalen Anspruches der Anarchisten haben anarchistische Föderationen nie international, sondern jeweils nur – wenn überhaupt – im nationalen Rahmen funktioniert: Die Integrationskraft von Nationalstaaten ist jeweils größer gewesen als die anarchistische Zielprojektion. Anders gewendet: Eine Definition des Anarchismus kann nicht beim Selbstverständnis dieser Bewegung verharren, sondern hätte Kriterien auszuformulieren, die es möglich machen, auch die Geschichte des Anarchismus in den je konkreten politisch-gesellschaftlichen Zusammenhang einzubeziehen.

ZUR SOZIALGESCHICHTE DES ANARCHISMUS

Der Mangel an Begrifflichkeit in der Anarchismusdiskussion liegt vor allem in einem erheblichen Defizit an sozialgeschichtlicher Forschung begründet.[14] Anders als etwa in der Auseinandersetzung um Faschismustheorien[15] ist es in der Anarchismusforschung bisher nicht möglich, auf der Grundlage eines Kanons empirischer Untersuchungen Erklärungsmodelle des Entstehens und Scheiterns anarchi-

12 Es geht natürlich auch nicht an, daß – wie es in der Zusammenfassung getan wird – das Substandiv "Anarchismus" mit dem Adjektiv "anarchistisch" erklärt wird.

13 Vgl. weiter unten S. 141.

14 Eine weitere Ursache für fehlende Begrifflichkeit ist darin zu suchen, daß Monographien über den Anarchismus bisher überwiegend von Anarchisten oder ihren emotionalisierten Gegnern geschrieben worden sind und daher oft eher Teil der Geschichte des Anarchismus und seiner Bekämpfung waren als zu seiner Analyse beigetragen haben.

15 Vgl. als neuesten Überblick über die Faschismusforschung Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion*, Darmstadt 1972, (= Erträge der Forschung Bd. 17.).

stischer Bewegungen systematisch zu überprüfen. Die Theorielosigkeit des Anarchismus scheint durch das Fehlen derartiger Erklärungsmodelle in der Sozialwissenschaft reproduziert zu werden. Als soziale Träger des Anarchismus im 19. und 20. Jahrhundert werden in der Literatur Arbeiter, Kleinbauern, besitzlose Landarbeiter, Kleinbürger, rebellierende Töchter und Söhne von Großbürgern und Intellektuelle in verwirrendem Durcheinander genannt, ohne daß die Ursachen des jeweiligen Protestes verdeutlicht würden. Es erscheint äußerst fragwürdig, ob die ukrainischen Bauern in der Machno-Bewegung, die Uhrmacher des Schweizer Jura, die französischen Syndikalisten aus den Industriezentren, expressionistische Künstler und Intellektuelle wie Max Stirner, Gustav Landauer oder gar Leo Tolstoi unter die eine Kategorie "Anarchismus" subsumierbar sind. Erst die Untersuchung von traditionell als "anarchistisch" bezeichneten Autoren und Bewegungen, ihrer gesellschaftlichen Herkunft, Funktion und Zielsetzung und ein daran anschließender systematischer Vergleich könnte weitere Aufschlüsse geben, um schließlich in einer Anarchismusdefinition zu resultieren.

Eine äußerst wertvolle Vorarbeit auf diesem Weg hat Eric J. Hobsbawm geleistet. In seiner erstmals 1962 in Deutschland veröffentlichten und jetzt in einer Sonderausgabe wieder aufgelegten Arbeit über Sozialrebellen untersucht er "archaische" Formen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, wie sie sich in Banditenbanden (vom Typ des Robin Hood), ländlichen Geheimgesellschaften, revolutionären Bauernbewegungen chiliastischer Art, vorindustriellen städtischen "Mobs" und religiösen Arbeitersekten manifestieren. Regional liegt das Schwergewicht dieser Analyse auf West- und Südeuropa, insbesondere Italien. Die in dem Buch behandelten Personengruppen erscheinen als noch dem Mittelalter zugehörig, leben aber im 19. und 20. Jahrhundert. Sie sind "präpolitische Menschen", die nicht in die kapitalistische Welt hineingeboren worden sind, sondern sie gleichsam als "Einwanderer der ersten Generation" betreten. Sie werden in die moderne Gesellschaft hineingezwungen; ihr Problem besteht darin, sich dieser neuen Welt anzupassen. Der Prozeß dieser Anpassung oder ihres Mißlingens ist der Gegenstand der Analyse Hobsbawms.[16] Genau in diesem Zusammenhang nimmt er auch den andalusischen Anarchismus unter die Lupe (S. 99-121). Hobsbawm führt drei Ursachen dafür auf, daß der Anarchismus als eine Spielart des Sozialrevolutionismus in Andalusien Fuß fassen konnte. 1. Soziales Elend: Andalusien war das klassische Land des Großgrundbesitzes. 80 % der ländlichen Bevölkerung verfügte über kein Land. Allerdings gab es daneben immer noch eine nicht unbedeutende Zahl von Kleinbauern. Im 19. Jahrhundert vollzog sich ein Prozeß der Entindustrialisierung, so daß ökonomisch alles von der Landwirtschaft abhing. Aufgrund des sozialen Elends wurde Andalusien in dem Augenblick revolutioniert, indem ein politisches Bewußtsein entstand. Bakunins Abgesandte fanden hier einen fruchtbaren Boden. Sozialer Träger des ländlichen Anarchismus waren die besitzlosen Landarbeiter, die Kleinbauern und Handwerker. Intellektuelle haben im spanischen Anarchismus nie eine bedeutende Rolle gespielt. Der spanische Anarchismus war "mehr als irgendeine andere Bewegung unserer Zeit fast ausschließlich von Kleinbauern und kleinen Handwerkern ausgearbeitet und verbreitet worden" (S. 109). 2. Die beste Erklärung für den Aufstieg des Sozialrevolutionismus sieht Hobsbawm in der Einführung kapitalistischer Rechts- und Sozialverhältnisse in Andalusien während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Durch die Liberalisierung des Eigentumsrechts konnte Land frei auf dem Markt verkauft werden, und Verkäufe fanden daraufhin ununterbrochen statt. Das Ergebnis dieser ökonomischen Re-

16 Hobsbawm behandelt die folgenden Typen des Sozialrebellentums:
A. Bäuerliche Sozialbewegung
1. Sozialbanditentum, das sich in einem Racheschrei gegen die Reichen und Unterdrücker artikuliert und dessen Ziel nicht eine neue und vollkommenere Gesellschaft, sondern die Bewahrung der traditionellen Welt ist (u. a. Machno-Bewegung);
2. Mafia als komplexere Entwicklung des Sozialbanditentums (beide sind stark archaisch und daher schwer mit modernen politischen Begriffen zu fassen);
3. Millenarische Bewegungen, die anders als Sozialbanditentum und Mafia revolutionär und nicht reformistisch sind und von modernen Sozialbewegungen absorbiert werden (u. a. andalusischer Anarchismus, sizilianischer Bauernkommunismus);
B. Städtisch-industrielle Sozialbewegungen
1. Mob als primitive vorpolitische Bewegung der Armen in (vorindustriellen) Großstädten ohne organisatorische und ideologische Bindungen;
2. Arbeitersekten als proletarische Organisationen und Bestrebungen, die in einer noch traditionell religiösen Ideenwelt ihren Ausdruck finden (ein vorwiegend britisches Phänomen).

volution war ein militanter Sozialrevolutionismus der Bauernschaft. Wir können also an dieser Stelle – gerade im Hinblick darauf, Anarchismus zu typologisieren und zu definieren – festhalten, daß nicht die Industrialisierung Bauern und Handwerker in Andalusien bedrohte und radikalisierte – hier war ja gerade die gegenläufige Tendenz zu beobachten – sondern die "Kapitalisierung" der Agrarverhältnisse. Anders formuliert: Spanischer Anarchismus trat genau an der Umbruchstelle von feudaler zu bürgerlicher Gesellschaft als soziale Protestbewegung in die Geschichte ein. 3. Schließlich wäre aus der Darstellung Hobsbawms ein weiterer Faktor zu abstrahieren, nämlich die politische Unterdrückung der alteingesessenen Bevölkerung durch als "fremdländisch" empfundene staatliche Organe: In der Nähe der Pueblos hatte die Guardia Civil, die politische Polizeibehörde des Staates, der keine Andalusierer angehörten, ihre Kasernen. Von hier aus wurde das Land kontrolliert.

Der andalusische Anarchismus war eine Bewegung der armen Leute, er zeigte die Interessen des Pueblo mit unheimlicher Genauigkeit an. Seine Ziele waren "libertär-kommunistisch", d. h. er war antiautoritär, republikanisch und strebte den Gemeinbesitz an Land und die Abschaffung des Geldes an, wollte den Pueblo als Selbstverwaltungseinheit konstituieren.[17] Hobsbawm sieht im spanischen Agraranarchismus "das eindrucksvollste Beispiel einer modernen millenarischen oder quasi-millenarischen Massenbewegung". Seine Stärke lag darin, daß er die Stimmung der Bauern getreu wiedergab und dadurch wenigstens vorübergehend eine spontane Einmütigkeit des Handelns herstellen konnte. Er scheiterte aber, weil er außerstande war, die Notwendigkeit von Organisation, Strategie, Taktik und Geduld zu erkennen und zu vermitteln, so daß revolutionäre Energie ohne gesellschaftsverändernde Wirkung völlig verschwendet wurde. Bauernrevolten blieben auf einen Ort, bestenfalls auf eine Region beschränkt. Der Anarchosyndikalismus machte schließlich einen Schritt hin zur Organisation und Ausformung einer Strategie und Taktik.

Hobsbawm geht noch einen Schritt weiter, als nur die Bedingungen für das Entstehen des andalusischen Anarchismus zu analysieren, er deutet auch einen vergleichenden Ansatz an. Er beobachtet nämlich, daß Sizilien in seiner Sozial- und Wirtschaftsstruktur Andalusien bis ins Detail ähnele (S. 122 ff.). Gleichwohl hat es trotz intensiver Agitation durch die Abgesandten Bakunins dort keine anarchistische Agrarbewegung gegeben, sondern die sizilianischen Bauern haben sich – soweit sie überhaupt politisiert waren – "meistens den hochorganisierten sozialistischen und kommunistischen Bewegungen angeschlossen." Die Ursache für diese Differenz zwischen den revolutionären Bauernbewegungen Süditaliens und Südspaniens erklärt Hobsbawm mit der jeweiligen politischen Geschichte: Während es in Andalusien vor der Mitte des 19. Jahrhunderts wenige Anzeichen für einen aktiven ländlichen Revolutionismus gegeben und die katholische Kirche bis zu dieser Zeit als Ventil für solche Gefühle funktioniert habe, die sonst revolutionär geworden wären, habe jeder politische Anstoß von außen im Königreich Sizilien Bauernaufstände hervorgebracht. In Andalusien hätten die Anarchisten die erste sozialrevolutionäre Bewegung in Gang gesetzt, während in Süditalien die Bauern beim Auftreten der Anarchisten noch in die früheren Ideologien eingebunden gewesen seien. Die anarchistische Welle war dann bereits wieder verebbt, als die archaischen Formen des Sozialrebellentums nicht mehr adäquat erschienen, und jetzt bot sich ein revolutionärer Sozialismus als Ausdrucksform für die Gesellschaftsopposition sizilianischer Bauern an. Hobsbawm zeigt damit exemplarisch, daß bei einer Analyse des Anarchismus nicht nur soziale und ökonomische Bedingungen, sondern die Geschichte selbst als bestimmender Faktor einzubeziehen ist.

Im andalusischen Agraranarchismus sieht Hobsbawm den klassischen Anarchismus, "eine Form bäuerlicher Bewegung, die sich an moderne Bedingungen kaum wirklich anzupassen vermag, deren Produkt sie gleichwohl ist" (S. 121). Von hier aus ließe sich eine Typologisierung des Anarchismus entwickeln. Hobsbawm modifiziert und ergänzt mit seiner Untersuchung implizit auch jene beiden Anarchismus-Typen, die Arthur Rosenberg für das 19. Jahrhundert angegeben hat.[18] Rosenberg hatte noch den spanischen und italienischen Anarchismus zusammengefaßt und als "revolutionären Anarchismus, der auf Taten drängt", Gewalt anwendet, von schweren inneren Widersprüchen erfüllt ist

17 Hobsbawm illustriert diesen andalusischen Agraranarchismus am Beispiel der Dorfrevolution von Casas Viejas 1933.

18 Vgl. Arthur Rosenberg, *Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre*, Frankfurt/M. 1962, S. 142 ff.

und "nur unter besonders rückständigen, erbitterten und enttäuschten Volksmassen eine nennenswerte Zahl von Anhängern finden kann" (vor allem unter dem ländlichen Proletariat), charakterisiert.[19] Die Differenzen zwischen der spanischen und italienischen Entwicklung müßten nach den Ergebnissen von Hobsbawm stärker beachtet werden.

Die Arbeit von Kurt Lenk gibt Aufschluß über die Ursachen für das Scheitern anarchistischer Bewegungen, die im Anarchismus selbst, namentlich in der Rezeption und der theoretischen Verarbeitung der gesellschaftlichen Wirklichkeit liegen. Im Rahmen einer Analyse verschiedener Theorien der Revolution nach 1789 (darunter denen von Babeuf, Blanqui, Lassalle, Marx, Luxemburg, Trotzki) wendet der Vf. sich auch dem anarchistischen Revolutionsbegriff zu. Im Unterschied zur "klassischen Revolutionstheorie" ist dieser – nach Lenk – dadurch bestimmt, "daß es keiner Zwischenstufe bedürfe, daß das Bürgertum nicht erst seine politischen Bastionen ausgebaut haben müsse, damit auf dieser Grundlage das Proletariat zum Zuge kommt, sondern daß das Proletariat unmittelbar und direkt die Macht im Staat ergreifen könne" (S. 69).[20] Für Anarchisten eliminiert der Wille zur totalen Veränderung der Welt "die Wege und Übergänge zugunsten einer unmittelbaren Vergegenwärtigung der Endziele" (S. 84).[21] Es ist für Lenk daher kein Zufall, daß linksradikal-anarchistische Autoren (wie übrigens auch konservative) die Revolution als eine Tat von Verschwörern verstehen. Diesen verkürzten Revolutionsbegriff, der von der konkreten historisch-gesellschaftlichen Situation weitgehend abstrahiert, sieht der Vf. schon bei Wilhelm Weitling angelegt (S. 46-55). Für Weitling ist das "arme Volk" – und das größte Potential wird von diesem im städtischen Lumpenproletariat gesehen – schon dann für die revolutionäre Aktion reif, wenn seine Verzweiflung einen Höhepunkt erreicht. Lenk zeigt, wie diese rigoristisch-mechanische Auffassung von Geschichte bei Bakunin (S. 70-91), dem "Apokalyptiker", wiederholt und auf die Spitze getrieben wird: "Die Negation der Negation des Bestehenden als Offenbarung; die Zertrümmerung des ganzen alten Weltzustandes, der wert ist, daß er zugrunde geht"; "Totale Negation und totale Revolution." Oder vom Vf. anders gewendet: "Bakunins Anarchismus ist die zur Religion gewordene Freiheitslehre der idealistischen Philosophie Fichtes. Das Prinzip der Freiheit wird von Bakunin zum Prinzip der stets fälligen Revolution." Genau an diesem Punkt setzte dann die Kritik von Marx und Engels an als Kritik der revolutionären Ungeduld, als "Wendung gegen Putschismus und revolutionäre Phrase." Die wesentliche Differenz zwischen Marx und Bakunin, Sozialisten und Anarchisten ist denn auch die des unterschiedlichen Verhältnisses von Ziel und Weg, nicht die des Ziels, in dem man sich einig ist. Weniger frappant tritt dieser Unterschied zwischen Marxisten und Anarchisten in den Schriften Proudhons (S. 92-99)[22] zutage, für den soziale und politische Veränderung nicht totale Negation (oder in Proudhons Sprache: Antinomie) hieß, sondern Selbstorganisation der Gesellschaft und dadurch Aufhebung des Staates. Marx kritisierte an dem Franzosen vor allem und immer wieder dessen Methode, "eine an ethischen Postulaten orientierte Kritik" (S. 96), und erst dann seine Analyse von Geschichte und Gesellschaft.

---

20 Die Wendung "die Macht im Staate ergreifen" zur Erklärung des anarchistischen Revolutionsbegriffs erscheint allerdings sehr fragwürdig: Im Gegensatz zu den Sozialisten wollen die Anarchisten ja gerade, wie Lenk selbst an anderer Stelle schreibt (etwa S. 82 f.), nicht die staatliche Macht erobern, sondern den Staat sofort in der Revolution aufheben, zerstören.

21 Für Lenk gründet die Aktualität des Anarchismus in den heutigen westlichen Gesellschaften gerade auf diesem ahistorischen und ungesellschaftlichen Revolutionsbegriff, hänge "mit der Diskrepanz zwischen objektiver Klassenlage und fehlendem Klassenbewußtsein der arbeitenden Schichten zusammen: daher werden der Staat und seine Organe zum wesentlichen Bezugspunkt prinzipiell systemoppositioneller Gruppierungen, die, auch wenn sie sich oft einer vom Marxismus entliehenen Terminologie bedienen, dennoch ihrer Grundsubstanz nach anarchistischer Natur sind." Lenk, *a. a. O.*, S. 91.

22 Lenk betont völlig zu Recht, daß in der marxistischen Proudhon-Literatur, die Proudhon als individualistischen Anarchisten gemeinsam mit Max Stirner etikettiert, die Bedeutung Proudhons für die Herausbildung des revolutionären Syndikalismus unterschätzt wird. Lenk, *a. a. O.*, S. 92.

Es ist Lenks Verdienst, den anarchistischen Revolutionsbegriff, der in seinem Kern ahistorisch ist und die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse vernachlässigt, zumindest für das 19. Jahrhundert herausgearbeitet zu haben. Hieraus können wir u. a. erklären, woran anarchistische Bewegungen scheiterten: Sie unterschätzten die restriktiven Bedingungen, die einer Revolution entgegenstanden, kalkulierten das Integrationspotential je konkreter politischer und gesellschaftlicher Systeme überhaupt nicht oder falsch ein. Ob dieser anarchistische Revolutionsbegriff allerdings bis in das 20. Jahrhundert – etwa bei Anarchosyndikalisten oder den zeitgenössischen sogenannten pragmatischen angelsächsischen Anarchisten, die von der vollzogenen Industrialisierung, der politischen Herrschaft des Bürgertums und der kapitalistischen Gesellschaft ausgehen – erhalten geblieben ist, bedürfte erst einer weiteren Überprüfung. Ungeklärt bleibt bei Lenk, warum dieser von ihm gekennzeichnete anarchistische Revolutionsbegriff zu einem bestimmten Zeitpunkt und nur in einigen Ländern entwickelt worden ist. Die oben schon angedeutete Differenz zwischen Bakunin und Proudhon und das Fehlen eines vergleichbaren anarchistischen Revolutionsbegriffs in England und den Vereinigten Staaten könnte auf eine mögliche Beantwortung dieser Frage hinweisen. Mir scheint, daß mit folgender Hypothese die Forschung vorangetrieben werden könnte: Ein anarchistischer Revolutionsbegriff, wie Lenk ihn beschrieben hat, ist von anarchistischen Bewegungen in solchen Gesellschaften formuliert worden, in denen das Bürgertum sich politisch im 19. Jahrhundert nicht voll emanzipieren konnte und in denen feudale Strukturen bis in die damalige Gegenwart hineinragten. Diese Gesellschaften waren also (wie Rußland und Deutschland) durch das Nebeneinander feudaler, bürgerlicher und proletarischer Elemente charakterisiert und legten deswegen – auch angesichts von zuweilen eruptiv aufbrechenden Klassenkonflikten – die Möglichkeit nahe, den großen Sprung in die herrschaftsfreie Ordnung in einem Anlauf zu erreichen.[23] In diesem Zusammenhang wird hier dafür plädiert, auch die anarchistische Begriffsgeschichte sozialhistorisch zu betreiben, um so das Phänomen "Anarchismus" auf den Begriff bringen zu können.

Die Arbeit Ulrich Linses, der in einem Kapitel seines Buches (S. 67-119) die soziale Zusammensetzung des deutschen Anarchismus untersucht hat, gibt in dieser Hinsicht einige hochinteressante Aufschlüsse. Obwohl nie mehr als 1000 Personen zum festen Anhang des organisierten Anarchismus im Kaiserreich gezählt haben mögen,[24] werden hier doch Einsichten über seine soziale Basis vermittelt. Es bestand – wie der Vf. an anderer Stelle schildert – eine Wechselwirkung zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus, die es verständlich macht, daß der Anarchismus sich nicht nur als proletarisch verstand, sondern "in seiner Masse eine Arbeiterbewegung war" (S. 67). In der Mehrzahl rekrutierten sich die deutschen Anarchisten aus unselbständigen Handwerkern und gelernten Arbeitern. Der Vf. weist auf, daß alle Allgemeingültigkeit der These von steigender Anfälligkeit für revolutionäre Ideologien bei sinkendem Verdienst (von Lenin bekanntlich im Umkehrschluß in seine Analyse vom Reformismus sozialdemokratischer Parteien eingebaut) dadurch zumindest in Frage gestellt wird, daß gerade Schriftsetzer und Buchbinder, also Arbeiter mit den höchsten Wochenlöhnen, und nicht "Lumpenproletarier" im deutschen Anarchismus eine Rolle gespielt haben. Dagegen stellt Linse eine Relation von autodidaktischer Halbbildung und Übernahme revolutionärer Ideen, verbunden mit Ressentiments gegen Intellektuelle, fest. Dies und das handwerkliche Element im deutschen Anarchismus könnten Ausgangspunkt sein, um die Kleinbürgertums-These der marxistischen (-leninistischen) Literatur zu überprüfen, was der Vf. allerdings nicht leistet. Intellektuelle haben den organisierten Anarchismus nie dominiert. Landauer und sein Kreis gingen – vergeblich – gegen das Selbstverständnis des Anarchismus als einer proletarischen Bewegung an. John Henry Mackay und seine intellektuellen Freunde, alle individualistische Anarchisten, blieben immer ein unbedeutender, in sich zerstrittener Zirkel. Lediglich Mühsam gelang es, mehrere Intellektuelle aus dem Boheme zu gewinnen. Linse nennt gemeinsame Merkmale dieser

---

23 An dieser Stelle sei auch explizit gesagt, daß die Anarchismusforschung methodisch – soweit Sozialgeschichte betroffen ist – von der Faschismusforschung lernen kann.

24 Diese Zahl bei Ulrich Linse, *Der deutsche Anarchismus 1870 - 1918: Eine politische Bewegung zwischen Utopie und Wirklichkeit*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Jg. 20 (1969), S. 518. Diese, im Vergleich zur Stärke anderer politischer Bewegungen niedrige Zahl sollte zu denken geben und muß wohl als Hinweis darauf verstanden werden, wie unbedeutend der Anarchismus in dieser Zeit letztlich gewesen ist. Dies heißt natürlich nicht, daß er ohne Wirking geblieben wäre. Vgl. weiter unten S. 138 ff. die weitere Besprechung der Arbeiten von Linse und Carlson.

anarchistischen Intellektuellen: (1) Jüdische Herkunft; Bruch mit Glaubenstradition und damit der Familie scheint diesen Personenkreis in einem sozial und ideologisch leeren Raum gelassen zu haben, der sie für den Anarchismus anfällig machte. (2) Boheme. (3) Spezifische Staatsopposition, die sich gegen Verfolgung von Homosexuellen und polizeiliche Kunstzensur wandte. (4) Verbindung von Anarchismus und Expressionismus. (5) Wiederentdeckung des Individuums und damit verbunden eine Stirner-Renaissance (die von den Arbeitern nicht übernommen wurde). Letztlich waren die Intellektuellen jedoch ein Fremdkörper in der anarchistischen Bewegung. Ebenso blieben Lumpenproletarier – zunächst von Most und anderen offen abgelehnt, dann (wahrscheinlich unter dem Einfluß der Schriften Bakunins) offiziell akzeptiert – am Rande des Anarchismus. Auch das flache Land, die Bauern und Landarbeiter, blieben (trotz einiger Bemühungen Landauers) von der anarchistischen Ideologie unberührt. Linse faßt die Ergebnisse dieses Kapitels so zusammen: "Der deutsche Anarchismus war eine Großstadt-Bewegung, getragen von der Industriearbeiterschaft, mit einer kleinen intellektuellen Spitze aus der Großstadt-Intelligenz und -Boheme und einer ganz begrenzten Wirkungsmöglichkeit auf die in der Großstadt sich zusammenfindenden Lumpenproletariats-Existenzen" (S. 119). Trotz des Fehlens genauer Daten gelingt es dem Autor, das Gewicht der einzelnen sozialen Grüppen und ihren Einfluß auf den Anarchismus anzugeben. Hierin unterscheidet Linse sich wohltuend von anderen Darstellungen anarchistischer Bewegungen.

Bei Ricarda Huch und Günter Bartsch gibt es weder Angaben über den sozialen Träger des Anarchismus, noch wird versucht, diesen gesellschaftsgeschichtlich einzuordnen. Das gleiche trifft auf Carlson zu, wenn auch dieser Vf. implizit das Ergebnis Linses in seiner Zusammenfassung übernimmt (S. 395): Die Mehrzahl deutscher Anarchisten sei aus handwerklichen Berufen gekommen und durch die in den achtziger Jahren vollzogene Industrialisierung des Reiches integriert und absorbiert worden, was zum Niedergang der Bewegung beigetragen hätte. "The number of discontended handicraft workers was probably declining by the late 80's, although no firm evidence is available on this point. In effect, this meant that the number of recruits to fill anarchist ranks was diminishing and the anarchists were unable to make any significant inroads into the new industrial workers." Nimmt man diese These auf, verbindet sie mit Hobsbawms Erkenntnissen über den andalusischen Anarchismus und bezieht den von Lenk herausgearbeiteten und von uns in einen sozialgeschichtlichen Kontext gesetzten anarchistischen Revolutionsbegriff ein, so läßt sich als Arbeitshypothese für weitere Forschungen formulieren, daß sich im 19. Jahrhundert ein Agrar- und Handwerkeranarchismus[25] als Reaktion auf die fundamentale Umstrukturierung der Gesellschaft, nämlich die Herausbildung kapitalistischer Produktions-, Sozial- und Rechtsverhältnisse, konstituierte. Dabei wäre im einzelnen zu untersuchen, inwieweit die Industrialisierung als direkte (Deutschland ?) oder nur als indirekte (Andalusien) Bedrohung der sozialen und ökonomischen Stellung von Kleinbauern und Handwerkern rezipiert wurde. Ein weiterer Anhaltspunkt dafür, daß eine solche Arbeitshypothese zu Ergebnissen führen könnte, ist die Tatsache, daß Vorstellungen über eine herrschaftsfreie Gesellschaft, wie sie von anarchistischen Autoren und Bewegungen im 19. Jahrhundert formuliert worden sind, häufig rückwärts gewandt einem romantisch verklärten Mittelalterverständnis entnommen sind oder doch ähneln. Dies zeigt sich u. a. in der antistaatlichen Tendenz des Anarchismus: Die in Absolutismus und Konstitutionalismus vollzogene (relative) Verselbständigung des Staates von der Gesellschaft soll sofort und mit einem Schlag wieder aufgehoben werden. Sollte sich diese Hypothese, die die sozialen und politischen Bedingungen, unter denen der Agrar- und Handwerkeranarchismus sich konstitutierte, in den Griff zu bekommen versucht, als haltbar erweisen, könnte ein weiterer Schritt hin zu einer zeitlichen Abgrenzung des Anarchismus von anderen gesellschaftsoppositionellen Bewegungen getan werden: Anarchismus wäre demnach ein Phänomen, das erst nach der Trennung von Staat und Gesellschaft sowie mit den Anfängen der kapitalistischen Gesellschaft auftritt. Damit wäre zumindest erreicht, die oberflächlich-geistesgeschichtlich bis ins Mittelalter und ins Altertum konstruierte Kontinuität des Anarchismus, die keinerlei analytische Aussagekraft hat, zu durchbrechen. Allerdings bedürfte es weiterer Kategorien, um den Anarchismus inhaltlich von anderen Bewegungen der gleichen historischen Periode – etwa dem Frühsozi-

25 Zur Problematik des Handwerkeranarchismus wären namentlich auch die bakunistischen Uhrmacher des Jura in die Untersuchung einzubeziehen. Vgl. hierzu u. a. Rolf R. Bigler, *Der libertäre Sozialismus in der Westschweiz*, Köln und Berlin 1963.

alismus – zu unterscheiden. Zu fragen bliebe auch, aufgrund welcher Kriterien der Anarchosyndikalismus, der traditionell dem Anarchismus im 20. Jahrhundert zugerechnet wird, mit dem Agrar- und Handwerkeranarchismus verbunden oder als eigenständiges Phänomen von diesem abzuheben ist.[26]

MICHAEL BAKUNIN

Die Anarchismusforschung hat in den letzten Jahren auf dem Feld der Quellenveröffentlichungen Fortschritte gemacht. Vorbildlich ist die Herausgabe der Schriften Bakunins durch A. Lehning, A. J. C. Rüter und P. Scheibert für das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.[27] Die von Horst Stuke zusammengestellte Auswahl aus den Werken Bakunins fußt auf dieser Edition[28] ebenso wie die im Kramer Verlag erschienene Schrift "Staatlichkeit und Anarchie".[29] In dem Band Stukes finden sich u. a. (sämtliche Texte sind ungekürzt) programmatische Aufrufe und Statuten ("Prinzipien und Organisation einer internationalen revolutionär-sozialistischen Geheimgesellschaft", "Programm und Reglement der Geheimorganisation der Internationalen Bruderschaft und der Internationalen Allianz der sozialistischen Demokratie"), Aufsätze und Vorträge ("Die Prinzipien der Revolution", "An die Genossen der Internationalen Arbeiter-Assoziation von Locle und La Chaux-de-Fonds"), selbständig erschienene Schriften ("Das Knutogermanische Kaiserreich und die soziale Revolution ") und Briefe Bakunins. Zum ersten Mal wird in deutscher Sprache das Spätwerk Bakunins von 1873 "Staatlichkeit und Anarchie" (S. 417-658) vollständig veröffentlicht. Diese langatmige Abhandlung ist – wie alle größeren Arbeiten Bakunins – ein Fragment geblieben. Aus sprachlichen Gründen blieb es außerhalb Rußlands und der russischen Emigrantenkreise weitgehend unbekannt. Im 3. Band des Bakunin-Archivs ist das russische Original zusammen mit einer französischen Übersetzung wieder vollständig herausgegeben worden. Stuke hat den Text für seine Ausgabe direkt aus dem Russischen übersetzen lassen. Der Band hätte dadurch noch gewinnen können, wenn der Hrsg. vor jeden einzelnen Text eine knappe historische Einleitung gesetzt hätte, um dem Leser, der nicht Bakunin-Spezialist ist, verständlich zu machen, in welcher konkreten Situation eine Schrift verfaßt worden ist: Gerade im Werk Bakunins gibt es viele Widersprüchlichkeiten, die sich nur aus dem Lebensweg des Autors verstehen lassen.

Der Hrsg. sieht die Edition von Schriften Bakunins nicht nur durch ein historisches, sondern durch ein unmittelbar politisches Interesse gerechtfertigt. "Soviel ist gewiß: wo immer der Sozialismus als Verheißung einer humaneren Welt ernstgenommen werden will, sich nicht zur Konsequenz ökonomischer Gesetzmäßigkeit verengt und den Schritt zu seiner Verwirklichung nicht als reine Funktion politischer Macht und ökonomischen Potentials sowie als Resultat bloßer Nationalisierung begreift, sondern als moralisches, psychologisches und pädagogisches Problem versteht, dessen Lösung die Bil-

---

26 Auch für das 19. Jahrhundert erscheint der Proudhonsche Anarchismus, der breite Gruppen in der Arbeiterschaft und nicht nur von der Proletarisierung bedrohte Handwerker anzog und der als Vorläufer des Syndikalismus zu gelten hat, als eigenständiges Phänomen. Es wäre also zu überprüfen, ob u. U. der Agrar- und Handwerkeranarchismus nicht auch im 19. Jahrhundert nur ein Typ des Anarchismus neben anderen ist.

27 Vgl. *Archives Bakounine, Bakunin-Archiv.* Hrsg. im Auftrage des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte Amsterdam von A. Lehning, A. J. C. Rüter, P. Scheibert. Leiden 1963 ff.
Bd. 1: *Michel Bakounine et l'Italie, 1871 - 1872.* Hrsg. von Arthur Lehning, Leiden 1963.
Bd. 2: *Michel Bakounine et les conflits dans l'Internationale,* (1872). Hrsg. von Arthur Lehning, Leiden 1965.
Bd. 3: Michel Bakounine, *Etatisme et Anarchie,* (1873). Hrsg. von Arthur Lehning, Leiden 1967.
Bd. 4: *Michel Bakounine et ses relations avec Sergej Necaev, 1870 - 1872.* Hrsg. von Arthur Lehning, Leiden 1971.

28 Stuke stützt sich außerdem auf die in deutscher Sprache erschienenen (Teil)Ausgaben: Michael Bakunin, *Gesammelte Werke.* Hrsg. von Erich Rohlfs und Max Nettlau, Bd. 1-3, Berlin 1921 – 1924 und *Michael Bakunins sozialpolitischer Briefwechsel mit Alexander J. Herzen und Ogarjew.* Mit einer biographischen Einleitung, Beilagen und Erläuterungen von Michail Dragomanow. Übersetzt aus dem Russischen von Boris Minzes. (= Bibliothek russischer Denkwürdigkeiten, Bd. 6.), Stuttgart 1895.

29 Kürzlich sind einige andere Auswahleditionen aus den Werken Bakunins erschienen. Vgl. Michail Bakunin, *Philosophie der Tat.* Auswahl aus seinem Werk. Eingeleitet und hrsg. von Rainer Beer, Köln 1968; Michail Bakunin, *Gott und der Staat und andere Schriften.* Hrsg. von Susanne Hillmann, (= Texte des Sozialismus und Anarchismus), Reinbek 1969, Samuel Dogott (Hrsg.), *Bakunin on Anarchy,* New York 1971. *Gott und der Staat* ist von Stuke nicht aufgenommen worden, weil diese Schrift in den Editionen von Beer und Hillmann veröffentlicht worden ist.

dung neuer Gemeinschaftsformen erfordert, da kann Bakunin nicht länger ignoriert werden" (S. X). Der "totalitäre Charakter" des sogenannten sozialistischen Weltsystems "mit seinem extremen Zentralismus und Superbürokratismus" erscheint Stuke als "eine geradezu großartige Bestätigung der Warnungen Bakunins vor den Konsequenzen des Marxschen 'autoritären Kommunismus' . . . " (S. XVI). Tatsächlich ist diese gesellschaftskritische Seite des Anarchismus häufig in Vergessenheit geraten. Doch liegt die Relevanz Bakunins für die Gegenwart – und dies wäre zu Stuke zu ergänzen – eben auch in den Ursachen für das Scheitern der Bakuninschen Konzeption: Von hier aus ließen sich die Grenzen für die Möglichkeit zur Gesellschaftsveränderung abstecken. Beides – Anarchismus als Gesellschaftskritik und als Unterschätzung restriktiver Bedingungen – läßt sich exemplarisch anhand der vorliegenden Edition entfalten. Dies wird freilich dadurch erschwert, daß alle größeren Schriften Bakunins – und das trifft besonders "Staatlichkeit und Anarchie"[30] – völlig desorganisiert sind, daß der Autor sich von Polemik, Emotionen und Vorurteilen so mitreißen läßt, daß es schwer fällt, seinem Gedankengang zu folgen.[31] Eine vom Interpreten eingebrachte Systematisierung unterliegt der Gefahr, an den eigentlichen Intentionen Bakunins vorbeizugehen. Doch ermöglicht gerade das Chaotische an diesen Schriften, Vorurteilsstrukturen ihres Vf.s aufzudecken. Aphorismen über Bürokraten; das Militär, die Deutschen sind treffend, als wären sie heute geschrieben. Dagegen lassen antisemitische, panslawische und germanophobische Äußerungen aufhorchen. Bakunins Schriften liegen in ihrer Widersprüchlichkeit vor dem Leser wie ein Steinbruch, aus dessen Material alles und nichts gewonnen und gebaut werden könnte.

Dies soll an einigen Beispielen illustriert werden. Ausgehend von den Bedingungen des zaristischen Rußland sieht Bakunin in den "Räubern",[32] in den Bauern und im Lumpenproletariat den Träger der Revolution. Zumindest in dieser Hinsicht wäre in Bakunin ein Repräsentant des oben diskutierten Agrar- und Handwerkeranarchismus zu sehen. Folglich erwartet Bakunin die Revolution in Rußland, vor allem aber in Südeuropa, in Spanien und Italien. Bei diesen Völkern seien Spontaneität, Freiheit und Rebellion lebendig. Das genaue Gegenteil sei für die Deutschen wahr: "Die Deutschen haben der Freiheit niemals bedurft. Für sie ist das Leben einfach undenkbar ohne Regierung, d. h. ohne einen obersten Willen, ein oberstes Denken und eine eiserne Hand, die sie hart anfaßt. Je stärker diese Hand ist, desto stolzer sind sie und desto fröhlicher wird für sie das Leben selbst. Nicht das Fehlen der Freiheit hat ihnen Kummer bereitet, für die sie keinerlei Verwendung hätten, sondern, daß es bei der tatsächlich bestehenden Vielfalt der kleinen Tyranneien an einer einheitlichen, unteilbaren nationalen Macht fehlte . . . Deshalb ist es ganz natürlich, daß die Deutschen niemals eine Volksrevolution wollten" ("Staatlichkeit und Anarchie", S. 547).[33] Die Deutschen sind für Bakunin die Inkarnation

30 Bakunin setzt sich in etwa der Hälfte der Schrift mit Deutschland auseinander, namentlich mit dem deutschen Liberalismus und mit der deutschen Unfähigkeit zur Revolution (dargestellt vor allem am Beispiel der Geschichte und der Nachwirkungen der Revolution von 1848/49). Ferner geht er auf Rußland, Frankreich und Italien und – am Rande – auf England ein. Seine Geschichtsdarstellung ist impressionistisch und enthält viele sachliche Fehler.

31 Die größeren Schriften Bakunins sind vor ihrer Veröffentlichung vom Vf. in der Regel nicht noch einmal überarbeitet worden.

32 Mit "Räubern" ist das gemeint, was Hobsbawm als Sozialbanditen bezeichnet. So schreibt Bakunin in *Die Aufstellung der Revolutionsfrage* von 1869: "Der Räuber ist ein Held, ein Verteidiger, ein Ritter des Volkes. Er ist der unversöhnbare Feind des Staates und der vom ganzen Staat errichteten sozialen und bürgerlichen Ordnung . . . Das Aufhören des Räuberwesens in Rußland würde entweder den endgültigen Tod des Volkes oder aber seine völlige Befreiung bedeuten. Der Räuber ist der echte und einzige Revolutionär in Rußland – ein Revolutionär ohne Phrasen, ohne Bücherrethorik, ein unversöhnbarer, unermüdlicher und unbezähmbarer Revolutionär der Tat, ein volkstümlich sozialer, aber kein politischer und zu keinem Stande gehöriger Revolutionär." Vgl. Horst Stuke, (Hrsg.), *a. a. O.*, S. 98 f.

33 Bakunin beschreibt in *Staatlichkeit und Anarchie* den Instinkt des deutschen Volkes so: "Dieser Instinkt zerfällt in zwei Elemente, die anscheinend gegensätzlich, aber immer untrennbar sind: in den sklavischen Instinkt des Gehorsams um jeden Preis, der fügsamen und klugen Unterwerfung unter die siegreiche Macht unter dem Vorwand des Gehorsams gegenüber der legitimen Obrigkeit, und gleichzeitig in den Herrschaftsinstinkt der systematischen Unterwerfung alles Schwächeren, des Kommandierens, der Eroberung und der systematischen Unterdrückung . . . Vom klassischen Gehorsam der Deutschen aller Dienstgrade und Klassen gegenüber der Obrigkeit ist die ganze Geschichte Deutschlands erfüllt, besonders die neueste, die eine ununterbrochene Reihe von Heldentaten an Unterwürfigkeit und Geduld darstellt." Horst Stuke (Hrsg.), *a. a. O.*, S. 526. Vgl. außerdem ähnliche Stellen über die Deutschen *a. a. O.*, S. 424, S. 462, S. 498 f., und S. 635.

von militärischer und bürokratischer Organisation. Sie sind unfähig zur radikalen Revolution, die das Eigentum und den Staat zerstört. "Wir verstehen die Revolution im Sinne der Entfesselung dessen, was man heute die bösen Leidenschaften nennt, und im Sinne der Zerstörung dessen, das in derselben Sprache die öffentliche Ordnung heißt" ("Programm und Reglement der Geheimorganisation . . .", S. 87).[34] Das Bakuninsche Revolutionsverständnis ist, jenseits des von Lenk herausgearbeiteten Charakteristikums der jederzeitigen "Abberufbarkeit" eines sozialen Aufstandes, in sich widersprüchlich. Betont Bakunin einmal die Notwendigkeit einer elementaren, durch nichts zu lenkenden und instinktiven Volksrevolution, so hat er zu anderen Zeiten – vorübergehend besonders unter dem Einfluß Netschajews – die Bedeutung von Geheimgesellschaften zur Entfesselung und (verborgenen) Leitung der Revolution unterstrichen, in der "die Einheit der revolutionären Gedanken und der revolutionären Aktion ein Organ findet", eine "Art revolutionären Generalstab" (S. 90). Mitglied dieser Organisation, "internationaler Bruder kann nur werden, wer offen das ganze Programm in allen seinen theoretischen und praktischen Konsequenzen angenommen hat und außer der gehörigen Intelligenz, Energie, Ehrenhaftigkeit und Zuverlässigkeit auch noch die revolutionäre Leidenschaft besitzt – den Teufel im Leibe hat." Dieses elitäre Moment mit seinen blanquistisch anmutenden Tönen mußte den von Bakunin an anderen Stellen vertretenen antiautoritären Anspruch korrumpieren. Derartige Widersprüche machten es Marx leicht, jenseits prinzipieller Einwände Bakunin zu kritisieren. Die Auseinandersetzung zwischen beiden nahm in der I. Internationale daher schnell die Form persönlicher Verunglimpfung an. Obwohl Bakunin sich Marx gegenüber stolz als dessen Schüler bezeichnete (S. 731)[35] und diesen als klug und umfassend gelehrt lobte (S. 570), beschimpfte er ihn als doktrinär, eitel, voller Haß und als autoritären Zentralisten (S. 397 f., 570, 620, 804).[36] In der Auseinandersetzung mit Marx fallen auch wiederholt antisemitische Äußerungen: "Nun, diese ganze jüdische Welt, die eine ausbeuterische Sekte, ein Blutegelvolk, einen einzigen fressenden Parasiten bildet, eng und intim nicht nur über die Staatsgrenzen hin, sondern auch über alle Verschiedenheiten der politischen Meinungen hinweg, – diese jüdische Welt steht heute zum großen Teil einerseits Marx, andererseits Rothschild zur Verfügung. Ich bin sicher, daß die Rothschild auf der einen Seite die Verdienste von Marx schätzen, und daß Marx auf der anderen Seite instinktive Anziehung und großen Respekt für Rothschild empfindet" (S. 400 f.).

Diese wenigen Auszüge sollen den Leser nur anregen, selbst zu den Quellen, zu Bakunins Schriften zu gehen und dort die Ambivalenz im Anarchismus des 19. Jahrhunderts nachzuvollziehen. Die vorliegende Edition Stukes ist dazu hervorragend geeignet. Ihre Benutzung wird durch ein umfangreiches Personenregister erleichtert. Eine ausgewählte Bibliographie der Erstveröffentlichungen und Sammelausgaben der Werke Bakunins sowie der Sekundärliteratur findet sich im Anhang.

Mit der Ausgabe von Ullstein ist gleichzeitig im Kramer Verlag Bakunins Schrift "Staatlichkeit und Anarchie", ebenfalls vollständig in deutscher Übersetzung, erschienen. Beide Übersetzungen weichen zum Teil erheblich voneinander ab. Während Stuke – wie er schreibt, wegen der mangelhaften Übertragung des Textes aus dem Russischen ins Französische im Bakunin-Archiv – die Schrift aus dem russischen Original hat übersetzen lassen, basiert die Ausgabe des Kramer Verlages offenkundig auf der französischen Übersetzung im Bakunin-Archiv.[37] Die Ausgabe von "Staatlichkeit und Anarchie" von Ullstein muß also wegen ihrer größeren Nähe zum Original der des Kramer Verlags vorgezogen

---

34 Auf den Bakuninschen Revolutionsbegriff wird hier nicht weiter eingegangen, er ist von Lenk – wie oben besprochen – sauber herausgearbeitet worden.

35 Es gibt durchaus Affinitäten zwischen Bakunin und Marx, durch die beide sich als Repräsentanten der Linkshegelianer ausweisen. So etwa schreibt Bakunin: "Jeder Mensch ist das unfreiwillige Produkt des natürlichen und sozialen Milieus, in dem es geboren ist, sich entwickelt hat und dessen Einfluß es weiter empfindet." Vgl. Horst Stuke (Hrsg.), *a. a. O.*, S. 85.

36 Mit ähnlichen Adjektiven beschreibt Bakunin Lassalle, der sich nach seiner Ansicht in nichts von Marx unterscheidet. *A. a. O.*, S. 608 ff.

37 Weder im Vorwort noch an anderer Stelle hat der Hrsg. Hansjörg Viesel angegeben, welcher Text seiner Ausgabe zugrunde liegt. In der Titelei ist lediglich zu erfahren: "Deutsche Erstübersetzung: Alexandra Petrow". Ein Vergleich mit dem Bakunin-Archiv ergibt, daß von der französischen Übersetzung dieser Edition ausgegangen wurde.

werden. Zudem ist der Text bei Stuke lesbarer und der deutschen Begrifflichkeit des 19. Jahrhunderts adäquater. Nicht nur in der Übersetzung, sondern auch in der Kommentierung des Textes verdankt der Kramer Verlag dem Bakunin-Archiv alles: Der dort von Arthur Lehning kenntnisreich und sorgfältig erarbeitete Anmerkungsapparat wird vollständig übernommen und aus dem Französischen ins Deutsche übertragen, ohne daß darauf im vorliegenden Buch auch nur an einer einzigen Stelle hingewiesen worden wäre – dies ist nicht nur geistiger Diebstahl, sondern auch Täuschung des Lesers. Lediglich in seinem Vorwort nimmt der Hrsg. Hansjörg Viesel in dem Abschnitt, in dem er Entstehung und Rezeption von "Staatlichkeit und Anarchie" schildert, auf die "Introduction" Lehnings im Bakunin-Archiv Bezug (S. XLIX ff.). In dem Band des Kramer Verlags findet sich außerdem – aus der Ausgabe der Werke von Marx und Engels photomechanisch vervielfältigt[38] – der Konspekt von Karl Marx zu "Staatlichkeit und Anarchie". Dies ist sachlich vollauf begründet. Marx hatte zu den wenigen gehört, die Bakunins Schrift nach ihrem Erscheinen in Zürich 1873 gelesen hatten. Die Differenzen zwischen beiden, wie sie in der I. Internationale voll ausgetragen worden waren, werden hier ganz deutlich. Nur ist es wiederum bedauerlich, daß die zum Verständnis des Marxschen Exzerptes und seiner Kommentierung notwendige editorische Anmerkung über die Drucktypen in der MEW[39] weggelassen worden ist. Der Leser kann daher mit dem Text, so wie er hier veröffentlicht ist, nicht viel anfangen. Eine derart unsaubere Edition birgt nicht nur die Gefahr in sich, daß die im Vorwort betonte praktische Relevanz der Bakuninschen Arbeit[40] ins Zwielicht gerät, sondern auch Vorurteile über den Anarchismus bestätigt werden.

Die 1923 erschienene Bakunin-Biographie von Ricarda Huch ist jetzt wieder aufgelegt worden. Die Autorin schildert den russischen Anarchisten als kraftvolle, phantasiebegabte und romantischen Träumen nachhängende Persönlichkeit. Sie charakterisiert Bakunin als jemanden, in dem "der religiöse Trieb lebendig" sei; "nicht in der Form, daß er dem natürlich Höheren sich unterworfen hätte, sondern er wollte die allerletzte, allerhöchste Bestimmung des Menschen kennenlernen und dieser sich hingeben" (S. 246), er verkünde "eine Religion, einen Glauben" (S. 163). Die Neoromantik Ricarda Huchs[41] und das historisch rückwärts gewandte Gesellschaftskonzept Bakunins fließen in diesem Buch zusammen.[42] Die Vf.in schwärmt von der russischen Bauerngemeinde, Mir genannt, von der "Eigenart des russischen Wesens" (S. 54), von der "barbarischen Frische des russischen Volkes" (S. 134), von den (Räuber-)"Banden, die frei in der Wildnis leben nach der Art der Kosaken, bevor sie von der Regierung gefesselt werden" (S. 156).[43] Geschichte ist für Ricarda Huch fast ausschließlich von

---

38 Karl Marx, Friedrich Engels, *Werke*. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 18, Berlin (Ost) 1962, S. 597-642.

39 Alle wörtlich oder annähernd wörtlich von Marx dem Bakuninschen Text entnommenen Stellen sind kleingedruckt.

40 "Überblickt man Bakunins veröffentlichte Schriften unter dem Aspekt der heutigen praktischen Relevanz, so sind es vor allem folgende Punkte, die diskutiert werden müssen: bürgerliche und proletarische Revolution, Dialektik von Aktion und Organisation, Kritik am zentralistischen Staat, Kampf und Organisationsformen der Emanzipationsbewegungen und Bakunins Verhältnis zu Marx". Vgl. Hansjörg Viesel, *a. a. O.*, S. XXIII.

41 Nur aus dem Romantizismus der Vf.in sind die folgenden, heute kritisch zu betrachtenden Äußerungen zu verstehen: "Marx, der Sprößling von Rabbinern, verfügte über den scharfen, zerteilenden, durchdringenden Verstand seiner Rasse. Alles, was er vornahm, unterwarf er seinem Verstande und machte es dadurch zum Leichnam; was er bearbeitete, wurde Vergangenheit, wenn es auch die Zukunft war" Ricarda Huch, *a. a. O.*, S. 83. "Die Geldwirtschaft ist mit dem modernen Industriestaat unzertrennlich verbunden und ebenso unzertrennlich von jeher mit dem Judentum; die Juden eigneten sich für das Geldwesen wie jedes dekadente Volk, das, weil es nicht mehr aus eigener Kraft wächst und gedeiht, das Bedürfnis fühlt, sich künstlicher Stützen zu bedienen". *A. a. O.*, S. 179. Um keinen Verdacht über die politische Position der Autorin aufkommen zu lassen, sei erwähnt, daß Ricarda Huch 1933 aus Protest gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung aus der Preußischen Akademie der Künste ausgetreten ist.

42 Charakteristisch hierfür die folgende Stelle: "Der Vergleich mit dem Mittelalter wird immer am ehesten ein Bild davon geben, welche Art von Gesellschaft ihm [Bakunin], vorschwebte . . . Die untersten, einfachen Zellen des Volksorganismus sollten sich zu immer größeren Einheiten gliedern, deren letzte das Vereinigte Europa oder die Europäische Republik sein würde. Ähnlich ist es ja auch im Mittelalter gewesen . . .". *A. a. O.*, S. 160 f.

43 Ricarda Huch hat ein derart romantisches Bild von Rußland gehabt, daß sie nicht sah, daß auch zu Zeiten Bakunins sich bereits wesentliche gesellschaftliche Veränderungen anbahnten, die auf das 20. Jahrhundert wiesen.

den handelnden, denkenden, vor allem aber fühlenden Persönlichkeiten bestimmt, so stehen neben Bakunin im Mittelpunkt ihrer Erzählung Namen wie Alexander Herzen, Iwan Turgenjew, James Guillaume, Sergej Netschajew, Guiseppe Mazzini, Richard Wagner, Georg Herwegh. Handlungen und Ereignisse werden knapp geschildert (die deutsche Revolution 1848, die Pariser Kommune, Bakunins Teilnahme an den Erhebungen von Dresden, Lyon und Bologne), aber nicht erklärt, welche Auswirkungen sie für die Entwicklung Bakunins oder der anarchistischen Bewegung gehabt haben. Huch steht ihrem Helden mit großer Sympathie gegenüber, identifiziert sich zuweilen mit ihm. Gerade darum ist es nicht ganz verständlich, warum sie nur seine Briefe in die Darstellung aufgenommen hat, aus denen Abschnitte wörtlich eingestreut werden, hingegen nicht eine der größeren Schriften Bakunins oder seine Aufsätze. Herrscht auf vielen Seiten des Buches die Liebe zum Detail vor, so erfährt der Leser nichts von den Konflikten in der I. Internationale, von den Geheimgesellschaften und von panslawistischen Gefühlen, die Bakunin Zeit seines Lebens gehegt hat. Hätte die Auffüllung dieser Lücken u. U. bedeutet, daß Ricarda Huch ihr romantisches Bild von Michael Bakunin hätte revidieren müssen ? Wäre dann emotionale Identifizierung kritischer Distanz gewichen ? So sagt das Buch mehr über Ricarda Huch als über Bakunin aus. Der literarische Wert dieses Werkes kann hier nicht beurteilt werden, der Sozialwissenschaftler wird aber kaum neue Erkenntnisse gewinnen können. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Verlag eine Einleitung vorangestellt hätte, um die Funktion der Wiederveröffentlichung dieser Bakunin-Biographie zu erklären und um nicht in den Verdacht zu kommen, flugs noch auf der abebbenden Welle der Anarchismusliteratur mitschwimmen zu wollen.

ANARCHISMUS IN DEUTSCHLAND

Über die Geschichte des deutschen Anarchismus haben wir in den letzten Jahren neue Erkenntnisse gewonnen. Ulrich Linse gehört zu seinen besten Kennern.[44] Im vorliegenden Buch untersucht er den organisierten Anarchismus in Deutschland bis 1918/19. Zu Recht weist er mögliche Einwände gegen die Koppelung von Anarchismus und Organisation im Titel zurück: "Anarchie und Organisation schließen sich nicht aus; die anarchistische Ideologie hat lediglich spezifische Formen von Ordnung sowohl in der staatenlosen Zukunftsgesellschaft wie in der sie herbeiführenden und präfigurierenden anarchistischen Bewegung im Auge" (S. 17). Die Untersuchung beschränkt sich auf den organisierten, politisch handelnden Anarchismus.

Einleitend (S. 22 ff.) deutet Linse den Zusammenhang von Bedingungen an, unter denen Personen veranlaßt wurden, sich dem Anarchismus zuzuwenden, nämlich biographische (Abkehr von elterlicher Autorität und Lieblosigkeit, körperliche Gebrechen), wirtschaftliche (Leiden und Kritik an der ökonomischen Ungleichheit) und politische (autoritäres Regierungssystem). Er sieht in der Politik des Kaiserreichs das eigentliche Konstituens der anarchistischen Bewegung.[45] Der deutsche Anarchismus erhielt als Folge des Sozialistengesetzes durch den Abfall eines radikalen, auf Revolution drängenden Flügels[46] von der Sozialdemokratie zahlenmäßig überhaupt erst einen nennenswerten Anhang. Dazu gehörten Johann Most – der sich seit 1882 als Anarchist bezeichnete – und seine Freunde sowie ein

44 Neben der hier besprochenen Arbeit und dem oben erwähnten Aufsatz liegen von Linse vor: *Die Anarchisten und die Novemberrevolution*, in: Karl Bosl (Hrsg.), *Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen*, München und Wien 1969, S. 37-73; ders., *Die Transformation der Gesellschaft durch die anarchistische Weltanschauung. Zur Ideologie und Organisation anarchistischer Gruppen in der Weimarer Republik*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* Bd. 11 (1971), S. 289-372. Der letztgenannte Aufsatz setzt die Geschichte des Anarchismus im Kaiserreich, die Linse im vorliegenden Buch behandelt, für die Weimarer Republik fort. Dabei beschränkt er sich namentlich auf zwei Gruppen, nämlich die "Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands" und die "Anarchistische Vereinigung". Das Phänomen der Wirklichkeitsverneinung durch den Anarchismus wird anhand von fünf Teilaspekten behandelt, nämlich Antietatismus, Antikapitalismus, Antizentralismus und Antiautoritarismus, Antiparlamentarismus, Dogmatismus.

45 Die Anarchisten wurden durch die staatlichen Verfolgungsmaßnahmen (Überwachung, Polizeispitzel, agents provocateurs, Klassenjustiz) zudem in ihrer Ideologie immer wieder bestätigt. Vgl. Ulrich Linse, *Organisierter Anarchismus . . .*, S. 29 ff.

46 Diese Gruppe verstand sich als rein proletarische Bewegung, die jede Mitarbeit im bestehenden Staat ablehnte und den Kampf gegen eine als reformistisch verstandene Parteibürokratie aufnehmen wollte.

Teil der "Jungen", die ursprünglich keine Konkurrenzorganisation gründen, sondern die Sozialdemokratie von innen her revolutionär beeinflussen wollten.[47] Nach der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes war die Voraussetzung für einen Massenübertritt von der SPD zum Anarchismus geschwunden, so daß ein entsprechender Abspaltungsversuch von Dr. Raphael Friedeberg scheiterte. Auch im Ersten Weltkrieg fand keine Massensezession von der Sozialdemokratie statt, da inzwischen der Spartakusbund und – mit Einschränkungen – die USPD sich als organisatorische Alternativen anboten. Der Anarchismus wurde für die Sozialdemokratie nur insofern zum Problem, als die staatlichen Stellen sie wider besseres Wissen als "anarchistisch" verfolgten.

Im weiten, umfangreichsten Teil seines Buches (S. 120-301) behandelt Linse die verschiedenen Organisationen des deutschen Anarchismus. Ihre Ursprünge sind im Zusammenhang mit der I. Internationale zu sehen. Sie hatten ihren Ausgangspunkt in der Juraföderation, und anarchistisches Gedankengut wurde von wandernden Handwerksgesellen über Bern[48] in das Reich gebracht. Zentrum des deutschen Anarchismus war unter dem Sozialistengesetz London, wo auch Most lebte und von dort seine Emissäre entsandte. Die regionale Verteilung der anarchistischen Gruppen in Deutschland hing direkt mit ihrer Nähe oder Entfernung zur Grenze ab, über die die Presseerzeugnisse geschmuggelt wurden. Nach 1890 machte die Organisationsbildung prinzipiell keine Fortschritte, das Zentrum wechselte lediglich um 1895 von London nach Berlin, wo die verschiedenen anarchistischen Zeitungen zu Kristallisationspunkten, zugleich aber auch zu Ausgangspunkten für sektiererisch anmutende Konflikte wurden. Erst 1900 wurde eine "Deutsche Föderation revolutionärer Arbeiter" gegründet, die durch Vertrauensleute wenigstens ansatzweise strukturiert war, aber schon 1903 wieder zerbrach. An ihre Stelle trat die "Anarchistische Föderation Deutschlands", in der die dezentralistischen Tendenzen zunächst dominierten. 1906 konsolidierte sich die "Föderation", obwohl der Organisationsgedanke unter den deutschen Anarchisten nur schwer Fuß faßte.[49] Allmählich jedoch wurde ein überschaubarer, von unten nach oben verlaufender Organisationsaufbau so sichtbar, daß Linse auf Ähnlichkeiten mit der Struktur der Sozialdemokratie hinweist.[50] Im Gegensatz zu den bisher erwähnten Organisationen war der "Sozialistische Bund" von einem Mann abhängig: Gustav Landauer. Landauers Anarchismus reihte sich, so wenigstens Linse, in die dominante anarchistische Ideologie und Bewegung seiner Zeit ein (S. 281).[51] Organisatorisch war der "Sozialistische Bund" nur auf Berlin und

47 Eine ähnliche These vertritt Hans Manfred Bock indem er feststellt, daß die Konzeption der "Jungen" auf "marxistische Grundbegriffe und marxistisches Selbstverständnis" hinweisen. Vgl. Hans Manfred Bock, *Die "Literaten- und Studenten-Revolte" der Jungen in der SPD um 1890,* in: *Das Argument,* H. 63 (1971), S. 38. Zu den "Jungen" vgl. auch ders., *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten) und der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands,* Meisenheim am Glan 1969, S. 5 ff. Eine umfassende Untersuchung der "Jungen" liegt bis heute nicht vor.

48 Dort war 1877 eine "deutschredende anarchistisch-kommunistische Partei" gegründet worden.

49 An der Geschichte des organisierten deutschen Anarchismus, dem Überwiegen der dezentralistischen Kräfte bis mindestens 1906, läßt sich, so scheint mir, exemplarisch zeigen, wie die Anarchisten aufgrund ihrer Organisationsvorstellungen (nämlich der Antizipation der Selbstorganisation und des Autonomieprinzips in der jeweiligen Gegenwart) letztlich zur Erfolglosigkeit verdammt gewesen sind.

50 Daran anschließend beschreibt Linse in einem besonderen Kapitel die Regional- und Bezirksföderationen im deutschen Anarchismus, darunter die von Rheinland-Westfalen, Süddeutschland, Hamburg und Sachsen. Leider bleibt der Vf. hier im Deskriptiven und versucht nicht, eine Typologie der verschiedenen Orte zu erarbeiten, in denen anarchistische Gruppen entstanden. Gerade auf dieser regionalen und lokalen Basis ließe sich eine Antwort auf die Fragen finden, welche Industriearbeitergruppen besonders anfällig für anarchistisches Gedankengut waren und ob eine direkte Relation zwischen politischem System (liberales Süddeutschland, autoritäres Berlin und Sachsen) und Anarchismus bestand.

51 Landauers Anarchismus versteht sich ausdrücklich als "Sozialismus des Geistes" und ist expressis verbis am Mittelalter orientiert, wie auch der – gescheiterte – Versuch zeigte, anarchistische (Agrar)Siedlungen aufzubauen. Vgl. Wolf Kalz, *Gustav Landauer. Kultursozialist und Anarchist,* Meisenheim am Glan 1967. Wenn die These von Linse richtig wäre, wonach Landauer für den deutschen Anarchismus typisch ist, stellt sich allerdings die Frage, ob der deutsche Anarchismus vor 1918 – zumindest gemessen an seinem Konzept von einer herrschaftsfreien Gesellschaft – dem Agrar- und Handwerkeranarchismus des 19. Jahrhunderts zuzurechnen ist. Im Widerspruch dazu steht die Tatsache – auf die Linse in seiner Arbeit ebenfalls hingewiesen hat – daß Industriearbeiter sich zum Anarchismus bekannten. Linse geht auf diese Problematik nicht ein.

Leipzig konzentriert. Anders als in der "Föderation" vereinigten sich in ihm nicht Industriearbeiter, sondern eher Kleinbürger.[52] Er war ständig in der Gefahr, daß er "nicht eine politische Gruppierung, sondern eine religiöse Sekte wurde und nicht so sehr die Organisation, sondern die Verinnerlichung betrieb" (S. 298). Die Ausführungen Linses sind hier widersprüchlich: Entweder sind Landauer und der "Sozialistische Bund" typisch für den deutschen Anarchismus und dann müßten die anderen anarchistischen Organisationen sozial, politisch und ideologisch ähnlich sein oder aber diese anderen Organisationen rekrutierten sich aus Industriearbeitern und verstanden sich als politische Gruppierungen, dann ist der Landauersche Anarchismus atypisch. Derartige Widersprüche erklären sich im vorliegenden Buch aus der fehlenden theoretischen Durchdringung und Aufbereitung des Stoffes.

Im abschließenden dritten Teil (S. 302-376) stellt Linse die Rolle des Anarchismus in Weltkrieg und Revolution dar. In dieser politischen und sozialen Krisensituation gelang es den Anarchisten nicht, ihre Isolierung zu durchbrechen. So versagten sie u. a. darin, antimilitärisches Gedankengut in die Jugend hineinzutragen und eine eigene Jugendorganisation ins Leben zu rufen. Zu Beginn des Krieges gebärdeten sich einige Anarchisten – darunter Erich Mühsam – sogar ausgesprochen chauvinistisch. Landauer resignierte für längere Zeit. Mühsam propagierte später einen spezifistischen Revolutionarismus und suchte Kontakte zu anderen linken Gruppen, darunter zu bürgerlichen Pazifisten, den Bremer Internationalisten, zu Leninisten und zu Unabhängigen Sozialdemokraten wie Haase, Ledebour und Bernstein und zu Spartakisten wie Liebknecht, Luxemburg und Mehring.[53] In der Münchener Revolution traten die Anarchisten nicht als Organisatoren des Umsturzes auf. Erst im Verlauf der Revolution drängten Mühsam und Landauer, deren Bedeutung für die Münchener Ereignisse nach Linse in der Literatur überschätzt wird, radikal und utopisch über die durch Eisner gesetzten Grenzen hinaus, intendierten die permanente Revolution.

Zusammenfassend stellt Linse fest, daß die deutschen Anarchisten – anders als die Sozialdemokraten – vor 1918 nicht (negativ) in Staat und Gesellschaft integriert worden sind, obwohl sie natürlich immer Produkt der sie umgebenden Gesellschaft und ihrer Institutionen waren. Es gelang ihnen nicht, ihre Isolierung zu durchbrechen. Allerdings näherten sie sich allmählich strukturell der Sozialdemokratie an: " . . . die ursprünglich autonomistisch-föderalistisch begründete Organisation der Geheimgruppen, die aber durch die Notwendigkeit einer Preßverteilung von den auswärtigen Zentren her in eine umfassendere Organisation eingegliedert waren, wurde seit der Jahrhundertwende durch die sozialdemokratische Konzeption der Massenpartei samt dem damit verbundenen Organisationsfetischismus ersetzt. Mit diesem Angleichungsprozeß verband sich auch die Übernahme der marxistischen Klassenkampfideologie" (S. 377).

Die Arbeit von Linse zeichnet sich dadurch aus, daß in ihr ein umfangreiches Quellenmaterial – Polizeiberichte, anarchistische Periodika, Pamphlete und Protokolle – verarbeitet worden ist.[54] Dem Autor ist es gelungen, oft bis ins Detail die organisatorischen Verästelungen und Spaltungen des deutschen Anarchismus nachzuzeichnen sowie wenigstens im Ansatz die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen der Anarchismus sich konstituiert hat. Äußerst verdienstvoll ist das Kapitel über die soziale Gliederung des deutschen Anarchismus.[55] Allerdings hätten gerade auf der Grundlage des umfangreichen Faktenmaterials und der historischen Rekonstruktion einer politischen und sozialen Bewegung in Deutschland viel systematischer und theoretisch aufbereitet relevante Probleme der

52 Linse schreibt(*a. a. O.*, S. 299): "Soziologisch gesehen scheinen gerade kleinbürgerliche Existenzen auf Landauers rückwärtsgewandte Ideologie angesprochen zu haben: in ihrer Selbständigkeit gefährdete, verproletarisierende Handwerker, dann Personen, die aus der unerträglichen Industriewelt in die heile sozialistische Siedlung flüchten wollten oder Menschen, die in der Landwirtschaft aufgewachsen waren und in der neuen großstädtischen Arbeitswelt nicht Fuß fassen konnten . . ."

53 Alle Pläne, die Linke in einer Koalition zu verbinden, scheiterten schon an der mangelnden politischen Einsicht Mühsams. Dieser war nicht einmal in der Lage, die politischen Differenzen innerhalb der USPD (einschließlich des Spartakusbundes) zu erkennen.

54 Linse hat leider nicht die Anarchismussammlung des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam (u. a. die Nachlässe von G. Landauer, R. Rocker und M. Nettlau) benutzt.

55 Vgl. oben S. 132 f.

Anarchismusforschung angegangen werden müssen. Warum hat sich etwa der Anarchismus in seiner Struktur der Sozialdemokratie angeglichen ? Gibt es hier so etwas wie eine funktionale Zentralisation ? Erst in seiner Schlußbetrachtung führt der Vf. die Begriffe "Utopie" und "Wirklichkeit"[56] als Kategorien ein, sie werden jedoch nicht als analytisches Mittel benutzt, um mit einer durchgehenden Fragestellung die Untersuchung zu strukturieren. Die Ambivalenz des Anarchismus ergibt sich aus der Deskription, wird aber nicht problematisiert.

Auch das Buch von Andrew R. Carlson über den deutschen Anarchismus behandelt die Periode (nämlich besonders die Jahre 1874 - 1889)[57], mit der sich auch Linse beschäftigt hat. Beide Arbeiten ergänzen einander. Gleichwohl weisen sie ähnliche methodologische Schwächen auf. So hat Carlson sein Thema nur chronologisch, nicht inhaltlich eingegrenzt. Er beschäftigt sich weitgehend mit dem "organisierten Anarchismus" (Linse), stellt aber zwei Kapitel über die Ahnherren des deutschen Anarchismus voran. Welche Funktion namentlich das Kapitel über Max Stirner (S. 43-76) hat, wird nicht deutlich: Zum einen gibt es umfangreiche und differenzierte Monographien über diesen Junghegelianer,[58] zum anderen hat Stirner mit seinem Individualanarchismus nur geringen Einfluß auf die anarchistische Bewegung in Deutschland gehabt.[59] Die Stärke der Untersuchung von Carlson liegt in der Deskription. Der Vf. schildert die Entwicklung des deutschen Anarchismus bis 1878; das Hödel- und das Nobiling-Attentat auf Wilhelm I.; das Leben Johann Mosts und Wilhelm Hasselmanns und deren Bedeutung für den Anarchismus; die Wandlung der anarchistischen Bewegung zum kommunistischen Anarchismus, der mit der "Propaganda der Tat" verbunden wird (Darstellung von Überfällen und Morden); die ideologischen und personellen Konflikte im Anarchismus, die zu seiner Spaltung und völligen Ohnmacht führen. Dabei legt der Vf. dem Leser z. T. neue Details vor: Der Kaiser-Attentäter Dr. Carl Nobiling hat Kontakte zu dem bekannten Anarchisten Emil Werner und zur Juraförderation gehabt; Pläne von August Reinsdorf, den Reichstag in die Luft zu sprengen, wurden relativ frühzeitig von den Behörden aufgedeckt, doch erst mit mehreren Monaten Verspätung der Öffentlichkeit bekanntgegeben, um sie politsch für die Verlängerung des Sozialistengesetzes und die Verabschiedung des Dynamitgesetzes 1884 ausnutzen zu können; als bekannt wurde, daß die deutschen Anarchisten 1889 keinen Vertreter zum internationalen Anarchistenkongreß nach Verviers schicken würden, entsandte kurzentschlossen der Polizeipräsident von Elberfeld einen Polizeiagenten als offiziellen Repräsentanten, der dann sogar noch einen – von der Konferenz abgelehnten – Plan für ein Kaiser-Attentat vorlegte. Die Arbeit ist dadurch strukturiert, daß der Vf. in den Hauptkapiteln[60] seine These entwickelt und durchhält, daß nämlich die Bedeutung des Anarchismus für die deutsche Geschichte bisher unterschätzt worden ist. Zumindest sei die negative Funktion des Anarchismus, jeweils die Begründung für staatliche Repressivmaßnahmen abzugeben, beachtlich gewesen. So ist das Sozialistengesetz nach dem Attentat von Nobiling und nach der Auflösung des alten Reichstages (die Auflösung richtete sich gegen die Sozialdemokratie und die Nationalliberalen) verabschiedet worden. Die Regierung benutzte die anarchistischen Aktivitäten, um die Sozialisten noch schärfer zu unterdrücken, und sie setzte Propaganda der Tat, anarchistischen Terror und Gewalt manipulativ ein, um jeweils das Sozialistengesetz zu verlängern. Die Furcht vor dem Anarchismus wurde so letztlich zur Stabilisierung des gesellschaftlichen status quo benutzt.[61] Doch auch gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung hat der

56 Linses These lautet, der deutsche Anarchismus habe sich von der Utopie hin zur Wirklichkeit entwickelt.

57 Ein zweiter Band ist angekündigt, in dem der deutsche Anarchismus von 1890 - 1933 dargestellt werden soll.

58 Vgl. u. a. Henri Arvon, *Aux sources de l'existentialisme: Max Stirner*, Paris 1954 und H. G. Helms, *Die Ideologie der anonymen Gesellschaft. Max Stirners "Einziger" und der Fortschritt des demokratischen Selbstbewußtseins vom Vormärz bis zur Bundesrepublik*, Köln 1966. Carlson kann in einem kurzen Kapitel unmöglich das darstellen, was in diesen Monographien breit entfaltet worden ist.

59 Lediglich der Kreis um John H. Mackay und einige andere intellektuelle Anarchisten haben Stirners Schriften überhaupt verstehen können. Carlson aktualisiert die Bedeutung Stirners künstlich, ohne Belege anführen zu können: Er glaubt, daß Stirner auf die rebellische studentische Jugend in Frankreich, der Bundesrepublik, ja sogar der USA seine Wirkung nicht verfehlt habe und fragt, ob Rudi Dutschke nicht dessen Schriften gelesen habe. Carlson, *a. a. O.*, S. 67 f.

60 Hiervon müssen die beiden schon erwähnten Anfangskapitel über Vorläufer der deutschen Anarchismus und Max Stirner ausgenommen werden.

61 Bismarck hat, so Carlson, künstlich eine Bedrohung durch den Anarchismus konstruiert. *A. a. O.*, S. 399.

deutsche Anarchismus eine ähnlich negative Funktion gehabt. Da in der öffentlichen Meinung Sozialisten und Anarchisten in einen Topf geworfen wurden,[62] mußte die Sozialdemokratie sich praktisch und theoretisch um so deutlicher vom Anarchismus abgrenzen.[63] Auf diese Weise trugen die Anarchisten dazu bei, die SPD auf den parlamentarischen Weg zu bringen (S. 398).[64]

Die Untersuchung von Carlson überzeugt durch ihre breite Quellenbasis[65] und die minuziöse Darstellung. Sie hätte dadurch gewonnen, wenn der Vf. wenigstens die Frage nach dem Bedingungskontext, unter dem der deutsche Anarchismus entstanden ist, aufgenommen hätte. Auch die Wandlungen des deutschen Anarchismus werden nur beschrieben, nicht analysiert. Etwa wird das Problem, *warum* der deutsche Anarchismus sich in einer bestimmten historischen Situation der Propaganda der Tat zugewendet hat, nicht erörtert. Hängt dies direkt mit Verfolgung und Unterdrückung der Anarchisten durch Polizei und Regierung unter dem Sozialistengesetz zusammen ? Kommen u. U. andere, soziale und ökonomische Faktoren hinzu ? Ist Propaganda der Tat evtl. Ausdruck für eine Krise des tradierten Handwerker- und Agraranarchismus, die durch die weitgehend abgeschlossene Industrialisierung ausgelöst worden ist ? Verfolgen zur gleichen Zeit auch in anderen Ländern anarchistische Bewegungen die Taktik der Propaganda der Tat ?

Günter Bartsch hat mit seinem Buch über den Anarchismus in Deutschland 1945 - 1965 Pionierarbeit geleistet.[66] Seine Bemühungen sind besonders deswegen hervorzuheben, weil der Anarchismus in der Nachkriegszeit noch zersplitterter als im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gewesen ist und die Quellen entsprechend atomisiert und verstreut heute oft nur noch in Privatsammlungen zugänglich sind.[67] Der Leser ist daher dankbar, daß der Vf. sein Buch mit einer großen Zahl von Dokumenten – Fotos, maschinengeschriebenen Flugblättern, Faksimiles von Briefen und aus Zeitschriften – illustriert hat. Zieht man die Summe aus der Darstellung von Bartsch, so ergibt sich, daß – wie im Kaiserreich – der deutsche Anarchismus auch nach 1945 isoliert gewesen ist, ein Sektendasein gefristet hat. Bis in die letzten Verzweigungen zeichnet der Autor die lokalen und regionalen anarchistischen Gruppen nach, skizziert ihre wichtigsten Personen (Otto Reimers, John Oldag, Helmut Rüdiger, Willi Huppertz, Willy Jelinek, Rudolf Oestreich). Es wird gezeigt, wie alle Vereinigungsversuche mit Kommunisten und Sozialdemokraten 1945 scheiterten; wie der Anarchismus in der DDR brutal unterdrückt, Jelinek in Bautzen ermordet und Zensl Mühsam mundtot gemacht wurde; wie die Anarchisten in der Bundesrepublik – vergeblich – hofften, durch die Kampagnen gegen die Wiederbewaffnung und gegen atomare Bewaffnung Zulauf von Jüngeren zu bekommen; wie die anarchistischen Gruppen sich immer wieder spalteten und alle Versuche zu einer nationalen Koordination mißlangen. Das Buch ist nicht frei von Widersprüchen und Fehlern. Bartsch spricht davon, daß es 1945 keinen Staat mehr gegeben habe, dieser vielmehr "plötzlich ohne Revolution und ohne Mithilfe der Anarchisten verschwunden" gewesen sei (S. 31), es habe im negativen Sinne Anarchie bestanden, "ein von ungeheuren Zerstörungen überlasteter Zustand der Herrschaftslosigkeit" (S. 39). Der Vf. übersieht, daß zwar der nationalsozialistische deutsche Staat, aber eben nicht staatliche Macht schlechthin zer-

---

62 Vorübergehend befürchteten die sozialdemokratischen Parteiführer auch, daß Regierungsstellen annehmen könnten, Most und Hasselmann sprächen für die Partei.

63 Schon Rosenberg hat nachdrücklich auf diesen Tatbestand hingewiesen: "Die wichtigste indirekte Wirkung der anarchistischen Terrorakte war jedoch die Vertiefung des Gegensatzes zwischen den Anarchisten und den politischen Arbeiterparteien." Vgl. Arthur Rosenberg, *Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre,* Frankfurt/M. 1962 S. 189.

64 Die Propaganda der Tat hatte ohnehin zur Folge, daß auch die Arbeiterschaft entsetzt vor dem Anarchismus zurückwich. Propaganda der Tat brachte den deutschen Anarchismus völlig in Mißkredit und setzte ihn endgültig der polizeilichen Verfolgung aus.

65 Der Vf. hat u. a. Polizei- und Gerichtsakten im Staatsarchiv Potsdam, im Deutschen Zentralarchiv Merseburg, im Geheimen Staatsarchiv München und anderen regionalen Staatsarchiven, über fünfzig anarchistische Periodika und die einschlägige Sekundärliteratur ausgewertet.

66 Zwei weitere Bände zur Geschichte des deutschen Nachkriegsanarchismus sind von Bartsch angekündigt worden. Im Frühjahr 1973 soll ein Dokumentenband erscheinen, im Herbst 1973 eine Darstellung der heutigen anarchistischen Bewegung in der Bundesrepublik.

67 Bartsch stützt sich besonders auf die Sammlung von Otto Reimers, eines Hamburger Anarchisten.

stört worden war, sondern die Besatzungsmächte durchaus autoritär in ihren Zonen Herrschaft ausübten.[68] Auch ist es zu undifferenziert, wenn der Autor Bakunin die Formel zuschreibt, "vor allem das Proletariat zu organisieren" (S. 41).[69]

Trotz einiger hier angesprochener Mängel zeichnet sich die Untersuchung von Bartsch dadurch aus, daß sie bemüht ist, über reine Deskription hinauszugelangen. So versucht der Vf. eine Definition des Anarchismus.[70] Er weist auf die Besonderheiten des deutschen Anarchismus: Dieser sei antinationaler, antiautoritärer und antizentralistischer als in anderen Ländern gewesen, weil der deutsche Liberalismus sich als unfähig erwiesen habe, gemeinsam mit der demokratischen Bewegung die nationale Einheit herzustellen und weil die historischen Entscheidungen in Deutschland stets von oben gefallen seien (S. 27 f.). In der Nachkriegszeit sei der deutsche Anarchismus in drei Hauptströmen aufgetreten:[71] "Der erste Strom wurde von den freisozialen Anhängern Gesells gebildet, unter denen sich selbst verschiedene Richtungen formierten. Der zweite Strom umfaßte die Syndikalisten, die Individual-Anarchisten und die Sozial-Anarchisten, der dritte die Anarcho-Kommunisten und die Räte-Anarchisten" (S. 299).[72] Außerdem differenziert Bartsch drei Phasen im deutschen Nachkriegsanarchismus (S. 295 ff.).

Allerdings gilt auch hier der schon bei den Arbeiten von Linse und Carlson erhobene Einwand: Durch eine systematische, von der Deskription gelöste Auseinandersetzung mit der Anarchismusproblematik hätte die Untersuchung an analytischem Gehalt gewonnen. Dazu gehören u. a.: 1. Anstelle eines sozialgeschichtlichen Ansatzes stilisiert Bartsch geistesgeschichtlich den Michael Kohlhaas von Heinrich von Kleist zum Prototyp des deutschen Anarchisten. Kohlhaas gehe "es allein um Recht und Gerechtigkeit", er sei "allein durch sein verletztes Rechtsgefühl zur Rebellion getrieben worden . . . " (S. 25 ff.). Hier fällt Bartsch seinem eigenen Bemühen in den Rücken, Anarchismus zu definieren. 2. Bartsch referiert mehrfach Rätekonzepte, wie sie von Anarchisten vertreten worden sind,[73] die Affinität von Rätetheorien und Anarchismus scheint hier durch (u. a. S. 126 f., 139, 149). Doch wird ihr systematischer Zusammenhang sowie ihre Differenz nicht expliziert. 3. Bartsch zeigt, wie wenige Spuren der Anarchismus in der deutschen Nachkriegsgeschichte hinterlassen hat, daß seine Repräsentanten in Vergessenheit geraten sind. Erörtert wird aber nicht, warum der Anarchismus scheiterte. Sein Mißerfolg ist, so scheint uns, nicht allein daraus zu erklären, daß seine Anhänger unter dem Nationalsozialismus besonders gelitten haben und in ihrer Mehrheit ermordet worden sind, sondern liegt auch in seinen anti-institutionellen, anti-organisatorischen und utopistischen Tendenzen begründet.

Am Schluß dieses Literaturberichts muß resümierend festgehalten werden, daß die Anarchismusforschung erst an ihrem Anfang steht. Die hier besprochenen Arbeiten können Denkanstöße zur Entwicklung einer Forschungsstrategie geben. Angesichts der für anarchistische Bewegungen typischen schlechten Quellenlage, die u. a. in der Heterogenität des Anarchismus und in der Anarchismusfurcht

---

68 Dies erwähnt Bartsch auch an anderer Stelle seines Buches (S. 131). Zudem schreibt er wenige Zeilen nachdem er das Ende des Staates 1945 konstatiert hat, daß eine pazifistische Gruppe "zu einer kämpferischen Haltung gegen den Staat" übergegangen sei. Bartsch, *a. a. O.*, S. 32.

69 Andere Vereinfachungen ließen sich aufzählen, die daraus erklärt werden können, daß Bartsch zu wenig Distanz zu den von ihm benutzten Quellen hat. Typisch hierfür ist die Behauptung, der "Freiwirtschaftsbund schien seinem Ziel nahe zu sein, eine wirtschaftliche Neuordnung wenigstens Westdeutschlands auf dem Boden der Lehre Silvio Gesells durchzusetzen." Nichts spricht in der deutschen Nachkriegsgeschichte für die Richtigkeit dieser These, sie wird vom Vf. auch nicht begründet.

70 Vgl. oben S. 128.

71 Für die Bartschsche Unterscheidung des gesamten deutschen Anarchismus in fünf Richtungen vgl. meine Ausführungen auf S. 126.

72 Syndikalisten, Individual-Anarchisten und Sozial-Anarchisten zu einer Hauptströmung zusammenzufassen, erscheint mir wegen der Widersprüchlichkeit dieser Gruppen allerdings äußerst problematisch. Bartsch gibt hier außerdem die einleitend getroffene Einteilung des deutschen Anarchismus in fünf Richtungen auf und vermengt sie miteinander.

73 Auch Linse geht auf die Rätekonzepte der Anarchisten ein. Vgl. Linse, *Organisierter Anarchismus . . .*, S. 353 ff. und ders., *Die Transformation der Gesellschaft . . .*, S. 331 f.

in Staat und Gesellschaft seine Ursachen hat, bekommen auch Monographien, die nicht weit über bloße Deskription hinausgelangen, ihren Wert. Bis heute fehlt sowohl eine brauchbare Definition des Anarchismus wie seine Sozialgeschichte. Die Gründe für das Scheitern anarchistischer Bewegungen sind bisher nicht systematisch und vergleichend untersucht. Zu den nächsten Aufgaben der Anarchismusforschung sollte es gehören, den Zusammenhang von Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft sowie fortschreitender Industrialisierung und Wandlungen im Anarchismus (vom Handwerker- und Agraranarchismus zum Anarchosyndikalismus u. U. Rätekommunismus) zu durchleuchten. Dazu würde auch gehören, die Verbindung von Anarchismus und Arbeiterschaft einschließlich der organisierten Arbeiterbewegung zu analysieren.

NEUE LITERATUR

Karl Marx – Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA), Probeband. Editionsgrundsätze und Probestücke. Hrsg. vom IML beim ZK der KPdSU und vom IML beim ZK der SED. – Berlin: Dietz 1972. 68, 724 S. 10 Faksimiles in Falttasche.*

Mit vorliegendem Probeband wird ein editorisches Unternehmen angekündigt, das mehr als überfällig ist und wohl – wegen des damit verbundenen finanziellen und personellen Aufwandes – in der Tat heute nur von den beiden verantwortlich zeichnenden Instituten geleistet werden kann: Die Neubearbeitung einer historisch-kritischen Gesamtausgabe des literarischen Werkes von Marx und Engels. Die Benutzung des handschriftlichen Nachlasses, der im Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte lagert, ist gesichert, so daß auch dieser damit zugleich voll erschlossen werden dürfte. Der Absicht nach greift dieses Vorhaben etwa auf, was schon die im Jahre 1927 unter der editorischen Leitung von Rjazanov begonnene, erste MEGA leisten wollte. Wenn es freilich von dieser ersten MEGA in der Einleitung zum vorliegenden Probeband lakonisch heißt, daß die Arbeiten an ihr im Jahre 1935 eingestellt werden mußten, so belegt diese dürftige Auskunft, daß es offenbar noch immer schwerfällt, die für die internationale Marxforschung so verhängnisvolle Verquickung von Marx-Engels-Werkedition einerseits und Stalinismus andererseits im historischen Rückgriff offen zu benennen. Wie dem jedoch auch sei, die mitgeteilten Editionsprinzipien lassen erwarten, daß nunmehr endlich das überhaupt erreichbare und erschließbare literarische Werk von Marx und Engels vollständig nach dem neuesten Stand der textkritischen Editionstechnik der Wissenschaft erschlossen wird.

Die neue MEGA ist dabei auf etwa 100 Bände projektiert und soll sich in folgende Abteilungen gliedern: I. Werke, Artikel, Entwürfe, II. "Das Kapital" mit allen Entwürfen und Varianten (hierfür sind allein ca. 20 Bde. veranschlagt), III. Briefe, IV. Exzerpte, Konspekte, Notizen. Jede der Abteilungen soll in sich chronologisch gegliedert sein. Dabei ist den Herausgebern zuzustimmen, daß zweifellos gegenüber bisherigen Werkausgaben der II. und IV. Abteilung ein besonderes Gewicht zukommen wird. In der II. Abteilung nämlich wird der langwierige Prozeß der Entwicklung des Marx'schen ökonomischen Denkens endlich vollständig dokumentiert werden. Die IV. Abteilung wird durch die Publikation bisher zumeist nicht veröffentlichter Exzerpte, Konspekte, Notizen, Randbemerkungen usw. einen Einblick in Arbeitsweise und wissenschaftliche Aneignungsform fremden Denkens durch Marx und Engels erlauben. Freilich ist die gesonderte, editorische Zusammenfassung dieser Exzerpte und dergl. in einer Abteilung unter Abgrenzung gegen die in der I. Abteilung veröffentlichten Werke und Schriften nicht ganz unproblematisch. Es könnte dadurch ein innerer Arbeitszusammenhang zerrissen werden, der doch eigentlich erschlossen werden soll, wenn man z. B. daran denkt, daß die gemeinhin als IV. Manuskript der "ökonomisch-philosophischen Manuskripte" geltenden und mit dieser auch zusammengehefteten Auszüge aus dem letzten Kapitel von Hegels "Phänomenologie" zweifellos ein Exzerpt sind, aber ebenso zweifellos ihren Stellenwert im Zusammenhang der Arbeit verlieren oder nicht hinreichend erkennen lassen, wenn sie von der Publikation der "ökonomisch-philosophischen Manuskripte" in der ersten Abteilung abgetrennt werden. Man wird hier abwarten müssen, wie die Herausgeber in einem solchen Fall verfahren, um Einheit und Zusammenhang eines Arbeitsstadiums zu erhalten und zu belegen.

Begrüßenswert ist, daß zu den Editionsprinzipien die Publikation jeder Arbeit in der Originalsprache der Erstpublikation bzw. der Handschrift gehören soll. Einblicke in die Herausbildung und Veränderung der Begrifflichkeit Marx-Engels'schen Denkens werden dadurch sicher stärker als bisher üblich ermöglicht. Ein weiteres angegebenes Editionsprinzip ist erwähnenswert und von Bedeutung: es soll die Entwicklung aller Werke "von der ersten Skizze bis zur Fassung letzter Hand, so-

* Herausgeber und Redaktion danken Herrn Alexander Malysch vom IML beim ZK der KPdSU für die Übersendung des Besprechungsexemplars, nachdem eine entsprechende Bitte an den Dietz Verlag mit der Begründung, der Probeband sei nicht für den Buchhandel bestimmt, abgelehnt worden war.

weit sie überliefert ist, vollständig dokumentiert" werden. Dabei wird zunächst von der Handschrift bzw. dem Erstdruck ausgegangen. Die Varianten werden dann entweder in einem gesonderten Variantenverzeichnis dokumentiert oder aber durch gleichzeitigen Abdruck stark veränderter Fassungen. Dadurch soll es möglich werden, einen Einblick in die Entstehung eines Werkes, die Entwicklung der gedanklichen Arbeit authentisch zu verfolgen.

Die MEGA verfolgt damit in der Art der Textdarbietung für jeden einzelnen Text das Prinzip der Dokumentation seiner Entwicklungsgeschichte. Ausdrücklich wird es abgelehnt, etwa gemäß einer wirkungsgeschichtlichen Perspektive für einzelne Werke Varianten verschiedener Editionen mit in den Variantenapparat aufzunehmen. Nun ist dies sicher ein für die meisten Werke, Schriften, Aufsätze begründbares und richtiges Prinzip. Ob es auch richtig ist für die Edition von Schriften aus dem handschriftlichen Nachlaß, ist zumindest fragwürdig. So ist z. B. das Verständnis und die Deutung des Denkens des frühen Marx und Engels sehr nachhaltig durch die etwa gleichzeitige Publikation der "ökonomisch-philosophischen Manuskripte" sowie der "deutschen Ideologie" in der ersten MEGA und in der von Siegfried Landshut und Jacob Peter Mayer besorgten Ausgabe des Kröner-Verlages bestimmt worden. Schon damals wichen Textanordnung und Textentzifferung beider Editionen voneinander ab. Die neue MEGA wird aufgrund von inzwischen aufgefundenen Manuskriptteilen etwa des 1. Kapitels der "deutschen Ideologie" im Amsterdamer Institut, sowie aufgrund inzwischen neu edierter Entzifferungen – etwa in der Edition der "ökonomisch-philosophischen Manuskripte" in der vom Rezensenten gemeinsam mit Peter Furth besorgten Marx-Studienausgabe sowie in der Einzelausgabe des Dietz-Verlages bezüglich "Geist-Genuß", "Verobjektivieren – Versubjektivieren" – einen neuen Text dieser nachgelassenen Schriften bieten müssen. Es wäre sicher gut, wenn für diese Schriften das Varianten-Verzeichnis eben auch den textkritischen Vergleich mit anderen Editionen offenlegen würde. Wenn dadurch im textkritischen Apparat sichtbar würde, daß eben – in der Sprache des Probebandes der neuen MEGA – auch "bürgerliche Marxologen" einen nicht unwichtigen Beitrag zur Marx-Engels-Edition geleistet haben (bisher wird die Tatsache von Editionen der genannten Manuskripte durch Landshut oder den Rezensenten nicht einmal erwähnt), so würde das nur unterstreichen, daß es die neue MEGA mit dem betonten Internationalismus der Marx-Engels-Edition wirklich ernst meint.

Der Probeband gibt nun nicht nur die erwähnten Editionsprinzipien bekannt und begründet sie, sondern gibt auch Probestücke der Edition zu jeder Abteilung, in denen die Editionsprinzipien in der Tat erprobt werden. An diesen Probestücken ist vor allem die Edition des 1. Kapitels der "deutschen Ideologie" interessant, denn hier folgt die MEGA einem Prinzip, das der Rezensent in der von ihm mit P. Furth besorgten Marx-Studienausgabe erstmals zur Grundlage der Textedition machte (ohne daß das freilich in der MEGA vermerkt würde): das Manuskript zweispaltig zu drucken, um seinen unfertigen Charakter ebenso zu dokumentieren, wie das Ineinanderverwobensein der durchgehenden Textniederschrift von Engels und seiner teils ausgefeilten, teils in der Form von Randbemerkungen vorliegenden Bearbeitung durch Marx. Gerade dieses für die Entwicklung des "historischen Materialismus" zentral wichtige Kapitel der "deutschen Ideologie" wird damit in einer der Manuskriptlage gerechtwerdenden Weise publiziert, und zwar das erwähnte Editionsprinzip optisch noch deutlicher werden lassen, als das in der erwähnten Studienausgabe des Rezensenten aus Raumgründen möglich war. Die Benutzung des umfangreichen Variantenverzeichnisses erfordert eine gewisse Zeit des Einlesens in die MEGA, bereitet aber dann keine Mühe mehr. Die Erwartungen, die man mit der neuen MEGA verknüpft, dürfen nach dem Probeband mit Recht hochgespannt sein.

Hans-Joachim Lieber

RJAZANOV, D.: **Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär.** – Frankfurt/M.: Makol Verlag 1971. 155 S. (= Marxismus Bibliothek, Text 9.)Unveränderter Nachdruck der 1928 in Wien, Verlag für Literatur und Politik, erschienenen Ausgabe. DM 6,–.
Karl Marx. Chronik seines Lebens in Einzeldaten. Zusammengestellt vom Marx-Engels-Lenin-Institut Moskau. – Frankfurt/M.: Makol Verlag 1971. 464 S. Unveränderter Nachdruck der 1934 in Moskau, Marx-Engels-Verlag, erschienenen Ausgabe. DM 12,–.

Die These von der doppelten Begründung des Marxismus ist so sehr Legende geworden und wird so allgemein akzeptiert, daß der Versuch, sie zu widerlegen, vergebens erscheinen mag. Dabei können gewisse Fakten die Beweisführung vorwegnehmen: das negative Urteil von Marx über diejenigen seiner ersten Schüler und Anhänger, die glaubten, sich als "Marxisten" ausgeben zu müssen; die Abneigung, mit der Engels nach langem Zögern und widerwillig den Gebrauch der Begriffe "marxistisch" und Marxismus" duldete, die er als eine Erfindung der Gegner Marxens kannte, um dessen "autoritäre" Politik zu brandmarken und seine Anhänger in der Ersten Internationale zu verdammen; die voreilige Entwicklung der marxistischen Ideologie, obgleich grundlegende Schriften von Marx, die Engels zum größten Teil nicht gekannt oder unbeachtet gelassen hatte, erst spät ans Licht gebracht wurden; und, last not least, das Fehlen einer erschöpfenden Marx-Biographie, die imstande wäre, die wahren Intentionen dieses Denkers zu enthüllen, dem seine eigenen wissenschaftlichen "Entdeckungen" verboten, sich als Begründer eines Systems zu verstehen.

Die beiden vom Makol Verlag herausgebrachten Nachdrucke erscheinen zu einem Zeitpunkt, der für die kritische Überprüfung der Legende vom "Begründer" Marx gelegen kommt. Obgleich der Name Rjazanov in der "Chronik" völlig mit Schweigen übergangen wird, hätte

er verdient, an bevorzugter Stelle zu stehen. Ist es doch seinen Bemühungen und seiner Kompetenz als Forscher zu verdanken, daß das Marx-Engels-Institut, dessen Gründer er war und das er bis zu seiner Absetzung und Verbannung durch Stalin im Jahre 1931 leitete, all seine Materialien hat sammeln können. Ohne diese enorme Menge von Gedrucktem und Handschriftlichem, das aufgrund der Bemühungen Rjazanovs zusammengetragen wurde, wäre es unmöglich gewesen, ein so großangelegtes Projekt wie die historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels, die "MEGA", überhaupt zu konzipieren, geschweige denn ihre Realisierung zu beginnen.

Die editorische Notiz, die dem von Rjazanov zusammengestellten Band vorausgeht, erinnert daran, wie wenig wir über den Werdegang dieses "bedeutendsten Marxforscher[s] der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und Herausgeber[s] der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe" (Rjazanov, a. a. O., S. 5) wissen. Übrigens kennt man ja jetzt im wesentlichen die editorischen Methoden der Herausgeber der neuen MEGA, von der soeben der von den Instituten für Marxismus-Leninismus in Moskau und Berlin erstellte "Probeband" erschienen ist. Dort sucht man nicht nur vergebens den Namen des Initiators der ersten MEGA, sondern anstelle einer "historisch-kritischen Gesamtausgabe" legt man uns eine Ausgabe vor, die sich von vornherein als "marxistisch-leninistisch" erklärt.

Wenn auch gewisse Aussagen dieser editorischen Notiz anfechtbar sein mögen, so zeugt doch der neue Tonfall von einem ernsthaften, weil kritischen Überdenken bestimmter traditioneller Interpretationsweisen, die zu ebenso bequemen wie trügerischen Klischees geworden waren. So stellt der Verfasser z. B. die vom jungen Marx in der "Heiligen Familie" vertretene These in Frage, wonach "es nicht darauf ankäme, was der einzelne Proletarier hier und jetzt denkt, sondern vielmehr darauf, was er seinem Sein nach historisch zu tun gezwungen ist" (Rjazanov, a. a. O., S. 8). Weil die Geschichte "kein apartes Subjekt" ist, weil sie "als die Objektivierung erkenntnisleitender Kategorien" (a. a. O., S. 9), verstanden wird, ist es wichtig zu wissen, was der einzelne Proletarier hier und jetzt denkt. Das heißt, daß Marx auf die Anwendung ethischer Kategorien nur hat verzichten können um den Preis einer spürbaren Verengung seines historischen und sozialen Untersuchungsfeldes.

Die beiden Werke sind deshalb besonders aufschlußreich, weil das erste uns an der Geburt der Marx-Legende teilnehmen läßt, während das zweite allein ihrer Zerstörung zu dienen scheint. So findet sich etwa unter den Dokumenten, die Rjazanov ausgewählt hat, um "Marx als Denker" zu charakterisieren, der von Engels 1878 – also noch zu Lebzeiten von Marx – in W. Brackes "Volkskalender" veröffentlichte biographische Artikel. Darin verkündet Engels zum zweiten Mal die beiden großen Entdeckungen seines Freundes, womit er sich deutlich von seiner knapp 20 Jahre zuvor in einer Besprechung von "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" gegebenen Interpretation (in: "Das Volk" vom 6. und 20. August 1859) entfernt. Dort wurde Marx als Urheber zweier Entdeckungen bezeichnet: einer "revolutionären", nämlich der materialistischen Geschichtsauffassung, die er aus der "Umkehrung" der Hegelschen Position gewonnen hatte, und einer logisch-historischen, nämlich der von ihrer idealistischen Verbrämung befreiten dialektischen Methode. In dem Artikel im "Volkskalender" ist dagegen keine Rede mehr von "materialistischer" Auffassung, sondern der Akzent liegt auf dem "Klassenkampf" als universellem Deutungsprinzip der Geschichte. Anstelle der neuen dialektischen Methode stellt Engels "die endliche Aufklärung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit" als "die zweite wichtige Entdeckung von Marx" hin (Rjazanov, a. a. O., S. 25). Obendrein schreckt Engels auch vor Widersprüchen nicht zurück: Die beiden Entdeckungen von Marx beziehen sich nicht auf "historische Gesetze" – ein Ausdruck, den Engels einige Jahre später gebrauchen wird –, sondern auf "Tatsachen", die die Grundlage des "wissenschaftlichen Sozialismus" seien (a. a. O., S. 27). In seiner Rede am Grabe von Marx nennt er dann als wissenschaftliche Verdienste seines Freundes die Entdeckung zweier "Gesetze": 1. das "Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte" und 2. das "spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise" (a. a. O., S. 30). Erstaunlicherweise gebraucht Engels im Zusammenhang mit der ersten Entdeckung ein weiteres Mal den Begriff "Tatsache". Schwerwiegender erscheint uns die von ihm in eben dieser Rede aufgestellte Behauptung über die Mitwirkung von Marx am Befreiungswerk des modernen Proletariats, "dem *er* zuerst das Bewußtsein der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben hatte" (a. a. O., S. 31). Mit dieser Erklärung hat Engels die in der Theorie von Marx zentrale materialistische These vom Tisch gefegt, die den Vorrang der sozialen Existenz über das Bewußtsein der einzelnen proklamiert.

Es wären noch manche kritische Bemerkungen über die Art und Weise zu machen, wie Engels die wissenschaftlichen Errungenschaften seines Freundes pries; stimmen doch zahlreiche Äußerungen von Marx ganz und gar nicht mit dem überein, was Engels dazu gesagt hat. (Vgl. M. Rubel, Einleitung zu Karl Marx, "Oeuvres", Bd. II: "Economie", Paris, Gallimard, 1968, = Bibliotheque de la Pleiade, Bd. 204, S. CXXVIII ff.) Nur eine umfassende Marx-Biographie, die sämtliche heute in den beiden großen Archiven von Amsterdam und Moskau verfügbaren Dokumente und Materialien mit einbeziehen müßte, könnte den Schlüssel zum adäquaten Verständnis eines Werkes und eines Denkens liefern, das durch Geniekult, Ruf nach charismatischer Autorität und Bedürfnis nach ideologischer Verschleierung in den Rang einer modernen Mythologie erhoben wurde. Zweifellos sollte die "Chronik" in den Augen Rjazanovs vor allem ein vollständiges Verzeichnis der biographischen Daten und der literarischen Quellen im Hinblick auf diese monumentale Bio-

graphie darstellen. Inzwischen hat sie schon eine Wahrheit enthüllt, an der künftig kein Marx-Biograph vorbei kann. Intellektueller Paria der bürgerlichen Gesellschaft, hat Karl Marx ein unvollendetes Werk hinterlassen, den Torso einer Theorie, die sich nicht als politische Ideologie zum Gebrauch von intellektuellen Eliten und Berufsrevolutionären verstand. Erbe der von seinen Vorgängern entwickelten sozialistischen Ethik, hat Marx die Utopie einer freien und gerechten Gesellschaft wissenschaftlich begründen und damit der "zahlreichsten und ärmsten" Klasse (Saint-Simon) die geistigen Waffen für ihren Selbstbefreiungskampf an die Hand geben wollen.

Maximilien Rubel

(NEUBERG, A.), Hans KIPPENBERGER, M. N. TUCHATSCHEWSKI und HO CHI MINH: Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung. Eingeleitet von Erich Wollenberg. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1971. XXXVI, 304 S. (= Basis Studienausgaben.) DM 9,–.

In der Reihe der "basis"-Studienausgaben des rührigen Frankfurter Verlags wird mit dem vorliegenden Sammelband ein Buch wieder zugänglich, dessen Inhalt und Entstehungsgeschichte die Politik der Kommunistischen Internationale gegen Ende der 20er Jahre eindrucksvoll lebendig werden läßt. Das ist nicht zuletzt den vom Verlag dem Nachdruck des Originals beigefügten Anmerkungen von Erich Wollenberg zu verdanken, der damals als wissenschaftlicher Mitarbeiter das Militär-Kabinett des Moskauer "Marx-Engels-Instituts" leitete und bei der Entstehung des Bandes Geburtshilfe leistete. Von ihm erfahren wir auch, daß das Buch auf eine Initiative Osip Pjatnickijs, des damaligen Organisationssekretärs der Komintern, aus dem Frühjahr 1928 zurückgeht. Dieser hielt es für notwendig, ein "für breitere Schichten von Kommunisten und Sympathisanten" bestimmtes "populäres Buch über den bewaffneten Aufstand zu veröffentlichen". Als Grundlage für die Publikation sollte Lehrmaterial dienen, das vom Stabe der Roten Armee für die kommunistischen deutschen Militärschulen ausgearbeitet worden war. Die Verantwortung für die Veröffentlichung wurde Palmiro Togliatti ("Ercoli"), dem damaligen Leiter der Agitations- und Propaganda-Abteilung der Komintern, übertragen. Der Name des Verfassers, A. Neuberg, ist nach den Angaben Wollenbergs frei erfunden und nicht etwa ein Pseudonym, wie gelegentlich vermutet worden sein mag.

Zu dem Sammelband haben eine ganze Reihe prominenter Kommunisten Ausarbeitungen beigesteuert. Die beiden ersten Abschnitte über "Die II. Internationale und der Aufstand" und "Der Bolschewismus und der Aufstand" schrieb Pjatnickij selbst. Dabei versuchte er den Nachweis zu führen, daß die Distanzierung der deutschen Sozialdemokratie von den Positionen Marx' und Engels' "in den Fragen der Diktatur des Proletariats und der Rolle des Staates" in der II. Internationale letztlich dazu geführt habe, "die Frage des bewaffneten Aufstandes niemals, sei es auch nur theoretisch, richtig /zu/ stellen (schon ganz zu schweigen von ihrer praktischen Lösung)". Demgegenüber wird Lenin bescheinigt, daß ihm sowohl die ungeheure Bedeutung des bewaffneten Aufstandes als auch die Erfordernisse seiner politischen und organisatorisch-technischen Vorbereitung stets bewußt gewesen seien. Für das dritte Kapitel über den Aufstand in Reval im Dezember 1924, der von Wollenberg mit Recht in die beginnende Auseinandersetzung zwischen Zinov'ev und Stalin eingeordnet wird, zeichnet ein Team unter Leitung von General Unslicht verantwortlich, wobei u. a. Augenzeugenberichte von estländischen Kommunisten als Unterlage dienten. Über den Hamburger Aufstand von 1923 berichtet im vierten Kapitel Hans Kippenberger, der militärische Führer dieses lokalen Revolutionsversuchs. Seine Ausführungen wurden ergänzt von Ausführungen Wollenbergs über die allgemeine Lage in Deutschland im Jahre 1923 und über die aus dem Scheitern des Aufstandes zu ziehenden Schlußfolgerungen. Die Kapitel über die Aufstände in Kanton (1927) und Shanghai (1926/27) wurden vom Generalstab der Roten Armee verfaßt und behandeln die vergeblichen Versuche der chinesischen Kommunisten, sich als "Hegemon der demokratischen Revolution" in China zu profilieren. In den Kapiteln VII bis X werden "konkrete Anweisungen für die Organisierung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes in allen jenen Ländern gegeben, in denen die kommunistischen Parteien vor der 'historischen Aufgabe' stehen, die bürgerlich-demokratische oder die sozialistische Revolution durchzuführen". Wollenberg kann nachweisen, daß M. N. Tuchacevskij bei der Ausarbeitung dieser "Felddienstordnung des bewaffneten Aufstandes" eine wesentliche Rolle gespielt hat. Das letzte Kapitel über "Die Arbeit unter der Bauernschaft" schrieb Ho Chi Minh, dessen Ausführungen über das "revolutionäre Partisanenwesen" ihre aktuellen Bezüge zu den Ereignissen in Vietnam nicht leugnen können.

Wie Wollenberg einleitend feststellt, sind die Berichte und Ausarbeitungen der Mitarbeiter dieses Bandes schon aus politischer Rücksichtnahme auf die Interessen der UdSSR nicht frei von Manipulationen geblieben. So wurden z. B. die politischen Hintergründe für die Auslösung der Aufstände in Reval und Hamburg damals "im Interesse des Sowjetstaates, der Komintern und der jeweiligen Führungsspitze den betreffenden kommunistischen Parteien" verschwiegen. Das ändert jedoch nichts an der Feststellung, daß es sich bei dem Band von "A. Neuberg" um ein wichtiges und für den Historiker unentbehrliches Dokument zur Militär-Politik der Komintern handelt.

Alexander Fischer

WETTE, Wolfram: **Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung.** – Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz: Kohlhammer 1971. 255 S. DM 18,80.

Diese Münchener politikwissenschaftliche Dissertation versteht sich in dem Sinne als ein Beitrag zur Friedensforschung, als ihr Autor versucht, bei sozialistischen Theoretikern eine befriedigende Antwort auf die komplexe Frage nach den Ursachen von Kriegen zu finden. Darüber hinaus will er in seiner Studie zu klären versuchen, unter welchen Voraussetzungen und nach welchen Prinzipien die sechs deutschen "Klassiker" des Sozialismus den Krieg als ein Mittel sozialistischer Politik rechtfertigen. Bei der Heterogenität der getroffenen Auswahl, die bei den drei Vertretern der jüngeren Generation mit dem Hinweis auf ihre repräsentative Funktion für "den rechten und linken Flügel und die Mitte der deutschen Vorkriegssozialdemokratie" erklärt wird, kann es kaum überraschen, wenn das Ergebnis der Untersuchung in der Feststellung besteht, daß die Fragen unterschiedlich und etwa die potentiell kriegserzeugenden Faktoren verschieden bewertet werden.

Im einzelnen kann Wette zur Frage nach den Kriegsursachen belegen, daß weder Marx und Engels noch Lassalle und Bernstein dieses Problem als einen Schwerpunkt ihrer publizistischen Tätigkeit betrachtet haben. Auch wenn aus den Werken von Marx und Engels deutlich wird, daß sie in der sozio-ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft eine entscheidende Ursache des bestehenden Übels erblickten, standen sie doch – ebenso wie Lassalle – ganz in der Tradition einer rationalen Kriegsursachentheorie, die in Clausewitz ihren bedeutendsten Vertreter besaß. Auch Bernstein hat sich mit dem Problem der Ursachen von Kriegen nicht systematisch auseinandergesetzt. Immerhin wird bei ihm die Tendenz sichtbar, sich von der marxistischen Tradition zu lösen und es abzulehnen, alle Konflikte in letzter Instanz auf ökonomische Ursachen zurückzuführen. Dagegen gehörte es zu den Anliegen von Kautsky, die verbreitete Annahme zu widerlegen, daß der Krieg als Folge des kriegerischen Wesens des Menschen gewissermaßen naturnotwendig sei. Und auch für Rosa Luxemburg war der Mensch alles andere als ein aggressives Raubtier, jedoch bezog "die überzeugteste Internationalistin in der deutschen Sozialdemokratie" bei Erklärungen von Kriegsursachen eine eindeutig marxistische Position: "Alle Kriegsursachenerklärungen", so formuliert sie Wette, "die die ökonomischen Widersprüche nicht in den Vordergrund stellen, bleiben an der Oberfläche stehen".

Die Frage nach der Rechtfertigung von Kriegen als legitimes Mittel sozialistischer Politik wird – wie Wette nachweist – von Marx und Engels eindeutig beantwortet: Nirgends wird von diesen beiden Klassikern die These vertreten, daß der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie in der Epoche des Kapitalismus unvermeidlich die Form des Krieges annehmen müsse. Krieg war für Marx und Engels niemals der "Vater aller Dinge", sondern immer nur ein Mittel zum Zweck, ein Mittel ihrer revolutionären Realpolitik. Während Lassalle nach Wettes Meinung die Rechtfertigung "des demokratischen und nationalen Prinzipienkrieges" vertrat und "zur Verherrlichung der Gewalt" neigte, war für den Revisionisten Bernstein das allgemeine Wahlrecht die "Alternative des Umsturzes" und bei ihm demzufolge vom Krieg "als Mittel oder Hebel der Revolution" nirgends in seinen Schriften die Rede. Kautsky, der "Theoretiker des Sumpfes" (Luxemburg), vermied es lange Zeit überhaupt, sich in der Frage festzulegen, ob der Krieg als Mittel sozialistischer Politik zu gebrauchen sei, rang sich aber schließlich zu den Prinzipien der Gewaltlosigkeit, "zu einem Pazifismus humanistischer Intention" durch. Auch Rosa Luxemburg, die Wette "eine prinzipielle Pazifistin" nennt, war – bei aller Einsicht in die ökonomische und politische Krisensituation des Kapitalismus – niemals bereit, einen Krieg zu rechtfertigen, ganz gleich von wem und zu welchem Zweck er geführt werden sollte.

Es gehört zu den Verdiensten Wettes, den Widerspruch im Denken Rosa Luxemburgs – Feststellung der Unvermeidbarkeit des Krieges im Kapitalismus auf die einen und Verurteilung des Krieges als moralisch verabscheuungswürdig auf dern anderen Seite – herausgearbeitet zu haben. Aufmerksamkeit verdient auch sein Versuch, den sozio-ökonomischen Ansatz von Marx einer "langfristigen Friedensforschung" dienstbar zu machen. Das geschieht jedoch gelegentlich in allzu loser Verbindung zum historischen Kontext, so daß manche Passagen der Studie (Lassalle, Bernstein) nicht unwidersprochen bleiben werden.

Alexander Fischer

PETROVIĆ, Gajo: **Philosophie und Revolution. Modelle für eine Marx-Interpretation.** Mit Quellentexten. – Reinbek: Rowohlt 1971. 314 S. DM 7,80.

Der Untertitel dieser deutschen Publikation von Petrović ist irreführend. Es handelt sich bei ihr nicht um Marx-Interpretationen, sondern um den "Versuch . . . , das Wesen des Marxschen Gedankens als des Gedankens der Revolution nochmals zu durchdenken" (S. 9). Die in dem Band ausgewählten Marx-Texte fungieren nicht als Interpretationsmaterial oder als Belege, sondern dokumentieren die Anstöße, die den jeweils vorangestellten Aufsatz Petrovićs angeregt haben. Petrović will im "Geist von Marx" (S. 10) Grundfragen der gegenwärtigen Welt durchdenken, will dabei die von Marx selbst nicht realisierten Möglichkeiten des Marxschen Denkens erforschen und scheut sich auch nicht, von Marx angeregt, zu Folgerungen zu gelangen, die Marxschen Aussagen widersprechen (Ebd.). Die von Petrović dargelegte Intention weist auf drei entscheidende Merkmale seines Buches hin: 1. Petrović versteht sich als Marxist, lehnt es aber ab, die Schriften von Marx, Engels oder Lenin als letzte und un-

antastbare Beweisgrundlage zu handhaben. Die Wahrheit ihrer Aussagen hängt nicht von ihrer Autorenschaft, sondern von der Beweiskraft ihrer Argumente ab. 2. Petrovic führt die Auseinandersetzung mit dem Mittel der Argumentation. Er läßt sich auf alle auch unbequemen Fragen ein und erliegt an keinem Punkt der Versuchung, Einwände abzuwehren, indem er sie als konterrevolutionär bzw. klassen- und interessengebunden "entlarvt". 3. Auf der Basis dieser freien rationalen Diskussion gewinnt seine marxistische Position erst eigentlich Gewicht und Interesse gerade auch für Nichtmarxisten. Die von Petrovic vorgetragenen Argumente haben Überzeugungskraft, weil sie frei von jedem Zwang zur Orthodoxie sind. Freilich heißt das nicht, daß man sie alle akzeptieren muß.

In das Zentrum seiner philosophischen Analysen stellt Petrovic das Thema der Revolution. In zwanzig Fragenbündeln zu Beginn der Aufsatzsammlung und in einer Erörterung des Verhältnisses von Humanismus und Revolution zu ihrem Abschluß kreist er die Bedeutung der Revolution ein und gelangt zu der Definition: "Revolution ist die Errichtung einer qualitativ prinzipiell verschiedenen Gesellschaft" (S. 293). Mit dieser Abgrenzung sollen alle Bedeutungen desselben Begriffs abgewiesen werden, die das Wesen der Revolution allein im gewaltsamen Umsturz einer Herrschaftsordnung sehen, ohne die durch sie bewirkte Veränderung für das Dasein des Menschen in der Gesellschaft qualitativ zu beurteilen. Der so von seinen bisherigen historischen Formen und überhaupt von einer Aussage über das Mittel der Veränderung gereinigte Revolutionsbegriff, der seinen Bedeutungsgehalt auf die Vorstellung eines radikal veränderten Menschen konzentriert, enthält allerdings zwei Probleme. Zum einen erscheint es fraglich, ob man einen Begriff zur Bezeichnung der von Petrovic gemeinten Sache verwenden soll, der geschichtlich eine zwar nicht präzise, aber doch in einigen Punkten umrissene Bedeutung angenommen hat, die er nun abstreifen soll. Denn eine Revolution im Sinne Petrovics hat bisher nicht stattgefunden. Mißverständnisse sind hier nicht auszuschließen. Wichtiger aber ist das philosophische Problem, das darin enthalten ist. Petrovic bezeichnet es als die Frage nach der "positiven" Bestimmung des Menschen. Eine qualitativ *prinzipiell* verschiedene Gesellschaft – gemeint ist eine im Marxschen Sinne freie Gesellschaft – setzt voraus, daß der Mensch zu einer solchen radikalen qualitativen Veränderung fähig oder angelegt ist. Petrovic stellt sich selbst die Frage, ob das freie Schöpfertum, das er als das Wesen des Menschen bezeichnet, sich nicht prinzipiell immer auch als dämonisches oder zerstörerisches Schöpfertum artikulieren könne – eben weil es freies Schöpfertum sei; ob er ein Recht habe, das Wesen des Menschen auf ein gesellschaftlich bereicherndes, auf Mitmenschlichkeit ausgerichtetes Schöpfertum festzulegen, ohne den Menschen damit unbegründet als seinem Wesen nach "gut" zu präjudizieren. Petrovics Antwort gerät nicht ganz überzeugend: Dämonisches Schöpfertum wirkt zerstörend, läßt keine Bereicherung der schöpferischen Kräfte des Menschen zu, ist daher kein wahres Schöpfertum, sondern eine Form von Entfremdung (S. 87 f.). Da der Mensch frei ist, kann er sich prinzipiell auch immer unschöpferisch und unfrei verhalten. So die Quintessenz seines Aufsatzes zum Thema "Sinn und Möglichkeit des Schöpfertums". Stellt man sie der Revolutionskonzeption gegenüber, so ergibt sich die Frage: Kann es eine Revolution a la Petrovic geben, wenn der Mensch seinem Wesen gemäß – also nicht nur infolge depravierter, historisch-übergängiger Zustände – immer auch frei ist zu entfremdetem Handeln ?

Petrovic vertritt hier als Marxist eine interessante Zwischenposition zwischen Marx und seinen antistalinistischen Geistesgenossen Marek Fritzhand und Svetozar Stojanovic, mit denen er sich auseinandersetzt. Sie erfährt eine Verdeutlichung in seinem Aufsatz "Marxismus und Ethik". In Übereinstimmung mit Fritzhand und Stojanovic ist er skeptisch gegenüber der Möglichkeit der endgültigen oder gar raschen Aufhebung von Entfremdung. Aber er bleibt im Unterschied zu diesen Philosophen oder etwa auch zu Leszek Kolakowski mehr in der Marxschen Denkbewegung, wenn er sich strikt gegen eine marxistische Ethik ausspricht. Jede Ethik geht von einer andauernden Zwieschlächtigkeit im menschlichen Dasein, von einem andauernden Konflikt zwischen Bedürfnissen und Sollensnormen – kantisch gesprochen: zwischen Neigung und Pflicht – oder zumindest von der andauernden Möglichkeit eines solchen Konflikts aus. Dies trifft sowohl für Stojanovic als auch für Kolakowski zu und führt sie zu einer von Marx partiell abweichenden Anthropologie. Petrovic hält demgegenüber den Marxschen Einwand aufrecht, die Hinnahme eines solchen Konflikts bedeute den Verzicht auf die Überwindung des Widerspruchs: "Und wir würden auch dann auf halbem Wege stehenbleiben, wenn wir die Spaltung des bestehenden Menschen in eine 'faktische' und eine 'sein-sollende' Sphäre lediglich feststellten, ohne die Frage nach ihrer Aufhebung zu wagen" (S. 278). Die positivistische Trennung zwischen Sein und Sollen muß "versöhnt werden" (S. 279). Für Petrovic liegt die Versöhnung in "der Einsicht, daß neben den 'kognitiven Sätzen' und den 'Wertsätzen' und vor ihnen die Wesensaussagen stehen, die weder die bestehende Faktizität noch die seinsollenden Ideale aussprechen, sondern die Wesensmöglichkeiten des menschlichen Seins" (S. 280). Doch damit ist die Diskussion sicher nicht beendet. Immerhin, es ist ein Denkversuch "im Geiste" von Marx.

Trotz einiger Wiederholungen (der Band stellt eine Sammlung von Aufsätzen dar, die überwiegend in der internationalen Ausgabe der Zeitschrift "Praxis" erschienen sind) ist dies ein interessanter, in seiner undogmatischen und zugleich klaren Denkweise wohltuender, weiterführender Beitrag zur Diskussion über Grundfragen gegenwärtiger, nicht nur marxistischer Philosophie.

Gesine Schwan

GUSTAFSSON, Bo: **Marxismus und Revisionismus. Eduard Bernsteins Kritik am Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen.** – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1972. 491 S. in 2 Teilen. (=Kritische Studien zur Politikwissenschaft.) Ln. DM 48,–; br. DM 38,–.

Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist die bereits von Rosa Luxemburg und Lenin aufgestellte These, der Bernsteinsche Revisionismus sei keine theoretische Neuschöpfung, sondern "eher eine Zusammenfassung verschiedener aus bürgerlichen, kleinbürgerlichen oder reformistisch-sozialistischen Kritiken des Marxismus zusammengetragener Elemente" (S. 9). Gustafsson versucht diese aus anderen Denkansätzen übernommenen Elemente der Theorie Bernsteins zu rekonstruieren. Er gelangt zu dem (seinen ideengeschichtlichen Ansatz im nachhinein rechtfertigenden) Ergebnis, daß der Revisionismus in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts ein in mehreren europäischen Ländern gleichzeitig auftretendes Phänomen war und aus identischen oder zumindest sehr ähnlichen Arbeitsbedingungen der sozialistischen Bewegung in den entwickelten Industriestaaten Europas und im zaristischen Rußland resultierte (S. 289). Ursachen für die Entstehung und Ausbreitung des Revisionismus waren einmal Schwächen der Marxrezeption und ungeklärte Fragen der Marxschen Theorie, die nach Engels' Tod vor allem in Deutschland Anlaß zu Mißverständnissen gaben (S. 314 f.), die Entwicklung mit dem Marxismus konkurrierender Sozialphilosophien in der bürgerlichen Wissenschaft (S. 315), die Existenz starker nichtmarxistischer Traditionen in den einzelnen nationalen Arbeiterbewegungen (ebd.), die in den neunziger Jahren einsetzende Hochkonjunktur (welche bei nicht oder nur oberflächlich marxistisch geschulten Sozialisten eine Verabsolutierung der Elastizität des Kapitalismus auslöste (S. 316), sowie eine Überschätzung der Möglichkeiten, welche parlamentarischer Kampf und (die in Deutschland 1890 neugewonnene) Legalität den Arbeiterparteien boten (S. 316 f.).

Träger und Förderer der reformistischen Ideologie in Sozialdemokratie und Gewerkschaften waren das ständig wachsende Funktionärskorps und vom Marxismus affizierte, ihn aber zugleich ihrer eigenen schichtspezifischen Interessenlage anpassende bürgerliche Intellektuelle (S. 317). Unter diesen Voraussetzungen vollzog sich die Entwicklung des zuerst von Bernstein mit großer nationaler und internationaler Wirkung proklamierten theoretischen Revisionismus als komplizierter Prozeß von internationaler Parallelität reformistischer Theoreme, die ohne Wirkung auf Bernstein waren (ihm zum Teil sogar unbekannt blieben), und unmittelbarer Beeinflussung des deutschen Revisionisten vor allem durch englische, französische und italienische Theoretiker. Gustafssons Untersuchung erhebt deshalb einen doppelten Anspruch: sie will zugleich die Genese der Bernsteinschen Revisionismus-Variante darstellen und eine Gesamt–Ideengeschichte revisionistischer Theoreme um 1900 liefern. Der behandelte Zeitraum umfaßt die neunziger Jahre bis zum Beginn der Bernsteindebatte, die nicht mehr analysiert wird.

Gustafsson beginnt seine Darstellung mit einer Schilderung des "Hintergrundes" der Entwicklung Bernsteins, nämlich der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts. In der Einleitung seiner Schrift unterläuft ihm allerdings noch ein Lapsus: "Nach der Ausweisung aus der Schweiz im Jahre 1888 ließ er" – Bernstein – "sich in dem noch liberaleren England nieder, von wo der 'General' (Friedrich Engels) die Bataillone der Zweiten Internationale kommandierte" (S. 10). Die Drahtziehertheorie von einer die sozialistischen Parteien kommandierenden Zentrale ist leider zum Stereotyp in der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung geworden. Im übrigen konstituierte sich die Zweite Internationale – wie auf S. 314 dann richtig festgehalten – erst 1889. Auch ist die Behauptung unrichtig, daß Bernstein auf dem Parteitag in Erfurt 1891 Georg von Vollmar wegen dessen "Eldorado-Rede" – es handelte sich außerdem um zwei Reden, am 1. Juni und 6. Juli 1891 – heftig kritisiert haben soll, (S. 11). Bernstein, der bis 1901 im englischen Exil war, nahm nicht am Erfurter Parteitag teil.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie war in dieser Phase gekennzeichnet durch einen Wirtschaftsaufschwung in den 90er Jahren, zunächst steigende, dann stagnierende Reallöhne, die Wiedergewinnung der Legalität und wachsende Bedeutung parlamentarischer Tätigkeit. Mit den Eldorade-Reden von Vollmars begann die Ausbildung eines konsequent vorgehenden Reformismus in der SPD, der vor allem in Süddeutschland starken Einfluß hatte. Ausführlich wird Friedrich Engels' "theoretisches Testament" behandelt (S. 35-75). Darunter versteht Gustafsson Engels' Altersbriefe über die Beziehungen von Basis und Überbau, seinen Anteil an den Diskussionen über das Verhältnis von Wertgesetz und Fall der Profitrate im Anschluß an den III. Band des "Kapital" sowie seine Ausführungen über Legalität und Revolution. Bei der Behandlung der materialistischen Geschichtsauffassung gelinge Bernstein lediglich ein mißverstehendes Ausspielen der von Engels zuletzt stark hervorgehobenen Kategorie der Wechselwirkung gegen die allgemeineren, zu den brieflichen Äußerungen aber nicht im Widerspruch stehenden Darlegungen in Marx' Einleitung zur "Kritik der Politischen Ökonomie". Das Verhältnis von Mehrwert und Profitrate sei allerdings tatsächlich auch von Engels nicht endgültig geklärt worden. In der Frage der Beziehungen von Legalität und Revolution jedoch hätten lediglich die äußeren Umstände, unter denen Engels' Einleitung zu Marx' "Klassenkämpfen in Frankreich" erschienen, dazu geführt, daß seine Einschätzung später als Rückzug fehlinterpretiert werden konnte. – Bei der Beschreibung der intellektuellen Biografie Bernsteins trägt Gustafsson insofern eine neue These vor, als für ihn nicht die Artikelserie "Probleme des Sozialismus" (1896 ff.), die bisher als erstes Doku-

ment des Bernsteinschen Revisionismus galt, den Beginn dieser theoretischen Richtung markiert, sondern Bernsteins – von den Zeitgenossen allerdings nicht weiter beachtete – Rezension von Louis Heritiers "Geschichte der Französischen Revolution von 1848" (S. 90). Sie wurde schon vor den "Problemen des Sozialismus" niedergeschrieben.

Bei der Erörterung der Beziehungen Bernsteins zu zeitgenössischen nichtmarxistischen theoretischen Richtungen, die zur Entstehung des Revisionismus beitragen konnten, legt der Verfasser großes Gewicht auf den Einfluß der Fabian Society (S. 127-180). Zwischen Bernstein und den Fabiern bestanden Übereinstimmungen in der positiven Einschätzung der Möglichkeiten eines legalen Weges zum Sozialismus durch die Ausnutzung von Parlamenten, Genossenschaften und Kommunalpolitik und der Absage an Marx' Werttheorie. Ein Unterschied zu den Theoretikern der Fabian Society ergab sich aus Bernsteins stärkerer Beeinflussung durch den Marxismus und der Notwendigkeit, daß er seine neue Position einer zumindest nominell marxistischen Partei vermitteln mußte. Diese Funktion konnte Bernstein nur wahrnehmen, wenn er auch über ein theoretisches Instrumentarium zur Kritik der Marxschen Geschichtstheorie verfügte. Hier erhielt er entscheidende Hilfen von Benedetto Croce, Saverio Merlino und durch skeptizistische Momente in der Theorie Antonio Labriolas (S. 181-222). Starken Einfluß auf Bernstein hatte Georges Sorels "reformistische Geschichtsphilosophie" (S. 256), die dieser 1896 in seiner Schrift "Etude sur Vico" erstmals entwarf. Mit Jean Jaures stimmte Bernstein zwar in der grundsätzlich idealistischen Auffassung der Geschichte und in der Rezeption des Kantianismus überein, doch ist eine unmittelbare Einwirkung Jaures' nicht nachweisbar. Ein grundlegender Unterschied zwischen beiden bestand darin, daß Jaures immerhin Revolutionär im Sinne der demokratischen französischen Revolutionstradition blieb, während Bernsteins Denken in dessen revisionistischer Periode jede revolutionäre Komponente fehlte (S. 288). Der "legale Marxismus" in Rußland – die russische Variante des Revisionismus – entstand bereits vor Bernsteins erstem Auftreten als Revisionist und wurde später durch ihn beeinflußt (S. 291-312).

Das von Bo Gustafsson zusammengetragene Material zeigt den Revisionismus lediglich als eine Sonderform einer neuen Variante bürgerlichen Denkens, die mit dem Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung und der damit verbundenen politischen Aktualisierung des Marxismus eintrat und zugleich notwendig wurde. In der individuellen Biografie Croces, Sorels und des russischen "legalen Marxisten" Struve zeigt sich diese Entwicklung als starke Beeinflussung eines bürgerlichen Wissenschaftlers durch den Marxismus und als Integration marxistischer Denkansätze in vorgegebene bürgerliche Sozialphilosophien, wobei sämtliche revolutionären Komponenten des Marxismus wieder abgestoßen (und dieser selbst damit strikt abgelehnt), die bürgerlichen Positionen aber ebenfalls transformiert wurden. Schloß diese Entwicklung eine schließliche Hinwendung der an der Herausbildung des Revisionismus beteiligten bürgerlichen Theoretiker zu offen reaktionären und faschistischen Positionen nicht aus, so läßt sich diese Konsequenz mit einer Transformation der bürgerlichen Gesellschaft beim Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus und in Reaktion auf die Arbeiterbewegung ebenfalls parallelisieren. Der Revisionismus Bernsteins ist somit die sozialdemokratische – d. h. auf eine proletarische, in Freien Gewerkschaften und einer marxistisch beeinflußten bzw. gegen marxistische Einwirkungen nie völlig abschirmbaren Partei organisierte Massenbasis zielende – Variante imperialistischer Ideologie.

Diesen der leninistischen Revisionismuskritik entsprechenden und in diesem Zusammenhang nicht neuen Schluß zieht Gustafsson in seiner 1970 an der Universität Uppsala als Habilitationsschrift vorgelegten Arbeit nicht selbst, aber seine Untersuchungen geben dem Leser zumindest das ideengeschichtliche Material und führen die gelehrte Arbeit des Sammelns, Vergleichens und Interpretierens bislang für die Erforschung der Genese des theoretischen Revisionismus unbeachteten Materials (von der die weniger sorgfältige technische Ausfertigung – zahlreiche Schreib- und drucktechnische Versehen, die Anmerkung 44 des Kapitels VII fehlt – absticht) auf eine letztlich politische These zu.

Georg Fülberth

LENK, Kurt: **Marx in der Wissenssoziologie. Studien zur Rezeption der Marx'schen Ideologiekritik.** – Neuwied und Berlin, Luchterhand, 1972. 384 Seiten. (= Soziologische Texte, Bd. 78.) DM 28,–.

Die nunmehr gedruckt vorliegende Studie von Lenk – die in anderer Fassung 1964 als "Ideologiebegriff und Marxrezeption in der deutschen Wissenssoziologie" der philosophischen Fakultät der Universität Marburg vorgelegen hat – enthält mehr, als ihr Titel aussagt: Lenk verfolgt eben nicht nur das Marx-Verständnis bzw. -mißverständnis in der deutschen Wissenssoziologie der zwanziger Jahre (also vor allem bei Max Scheler und Karl Mannheim und in der im Zusammenhang mit deren Schriften sich entfaltenden Diskussion um das Ideologieproblem), sondern er gibt praktisch am Leitfaden des Problems der Marxrezeption eine sehr kritische und gerade dadurch eindrucksvolle Geschichte der Entfaltung soziologischen Denkens in Deutschland von Simmel über Max Weber, Troeltsch bis zum Ende der Weimarer Republik. Damit expliziert er gleichsam in umfassender Weise Gedanken, die er schon 1961 in einem Aufsatz über "Soziologie und Ideologienlehre. Bemerkungen zur Marxismusdiskussion in der deutschen Soziologie von Simmel bis Mannheim" vorgetragen hatte. Zentraler Gedanke Lenks ist dabei folgen-

der: Durch vor allem den späten Engels vorbereitet, gerinnt in Dogmatismus (Kautsky) und Revisionismus (Bernstein) die Marx'sche Theorie zu einem Basis-Überbauschema, in welchem die klassische dialektische Ideologiekritik weitgehend verlorengeht. In dieser systematischen Erstarrung wird sie Gegenstand einer vom Historismus wie von einem "tragischen Bewußtsein" geprägten philosophisch-soziologischen Auseinandersetzung, die freilich eben dadurch die genuine Gestalt Marx'scher Ideologiekritik verfehlt, indem sie deren Grundbegriffe methodologisch neutralisiert. Um diesen leitenden Gedanken durchhalten und begründen zu können, muß Lenk die "klassische" Marx'sche Ideologiekritik selber als unaufhebbare Einheit von "zur Praxis drängender Philosophie", Entfremdungstheorie und "Kritik der politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft" und ihrer Entwicklungsgesetzlichkeit rekonstruieren. Nur weil das in überzeugender Weise gelingt, werden auch die differenzierten Argumentationen gegen die verschiedenen Marx-Interpretationen seitens der deutschen Soziologie, die nach Lenk zugleich Marx-Mißverständnisse sind, in sich stimmig und überzeugend. Soweit dabei die wissenssoziologische Neutralisierung und das heißt immer auch Entrevolutionierung der Marx'schen Theorie im Mittelpunkt der Argumente steht, setzt Lenk eine Argumentationskette fort, die von Anfang der 20er bis Anfang der 30er Jahre schon durch Schriften und Aufsätze von Lukacs, Korsch, Lewalter, Horkheimer, Marcuse und Plessner in Ansätzen erarbeitet war.

Freilich steht Lenk dabei, wie alle kritischen Aufarbeitungen der Wissenssoziologie nach 1932 gegenüber den genannten frühen Arbeiten in der besonderen Position, durch den Rückgriff auf die seither publizierten frühen Manuskripte Marxens die zentrale Bedeutung der im Ideologie- und Entfremdungsbegriff zur Einheit zusammengefaßten kritischen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft allererst voll herausarbeiten zu können. Freilich würde das – bei aller berechtigten Kritik an der schematischen Vulgarisierung des historischen Materialismus zur Basis-Überbau-Theorie – auch die Frage als erörterungwürdig zulassen, ob die deutsche Wissenssoziologie nicht ohne die Kenntnis der frühen Marx-Manuskripte und unter dem Einfluß der Auseinandersetzung um den Revisionismus ein uns heute mögliches Bewußtsein um die Differenziertheit Marx'scher Ideologiekritik noch garnicht haben konnte. Lenk spricht dieses Problem nur in einer Anmerkung an. Es wäre einer breiten Erörterung – trotz oder gerade wegen der überzeugenden Argumente Lenks – durchaus würdig. Und noch etwas anderes bleibt nach der Lektüre von Lenks Buch als Problem offen: Wenn die klassische Marx'sche Ideologienlehre in sich nur stimmig ist, sofern sie in ihrem unauflösbaren Zusammenhang mit der im "Kapital" und dort insbesondere in den Ausführungen über den Warenfetischismus vorliegenden Kritik der politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft gesehen und belassen wird und das heißt immer auch in ihrem unaufhebbaren Zusammenhang mit dem Postulat des sich in Bewußtsein und Aktion zur Einheit der Klasse formierenden Proletariats als revolutionärem Subjekt, wie kann dann eine dieser genuinen Marx'schen Tradition verbunden bleibende und nicht in den Neutralismus der Wissenssoziologie abgleitende Ideologienlehre noch durchgehalten werden, wenn die für diese Lehre bei Marx konstitutive Konzeption vom Proletariat als revolutionärem Subjekt zumindest fragwürdig geworden ist ?

Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule, der sich Lenk verbunden weiß, hat nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend mit diesem Problem gerungen, ohne freilich schon eine eindeutige und befriedigende Antwort anbieten zu können. Lenk streift das Problem in einer Anmerkung, die der Auseinandersetzung mit Lukacs' Idee der "objektiven Möglichkeit" des Klassenbewußtseins dient, sowie vor allem in all jenen Passagen, in denen er kritisch auf die Unzulänglichkeit und Verflachung ideologiekritischer Reflexion im "institutionalisierten Marxismus" sowjetkommunistischer Prägung hinweist. Primär ist sein Buch eine umfassende, ja vielleicht die z. Zt. umfassendste historisch-systematische Kritik und Analyse des spannungsreichen Verhältnisses zwischen der deutschen Soziologie bis 1933 und der marxistischen Theorie.

Hans-Joachim Lieber

Marx zur Ansicht. Ein Bericht über Leben und Lehre von Karl Marx und über die Marx-Interpretation in der Bundesrepublik. Von Ulrich Boehm, Heinz Grossmann, Horst Hinz, Otto Martin Hoffmann, Raimund Koplin, Sieghart Ott und Henryk Skrzypczak. – Reinbek 1972. 160 S. (= rororo tele.) DM 3,80.

Bei der Beurteilung dieser Veröffentlichung muß man berücksichtigen, daß es sich um die schriftliche Aufzeichnung einer Fernsehserie handelt, die im Rahmen eines Informations- und Bildungsprogramms Tatsachen und Erkenntnisse über Marx vermitteln sollte. Herausgeber und Redakteure betonen, daß sie "keine politische Sendung, sondern eine . . . wissenschaftliche" machen, daß sie versuchen, "analytisch vorzugehen, eine historische Entwicklung zu analysieren" (S. 16). Dabei geht es ihnen allerdings nicht nur um neutrale Information, vielmehr verfolgt die Sendung ein auch politisch engagiertes Ziel: "Jahrzehntelang hatten Antikommunismus und Stalinismus bei uns nur ein Zerrbild der Marxschen Theorie zugelassen, und es ist jetzt erst der Zeitpunkt einer differenzierteren Betrachtung gekommen . . . " (ebd.). Durchgängiges Merkmal dieser "differenzierteren Betrachtung" von Marx ist, daß die Marxsche Theorie – vermutlich aus der Absicht, ein Gegengewicht gegen Antikommunismus und Antimarxismus zu setzen – nun als eine in sich problemlose, durchweg plausible, zumindest für die Marxsche, aber auch für die heutige Zeit triftige Gesellschafts-

analyse und -kritik dargestellt wird. Daß dem Marxismus in der Bundesrepublik bisher die ihm von seiner theoretischen Qualität her eigentlich gebührende weitgehende Anhängerschaft versagt blieb, kann – folgt man dieser Schrift – nur mit den bisher erfolgreichen Abwehrmaßnahmen der die Bundesrepublik Deutschland bestimmenden restaurativ-kapitalistischen Kräfte erklärt werden.

Besonders kraß erscheint diese Position beim Herausgeber Heinz Grossmann. Weshalb er seine Darlegungen als wissenschaftliche Analyse bezeichnet, bleibt unklar. Seine Einleitung über die Marxismus-Rezeption in der Bundesrepublik, die er in einen Abriß der Entwicklung der Bundesrepublik nach 1945 kleidet, läßt sich einseitig-verzerrender kaum denken. Der Moloch Restauration verschlingt hier alles, Humanität und Fortschritt sind nur bei kleinen marxistischen und kirchlichen Minderheiten zu finden. Die von Ressentiment geladene Darstellung verfällt nicht selten in unheilvolle Begriffsverwirrung: Mit dem Godesberger Programm beginnt in der Sozialdemokratie "die Ausschaltung der linken Opposition – prominente Sozialdemokraten wie der Staatsrechtler Abendroth, der Politologe Flechtheim, der Pädagoge Heydorn und mit ihnen der SDS werden aus der Partei gedrängt" (S. 11). Daß diese prominenten Sozialdemokraten in wichtigen Positionen (Ordinarien an Universitäten) politisch und beruflich erfolgreich in der Bundesrepublik weiterwirken konnten und wirkten, kann Grossmann mit seinem Begriff von "Ausschaltung" offenbar mühelos vereinbaren. Was Ausschaltung wahrhaft heißt, würde ihm deutlicher, wenn er in die nicht von der "Restauration" aufgebauten Staaten Europas blickte, aber diese liegen ihm in dieser Hinsicht ferner und erscheinen denn auch nirgends als Erklärungsfaktor für die Entwicklung in der Bundesrepublik.

Im Prinzip ähnlich verfährt Ulrich Boehm in seinen beiden Beiträgen zu den Themen "Ideologie und Wahrheit" und "Natur und Entfremdung". In eingängigem Stil referiert er die populären Formeln des Marxschen Ideologiebegriffs, z. B.: "Marx befreite die Hegelsche Dialektik von ihrer 'mystifizierenden' Hülle – dem Idealismus – und stellte sie vom Kopf wieder auf die Füße: auf den materiellen Boden der Geschichte" (S. 25). Diese formelhafte Wiedergabe läßt für eine tiefergehende Darstellung, geschweige denn für eine Problematisierung, keinen Raum, eröffnet dagegen die Möglichkeit, das Basis/Überbau-Verhältnis im Sinne der Widerspiegelungstheorie zu beschreiben: "Dieses bürgerliche Bewußtsein hat so lange eine historische Berechtigung, wie die von dieser Klasse geschaffenen Produktionsverhältnisse in Übereinstimmung mit den Produktivkräften stehen und damit die gesellschaftlichen Verhältnisse korrekt widerspiegeln" (S. 28).

Der Marxsche Entfremdungsbegriff wird nach demselben Rezept aufbereitet: alle Schwierigkeiten umgehen, jede differenziertere Aussage vermeiden. Schon Hegel verwendet den Entfremdungsbegriff. "Marx aber entwickelte ihn aus der politischen Ökonomie. Im Kapitalismus ist Arbeit entfremdete Arbeit, da der Mensch seinem natürlichen Wesen entfremdet wird" (S. 60). So wird, um die "bürgerliche" Philosophie abzuhängen, das "natürliche Wesen" flugs in einen Begriff der politischen Ökonomie verwandelt. Allerdings unterlaufen dabei auch schlechthin falsche Behauptungen: "In Paris überwand Marx 1844 den Einfluß der Hegelschen Philosophie endgültig" (S. 59) – ein ernsthafter Marx-Kenner wird diesen Satz wohl nicht über die Lippen bringen.

Raimund Koplin und Sieghart Ott sind in ihrem Kapitel über "Recht und Eingentum" zwar ebenfalls weit davon entfernt, die Marxsche Theorie auch kritisch darzustellen, da ihr Beitrag jedoch zu großen Teilen aus Interviews mit bekannten Marx-Kennern (Oskar Negt, Rudolf Wiethölter) und vor allem aus ausführlichen Marx-Zitaten besteht, ist er immerhin sachlich informativer als die zuvor erwähnten Marx-Aufbereitungen.

Fünf von dreizehn Beiträgen stammen von Henryk Skrzypczak. Erheblich sachlicher und differenzierter als die bisher genannten Mitautoren behandelt er seine Themen (Materialismus und Dialektik, Proletariat und Klassenkampf, Revolution und Reaktion, Internationale und Imperialismus, Anarchie und Organisation) mit der Intention, Marx gegen entstellende marxistische und nichtmarxistische Dogmatisierungen sowie gegen Verwechslungen etwa mit dem Anarchismus als undogmatischen Wissenschaftler und nüchternen Politiker herauszustellen. Unüberlegte Übertragungen der Marxschen Analyse auf die Gegenwart und unreflektierte Vermischung von Marx-Interpretation und scheinbar unbezweifelbarer Ist-Aussage unterlaufen ihm nicht. Auch einige kritische Einwände gegen die uneingeschränkte Gültigkeit der Marxschen Analysen für die gegenwärtige Gesellschaft nimmt er ernst. Und dabei handelt zuweilen sein wissenschaftliches Gewissen seiner Absicht zuwider: Gründe, das Vorhandensein einer revolutionären Klasse mit entsprechendem revolutionären Bewußtsein in den westlichen Industriegesellschaften zu bezweifeln, führt Skrzypczak immer als "scheinbare" ein. Ihre Argumentationskraft ist dann jedoch so stark, daß er die zunächst nur "scheinbar" nicht vorhandene revolutionäre Klasse in die Zukunft zu verlegen gezwungen ist: "Im Vergleich zum revolutionären Timing von Marx zwar erheblich verspätet, wird die 'ungeheure Mehrzahl' endlich ihr objektives Interesse erkennen und daraus ihre politische Folgerung ziehen" (S. 85).

Horst Hinz ("Kapitalismus und Mehrwert") und Otto Martin Hoffmann ("Sozialismus und Kommunismus") liefern ebenfalls auf der Basis prinzipieller Zustimmung zu Marx informative Sachbeiträge. Hinz läßt Ernest Mandel ausführlich zu Wort kommen. Auf die Frage nach dem von Marx prophezeiten tendenziellen Fall der Profitrate erteilt Mandel die verblüffende Antwort, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch technische Erneuerung – bei Marx Erzeugung von "relativem Mehrwert" – die Mehrwertrate steigere, die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals kompensiere

und so den Sturz der Profitrate aufhalte (S. 101). Damit wird das Marxsche Argument, die Erzeugung des relativen Mehrwerts könne immer nur für kurze Zeit andauern (bis die technische Erneuerung von der Gesamtbranche eingeholt ist) und forciere auf längere Sicht gerade die Senkung der Profitrate, in sein Gegenteil verkehrt und als Erklärungsgrund für das Ausbleiben des zur Revolution treibenden Sinkens der Profitrate angeführt. Dem Fazit Hinzes, das in seiner Nüchternheit wohltuend von den Ausführungen des interviewten Gerhard Kade absticht, kann man nur zustimmen: "Zurück zu den methodischen Ansätzen interdisziplinärer, sozialökonomischer Forschung von Marx. Ob der Wissenschaftler Marx allerdings, lebte er heute, einer solchen – den Forschungsregeln der modernen Wissenschaftstheorie folgenden – Integrationswissenschaft noch die Bezeichnung 'marxistisch' anhängen würde, ist zu bezweifeln" (S. 109).

Otto Martin Hoffmann beschreibt das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus anhand der historischen Situation der Aufspaltung der Arbeiterbewegung. Er legt besonderes Gewicht auf die Schwierigkeiten, die sich mit dem isolierten sozialistischen Aufbau im unterentwickelten zaristischen Rußland für die Marxisten ergaben, und bemüht sich, das Dilemma Lenins zu zeigen und in dessen Schriften die demokratischen Gegentendenzen zu seiner autoritären Parteitheorie und politischen Praxis hervorzukehren. Nicht von ungefähr fällt die Beurteilung der sozialistischen und kommunistischen positiven Praxis erheblich vorsichtiger und sogar auch kritisch aus – vergleicht man sie mit der problemlosen Affirmation der Marxschen Kritik an der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, wie sie in der vorliegenden Publikation überwiegt.

Die Einseitigkeit der Sendereihe wird betont durch die Auswahl der Personen, die zu Marx und zum Marxismus interviewt werden: Wolfgang Abendroth, Dietrich Wetzel (VDS), Oskar Negt, Rudolf Wiethölter, Dieter Claessens, Klaus Meschkat, Ernest Mandel, Gerhard Kade, Georg Kotowski (der nicht zu Marx, sondern zum Anarchismus befragt wird), Maximilien Rubel, Wilhelm Krelle, Alfred Schmidt, Kurt Lenk, Hans Mommsen. Unter ihnen nimmt in den Interviews nur Rubel eine Marx gegenüber kritische Haltung ein. Das Ziel, den irrationalen, uninformierten Antimarxismus und Antikommunismus abzubauen, kann man nur begrüßen. Ob eine affirmative, nicht problematisierende Marx-Darstellung einer rationalen Marx-Rezeption dienlich ist, mag bezweifelt werden. Sie dient wohl eher der Tendenz, einen alten Irrationalismus durch einen neuen zu ersetzen.

Gesine Schwan

GORZ, Andre: **Die Aktualität der Revolution.** Nachtrag zur 'Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus'. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1970. 56 S. DM 5,–.

Andre Gorz hat die vorliegende Schrift als Vorwort für die französische Neuausgabe seines Buches "Strategie ouvriere et neocapitalisme" verfaßt. Die seit der Niederschrift seines Buches (1963) erfolgte Entwicklung, insbesondere die Maiereignisse des Jahres 1968, haben ihn veranlaßt, zwei zentrale Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung – die Frage nach der Existenz der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit, spontane revolutionäre Aktionen in eine konkrete politische Strategie umzuwandeln – auf der Basis der neugemachten Erfahrungen noch einmal anzugehen. Die vielfach bestrittene Existenz einer nicht in den Kapitalismus integrierten Arbeiterklasse belegt Gorz mit folgenden Argumenten: Die Entwicklung des Kapitalismus hat "zur Entstehung von neuen Bedürfnissen und Ansprüchen geführt, die potentiell revolutionärer Natur sind" (S. 5). Die Bedürfnisse grenzt Gorz begrifflich auf den Bereich der unmittelbaren Produktion und Reproduktion des Lebens ein (S. 10 f.). Die Ansprüche verfolgen darüberhinaus das "Ziel der autonomen Vollendung" der "intellektuellen, künstlerischen, affektiven und schöpferischen Fähigkeiten" (S. 11). Sie sind nach Gorz nicht beliebig, sondern "von derselben gebieterischen Dringlichkeit wie die unmittelbaren Lebensbedürfnisse" Sie geraten "notwendigerweise mit der Logik des Kapitals in Konflikt" (ebd.). Gorz sieht dies durch die Maiereignisse belegt (S. 13). Daraus folgt für ihn, daß sich seine antikapitalistische Kritik "weder auf einen apriorischen Begriff von der menschlichen Natur noch auf einen impressionistischen Subjektivismus", sondern "auf die Realität einer historischen Praxis" (ebd.) stützt.

Die Maiunruhen haben aber Gorz zufolge nicht nur Vorhandensein und revolutionäres Potential der Arbeiterklasse, sondern auch die Notwendigkeit gezeigt, über eine "bloße Folge von Wutausbrüchen und Forderungen aus bestimmten Produktionssektoren" hinaus eine "methodische Offensive" (S. 17) zu entwickeln, die die in der Krise zugefallene Macht zur Unterwerfung der Bedingungen der Arbeiterklasse unter ihre Kontrolle ausnützt und ummünzt. Damit ergeben sich für die Arbeiterbewegung zwei aneinander gebundene Aufgaben: Sie muß methodisch das herrschende System in eine möglichst andauernde Krise stürzen, aus der dieses sich nicht mit systemkonformen Mitteln zu befreien vermag. Sie muß aber darüberhinaus klare Konzeptionen entwickeln, die den Übergang von der Krise in den Sozialismus vorzeichnen, denn: "Das Gleichgewicht des Systems zerstören, ohne seine Krise zum Vorteil der Arbeiterklasse auszunutzen und zu lösen zu wissen, heißt, ihre Siege sich in Niederlagen verkehren zu lassen" (S. 51).

Für die Lösung dieser Aufgabe bedarf es der Organisation einer Partei, allerdings einer, die sich grundsätzlich vom Leninschen Typus des demokratischen Zen-

tralismus unterscheidet. Denn die Forderung nach einer Partei setzt nicht die übrigen Gorzschen Elemente für eine revolutionäre Arbeiterbewegung außer Kraft: Die sozialistische Strategie darf nicht in den Fehler der etablierten sozialistischen Staaten mit ihrer bürokratischen Deformation verfallen. Die muß als Bewegung von der Basis her verlaufen, darf die Spontaneität der Arbeiter nicht durch zentrale Direktiven abwürgen. Die Partei muß daher folgende Charakteristika in sich vereinigen: "die revolutionäre Partei neuen Typus' muß ihre Bestimmung in der Fähigkeit suchen, die Macht zu ergreifen und auszuüben – eine Fähigkeit, die den Bewegungen und Gewerkschaften per definitionen fehlt – und zugleich das autoritäre Wesen der Zentralgewalt an der Wurzel zu zerstören" (S. 53). Sie muß die revolutionäre Bewegung zugleich leiten und in ihr aufgehen; sie muß Konzepte entwickeln, darf allerdings nicht technokratische Gegenpläne gegen die bestehende Ordnung aufstellen (S. 48), sie muß die Aktionen koordinieren, darf den Arbeitern aber nichts oktroyieren, kurz, sie muß alle Probleme der bisherigen revolutionären Arbeiterbewegung in sich lösen.

Spätestens hier wird die Problematik der Konzeption von Gorz deutlich: das Dilemma des antiautoritären Sozialismus, der die Skylla des Kapitalismus und die Charybdis des bürokratischen Sozialismus umgehen und zugleich am Konzept der revolutionären Veränderung (Verschärfung der Systemkrise, Zerbrechen der bestehenden Herrschafts- und Regierungsmechanismen) festhalten will, weil er davon ausgeht, daß die Arbeiterklasse sich nicht durch evolutionäre Reformen, sondern nur durch revolutionäre Aktionen wahrhaft emanzipieren kann. Aber Gorz steht vor dem gleichen Problem wie ehedem Lenin, dem er sich diametral entgegengesetzt findet. Wie soll die Gewalt der sich bekämpfenden Kräfte, die durch Zuspitzung der Krise und durch Auslösen der Revolution notwendig aufbricht, zugunsten der Arbeiterklasse gebändigt werden ohne Zentralisierung (und damit verbundene strikte Hierarchisierung) der Entscheidungskräfte und -mechanismen ? Das Prinzip des demokratischen Zentralismus, das de facto in eine Einbahnstraße der Entscheidung von "oben" nach "unten" mündet, ist ja nicht nur durch die Voraussetzungen der russischen Sozialdemokratie im Untergrund bedingt, sondern ebenso durch die nachrevolutionäre Situation. Es sei denn man ginge wie Gorz von einer Art prästabilierter Harmonie der Interessen aller revolutionären Gruppen aus, die nicht mediatisiert, sondern nur koordiniert zu werden brauchten (vgl. S. 27). Die Schrift von Gorz fordert an vielen Stellen zur Auseinandersetzung heraus. Als Beispiel für die Position des antiautoritär-revolutionären Sozialismus ist sie von unverkennbarem Interesse.

Gesine Schwan

BÖCKELMANN, Frank: Über Marx und Adorno. Schwierigkeiten der spätmarxistischen Theorie. – Frankfurt/M.: Makol Verlag 1972. 203 S. DM 10,–.

Der Titel dieser Schrift ist symptomatisch für den Inhalt: man muß sich – zuweilen große – Mühe geben, um den Sinn der Aussagen des Autors zu begreifen. Und man fragt sich am Ende, ob sich die Mühe so recht gelohnt hat. Der längere Teil der Abhandlung geht "über Marx", der kürzere "über Adorno". "Über" heißt dabei, daß Marx bzw. Adorno seitenweise referiert werden. Von einer deutlichen Explikation der Fragestellung oder der Intention dieser Untersuchung sieht der Autor ab. Stattdessen ist man zunächst gezwungen, sich durch lange, überaus kompliziert formulierte Darlegungen über Marx, sein Verhältnis zu Hegel, den Praxis-Anspruch seiner Theorie, seine Dialektik, das Verhältnis von Subjekt und Objekt etc. durchzuarbeiten, die über weite Passagen Jürgen Habermas und Alfred Schmidt folgen (nur in gedrechselter Sprache) und zunächst nichts Neues erbringen. Da der Autor als Denkender und Urteilender nicht in Erscheinung tritt, sondern im Stil apodiktischer Urteile den Geist, die Dialektik, die Praxis etc. selbst agieren läßt (z. B.: "Denn die objektive, unabgeschlossene historische Praxis konzentriert sich in der Subjektivität des Machenwollens und vermittelt so den Zusammenhang ihrer Antagonismen dem theoretischen Bewußtsein." (S. 20).), erspürt man erst allmählich den Grund, weshalb Böckelmann so lange Bekanntes wiederholt: Es geht ihm um das Problem des subjektiven Faktors in der von Marx als objektiv notwendig angesehenen emanzipatorischen Praxis des Proletariats. Man muß über Stock und Stein, um dieses Leitmotiv immer wieder zu finden. Böckelmann hat offenbar einen entschiedenen Widerwillen gegenüber klaren Sätzen. Stattdessen etwa: "Aber nicht nur das durch unser am bloß Unmittelbaren haftenden Bewußtsein gemachte, sondern jedes Ding ist durch historische Praxis vermittelt" (S. 49). Der Druckfehlerteufel treibt es dann auf die Spitze und macht aus "Verdinglichung" – "Verdringlichung" (S. 69). Fazit zunächst: das Buch ist nur für denjenigen einigermaßen verständlich, der die behandelte Problematik bereits ganz genau kennt. Der hat dann aber auch keinen nennenswerten Gewinn daraus.

Dieser erhebliche Nachteil des Buches steht nun in paradoxem Gegensatz zur Intention Böckelmanns. Es geht ihm nämlich ganz vorrangig um die Schwierigkeiten, die die Marxsche und die Adornosche Theorie demjenigen bereiten, der, an ihr neu sich orientierend, konkrete politische Praxis betreiben will, dem es nicht genügt, im Bereich noch so subtiler Theorie zu verharren. Böckelmann will praktische Veränderungen mit dem Ziel der Emanzipation. Dabei steht er als "Spätmarxist" vor dem Problem, die Marxsche Gesellschaftsanalyse und -kritik sowie die daraus folgende Anleitung zum Handeln nur übernehmen zu können, sofern die Marxsche selbstverständliche Zuversicht zutrifft, daß das Proletariat auch *subjektiv* die Notwendigkeit von Emanzi-

pation und Revolutionierung verspürt, jene Grundlage der "stillschweigenden Voraussetzungen . . . , die Marx nicht ausdrücklich zum Thema machen muß und die nicht im Mittelpunkt seiner Aussagen stehen, die aber inzwischen entweder weggefallen oder ambivalent und fragwürdig geworden zu sein scheinen" (S. 112). Allerdings führt Böckelmann zwar auf die Schwierigkeit hin, aber nicht aus ihr hinaus. Dies mag u. a. daran liegen, daß er zwar "über Marx" schreiben und die nach ihm auftretenden Probleme zeigen, aber nicht "über" ihn hinausgehen will. So bleibt der Ertrag der Interpretation unbefriedigend: "Die Bestimmung dessen, was Freiheit beinhaltet, die Bestimmung dessen, was werden muß, ist einer Gesellschaftstheorie, die historische Dialektik aufzeigen und verbindliche Kritik sein will, nicht *ohne weiteres,* nicht als bloßer Theorie möglich, ebensowenig wie praktische Theorie ohne weiteres möglich ist. Ohne sämtliche Voraussetzungen der Marxschen Revolutionslehre als fortbestehend zu unterstellen, darf keine Theorie der Gesamtgesellschaft den Marxschen Begriff der bedingten, erst herzustellenden und geschichtsphilosophisch nicht garantierten Freiheit vereinnahmen; einen Begriff, der Ausdruck positiver revolutionärer Praxis und *bestimmter* naturwüchsiger Bedürfnisse ist. Dies gilt auch für die anderen praktischen Kategorien" (S. 123 f.).

Böckelmanns Kritik an Adorno entspringt derselben Quelle. Der Mangel an Praxisbezug ist der Adornoschen Theorie gerade von ihren ursprünglichen Anhängern oft zum Vorwurf gemacht worden. Böckelmann will dessen Wurzeln in einem Grunddilemma der Negativen Dialektik freilegen. Ihr praktisches Unvermögen sieht er darin begründet, daß sie einerseits eine gegenüber allen gegenwärtig konkretisierbaren Praxiszielen "andere" Praxis anregen will, andererseits aber ihre Existenzberechtigung, ja -notwendigkeit aus der Unmöglichkeit wahrhaft revolutionärer Praxis in der Gegenwart legitimiert und auch positiv-inhaltlich jene "andere" Praxis strikt nicht inhaltlich vorbestimmen will. Diese doppelte antipraktische Position der Negativen Dialektik führt in bezug auf Ansprüche konkreter politischer Praxis in eine ausweglose, lähmende Situation.

Beide von Böckelmann angerührten Probleme sind in der Tat überaus wichtig für eine "spätmarxistische" Theorie, die nicht in stalinistisch-dogmatische, antiemanzipatorische Praxis verfallen, sondern Emanzipation von den Menschen selbst realisieren lassen und die andererseits der theorieimmanenten sterilen Enthaltsamkeit Negativer Dialektik entgehen will.

Dieses Buch, zu zwei Aufsätzen gekürzt, in eine verständliche Sprache übertragen und in der behandelten Fragestellung über die Interpretation hinaus ein wenig eigenständig vorangetrieben, wäre ein interessanter Beitrag zur gegenwärtigen Marxismusdiskussion.

Gesine Schwan

Soziologie und Marxismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. und eingeleitet von Peter Christian Ludz. 2 Bde. – Neuwied und Berlin: Luchterhand 1972. XXXII, 589 und VIII, 389 S. (= Soziologische Texte, Bd. 70 und 71.) Je DM 36,–.

Dem ebenfalls von ihm herausgegebenen Band "Studien und Materialien zur Soziologie der DDR" aus dem Jahre 1964 läßt Ludz mit diesen beiden Bänden eine Sammlung von Aufsätzen von Soziologen der DDR aus den Jahren 1965 - 1969 folgen, die in eindrucksvoller Weise über den Stand der soziologischen Grundsatzdiskussion ebenso unterrichtet, wie über die mannigfachen Aspekte konkreter soziologischer Forschung, deren Gegenstand die Gesellschaft der DDR ist. So ist denn auch die Sammlung so gegliedert, daß Arbeiten zur Programmbestimmung soziologischer Forschung, zur soziologischen Theorie, zur Kritik der bürgerlichen Soziologie sowie zur Methodologie den Inhalt des ersten Bandes bilden, während im zweiten Band dann Arbeiten zur Industrie- und Betriebssoziologie, zur Medizinsoziologie sowie zur Literatur- und Kunstsoziologie zusammengefaßt werden. Eine sehr instruktive Bibliographie rundet die Edition ab, die wohl als die bestinformierende Dokumentation über die soziologische Forschung der DDR in der Bundesrepublik gelten darf.

Wenn Ludz seiner Sammlung den Titel gibt "Soziologie und Marxismus in der Deutschen Demokratischen Republik", so begründet er das in seiner Einleitung mit den folgenden Sätzen: "Wie auch immer das Verhältnis des Historischen und Dialektischen Materialismus zur Soziologie im einzelnen bestimmt werden mag: das Selbstverständnis representativer Vertreter der Soziologie in der DDR ist zutiefst vom Marxismus geprägt. Eine bestimmte Verbindung von Theorie und Praxis ist für diese Soziologie ebenso konstitutiv wie die geschichtsphilosophisch-determinierte Zukunftsorientierung und die daraus abgeleitete 'ideologisch-politische' Funktion. Vor allem in der Zuweisung einer ideologisch-politischen Funktion an die Soziologie kommt zum Ausdruck, daß der theoretisch-methodologische Ansatz der marxistischen Soziologie an die weltanschaulichen Grundlagen des historischen Materialismus gebunden ist". Das bedeutet, daß konkrete soziologische Forschung sich sowohl den Zielen des Aufbaus, der Festigung und Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft, ihrer Produktionsorganisation und ihrer Bewußtseinsformen als Instrument nahtlos einzuordnen und darin zu bewähren hat, als auch, daß sie am für den Marxismus zentralen Axiom einer unaufhebbaren Einheit von Theorie und Praxis unabdingbar orientiert bleibt. Was dabei Marxismus heißt, ist freilich in entscheidender Weise durch das schon weitgehend undialektische Verständnis der Basis-Überbau-Theorie des späten Engels geprägt – und zwar auch dann, wenn Dialektik immer wieder beschworen wird –, wie durch ein, man möchte sagen, frühpositivistisch-pragmatisches Verständnis des Verhältnisses von Theorie und Praxis bei Lenin: Theorie ist Anweisung zum ihr folgenden Handeln. Demzufolge

ist im Rahmen der theoretisch-methodologischen Grundsatzdiskussion für die Soziologie der DDR auch eines der zentralen Themen die Auseinandersetzung mit jedem Versuch einer vom etablierten historischen und dialektischen Materialismus abweichenden, eigenständigen Marxismusinterpretation im Rahmen der sogenannten bürgerlichen Soziologie (etwa der kritischen Theorie der Frankfurter Schule). Das schließt freilich nicht aus, daß Argumente etwa der Frankfurter Schule gegen den Neopositivismus und die funktional-strukturelle Theorie durchaus positiv aufgegriffen werden, wo es sich darum handelt, den Positivismus aus methodologischen wie aus politisch-ideologischen Gründen abzulehnen. Die Auseinandersetzung mit dem Neopositivismus aber – und dabei ist der westdeutsche Diskussionsstand etwa im sogenannten Positivismusstreit durchaus verarbeitet – scheint für die Soziologen der DDR vor allem deshalb von Belang, weil es sich für sie darum handeln muß, das gesamte Forschungsinstrumentarium der im theoretischen Bezugsfeld des Positivismus und Behaviorismus vor allem entwickelten empirischen Soziologie übernehmen zu können, ohne damit zugleich dem Positivismus selber zu verfallen. Die kurze aber prägnante Einleitung von Ludz gibt wertvolle Hinweise auf die diesem Ziel dienenden Argumentationszusammenhänge, die – insbesondere wo sie in den in die Sammlung aufgenommenen Aufsätzen um Fragen des Verhältnisses von Gesellschaftstheorie, Erkenntnistheorie, Ideologie, Methodologie und Empirie sich zentrieren – Beachtung verdienen, wennschon vielleicht für viele an diesen Problemzusammenhängen nicht so interessierte Soziologen der Bundesrepublik die im zweiten Band gesammelten, konkreten soziologischen Studien zu einzelnen gesellschaftlichen Handlungsbereichen aufschlußreicher sein werden, weil in ihnen immer auch ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit der DDR sich spiegelt.

Hans-Joachim Lieber

HELMS, Hans G.: **Fetisch Revolution. Marxismus und Bundesrepublik.** – Darmstadt und Neuwied: Luchterhand 1973. XIII, 205 S. (= Sammlung Luchterhand, Nr. 105.) DM 9,80.

Drei Aufsätze unterschiedlicher Länge enthält die vorliegende Publikation: 1. "Marxismus und Bundesrepublik. Zur Verwandlung der sozialdemokratischen Partei von der revolutionären Arbeiterklasse zum 'Grenzgänger' der monopolkapitalistischen Herrschaft"; 2. "Fetisch Revolution. Linksradikalismus unter monopolkapitalistischen Bedingungen"; 3. "Kritik der Westdeutschen Marx/Engels-Ausgaben."

Die Titel zeigen bereits Helms' Position in bezug auf die Beurteilung der BRD: Er vertritt die DDR-Interpretation, nach der die Bundesrepublik sich im Stadium des staatsmonopolitischen Kapitalismus befindet. Das nicht im einzelnen dargelegte, aber durchweg implizite positive Korrelat dieser Kritik-Position ist die uneingeschränkt positive Beurteilung der Gesellschafts- und Staatsverfassung der DDR und der Sowjetunion. Helms vertritt diese Position so konsequent, daß man, einmal des eingeschlagenen Weges innegeworden, nicht mehr Gefahr läuft, erkenntnismäßigen Überraschungen konfrontiert zu werden. Er wiederholt zunächst die traditionelle kommunistische Kritik an der SPD: Sie betrachte die "formale Demokratie" nicht mehr als auszunutzendes Durchgangsstadium auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats, sondern messe ihr Eigenwert zu, trage so entscheidend zur Aufrechterhaltung des Monopolkapitalismus bei und mache ihre "konterrevolutionäre Haltung" (S. 36) offenkundig durch das Postulat der "Mitbestimmung", durch das sie die politische Forderung nach der Diktatur des Proletariats "depolitisiert" (S. 36). Zur definitiven Beurteilung der Funktion der SPD in der Weimarer Republik genügt Helms eine einzige Quelle: "Anonymus: Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus. In: Deutsche Führerbriefe Nr. 72, 73.". Entsprechende Genügsamkeit übt Helms auch, wenn es sich um die Begründung seiner pauschalen Verurteilungen der SPD im Aufbau der Bundesrepublik handelt. Das Selbstverständnis der SPD zum Zwecke der argumentativen Kritik auch nur zur Kenntnis zu nehmen, kommt ihm nicht in den Sinn. Eine Auseinandersetzung mit diesem Aufsatz lohnt nicht.

Der kurze Abschlußaufsatz über die westdeutschen Marx/Engels-Ausgaben bringt z. T. berechtigte Kritik am Auswahlschema der publizierten Anthologien, kritisiert auch zu Recht die ans Exhibitionistische grenzende Herausgeberpose von Günther Hillmann, zeugt aber zugleich von Helms' Einäugigkeit. Die in der MEGA aus politischen Gründen zunächst nicht aufgenommenen Marxschen Frühschriften sind für Helms lediglich harmlos-nüchtern "ausgespart" geblieben (S. 175).

Den zentralen und mit Abstand längsten Teil der Veröffentlichung bildet Helms' Kritik der antiautoritären Neuen Linken. Im Kreuzfeuer der Angriffe stehen Cohn-Bendit, Dutschke, Enzensberger (in seiner früheren politischen Position), die Frankfurter Schule, Marcuse, Rabehl. Hauptangriffspunkt ist deren gemeinsame "bürgerlich-antiautoritäre" Forderung, die angestrebte sozialistische Revolution und der darauffolgende Aufbau des Sozialismus solle die bürgerlich-kapitalistische Unterdrückung zugunsten wahrer individueller Freiheit überwinden (S. 81, 85, 88, 94, 125, 148). Auf solche "bürgerlichen" Postulate, erst recht auf daraus folgende Kritik am etablierten Sozialismus reagiert Helms mit aggressivem Affekt: "Vollends blödsinnig" (S. 61) ist Cohn-Bendits Darstellung des Bolschewismus. Die von Horkheimer und Adorno geübte Totalitarismus-Kritik, "die fötale Vorform des aktuellen Antiautoritarismus" (S. 87), nährt sich Helms zufolge "von residualen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Bewußtseinsinhalten. An ihnen gemessen konnten die damals in der UdSSR experimentell entwickelten Organisationsformen kollektiver Praxis wie Parallelerscheinungen der faschistischen KZ-Praxis rezipiert werden. Beide fielen unter das Verdikt der Unmenschlichkeit, ausgesprochen im Namen einer bürger-

lich gedachten Humanität, weil in beiden das Individuum zwangsrekrutiert wurde, sei es für die Produktion, sei es für den Martertod. Kollektive Interaktionen /ein Helmsscher Salonausdruck für die Zwangskollektivierungen/ der Individuen wurden als kollektivistische Repression des Subjekts bejammert" (S. 87 f.). Auch daß die "kollektiven Interaktionen" sich nicht nur in der Produktion, sondern ebenfalls in eindeutigen Konzentrationslagern mit dem Ausgang des "Martertods" ereigneten, kann Helms kein Verständnis für die Totalitarismus-Kritik abringen: "Zur Bestätigung der Totalitarismus-Theorie wurden die stalinistischen Liquidationen der linksradikalen Opposition und der konterrevolutionären bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte /in seinem Selektionsschema hat sich Stalin offenbar nicht vertan!/ bemüht. Sie taugten scheinbar zur Bestätigung, weil sie im Licht der faschistischen Praxis betrachtet wurden. Ob sie nicht möglicherweise gerade durch die faschistisch organisierte monopolkapitalistische Umwelt erzwungen wurden, um in der UdSSR ein Mindestmaß sozialistischer Praxis zu ermöglichen, wurde nicht einmal in Ansätzen diskutiert" (S. 82 f.). Daß sich für Helms diese Frage positiv beantwortet, unterliegt keinem Zweifel. Fehler der Stalinschen Politik sind prinzipiell im umgebenden Monopolkapitalismus begründet (vgl. S. 173). Für Helms ist die schwarz-weiße Welt noch in Ordnung.

Infolgedessen hat er auch keinen Sinn für die auf revolutionäre Praxis gerichtete Frage der antiautoritären Linken, ob es in der Gegenwart ein revolutionäres Subjekt gibt, welches das ist und welche Funktion den Arbeitern in dieser Beziehung zukommt. Solche Fragen führt Helms auf bürgerliche Verwirrung zurück (S. 107 f., S. 125). Sie herrscht überall dort, wo die Antworten des Marxismus-Leninismus in ihrer jeweiligen offiziellen Version nicht selbstverständlich übernommen werden. Die antiautoritären Linken sind jedoch nicht nur verwirrt, sie hegen im Grunde "tendentiell antiproletarische Ressentiments" (S. 122), sind der Arbeiterklasse gegenüber von "Neid beseelt" (S. 133). Das dafür zum Ausweis angeführte Zitat von Rabehl belegt allerdings nicht diese Helmssche Behauptung, sondern die Kritik Rabehls an der Reduktion der Bedingungen für eine Revolution auf rein ökonomische Faktoren (S. 135, Anm. 170). Hier wie an anderen Stellen, an denen Helms seine apodiktischen Pauschalurteile mit Texten oder Ereignissen illustrieren will, wird die Brüchigkeit seiner Position besonders deutlich. Seine Unterstellungen haben die Grenzen zum Absurden oftmals überschritten. Helms' Erklärung dafür, daß Dutschke unter den veränderten sozialen Bedingungen der Gegenwart neue Kriterien für die Ermittlung des Proletariats sucht, lautet: "Ein Revolutionär wie Dutschke sieht von alledem nur den Schein, das Auto, in welchem der Arbeiter in die Fabrik fährt" (S. 145).

Nach Helms' seitenlanger ätzend-sarkastischer Kritik an der Verworrenheit, Bürgerlichkeit, Naivität, Überheblichkeit und gesellschaftsanalytischen Unfähigkeit der Antiautoritären ist man auf die Explikation der Helmsschen Gegenposition, speziell seiner Gesellschaftsanalyse, gespannt. Das Kernstück dieser "Analyse" bildet das Helmssche Klassenschema: "Das Proletariat haben Marx/Engels als die Klasse derjenigen definiert, die durch produktive oder kommerzielle Arbeit Mehrwert produzieren. Die Bourgeoisie umfaßt diejenigen, die Verfügungsgewalt über den Mehrwert innehaben, gleichgültig, ob sie die Verfügungsgewalt als Fabrikchefs oder Konzernmanager selber ausüben oder an angestellte Manager delegiert haben . . . Für das Kleinbürgertum gilt generell: es wird graduell ökonomisch und politisch proletarisiert" (S. 152). Zentrales Merkmal dieser bei Helms erschöpfenden Definition des Proletariats ist, daß es von Helms durch keinerlei empirisch überprüfbares Kriterium charakterisiert ist, denn die Produktion von Mehrwert ist kein soziologisch oder ökonomisch empirisches Datum, sondern eine aus der Marxschen Arbeits- und Mehrwerttheorie deduzierte, prinzipiell theoretische Interpretation der Funktion des Arbeiters in dem von Marx so definierten kapitalistischen System. Die empirischen sozialen, ökonomischen, bewußtseinsmäßigen etc. Kennzeichen des Arbeiters mögen sich radikal ändern; eine derartige Klassendefinition wird davon nicht berührt. Diese Losgelöstheit von jeglicher empirischen Überprüfbarkeit findet ihre logische Konsequenz in Helms' weiterer Gesellschaftsanalyse. Er weiß, daß nach Marx nur der produzierende, nicht jedoch der kommerzielle Arbeiter Mehrwert "produziert" (S. 153). Da aber empirisch relativ immer weniger Arbeiter im Produktionssektor, immer mehr dagegen im sog. tertiären Sektor tätig sind, wird mit Hilfe der Marxschen Zusatzkonstruktion – der nicht produktive Arbeiter hilft, den Mehrwert zu "realisieren" – flugs das Proletariat auf die kommerziellen Arbeiter ausgedehnt. Dieser Erweiterung des Proletariatsbegriffs aber sind nun keinerlei Grenzen mehr gesetzt. Da empirische Merkmale gar nicht erst zur Klassendefinition anvisiert werden, kann Helms fortan mühelos alle anderen sozialen Gruppen und Schichten in die Arbeiterklasse eingliedern. Schließlich dient ja das ganze kapitalistische System per definitionem nur der Produktion von Mehrwert, und so dienen auch alle innerhalb des Systems Tätigen mit Ausnahme der Monopolkapitalisten (bei weitem nicht aller Produktionsmittelbesitzer!) "in letzter Instanz" per definitionem der Produktion von Mehrwert – ganz gleich, was sie im einzelnen tun. Die Mehrwertsteuer – nomen est omen! – bringt die ganze Spannweite der Helmsschen Arbeiterklasse ans Licht: "Sie stellt das tradierte Selbstverständnis der sogenannten tertiären Funktionen in Frage, das Selbstverständnis des gesamten Dienstleistungsgewerbes vom Friseur über den Tankstellenpächter bis zum Universitätsprofessor und Avantgarde-Komponisten. Es wird deutlich, daß es zwischen diesen heterogenen Gruppen kaum andere qualitative Differenzen gibt als die durch die vorfindliche Arbeitsteilung hervorgerufenen. Im Verhältnis zum Monopolkapital, seinen privaten und öffentlichen Institutionen

und seinen bourgeoisen Eigentümern sind sie einander komparabel" (S. 156; vgl. auch S. 162). So werden die Unterschiede zwischen einem Komponisten und einer Arbeiterin minimal. Und der Marxsche Satz, nach dem das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimme, wird unter der Hand ins Gegenteil gekehrt, denn das Sein der Arbeiterin ist nun nicht ihr schematisch festgelegter Achtstundentag mit mechanisch-zermürbender Detailarbeit etc., das Sein des Komponisten (z. B. des "Reaktionärs Henze", S. 157) nicht seine freie Zeiteinteilung und schöpferische Tätigkeit etc., sondern "eigentlich" die ideelle Konstruktion der Gegensatzstellung zum Monopolkapital. In der Definition des Monopols verfährt Helms übrigens ebenso großzügig; 65 % Anteil an der Produktion reichen ihm für die Charakterisierung "eindeutige Monopolstellung" (S. 124, Anm. 150) aus. Oligopole kommen in seinem Begriffsapparat nicht vor.

Fazit: man braucht das sozio-ökonomische Einteilungskriterium nur abstrakt-theoretisch genug zu fassen, um dem Risiko einer Widerlegung zu entgehen. Freilich hat das auch seine Konsequenzen für den von Helms vielbeschworenen Praxisbezug, denn das einheitliche Klassenbewußtsein dieser Mammutklasse zwecks revolutionärer Aktion will sich doch einfach nicht einstellen. Helms muß einräumen, "daß es den dienstleistenden Arbeitern besonders schwer fällt, sich als Mitglieder einer Klasse und diese Klasse als Arbeiterklasse zu begreifen" (S. 162). Dabei ist es zur qualitativen Veränderung der Gesellschaft erforderlich, daß "die Arbeiter sich in einer neuen Partei (einer Partei aller Arbeiter) organisieren, die die gewerkschaftlichen Aktionen dem gemeinsamen Klassenkampf eingliedern kann" (S. 171). Was tun ? Beginnen mit "der kleinlichen revolutionären Arbeit, die im gegenwärtigen Stadium nichts anderes sein kann denn minutiöse Analyse der vorfindlichen Verhältnisse und Verbreitung der analytischen Befunde" (S. 77). Was eigentlich analysiert werden soll, bleibt unklar, da der Befund ohnehin feststeht. Helms' Vorliebe für unnötig komplizierende Fremdwörter scheint für die erfolgreiche Verbreitung der Ergebnisse allerdings nicht besonders geeignet: "in der NSDAP fanden die konstitutionell obsoleszenten Funktionäre eine neue Heimat, die ihnen die Aufhebung ihrer funktionalen Obsoleszenz (z. B. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums) versprach" (S. 165). Ob solche "Verbreitung der analytischen Befunde" des freien Schriftstellers Helms von der Arbeiterklasse verstanden wird?

Gesine Schwan

COSER, Lewis A.: **Theorie sozialer Konflikte.** – Neuwied und Berlin: Luchterhand 1972. 193 S. (= Sammlung Luchterhand, Bd. 58.) DM 7,80.

Diese in Amerika bereits 1956 erschienene Studie untersucht die Funktion von Konflikten (Originaltitel: The Functions of Social Conflict) in bezug auf die Strukturen innerhalb von Gruppen und zwischen den Gruppen einer Gesellschaft. Dabei bleibt der genetische Gesichtspunkt, die Frage nach Ursache und Entstehung von Konflikten, methodisch ausgeklammert, wenn er auch nicht ganz ausgeschaltet werden kann. Dies zeigt sich u. a. bei Cosers Andeutungen einer Definition des Konflikts, den er als Interaktion, in der "gegensätzliche Ansprüche auf knappe Mittel, auf Prestige oder Machtpositionen" aufeinandertreffen" umreißt (S. 179). Cosers Untersuchungsverfahren ist wohlbedacht, durchsichtig und fruchtbar. Georg Simmels Arbeit "Der Streit" (in: "Soziologie", Leipzig 1908, Kapitel IV) entnimmt er in logischer Abfolge Thesen, stellt sie als Zitat seinen jeweiligen Kapiteln voran und bemüht sich dann anhand des umfangreichen amerikanischen empirischen Materials, sie "zu erhellen, die innere Konsistenz einer jeden zu prüfen und den logischen Bezug aller zueinander" (S. 33). Es geht ihm nicht darum, sie zu verifizieren oder zu falsifizieren, "dies wäre nur möglich, wenn man die Theorie einer systematischen empirischen Untersuchung unterzöge" (S. 33). Cosers materiales Erkenntnisinteresse richtet sich auf die Bedingungen, "unter denen der soziale Konflikt zur Erhaltung, Angleichung oder Anpassung der sozialen Beziehungen und der sozialen Strukturen beiträgt" (S. 178). Gegenüber der amerikanischen Soziologie der fünfziger Jahre (vor allem Talcott Parsons) liegt Coser daran, die Bedeutung und positive Wirkung des Konflikts für Lebensfähigkeit, Kontinuität und Fortschritt der Gesellschaft zu betonen und sie gegen die Tendenz ins Feld zu führen, welche eine vorzeitige und die sozialen Probleme nicht berücksichtigende Anpassung theoretisch impliziert oder auch offen fordert.

Nachdem Coser in Modifikation Simmelscher Thesen zu dem Schluß gekommen ist, daß Konflikte zwischen Gruppen diese innerlich festigen, ihre Grenzen nach außen deutlicher markieren und so die soziale Struktur konservieren, führt ihn das Phänomen der Ventil-Institutionen für gesellschaftliche Konflikte zu der Unterscheidung zwischen echten und unechten Konflikten. In sozial starren bis totalitären Gesellschaften, in denen aufkommende Konflikte nicht direkt artikuliert und ausgetragen werden können, sorgen Ventil-Institutionen (politische Witze, Schaffung von "Sündenböcken" etc.) für eine Entladung des aufgestauten emotionalen Spannungspotentials in eine das System nicht sprengende Richtung. Hieraus ergibt sich die Gegenüberstellung von "echten" Konflikten, die als Mittel fungieren, ein angestrebtes Ergebnis zu erreichen, und "unechten" Konflikten. Diese sind "nicht durch gegensätzliche Ziele der Kontrahenten verursacht, sondern durch die Notwendigkeit der Spannungsentladung zumindest bei einem von beiden" (S. 56). Solche unechten Konflikte sind von feindseligen Gefühlen begleitet, was bei echten nicht der Fall zu sein braucht. Allerdings werden feindselige Gefühle zur Verstärkung der jeweiligen Position auch von echt konfligierenden Gruppen gefördert.

In der anschließenden Untersuchung über den Zusammenhang von Gruppenstruktur und Konfliktintensität kommt Coser zu dem Ergebnis, daß Intensität vornehm-

lich in solchen Gruppen vorzufinden ist, in denen feindselige Gefühle leicht aktualisierbar sind, weil die Mitglieder der Gruppe von dieser in ihrer ganzen Persönlichkeit beansprucht werden (z. B. Sekten, kommunistische Kaderparteien) und nicht nur in bezug auf partielle Interessenkonvergenzen. Umgekehrt folgt aus dieser These eine wichtige Konsequenz für den Zusammenhang von Gruppenstruktur, Struktur der Gesamtgesellschaft und Intensität von Konflikten: Je mehr konfligierende Gruppen in einer Gesellschaft vorhanden sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Gesellschaftsmitglieder als Gruppenmitglieder nicht mit ihrer ganzen Persönlichkeit in der Gruppe engagiert sind, sondern nur im Bereich der Interessenübereinstimmung und dies dann nicht nur in jeweils einer, sondern in mehreren Gruppen. Daraus ergibt sich eine Interdependenz zwischen den Gruppen, die grundsätzliche Spaltungen der Gesamtgesellschaft hemmt: "Bei partieller Teilnahme wird die Vielfalt der Konflikte selbst zur Barriere gegen den völligen Bruch des Konsensus" (S. 89).

An diesem Punkt (wie auch schon vorher) zeigt sich die Schwierigkeit, die funktionale Untersuchung ganz von der genetischen zu trennen: Einerseits betont Coser mehrfach, daß Konflikte nur dann nicht sprengend, sondern im Gegenteil sozialisierend wirken, wenn ein Grundkonsens zwischen den streitenden Parteien besteht (S. 142 f. und S. 151). Woher dieser rührt, wird dabei nicht untersucht. Andererseits legt Coser den Gedanken nahe, daß eine vielfach konfligierende Gruppenstruktur der Gesamtgesellschaft bereits eine formale Schranke gegen den Bruch des Grundkonsenses aufbaut. Damit würde die Struktur der Gesellschaft schon als Grund für Vorhandensein oder Zerbrechen des Grundkonsenses angeführt. Daß ein solcher auch genetischer Zusammenhang besteht, erscheint einleuchtend, aber zu seiner Präzisierung und Absicherung bedürfte es der ergänzenden genetischen Untersuchung von Gruppenvielfalt. Um etwa einen möglichen Einwand aus marxistischer Sicht zu formulieren: echte Gruppenvielfalt ist unter den sozio-ökonomischen Bedingungen des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital – d. h. eben eines nicht vorhandenen Grundkonsenses – gar nicht möglich. Das wäre die marxistische Gegenposition des Klassenantagonismus gegen die bei Coser implizierte Pluralismuskonzeption. Coser hat für diese wichtige Einsichten erarbeitet, die aber durch eine genetische Analyse unterbaut werden müßten.

Einen interessanten Aspekt liefert des Verfassers Hinweis auf den Zusammenhang von Ideologie und Konflikt. Coser führt Marx zu recht als Kronzeugen für die Einsicht an, daß Ideologisierung den Konflikt entpersonalisiert und damit zugleich verstärkt. Das Moment, nicht mehr für eigene (eventuell egoistische) Interessen, sondern allein für die Sache zu streiten, und die Möglichkeit, auch im Gegner nicht mehr die Person, sondern nur die Sache zu bekämpfen, radikalisiert die Auseinandersetzung, "weil modifizierende Elemente, die persönliche Faktoren normalerweise mit sich bringen, fehlen" (S. 141). "Schlechtes Gewissen" und "Rücksichtnahme" haben nun keinen Ort mehr. Gerade die Intellektuellen trugen vielfach zu solcher rücksichtslosen Radikalisierung bei (S. 138).

Übt die Ideologisierung des Konflikts somit eher eine trennende Funktion in bezug auf die Gesamtgesellschaft aus, so führt der nicht ideologisierte Interessenkonflikt, sofern er sich artikulieren kann, Coser zufolge noch aus zwei weiteren Gründen zur sozialen Zusammenführung: 1. Der Konflikt aktualisiert den in Vergessenheit geratenen Grundkonsens (sofern er existiert!) oder bringt ihn – auch modifiziert – zu neuer Geltung. 2. Er wirkt in doppelter Weise vereinheitlichend: Den streitenden Parteien liegt an der Einheit ihrer jeweiligen Kontrahenten, weil nur so eine wirksame Konfliktregelung möglich erscheint (vgl. die Forderung nach Tarifautonomie); zudem fördert er Koalitionen, deren Partner sich langfristig häufig an einheitliches Handeln gewöhnen.

Die anregende Studie Cosers ist ein Beweis für den (auch von Coser betonten) Einfluß, den die soziale Situation auf den Forscher ausübt. Coser wendet sich gegen eine zu seiner Zeit vorherrschende und sozial bedingte Tendenz in der amerikanischen Soziologie, die in seiner Sicht die Berechtigung und positive Funktion gesellschaftlicher Konflikte negiert. In bezug auf die amerikanische Gesellschaft hegt er dabei noch das feste Vertrauen, daß Konflikte gefördert und ausgetragen werden können und sollen (u. a. um Reformen voranzutreiben), weil er vom Grundkonsens der amerikanischen Gesellschaft ausgeht. Dieses Bewußtsein ist gegenwärtig nicht mehr intakt (weder in den USA noch in Europa). Die kommende politische und soziale Entwicklung wird vermutlich weitere aufschlußreiche Erkenntnisse in bezug auf die "sozialisierende" Funktion von Konflikten erbringen.

Gesine Schwan

ENGELS, Hans Werner: **Gedichte und Lieder deutscher Jakobiner.** – Stuttgart: J. B. Metzler 1971. XXXVI, 251 S. (= Deutsche revolutionäre Demokraten. Hrsg. und eingeleitet von Walter Grab, Bd. 1.) DM 20,–.
KÖRNER, Alfred: **Die Wiener Jakobiner.** – Stuttgart: J. B. Metzler 1972. XXVII, 273 S. (= Deutsche revolutionäre Demokraten. Hrsg. und eingeleitet von Walter Grab, Bd. 3.) DM 22,–.
GRAB, Walter: **Leben und Werke norddeutscher Jakobiner.** – Stuttgart: J. B. Metzler 1973. VI, 324 S. (= Deutsche revolutionäre Demokraten, Bd. 5.) DM 24,–.

Walter Grab, Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, hat sich in verschiedenen gehaltvollen Arbeiten mit denjenigen Anhängern der französischen Revolution in Deutschland eindring-

lich befaßt, die den Jakobinern nahestanden.[1] Er konnte sich darauf berufen, daß in der älteren deutschen Geschichtsschreibung gerade die Jakobinerforschung stark vernachlässigt worden war, ein Zustand, der sich auch in den Jahren nach 1945 kaum geändert hatte, da auf dieses Thema nur in der DDR näher eingegangen worden ist.[2]

Abgesehen von dem Quellenwerk Joseph Hansens[3] gab es bisher keine umfassendere kommentierte Ausgabe der publizistischen Schriften des deutschen Jakobinertums, die wegen ihrer verstreuten Fundstellen auch nur schwer zugänglich waren. So ist es zu begrüßen, daß die vorliegende, auf sechs Bände berechnete Dokumentation die wirklich vorhandene Lücke schließen will. Der Herausgeber behandelt in einem Essay, das fast gleichlautend die bisher erschienenen drei Bände einleitet, die Jakobinerbewegung in Deutschland als eine fortschrittliche Strömung, deren Lauf unbedingt erforscht werden mußte.

Im ersten Band veröffentlichte Hans Werner Engels 104 Gedichte und Lieder aus den Jahren 1789 bis 1800. Jedes abgedruckte Stück erhielt eine knappe Kommentierung, aus der auch Druckort, Einzelheiten über die Verbreitung und der Einfluß auf die zeitgenössische Publizistik hervorgehen. Diese Freiheitsgedichte, die in der deutschen jakobinischen und liberalen Presse publiziert waren, sind hier teilweise zum ersten Male wieder abgedruckt und in einem Nachwort literaturhistorisch gewürdigt worden.

Der dritte Band ist der Wiener Jakobinerbewegung gewidmet, deren hervorragendste Vertreter, Andreas Riedel, Franz Hebenstreit und Cajetan von Gilowsky, bisher kaum bekannt geworden sind. Der Herausgeber, der schon über das Leben von Andreas Riedel gearbeitet hatte,[4] veröffentlicht hier die wichtigsten Schriften der drei Jakobiner und dazu Agentenberichte, Aussagen der Angeklagten im Hochverratsprozeß von 1794/95 und zeitgenössische Kommentare. Ein großer Teil des Materials wurde bisher noch nicht abgedruckt.

Im fünften Band, von Grab selbst besorgt, wurden Texte der norddeutschen Jakobiner Heinrich Christoph Albrecht, Heinrich Würzer und Georg Conrad Meyer, aufgenommen, die vor allem in Hamburg, unter wohlwollender Betreuung durch den Großkaufmann Georg Heinrich Sieveking, und in Altona und Kiel unter dem Schutz dänischer Pressefreiheit wirken und Anhänger aus den unteren Sozialschichten sammeln konnten.

Als Abschluß sind drei weitere Bände vorgesehen: sie behandeln die Mainzer Revolutionsbestrebungen, deren Anhänger besonders durch die Tätigkeit des Natur- und Völkerkundlers Georg Forster in Deutschland am meisten bekannt geworden sind, dann die oberdeutschen Jakobiner und schließlich das Jakobinerschauspiel. Auch diese Bände sollen mit einer ausführlichen Bibliographie ausgestattet werden, um dem Leser ein weiteres quellenkritisches Studium zu garantieren und zu einer eingehenden Beschäftigung mit den deutschen Formen des Jakobinismus anzuregen.

Nach Abschluß dieser Publikation kann wirklich nicht mehr von einer Vernachlässigung des Themas gesprochen werden, besonders da neues eindrucksvolles Material vorgelegt worden ist. Der deutsche Jakobinismus sollte daher auch nicht mehr oberflächlich als eine Randerscheinung der deutschen Geschichte abqualifiziert bzw. überhaupt ganz übergangen werden. Er darf jedoch auch nicht als die allgemeine Reaktion breiter Bevölkerungsschichten auf die erregenden Ereignisse der Französischen Revolution betrachtet werden. Denn auch Grab muß in seiner Einführung zugeben, daß der deutsche Jakobinismus trotz eines teilweise hohen revolutionären

---

1 Es sei auf folgende Titel verwiesen: Walter Grab, *Norddeutsche Jakobiner. Demokratische Bestrebungen zur Zeit der Französischen Revolution,* (= Hamburger Studien zur Neueren Geschichte, Bd. 8.), Frankfurt/M. 1967; ders., *Die Revolutionspropaganda der deutschen Jakobiner 1792/93,* in: *Archiv für Sozialgeschichte,* Jg. 9 (1969), S. 113-156; ders., *Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten französischen Republik* (= Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 21.), Hamburg 1966. Schließlich wäre noch zu erwähnen: Walter Grab und Uwe Friesel, *Noch ist Deutschland nicht verloren. Eine historisch-politische Analyse unterdrückter Lyrik von der Französischen Revolution bis zur Reichsgründung,* München 1972. Jetzt auch als Taschenbuchausgabe (Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1973).

2 Vor allem Heinrich Scheel, *Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden, Ende des 18. Jahrhunderts* (= Schriften des Instituts für Geschichte in der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 13.), [Ost-] Berlin 1962; ders. als Herausgeber, *Jakobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden, Ende des 18. Jahrhunderts* (= Schriften des Instituts für Geschichte in der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 14.), [Ost-] Berlin 1965. Claus Träger (Hrsg.), *Männer zwischen Rot und Schwarz. Die Mainzer Revolution 1792 - 1793 in Schriften und Briefen,* [Ost-]Berlin 1963; Hedwig Voegt, *Die deutsche jakobinische Literatur und Publizistik 1789 - 1800,* [Ost-] Berlin 1955.

3 Joseph Hansen (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der Französischen Revolution 1789 - 1801* (= Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, 42.), Bd. 1-4, Bonn 1931 - 1938.

4 Alfred Körner, *Andreas Riedel. Ein politisches Schicksal im Zeitalter der Französischen Revolution,* Phil. Diss., Köln 1969, außerdem: ders., *Andreas Riedel (1748 - 1837). Zur Lebensgeschichte eines Wiener Demokraten,* in: *Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien,* Bd. 27 (1971), S. 83 ff.

Reifegrades in Deutschland von Anfang an vielfach auf taube Ohren gestoßen ist. Die Usurpation der Macht durch General Bonaparte, der die republikanische Verfassung Frankreichs aufhob, vernichtete dann alle Hoffnungen der deutschen Jakobiner, die nun an der Mission Frankreichs zu zweifeln begannen, weil ihre Erwartungen auf französische Hilfe bei der Errichtung eines bürgerlich-demokratischen Staatswesens schmählich getäuscht worden waren. Zudem reichte auch ein beträchtlicher Teil der jakobinischen Publizistik niveaumäßig nicht aus, um sich als literarische und sprachliche Meisterwerke auf längere Zeit behaupten zu können.

Ernst Schraepler

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49. Verfaßt von einem Autorenkollektiv: Walter Schmidt (Leiter), Gerhard Becker, Helmut Bleiber, Rolf Dlubek, Siegfried Schmidt, Rolf Weber. Bildredaktion: Klaus Grosinski, Renate Weber. – Berlin: Dietz Verlag 1973. 384 S., DM 36,–.

Anläßlich des 125. Jahrestages der Revolution von 1848/49 veröffentlichte der Dietz Verlag eine umfassende, gut ausgestattete Publikation, in der ein Versuch unternommen wurde, breiten Leserschichten in einer wissenschaftlich-populären Darstellung anschauliche Vorstellungen von dem Gang der Ereignisse zu vermitteln. Es lag dabei in der Absicht des Autorenkollektivs, ein geschlossenes Geschichtsbild zu geben und die Hauptlinien des revolutionären Kampfes sowie das Verhalten der verschiedenen Klassen sichtbar zu machen. Die Gesamtdarstellung soll daher auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Revolutionsgeschichte beruhen, wie sie von Marx, Engels und Lenin erarbeitet worden ist.

Von diesen Richtlinien ging das Kollektiv aus. Nach einer summarischen Einleitung über die Verhältnisse in Deutschland am Vorabend der Revolution, werden die Märzereignisse behandelt, dann die Einsetzung von zum Teil bürgerlichen Regierungen sowie die Anerkennung von Forderungen der Vertreter des Besitzbürgertums. Es folgt eine Untersuchung über die Rolle des Marxschen Kommunistenbundes und die revolutionären Nachwirkungen der Veränderungen seit dem März 1848. Die Tätigkeit des Frankfurter Parlaments wird behandelt, wie auch die Aktionen der demokratischen Vereinigungen in Deutschland. Schließlich erfolgt eine Analyse des Zusammenbruchs sowie der Kämpfe in Baden, der Pfalz und in Sachsen. Ein umfassendes Abschlußkapitel ist dem Erbe von 1848 gewidmet. Das geschieht mit Hilfe eines falsch konstruierten Stammbaumes. Unter anderem gehören dazu Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Nur einer fehlt, den man in dieser Ahnengalerie unbedingt erwartet hätte: Walter Ulbricht.

Die Verfasser verheimlichen es nicht, daß sie den historischen Sinn der revolutionären Kämpfe von 1848/49 lediglich aus dem Blickwinkel der Deutschen Demokratischen Republik erschließen helfen wollen. Diese Revolution ist daher für sie ein Element der Tradition, in der das von ihnen vertretene Staatswesen nach ihrer Meinung verwurzelt ist. Aus diesem Grunde muß es in der Darstellung zu Vereinfachungen und Verzerrungen kommen. Neben der von Anfang an zum Verrat bereiten Bourgeoisie steht ein opferbereites, kämpferisches, wirklich revolutionär gesinntes Proletariat, das alle Möglichkeiten in der Hand hat, die korrupte und untergehende Welt der Feudalaristokratie zu vernichten. Feigheit und Kompromißbereitschaft sowie die Heimtücke der Bourgeoisie machen jedoch alles wieder zunichte.

Dennoch wird nicht ganz klar, warum die Kräfte des schon verfaulten Feudalismus doch noch ausreichen, um am Schluß die Oberhand zu gewinnen. Da alle Äußerungen von Marx und Engels buchstabengetreu und kritiklos übernommen sind, mußte eine recht einseitige Behandlung des Themas entstehen. Bewußt wurden aus der doch sehr umfangreichen Sekundärliteratur in der Hauptsache auch nur diejenigen Werke ausgewählt, die in der DDR erschienen waren, um die nun einmal vorgefaßte Meinung untermauern zu können.

In Zusammenarbeit mit den Autoren und einem Redaktionsgremium des Verlages wurde das Buch mit zahlreichen, meist zeitgenössischen Illustrationen verschwenderisch ausgestattet, um eine Einheit von Wort und Bild zu erzielen. Es handelt sich um Lithographien von Portraits, Zeichnungen, Buch- und Zeitschriftenillustrationen, Karikaturen, Plakatanschlägen sowie zahlreichen Faksimiles von Aufrufen, Zeitungen und politischen Broschüren. Diese Fülle des Bildmaterials ist wirklich eindrucksvoll und vermittelt teilweise einen besseren Eindruck von den Ereignissen, als die oft allzu ideologisch ausgerichteten Texte. In den meisten Fällen wird auch ein Hinweis auf die Herkunft der Abbildungen gegeben. Nur im Falle der zahlreichen Illustrationen aus dem Buche von Wilhelm Blos: "Die Deutsche Revolution. Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849", das 1893 zum ersten Male veröffentlicht wurde, ist kein genauer Vermerk angegeben. Warum eigentlich nicht ? Vielleicht weil der Verfasser, der Mehrheitssozialdemokrat Wilhelm Blos, 1918 bis Juni 1920 der erste Ministerpräsident seit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches in Württemberg gewesen ist ?

So ruft dieses Buch einen etwas zwiespältigen Eindruck hervor. Es wurde ein großer Aufwand vertan und an der Ausstattung wirklich nicht gespart. Für wissenschaftliche Zwecke ist die Gesamtdarstellung jedoch zu sehr einem oberflächlichen, vulgärmarxistischen Parteidogma unterworfen. Für eine populäre Darstellung sind die behandelten Themen dagegen zu umfassend, als daß sie auf eine so einfache Weise abgehandelt werden könnten. Der Historiker muß zudem die bewußte Konzentration des Geschehens auf die angeblich entscheidende Rolle der Arbeiterbewegung ablehnen, da zur

Beurteilung der achtundvierziger Ereignisse noch viele andere Faktoren maßgebend waren, die hier bagatellisiert werden.

Ernst Schraepler

1848. Augenzeugen der Revolution. Briefe, Tagebücher, Reden, Berichte. Hrsg. von Peter Goldammer. – Berlin: Rütten & Loening 1973. 804 S. DM 19,80.

Eine interessante Zusammenstellung der Äußerungen von Zeitgenossen, die 1848/49 die revolutionären Ereignisse miterlebt, mitgemacht oder lediglich erduldet hatten. Der Herausgeber will dokumentieren, "welche Resonanz der Kampf um die Demokratie bei zahlreichen Angehörigen der deutschen Intelligenz gefunden hat und wie die besten unter ihnen mit Wort und Tat die Sache des Volkes zu der ihren gemacht haben" (S. 721).

Es ist eine äußerst farbige Palette, die hier geboten wird. Neben Männern und Frauen, die mit der revolutionären Bewegung sympathisierten und sie begeistert begrüßten, stehen solche, die mit ihr nur wenig in Zusammenhang gebracht werden konnten oder sich in späteren Jahren nicht mehr gern an das "tolle Jahr 1848" erinnerten. In den verschiedenartigen Äußerungen kommen die verwirrendsten Ansichten zum Ausdruck. Von dem Geschehen mitgerissen, wurden manche, die sich zunächst abwartend oder sogar skeptisch verhielten, schließlich zu begeisterten Propagandisten demokratischer und revolutionärer Forderungen. Andere wiederum, die sich einst für die Gedanken der "Achtundvierziger" eingesetzt hatten, wollten später ihre einstige Rolle bagatellisieren oder sogar ganz der Vergessenheit anheimfallen lassen. Neben Vertretern einer festen, unbeirrbaren Gesinnung befanden sich auch solche, die politische Charakterlosigkeit an den Tag legten.

Neben Marx und Engels sind es hauptsächlich Schriftsteller, Publizisten und Gelehrte, die hier zu Wort kommen. Es handelt sich u. a. um Aufzeichnungen von Bettina von Arnim, Berthold Auerbach, Joseph von Eichendorff, Ferdinand Freiligrath, Theodor Fontane, Adolf Glassbrenner, Anastasius Grün, Karl Gutzkow, Friedrich Hebbel, Heinrich Heine, Fanny Lewalt, Otto Ludwig, Eduard Möricke, Joseph Victor von Scheffel, Charles Sealsfield, Adalbert Stifter, Ludwig Uhland, Friedrich Theodor Vischer, Georg Weerth und Ludolf Wienbarg. Es wurden auch noch aufgenommen Äußerungen von dem ehemaligen preußischen Offizier und Publizisten Otto von Corvin-Wiersbitzki, von den Gelehrten Ludwig Feuerbach, Georg Gottfried Gervinus, Jakob Grimm, Theodor Mommsen und Rudolf Virchow, dem Schauspieler Eduard Devrient und dem früheren preußischen Diplomaten Karl August Varnhagen von Ense.

Die Aussagen dieser Persönlichkeiten bilden zahlreiche Mosaiksteine, die schließlich zu einem eindrucksvollen Ganzen zusammengesetzt werden können. Trotz der manchmal einseitigen Auswahl durch den Herausgeber muß es begrüßt werden, daß interessante Aufzeichnungen, die zum Teil schon seit langem in Vergessenheit geraten sind, hier wieder zugänglich gemacht wurden. G. beschränkt sich bewußt auf einen eng begrenzten Kreis von meistens liberalen Persönlichkeiten des geistigen Lebens. Leider wurden Äußerungen der Gegenseite aus dem Bereiche des Hofes, der hohen Beamtenschaft, des Militärs und der konservativen Politiker nicht aufgenommen, was zur Abrundung erheblich beigetragen hätte.

Ein ausführliches Personenregister mit biographischen Angaben und ein Verzeichnis zeitgenössischer Zeitungen und Zeitschriften ist sehr zu begrüßen. Die Reproduktion von zeitgenössischen Abbildungen läßt jedoch zu wünschen übrig. Hier wäre ein Bilderanhang auf Kunstdruckpapier besser gewesen, auch wenn das eine Verteuerung des Buches bedeutet hätte.

Ernst Schraepler

HAMMEN, Oscar J.: **Die Roten 48er. Karl Marx und Friedrich Engels.** – Frankfurt/M.: Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion 1972. XII, 504 S. DM 48,–.

Das Buch ist das Ergebnis eines langen Studiums der Quellen, das schließlich durch einen Forschungsaufenthalt in Köln abgeschlossen wurde. Der Vf., Professor für Geschichte an der Universität von Montana, gibt eine breit angelegte Darstellung der Tätigkeit von Marx und Engels in den für den Verlauf der deutschen Geschichte so bedeutungsvollen Jahren 1848/49. H. will sich jedoch nicht mit den Theoretikern und Propagandisten des wissenschaftlichen Sozialismus auseinandersetzen, sondern mit den beiden Revolutionären, die in diesen turbulenten Jahren die Gelegenheit ihres Lebens sahen, ihre Ideologien in der Praxis zu verwirklichen. Im Mittelpunkt steht daher die unmittelbare praktische politische und propagandistische Tätigkeit von Marx und Engels, die in letzter Zeit nur in einigen Publikationen von DDR-Historikern unter einem anderen Gesichtspunkt ausführlicher dargestellt worden ist.[1]

1 Es wäre vor allem zu nennen das Werk von Herwig Förder, *Marx und Engels am Vorabend der Revolution. Die Ausbreitung der politischen Richtlinien für die deutschen Kommunisten 1846 - 1848* (= Schriften des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 7.), [Ost-]Berlin 1960; Gerhard Becker, *Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848 - 1849. Zur Geschichte des Kölner Arbeitervereins,* [Ost-]Berlin 1963; ders., *Die propagandistische Tätigkeit der Kommunisten im Kölner Arbeiterverein 1848 - 1849,* in: *Aus der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (= Schriften des Instituts für Geschichte in der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 1.), [Ost-]Berlin 1964, S. 201-233. Joachim Strey und Gerhard Winkler, *Marx und Engels 1848/49. Die Politik und Taktik der "Neuen Rheinischen Zeitung" während der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland,* [Ost-]Berlin 1972.

Hammen schildert Marx und Engels als Geschöpfe ihrer Zeit, eingebettet in die Umwelt des vormärzlichen Rheingebiets. Sie rebellieren gegen die politische und geistige Enge der Zustände und gegen die Notlage der unteren Volksschichten. Die humanistische Grundhaltung im Wirken der beiden Freunde erwies sich zwar als echt, gleichzeitig aber wurde ihr gesamtes soziales Engagement für das eigentliche Ziel eingesetzt, ohne irgendwelche Skrupel eine erfolgreiche Revolution herbeizuführen, wobei die Arbeiterschaft als "Vorkämpfer der Menschheit" auftreten sollte. H. gewinnt sogar den Eindruck, daß Marx und Engels sich weniger aus Mitleid mit dem Dasein der Unterdrückten zu Umstürzlern entwickelten, als aus Ehrgeiz und Egoismus, um eine führende Rolle in der deutschen Revolution zu spielen, deren Herannahen sie spürten. Darauf bereiteten sie sich taktisch, strategisch und organisatorisch vor. Sie riefen die "Neue Rheinische Zeitung" als "Organ der Demokratie" ins Leben, obwohl die Redaktion ausschließlich in den Händen von Mitgliedern des von Marx geleiteten Kommunistenbundes lag. Sie traten der "Demokratischen Gesellschaft" in Köln bei, um mit Hilfe von radikaleren Gruppen des Bürgertums einen zweiten, durchschlagenderen revolutionären Umsturz einzuleiten.

Nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis hatten die beiden Freunde keinerlei Bedenken, wenn es galt, Erfolge zu erringen. Sie proklamierten nacheinander den Krieg gegen Dänemark, Rußland, England und die Bevölkerung des Balkan, um dadurch die nationale Einheit Deutschlands gewaltsam zu schmieden. Für die Witwen und Waisen werde der neue Staat schon sorgen. Die "Neue Rheinische Zeitung" trat sogar für die Ausrottung der verräterischen "slawischen Barbaren" ein. Marx selbst bezeichnete den "Russenhaß" als "die erste revolutionäre Leidenschaft der Deutschen", ohne überhaupt zu versuchen, zwischen Völkern und reaktionärer Regierungsspitze zu unterscheiden. Die beiden Gesinnungsfreunde Marx und Engels hofften, durch kriegerische Auseinandersetzungen von europäischem Ausmaß den Sturz der alten Gesellschaftsordnung herbeizuführen und dadurch die Geburt einer neuen vollziehen zu können. Sogar ein erbarmungsloses Terrorsystem, wie es 1792/93 Robespierre in Frankreich eingerichtet hatte, wurde in die Planungen mit einbezogen.

H. hat sich ein sachliches, fundiertes Urteil bewahrt und betrachtet den Gegenstand seiner Untersuchung mit Abstand. Er erkennt die pragmatischen Revolutionäre Marx und Engels an, registriert jedoch spöttisch die zahlreichen Irrtümer, denen auch sie erlagen, genau so wie die von ihnen stets herabgesetzten und diffamierten Gegner aus dem liberalen und demokratischen Lager. Eindringlich wird dabei darauf verwiesen, wie das Wort "kommunistisch" in der Propaganda von Marx mit Bedacht vermieden wurde, um den Eindruck einer erstrebten demokratisch-liberalen "Volksfront" zu erwecken, ohne die ursprünglichen revolutionären kommunistischen Zielsetzungen jedoch aus dem Auge zu verlieren.

Für seine Arbeit hat H. die verschiedenen Gesamtausgaben der Werke herangezogen, dazu noch Dokumente der preußischen Bürokratie, Tagebücher, Briefwechsel und die zeitgenössische Presse der verschiedenen Richtungen. Vor allem muß die genaue Kenntnis der damaligen Kölner lokalen Verhältnisse hervorgehoben werden. So vermittelt H. eine gute Analyse über die Gedankenwelt von Marx und Engels sowie ihrer Gesinnungsgenossen. Neu erschlossenes Quellenmaterial bietet zudem gute Informationen. Das Buch ist auch anregend geschrieben. Viele derjenigen, die sich mit der Lektüre beschäftigen, werden es sicher begrüßen, daß auf wissenschaftliche Anmerkungen verzichtet wurde, was der Lesbarkeit des Buches zugute kommt. Der Historiker muß jedoch das Fehlen von Quellenangaben bedauern, besonders wenn es sich um die Zitate von Marx und Engels handelt, die in der letzten Gesamtausgabe (MEW) nachgeschlagen werden sollten.

Ernst Schraepler

MAI, Joachim: **Das deutsche Kapital in Rußland 1850 - 1894.** – Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1970. 255 S. (= Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Bd. 4.) DM 35,–.

Für die Beurteilung des deutschen frühindustriellen Kapitalverkehrs und die Anfänge des deutschen Imperialismus ist eine Analyse des Kapitalexports nach Rußland von großer Bedeutung. Joachim Mai hat die verfügbaren Quellen und Materialien beider Länder, insbesondere des zaristischen Finanzministeriums und der Petersburger Aktienhandelsbanken, mit großer Umsicht aufgearbeitet. Obwohl Mai dem deutschen Imperialismus alles Schlimme zutraut, kommt er doch zu dem einigermaßen überraschenden Ergebnis, daß der Anteil direkter wirtschaftlicher Beteiligungen hinter dem gegebenen Anleihekapital stark zurücktrat, was deutlich mache, "daß der russische Kapitalismus grundsätzlich selbständig existierte." Die Eisenbahnanleihen, in denen das deutsche Kapital in Rußland ganz überwiegend steckte, waren infolge der chronischen Finanzmisere des zaristischen Rußland mit wesentlich höheren Zinssätzen ausgestattet als vergleichbare westeuropäische Werte und hatten durch ihre großen Kursschwankungen stark spekulativen Charakter. Allerdings hat der starke Ausbau des Eisenbahnwesens nach dem Krimkrieg den hinter den Konzessionären stehenden Finanz- und Wirtschaftskreisen hohe Extraprofite über die Auftragsvergabe hauptsächlich an die deutsche Stahl- und Maschinenindustrie ermöglicht. Die Anlage des verfügbaren Kapitals in staatlich garantierte Anleihen erklärt Mai aus der Tatsache, daß in der Frühindustrialisierung Geldfonds vor allem vom Handelskapital akkumuliert wurden, das Rentenpapiere direkten Investitionen vorzog. Dabei gewann das deutsche Kapital gegenüber dem ursprünglich dominierenden englischen, französischen und niederländischen Kapital bis 1876,

dem Höhepunkt der freien Konkurrenz in Europa, einen stets wachsenden Anteil bis auf 900 Millionen Mark. Das in Industrie und Handel Rußlands investierte Kapital ist dagegen 1876 nur auf etwa 70 Millionen Mark zu schätzen, wozu allerdings noch erhebliche Beträge vor allem für die Textilindustrie Russisch-Polens kommen. Der deutsche Kapitalanteil dürfte etwa so hoch wie der englische und der französische gewesen sein.

Die Studie zeigt, daß der Kapitalverkehr sehr stark von politischen Einflüssen abhängig war. Die Verärgerung Rußlands über Bismarcks Maklerdienste auf dem Berliner Kongreß führte zusammen mit den Getreideschutzzöllen nicht nur zu einem Zollkrieg, sondern auch zu einem weitreichenden Umschwung der russischen öffentlichen Meinung gegen Deutschland. Bismarck benutzte außerdem in gesteuerten Pressekampagnen den für Kursschwankungen außerordentlich anfälligen Papierrubel zu ökonomischem Druck auf Rußland, da weder die junkerlichen Getreideproduzenten noch der deutsche Generalstab an weiteren russischen Bahnlinien interessiert waren. So flossen 1887 als Folge einer solchen Kampagne zur Kursmanipulation die russischen Papiere – im Werte von rund zwei Millionen Mark – größtenteils nach Frankreich ab, was die Pariser Börse zum wichtigsten russischen Kapitalmarkt werden ließ, mit allen Folgen für die europäische Politik.

Hans H. Biegert

Mit Spott gegen Kaiser und Reich. Verse gegen den deutschen Militarismus. Auswahl von Rolf Walbiner. Mit einem Nachwort von Fritz Hofmann. – Berlin: Rütten und Loening 1971. 304 S. DM 9,30.

Das durch den Zeichner Werner Klemke anziehend aufgemachte und mit Vignetten versehene Buch bringt eine von Rudolf Walbiner verantwortete Auswahl zumeist satirischer Verse "gegen den deutschen Militarismus". (Der Parademarsch Unter Den Linden – so zackig, wie seit seiner Neueinführung durch Ulbricht, war er zuvor noch nie – bleibt ausgespart.) Da kommen viele bekannte Namen mit nicht wenigen volkstümlich gewordenen Spöttereien, mitunter auch ernsten Anklagen gegen das Militär zur Lektüre: natürlich Heine und Herwegh, sogar Hoffmann von Fallersleben (wo er zu gebrauchen ist), auch Ludwig Pfau und Adolf Glaßbrenner als berufene Sprecher für das 19. Jahrhundert; das 20. Jahrhundert, bevor der Ernstfall eintrat, wird mit Frank Wedekind eröffnet, mit Ludwig Thoma (der dann auch anders konnte) fortgeführt. Mit dem unglücklichen, im KZ zu Tode gefolterten Erich Mühsam beginnt die Neuzeit. Einige expressionistische Dichter, wie der im Ersten Weltkrieg gefallene Alfred Lichtenstein, Hugo Ball, der im Exil gestorbene Albert Ehrenstein sind in seiner Nachbarschaft. Brecht, Tucholsky, Klabund, Joachim Ringelnatz, Walter Mehring, Johannes R. Becher, Erich Weinert, Erich Kästner, Rudolf Leonhard führen von den nicht gar so goldenen zwanziger Jahren zu den Zeiten, da Satire kein Kampfmittel mehr war und nicht nur Karl Kraus verstummte; erst "nachher", als der Krieg nicht mehr heiß war, aber sich als 'Kalter Krieg' ein Vierteljahrhundert lang fortfristete, wurden die Kabaretts, manchmal wagemutige Zeitschriften wieder mit Stoff versorgt: gegen die Wiederaufrüstung, das Wohlleben der SS Generale und den "Münchner Karneval" mitsamt seinem Solisten F. J. Strauß. Da hat die junge oder jüngere Generation das Wort: Hans Magnus Enzensberger, Arno Reinfrank, Peter Rühmkorf, Karl Krolow, Wolfgang Neuß, Martin Walser, Franz Josef Degenhardt. Ungezogene Bänkelsänger wie etwa Wolf Biermann sind natürlich ausgeschlossen, und "das Land, wo die Kanonen blühn" gibt es nur westlich der Elbe. Schade, denn man könnte seine Freude am scharfzüngigen Widerspruch gegen die "Generalswirtschaft" (Ossietzky), das Heil-und-Hurrah Gebrüll, die "Yes-Sager" (J. R. Becher), die "Leuteschinder", die Zensoren und anderen gesellschaftlichen Übeln haben, wenn die Kritik unteilbar wäre, nicht nur einer, immer der anderen Seite gälte.

Die eingeblendeten Zeichnungen von George Grosz, die Photomontagen von John Heartfield, die neuen karrikaturistischen Beiträge wie "Sudetenland à la München", die in der Tat erschreckenden Zitate von Adenauer, Strauß, Seebohm wären überzeugend, verbänden sich damit nicht die Assoziationen vom Einmarsch der "Volksarmee" (wir bleiben im deutschen Rahmen) in die Tschechoslowakei und einer Blütenlese aus dem hemmungslosen Haßgeschrei Ulbrichts gegen die "volksfremden Literaten" zur Zeit, da sowjetische Panzer "Ruhe und Ordnung" in Budapest wiederherstellten. "Volksfremde Literaten" – ja, das sind sie wohl im Begriff der Machthaber im zersplitterten, geeinten, zu Großdeutschland aufgeblähten und wieder geteilten Deutschland seit den Zeiten Heines stets gewesen, fast alle, die im Namensregister der sorgfältig auf Einseitigkeit bedachten Auswahl dieses Bandes verzeichnet stehen. Eine empfehlenswerte Lektüre also, wenn man sich den anderen Teil hinzudenkt.

Alfred Kantorowicz

Deutschland im ersten Weltkrieg. 3 Bde. Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von e. Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein. Bd 2: Januar 1915 bis Oktober 1917. Von e. Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche. Bd 3: November 1917 bis November 1918. Von e. Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold. 2. durchges. Aufl. – Berlin: Akademie-Verlag 1970. XXVII, 515 S. – XXII, 800 S. – XXI, 604 S. Mit zahlreichen Karten und Bildtafeln. Je Bd. DM 25,–.
KIELMANSEGG, Peter Graf: **Deutschland und der Erste Weltkrieg.** – Frankfurt/M.: Athenaion 1968. 747 S., 10 Karten. DM 59;–.

Die Schlachten der Historiker um den Ersten Weltkrieg

scheinen geschlagen, der Staub um die monumentalen Eruptionen von Fritz Fischer und Gerhard Ritter hat sich gelegt. Nachdem die Regalwände mit Literatur zum Krieg unüberschaubar geworden sind – die "eng begrenzte Auslese" Kielmanseggs bietet allein etwa tausend Titel – ist die Zeit der Gesamtdarstellungen angebrochen. Sie sind notwendig so dickleibig, daß zu befürchten steht, daß kaum jemand dazukommt, auch nur eine dieser Darstellungen zu lesen, wodurch bei der herrschenden Spezialisierung der Zunft die Rezensenten in ungerechtfertigter Weise meinungsbildend werden. Darum vorweg: Angesichts der 1900/750 Seiten können hier nur Impressionen mit beschränktem Anspruch auf Allgemeingültigkeit gegeben werden.

Die Entstehungsgeschichte der beiden Werke ist typisch für die Bedingungen der Geschichtsschreibung in der DDR und der Bundesrepublik. Nach Fritz Fischers aufsehenerregenden Thesen zum deutschen Imperialismus, der Kriegsauslösung und der Kontinuität ist der Erste Weltkrieg erneut in den Mittelpunkt historischen Interesses gerückt. In der DDR wurde aus der Erkenntnis von der Bedeutung des Ersten Weltkrieges für das historische Selbstverständnis der Nation bei der Akademie der Wissenschaften ein Forschungsschwerpunkt mit einem großen Historikerkollektiv gebildet. Nomen est omen: Die Lehnwörter "Kollektiv", bundesrepublikanisch "Team", verdeutlichen die in Deutschland fehlenden Traditionen wissenschaftlicher Zusammenarbeit. In der Bundesrepublik schlug Prof. Hubatsch, als sein Artikel über den Weltkrieg im Brandt-Meyer-Just'schen Handbuch allzuweit hinter dem Forschungsstand zurückblieb, seinen gerade über den Freiherrn vom Stein promovierten Schüler Kielmansegg für eine Neubearbeitung vor, der sich hinsetzte und nach dreieinhalb Jahren ein 750 Seiten starkes Werk vorlegte.

Ohne hier der Frage nachgehen zu wollen, ob das Rudel auch die höhere Organisationsform auf der Jagd nach historischen Wahrheiten darstellt – die Gefahr ist offensichtlich, daß sich alle auf einen Weg einigen und damit eine wissenschaftlich frustrierende Allgemeingültigkeit, eine Art objektiver Gang der Geschichte inauguriert wird –, so muß trotz der großen und geschlossenen Leistung Kielmanseggs festgehalten werden, daß ein Einzelner heute eine Gesamtschau aller Probleme und Phänomene des Krieges nicht mehr geben kann. Wenn das aber der Forschergruppe aus der DDR auch nur zum Teil gelingt, so liegt es an deren methodischer Präfixiertheit auf die "Parteilichkeit", die ihre spezifische Penetranz durch eine verkürzte Kontinuitätstheorie erhält, als stünde nicht nur Erich Honecker direkt auf den Schultern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sondern Willy Brandt auch auf denen von Bethmann-Hollweg.

Angesichts der Riesenumfänge getraut sich der Rezensent kaum, den zentralen Mangel beider Werke gleich ins Feld zu führen: die einseitige Konzentration auf Deutschland. Eine wenigstens in den Hauptproblemen komparatistische Geschichtsschreibung wäre seit Fischer schon zur Prüfung des eigenen Augenmaßes zu fordern. Weitgehende Ansätze dazu hat meines Wissens nur Hans Herzfeld aus seiner in Jahrzehnten angesammelten souveränen Literaturkenntnis gegeben. Denn wer über hunderte von Seiten alle die beklemmenden politischen, militärischen und verwaltungsmäßigen Unzulänglichkeiten liest, für den rückt die Frage in den Mittelpunkt, wieweit es sich hierbei um inhärente strukturelle Mängel der "verspäteten Nation" handelte und inwiefern die westlichen Demokratien besser oder anders funktionierten. So erscheint die deutsche militärische Führung in dem Handbuch aus der DDR durchweg unfähig; "abenteuerlich" ist das unter alle Orden geklebte Etikett. Auch bei Kielmansegg, der selbst aus einer alten Offiziersfamilie stammt, wird die deutsche Strategie insbesondere Falkenhayns durchweg kritisiert. Wenn man weiß, daß die Alliierten trotz insgesamt starker Materialüberlegenheit auch an der Westfront für sich gesehen, weit höhere Verluste zu verzeichnen hatten als Deutschland, wird man hier relativieren müssen. Auch auf andere Art handelt es sich hier um nationale Geschichtsschreibung: Wichtige fremdsprachige Untersuchungen – wie etwa Albertini und Feldman – werden nicht erkennbar rezipiert.

Der Rezensent hat beide Werke in mehreren Übungen für Studenten in Anfangssemestern für sich mit Erfolg benutzt, im Seminar selbst jedoch keine sehr guten Erfahrungen damit gemacht. Als Handbücher sind beide zu voluminös und zu unübersichtlich, insbesondere Kielmansegg in seiner vorsichtig abwägenden Darstellung in langschwingenden Perioden mit stark verklausulierten Urteilen verlangt für den Studenten zuviel Vorverständnis und Geduld. Die moralischen Verdikte in den DDR-Bänden machen da die Geschichtsbetrachtung viel simpler, die komplizierte Verschachtelung des Stoffs nach chronologischen und sachlichen Gesichtspunkten führt jedoch dazu, daß der Student meist nur vereinzelte Aspekte aufgreift. Beide Handbücher kranken an ihrem gigantomatischen Anspruch einer Totalitätsschau, was notwendig dazu führt, daß man zur allgemeinen Information auf kurzgefaßte Abrisse und für Spezialfragen direkt zur einschlägigen Literatur zurückkommt.

Diesen Zugang machen einem jedoch beide Monumentalhandbücher schwer. Zwar befindet sich im Anhang zu Kielmansegg eine umfangreiche Bibliographie, im Text selbst setzt er sich mit der Literatur nicht auseinander und verzichtet vollständig auf Belege und Anmerkungen. Für den Kenner entsteht daraus oft ein schönes Puzzle zu erraten, wer etwa mit "man hat später die Ansicht vertreten . . ." gemeint ist. Dies mag für einen ursprünglich geplanten Artikel in einem allgemeinen Handbuch gerechtfertigt sein, ist jedoch in dem daraus entstandenen selbständigen Werk völlig unvertretbar. Kielmanseggs großes Talent, komplexe und kontroverse Zusammenhänge wohlabgewogen zur Synthese zu bringen, verliert dadurch für den Fachhistoriker – und es wäre eine Illusion zu glauben, daß ein so umfangreiches Werk viele "interessierte Laien" findet – stark an Überzeu-

gungskraft, weil man derart in der Luft hängend natürlich gehalten ist, bei Fischer, Ritter, dem DDR-Handbuch usw. parallel zu lesen.

Auch die Darstellung aus der DDR kommt durch ihr Prinzip der Parteilichkeit mit der benutzten Literatur, in ein Dilemma, weil der überwiegende Teil der geleisteten Forschungsarbeit von der vielgeschmähten bürgerlichen Geschichtsschreibung stammt. Man kann schlecht Gerhard Ritter als einen der schlimmsten Handlanger des deutschen Imperialismus verfemen und dann laufend seine unentbehrliche Kritik an der Obersten Heeresleitung zitieren . . . Da jeder der drei Bände als in sich geschlossenes Werk konzipiert ist, verfügt jeder über eine für sich, aber auch zusammengenommen, völlig unzureichende Literaturliste, in der sogar manche zitierten Titel fehlen. Dem staunenden Leser werden nicht nur drei Register, sondern auch drei umfangreiche methodische Einleitungen geboten. Lesenswert ist darin jeweils das Sündenregister der bürgerlichen Geschichtsschreibung bis 1945, deren Kontinuität einseitige Blindheit bis in die 60er Jahre man immer im Auge behalten sollte, bevor man daran Kritik übt, daß die DDR-Forschung selbst in solchen komplexen Fragen wie dem postulierten permanenten Verrat der Führer von SPD und USPD an den Massen unisono in der Kiellinie des Achtbänders, der "Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung", schwimmt. Ärgerlich an diesen Einleitungen erscheint mir, daß darin der Eindruck vermittelt wird, als ob hierzulande auch nach 1945 bis zum heutigen Tag, mit der einzigen Ausnahme des verfemten Fritz Fischer, eine ungebrochene chauvinistische Tradition der Historiographie bestehe, indem man nur aus in den 50er Jahren erschienenen Werken zitiert, als ob es nicht eine große Fischer-Schule gebe, als ob nicht selbst solche hochbetagten Historiker wie Herzfeld die Hauptthesen von Fischer rezipiert hätten. Dann muß man schon die Einheitssauce um die Geschichtsschreibung der DDR etwas verwürzen, indem man konstatiert, daß es auch dort – Kuczynski voran – eine Vor - Fischer - Ära gab.

Bei allen durch die leninistische Betrachtungsweise gegebenen perspektivischen Verzerrungen ist das Werk vor allem für die Sozialgeschichte und die Geschichte der Arbeiterbewegung des Ersten Weltkriegs schon allein durch die gebotene Fülle der Fakten unentbehrlich. Kommt Kielmansegg für den Januarstreik 1918 mit zwei Seiten aus, so widmet ihm das Kollektiv unter Klein 45 Seiten. Kielmansegg bietet dagegen einen "klassischen" Abriß der deutschen Außen- und Innenpolitik, sowie der Militärstrategie. Insbesondere in letzterem ist sein Verständnis und die Kraft der Darstellung ganz beträchtlich, polit-ökonomische Kategorien kennt er kaum. Industrielle und technische Entwicklung bleiben in beiden Werken in alter humanistischer Tradition unterbelichtet, erscheinen teils als Raisonement aus der guten Stube: "Für den Zeppelinenthusiasmus des deutschen Volkes war diese Untauglichkeit des Luftschiffes für Kriegszwecke eine beträchtliche Enttäuschung," (Kielmansegg S. 382). Dagegen hat Kielmansegg ein hochentwickeltes sozialpsychologisches Einfühlungsvermögen, das weit entfernt von dem "einigermaßen wüsten Durcheinander dieses fatalistischen Mystizismus", unter dem Klein die westdeutschen Historiker subsummiert, den "Mangel an kritischer Rationalität . . . als Grundzug der deutschen Politik und Kriegsführung" herausarbeitet und die "Führungsschicht" des Deutschen Reiches insgesamt einer vernichtenden Kritik unterzieht, vernichtend gerade durch sein distanziertes Urteil. Was Kielmansegg als bedauerlichen Verspätungseffekt sieht, nimmt das Klein'sche Kollektiv als Ausdruck einer in seiner Überlebtheit nur noch abenteuerlichen bürgerlichen Klassenherrschaft, für die die Parole gilt: Ecrassez l'infâme. Jenseits des offen ausgesprochen "politischen Auftrags" wird jedoch z. B. in der konkreten Schilderung etwa der Ernährungslage mit detaillierten Zahlenangaben über weite Strecken die grausige Verelendung der breiten Massen im Krieg historiographisch unmittelbar greifbar.

Hans H. Biegert

MEYER–LEVINÉ, Rosa: **Levíné. Leben und Tod eines Revolutionärs. Erinnerungen.** Mit einem dokumentarischen Anhang. – München: Carl Hanser 1972. 297 S. DM 24,80.

Rosa Meyer-Levinés Erinnerungen an ihren Mann sind ein meisterliches Stück kommunistischer Agitationsliteratur. Sie schrieb ihr Buch so, als ob sie es stellvertretend für ihren Mann verfaßt hätte; seine Kämpfe sind heute noch, über fünfzig Jahre nach seinem Tod, die ihren, und sie kämpft sie immer noch. So bleibt im Einzelfall unklar, ob sie Levíné referiert, stilisiert oder aus ihrem Wissen ex post interpretiert. Der Eindruck nach der Lektüre des Buches: Levíné hat immer recht, so wie auch die Partei immer recht hat. Zur Illustration: Als die Kommunisten eine Woche nach der Proklamation die Führung der bayerischen Räterepublik übernahmen, war es einzig und allein Levinés "weitsichtige Einschätzung der Situation, welche die Partei instand setzte, aus einem Possenspiel das größte Ereignis der deutschen Revolution zu machen" (S. 142). Die Verfasserin ist außer stande, dem sozialistischen politischen Konkurrenten, etwa Ernst Toller, der nicht nur in den eisernen Bahnen logischer Zwangsläufigkeit dachte, sondern auch spontan war in Denken und Handeln, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Wer war Eugen Levíné ? Sohn wohlhabender jüdischer Eltern mit italienischem Paß, aufgewachsen in St. Petersburg; die Umgangssprache des elterlichen Hauses war ebenso Deutsch, wie sich die gesellschaftlichen und kulturellen Leitbilder von Vorstellungen am deutschen Kaiserreich orientierten. Er war Fremdling in seiner weiteren russischen Umgebung; von der Mutter eher verbogen als erzogen, entwickelte er menschliche Bindungen allenfalls zu den Menschen, "die nur durch

die Hintertür des vornehmen Hauses Zutritt hatten und die man 'das Volk' nannte" (S. 15). Er studierte in Heidelberg, ging nach Rußland zurück und zog als Redner der sozialrevolutionären Partei während der Revolution von 1905 über die Dörfer. Schlimmste Mißhandlungen in zaristischer Haft machten aus ihm den unerbittlichen Revolutionär von 1918/19. Deutscher Staatsbürger war er seit 1913. Vielleicht war er das einzige Gründungsmitglied der KPD, das bereits praktische Erfahrungen als Revolutionär hatte. Im Dienst der Partei verbrachte er seine meiste Zeit nach dem Zusammenburch des Kaiserreichs mit Agitationsreisen. "Anfang März 1919 erhielt Levine von der Zentrale Anweisung, nach München zu gehen" (S. 121); hier wußte und konnte er von Anfang an alles besser. Das Ende ist bekannt.

Karl-Ludwig Ay

SCHUMACHER, Martin: **Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919 - 1933.** Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. – Düsseldorf: Droste 1972. 271 S. (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 44.) DM 54,–.

Schumachers Monographie befaßt sich mit der inneren Entwicklung der Wirtschaftspartei oder, wie sie sich seit 1925 nannte, der "Reichspartei des deutschen Mittelstandes" – einer Protestpartei von Handwerkern, Kaufleuten und Hausbesitzern, die ihre Interessen in den traditionellen bürgerlichen Parteien nicht mehr hinreichend gewahrt glaubten. Auch auf dem Höhepunkt ihrer Wahlerfolge – im Jahre 1928 – erreichte die Partei im Reichsdurchschnitt nicht mehr als 4,5 Prozent der gültigen Stimmen. Nach ihrer Programmatik eindeutig zur politischen Rechten gehörend, mobilisierte die Wirtschaftspartei bürgerliche Ressentiments gegen das "Parteiwesen" überhaupt und bereitete insoweit den Boden für die nationalsozialistische Propaganda mit vor.

Die Stärke von Schumachers Darstellung liegt in der Schilderung von Vorgeschichte, Programmentwicklung und inneren Krisen der Wirtschaftspartei. Auf zahlreiche ungedruckte Quellen gestützt, bereichert das Buch den parteigeschichtlichen Kenntnisstand erheblich. Das gilt namentlich für die kurze Zeit im Jahre 1930, während der die Wirtschaftspartei mit Johan Victor Bredt den Justizminister im ersten Kabinett Brüning stellte und damit erstmals und letztmals auf Reichsebene Regierungsverantwortung trug. (Ausführlicher ist Schumacher auf diese Phase in den von ihm herausgegebenen "Erinnerungen und Dokumenten" Bredts, Düsseldorf 1970, eingegangen). Der sog. "Führerstreit" in der Parteispitze (1930/31) wird minutiös nachgezeichnet. Informative Statistiken im Anhang geben Aufschluß über die Wahl- und Mandatsentwicklung der Wirtschaftspartei.

Ein Mangel der Arbeit liegt darin, daß der Verfasser die ökonomische und soziale Interessenlage des Kleingewerbes in der Weimarer Republik nicht analysiert und darauf verzichtet, die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Wirtschaftspartei zu untersuchen. Dadurch bleibt die opportunistische Taktik ihrer Reichstagsfraktion gewissermaßen abstrakt. Der Widerspruch zwischen dem Wesen einer reinen Interessenpartei und dem parlamentarischen Regierungssystem wäre plastischer geworden, wenn Schumacher systematisch das Abstimmungsverhalten der Wirtschaftspartei untersucht hätte. Es wäre zu zeigen gewesen, daß die Reichspartei des deutschen Mittelstandes ihr Votum in allgemeinpolitischen Fragen häufig von irgendwelchen sozialprotektionistischen Maßnahmen zugunsten von Hausbesitz und Kleingewerbe abhängig machte. Die Kontinuität der politischen Entwicklung des selbständigen Mittelstandes zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus hätte sich auf diese Weise sehr viel deutlicher herausarbeiten lassen.

Trotz dieser Einschränkungen ist Schumachers Studie als ein wichtiger Beitrag zur parteigeschichtlichen Erforschung der Weimarer Republik zu werten. Auch für die Historiker der Arbeiterbewegung ist diese Abhandlung von Interesse. Sie macht eine "Milieusperre" besser verständlich, die dem Wachstum der Sozialdemokratie entgegenstand. Daß die SPD den mittelständischen "Antimarxismus" nicht ernsthaft zu überwinden versucht hat, war ein folgenschweres Versäumnis. Seine Ursachen und Wirkungen sind bis heute noch nicht ausreichend analysiert worden.

Heinrich August Winkler

WINKLER, Heinrich August: **Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus.** Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik. – Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972. 307 S. DM 34,–.

In seiner Habilitationsschrift versucht der jetzt in Freiburg lehrende Historiker, die Entwicklung des Mittelstands in der Weimarer Republik nachzuzeichnen und gleichzeitig den Beitrag des Kleinbürgertums zum Sieg des Faschismus herauszuarbeiten. Im Hinblick auf die Ideologie des Mittelstands sowie seine sozioökonomische Stellung stellt Winkler gewisse Kontinuitäten heraus. Im Einklang mit Marx ("die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen," zitiert von Winkler, S. 157) verdeutlicht er, daß die latent antikapitalistische Haltung des Mittelstands nicht auf eine positive Überwindung des Kapitalismus, also den Sozialismus, gerichtet war, sondern auf die Wiederherstellung des längst verlorengegangenen sozialen Status im Frühkapitalismus zielte.

Obwohl Winklers Definition des Mittelstands sowohl die kleinen Gewerbetreibenden als auch die mittleren Angestellten und Beamten umfaßt, beschäftigt sich seine Arbeit beinahe ausschließlich mit dem "alten" Kleinbürgertum. In kritischer Distanz zur Selbsteinschätzung und den Forderungen des Mittelstands weist Winkler dessen in der Weimarer Republik immer größer werdenden Affinität zum Faschismus nach (S. 78), bis sich jener ab 1932 offen auf die Seite der NSDAP stellte und zum entsprechenden Votum bei den Reichstagswahlen im Februar aufforderte.

Während der gewerbliche Mittelstand im Kaiserreich durch eine protektionistische, mittelstandsfreundliche Politik seine Interessen weitgehend durchsetzen konnte, habe er sich nach 1919 vernachlässigt gefühlt und seine Ohnmacht und Angst gegen die Republik und ihre politischen und sozialen Errungenschaften gewendet. An zahlreichen Beispielen illustriert Winkler, daß die Kleingewerbetreibenden in Handwerk und Handel nie die Postulate des modernen Sozialstaates begriffen haben, also auch nicht die Notwendigkeit der Sozialpolitik, daß sie vielmehr das bestehende parlamentarische System als "Instrument zur Verwirklichung 'einseitiger' Arbeitnehmerinteressen denunzierten." (S. 106). In einer Klassengesellschaft empfanden sie sich als überwindendes Element des gesellschaftlichen Antagonismus. Nicht nur fühlte sich der Mittelstand berufen, im Kampf der Interessen zwischen Arbeit und Kapital zu vermitteln (S. 112), später zielte seine rationalistisch verbrämte Konzeption eines Korporativismus auf die Ausschaltung des Klassenkampfes durch eine "befriedete und geordnete Berufsstandswirtschaft."

Bei dieser, stets mit viel Pathos vorgetragenen "Lebenslüge des gewerblichen Mittelstands" (S. 120) wundert es nicht, daß er später gerade den Kräften nachlief, die sich seiner politisch am meisten anzunehmen schienen. Die Politik der Präsidialkabinette, obwohl anfangs jeweils auf Beschwichtigung des Mittelstands angelegt, konnte nach Winkler seinen elementarsten Forderungen dennoch nicht nachkommen: Radikale Einschränkung der Gewerbefreiheit durch Einführung des großen Befähigungsnachweises (S. 155), Ablösung des Reichstags durch eine korporativ-föderative Kammer, den "neuen Reichsrat" (S. 151), sowie Kontrolle des Finanzkapitals. Deshalb wurde die NSDAP auf einmal für die traditionellen Wähler von DDP, DVP, dann DNVP wählbar und gewählt, als ihr Angebot, das Handwerk zu pflegen und zu fördern (S. 168), infolge des Versagens aller änderen bürgerlichen Parteien für den Mittelstand der einzige Ausweg zu sein schien, seine ökonomische und soziale Stellung wieder zu erlangen.

Es wäre zu wünschen gewesen, daß Winkler am Verhältnis Mittelstand-Faschismus-Großkapital die treibenden Kräfte und die dominierenden Einflüsse auf die Programmatik und Politik der NSDAP klarer herausgearbeitet hätte. Der Ausgang des parteiinternen Kampfes zwischen der "NS-Linken", die die Interessen des gewerblichen Mittelstands wohl am ehesten artikulierte und durchaus auch gegen das Großkapital durchsetzen wollte, und der Führung um Hitler, Göring etc. hätte gezeigt, daß bereits vor 1933 alle Versprechungen dem Mittelstand gegenüber eindeutig nur leeres Gerede waren und die objektive Funktion hatten, die "Panik des Mittelstands" auszunutzen und dem Großkapital die erforderliche Massenbasis zu sichern. So aber war nach 1933 der Mittelstand dupiert, und auch Winkler scheinen die Fragen zu verwirren, weshalb denn die NSDAP, die von Kleinbürgern gewählt worden war, nicht deren Interessen vertrat, weshalb, statt die Forderungen der sozialen Basis des Faschismus zu befriedigen, verstärkt aufgerüstet wurde. Zwar sieht Winkler die Funktion faschistischer Regime in der Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems (S. 162), der Kapitalismus allein reiche aber als Erklärung für die Machteroberung faschistischer Bewegungen nicht aus; d. h. der Zugang zum Verständnis des Faschismus erschließe sich weniger von der Ökonomie her als vielmehr von der Politik. Bei dem englischen Wirtschaftshistoriker Mason verbirgt sich hinter dem Primat der Politik die Vorstellung zweier ungefähr gleichwertiger Bündnispartner (Faschismus und Kapitalismus), Winkler hingegen sieht den Faschismus als Triebkraft, der sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen zunutzemachte und sich ihrer bediente, wie er wollte (S. 179). Auf diese Weise bestimmt der Autor das o. a. Verhältnis nur zum Teil richtig: "Der Faschismus bedeutete weder in Deutschland noch in Italien die Herrschaft des Mittelstands, sondern seine Manipulation im Interesse einer weder von ihm noch von mächtigeren gesellschaftlichen Faktoren kontrollierten Clique und des von dieser Gruppe verkörperten Primats der Politik " (S. 180). Auch wenn das faschistische System eine gewisse Eigendynamik entwickelte, bleibt aber festzuhalten, daß der Staatsapparat, scheinbar über den sozialen Klassen stehend, doch tatsächlich das Interesse der jeweils stärksten Fraktion der Bourgeoisie formulierte und durchsetzte. Andererseits weist der Autor S. M. Lipsets Definition des Faschismus als "Extremismus der Mitte" zurück (S. 180), weil der Faschismus seine Stoßrichtung immer in Zusammenarbeit mit der traditionellen Rechten gegen die politische Linke führte.

Nach einem Abschnitt über die Stellung des Mittelstands in der BRD entwirft Winkler kurz die Erfordernisse einer heutigen konstruktiven Mittelstandspolitik, die mehr auf Anpassung des gewerblichen Mittelstands an wirtschaftliche Strukturveränderungen zielen müßte als auf die protektionistische Erhaltung eines fiktiven Interessenpluralismus; denn angesichts zunehmender Kartellierung und Monopolisierung in allen wirtschaftlichen Bereichen verspräche erst eine öffentliche Kontrolle der nicht mehr durch Marktmechanismen kontrollierten ökonomischen Machtzusammenballungen eine effektive Sicherung gesellschaftlicher Freiheit.

Hilmar Ruminski

Der Faschismus in Deutschland, Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928 - 1933. Eingeleitet und herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1973. 220 S. (= Reihe Basis) DM 12,–.

Die Rezeption der Faschismus-Schriften Thalheimers und der KPO wird durch die Publikation einer breiten Auswahl von Aufsätzen aus "Gegen den Strom" jetzt erst wirklich möglich. Zwar haben sich schon eine Reihe von Autoren kritisch vor allem mit Thalheimers Verarbeitung der Marxschen Frankreich-Schriften und mit seiner Verselbständigungs-These auseinandergesetzt, dies aber auf völlig unzureichender Grundlage, weil sie ihre Kritik durchgehend nur auf die schon 1928 verfaßte erste Skizze einer Faschismus-Analyse bezogen, die 1967 im Rahmen der von Abendroth ebenfalls bei EVA besorgten Auswahl "Faschismus und Kapitalismus" neu abgedruckt worden ist.

Die methodischen Vorwürfe, die vor allem auf eine illegitime Parallelisierung der Bonapartismus-Analyse und auf die angeblich fehlende ökonomische Grundlage von Thalheimers Arbeit abhoben, werden durch die in diesem Band vorgelegte Auswahl – die sich nicht auf Arbeiten Thalheimers beschränkt – weitgehend korrigiert. Denn nachzulesen ist hier eine überaus breit angelegte, auch im Detail überzeugende Analyse des Faschisierungsprozesses in Deutschland, die lediglich illustrierend auf parallele Erscheinungen im Bonapartismus des 19. Jahrhunderts verweist und vor allem von der Weltwirtschaftskrise ausgeht, um aus ihr die Analyse der Krise der Weimarer Republik als Resultat der sich verändernden Klassenbeziehungen zu entwickeln.

Dabei reduziert sich die Bedeutung der Verselbständigungs-These und widerlegt in ihrem sachlichen Kern all jene marxistischen Kritiker, die darin die Behauptung von der faschistischen Diktatur "des Kleinbürgertums" angelegt sahen (an der heute noch Autoren festhalten, die sich der bekannten Faschismus-Definition der Komintern allzu eng verpflichtet fühlen). Im Zentrum der Faschismus-Analyse der KPO steht nämlich gerade die These, daß die soziale Funktion der faschistischen Herrschaft sehr deutlich die terroristische Ausschaltung der Arbeiterbewegung im Dienste einer ökonomischen Rekonsolidierung der kapitalistischen Produktionsweise erfordert, daß die faschistische Diktatur demnach eine Form politischer Herrschaft zugunsten des Kapitals darstellt, die sich frontal gegen die Interessen ihrer sozialen Ausgangsbasis kehren muß.

Wie die KPO diesen Angriff auf die Arbeiterbewegung einschätzt und welche praktischen Konsequenzen sie daraus zieht, das unterscheidet sie von KPD und SPD und macht ihre Wahrnehmung der faschistischen Gefahr für die Geschichte der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik wichtig. Wir wollen uns deshalb auf diesen Aspekt ihres Wirkens konzentrieren.

Im Gegensatz zu der Faschismus-Einschätzung von KPD und SPD, die die NSDAP auf je verschiedene Weise im Rahmen einer die andere Arbeiterpartei ausschließenden Konzeption bekämpfen wollten, folgt aus der Analyse der KPO zwingend, daß der Kampf der gesamten Arbeiterklasse notwendig ist, um die faschistische Diktatur in Deutschland zu verhindern.

Der Appell der KPO für eine antifaschistische Einheitsfront – der im übrigen praktisch wenig Folgen hatte – reicht deshalb über die moralische Ebene hinaus, weil er an die tatsächlichen Behauptungsinteressen beider Richtungen der Arbeiterbewegung anknüpft und die Interessen der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter viel genauer artikulieren kann als ihre Parteiführungen.

Die Massenbewegung des Faschismus wird nämlich als – allerdings nicht planvoll erzeugtes – Instrument der Kapitalherrschaft gesehen, das in einer tiefgehenden ökonomischen Krise die Sozialdemokratie als "Grenzträger bürgerlicher Herrschaft" (Sohn-Rethel) ablösen muß, weil die sozialpolitischen Erfolge, aufgrund derer die reformistischen Arbeiterorganisationen die Arbeiterschaft großenteils in die kapitalistische Gesellschaft der Weimarer Republik integrieren konnten, durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Reproduktionsfähigkeit der deutschen Kapitale zunichte gemacht wurden. Daraus folgt für die KPO, daß die faschistische Diktatur nicht nur die revolutionäre Bewegung in der Arbeiterklasse liquidieren muß, sondern, um ihre Funktion voll zu erfüllen, auch die reformistischen Hindernisse auf dem Weg zur rigorosen Senkung des Produktionskostenfaktors Arbeit zu beseitigen hat.

Den undifferenzierten Drohungen der faschistischen Propaganda gegen "den Marxismus" als präsumptivem Oberbegriff für Kommunisten und Sozialdemokraten, entspricht demnach die ganz reale Stoßrichtung der faschistischen Diktatur gegen *beide* Flügel der Arbeiterbewegung. Dies ist die überzeugende Begründung für die antifaschistische Einheitsfront, die die KPO gegen die Führung von KPD und SPD durchzusetzen versuchte.

Die beiden großen Arbeiterparteien werden dabei durchaus verschieden scharf kritisiert. Während der SPD prinzipiell unterstellt wird, sie fürchte den konsequenten Kampf gegen den Faschismus wegen dessen revolutionärer Latenz mehr als den Sieg des Faschismus und könne deshalb die faschistische Gefahr gar nicht angemessen wahrnehmen, trifft die Kritik an der KPD vor allem die falsche Taktik gegenüber den sozialdemokratisch orientierten Arbeitern. Mit der Sozialfaschismus-Theorie, die in ihrem klassenanalytisch absurden und politisch verhängnisvollen Kern nirgends schärfer und überzeugender kritisiert worden ist als in "Gegen den Strom", hat sich die KPD in den Augen ihrer innerkommunistischen Opposition selbst die Möglichkeit verbaut, den Faschismus richtig zu analysieren und eine realitätsgerechte antifa-

schistische Strategie zu entwickeln. Denn mit ihrer den Faschismus verharmlosenden Wirkung auf die kommunistischen und mit ihrer abstoßenden Wirkung auf die sozialdemokratischen Arbeiter verhinderte sie geradezu, daß eine geschlossene Abwehrfront der Arbeiterklasse gegen den Faschismus zustande kam.

Der SPD dagegen wird vorgehalten, sie wolle eine solche Front nicht einmal zustandebringen, weil sie von der illusionären Möglichkeit ausgehe, den Faschismus durch ein Bündnis mit den ständig schwindenden "demokratischen" Kräften der Bourgeoisie aufhalten zu können, deren objektive Interessen zunehmend zugunsten der faschistischen Diktatur wirken mußten.

Die Kritik an den offiziellen Richtungen von KPD und SPD gehört zu den überzeugendsten Leistungen der KPO, und ist in dem Sammelband dankenswerterweise breit dokumentiert. Die erstaunlich realistischen Prognosen des Faschisierungsprozesses legen im übrigen ein eindeutiges Gütezeugnis für die analytische Kraft dieser Faschismus-Einschätzung ab. Als zeitgenössische Analyse konnte die KPO allerdings nicht alle ökonomischen Zusammenhänge überblicken, die den Faschismus aus heutiger Sicht erklären helfen. Die Auswahl macht aber insgesamt deutlich, daß die KPO, ermöglicht unter anderem durch ihre erzwungene Distanz zum politischen Einflußbereich der Komintern-Führung, die bei weitem klarste Einschätzung der faschistischen Gefahr erarbeitet hat, die vor 1933 von einem organisierten Teil der deutschen Arbeiterbewegung propagiert worden ist. Dies stellt erneut die noch immer nicht hinreichend geklärte Frage, aufgrund welcher historischen Entwicklungen und Zusammenhänge am Ende der Weimarer Republik die praktische Fähigkeit, die Arbeiterklasse wirklich zu organisieren und die theoretische Fähigkeit, ihre Kampfbedingungen im Angesicht der faschistischen Gefahr richtig zu analysieren, in so eklatanter Weise auseinandergetreten sind.

Nils Kadritzke

REICH, Wilhelm: Die Massenpsychologie des Faschismus. – Köln: Kiepenheuer & Witsch 1971. 384 S. DM 20,–.

Die von Kiepenheuer & Witsch vorgelegte "Massenpsychologie des Faschismus" in der Fassung von 1942 muß in doppelter Hinsicht als ein verunglücktes Unternehmen bezeichnet werden. Zum einen geht durch die von Reich besorgte Umschreibung des ursprünglichen Textes von 1933, die er unter dem Druck seiner persönlichen Entwicklung in der Emigrationszeit vorgenommen hat, die Authentizität des Textes verloren, was seine zeitgenössische Wirkung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung weitgehend unverständlich macht. Zum zweiten wird der Inhalt durch die Umformulierung und vor allem durch die 1942 hinzugenommenen Teile, die Reichs unhaltbare und hilflose Anstrengungen dokumentieren, eine ontologische Theorie der "natürlichen Arbeitsdemokratie" zu begründen, in hohem Maße inkonsistent.

Die Zersetzung des theoretischen Kerns der Reichschen Faschismus-Erklärung durch seine eigenen Korrekturen läßt sich leicht dokumentieren. Die antimarxistische Kehre in Reichs Denken produziert nicht etwa schärfere Einsichten in die Entstehungsbedingungen des deutschen Faschismus, sondern verschüttet im Gegenteil diejenigen Ansätze der Klärung des Zusammenhangs von Kapitalismus und Faschismus, die Reichs psychoanalytisch geprägter Theorie 1933 noch eine systematische Verbindung zur sozioökonomischen Analyse des Faschisierungsprozesses verschafft haben.

Die Neufassung von 1942 bringt nicht nur so absurde Kategorien wie "imperialistische Produktionsverhältnisse" (S. 61) hervor (vgl. die Formulierung im Text von 1933; "Produktionsverhältnisse des imperialistischen Kapitalismus"), sondern entrückt die analysierte Faschisierung in ein historisch-soziologisches Vakuum, das keine "klassenbewußten Arbeiter", sondern nur "fachbewußt Arbeitende" (S. 85), keine "privatwirtschaftlich" funktionierende Ökonomie, sondern nur "wirtschaftlich autoritäre Verhältnisse" (S. 105) kennt. Der in der Arbeiterbewegung von 1933 gar nicht bestreitbare Gegensatz zwischen reformistischer und revolutionärer Orientierung wird in dieser ahistorischen Sicht zur ethischen Auseinandersetzung zwischen dem Prinzip der "sozialen Verantwortung" und "reaktionärer sozialer Verantwortungslosigkeit" (S. 91) innerhalb der Arbeiterschaft.

Das Buch wird in der vorgelegten Fassung total widersprüchlich, ohne daß die Widersprüche hinreichend erklärt werden, was auch in Reichs Vorwort von 1942 nicht geschieht. Das Buch dementiert z. B. Textstellen im I. Teil, die die Fragestellung der Massenpsychologie in ein materialistisches Erklärungskonzept für den Faschismus als kapitalistischer Herrschaftsform einbringen durch die spätere Auffassung von Reich, welche die psychologische und die ökonomische Erklärungsebene gegeneinander ausspielt, indem behauptet wird, Diktaturen wie der Faschismus seien "nicht aus ökonomischen Prozessen, sondern aus irrationalen Haltungen von Menschen hervorgegangen" (S. 216).

Ein solches Buch als widersprüchliches Ganzes zu beurteilen, kann nur in der Absicht einer Reich-Biographie interessieren. Die Erörterung beschränkt sich daher im folgenden auf diejenigen Elemente der Reichschen Theorie, die einigermaßen unbeschädigt im I. Teil des Buches erhalten geblieben sind. Auch auf dieser Ebene lassen sich Momente seiner Faschismus-Erklärung aufzeigen, die Ansatzpunkte für die spätere Vereinseitigung und damit Selbstzerstörung seiner Theorie darstellen.

Die systematische Bedeutung der sozialpsychologischen Dimension für eine marxistische Theorie über den Faschismus folgt daraus, daß die materialistische Analyse des deutschen Faschismus über die Feststellung der "Ungleichzeitigkeit" (Bloch) des Bewußtseins der NS-Anhänger noch kaum hinausgekommen ist, insbesondere noch keine entfaltete Theorie über die Entstehungsbedingungen und die Wirkungen verkehrter Bewußtseinsformen

entwickelt hat. Diese Lücke in der marxistischen Theoriebildung war für die politische Orientierung der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik unmittelbar folgenreich. Reichs sozialpsychologischer Ansatz, wie er in der "Massenpsychologie des Faschismus" formuliert worden ist, war ein Versuch, diese Lücke unter dem Druck der politischen Entwicklung mit psychoanalytischen Theoremen auszufüllen. Der vorläufige und notdürftige Charakter seiner Bemühungen gibt dabei W. Benjamin recht, der in derselben Zeit bemerkt hat: "Solange wenigstens die marxistische Lehre vom Überbau nicht durch die dringend erforderliche von der Entstehung des falschen Bewußtseins ergänzt ist, wird es kaum anders möglich sein, als die Frage: Wie entsteht aus Widersprüchen einer ökonomischen Situation ein ihr *unangemessenes* Bewußtsein ? nach dem Schema der Verdrängung zu beantworten." (zitiert nach dem Abdruck einer Kracauer-Rezension in: S. Kracauer, Die Angestellten, Frankfurt 1972, S. 120.).

In welchem Maße der kurzgeschlossene Rückgang auf Freud zu verzerrten und schematischen Annahmen über die Entstehung von unangemessenem Bewußtsein führen kann, läßt sich an der Reichschen Theorie aufzeigen. Reich geht sehr richtig davon aus, daß die Weltwirtschaftskrise eine im Bild der "Schere" zu beschreibende Entwicklung hervorgebracht hat, d. h. eine ständig zunehmende Differenz zwischen ökonomischer Basis, die nach links drängte und ideologischen Tendenzen breiter Schichten nach rechts. Er kritisiert weiterhin zurecht, daß diese Differenz vor allem von den Theoretikern der Komintern nicht genügend in Rechnung gestellt wurde, die seit dem VI. Weltkongreß 1928 von der krisenhaften ökonomischen Entwicklung einen gleichsam naturgesetzlichen Prozeß der Herausbildung der subjektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution erwarteten. Ebenso zutreffend geht er davon aus, daß eine Erklärung für diese scherenartige Entwicklung bei der durch die jeweils klassenspezifische Sozialisation geprägten psychischen Grundstruktur der Individuen anzusetzen hat, die auf objektive Situationen subjektiv eigengesetzlich reagiert und insofern ein eigenständig wirkender Faktor ist, d. h. "in Gestalt des . . . konkret veränderten und infolgedessen verändert und widerspruchsvoll handelnden Menschen zur aktiven Kraft, zur materiellen Gewalt geworden ist" (S. 44). Trotzdem kommt Reich zu sehr verkürzten und damit schiefen Erklärungen für die "Massenpsychologie des Faschismus", was ich vor allem auf vier zentrale Schwächen zurückführe:

1. So wichtig es ist, die sozialpsychologische Erklärungsebene zu gewinnen, so entscheidend ist es, die Typen von klassenspezifischer Sozialisation, die das wichtigste Erklärungsinstrument auf dieser Ebene darstellen, ihrerseits historisch relativ zu untersuchen und nicht statisch darzustellen. Reich unterstellt aber einen ehernen Typus kleinfamiliarer Sozialisation, der sich selbst historisch mit der Entwicklung der Produktionsverhältnisse immer wieder gewandelt hat. Wichtig ist es daher, die *Verlangsamung* dieser Wandlungen und damit die zunehmende Ungleichzeitigkeit kleinbürgerlicher Bewußtseinsformen nach dem Ersten Weltkrieg auch *historisch* zu erklären. Dies geht aber nicht im Rekurs auf angeblich sexualökonomische Konstanten, sondern nur über eine Erklärung, die das bewußtseinsmäßige Zurückbleiben bestimmter Schichten aus ihrem ökonomischen und politischen Klassenschicksal entwickelt.

2. Darüberhinaus ist festzuhalten, daß das Kriterium der Sexualunterdrückung in der patriarchalischen Kleinfamilie quer zu den klassenspezifischen Sozialisationstypen steht. Gerade eine über Freuds ahistorische, selbst aber eine bestimmte Epoche der bürgerlichen Gesellschaft reflektierende Theorie hinausgehende Erklärung für den sexualunterdrückenden Charakter der Kleinfamilie hat diese nicht etwa als *kleinbürgerliche Familie*, sondern als *Familienform der bürgerlichen Gesellschaft* herauszuarbeiten. Für diese Form ist die Trennung von ökonomischer und psycho-sexueller Reproduktion der Individuen in der Familie konstitutiv, eine Ausgangsbedingung für die von Reich geschilderten autoritären, weil sexualgehemmten Dispositionen, die in spezifischer Ausprägung auch für proletarische Kleinfamilien zutrifft.

Reich geht demgegenüber von einem weder theoretisch erklärten noch empirisch belegten proletarischen Familienmilieu aus, dessen "natürliche" Sexualökonomie auf wunderbare Weise von der kapitalistischen Gesellschaft unberührt geblieben sein soll. Die auch von ihm festgestellte Verkleinbürgerlichung der Arbeiterschaft ist auf dem Hintergrund dieser Annahme nur als Einbruch antiproletarischer Ideologie in das heile proletarische Sexual- und Familienleben zu begreifen. Als Träger dieser Unterwanderung proletarischer Normen treten faschistoide Lumpenproletarier und die altbekannte "Arbeiteraristokratie" auf, deren Entstehung auch bei Reich nur moralisch verurteilt, nicht aber materialistisch erklärt wird.

3. Die von Reich richtig abgeleitete autoritäre Disposition, wie sie sich durch die durchschnittliche Sozialisation in der Kleinfamilie der bürgerlichen Gesellschaft ergibt, ist noch nicht der bestimmte bewußtseinsbildende Faktor für die Faschisierung von Teilen der deutschen Gesellschaft. Anders gefaßt: autoritäre Disposition erklärt ebensogut die sozialdemokratische Parteitreue von Facharbeitern bzw. die mythische Verehrung eines Hindenburg durch seinen kleinbürgerlichen deutschnationalen Anhang wie die passive Unterwerfung unter die faschistische Führerpartei.

Der Faschisierungsprozeß erforderte somit gerade eine Umorientierung der autoritären Fixierung, die nur durch die politischen Ideologie-Inhalte der faschistischen Bewegung im Kontext mit ihrem kombinierten Angebot von politischer Aktivität und Unterwerfung erklärt werden kann. Diese ideologischen Motive (Anti-Marxismus, antisemitisch verzerrte Ressentiments gegen das Großkapital usw.) gehen aber relativ unvermittelt – wenn auch

wiederum in verkehrter Form – aus dem ökonomischen Schicksal des Kleinbürgertums hervor, ohne durch frühkindliche Frustrationen schon *inhaltlich* determiniert zu sein. Die Besonderheiten des Faschisierungsprozesses, die gerade seine politische Funktion für die bürgerliche Herrschaftssicherung begründen, kann Reich also gerade *nicht erklären.*

4. Der Rückzug auf die sexuelle Dimension der psychoanalytischen Theorie ist bei Reich Ausdruck einer simplifizierenden Wahrnehmung des Prozesses, der ein der ökonomischen Situation unangemessenes Bewußtsein von Arbeitern und Kleinbürgern hervorbringt. Aus der ohnehin zu groben Annahme, daß die Unterdrückung materieller Bedürfnisse (wie Hunger und Durst) zur Rebellion treibe, während die Unterdrückung sexueller Bedürfnisse im Prozeß der Verdrängung die Auflehnung gegen diese Unterdrückung gerade hemme (S. 56), folgert Reich methodisch kurzschlüssig, sexuelle Unterdrückung sei das ausschlaggebende Moment für die Unterdrückung *aller* rebellischen Impulse einschließlich der politisch revolutionären: "Die Sexualhemmung verändert den wirtschaftlich unterdrückten Menschen strukturell derart, daß er gegen sein materielles Interesse handelt, fühlt und denkt" (S. 57). Wie das geschieht und über welche Ebenen verzerrter Wahrnehmung eigener Bedürfnisse und der diese bestimmenden gesellschaftlichen Verhältnisse diese Veränderung abläuft, wird bei Reich aber gar nicht oder nur scheinbar, weil zirkelhaft, erklärt.

Die Ebene unmittelbar ökonomisch verursachter Ressentiments in der sozialen Wahrnehmung der Klassengegensätze fällt aus dieser sexualökonomisch verkürzten Problemstellung ebenso heraus wie die Erscheinung, die etwa die Arbeitslosenfrage zu einem entscheidenden politischen Problem der Arbeiterbewegung in der Weltwirtschaftskrise gemacht hat: daß nämlich das Verhältnis von kurz- und langfristigen Interessen sich verschiebt, wenn eine ökonomische Krise materielle Not erzeugt und damit kurzfristige Problemlösungen für die einzelne Arbeiterfamilie auf Kosten langfristiger Problemlösungen der ganzen Arbeiterklasse immer dringlicher macht.

Nils Kadritzke

Aktionen, Bekenntnisse, Perspektiven. Berichte und Dokumente vom Kampf um die Freiheit des literarischen Schaffens in der Weimarer Republik. Hrsg. von der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin, Sektion Dichtkunst und Sprachpflege, Abt. Geschichte der sozialistischen Literatur. Auswahl, Einleitung und Kommentar: Friedrich Albrecht, Irmfried Hiebel, Klaus Kändler und Alfred Klein. Leitung: Alfred Klein. – Berlin und Weimar: Aufbau Verlag 1966. 675 S. DM 15,–.
KLEIN, Alfred: **Im Auftrag ihrer Klasse. Weg und Leistung der deutschen Arbeiterschriftsteller 1918 - 1933.** Hrsg. von der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin, Sektion Literatur und Sprachpflege, Abt. Geschichte der sozialistischen Literatur. – Berlin und Weimar: Aufbau Verlag 1972. 853 S. (= Beiträge zur Geschichte der deutschen sozialistischen Literatur im 20. Jahrhundert, Bd. 3.) DM 24,–.

Es ist über zwei umfangreiche Bände zu berichten, die Beiträge zur Geschichte der sozialistischen deutschen Literatur im ersten Drittel unseres Jahrhunderts (also vor Hitlers Machtübernahme) sein wollen. Es sind, wie mit Bedauern festgestellt werden muß, trübselige Beispiele für die Zwangsbewirtschaftung des geistigen Lebens im Endstadium der Ulbricht-Herrschaft. Beide Bücher wollen eine Ahnengalerie für den in den sechziger Jahren eingepeitschten "Bitterfelder Weg" schaffen, den unzeitgemäßen Rückfall in die Anfänge der "proletarisch-revolutionären Literatur" der zwanziger Jahre, die damals, wenn auch formal unzulänglich, Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen und Arbeitsbedingungen zum Ausdruck bringen sollte – eben das, was sie in der DDR nicht oder nur bedingt darf. Als Ahne wird in Anspruch genommen und als Vorbild dargestellt, wer den gegenwärtigen Machthabern genehm ist – sei er tot oder lebendig.

In dem früheren der beiden von Alfred Klein verantworteten Bände, der 1966 unter dem Titel "Aktionen, Bekenntnisse, Perspektiven. Berichte und Dokumente vom Kampf um die Freiheit des literarischen Schaffens in der Weimarer Republik" sammelte, geht die Parteilichkeit so weit, daß von den 675 Seiten rund 200 Johannes R. Becher vorbehalten sind; Brecht wird zwanzigmal, Ernst Bloch zweimal (beiläufig) erwähnt; ein damals in Moskau behauster ungarischer Komintern Funktionär namens Bela Illes wird auf rund vierzig Seiten zu einer Zentralfigur der sozialistischen Literatur in den zwanziger Jahren aufgebläht, der Name des mit seinen Verlagen, Zeitungen, Zeitschriften, Komitees, Aktionen tatsächlich bedeutenden Organisators und Propagandisten Willi Münzenberg, dem die proletarisch-revolutionären Schriftsteller und ihre aus dem Bürgertum kommenden Verbündeten Publizität, Erfolg und täglich Brot verdankten, kommt nur ein einziges Mal in einer Zuschrift vor; ein sprachlich und gedanklich tief unter dem Durchschnitt liegender Arbeiterschriftsteller namens Grünberg, der in seiner Frühzeit ein formal miserables, stofflich zeitgemäßes Buch über die Kämpfe der Ruhrkumpels in der Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges geschrieben hatte, wird unmäßig hochgelobt, während ein für die "proletarisch-revolutionäre" Literatur so maßgebender Schriftsteller wie Theodor Plivier nur ein einziges Mal in einer Aufzählung als Verfasser von "Des Kaisers Kulis" erwähnt wird (an anderer Stelle steht sein Name in einer Liste von 150 Unterschriften verzeichnet).

Georg Lukacs, damals das geistige Zentrum des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, darf nur als Unterzeichner von Protestresolutionen oder Mitglied des Vorstandes der Ortsgruppe Berlin des Schriftstellerverbandes namentlich vorkommen und einmal im Anhang als Verfasser einer lobenden Besprechung von Bechers "Hohelied vom Fünfjahrplan" (Der große Plan). Heinrich Mann wird weisungsgemäß in Anspruch genommen,

obwohl er in der Zeit, die dieses Buch dokumentieren will, mehrfach im Organ des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller "Die Linkskurve" gehässig und diffamierend angegriffen wurde, z. B. im April 1932 in einem Artikel Bechers unter dem Titel "Vom 'Untertan' zum Untertan"; da wird er als Lakai der Bourgeoisie angerüffelt, weil er gegen die summarische Erschießung von 48 als Staatsfeinde bezeichneten Sowjetbürgern protestiert hatte. Noch in Heft 11/12 (1932) wird er von verschiedenen Mitarbeitern des Blattes – wie es nun heißt – "zum Teil mit ungerechtfertigter Schärfe" kritisiert.

Es ist die Generallinie des in Rede stehenden Buches, die geistigen, literarischen, politischen Verdienste der Schriftsteller in den zwanziger Jahren mit Maßstäben des Polit-Büros der SED in den sechziger Jahren auf- oder abzuwerten, teilweise auszulöschen. Der Quellenwert nicht nur dieser Kompilation sondern auch anderer Sammelwerke oder literaturkritischen Versuche der Absolventen von Parteihochschulen der DDR wird dadurch fragwürdig. Das erschwert die Verständigung, die so sehr zu wünschen ist. Aber vielleicht ist gerade dies die Absicht der politischen Drillmeister: die Verständigung zwischen Menschen einer Sprache zu erschweren, gemeinsame geistige Wurzeln auszuroden.

Ganz so grobschlächtig wie diese 1966 auf den Personenkult des Ulbrichtbiographen Becher zurechtgestutzte Parteischrift ist der 1972 erschienene, über 850 Seiten umfassende, andere Band von Alfred Klein: "Im Auftrag ihrer Klasse" nicht mehr. Aber die Hinterlassenschaft der 25jährigen Niveausenkung von Kunst, Literatur, Geisteswissenschaft wirkt noch nach in der Präsentation gerade der geistig und literarisch Minderen als Vorbilder der angestrebten "volksverbundenen" Literatur. Unvermeidlich steht Becher obenan, der in seinen besten Zeiten nicht nur ein Propagandist, Tendenzpoet, von Ehrgeiz verzehrter, zu allem bereiter Politavantageur sondern ein Dichter war, kein lang überdauernder, doch im geistigen Konzert der Zeit nicht zu überhörender. Brecht und Anna Seghers, auch Friedrich Wolf, E. E. Kisch, Ludwig Renn, F. C. Weiskopf und dem früh verstorbenen Rudolf Braune wird Kredit gegeben – seltsamerweise (oder bezeichnenderweise) kommt Arnold Zweig nicht ein einziges Mal vor. Der Untertitel: "Weg und Leistung der deutschen Arbeiterschriftsteller" bezeichnet den Schwerpunkt; und eben da wird nicht nach Begabung, Leistung, Wirkung sondern nach Parteihörigkeit gewertet, so daß sogar ein Willi Bredel, weil er einmal der Liberalisierung das Wort geredet hat, ideologisch gegenüber den Spitzenfiguren Grünberg und Marchwitza ins zweite Glied gerückt wird, Plivier, Daudistel, Kurt Kläber, Ernst Toller sind zugelassen als Objekt kritischer Betrachtung ihres aus Reih und Glied führenden Einzelgängertums, und sogar Georg Lukács kommt mehrfach zu Wort, nicht unbestritten, doch ohne die seit dem Ungarnaufstand 1957 gewohnten Diskriminierungen. Daß Alexander Abusch, unlängst noch stellvertretender Ministerpräsident, Mitglied des ZK, Günstling, doktrinärer Verfechter des harten Kurses in der Kulturpolitik der SED, ehrerbietig gerühmt wird, versteht sich von selbst. Sein Leitsatz: "Hans Marchwitza ist der echteste Dichter der revolutionären Bergarbeiterschaft in Deutschland" prägt sprachlich und begrifflich die Substanz des Bandes.

Desgleichen verstehen sich die (recht ausführlichen) Abrechnungen mit den Begründern der deutschen Arbeiterdichtung in diesem Jahrhundert Heinrich Lersch, Karl Bröger und Max Barthel, denen dichterisches Vermögen nicht abgesprochen werden kann, die aber als "Sozialverräter" und spätere Weggefährten der Nazis abqualifiziert werden: mit unterschiedlicher Berechtigung. In diesem Zusammenhang ist auffällig, daß auch in einem den Arbeiterdichtern vorbehaltenen Band mit keinem Wort des rheinischen Kesselschmieds und Dichters Gottfried Kapp gedacht wird, dessen Romane, Erzählungen, Gedichte und Briefe immerhin in 6 Bänden vorliegen, ein Rebell, der die Hand nicht zum Hitlergruß hochbekam und folglich von der Gestapo 1938 ermordet wurde – einer, den in Anspruch zu nehmen für die Autoren der Geschichte der Arbeiterdichtung eine Ehrenpflicht sein sollte.

Noch verwunderlicher ist, wie wenig Achtung und Beachtung dem Berliner Arbeiterschriftsteller und Altkommunisten Jan Petersen (Hans Schwalm) entgegengebracht wird, dem Widerstandskämpfer, der geheimer Redakteur (für Beiträge der im Lande verbliebenen revolutionären Schriftsteller) der im Exil in Prag erscheinenden Literaturzeitschrift "Neue Deutsche Blätter" war; der "Mann mit der Maske", der auf dem Internationalen Schriftstellerkongreß in Paris 1935 die Botschaft der Widerstandskämpfer im Lande überbrachte, zudem Autor des in viele Sprachen übersetzten erfolgreichen Romans "Unsere Straße", der als "Denkmal für die namenlosen Helden" des innerdeutschen Widerstandes gerühmt wurde. Auch spätere Erzählungsbände waren lesbar und erfolgreich. Allerdings finden sich darin nicht wie in Marchwitzas Roman "Roheisen" Devotionskundgebungen vor dem allwissenden Generalsekretär der Partei (weshalb in einer eigens einberufenen Sitzung Ende September oder Anfang Oktober 1955 jede Kritik an dieser unter Marchwitzas eigenem Niveau bleibenden Schmiererei als Äußerung der Feindschaft gegen den "Arbeiter- und Bauernstaat" bedroht wurde). Petersen hat bis zu seinem Tode, 1969, keinen Kotau vor dem Kultursekretariat der Partei, deren Mitglied er blieb, gemacht. Das ist die Erklärung für seine Abwertung durch die konformen Parteihochschüler.

Alle diese Arbeiten müssen (und werden im Laufe der Zeit) von Grund auf umgeschrieben werden, um Anspruch auf Gültigkeit machen zu können.

Alfred Kantorowicz

LEWIS, Beth Irwin: George Grosz. Art and Politics in the Weimar Republic. – Madison (Wisc.), Milwaukee und London: The University of Wisconsin Press 1971. XVIII, 328 S., 93 Ill. $ 12,50.

Die Preise für sozialkritische Kunst und Karikatur – insbesondere aus der Zeit der Weimarer Republik – erreichen ungeahnte Höhen, die Auflagen und Reproduktionen etwa eines John Heartfield gehen in die zehntausende. An der Wissenschaft ist diese Konjunktur bisher ziemlich vorbeigegangen und eine Untersuchung der sozialistischen Karikatur der Wilhelminischen und Weimarer Zeit bleibt noch immer ein Desideratum. Immerhin hat der "Wahre Jakob", das satirische Organ der deutschen Sozialdemokratie, vor dem Ersten Weltkrieg eine Auflage von etwa 400 000 erreicht.

Diese Monographie über George Grosz kann hierzu wichtiges Material und interssante Einsichten vermitteln. Das reich illustrierte Buch ist ein erneuter Beleg dafür, wieviel und auf welch breiter Basis an den amerikanischen Universitäten über deutsche Zeitgeschichte gearbeitet wird und wie gut die dortigen Bibliotheken und Archive bestückt sind, in diesem speziellen Falle hauptsächlich der George Grosz Nachlaßfundus in Princeton.

Die Tatsache, daß eine amerikanische Studentin, "when one is living in a small town in midwestern America", über George Grosz und die Weimarer Republik promoviert, ist aus den jahrzehntelangen wissenschaftlichen Bemühungen vor allem emigrierter Historiker zu erklären, die die Weimarer Intellektuellen zu einem Lieblingsobjekt der amerikanischen Forschung gemacht haben. Beth Irvin Lewis gibt dafür selbst die Arbeiten von Istvan Deak und Peter Gay als "background information" an.[1] Von den noch lebenden Zeitgenossen Grosz' haben vor allem Wieland Herzfelde, Richard Huelsenbeck und Walter Mehring zu dieser Arbeit beigetragen. Besonders erwähnenswert ist auch das umfangreiche George-Grosz-Archiv in der Akademie der Künste in West-Berlin.

Der Lebensweg von George Grosz wird in drei Perioden und Kapitel geteilt: "The Theoretical Misantrope 1912 - 1919", "The Angry Artist 1919 - 1923" und "Towards Nothingness 1923 - 1933".

Der 1893 geborene Grosz meldet sich 1914 als Kriegsfreiwilliger, wird jedoch sehr schnell zum radikalen Pazifisten, malt und dichtet expressionistisch und dadaistisch, ist fasziniert von den Vereinigten Staaten – sein Studio ist ein Wigwam aus Jazz-, Boxer-, Gangster- und Wildwestmythologie – und landet in der Novemberrevolution bei der Spartakusgruppe. Er selbst nannte später kleinbürgerlichen humanitären Idealismus als Grundlage seines Engagements, der freilich gekoppelt war mit misanthropischem, elitären Bewußtsein. Seine deutschen Landsleute umschrieb er in einem seiner Gedichte der Kriegszeit:

Ihr Hundesöhne, Materialisten,
Brotfresser, Fleischfresser – Vegetarier!!
Oberlehrer, Metzgergesellen, Mädchenhändler!
– ihr Lumpen!!!

Beth Irwin Lewis zeichnet ziemlich detailliert das vielfältige Geflecht der Beziehungen zu den künstlerisch und politisch radikalen Kreisen der Weimarer Republik. Bei der Schilderung der politischen Hintergründe und der zahlreichen Einzelheiten unterlaufen ihr jedoch in dem sonst penibel genau redigierten Buch einige kleinere Fehler. Besonders lesenswert und von zentraler Bedeutung erscheint die Schilderung von Grosz' wechselndem Verhältnis zur KPD, das allmähliche Zerwürfnis und der schließliche Bruch mit der Partei. Äußerlicher Wendepunkt war die Desillusionierung durch eine Rußlandreise 1922, die tieferen Gründe lagen bei der emotionalen Fixierung auf die direkten Klassenkämpfe der Revolutionszeit, insbesondere den Freikorpsterror. Die Politik der Stabilisierungsphase der Republik nach 1923 und der ideologischen Gängelung der Partei auch in Kunstfragen durch die russische Zentrale war nicht nach seiner Art. Als er zum Beispiel von der Partei angehalten wurde, statt der elenden Proletariergestalten, denen die Ausbeutung ins Gesicht geschrieben stand, positiviere und heroischere Arbeiter darzustellen, lehnte er dies als "Hurra-Bolschewismus" ab. Auch der berüchtigte Gotteslästerungsprozeß ist gut dokumentiert. Grosz wanderte schon 1932 nach den USA aus, bekam dort den großen Katzenjammer über Deutschland und seine Vergangenheit, warf in einem langen Brief an Wieland Herzfelde Kommunismus und Nationalsozialismus in einen Topf und versuchte sich selbst zu einem klassischen Yankee – Geschäftsmann zu stilisieren, verfiel jedoch schließlich dem Alkohol.

Lewis gibt in 92 reproduzierten Zeichnungen einen informativen Überblick über die künstlerische Entwicklung von George Grosz und in der Bibliographie eine wohl ziemlich vollständige "Check-Liste" seiner Werke. Ihre Werkanalyse erschöpft sich jedoch weitgehend in der Beschreibung des umfangreichen oeuvre und seiner Entstehung.

Die Stärke von Grosz war der "Spießer-Spiegel", die erbarmungslose Typisierung der Visagen deutschen Spießertums zwischen Feldwebel und Schlotbaron. Er trieb mit dessen Häßlichkeit geradezu einen Kult. Bäuche, Bärte, Glatzen und Stiernacken, die er geradezu besessen in immer neuen unverwechselbaren Abwandlungen brachte, typisierte er zu einer höheren Wirklichkeit. Die Karikatur zu konkreten Ereignissen und einzelner Personen – mit Ausnahme vielleicht Eberts und

1 Istvan Deak, *Weimar Germany's Left-Wing Intellectuals. A Political History of the Weltbühne and it's Circle*, Berkeley (Cal.) 1968; Peter Gay, *Weimar Culture: The Outsider as Insider*, New York 1968.

Hindenburgs – waren nicht seine Stärke. Harry Graf Kessler, der schon seit 1916 Mäzen und Freund von Grosz war, sah in den Zeichnungen "das Gegenbild irgendeines geheimen Schönheitsideals, das Grosz in sich verbirgt, . . . eine mimosenhaft empfindliche Natur, die aus Empfindsamkeit unerhört brutal wird . . ."

Hans H. Biegert

MAYER, Evelies: **Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften.** – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1973. 160 S. (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften.) DM 14,–.

Diese Publikation aus dem Umkreis des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (IFS) wurde lange ungeduldig erwartet, nicht zuletzt wegen des umfangreichen Forschungsprojekts ähnlicher Thematik, über das seit Jahren ein "Zwischenbericht" vorliegt, der als Graudruck in Fachkreisen lebhaft kursiert.

Das Inhaltsverzeichnis des vorliegenden Bandes scheint zu halten, was der hochgesteckte Titel verspricht: es geht um "Theorien", "Modelle" und "Funktionen". Der "organischen Integration" wird die "antagonistische Kooperation" gegenübergestellt. Darauf folgt die Gewerkschaft als "Gegenmacht", zunächst in der "Verfassung", im "Verteilungskampf" und schließlich "am Arbeitsplatz".

Was sich hinter dieser konsequenten Gliederung verbirgt, ist – positiv gewürdigt – ein sehr ausführlicher, sehr kritischer Literaturbericht. Neben deutschsprachigen Titeln der letzten 25 Jahre werden vor allem angelsächsische, aber auch französische (Gorz) und holländische (van de Vall) Publikationen berücksichtigt.

Der Hauptteil beginnt mit dem unvermeidlichen Exponenten konservativ-christlicher Gewerkschaftstheorie (Briefs) und führt über liberale Zwischenstationen zu progressiven Autoren der jüngeren Akademikergeneration. Der Gedankengang vollzieht sich streckenweise als "Gipfelwanderung" von Prominenz zu Prominenz. Auf Theodor Geiger folgt Ralf Dahrendorf, nach Alfred Weber tritt Otto Stammer in den Mittelpunkt der Betrachtung. Abendroth, Habermas und Seifert dürfen nicht fehlen. Dazwischen schieben sich weniger bekannte Autoren und zum Schluß meldet sich die Verfasserin immer häufiger mit eigenen Sentenzen zu Wort, im Chor begleitet durch Frankfurter Diplomanden der letzten Jahre. Es entsteht der Eindruck eines raffinierten personellen Arrangements, dessen Selektionsprinzipien freilich kaum durchsichtig werden.

Immerhin fällt auf, daß zahlreiche kleine Beiträge und Elaborate junger Akademiker neben den großen Namen der internationalen Sozialwissenschaften gerne berücksichtigt werden. Konsequent eliminiert bleiben dagegen jene praxisnahen Autoren, die das theoretische Selbstverständnis der Gewerkschaften im Wandel der Verhältnisse am deutlichsten artikulierten: Folglich kennt das Literaturverzeichnis keinen Brenner, aber einen Doll (Hans-Wilhelm), keinen Leber, aber einen Funke (Rainer), keinen Rosenberg, aber einen Teschner (Eckart), natürlich auch keinen Matthöfer oder Böckler, keinen Seidel oder Erdmann – von Ernest Mandel ganz zu schweigen. Linke und rechte Gewerkschafter werden offenbar willkürlich mit der gleichen Ignoranz bedacht oder auch nicht bedacht.

Allerdings bekommt Heinz Oskar Vetter als Repräsentant der "Blinden Macht" gleichsam stellvertretend seine herbe Abfuhr. Der jeweils amtierende DGB-Vorsitzende muß eben als aktuelle Inkarnation gewerkschaftlicher Borniertheit herhalten. Auch wenn Vetter – in guter theoretischer Tradition – sorgsam zwischen Grundsatz- und Aktionsprogramm unterschieden wissen will, muß ihm das um die Ohren geschlagen werden. Die Verfasserin spricht folglich von einer "Politik isolierter gewerkschaftlicher Forderungen, für die man den Nachweis gesellschaftlicher und strategischer Voraussetzungen für ihre Realisierung schuldig bleibt" (S. 10). Wer so verfährt, darf sich nicht beklagen, daß der 9. Bundeskongreß des DGB einer institutionalisierten Beteiligung unabhängiger "Gesellschaftswissenschaftler" an der gewerkschaftlichen Reformdiskussion skeptisch begegnete.

Wer aktiven Gewerkschaftern auch nur mit dem Anschein akademischer Arroganz gegenübertritt, blickt als sehende Ohnmacht allzu leicht in ein verzerrtes Spiegelbild der "Blinden Macht". Da stockt die Vermittlung, die gesellschaftliche Dialektik von Kopf- und Handarbeit wird blockiert, der Dialog von Intelligenz und Proletariat unterbrochen. Die Opfer dieses Vorgangs sollten sich hüten, die Ursache nur beim Gegenüber zu suchen, es sei denn um den Preis ihrer theoretischen Überlegenheit. Auch die Flucht in eine Apotheose der Septemberstreiks von 1969 oder die wiederholte Beschwörung der spekulativen "Basis" sind nicht geeignet, einen unterbrochenen Dialog wieder herzustellen. Diese Erfahrung, daß man auf die Dauer nicht ungestraft versuchen darf, Basis und Führung gegeneinander auszuspielen, mußte die RGO bereits vor vierzig Jahren machen. Es ist nicht klug, eine so massive "Lehre der Geschichte" zu mißachten.

Diese Gegenkritik berührt zunächst nicht das abstrakte Ergebnis der vorliegenden Arbeit. In der Tat kann die Verfasserin am Schluß ihres Werkes wesentliche Merkmale gewerkschaftlichen Funktionswandels als mehr oder weniger starken Konsensus ihrer akademischen Favoriten zusammenfassen (S. 143 ff.):

1. "Den Gewerkschaften werden . . . öffentlich-rechtliche Aufgaben auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet zugewiesen."

2. "In dem Maß wie die Gewerkschaften an staatlichen Steuerungsfunktionen beteiligt werden, findet eine Politisierung ihrer Funktionen statt."

3. "Durch die Fähigkeit, gesamtwirtschaftliche Prozesse und politische Interpretationen von Konflikter-

fahrungen bei den Mitgliedern beeinflussen zu können, erhalten die Gewerkschaften eine strategisch bedeutsame Position, die im Interesse privater Kapitalverwertung an die staatlich organisierten Ordnungsleistungen rückgebunden werden muß."

4. "Das hat zur Folge, daß in dem sich anbahnenden gesamtwirtschaftlichen Planungsprozeß auch die Gewerkschaften formal an den wirtschaftspolitischen Entscheidungen beteiligt werden."

5. "Der spezifische Beitrag der Gewerkschaften zur allgemeinen politischen Stabilisierung liegt im Versuch, die Mitglieder zu disziplinieren."

6. "Insgesamt geht es darum, die Mitgliederinteressen ohne Loyalitätseinbußen in einen Spielraum einzufügen, den die jeweiligen konjunktur- und wachstumspolitischen Erfordernisse und die Legitimationsmuster betrieblicher und gesellschaftlicher Herrschaft zulassen. Die Rentabilität privater Investitionen als zentraler Lenkungs- und Verteilungsmechanismus und die private Verfügungsgewalt bleiben so unangetastet."

So umständlich das auch klingen mag, der Kern mühevoller theoretischer Operationen ist leicht herausgeschält: Funktionswandel heißt demnach nichts anderes als jener Arbeiterverrat, der dem herrschenden System so raffiniert innewohnt, daß weder Verräter noch Verratene ihn ohne theoretische Hilfe zu erkennen vermögen. Auch wenn diese Behauptung am Schluß des Bandes so sorgfältig verpackt präsentiert wird, drängt sich der Eindruck auf, daß es sich um eine These handelt, die bereits feststand, bevor die Verfasserin die Anstrengung des Begriffs auf sich nahm. Dieses intellektuelle Vorgehen erinnert in deprimierender Weise an jenen hermetischen Prozeß automatischen Denkens, bei dem Behauptung und Beweis nicht mehr streng unterschieden werden, bei dem Voraussetzung und Resultat miteinander identisch sind. Theorie nähert sich dabei einem perfekten Zirkelschluß von beliebiger Ausdehnung, bei dem nicht mehr herauskommt, als zuvor hineingesteckt wurde, wenn auch in verbal verwandelter Gestalt.

Schon in ihrer Einleitung bekennt die Autorin in dankenswerter Offenheit: "Untersuchungen, die in empirisch begründeter und begrifflich stringenter Weise den gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen nachgehen, die zur Abkehr der Gewerkschaften vom Modell einer autonomen Interessenorganisation führen, fehlen weitgehend" (S. 11). Der historisch versierte Leser wird sogleich fragen, wann und wo dieses vorgebliche "Modell" in der deutschen Organisationsgeschichte volle oder auch nur repräsentative Gültigkeit besaß. Etwa vor dem Ersten Weltkrieg ? Etwa im wilhelminischen Kaiserreich ? Aber mit dieser Frage überschreitet der Leser bereits die selbstgesteckten Grenzen der Studie. Was vor 1945, vor 1933 oder gar vor 1914 geschah, wird nicht berücksichtigt. Der diskutierte Funktionswandel hat sehr bescheidene historische Dimensionen. Aber kann man sich kompetent — so wäre zu fragen — über einen Funktionswandel gesellschaftlicher Organisationen äußern, wenn der historische Orientierungsrahmen nur aus wenigen Bemerkungen über die Auseinandersetzungen von 1952 und 1969 besteht ? Ist der mittel- und langfristige historische Prozeß etwa kein konstitutives Element jenes vielschichtigen Transformationsprozesses, der mit Funktionswandel durchaus treffend bezeichnet wird ?

Allgemein zeigt sich, und darin liegt auch ein Verdienst der Verfasserin, daß es bislang keine Theorien des gewerkschaftlichen Funktionswandels gibt, die diese Bezeichnung vollinhaltlich beanspruchen dürfen. Es existieren nur zahlreiche "Ansätze". Dazu bemerkt die Autorin kritisch: "In solchen Ansätzen vermischen sich fallweise herangezogene empirische Angaben mit normativen und präskriptiven Aussagen, werden Situationsanalysen überlagert von strategischen Überlegungen zur aktuellen Gewerkschaftspolitik" (S. 11 f.). So ist es tatsächlich, und die Autorin hat diesen beklagenswerten Rahmen wohl quantitativ überschritten, aber nicht qualitativ gesprengt. — Freilich hilft hier kein weiteres Räsonieren. Vielmehr ist zu fragen, auf welche Weise die vorliegenden Theorieansätze zum Funktionswandel der Gewerkschaften über sich selbst hinausgeführt werden können.

1. Die fehlende empirisch-wissenschaftliche Fundierung erfordert dort, wo aktuelle gesellschaftswissenschaftliche Analysen nicht mehr hinreichen, eine gründliche historische Bestandsaufnahme, um periodische, permanente und einmalige Wandlungsprozesse besser unterscheiden zu können. Das erscheint schon deshalb notwendig, weil nicht immer wieder als neuester "Funktionswandel" verkauft werden darf, was seit Ignaz Auers Diagnose des "königlich preußischen Gewerkvereins" von 1888 zu den Standards der Gewerkschaftskritik gerechnet werden muß.

2. Es ist zwischen externem und internem Funktionswandel zu unterscheiden, also zwischen einem Wandel der Beziehungen von Gewerkschaft, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, konkurrierenden Verbänden, kooperierenden und konfligierenden Parteien etc. gegenüber einem internen Funktionswandel der Organisationen, ihrer Mitgliedschaften und korrespondierenden Beschäftigungsgruppen, ihres Funktionärskörpers etc. Gleichzeitig sind die Interdependenzen zwischen externem und internem Funktionswandel zu reflektieren.

3. Der interne Funktionswandel ist auf die Umschichtung der Mitgliedschaft, den Wandel der formellen und informellen Organisationsstruktur, die Veränderungen im Prozeß der Meinungs- und Willensbildung in Friedens- und Kampfzeiten hin zu untersuchen. Jedenfalls geht es nicht an, den Funktionswandel zu analysieren, ohne sich dem Wandel der Mitgliedschaft (zunehmend Angestellte, Beamte, Wissenschaftler, aber auch Gastarbeiter) zuzuwenden, ohne die Evolution und Involution der Organisationsformen (Berufsverband, Richtungsgewerkschaft, Einheitsgewerkschaft) zu beachten, ohne die wechselnde Frontstellung und Bündnissituation im Klassenkampf zu berücksichtigen.

4. Der externe Funktionswandel steht gewiß in engem Zusammenhang mit den vorherrschenden politisch-gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen. Aber darf die Analyse auf Fragen der internationalen Kooperation, der supranationalen Mitbestimmung oder des Sozialimperialismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen verzichten ? Ist die Übernahme außenpolitischer Funktionen, die Ausbildung einer "Labor Diplomacy" nicht eines der hervorstechendsten Merkmale gewerkschaftlichen Funktionswandels ? Darf man sich innenpolitisch allein auf den schleichenden Funktionswandel innerhalb des herrschenden Systems beschränken, ohne den galoppierenden Funktionswandel bei einem Systemwechsel vergleichend heranzuziehen ? Darf man dabei die Literatur aus der DDR so total ignorieren, wie es in dem vorliegenden Falle geschieht ?

5. Handelt es sich bei dem Funktionswandel um einen planvoll gesteuerten Prozeß oder um eine Entwicklung sui generis ? Gibt es Möglichkeiten, den Anteil der Fremd- und Selbststeuerung zu verschieben ? Vollzieht sich der Funktionswandel gleichmäßig, entstehen notwendigerweise Knotenpunkte und Sprünge ? Ist er reversibel oder aufhebbar ? Welche Voraussetzungen wären dafür zu entwickeln ? Welche Schlußfolgerungen ergeben sich für Aufbau, Zielsetzung und Arbeitsweise der Gewerkschaften ?

Es bleibt viel zu arbeiten, wenn über die vorliegende "literaturkritische Studie" hinaus etwas erreicht werden soll, was als umfassende Theorie gewerkschaftlichen Funktionswandels notwendig wäre, um eine bewußtere, rationalere und planvollere Praxis zu ermöglichen. Um dieses Problem zu lösen, bedarf es auch eines Funktionswandels im Verhältnis kritischer Theorie zu gewerkschaftlicher Praxis.

Der Praxismangel dieser Theorie übersteigt durchaus den beklagenswerten "Theoriemangel" (S. 12) der Gewerkschaften. Werden beide saldiert, dann rangiert die Praxis auf der Habenseite. Eine Theorie, praktiziert als ungeduldiges Bohren vieler dünner Bretter, kann sich mit zäher gewerkschaftlicher Praxis immer noch schwer messen. Jedenfalls übersteigt der konkrete Funktionswandel der Gewerkschaften bei weitem das Ausmaß und die Differenzierungen der vorliegenden Theorien.

Gerhard Beier

KALEX, Günter: **Wirtschaftsunternehmen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland.** – Berlin: Dietz 1967. 236 S. DM 5,–.

Im ersten Teil seiner Arbeit stellt Kalex die Geschichte gemeinwirtschaftlicher Unternehmen von den ersten Arbeiter-Hilfskassen bis hin zu heutigen Genossenschaften und gewerkschaftlichen Wirtschaftsunternehmen in der BRD dar. Treibender Motor ihrer Entwicklung ist der Klassenkampf: Unterstützungsfonds, Arbeiterversicherungen und Konsumgenossenschaften entstehen zu Anfang des vorigen Jahrunderts als Reaktion auf frühindustrielle Ausbeutung von Arbeitskraft und Konsumbedürfnissen. Sie erstarken im Kampf gegen Sozialistengesetze, Weltkrieg, Opportunismus, Bestechung und die bourgeoise Ideologie der "Wirtschaftsdemokratie" in der Weimarer Republik. Nach dem "Raub durch die Faschisten" und dem Zweiten Weltkrieg gelang der Ausbau der "Arbeiterunternehmen in Handel, Geld- und Bauwirtschaft."

Obwohl mit einer Menge von allerdings verworrenen und unübersichtlichen Zahlenangaben garniert, ist dieser Teil ein Beispiel naiv-schulmarxistischer Geschichtsschreibung: Das Proletariat wird siegen, darum wächst seine Macht ständig; der endgültige Sieg ist aber noch nicht errungen, darum geht es in zweiter Linie um die Darlegung der immer boshafteren und raffinierteren Methoden der kleinen Klasse der Kapitalisten, ihn wieder und wieder hinauszuzögern. Dieses ewig gleiche Klassenkampf-Spiel wiederholt sich auf immer höheren geschichtlichen Stufen: Konkurrenzkapitalismus, Monopolkapitalismus, Imperialismus. Textproben: "Der Übergang vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus war nicht nur mit einem raschen Anwachsen der deutschen Arbeiterbewegung verbunden, er führte auch zum immer stärkeren Auftreten opportunistischer Kräfte in den Arbeiterorganisationen" (S. 47). "Das parasitäre Wesen des Imperialismus und sein räuberischer, aggressiver Charakter, . . . , bewirkten die Herausbildung des grundlegenden Gegensatzes zwischen der kleinen Gruppe herrschender Finanzkapitalisten und den Volksmassen." (S. 34). Wahrheitskriterium ist, daß sich das Gesagte stets durch Vorzeigen von Textstellen Marx' und Lenins legitimieren kann.

Nach der Schilderung des Entstehungszusammenhanges geht Kalex im zweiten Teil zur Darlegung der unterschiedlichen Strukturen und Funktionen von "Arbeiterunternehmen" einerseits und kapitalistischen Betrieben in der BRD andererseits über. Trotz kapitalistischer Produktionsverhältnisse, Opportunismus und Bestechung sieht der Autor in heutigen Konsumgenossenschaften Keimformen der sozialistischen Gesellschaft, Instrumente zur Stärkung der Arbeitermacht im Klassenkampf; denn sie dienen nicht der privaten Akkumulation von Kapital. "Ihre entscheidende ökonomische Funktion besteht in der Bereitstellung von Gebrauchsgütern zur Deckung des Bedarfs der Arbeiter und anderer Werktätiger unter möglichster Ausschaltung ihrer zusätzlichen Ausplünderung auf dem Markt" (S. 144). Auch Unternehmen wie etwa die "Bank für Gemeinwirtschaft" oder die "Neue Heimat" realisieren nicht Mehrwert, sondern garantieren die Zentralisierung und Rationalisierung von Arbeitermitteln. Ausbeutung und Entfremdung sind minimiert. Mit dieser These des prinzipiellen Unterschieds zwischen profit- und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen in der BRD tritt Kalex einmal konservativer Kritik entgegen, die in der "Doppelfunktion" der Gewerkschaften als Großkonzerne und Arbeitervertreter einen zu überwindenden

Widerspruch sieht, und wendet sich gleichzeitig gegen Stimmen aus dem eigenen Lager, für die Arbeiterorganisationen in der BRD nur Handlanger der herrschenden Klasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus sind.

Kalex' Buch enthält mehr "Lob" und Rechtfertigung als Kritik an westdeutschen Gewerkschaftsunternehmen und Genossenschaften. Umständlich, mit vielen Wiederholungen und niemals ohne die marxistische Klassiker um Erlaubnis gebeten zu haben, versucht der Autor in diesem zweiten Teil, den klassenkämpferischen Charakter und die "demokratischen Potenzen" westdeutscher "Arbeiterunternehmen" glaubhaft zu machen.

Dorothee Keppel

NIETHAMMER, Lutz: **Entnazifizierung in Bayern, Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung.** – Frankfurt/M.: S. Fischer 1972. 710 S. DM 68,–

This rather comprehensive work which represents Dr. Niethammer's dissertation attempts to take a systematic and analytic look at denazification in general and its specific application to Bavaria. Niethammer begins by accurately summarizing the literature in this field and raising some very significant questions; in doing so, he lays the foundation für the conclusions made at the end of this monograph. "Der referierte Forschungsstand läßt vier Hauptmängel der bisherigen Behandlung der Entnazifizierung erkennen. Die damit aufgeworfenen Fragen versucht die vorliegende Arbeit zu beantworten" (p. 24).

1. Most of the literature begins with the major goals of the Process of denazification: "Personalsäuberung" and asks the question: why did this policy fail. "Aber damit ist die Entnazifizierung in ihrer charakteristischen Doppelnatur, in der von Anfang an nationale, soziale und personale Rehabilitierungsbemühungen mit der Säuberung untrennbar verschmolzen, weder von vornherein gescheitert noch hinreichend erklärt . . . Unser Hauptinteresse . . . richtet sich demnach auf die geschichtliche Funktion der Entnazifizierung" (p. 25). Then, the conclusion points out that this particular policy represented a compromise on the part of the Americans and the Germans (pp. 654-658). Niethammer documents the positions of the various sides and the conflicts among the various positions. (pp. 68-117 and pp. 211-225). The German reaction to this policy is put into the context of the pre-World War II political constellations and oppositions.

2. The other problem with the literature is its "Aspekthaftigkeit". it doesn't recognize the important element of continuity of the economic and social structures; this is accurately pointed out in the conclusion.

3. Related to this, the literature does not evaluate the political significance of this policy (p. 26). Niethammer characterizes the developments during this period as a "Regression von der antifaschistischen Demokratie in den Imperialismus".

4. Finally, the literature is guilty of neglecting to analyze effects of this policy on the economic and social structures within the society as a whole.

By giving a very specific and detailed historical account with respect to each of these questions, the author is successful in upholding his critique; moreover, he has made a significant contribution to the literature in this field by his hypotheses.

Not being an expert on denazification or the politics of the state of Bavaria, I cannot judge the accuracy of the historical documentation in this work or other detail related specifically to denazification. However, as a student of the S.P.D. literature and the immediate post-1945 period – specifically with respect to the development of political parties – it strikes me that there are some major weaknesses with this work. Above all else, the reader gets lost in the maze of historical detail. We seem to be dealing with another case of "liberal historiography"[1] which assumes that history is shaped by ideas (policies to some extent, also) rather than social relations and economic interests. Niethammer tries to go beyond ideas and analyze economic and social relations. However, he leaves us with a very sketchy picture when he engages in this type of analysis. For example, his discussion of political parties illustrates this weakness quite well. Niethammer concentrates on the ideology of the SPD (p. 91 and p. 98; also p. 211 . . .) and does not ask the question systematically enough: would the result have been different in terms of SPD policy, if the allies had acted differently. Related to this, although he mentions the cold war, he does not systematically evaluate its practical and ideological impact on the operationalization of the denazification policy – especially, with respect to the position of the various political parties adopted. Narr is very clear in evaluating the impact on the political parties: " . . . mit anderen Worten die Politik des Kalten Krieges, sie muß als ein ganz wesentliches Ferment, ja zum Teil als Transformator der Programmatik der deutschen Parteien gelten" . . .[2]

If we view policy decisions (like the decision to implement denazifizication policies) as the product of constraints (Bedingungen), which delimit the alternatives open to the decision maker, then it is important to remember (with respect to the period under consideration): a) the allies delimited the context in which policy formulation could take place, b) the allied constraint on policy was not the only one which played a major role in influencing policy outcomes in the post-1945 period, c) other external constraints (ones not directly connected

1 Geoffrey Barraclugh, in: *New York Review of Books*, Oct. 19, 1972, p. 34.

2 Wolf-Dieter Narr, *CDU–SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart 1966, p. 70.

with political parties) were operative during this time period. For example, the SPD was influenced by Schumacher's anti-communist attitude. This lead to some inconsistencies in programming and formulation of policy, and further inconsistencies between "Theorie" und "Praxis". Some other inconsistencies relate to conceptions of what the democratic state should be (p. 110).

Furthermore, with respect to the development of political parties, the author talks about the "Rutsch nach Links" but he doesn't evaluate it in terms of specific policy outputs by the parties and in the context of economic and social relations. If nationalization of industry is representative of leftist policies, then it should be noted: the SPD has traditionally only developed its policies in the area of nationalization of industry on a highly abstract and theoretical level; the post-1945 period is no exception to this rule. The party addressed itself to questions of ownership and formal administration; however, it never addressed itself to operationalizing these concepts. Moreover, it never went beyond the point of saying that the ownership of industry would be placed in the hands of some trustee. The party doesn't go beyond this point in conceptualization or definition despite the fact that 1) the party has seriously considered these policies for over three decades, and 2) it placed in the area of economic planning as a first priority for development and consideration. This conclusion leads one to ask the question: would the party have developed any differently even if the allies had permitted them to. This kind of analysis is never pursued by Niethammer.

Moreover, on a methodological level, public policy analysis (this work included) is guilty of giving primary attention to the policy or program actually adopted (the idea that the winner takes all) and little or no attention is paid to the alternative that could have been adopted or the system constraints which probably influenced the decision making process. In adopting this orientation we may be unintentionally overlooking important conflicts which could guide us in our understanding of political parties. It is just this systematic discussion of alternative policies which is missing from this study.

Finally, the reader needs to know the overall significance of the denazification process in relation to other policies and decisions under consideration during the immediate post-war period; for example, how do we evaluate this in relation to the immediate economic needs (food, housing) that were being dealt with at that time. Thus, although it is a good and competent analysis of the specific policy under consideration, the main weakness of the book is its failure to place this chapter of the post-1945 period within the greater context of economic, political, and social developments.

Robert F. Rich

The long Debate on Poverty. Eight essays on industrialisation and the 'condition of England'. Published by the Institute of Economic Affairs. – Old Woking, Surrey: The Gresham Press 1972. XVI, 241 S. (= IEA Readings.) L 2,50.

This collection of essays has been produced by the Institute of Economic Affairs in London, describing itself as 'a research and educational trust', 'independent of any political party or group'. The eight independently conceived studies have a clear unity of purpose. They aim at a reappraisal of a long debate, at least a century and a half old, on the relationships between the Industrial Revolution and the mass poverty of successive generations in Great Britain. The point of view that the Industrial Revolution brought with it increasing misery, social dislocation and unhappiness, acute injustices and, at least for a long time, a fall in standards of living and real incomes had gained acceptance in the late nineteenth and throughout the twentieth century. Arnold Toynbee, the Webbs and the Hammonds and many others, had reinstated and elaborated in detail this point of view, originally represented by many contemprary social investigators, among others by Engels ('The Condition of the Working Class in England') and Marx ('Capital'). The most outspoken representatives of that school among present-day historians are E. J. Hobsbawm ('Labouring Men', 'Industry and Empire') and E. P. Thompson ('The Making of the English Working Class').

The authors of the reviewed essays belong to the 'revisionist' school, though weaker in impact than their opponents, yet with a long tradition among scholars, economists and some historians, and marshalling a vast amount of facts and arguments on their side. R. M. Hartwell, in an essay entitled, 'The Consequences of the Industrial Revolution in England for the Poor', which forms an introduction and presents concisely the main general arguments, claims that economic and social progress since the first half of the previous century has belied 'the nightmare of Malthus and the hope of Marx' (p. 17). There had been continuous inquiries ('mainly initiated by government') into the condition of the poor and a progressing intervention to better it. This view is elaborated in detail by Rhodes Boyson in his essay 'Industrialisation and the Life of the Lancashire Factory Worker'. Boyson stresses that the Industrial Revolution had highlighted the worst aspects of working class conditions and made remedies imperative, not only through social legislation, but also through promoting 'self-help' in the form of trade unions, cooperatives, friendly societies etc. This last matter is treated in greater detail in an essay by Norman McCord: 'Aspects of the Relief of Poverty in Early 19th Century Britain' which encloses a 'case study' of Newcastle charities. The author avoids a too optimistic view by admitting that not everything was done to relieve poverty that could have been done and the motives were of a very mixed character ('social emulation' fear of hell-fire and

the desire to establish a good balance above, and the desire to forestall social troubles by palliative measures', but also 'the very large amount of genuine kindliness and humanity'). He agrees, however, with the great 19th century liberal historian T. B. McCaulay that his generation 'was doing more to relieve poverty and distress than any previous age had done'. The importance both of state intervention and working-class 'self-help' especially in the form of friendly societies, is stressed by C. G. Hanson in his 'Welfare before the Welfare State'.

A fairly long study by G. E. Mingay treats the particular problem of 'The Transformation of Agriculture'. It tries to destroy the picture of a rapid 'Agricultural Revolution', attended by evils as described by J. L. and Barbara Hammonds, especially in their 'Village Labourer' (1911). But his own picture is not devoid of apologetics. How representative is e.g. the following statement ? 'Farm servants were able to save from their wages; they married late and sometimes used their accumulated funds to start a small farm or other business of their own'. 'sometimes' ? – certainly, but what precisely is 'sometimes' ?

The last three essays form a critical appreciation of some literary and scientific output concerning the great question of poverty within the context of industrialising and industrial Britain. Professor A. W. Coats, ('The Classical Economists, Industrialisation and Poverty') rehabilitates' the classical economists' (in which he includes also those whom Marx called 'vulgar economists': Nassau Senior, McCulloch and others) as not being devoid of social conscience though, perhaps, they had underestimated the costs of economic growth to human welfare. He stresses their faith in such a growth as a factor of general culture and civilisation. W. H: Chaloner and W. O. Henderson, who some years ago produced a new English translation of Engels' 'The Condition of the Working Class in England', put the historical value of this work in its true perspective ("Friedrich Engels and the England of the 'Hungry Forties' "). J. M. Jefferson in his study 'Industrialisation and Poverty: in Fact and Fiction' tries to prove that contrary to the myths of literary tradition the great social novels of the 19th century, by such famous writers as Charles Dickens, Disraeli, Charlotte Bronte, Mrs. Gaskell and others, were a poor literature and even a poorer guide to economic and social history of the period because of their exaggeration of the extreme evils and miseries. At the same time, Jefferson does not spare the more recent authors of academic books who write in the same vein.

While not denying the merits of this collection of essays by reputable scholars, we consider that the accusations of 'bias' and 'ideological slant' directed against the more traditional and established, pessimist and critical view of the subject, ricochet against the authors of this volume. In fact, a collection representative of the different and conflicting schools, a platform for all the contestants would have contributed much more to the understanding of these still most difficult problems.

Henryk Katz

INDUSTRIELLES SYSTEM UND POLITISCHE ENTWICKLUNG IN DER WEIMARER REPUBLIK

Bericht über das Internationale Symposion in Bochum vom 12. bis 17. Juni 1973

Von Hans H. Biegert

Die Konferenz war "bestrebt, den Zusammenhang zwischen sozialökonomischen Strukturbedingungen und wirtschaftlicher Entwicklung einerseits und die politische Entwicklung der Weimarer Republik andererseits unter sozialhistorischem Gesichtspunkt zur Diskussion zu stellen". Bei der Intensität, mit der in den letzten Jahren von den unterschiedlichsten Ansätzen aus die politökonomischen Aspekte der Weimarer Republik erforscht worden sind, war der Versuch einer Koordinierung und Integrierung der Ergebnisse aus den stark spezialisierten Arbeitsrichtungen längst überfällig, wenn es auch auf dem letzten Historikertag in der Diskussion um den Begriff "organisierter Kapitalismus" bereits Ansätze hierzu gegeben hatte. Daß sich nach fünftägiger Marathondiskussion fast alle Teilnehmer noch zu der Schlußsitzung am Sonntagmorgen zusammenfanden, kann als Zeichen dafür gelten, daß der riesige organisatorische Aufwand, der mit einer so minutiös vorbereiteten Tagung – und der folgenden Herausgabe der Papers und der Zusammenfassung der Diskussion – verbunden ist, gelohnt hat.

Zu dem Symposion trafen sich etwa sechzig Historiker, die für die Konferenz jeweils ein Arbeitspapier über ihr Spezialgebiet im Umfang bis zu 20 Seiten erstellt hatten. Diese Unterlagen waren vorab verschickt worden, so daß die Teilnehmer nach der Lektüre dieses Stapels von Referaten schon vor Konferenzbeginn eine umfangreiche tour d'horizon absolviert hatten. Die Internationalität war durch Wissenschaftler aus den USA (11), England (5) und Frankreich (2) gegeben, wobei die Zahlen wohl ziemlich repräsentativ für das Maß auswärtiger Beteiligung an der Erforschung der Weimarer Republik sind. Die eingeladenen Historiker aus der DDR und dem Ostblock hatten abgesagt, wie überhaupt die Teilnahme dezidiert "linker" Historiker gering war. Die breit gefächerte Runde vor allem jüngerer Sozial- und Wirt-

schaftshistoriker machte deutlich, daß kaum ein Zeitraum der deutschen Geschichte so intensiv erforscht wurde und wird wie die vierzehn Jahre der Weimarer Republik. Auf dem Kongreß wurde jedoch auch offenbar, daß die verschiedenen Fraktionen des Kapitals, etwa die Gegensätze innerhalb seiner Interessenvertretungen, auch regional viel intensiver erforscht werden als auf der Arbeitnehmerseite zum Beispiel die Politik der Gewerkschaften und ihrer Einzelverbände, was sich allerdings teilweise aus der unterschiedlichen Quellenlage ergibt.

Die Konzeption der Konferenz stammte von einem Kuratorium unter Leitung von Hans Mommsen, die – ausgezeichnet funktionierende – Organisation lag bei der Abteilung Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität und dem Bergbau-Museum Bochum. Das Geld kam über die Deutsche Forschungsgemeinschaft vom Stifterverband der deutschen Industrie. Aufbau und Gliederung des Konferenzablaufs waren in einer Vorkonferenz ausgearbeitet worden, in der auch festgelegt wurde, welche Historiker und Sozialwissenschaftler einzuladen seien.

Es ist natürlich unmöglich, auch nur andeutungsweise den Inhalt der Referate und der acht Arbeitssitzungen von mehr als jeweils drei Stunden Dauer auf wenigen Seiten zu referieren. Die Papers und die Hauptzüge der Diskussion sollen jedoch in einem Sammelband publiziert werden, dessen Erscheinen schon für das Frühjahr 1974 vorgesehen ist. Dieser Bericht kann daher bestenfalls die Funktion eines sporadisch kommentierten Vorab-Inhaltsverzeichnisses erfüllen, wobei sich sicherlich alle Teilnehmer grob vernachlässigt fühlen werden. Da den Berichten von Konferenzteilnehmern in der "Welt" vom 20. 6. 1973 und der "Frankfurter Rundschau" vom 23. 6. 1973 diametral verschiedene Ergebnisse des Symposions zu entnehmen sind, möchte ich hier meine völlige Subjektivität betonen.

Das einleitende Referat hielt Wolfram Fischer zum Thema "Ökonomischer Strukturwandel und konjunkturelle Entwicklung in der Weimarer Republik: Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit". Fischer wies dabei insbesondere auf die theoretisch damals schon gegebenen Möglichkeiten einer internationalen Lösung von Wirtschaftskrisen hin.

Arbeitssitzung I stand unter dem Motto "Wirtschaftliches Wachstum, wirtschaftlicher Strukturwandel und Veränderungen des industriellen Systems". Es lagen hierzu folgende Referate vor: Dieter Petzina/Werner Abelshauser, "Das Problem der relativen Stagnation der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren"; T. Balderston, "Statistical Sources on German Investment 1924 - 1929"; Peter Czada, "Große Inflation und Wirtschaftswachstum"; Gottfried Dascher, "Probleme der Konzernorganisation"; Thomas Park Hughes, "Technology as a Force for Change in History: The Effort to form a Unified Electric Power System in Weimar Germany"; Wolfgang Köllmann, "Bevölkerungsentwicklung in der Weimarer Republik"; Harald Poor, "City versus country: Urban Change and Development in the Weimar Republic"; Jürgen Reulecke, "Veränderungen des Arbeitskräftepotentials im Deutschen Reich von 1900 bis 1933"; Alice Teichova, "Konzentrationstendenzen in der Industrie Mittelost- und Südosteuropas nach dem Ersten Weltkrieg".

Hauptgegenstand der Diskussion war die Frage, wieweit der Erste Weltkrieg einen Wendepunkt in der industriellen Entwicklung dargestellt habe. Die Wirtschaftshistoriker (Köllmann, Fischer) vertraten die Meinung, daß die Wirtschaftsstruktur nach dem Kriege sich schnell wieder auf die eigentlich zu erwartende Normalentwicklung eingependelt, der Krieg also nur eine kleine Verwerfung im mittelfristigen Trend bedeutet habe. An der Bevölkerungsbewegung lasse sich bis 1925 eine kontinuierliche Stabilisierung und Durchbildung der industriellen Struktur zeigen. Dem wurde entgegengehalten, daß der Krieg als ausgesprochener Schub gewirkt habe, was sich etwa am Beispiel der Frauenarbeit in der verarbeitenden Industrie zeigen lasse (Czada, Reulecke). Dagegen forderte Puhle eine schichtenspezifische, makroökonomische Differenzierung des statistischen Materials, und Kocka sah eine auch mittelfristige Verzerrung der Entwicklung durch den Krieg schon dadurch gegeben, daß er die Massenkaufkraft entscheidend geschwächt und die vor 1914 sich beschleunigende Wachstumsrate der Verbrauchsgüterindustrie gegenüber der Produktionsgüterindustrie gestoppt habe. Petzina wies darauf hin, daß das gegenüber den Jahren des Nationalsozialismus und der Entwicklung in der Bundesrepublik verzögerte Wachstum in der Weimarer Republik zu einer Verschärfung der Kämpfe auf dem Verteilungssektor führte, während Mommsen gerade den Spannungen zwischen lang- und kurzfristigen Trends die eigentliche politische Relevanz zumaß.

In der Frage der Rationalisierung und Kartellierung kam es ebensowenig zu einem Konsens. Während die Wirtschaftshistoriker dazu neigten, die Rationalisierungsbewegung seit 1924 als Folge des eminenten Lohndrucks zu sehen, der nicht zuletzt mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit hervorgerufen und damit zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit geführt habe, wurde dem entgegengehalten, daß die reale Lage der Industriearbeiter keineswegs die These von den zu hohen Löhnen stütze, bei einem Lohnvergleich mit dem Ausland die konjunkturellen Phasenverschiebungen zu beachten seien und angesichts der Marktsättigung etwa in der Grundstoffindustrie rationalisierende Hyperinvestitionen ohnehin verfehlt gewesen seien. Auch über die Bedeutung des Außenhandels für den Strukturwandel läßt sich weiterhin trefflich streiten, ebenso über den Maßstab für den Konzentrationsgrad der Industrie. Allgemein wurde festgestellt, daß doch innerhalb der Weimarer Republik streng periodisiert werden müsse und der tertiäre Sektor noch sehr stark unterbelichtet sei.

Die Arbeitssitzung II war der "Sozialpolitik und dem sozialen Konflikt" gewidmet. Hierzu lagen folgende Referate vor: Hans H. Biegert, "Gewerkschaftspolitik in der Phase des Kapp-Lüttwitz-Putsches"; Georges Castellan, "Die soziale Bilanz der Prosperität 1924 - 1929"; Robert A. Gates, "Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik ? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929 - 1933"; Albin Gladen, "Probleme staatlicher Sozialpolitik in der Weimarer Republik"; Ursula Hüllbüsch, "Der Ruhreisenstreit und die Gewerkschaften"; T. W. Mason, "Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis 'archaischer' und 'fortschrittlicher' Momente in der modernen Geschichte"; Hans Mommsen, "Sozialpolitik im Ruhrbergbau"; Eberhard Pies, "Sozialpolitik und Zentrum 1924 - 1928"; Michael Schneider, "Konjunkturpolitische Vorstellungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Zur Entwicklung des Arbeitsbeschaffungsplans des ADGB"; Robert Wheeler, "Zur sozialen Struktur der Arbeiterbewegung am Anfang der Weimarer Republik: Einige methodologische Bemerkungen".

Der Berichterstatter Gerald Feldman betonte eingangs, daß Sozialpolitik in der Weimarer Republik nicht als etwas Selbstverständliches, sondern als Kampffeld betrachtet wurde. Eine ganze Reihe von Gründen wurden dafür angeführt, daß es zu keinen befriedigenden Lösungen kam: das Nichtfunktionieren des parlamentarischen Systems als Instrument des Interessenausgleichs; die Konzeptionslosigkeit der Gewerkschaften gegenüber dem langfristigen Arbeitgeberkonzept "zurück zu 1914"; Streitigkeiten aus Rechtsunsicherheit, etwa im Schlichtungswesen; die Unmöglichkeit, ein neues Arbeitsrecht zu schaffen, und die stets desolate Finanzlage. Eine breite Diskussion entzündete sich an der Frage der Konzeptionslosigkeit der Gewerkschaften, deren unzureichende organisatorische und theoretische Vorbereitung der Verfasser betonte. Pollard führte aus, daß diese Abstinenz der Gewerkschaften in wirtschaftspolitischen Fragen einerseits aus den Traditionen des wilhelminischen Reiches stammte, wo sich die Gewerkschaften um die aufsteigende konjunkturelle Kurve nicht zu kümmern brauchten, und daß sich ihre puritanische Bescheidenheit andererseits aus der falschen Alternative "Sozialpolitik oder Wachstum" ergeben habe, wobei man heute ja wisse, daß zumindest in der Situation nach 1929 ein Mehr an Sozialpolitik keinesfalls ein Weniger an Wachstum bedeutet hätte. Die Arbeitsbeschaffungspläne der Gewerkschaften am Ende der Republik wurden als Versuche der Emanzipation von der völlig hilflosen SPD gewertet.

Die Arbeitssitzung III galt der Finanzpolitik in der Weimarer Republik. Hierzu gab es fünf Arbeitspapiere, wobei auffiel, daß sich kein Referent für die Finanzpolitik der Stabilisierungsphase fand: Gerd Hardach, "Die beiden Reichsbanken: Internationales Währungssystem und nationale Währungspolitik 1924 - 1931"; Karl Hardach, "Zur zeitgenössischen Debatte der Nationalökonomen über die Ursachen der deutschen Nachkriegsinflation"; Claus-Dieter Krohn, "Steuerpolitik und Industrie in der Stabilisierungsphase. Von den Steuernotverordnungen im Winter 1923 zur Finanzreform im August 1925"; Martin Vogt, "Die Stellung der Koalitionsparteien zur Finanzpolitik 1928 - 1930"; Peter-Christian Witt, "Finanzpolitik und sozialer Wandel in Krieg und Inflation 1914 - 1924".

Die Diskussion gliederte sich um folgende Problemkreise: finanzpolitische Ursachen der Inflation, Verteilungseffekte der Finanzpolitik, Abhängigkeit von internationalen Konstellationen und Grenzen des Weimarer Sozialinterventionismus. Die Frage, wieweit die Inflation bewußt herbeigeführt war, beantworteten Czada und Witt dahingehend, daß ein hohes Maß an gelenkter Inflationspolitik bestanden habe und man die durchaus vorhandenen deflationistischen Stabilisierungsvorschläge absichtlich nicht habe zum Zuge kommen lassen. Nur so sei die Entschuldung des Reiches möglich gewesen, ebenso wie man glaubte, die Inflation aus Beschäftigungsgründen nötig zu haben. Dagegen wandte Karl Hardach ein, daß Inflation das Kennzeichen schwacher Regierungen sei, wobei der Inflation die Funktion einer indirekten Besteuerung durch Geldwertverschlechterung zukomme. Die damaligen Sachverständigen seien so geteilter Meinung über das Phänomen gewesen, daß sie keine konkreten Entscheidungshilfen hätten geben können. Der englische deflationistische Versuch, zur Goldparität zurückzukehren, habe sich keineswegs als attraktive Alternative erwiesen. Die andere Alternative zur Inflationspolitik, die Erklärung des Staatsbankrotts, sei – so Peter Krüger – von den Regierungsratgebern der Banken aus durchsichtigen Gründen hintertrieben worden, wie überhaupt die Rahmenbedingungen der Weimarer Republik harte Lösungen praktisch unmöglich gemacht hätten.

Die treibenden Kräfte der Inflationspolitik sah Witt neben Stinnes beim Reichswehr- und beim preußischen Innenministerium, während Feldman ausführte, daß Inflationswirtschaft von Geschäftsleuten, Politikern und Professoren erst mühsam habe erlernt werden müssen. Ein großer Teil der Unternehmer habe noch lange mit einer Markstabilisierung gerechnet, während eine konsequente Inflationspolitik nur von ganz wenigen, voran Stinnes, betrieben worden sei.

Zur Frage der Umverteilungseffekte legte Witt dar, daß die Erzbergersche Finanzreform einerseits als Ganzes nie in Kraft gesetzt worden sei, andererseits die intendierte Umverteilungspolitik durch die Steuergesetzgebung wegen der spezifischen Einbringungspolitik, insbesondere der weiten Möglichkeiten bei der Veranlagung und Begleichung der Einkommensteuer, nicht nur unterlaufen, sondern geradezu in ihr Gegenteil verkehrt worden sei. Ausgehend von Charles Maier, der davor warnte, die Auswirkungen der Inflation nur durch die "bürgerliche Brille" zu sehen, auf den Parallelfall Frankreich hinwies und einen allgemeinen Nivellierungs-

effekt der Inflation konstatierte, führte Winkler aus, daß sich die Folgen der Inflation für die Mittelschichten außerordentlich differenziert darstellten. In Handwerk und Handel müsse man davon ausgehen, daß sich Verlust der Ersparnisse und Entschuldung etwa die Waage hielten, denn hier seien 60 % der Haushalte Hausbesitzer gewesen. Das erweise auch eine schichtspezifische Betrachtung der Aufwertungsparteien, in denen abhängige Mittelständler und Kleinrentner dominierten. Dies wurde durch Köllmann, Witt und Vogt verdeutlicht, die ausführten, daß die Bezieher höherer Einkommen, also die besser Ausgebildeten, überproportional geschädigt wurden und der neue Mittelstand, die Angestelltenschaft, am stärksten betroffen war. Hier lagen denn auch die stärksten nationalistischen Einbruchsstellen. Der Republik sei ein großer Teil des bürgerlichen Wählerpotentials aus Inflationsressentiments und Verärgerung über die mangelnde Entschädigung für die Inflationsfolgen verlorengegangen, wie die Wahlen seit 1924 zeigten.

Hans Mommsen und Dieter Petzina führten aus, daß sich die Agrar- und Schwerindustrie höhere Kosten stets habe prompt erstatten lassen; so seien etwa erhöhte Lohnkosten durch Subventionen auch indirekter Art, wie etwa der Gütertarif der Bahn, kompensiert worden. Als schließlich die staatliche Finanzdecke nicht mehr ausgereicht habe, sei es zum totalen Konflikt und zur Abwendung vom sozialen Staat gekommen.

Auf die internationalen Rahmenbedingungen eingehend zeigte Werner Link auf, daß nach der damaligen allgemeinen Theorie eine internationale Anleihe für die Stabilisierung der Mark erforderlich gewesen sei. Diese Anleihe sei aber politisch erst nach der Lösung der Reparationsfrage – und später nach dem Abbruch des Ruhrkampfes – möglich geworden. Karl Hardach beantwortete die Frage, ob die deutsche Inflationspolitik eine Katastrophenpolitik gewesen sei, dahingehend, daß es durchaus geglückte Stabilisierungsvorbilder, etwa in Osteuropa, gegeben habe und die Techniken zur Erreichung der Stabilisierung bekannt gewesen seien. Die Reaktion auf die Ruhrbesetzung habe praktisch eine politische Verzögerung der Marksanierung um ein Jahr bedeutet.

Die IV. Arbeitssitzung stand unter dem Thema "Internationale Rahmenbedingungen und die Rolle der Reparationspolitik". Hierzu lagen folgende Papers vor: Dörte Döring, "Südosteuropa als penetriertes System"; Peter Krüger, "Die Rolle der Banken und der Industrie in den deutschen reparationspolitischen Entscheidungen nach dem Ersten Weltkrieg"; Werner Link, "Der amerikanische Einfluß auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase"; Charles S. Maier, "Coal and Economic Power in the Weimar Republic: The Effects of the Coal Crisis of 1920"; Alan S. Milward, "Der deutsche Handel und der Welthandel von 1925 - 39"; Hermann Rupieper, "Industrie und Reparationen: Einige Aspekte des Reparationsproblems 1922 - 1924"; Georges Soutou, "Der Einfluß der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Frankreichpolitik Deutschlands 1919 - 1921"; Jörg-Otto Spiller, "Reformismus nach rechts. Zur Politik des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in den Jahren 1927 bis 1930 am Beispiel der Reparationspolitik"; Dirk Stegmann, "Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/5 - 1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen".

Die sehr heterogene Diskussion läßt sich nur schwer zusammenfassen, schon deshalb, weil hier über scheinbar einfach zu klärende Fragen sehr verschiedene Meinungen vertreten wurden. War für die deutsche Eisenindustrie das Erz aus Lothringen von zentraler Bedeutung, oder waren, bedingt durch den technischen Verfahrenswandel, die schwedischen Erze an seine Stelle getreten ? Überspielten die Banken die Schwerindustrie oder umgekehrt ? Wie ist der Begriff "penetrierendes System" zu verstehen und gegenüber dem Begriff "Imperialismus" abzugrenzen ? Was war das Selbstverständnis von Stinnes ? Ausführlich wurde auf die Rolle des amerikanischen Kapitals eingegangen. Danach erscheint das amerikanische wirtschaftliche und politische Interesse in erster Linie auf die Sicherung der Kredite ausgerichtet, also zinsgewinnorientiert, nicht eigentlich imperialistisch gewesen zu sein, wie das geringe Ausmaß direkter Kapitalbeteiligungen und der ungestörte deutsche Agrarprotektionismus zeigten.

Für die vor allem von Döhn bestrittene These vom Interesse der Vereinigten Staaten an einer parlamentarischen Regierungsform in Deutschland und die von Hans Mommsen im Sinne Arnold Brechts als Untersuchungsobjekt gestellte Frage, warum sich in Deutschland das parlamentarische System so lange halten konnte, gab unter anderem Tim Mason zu bedenken, daß die Reparationen als Basis für das ganze Finanzsystem durch das parlamentarische System garantiert gewesen seien. Der amerikanische Kapitalexportdruck, unterstützt durch die interalliierten Kriegsschulden einerseits sowie den Kapitalmangel Deutschlands und das im Dawesplan festgesetzte Mindestzinsgefälle andererseits, habe zu einem automatischen Kapitalfluß geführt. Dessen Ausmaß sei jedoch so groß gewesen, daß die allgemeine Information über die Höhe der Verschuldung ab 1927 so viel Sprengstoff enthielt, daß sie das mühsam stabilisierte System ins Wanken zu bringen drohte, und das Ausmaß der Verschuldung erst 1931 bekannt wurde.

Die V. Arbeitssitzung beschäftigte sich mit der Einflußnahme industrieller Interessenvertretungen. Dazu waren folgende Referate erstellt worden: Lothar Albertin, "Faktoren eines Arrangements zwischen industriellem und politischem System in der Weimarer Republik 1918 - 1928"; Gerald D. Feldman, "The Economic and Social Consequences of the German Demobilization"; Paul Forman, "Industrial Support and Political Alignments of the German Physicists in the Weimar Republic"; Bodo Herzog, "Paul Reusch (1868 - 1956) und der 'Bund zur Erneuerung des Reiches' (Luther-Bund)"; Kurt Koszyk, "Die Funktionen der Presse im Weimarer System"; Ulrich Nocken, "Inter-Industrial Conflicts and Alliances

as Exemplified by the AVI Agreement"; Bernd Weisbrod, "Zur Form schwerindustrieller Interessenvertretung in der 2. Hälfte der Weimarer Republik"; Peter Wulf, "Regierung, Parteien, Wirtschaftsverbände und die Sozialisierung des Kohlebergbaues 1920 - 1921"; Friedrich Zunkel, "Die Gewichtung der Industriegruppen bei der Etablierung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie".

Hans Mommsen hatte in seinem einleitenden Bericht als die zentrale Frage formuliert, wie es der Großindustrie gelungen sei, die tradierten Strukturen, die Vormachtstellung der Produzenten gegen die Verbraucher, behaupten zu können, wobei er besonders auf die von Feldman herausgearbeitete Tatsache hinwies, daß die Hauptentscheidungen über die Erhaltung der wilhelminischen Produktionsstrukturen schon in der Eingangsphase der Republik, eigentlich schon vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung gefallen seien.

Henry A. Turner wies darauf hin, daß der Begriff Schwerindustrie durchaus nicht eindeutig sei. So hätten etwa die Konzerne von Reusch und Krupp einen Konglomeratscharakter mit starken Zweigen auch in der verarbeitenden Industrie, besonders dem Maschinenbau, gehabt. Insofern sei es verfehlt, allzu scharfe Trennungslinien zwischen den Industriebranchen ziehen zu wollen. Reinhard Rürup betonte die Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Entwicklungen, wie sie im Referat von Hughes und Forman zum Ausdruck kamen, für die Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse der Weimarer Industrie. Hughes zeigte am Beispiel des Problems eines elektrischen Verbundnetzes die Interdependenzen zwischen technischen Entwicklungen einerseits und wirtschaftlichen und staatlichen Interessen andererseits. In der Frühphase der Republik seien – so Rürup – unter dem Vorzeichen, keine Entscheidungen treffen zu wollen, eine Fülle von Entscheidungen gefallen. Im Gegensatz zur Industrie, die ihre Interessen zielstrebig verfolgte, habe die SPD eine Politik des 'als ob' betrieben und geglaubt, die Geschichte am 8. November anhalten und am 4. Februar, nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung, weiterführen zu können. Sie habe zudem die Sozialisierungspolitik ausschließlich wirtschaftspolitisch und nicht machtpolitisch gesehen, während die Gegenseite durchaus erkannte, daß die wirtschaftlich momentan 'falschen' doch die politisch und längerfristig 'richtigen' Entscheidungen sein konnten. Petzina führte aus, daß es eines internationalen Vergleichs bedürfe, um feststellen zu können, wie (über)mächtig die Industrieinteressen in Deutschland tatsächlich waren. Lothar Albertin betonte, daß der Wirtschaft nach 1918 mehr Macht zufloß, als sie selbst erwartete. So führte auch Peter Krüger aus, daß die Macht der Industrie aus der Ohnmacht der Regierungen resultierte. Feldman sah als Ursache für das neue Selbstbewußtsein der Unternehmer und Techniker das Versagen der Bürokratie im Ersten Weltkrieg. Der Nationalsozialismus habe dann das erneute Korrektiv gegen die Fachleute-Ideologie gebracht. Die Initiative sei schon durch die Taktik des Demobilmachungskommissars Koeth auf die Industrie übergegangen. Dagegen habe Koeths Gegenspieler Moellendorf kein realisierbares Konzept vorweisen können. Dies ergänzte Witt mit der Charakterisierung der Wissell/Moellendorfschen Politik als eines gigantomanischen organisatorischen Harmonisierungsversuchs im luftleeren Raum, da weder die Industrie noch die Gewerkschaften mitgespielt hätten.

Nachdem Köllmann die Gegensätze zwischen verarbeitender und Schwerindustrie relativiert hatte, wies er darauf hin, daß die industriellen Verbände den Zusammenbruch intakt überstanden, was ihnen etwa gegenüber dem ziemlich desolaten Apparat der Volksbeauftragten eine erhebliche Machtfülle gab. Winkler betonte die Vorzüge der Doppelgleisigkeit der Interessenvertretung für die Industrie, einerseits in den Industrie- und Handelskammern, andererseits in den Reichsverbänden. Tim Mason meinte, daß man eigentlich Hamlet ohne den Prinzen spiele, solange man die Rolle des Finanzkapitals nicht diskutiere, um dann zu betonen, daß im Gegensatz zu England, wo die City über die Produktion dominierte, in Deutschland die Banken eine untergeordnete Rolle als Dienstleistungsbetriebe der Industrie spielten.

Turner warf die Frage auf, warum die Großunternehmer mit der Republik so unzufrieden gewesen seien, wenn sie darin doch so stark waren. Der Ausbau der Sozialgesetzgebung, besonders in der Stabilisierungsphase, spreche eher gegen einen allzu großen Einfluß. Dem hielt Mommsen entgegen, daß die Industrie die Sozialpolitik immer als Krisenpolitik verstanden habe, Rückkehr zur Normalität habe Rückkehr zu 1914 bedeutet. Die Rechtfertigung hierfür sei dem nationalstaatlichen Konkurrenzdenken entnommen worden. Lothar Albertin schließlich warnte die zahlreichen Verbandshistoriker vor der spezifischen Betriebsblindheit, die daraus resultiere, daß der Gegenstand die Methode präge und so eine unmerkliche Identifikation mit dem Gegenstand herauskomme.

In der VI. Arbeitssitzung standen die agrarischen und mittelständischen Interessen im Mittelpunkt der Diskussion, die sich auf folgende Papers stützte: Jens Flemming, "Großagrarische Interessen und Landarbeiterbewegung. Überlegungen zur Arbeiterpolitik des 'Bundes der Landwirte' und des Reichslandbundes in der Anfangsphase der Weimarer Republik"; Dieter Gessner, "Industrie und Landwirtschaft 1928 - 1930"; Larry Eugene Jones, "Between the Fronts: The German National Union of Commercial Employees (DHV) from 1928 to 1933"; Jürgen Kocka, "Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914 - 1933"; Martin Schumacher, "Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes"; H. A. Winkler, "Vom Protest zur Panik: Der gewerbliche Mittelstand in der Weimarer Republik".

Der Berichterstatter Turner ging insbesondere auf das Problem des gemeinsamen Nenners zwischen Agrar- und Mittelstandsinteresse, auf die industrielle Entwick-

lung und die Brüchigkeit der Bündnisse zwischen den Mittelgruppen ein, wobei er die Massenbasis der nationalsozialistischen Bewegung in den unzureichend organisierten sozialen Gruppen sah. Ein besonderes Problem liege in der Unerforschtheit der Unorganisierten. Das Thema wurde unter drei Schwerpunkten diskutiert: der Charakter der vorindustriellen Überreste, deren spezifische Ausdrucksformen und der internationale Vergleich, um dann das Problem der Ungleichzeitigkeit in der industriellen Entwicklung – für Winklers Faschismuserklärungsmodell von zentraler Bedeutung – näher zu beleuchten.

In der Diskussion stellte sich als wohl eines der interessantesten Ergebnisse heraus, daß der Organisationsgrad der Mittelständler wesentlich größer war als etwa der der Arbeiterschaft. Die landwirtschaftlichen Interessen waren sehr effektiv organisiert – so Dieter Gessner –, während die Handwerker nach Winkler sogar überorganisiert waren. Als unterorganisiert seien nur der Einzelhandel und einige freie Berufe zu betrachten. Hoepke ging darauf ein, daß die landwirtschaftliche Produktion und vor allem die Vermarktung nicht so rationalisiert und industrialisiert gewesen seien, wie man das hätte erwarten können. Puhle führte diesen Ausdruck der sozioökonomischen Rückständigkeit auf das in der preußisch-deutschen obrigkeitsstaatlichen Tradition stehende Immediatverhältnis der Agrarier zum Staat zurück. Die landwirtschaftliche Strukturkrise seit dem 19. Jahrhundert rühre aus der – im Gegensatz etwa zu Holland und Dänemark – mangelnden Spezialisierung her. Die Umstellung habe man nicht nötig gehabt, denn der Staat habe die Verluste jeweils ausgeglichen. Die agrarische Rückständigkeit sei also Ausdruck der gesamten politischen Kultur. Jürgen Kocka konstatierte, daß die Angestellten in Deutschland, obwohl ein Produkt der Industrialisierung, sozialpsychologisch vorindustriell verhaftet geblieben seien. Daraus lasse sich auch ihr spezifisches Protest-Potential bei Störung ihrer Statuserwartungen ableiten. Diese Prägung lasse sich nicht nur im Betrieb, sondern weit in das organisatorische und politische Verhalten hinein verfolgen. Dabei seien zwei Aspekte kennzeichnend: einmal die Privatbeamtenmentalität, das bürokratische Beamtenleitmodell als kollektives Identifikationswunschobjekt, wobei hier im Laufe der zwanziger Jahre eine Abschwächung erkennbar werde; zum anderen seien ständische Traditionen typisch, die sich in spezifischen Leistungs- und -Statusbegriffen äußerten.

Zu Stegmanns Vorbehalten gegen einen sich verselbständigenden Kapitalismusbegriff, der etwa gegen "vorindustrielle Mentalitäten" ausgespielt werde, wandte Kocka ein, man könne durchaus, etwa im Vergleich mit der Entwicklung in den USA, besondere deutsche bürokratische und ständische Traditionen in der Angestelltenschaft konstatieren. Dem fügte Winkler hinzu, daß diese eigentümlich deutschen Residuen und Phasenverschiebungen gegenüber den USA sich teilweise aus den Ausweichmöglichkeiten zu den gesellschaftlichen Rückversicherungen bei Heer, Kirche und halbfeudalem Großagrariertum erklärten. In dem als Kontrast begriffenen Verhältnis zwischen Angestellten und Arbeitern zeige sich eine künstliche Verlängerung der alten staatlichen Segmentierungen aus ständischen Traditionen. Hans Mommsen setzte dazu die Mentalität der Beamtenschaft in Korrelation, deren Kritik an pluralistischen Strukturen sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchgesetzt habe, als an die Stelle der Politik die Verwaltung getreten sei. Bei den Beamtenorganisationen sei etwa um 1920 ein Bruch festzustellen, weg vom Burgfrieden und hin zu einem radikalen Lobbyismus mit dem Anspruch, den Staat als Ganzes zu repräsentieren. Im krisenhaften Verlauf der Weimarer Republik hätte die Beamtenschaft ihre Bezugsstrukturen verloren und sei politisch heimatlos geworden.

Tim Mason konstatierte eine Ungleichzeitigkeit nach hinten und nach vorne. Ein Vergleich mit den USA sei weniger relevant als mit Frankreich, was er anhand statistischer Unterlagen zur Sozialstruktur beider Länder aufzeigte. Auch Frau Döring ging auf das französische Beispiel ein, wo der Mittelstand sich trotz sehr viel rückständigerer Sozialstrukturen nach links orientierte und weitgehend mit dem demokratischen System identifizierte, während die entsprechenden deutschen mittelständischen Schichten nach rechts abschwenkten.

Ausgehend von Eberhard Pies' Darlegungen zum Verhältnis von Mittelstand und Zentrumspartei warfen Jörg-Otto Spiller und Lothar Albertin die Frage nach der Interessenintegration der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in die politischen Parteien und nach dem Weimarer Parteiensystem mit seinen soziologischen Einzugsfeldern auf. Diese Parteistrukturen seien grundsätzlich verschieden von den heutigen sich die "Mitte" streitigmachenden Parteien in unserer Arbeitnehmergesellschaft. In der Diskussion um die Funktion der Parteien im Weimarer System wurde festgestellt, daß die Milieuvorstellungen der SPD nicht parlamentarisch, sondern obrigkeitlich orientiert gewesen seien, worin sich die Strukturdefekte der wilhelminischen Zeit fortsetzten. Zwischen der aus traditionellen Belastungen zu erklärenden Nichtanpassung der SPD an das parlamentarische System, wie es Hugo Preuß konzipierte, und der gehandhabten Überangepaßtheit an das Weimarer System bestehe kein prinzipieller Unterschied. Die Verunsicherung der SPD sei zudem aus den nicht erfüllten Wachstumserwartungen – relativ rückläufige Arbeiterzahlen – und dem Verlust der Jugend zu erklären.

Für die VII. Arbeitssitzung "Staatlicher Interventionismus und Interessenpolitik in der Krise" lagen folgende Papers vor: Lothar Döhn, "Zur Verschränkung der 'Deutschen Volkspartei' mit großwirtschaftlich-industriellen Interessen im Herrschaftssystem der Weimarer Republik"; Klaus-Peter Hoepke, "Alfred Hugenberg als Vermittler zwischen großindustriellen Interessen und Deutschnationaler Volkspartei"; Henning Köhler, "Zum Verhältnis

Friedrich Flicks zur Reichsregierung am Ende der Weimarer Republik"; ders., "Das Verhältnis von Reichsregierung und Großbanken 1931"; Tilman P. Koops, "Zielkonflikte der Agrar- und Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning"; Henry Ashby Turner jr., "Das Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP".

Bei der Diskussion der ökonomischen Entwicklung in der Wirtschaftskrise wurde zunächst festgestellt, daß der Staatsinterventionismus unter Brüning stark zunahm, nämlich von ein auf vier Prozent des Bruttosozialprodukts, wobei der Landwirtschaft ein Mehrfaches der Subventionen zufloß, die die Industrie erhielt. Die Agrarpolitik sei Brünings wirtschaftlichem Konzept zuwidergelaufen und ihm von Hindenburg aufoktroyiert worden (Koops). Brüning habe ein gezielt neoimperialistisches Konzept verfolgt, indem er mit seiner Deflationspolitik die Ausgangsstellung der deutschen Wirtschaft auf dem internationalen Markt verbessern wollte. Die Diskussion ergab, daß die Fixierung auf die Auslandsmärkte bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Inlandskaufkraft ein internationales Phänomen dargestellt und damit zur Demontage des Weltwirtschaftssystems geführt habe.

Als hervorstechendstes Moment bei der Verschiebung der Interessenstrukturen in der Weimarer Republik wurde eine Verminderung des Bankeneinflusses konstatiert. Die Banken hätten ihre strategisch zentralen ökonomischen Positionen, in deren Besitz sie vor 1914 waren, verloren. In der Stabilisierungsphase sei ihnen, da sie in der Inflation die Einlagen als ihre Aktionsbasis weitgehend eingebüßt hatten, vor allem die Funktion als Vermittler ausländischen Kapitals zugekommen. Der hohe Grad der Selbstfinanzierung habe die Industrie zusätzlich von den Banken unabhängig gemacht.

Bei der Frage nach den systemüberwindenden autoritären Tendenzen zeigte Vogt deren Verstärkung seit 1928/29 auf. Ausgehend von der Arbeitsbeschaffungsproblematik als der zentralen Frage der deutschen Politik seit dem Herbst 1931, betonte Tim Mason den Charakter der Fortsetzung der Subventionspolitik mit anderen Mitteln. Es habe durchaus ein konfuser Konsens über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geherrscht. Die seitherige Forschung sei zu stark ideologiegeschichtlich orientiert gewesen und habe interessenpolitische Fragen weithin vernachlässigt: Das nationalsozialistische Konzept habe eben für jedermann etwas geboten außer für die Klasse der Industriearbeiter.

Der von verschiedenen Seiten geübten Kritik an Turners These, daß der Großindustrie keine bedeutende Verantwortung für Hitlers Machtergreifung zukomme, fügte Hans Mommsen die Auffassung von der indirekten sozialpolitischen Vermittlung des Nationalsozialismus durch die Industrie hinzu. Das natürliche Oppositionszentrum gegen den Nationalsozialismus hätten die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften sein müssen, deren Lähmung und Handlungsunfähigkeit jedoch weitgehend auf das Konto der Schwerindustrie gehe.

Die Zusammenfassung der Tagungsergebnisse zu Beginn der Schlußsitzung oblag Charles S. Maier. Er wies insbesondere auf das gesamteuropäische Phänomen der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit in den zwanziger Jahren als Folge der Kapitalzerstörung im Weltkrieg hin. Weit mehr als die Reparationen habe die deflationistische Weltmarktkonkurrenz zum Ruin der Massenkaufkraft und damit auch des Welthandels geführt. Die politische Ökonomie der Weimarer Republik sei schon den Zeitgenossen – Hilferding, Vögler, Tucholsky – durchaus klar gewesen. Die SPD habe die machtpolitische Prärogative nur in der Revolutionsphase besessen und sei aufgrund der Verhaftung in preußisch-vorkapitalistischen Traditionen sozusagen Opfer ihrer eigenen Ordnungsbilder geworden. Die Schlüsselrolle der Grundstoffindustrie, der es in allen Phasen der Republik gelungen sei, ihre Kastanien aus dem Feuer zu holen, sei durch die Reparationspolitik und das Marktmonopol gewährleistet gewesen. Maier kritisierte die allgemein zum Ausdruck gekommene Enge der Fragestellungen, die dazu führe, daß derselbe Acker allzuoft gepflügt werde. Diese Verengung, die Konzentration auf das Interessensystem, worin sich eine in der Ranke-Tradition stehende Beschränkung auf die Machtanalyse offenbare, vernachlässige wesentliche historische Faktoren.

Kaum hatte Maier jedoch diesen Engpaß konstatiert, führte seine Ablehnung des Begriffs "organisierter Kapitalismus" und dessen Ersetzung durch "korporativen Pluralismus" auf das weite Feld der methodischen und kategorialen Grundsatzdiskussion. Als er vollends die Meinung vertrat, der Marxismus sei unfähig zur Erklärung des Faschismus, gab es eine ganze Reihe von Bekenntnissen zum Marxismus als der wahren methodischen Grundlage, jeweils unter Hinweis auf verschüttete Traditionen.

Da die Schlußdiskussion vollständig in dem angekündigten Sammelband abgedruckt wird, sollen hier nur einige Schlaglichter gesetzt werden. Vor allem Kocka und Puhle verteidigten den Oberbegriff des organisierten Kapitalismus, wogegen Feldman diesen als unspezifisch und als Kreation gegen den ohnehin unhaltbaren Stamokap verwarf. Eine Konzeption, unter die sich alle Weltphänomene subsumieren ließen, leiste weniger als bescheidene lokalbestimmte Prägungen. Winkler schließlich begab sich auf die "dritte Abstraktionsebene" und fragte nach den normativen Maßstäben, an denen die konkurrierenden Modelle zu messen seien. Er sah dabei den Stellenwert individueller und kollektiver Rechte und das Equilibrium zwischen den Sozialgruppen als einen Gradmesser dafür an, in welchem Maße man sowohl dem historischen Moment als auch der Gegenwart gerechtwerden könne. Angesichts des am Rande des Symposions deutlich gewordenen Dissenses über vergleichsweise unkomplizierte politische Fakten beschleichen freilich den Berichterstatter Zweifel an einer verzerrungsfreien Perspektive auch auf höherer Abstraktionsebene.

Tim Mason wandte sich dagegen, die Erforschung von Rahmenbedingungen des Weimarer Systems allein als Aufgabe der Wirtschaftsgeschichtsschreibung zu sehen. Es fehle vor allem an mikroökonomischen Untersuchungen, die die Ursache der Krise, detaillierte Rentabilitäts- und Investitionsberechnungen sowie die Verteilung des Sozialprodukts vor allem für den mittelständischen Sektor zum Gegenstand hätten. Den an die historische Theorie zu stellenden Anspruch, zugleich strukturell und dynamisch zu sein, löse nur eine marxistisch orientierte Geschichtswissenschaft ein. Das spezifisch deutsche Element des Historismus bestehe in der Betonung der Machtfrage. Wenn derzeit in der Methodendiskussion das große historische Individuum durch den großen historischen Verband ersetzt werde, so sei dies kein guter Tausch. Wenn nach wie vor die zentrale Aufgabe des Historikers darin bestehe, das Selbstverständnis vergangener Generationen zu begreifen, so seien bisher ganz zentrale Sektoren vernachlässigt geblieben. Mason deutete dies am Beispiel der Bildungspolitik und der Frauenfrage – in mittelständischen Familienbetrieben auch ökonomisch von zentraler Bedeutung – im Faschismus an, für den sich dabei das Beiseiteschieben kultureller Werte als konstitutiv erweise.

Die Vermittlung zwischen ökonomisch-industriellen Interessen und dem gesellschaftlich-staatlichen System insgesamt wurde in den Diskussionsbeiträgen nur wenig angesprochen. Petzina konstatierte, daß sich kein befriedigendes Konzept gezeigt habe, wie die Umsetzung von ökonomischem Einfluß in politische Entscheidungen gemessen und dargestellt werden könne. Gemeinhin habe sich die Gefahr gezeigt, daß ziemlich mechanistisch von der eruierbaren Aktivität – sozusagen von der Größe des vorhandenen Aktenberges her – Rückschlüsse auf den politischen Einfluß gezogen würden.

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ
ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (IWK)
Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin
herausgegeben von Henryk Skrzypczak

INHALTSVERZEICHNIS UND REGISTER
zu den Heften 11 - 20

AUFSÄTZE	Heft	Seite
Birker, Karl: Die badischen Arbeiterbildungsvereine vor dem Ersten Weltkrieg	18	1
Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die Sozialdemokratie im Kaiserreich	15	1
Hamburger, Ernest: Betrachtungen über Heinrich Brünings Memoiren	15	18
Henderson, William O.: The Firm of Ermen & Engels in Manchester	11/12	1
Herrmann, Friedrich Georg: Otto Rühle als politischer Theoretiker		
1. Teil	17	16
2. Teil	18	23
Kluge, Ulrich: Essener Sozialisierungsbewegung und Volkswehrbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1918/19	16	55
Köster, Udo: Zum Verhältnis von proletarisch-revolutionärer Belletristik und kommunistischer Politik in Deutschland 1929 - 1932	17	1
Lucas, Erhard: Die Widerstandsbewegung gegen den Kapp-Putsch in der DDR-Historiographie	18	72
Moses, John A.: The Trade Union Issue in German Social Democracy 1890 - 1900	19/20	1
Peterson, Agnes F.: A Working Woman: Mathilde Jacob, 1873 - 1942	18	51
Skrzypczak, Henryk: From Carl Legien to Theodor Leipart, from Theodor Leipart to Robert Ley. Notes on some strategic and tactical problems of the German free trade union movement during the Weimar Republic	13	26

DOKUMENTATIONEN		
Biegert, Hans H.: Otto Hörsing als konspirativer Helfer Lenins. Ein Bericht Hörsings aus seinem Nachlaß	16	40
Botz, Gerhard und Johann Schauer: Der Nachlaß des Anarchisten Carl Dopf (1883 - 1968) [Tagebuch-Auszüge]	13	45
Feldman, Gerald D.: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement: A Documentation	19/20	45
Groh, Dieter: Die geheimen Sitzungen der Reichshaushaltskommission am 24. und 25. April 1913	11/12	29
Köhler, Henning: Ein französischer Agentenbericht aus dem revolutionären Berlin vom Dezember 1918	16	49
Krüschet, Gunter: Ein Brief Konrad Haenischs an Karl Radek. Zur Politik des 4. August [Vgl. auch den Leserbrief von Max Schwarz in H. 15, S. 100]	14	1
Ratz, Ursula: "Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland". Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915	13	1
Ratz, Ursula: Aus Franz Mehrings marxistischer Frühzeit. Ein Briefwechsel Franz Mehrings mit Lujo Brentano (1891-93)	19/20	20
Rubel, Maximilien: Gespräche über Rußland mit Friedrich Engels. Nach Aufzeichnungen von Alexei M. Woden	11/12	11
Skrzypczak, Henryk: Die Maifeier-Diskussion auf der deutschen Vorkonferenz zum Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart. Protokoll und Kommentar	16	1
Tych, Feliks: Zwei Briefe Rosa Luxemburgs an Kurt Eisner	15	40

	Heft	Seite
FORSCHUNGSSTANDANALYSEN UND LITERATURBERICHTE		
Beier, Gerhard: Kritischer Literaturbericht zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften seit 1945	15	57
/Vgl. auch den Leserbrief von Günter Triesch in H. 17, S. 115./		
Dingel, Frank: Rätebewegung und Rätekommunismus /Sammelrezension/	17	78
Głowacki, Andrzej: Die Forschungsthemen polnischer Historiker auf dem Gebiet der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung	14	18
Jemnitz, Janos und Ferenc Mucsi: Beiträge zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in der ungarischen Zeitschrift "Acta Historica"	19/20	110
Krylow, Boris: Neue sowjetische Publikationen zum Engels-Jubiläum	11/12	25
Lösche, Peter: Probleme der Anarchismusforschung. Kritische Anmerkungen zu einigen Neuerscheinungen	19/20	125
Mitschev, Dobrin: Forschungen zur deutschen Arbeiterbewegung in Bulgarien	18	55
ARCHIVBERICHTE, QEULLENÜBERSICHTEN		
Staatliche Archive		
Lepper, Herbert, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf		
A. (Regierungsbezirk Düsseldorf)	14	46
B. (Regierungsbezirk Köln) und C. (Regierungsbezirk Aachen)	17	61
Schmierer, Wolfgang: Der Bestand "Arbeiterbildungsverein Stuttgart" im Staatsarchiv Ludwigsburg	11/12	46
Głowacki, Andrzej: Quellen und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Wojewodzkie Archiwum Panstwowe w Szczecinie (WAPSz)	16	66
Kommunale Archive		
Scheper, Burchard: Quellen und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Bremerhaven	18	61
Wilkes, Mechthild: Quellen und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Historischen Archiv der Stadt Köln	11/12	50
Schadt, Jörg: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Mannheim	19/20	103
Bartelmeß, Albert: Quellen und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Nürnberg	14	60
Spezialarchive		
Jensen, Jürgen: Das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Hinweise über Arbeitsmöglichkeiten und Archivgutbestände	11/12	53
Mayer, Paul: Der Stockholmer Dokumentenfund. Das Archiv der SOPADE	15	46
Milton, Sybil: The Hoover Institution on War, Revolution and Peace. A Supplementary Report	14	41
Nachlässe		
Botz, Gerhard und Johann Schauer: Der Nachlaß des Anarchisten Carl Dopf (1883 - 1968)	13	45
Keller, Willy: Der Nachlaß Robert Grimm (1881 - 1958)	11/12	57
Krüschet, Gunter: Der Nachlaß Otto Hörsing	15	48
Na'aman, Shlomo: Zur Kollektion Lassalle / ADAV (Nachlaß Mayer) im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam	16	73
Wheeler, Robert F.: Der Restnachlaß Tony Sender	16	74
/Vgl. auch die Leserbriefe von Ernest Hamburger in H. 17, S. 116, und von Gerhard Beier in H. 18, S. 105./		
Milton, Sybil: The Sollmann Nachlaß	14	44
/Vgl. auch den Leserbrief von Otto M. Nelson in H. 17, S. 115./		

	Heft	Seite
Stillig, Jürgen: Die Mission Albert T h o m a s' in Rußland vom 22. April bis 13. Juni 1917. Der Fonds Albert Thomas in den Archives Nationales in Paris	13	56
Quellenübersichten		
Kluge, Ulrich: Quellen zur Geschichte der Rätebewegung 1918/1919 in Archiven des Bundesgebietes (II)	11/12	39
Lösche, Peter, Einige Materialien zur Geschichte der deutschen, deutsch-amerikanischen und internationalen Arbeiterbewegung in Archiven und Bibliotheken der Vereinigten Staaten [Vgl. auch den Leserbrief von Max Schwarz in H. 15, S. 100]	14	31
Röder, Werner: Die Dokumentation zur Emigration 1933 - 1945	11/12	54
FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN, WISSENSCHAFTLICHE VEREINIGUNGEN		
Callesen, Gerd: Selskabet til forskning i arbejderbevaegelsens historie (Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung)	14	104
James, Edward T. und Stanley Shapiro: The 'Labor Historians' [Leserbrief]	14	107
Kohl, Hans-Joachim O.: Comite d'Etudes sur l'histoire du mouvement ouvrier au Canada/ Committee on Canadian Labour History	17	114
Wheeler, Robert F.: Study Group on European Labor and Working Class History	16	122
FORSCHUNGS– UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE. Bearbeitet von Rita Klunkert		

		Titelverzeichnis	*Nachträge*
	Heft	Seite	Seite
XI (Nr. 1307-1433)	11/12	60	122
XII (Nr. 1434-1571)	13	58	67
XIII (Nr. 1572-1640)	14	64	68
XIV (Nr. 1641-1727)	15	51, 100	100
XV (Nr. 1728-1838)	16	78	—
XVI (Nr. 1839-1918)	17	70	77
XVII (Nr. 1919-2044)	18	64	71
XVIII (Nr. 2045-2177)	19/20	113	122

NEUE LITERATUR	Heft	Seite
(KA = Kurzanzeige)		
Abs, Robert: Catalogue [de la bibliotheque de l'Institut Emile Vandervelde] (*Rita Klunkert*) (KA)	11/12	106
1848. Augenzeugen der Revolution. Hrsg. v. P. Goldammer (*Ernst Schraepler*)	19/20	163
Actas de los Consejos y Comisión federal de la región española, 1870 - 1874. Hrsg. v. C. Secco Serrano (*Rudolf de Jong*)	15	89
Adolph, Hans J. L.: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894 - 1939 (*Walter Momper*)	14	84
Aktionen, Bekenntnisse, Perspektiven. Berichte und Dokumente vom Kampf um die Freiheit des literarischen Schaffens in der Weimarer Republik (*Alfred Kantorowicz*)	19/20	173
Albers, Detlev, Werner Goldschmidt und Paul Oehlke: Klassenkämpfe in Westeuropa. England, Frankreich, Italien (*Hans-Joachim Kohl*)	16	121
Albrecht, Friedrich: Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Wege zur Arbeiterklasse 1918 - 1933 (*Udo Köster*)	17	93

	Heft	Seite
Appelle einer Revolution. Dokumente aus Bayern zum Jahr 1918/1919 (*Ulrich Kluge*)	11/12	81
Aptheker, Bettina: Higher Education and the Student Rebellion in the United States 1960 - 1969. A Bibliography (*Erdmuthe Hundt*) (KA)	11/12	105
Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Hrsg. v. E. Mandel (*Dirk H. Müller*)	15	78
Årbog for Arbejderbevaegelsens Historie. Bd. 1 u. 2 (*Gerhard Beier*)	18	80
The Autobiographies of the Haymarket Martyrs. Hrsg. v. Ph. S. Foner (*Peter Lösche*)	11/12	79
Ay, Karl-Ludwig: Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges (*Ulrich Kluge*)	11/12	96
von Baden, Prinz Max: Erinnerungen und Dokumente. Neu hrsg. v. G. Mann u. A. Burckhardt (*Hans H. Biegert*)	14	88
Bakunin, Michail: Gott und der Staat und andere Schriften (*Hasko Hüning*)	13	71
Bakunin, Michail: Staatlichkeit und Anarchie. Vorwort H. Viesel (*Peter Lösche*)	19/20	125
Bakunin, Michail: Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften. Hrsg. v. H. Stuke (*Peter Lösche*)	19/20	125
Baron, Gerhart: Der Beginn. Die Anfänge der Arbeiterbildungsvereine in Oberösterreich (*Ernst Schraepler*)	14	94
Bartsch, Günter: Anarchismus in Deutschland. Bd. 1: 1945 - 1965 (*Peter Lösche*)	19/20	125
Bartsch, Günter: Kommunismus, Sozialismus und Karl Marx (*Hans H. Biegert*) (KA)	11/12	110
Basso, Lelio: Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution (*Claudie Weill*)	13	80
Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen (*Horst Dähn*)	11/12	95
Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1: 1863 bis 1878 (*Ernst Schraepler*)	13	72
Bebel, August: Politik als Theorie und Praxis. Ausgewählte Texte aus Reden und Schriften (*Ernst Schraepler*)	13	73
Bebel, August: Unsere Ziele. Mit e. Nachwort v. R. Dlubek u. U. Herrmann (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	11/12	107
Becher, Heribert J.: Georg Simmel. Die Grundlagen seiner Soziologie (*Hans Joachim Lieber*)	17	96
Behr, Wolfgang: Sozialdemokratie und Konservatismus [am Beispiel Bayerns] (*Peter Kritzer*)	11/12	100
Beier, Gerhard: Ost-West-Vorurteile in der Politischen Bildung (*Ingrid Thienel*)	15	87
Beradt, Charlotte: Paul Levi (*Hermann Weber*)	11/12	85
Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (*Hasko Hüning*)	14	75
Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels. Hrsg. v. H. Hirsch (*Hans-Joachim O. Kohl*)	13	73
Bibliographie de l'histoire du mouvement ouvrier en Suisse		
Heft 3 (*Theodor Pinkus*) (KA)	11/12	106
Heft 4 (*Rita Klunkert*) (KA)	15	94
Billerbeck, Rudolf: Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946 - 1951) und der Nationalsozialismus (*Hilmar Ruminski*)	16	113
Böckelmann, Frank: Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit (*Reinhard Spree*)	15	81
Böckelmann, Frank: Über Marx und Adorno (*Gesine Schwan*)	19/20	155
Börnsen, Gert: Innerparteiliche Opposition. Jungsozialisten und SPD (*Hans-Joachim O. Kohl*)	13	90
Bogdanow, A.: Die Wissenschaft und die Arbeiterklasse (*Karl Birker*)	16	93
Bonte, Florimond: Les Antifascistes allemands dans la Résistance française (*Pierre-Paul Sagave*)	13	88
Bourdet, Yvon: La délivrance de Prométhée. Pour une théorie politique de l'autogestion (*Gerhard Haupt*)	13	79
Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale. Bd. 3 (*Arnold Sywottek*)	15	90
Bremische Biographie 1912 - 1962 (*Walter Momper*)	11/12	88
Brenner, Otto: Für eine bessere Welt (*Gerhard Beier*)	13	93
Brenner, Otto: Gewerkschaftliche Tarifpolitik in den siebziger Jahren (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	100
Brüning, Heinrich: Memoiren 1918 - 1934 (*Ernest Hamburger*)	15	18
Bucharin, N.: Proletarische Revolution und Kultur (*Karl Birker*)	16	93
Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Bd. 2 (*Hans H. Biegert*)	13	69
Buse, Dieter K.: Ebert and the German Crisis, 1917 - 1920 (*Peter Lösche*) (KA)	18	99

	Heft	Seite
Callesen, Gerd: Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912 bis 1924 (*Gerhard Beier*)	11/12	97
Carlson, Andrew R.: Anarchism in Germany. Vol. I: The Early Movement (*Peter Lösche*)	19/20	125
Cliff, Tony: Studie über Rosa Luxemburg (*Claudie Weill*)	13	80
Colletti, Lucio: Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale (*Dirk H. Müller*)	17	83
Colodny, Robert G.: Spain: The Glory and the Tragedy (*Alfred Kantorowicz*)	14	95
Comyn, Marian: Meine Erinnerungen an Karl Marx (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	98
Conze, Werner, Erich Kosthorst und Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser		
Bd. 3: Politiker zwischen Ost und West 1945 - 1949. Von W. Conze (*Peter Lösche*)	11/12	87
Bd. 4: Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949 - 1957. Von E. Kosthorst (*Peter Lösche*)	17	101
Coser, Lewis A.: Theorie sozialer Konflikte (*Gesine Schwan*)	19/20	159
Czisnik, Ulrich: Gustav Noske (*Hans H. Biegert*)	13	83
Däubler, Wolfgang: Der Streik im öffentlichen Dienst (*Gerhard Beier*)	16	114
Debatte um Engels. Hrsg. v. H. Mehringer u. G. Mergner (*William O. Henderson*)	18	84
Deppe, Frank: Verschwörung, Aufstand und Revolution. Auguste Blanqui und das Problem der sozialen Revolution im 19. Jahrhundert (*Ernst Schraepler*)	16	106
Die deutsche politische Emigration, 1933 - 1945. Katalog zur Ausstellung (*Hans-Joachim O. Kohl*) (KA)	15	94
Deutscher, Isaac: Die sowjetischen Gewerkschaften (*Uwe Brügmann*)	13	94
Deutschland im Ersten Weltkrieg. Von e. Autorenkollektiv (*Hans H. Biegert*)	19/20	165
Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier international. Bd. 1: Autriche (*Hans Hautmann*)	16	88
Georgi Dimitrov. Biografija (*Sigrid Krüger*)	16	105
Dlubek, Rolf und Ursula Herrmann: Nachwort zur originalgetreuen Reproduktion der Schrift "Unsere Ziele" von August Bebel (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	11/12	107
Dobb, Maurice: Der Lohn (*Reinhard Spree*)	14	81
Documents sur l'histoire du mouvement ouvrier en Suisse (*Rita Klunkert*) (KA)	11/12	107
Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bd. 8 (*Peter Lösche*)	11/12	82
Eckert, Georg: Hundert Jahre Lötzener Kettenaffäre. Zwei unbekannte Briefe Wilhelm Brackes (*Gunter Krüschet*) (KA)	15	95
Eichler, Willi: Weltanschauung und Politik. Reden und Aufsätze (*Walther G. Oschilewski*)	17	102
Engelberg, Ernst: Die Pariser Kommune 1871 (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	99
Engels, Friedrich: Die deutsche Reichsverfassungkampagne. Zusammengest. u. eingel. v. R. Dlubek (*William O. Henderson*)	11/12	83
Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klassen in England. Hrsg. v. W. Kumpmann (*William O. Henderson*)	18	82
Friedrich Engels Studienausgabe. Hrsg. u. eingel. v. H. Mehringer u. G. Mergner (*William O. Henderson*)	18	82
Friedrich Engels in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargest. v. H. Hirsch (*Jürgen Jensen*)	11/12	83
Engels, Hans Werner: Gedichte und Lieder deutscher Jakobiner (*Ernst Schraepler*)	19/20	160
Erler, Fritz: Politik für Deutschland. Eine Dokumentation (*Walther G. Oschilewski*)	17	102
Ertl, Eric: Alle Macht den Räten ? (*Frank Dingel*)	11/12	92
Esters, Helmut und Hans Pelger: Gewerkschafter im Widerstand (*Hans H. Biegert*)	16	111
The Ethnological Notebooks of Karl Marx. Hrsg. v. L. Krader (*William O. Henderson*)	18	82
Euler, Friedrich Wilhelm: Karl Liebknecht (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	11/12	108
Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen (*Gerhard Beier*)	18	92
Der Faschismus in Deutschland. Eingel. u. hrsg. v. d. Gruppe Arbeiterpolitik (*Nils Kadritzke*)	19/20	170
Felgentreu, Herbert: FDGB. Richtig programmiert (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	15	97
Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	15	97

	Heft	Seite
Der Friede von Brest-Litowsk. Bearb. v. W. Hahlweg (*Dietrich Geyer*)	17	98
Fritsch, Bruno: Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx (*Peter Czada*)	16	101
Frühes deutsches Arbeitertheater 1847 - 1918. Eine Dokumentation v. F. Knilli u. U. Münchow (*Lintrun Weber-Freudenberger*)	17	90
Die Frühsozialisten 1789 - 1848. Hrsg. v. M. Vester (*Hasko Hüning*)	14	72
50 Jahre SPD Bingen (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	11/12	111
v. Gaertner, Franz: Die Reichswehr in der Weimarer Republik (*Ulrich Kluge*)	14	89
Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung. Hrsg. v. W. Dreßen (*Frank Dingel*)	17	94
German Exile Literature: A Symposium and Exhibit (*Peter Lösche*) (KA)	15	94
Goebel, Klaus: Friedrich Engels starb vor 75 Jahren (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	97
Goebel, Klaus: Das Engelsarchiv in Engelskirchen und sein Beitrag zur Erforschung des Lebens von Friedrich Engels (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	96
Goebel, Klaus: Ein Rheinländer schrieb Weltgeschichte. Zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	11/12	108
Goldmann, Lucien: Gesellschaftswissenschaften und Philosophie (*Hans Joachim Lieber*)	17	96
Gorz, Andre: Die Aktualität der Revolution (*Gesine Schwan*)	19/20	154
Gottschalch, Wilfried: Parlamentarismus und Rätedemokratie (*Frank Dingel*)	11/12	92
Gottschalch, Wilfried, Friedrich Karrenberg und Franz Josef Stegmann: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland (*Ernst Schraepler*)	11/12	89
Grab, Walter: Leben und Werke norddeutscher Jakobiner (*Ernst Schraepler*)	19/20	160
Grosser, Dieter: Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie (*Peter Lösche*)	11/12	94
Grossmann, Henryk und Carl Grünberg: Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus. Hrsg. v. C. Pozzoli (*Dirk H. Müller*) /Nachtrag in H. 17, S. 115/	16	94
Der Gründungsparteitag der KPD. Hrsg. v. H. Weber (*Ottokar Luban*)	16	91
Gruner, Erich: Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert (*Klaus Urner*)	11/12	102
Gruner, Erich: Die Parteien in der Schweiz (*Klaus Urner*)	11/12	103
Gruppe Internationale Kommunisten Hollands. Hrgs. v. G. Mergner (*Frank Dingel*)	17	78
Gustafsson, Bo: Marxismus und Revisionismus (*Georg Fülberth*)	19/20	150
Hammen, Oscar J.: Die Roten 48er. Karl Marx und Friedrich Engels (*Ernst Schraepler*)	19/20	163
Hanzlíček, Karol: Spomienky na začiatky robotníckeho hnutia v Bratislave /Rückblicke auf die Preßburger Arbeiterbewegung/ (*Hans-Joachim O. Kohl*) (KA)	15	98
The Harney Papers. Hrsg. v. F. Gees Black u. R. Metivier Black (*John Eichmanis*)	14	74
Haupt, Georges: Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914 (*Horst Lademacher*)	13	95
Heike, Otto: Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835 - 1945 (*Wilhelm Matull*)	11/12	104
Helms, Hans G.: Fetisch Revolution (*Gesine Schwan*)	19/20	157
Henderson, William O.: Britain and Industrial Europe 1750 - 1870 (*Walter Grab*)	18	88
Henderson, William O.: William Thomas Mulvany – ein irischer Unternehmer im Ruhrgebiet 1806 - 1885 (*Monika Wölk*) (KA)	15	96
Herrmann, Ursula und Dieter Malik: Das revolutionäre Erbe der Eisenacher (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	11/12	110
Herwegh, Georg: Literatur und Politik. Hrsg. v. K. Mommsen (*Helmut Merker*)	13	71
Hesselbach, Walter: Die Bedeutung der Gemeinwirtschaft in der deutschen Volkswirtschaft (*Gerhard Beier*) (KA)	18	101
Hesselbach, Walter: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen (*Bruno Broecker*)	14	93
Hesselbach, Walter: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen /Vortragsmanuskript/ (*Gerhard Beier*) (KA)	18	102
Hirche, Kurt: Die Finanzen der Gewerkschaften (*Gerhard Beier*)	18	95
Hirsch, Helmut: Friedrich Engels, 1820 - 1895 (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	11/12	108
Hirsch, Helmut: Lehrer machen Geschichte. Das Institut für Erziehungswissenschaften und das Internationale Schulbuchinstitut (*Ingrid Thienel*) (KA)	15	99
Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970 (*David Kramer*)	16	86

	Heft	Seite
History of Socialism Year Book 1968 (*Gunter Krüschet*) (KA)	11/12	109
Hobsbawm, Eric J.: Sozialrebellen. Archaische Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert (*Peter Lösche*)	19/20	125
Hofmann, Werner: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts (*Ernst Schraepler*)	11/12	90
Holzer, Jerzy: La portée sociale du N.S.D.A.P. dans les années 1928 - 1930 (*Rita Klunkert*) (KA)	11/12	110
Huch, Ricarda: Michael Bakunin und die Anarchie (*Peter Lösche*)	19/20	125
Hundert Jahre deutsche Metallarbeitergewerkschaft. Bibliographie (*Dieter Schuster*) (KA)	18	96
Ihlau, Olaf: Die Roten Kämpfer (*Ottokar Luban*)	16	111
Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49 (*Ernst Schraepler*)	19/20	162
Ingensand, Harald: Die Ideologie des Sowjetkommunismus (*Hans H. Biegert*) (KA)	11/12	110
Institut Marksizma-Leninizma pri ZK KPSS: Wissenschaftliches Informationsbulletin der Abteilung für die Herausgabe der Werke von Marx und Engels (*Peter Jahn*)	18	79
Institut für Zeitgeschichte /München/. Selbstverständnis, Aufgaben und Methoden der Zeitgeschichte (*Hans H. Biegert*) (KA)	15	99
L'Internationale Communiste et les problemes coloniaux, 1919 - 1935 (*Gilbert Ziebura*)	14	71
An Interview with Karl Marx in 1879. Hrsg. v. Th. W. Porter (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	96
Jacoby, E. Georg: Die moderne Gesellschaft im sozialwissenschaftlichen Denken von Ferdinand Tönnies (*Hans Joachim Lieber*)	17	96
Jahnke, Karl-Heinz: Entscheidungen. Jugend im Widerstand 1933 - 1945 (*Gerhard Beier*)	13	88
Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas. Bd. 13/1 (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	11/12	111
Jauernig, Edmund: Sozialdemokratie und Revanchismus (*Karl Richard Kern*)	13	89
Johnson, Oakley C.: Robert Owen in the United States (*Paul R. Duggan*)	13	69
Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919. Bearb. v. H. Schulze (*Susanne Miller*)	15	84
Kalex, Günter: Wirtschaftsunternehmen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland (*Dorothee Keppel*)	19/20	178
Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift (*Hans Hautmann*)	13	74
Kapitalismus in den siebziger Jahren (*Paul Mattick*)	16	118
Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919 - 1923 (*Walter Momper*)	16	110
Kautsky, Karl: Der Weg zur Macht. Hrsg. u. eingel. v. G. Fülberth (*Hans-Joachim O. Kohl*)	16	90
Kern, Horst und Michael Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein (*Gerhard Beier*)	14	92
Kernig, Claus D.: Friedrich Engels. Bemerkungen zu Werk und Wirkung (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	11/12	108
Kielmansegg, Peter Graf: Deutschland und der Erste Weltkrieg (*Hans H. Biegert*)	19/20	165
Klein, Alfred: Im Auftrag ihrer Klasse. Weg und Leistung der deutschen Arbeiterschriftsteller, 1918 - 1933 (*Alfred Kantorowicz*)	19/20	173
Die kleine, mühselige Welt des jungen Hermann Enters. Erinnerungen an das frühindustrielle Wuppertal (*Hans H. Biegert*) (KA)	11/12	107
Klotzbach, Kurt: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930 - 1945 (*Dieter Fitterling*)	11/12	98
Knilli, Friedrich: Arbeiter-Radio-Bewegung (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	15	97
Knütter, Hans-Helmuth: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918 - 1933 (*Ernest Hamburger*)	18	92
Könnemann, Erwin und Hans-Joachim Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch (*Erhard Lucas*)	18	72
Körner, Alfred: Die Wiener Jakobiner (*Ernst Schraepler*)	19/20	160
Kolb, Johannes: Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit (*Gerhard Beier*)	11/12	101
Korsch, Karl: Schriften zur Sozialisierung. Hrsg. u. eingel. v. Erich Gerlach (*Reinhard Spree*)	13	78
Kosthorst, Erich s. Conze, Werner		
Kreissler, Felix: Von der Revolution zur Annexion. Österreich 1918 - 1938 (*Susanne Miller*)	13	93

	Heft	Seite
Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung (*Hans-Joachim O. Kohl*)	14	69
Kritzer, Peter: Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918 bis 1923 (*Heinrich Hillmayr*)	13	85
Kühne, Karl: Das gemeinwirtschaftliche Unternehmen als Wettbewerbsfaktor (*Gerhard Beier*) (KA)	18	102
The Labour Party. A Select reading list excluding Labour Party publications (*Peter Lösche*)(KA)	15	94
Landauer, Gustav: Zwang und Befreiung. Eine Auswahl aus seinem Werk (*Ulrich Kluge*)	11/12	85
Landshut, Siegfried: Kritik der Soziologie und andere Schriften zur Politik (*Jürgen Kocka*)	14	80
Laschitza, Annelies: Deutsche Linke im Kampf für eine demokratische Republik (*Georg Fülberth*)	18	89
Laschitza, Annelies und Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung (*Georg Fülberth*)	18	85
Lassalle, Ferdinand: Arbeiterlesebuch und andere Studientexte. Hrsg. v. W. Schäfer (*Shlomo Na'aman*)	18	81
Lassalle, Ferdinand: Reden und Schriften. Hrsg. v. F. Jenaczek (*Shlomo Na'aman*)	16	88
Lehmann, Hans Georg: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie (*Siegfried Bahne*)	17	86
Leichter, Otto: Otto Bauer (*Susanne Miller*)	13	82
Lenin, Wladimir Iljitsch: Für und wider die Bürokratie. Schriften und Briefe 1917 - 1923 (*Hasko Hüning*)	16	92
Lenin in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargest. v. H. Weber (*Uwe Brügmann*)	14	88
W. I. Lenin. Biographie. Verf. v. e. Autorenkollektiv (*Uwe Brügmann*)	14	86
Leninism and the Revolutionary Process (*Paul Mattick*)	16	101
Lenk, Kurt: Marx in der Wissenssoziologie (*Hans Joachim Lieber*)	19/20	151
Lenk, Kurt: Theorien der Revolution (*Peter Lösche*)	19/20	125
Levi, Paul: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe (*Hermann Weber*)	11/12	85
Lewin, Roland: Erich Mühsam 1878 - 1934 (*Gunter Krüschet*) (KA)	11/12	109
Lewis, Beth Irwin: George Grosz (*Hans H. Biegert*)	19/20	175
Lewytzkyj, Borys: Die Gewerkschaften in der Sowjetunion (*Uwe Brügmann*)	13	95
Liang, Hsi-Huey: Lower-Class Immigrants in Wilhelmine Berlin (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	103
Liebknecht, Karl: Ausgewählte Reden und Schriften I. Hrsg. u. eingel. v. H. Böhme (*Horst Dähn*)	11/12	84
Die Linke gegen die Parteiherrschaft. Hrsg. u. eingel. v. F. Kool (*Frank Dingel*)	17	78
Linse, Ulrich: Organisierter Anarchismus im deutschen Kaiserreich von 1871 (*Peter Lösche*)	19/20	125
Listy Róży Luksemburg do Franciszka Mehringa [Briefe Rosa Luxemburgs an Franz Mehring]. Bearb. v. F. Tych (*Gunter Krüschet*) (KA)	11/12	107
The Long Debate on Poverty. Eight essays on industrialisation and 'the condition of England' (*Henryk Katz*)	19/20	180
Lowy, Michael: La théorie de la révolution chez le jeune Marx (*Gerhard Haupt*)	13	75
Lucas, Erhard: Periodika der Arbeiter- und Angestelltenbewegung im Ruhrgebiet 1848 - 1933 (*Hans H. Biegert*) (KA)	11/12	105
Lunatscharski, A.: Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse (*Karl Birker*)	16	93
Luxemburg, Rosa: La crise de la social-démocratie, suivie de sa critique par Lénine. Eingel. v. E. Mandel (*Claudie Weill*)	13	80
Luxemburg, Rosa: Textes. Übers. u. hrsg. v. G. Badia (*Ottokar Luban*)	16	91
Rosa Luxemburg in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargest. v. H. Hirsch (*Claudie Weill*)	13	80
Mai, Joachim: Das deutsche Kapital in Rußland 1850 - 1894 (*Hans H. Biegert*)	19/20	164
Manifest der Kommunistischen Partei [Reprint] (*Gunter Krüschet*) (KA)	11/12	106
Mansilla, H. C. F.: Faschismus und eindimensionale Gesellschaft (*Hilmar Ruminski*)	15	80
Marchlewska, Zofia: Eine Welle im Meer. Erinnerungen an Heinrich Vogeler und Zeitgenossen (*Walter Momper*)	13	87
Marx, Karl: The Eastern Question. A Reprint of Letters written 1853 - 1856 dealing with Events of the Crimean War (*William O. Henderson*)	14	74

	Heft	Seite
Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Mit e. Nachwort v. H. Gerfin u. R. Hickel (*Otto Martin Hoffmann*)	14	73
Karl Marx. Chronik seines Lebens in Einzeldaten. Zusammengest. v. Marx-Engels-Lenin-Institut Moskau (*Maximilien Rubel*)	19/20	145
Karl Marx. Dokumente seines Lebens, 1818 bis 1883. Zusammengest. u. erl. v. M. Kliem (*Ernst Schraepler*)	15	74
Marx zur Ansicht. Ein Bericht über Leben und Lehre von Karl Marx und über die Marx-Interpretation in der Bundesrepublik. Hrsg. v. H. Grossmann (*Gesine Schwan*)	19/20	152
Marx, Karl und Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Probeband. Hrsg. v. IML b. ZK d. KPdSU u. v. IML b. ZK d. SED (*Hans Joachim Lieber*)	19/20	144
Marx, Karl und Friedrich Engels: Pressefreiheit und Zensur. Hrsg. u. eingel. v. I. Fetscher (*William O. Henderson*)	11/12	83
Marx, Karl, Jenny Marx, Friedrich Engels: Lettres à Kugelmann. Übers. u. hrsg. v. G. Badia (*Heinz-Gerhard Haupt*) (KA)	18	96
Marxismus und Politik. Aufsätze aus der Marxismus-Diskussion der zwanziger und dreißiger Jahre (*Arnold Sywottek*)	15	77
Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek (*Dirk H. Müller*)	15	76
Matull, Wilhelm: Ostpreußens Arbeiterbewegung (*Helmut Neubach*) (KA)	18	103
Mayer, Evelies: Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften (*Gerhard Beier*)	19/20	176
Meier-Cronemeyer, Hermann: Kibbuzim. Geschichte, Geist und Gestalt, 1. Teil (*Monika Richarz*)	14	96
Metzmacher, Helmut: Der Arbeiter- und Soldatenrat 1918 in Aachen; Der Arbeiter- und Soldatenrat 1918 in Krefeld; Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates in Saarbrücken 1918 (*Horst Dähn*) (KA)	15	99
Mayer-Levine, Rosa: Levine. Leben und Tod eines Revolutionärs (*Karl-Ludwig Ay*)	19/20	167
Michels, Robert: Die Verelendungstheorie (*Hans H. Biegert*) (KA)	15	95
Microfilms 1971 [der Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford] (*Peter Lösche*) (KA)	15	94
Mikrofilm-Archiv der deutschsprachigen Presse e. V. Bestandsverzeichnis 1970 (*Hans H. Biegert*) (KA)	11/12	105
Mit Spott gegen Kaiser und Reich. Verse gegen den deutschen Militarismus (*Alfred Kantorowicz*)	19/20	165
Mitchell, Harvey und Peter Stearns: Workers and Protest. The European Labor Movement, the Working Classes and the Origins of Social Democracy, 1890 - 1914 (*Richard H. Rioux*)	16	107
Mitwirkung und Mitbestimmung. Die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten (*Gerhard Beier*) (KA)	18	100
Der moderne Imperialismus. Hrsg. u. eingel. v. W. J. Mommsen (*Hilmar Ruminski*)	18	80
Moore, R. Laurence: European Socialists and the American Promised Land (*Peter Lösche*)	14	76
Mroßko, Kurt-Dietrich: Richard Calwer, Wirtschaftspolitiker und Schriftsteller, 1868 - 1927 (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	98
Müssener, Helmut: Die deutschsprachige Emigration in Schweden nach 1933 (*Werner Röder*)	18	94
Na'aman, Shlomo: Lassalle (*Ernst Schraepler*)	14	82
Nettlau, Max: La Première Internationale en Espagne, 1868 - 1888. Bearb. v. R. Lamberet (*Rudolf de Jong*)	15	89
Neubach, Helmut: Paul Löbe 1875 - 1967 (*Henryk Skrzypcak*) (KA)	11/12	109
(Neuberg, A.), Hans Kippenberger, M. N. Tuchatschewski und Ho Chi Minh: Der bewaffnete Aufstand. Eingel. v. E. Wollenberg (*Alexander Fischer*)	19/20	147
Neuenkirch, Gerhard: Die Zusammenarbeit in der Gemeinwirtschaft (*Gerhard Beier*) (KA)	18	101
Neuland, Franz: Die Frankfurter Arbeiter-Presse (*Gunter Krüschet*) (KA)	15	98
Neuland, Franz: Die Frankfurter Buchdruckerordnungen (*Hans H. Biegert*) (KA)	15	97
Niethammer, Lutz: Entnazifizierung in Bayern (*Robert F. Rich*)	19/20	179

	Heft	Seite
Opel, Fritz: 75 Jahre Eiserne Internationale, 1893 - 1968 (*Jürgen Jensen*)	11/12	104
Origines et debuts des partis communistes des pays latins (1919 - 1923). Bearb. v. S. Bahne (*Aldo Agosti*)	13	74
Otto, Volker: Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates (*Gerhard Beier*)	16	112
Pages de Karl Marx pour une éthique socialiste. Übers. u. hrsg. v. M. Rubel (*Heinz-Gerhard Haupt / Heinz-Dieter Kittsteiner*)	16	100
Pelger, Hans: Der Osnabrücker Arbeiterbildungsverein 1849 - 1851 (*Gunter Krüschet*) (KA)	11/12	110
Petrović, Gajo: Philosophie und Revolution (*Gesine Schwan*)	19/20	149
Petrović, Gajo: Wider den autoritären Marxismus (*Gesine Schwan*)	13	76
Proudhon, Pierre Joseph: Bekenntnisse eines Revolutionärs, um zur Geschichtsschreibung der Februarrevolution beizutragen (*Hasko Hüning*)	13	71
Die Rätebewegung. Hrsg. v. G. Hillmann (*Frank Dingel*)	17	78
Raloff, Karl: Et bevaeget Liv. Fra Kejserrige og Weimar-Republik over Emigrantår til et nyt Tyskland (*Gerhard Beier*)	11/12	86
Rauch, Georg von: Lenin und das Problem der Widersprüche im "kapitalistischen" Lager (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	97
Reetz, Jürgen: Vier Briefe von Jenny Marx aus den Jahren 1856 - 1860 (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	97
Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingel. v. E. Matthias, bearb. v. S. Miller u. H. Potthoff (*Peter Lösche*)	11/12	80
Reich, Wilhelm: Die Massenpsychologie des Faschismus (*Nils Kadritzke*)	19/20	171
Reichard, Richard W.: Crippled from Birth: German Social Democracy 1844 - 1870 (*Dieter K. Buse*)	13	84
Reiprich, Kurt: Die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels (*Hans-Werner Kohlheim*)	11/12	91
Reisberg, Arnold: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik (*Werner T. Angress*)	18	91
Retzlaw, Karl: Spartakus. Aufstieg und Niedergang (*Frank Dingel*)	18	87
Revolution und Räteherrschaft in München. Aus der Stadtchronik 1918/19 (*Ulrich Kluge*)	14	76
Revolution und Räterepublik in München 1918/19 in Augenzeugenberichten (*Reinhard Rürup*)	17	99
Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts (*Paul Mattick*)	16	117
Ridder, Winfried und Joseph Scholmer: Die KPD. Programm und Politik (*Henryk Skrypczak*) (KA)	11/12	111
Rjazanov, D.: Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär (*Maximilien Rubel*)	19/20	145
Rosenberg, Ludwig: Entscheidungen für morgen – Gewerkschaftspolitik heute (*Gerhard Beier*)	13	92
Rubel, Maximilien: Karl Marx. Essai de biographie intellectuelle (*Heinz-Gerhard Haupt / Heinz-Dieter Kittsteiner*)	16	100
Rubel, Maximilien: Saint-simonisme et marxisme (*Sabine Wilke*) (KA)	11/12	109
Rühle, Otto: Baupläne für eine neue Gesellschaft. Hrsg. v. H. Jacoby (*Frank Dingel*)	17	78
Rühle, Otto: Schriften. Perspektiven einer Revolution in hochindustrialisierten Ländern. Hrgs. v. G. Mergner (*Frank Dingel*)	17	78
Rülcker, Christoph: Ideologie der Arbeiterdichtung 1914 - 1933 (*Udo Köster*)	17	92
Sander, Hans Dietrich: Marxistische Ideologie und allgemeine Kunsttheorie (*Lintrun Weber-Freudenberger*)	17	88
Schäfer, Hermann P.: Die 'Gelben Gewerkschaften' am Beispiel des Unterstützungsvereins der Siemens-Werke, Berlin (*Hans-Joachim O. Kohl*) (KA)	18	103
Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945 - 1952 (*Kerstin Leitner*)	14	91
Schmidt, Giselher: Spartakus. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (*Horst Dähn*)	16	109
Schmidt, Helmut: Beiträge (*Walther G. Oschilewski*)	17	102
Scholmer, Joseph: Die Krankheit der Medizin (*Hans-Gorg Wolters*)	16	115
Schüller, Richard, Alfred Kurella und R. Chitarow: Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale (*Reinhold Enke*)	15	92
Schulz, Ursula: Carlo Mierendorffs Tod. Ein Brief Adolf Reichweins an seinen Freund Harro Siegel (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	97

	Heft	Seite
Schumacher, Martin: Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919 - 1933 (*Heinrich A. Winkler*)	19/20	168
Schuster, Dieter: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung (*Hans H. Biegert*) (KA)	15	97
Söllner, Christa: Clara Zetkin und die sozialistische Frauenbewegung in der Zeit von 1890 bis zum I. Weltkrieg (*Sigrid Wiegenstein-Laumer*)	16	108
Solidarität. Alfred Nau zum 65. Gebrutstag (*Hans-Joachim O. Kohl*)	16	115
Soziologie und Marxismus in der DDR. Hrsg. u. eingel. v. P. C. Ludz (*Hans Joachim Lieber*)	19/20	156
SPD Ludwigsburg. 80 Jahre. 1891 - 1971 (*Hans H. Biegert*) (KA)	15	98
Stadler, Karl R.: Dr. Karl Renner. Wissenschaftler – Politiker – Staatsmann (*Hans H. Biegert*) (KA)	11/12	109
Staudinger, Anton: Die sozialdemokratische Grenzländerkonferenz vom 15. September 1933 in Salzburg (*Hans H. Biegert*) (KA)	15	99
Sternberg, Fritz: Der Faschismus an der Macht (*Hilmar Ruminski*) [Vgl. auch den Leserbrief von Helga Grebing in H. 17, S. 115]	15	75
Stoecker, Helmuth: Walter Stoecker. Die Frühzeit eines deutschen Arbeiterführers, 1891 - 1920 (*Ulrich Kluge*)	15	82
Struve, Günter: Kampf um die Mehrheit. Die Wahlkampagne der SPD 1965 (*Wolf-Dieter Narr*)	15	87
Les syndicats face à l'Europe (*Hans-Joachim O. Kohl*) (KA)	18	101
Sywottek, Arnold: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935 - 1946 (*Rainer Holzer*)	15	85
Szerer, Barbara: Z dziéjow ruchu robotniczego Wrocławia 1900 - 1914 [Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Breslau 1900 - 1914] (*Rita Klunkert*) (KA)	15	98
Thiemeyer, Theo: Grundsätze einer Theorie der Gemeinwirtschaft (*Gerhard Beier*) (KA)	18	102
Thönnessen, Werner: Frauenemanzipation. Politik und Literatur der Deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863 - 1933 (*Barbara Stolterfoht*)	11/12	93
Thümmler, Heinzpeter: Zur sozialen Struktur der Ausgewiesenen unter dem Sozialistengesetz, 1878 - 1890 (*Hans-Joachim O. Kohl*) (KA)	18	98
Topolski, Jerzy: Lénine et les sciences historiques (*Hans-Joachim O. Kohl*) (KA)	15	96
Trotzki, Leo: Schriften über Deutschland. Hrsg. v. H. Dahmer (*Hartmut Mehringer*)	16	95
Trotzki, Leo: Stalin. Eine Biographie. Hrsg. v. H. Mehringer (*Hermann Weber*)	15	81
Leo Trotzki in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargest. v. H. Wilde (*Hartmut Mehringer*)	16	99
Tych, Feliks: Ostatni pobyt Rózy Luksemburg w Warszawie [Der letzte Aufenthalt Rosa Luxemburgs in Warschau] (*Jürgen Vietig*) (KA)	11/12	108
Tych, Feliks: Some Conditions and Regularities of Development of the Polish Working Class Movement (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	104
Valiani, Leo: Le mouvement socialiste en Europe après 1914 (*Gunter Krüschet*) (KA)	15	96
Varga, Eugen: Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. Hrsg. u. eingel. v. E. Altvater (*Reinhard Spree*)	13	77
Vaßen, Florian: Georg Weerth (*Walter Grab*)	16	105
Vidal, Daniel: Essai sur l'idéologie. Le cas particulier des idéologies syndicales (*Heinz-Gerhard Haupt*)	16	104
Vollmer, Helmut J.: Die außenpolitischen Vorstellungen des Kreises um die Sozialistischen Monatshefte (*Hans H. Biegert*) (KA)	15	97
Vuilleumier, Marc: Le saint-simonisme en Suisse (*Sabine Wilke*) (KA)	11/12	109
Wagenlehner, Günther: Staat oder Kommunismus. Lenins Entscheidung gegen die kommunistische Gesellschaft (*Oskar Anweiler*)	16	102
Wallraff, Hermann Josef: Aktuell-funktionale Gemeinwirtschaft (*Gerhard Beier*) (KA)	18	102
Weber, Hermann: Clara Zetkin an Rosa Luxemburg (*Gunter Krüschet*) (KA)	11/12	107
Weber, Hermann: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, 1946 - 1971 (*Bernd Niedbalski*)	15	88
Weber, Hermann und Fred Oldenburg: 25 Jahre SED (*Bernd Niedbalski*)	15	88
Weingartner, Thomas: Stalin und der Aufstieg Hitlers (*Hannelore Horn*)	14	89

	Heft	Seite
Weisser, Gerhard: Die politische Bedeutung der Wissenschaftslehre (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	15	96
Weitling, Wilhelm: Das Evangelium des armen Sünders; Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte. Hrsg. v. W. Schäfer (*Ernst Schraepler*)	14	72
Wenzel, Peter: Spezialinventar des Ratsarchivs Görlitz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 1820 - 1945 (*Hans H. Biegert*)	11/12	79
Western Europe. A Survey of Holdings at the Hoover Institution on War, Revolution and Peace (*Peter Lösche*) (KA)	15	94
Wette, Wolfram: Kriegstheorien deutscher Sozialisten (*Alexander Fischer*)	19/20	148
Wheeler, Robert F.: The Independent Social Democratic Party and the Internationals (*Agnes Blänsdorf*)	15	83
Wilde, Harry: Friedrich Engels. Zum 150. Geburtstag (*Hans Joachim O. Kohl*) (KA)	15	95
Winkler, Heinrich August: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus (*Hilmar Ruminski*)	19/20	168
Winkler, Heinrich August: Unternehmer und Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	18	100
Witt, Friedrich-Wilhelm: Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik (*Otto Blecke*)	17	100
Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus. Hrsg. v. W. Ehlert, H. Joswig, W. Luchterhand u. K.-H. Stiemerling (*Reinhard Spree*)	14	69
Wulf, Peter: Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928 - 1932 (*Heinrich August Winkler*)	11/12	97
Wuppertaler Biographien. 9. Folge (*Henryk Skrzypczak*) (KA)	11/12	107
Zeitungen und Zeitschriften der Bibliotheken des Bundesvorstandes des DGB und des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (*Hans H. Biegert*) (KA)	11/12	106
Zur Theorie und Praxis des Streiks. Hrsg. v. D. Schneider (*Gerhard Beier*)	16	103

TAGUNGEN, AUSSTELLUNGEN

Biegert, Hans H.: VI. Internationale Tagung zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Linz [15. - 19. September 1970]	11/12	111
Biegert, Hans H. und Jürgen Bergmann: Die VII. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz vom 14. - 18. September 1971	14	97
Biegert, Hans H.: Die VIII. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz vom 12. - 16. September 1972	17	104
Krüger, Sigrid: 3. Jahrestagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) vom 8. - 11. September 1972 in Zürich	17	111
Pinkus, Theodor und Sigrid Krüger: Zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung. Eine Ausstellung in Zürich	17	112
Biegert, Hans H.: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Bericht über das Internationale Symposion in Bochum vom 12. bis 17. Juni 1973	19/20	181

NACHRUFE

Miller, Susanne: Rudolf Rothe und Paul Mayer zum Gedenken	11/12	120
Miller, Susanne: In memoriam Julius Braunthal	16	77
Steiner, Herbert: Nicolae Goldberger – Nachruf und Bibliographie	11/12	118

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DEN HERAUSGEBER

W. O. Henderson über schwer zugängliche Engels-Briefe. – David W. Morgan über den Stand seiner Doktorarbeit zum Thema USPD. – Karl Grunert über die Mikroverfilmung von Protokollen des Hamburger Arbeiter- und Soldaten-Rats. – Dettmer Grünefeld über eine Kartei zur Zeit erscheinender sozialistischer Zeitschriften und Zeitungen. – Ursula Schulz über eine geplante Reichwein-Briefausgabe. – Nachtrag zu Henryk Skrzypczaks Beitrag "Engels an Meyer, Kaufmann und andere" in H. 10	11/12	121 f.

	Heft	Seite
Ernst Rudolph über die evangelische Arbeitervereinsbewegung und ihr Ende 1933. – Edward T. James und Stanley Shapiro über die 'Labor Historians'	14	106 ff.
Hans H. Biegert über die Umfrage zur Erforschung "demokratischer Freiheitsbewegungen". – Max Schwarz zu zwei falschen biographischen Daten über Konrad Haenisch und Johann Most in H. 14	15	100
Günter Triesch zum Literaturbericht von Gerhard Beier in H. 15. – Helga Grebing zur Besprechung von Fritz Sternbergs "Der Faschismus an der Macht" in H. 15. – Nachtrag zu Dirk H. Müllers Rezension von Henryk Grossmann und Carl Grünberg, "Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus", in H. 16. – Otto M. Nelson zum Bericht über den Sollmann Nachlaß in H. 14. – Ernest Hamburger zum Bericht über den Restnachlaß Tony Sender in H. 16	17	115 f.
Über die schwedische Zeitschrift "Arkiv för studier i Arbetarrörelsens Historia". – Gerhard Beier zum Bericht über den Restnachlaß Tony Sender	18	104 ff.

AUTORENREGISTER

Agosti, Aldo
H. 13, S. 74
Angress, Werner T.
H. 18, S. 91
Anweiler, Oskar
H. 16, S. 102
Ay, Karl Ludwig
H. 19/20, S. 167

Bahne, Siegfried
H. 17, S. 86
Bartelmeß, Albert
H. 14, S. 60
Beier, Gerhard
H. 11/12, S. 86, 97, 101; H. 13, S. 88, 92, 93; H. 14, S. 92; H. 15, S. 57; H. 16, S. 103, 112, 114; H. 18, S. 80, 92, 95, 100, 101, 102, 105; H. 19/20, S. 176
Bergmann, Jürgen
H. 14, S. 97
Biegert, Hans H. (hb)
H. 11/12, S. 79. 105, 106, 107, 109, 110, 111; H. 13, S. 69, 83; H. 14, S. 88, 97; H. 15, S. 95, 97, 98, 99, 100; H. 16, S. 40, 111; H. 17, S. 104; H. 19/20, S. 164, 165, 175, 181
Birker, Karl
H. 16, S. 93; H. 18, S. 1
Blänsdorf, Agnes
H. 15, S. 83
Blecke, Otto
H. 17, S. 100
Botz, Gerhard
H. 13, S. 45
Broecker, Bruno
H. 14, S. 93
Brügmann, Uwe
H. 13, S. 94, 95; H. 14, S. 86, 88
Buse Dieter K.
H. 13, S. 84

Callesen, Gerd
H. 14, S. 104
Czada, Peter
H. 16, S. 101

Dähn, Horst
H. 11/12, S. 84, 95; H. 15, S. 99; H. 16, S. 109
Dingel, Frank
H. 11/12, S. 92; H. 17, S. 78, 94; H. 18, S. 87
Duggan, Paul R.
H. 13, S. 69

Eichmanis, John
H. 14, S. 74
Enke, Reinhold
H. 15, S. 92

Feldman, Gerald D.
H. 19/20, S. 45
Fischer, Alexander
H. 19/20, S. 147, 148
Fitterling, Dieter
H. 11/12, S. 98
Fülberth, Georg
H. 18, S. 85, 89; H. 19/20, S. 150

Geyer, Dietrich
H. 17, S. 98
Głowacki, Andrzej
H. 14, S. 18; H. 16, S. 66
Grab, Walter
H. 16, S. 105; H. 18, S. 88
Grebing, Helga
H. 17, S. 115
Groh, Dieter
H. 11/12, S. 29; H. 15, S. 1
Grunert, Karl
H. 11/12, S. 121
Grünefeld, Dettmer
H. 11/12, S. 121

Hamburger, Ernest
H. 15, S. 18; H. 17, S. 116; H. 18, S. 92
Haupt, Heinz-Gerhard
H. 13, S. 75, 79; H. 16, S. 100, 104; H. 18, S. 96
Hautmann, Hans
H. 13, S. 74; H. 16, S. 88
Henderson, William O.
H. 11/12, S. 1, 83, 121; H. 14, S. 74; H. 18, S. 82
Herrmann, Friedrich Georg
H. 17, S. 16; H. 18, S. 23
Hillmayr, Heinrich
H. 13, S. 85
Hoffmann, Otto Martin
H. 14, S. 73
Holzer, Rainer
H. 15, S. 85
Horn, Hannelore
H. 14, S. 89
Hüning, Hasko
H. 13, S. 71; H. 14, S. 72, 75; H. 16, S. 92
Hundt, Erdmuthe (eh)
H. 11/12, S. 106

Jahn, Peter
H. 18, S. 79
James, Edward T.
H. 14, S. 107
Jemnitz, Janos
H. 19/20, S. 110
Jensen, Jürgen
H. 11/12, S. 53, 83, 104
de Jong, Rudolf
H. 15, S. 89

Kadritzke, Nils
H. 19/20, S. 170, 171
Kantorowicz, Alfred
H. 14, S. 95; H. 19/20, S. 165, 173
Katz, Henryk
H. 19/20, S. 180

Keller, Willy
H. 11/12, S. 57
Keppel, Dorothee
H. 19/20, S. 178
Kern, Karl Richard
H. 13, S. 89
Kittsteiner, Heinz-Dieter
H. 16, S. 100
Kluge, Ulrich
H. 11/12, S. 39, 81, 85, 96; H. 14, S. 76, 89; H. 15, S. 82; H. 16, S. 55
Klunkert, Rita (rk)
H. 11/12, S. 106, 107, 110; H. 15, S. 94, 98; H. 17, S. 70; H. 18, S. 64; H. 19/20, S. 113
Kocka, Jürgen
H. 14, S. 80
Köhler, Henning
H. 16, S. 48
Köster, Udo
H. 17, S. 1, 92, 93
Kohl, Hans-Joachim O.
H. 13, S. 73, 90; H. 14, S. 69; H. 15, S. 94, 95, 96, 98; H. 16, S. 90, 115, 121; H. 17, S. 114; H. 18, S. 98, 101, 103
Kohlheim, Hans-Werner
H. 11/12, S. 91
Kramer, David
H. 16, S. 86
Kritzer, Peter
H. 11/12, S. 100
Krüger, Sigrid
H. 16, S. 105; H. 17, S. 111, 112
Krüschet, Gunter (gk)
H. 11/12, S. 106, 107, 109, 110; H. 14, S. 1; H. 15, S. 48, 95, 96, 98
Krylow, Boris
H. 11/12, S. 25

Lademacher, Horst
H. 13, S. 95
Leitner, Kerstin
H. 14, S. 91
Lepper, Herbert
H. 14, S. 46; H. 17, S. 61
Lieber, Hans-Joachim
H. 17, S. 96; H. 19/20, S. 144, 151, 156
Lösche, Peter (pl)
H. 11/12, S. 79, 80, 82, 87, 94; H. 14, S. 31, 76, 94; H. 17, S. 101; H. 18, S. 99; H. 19/20, S. 125
Luban, Ottokar
H. 16, S. 91, 111
Lucas, Erhard
H. 18, S. 72

Matull, Wilhelm
H. 11/12, S. 104
Mattik, Paul
H. 16, S. 101, 117, 118
Mayer, Paul
H. 15, S. 46
Mehringer, Hartmut
H. 16, S. 95, 99
Merker, Helmut
H. 13, S. 71
Miller, Susanne
H. 11/12, S. 120; H. 13, S. 82, 93; H. 15, S. 84; H. 16, S. 77
Milton, Sybil
H. 14, S. 41, 44
Mitschev, Dobrin
H. 18, S. 55
Momper, Walter
H. 11/12, S. 88; H. 13, S. 87; H. 14, S. 84; H. 16, S. 110
Morgan, David W.
H. 11/12, S. 121
Moses, John A.
H. 19/20, S. 1
Mucsi, Ferenc
H. 19/20, S. 110
Müller, Dirk H.
H. 15, S. 76, 78; H. 16, S. 94; H. 17, S. 83, 115

Na'aman, Shlomo
H. 16, S. 73, 88; H. 18, S. 81
Narr, Wolf-Dieter
H. 15, S. 87
Nelson, Otto M.
H. 17, S. 115
Neubach, Helmut
H. 18, S. 103
Niedbalski, Bernd
H. 15, S. 88

Oschilewski, Walther G.
H. 17, S. 102

Peterson, Agnes F.
H. 18, S. 51
Pinkus, Theodor (tp)
H. 11/12, S. 106; H. 17, S. 112

Ratz, Ursula
H. 13, S. 1; H. 19/20, S. 20
Rich, Robert F.
H. 19/20, S. 179
Richarz, Monika
H. 14, S. 96
Rioux, Richard H.
H. 16, S. 107
Röder, Werner
H. 11/12, S. 54; H. 18, S. 94
Rubel, Maximilien
H. 11/12, S. 11; H. 19/20, S. 145
Rudolph, Ernst
H. 14, S. 106
Rürup, Reinhard
H. 17, S. 99
Ruminski, Hilmar
H. 15, S. 75, 80; H. 16, S. 113; H. 18, S. 80; H. 19/20, S. 168

Sagave, Pierre-Paul
H. 13, S. 88
Schadt, Jörg
H. 19/20, S. 103
Schauer, Johann
H. 13, S. 53

Scheper, Burchard
H. 18, S. 61
Schmierer, Wolfgang
H. 11/12, S. 46
Schraepler, Ernst
H. 11/12, S. 89, 90; H. 13, S. 72, 73; H. 14, S. 72, 82, 94; H. 15, S. 74; H. 16, S. 106; H. 19/20, S. 160, 162, 163
Schulz, Ursula
H. 11/12, S. 121
Schuster, Dieter
H. 18, S. 96
Schwan, Gesine
H. 13, S. 76; H. 19/20, S. 149, 152, 154, 155, 157, 159
Schwarz, Max
H. 15, S. 100
Shapiro, Stanley
H. 14, S. 107
Skrzypczak, Henryk (sk)
H. 11/12, S. 107, 108, 109, 110, 111; H. 13, S. 26; H. 15, S. 96, 97; H. 16, S. 1; H. 18, S. 96, 97, 98, 99, 100, 103
Spree, Reinhard
H. 13, S. 77, 79; H. 14, S. 69, 81; H. 15, S. 81
Steiner, Herbert
H. 11/12, S. 118
Steinisch, Irmgard
H. 19/20, S. 45
Stillig, Jürgen
H. 13, S. 56
Stolterfoht, Barbara
H. 11/12, S. 93
Sywottek, Arnold
H. 15, S. 77, 90

Thienel, Ingrid
H. 15, S. 87, 99
Triesch, Günter
H. 17, S. 115
Tych, Feliks
H. 15, S. 40

Urner, Klaus
H. 11/12, S. 102, 103

Vietig, Jürgen (jv)
H. 11/12, S. 108

Weber, Hermann
H. 11/12, S. 85; H. 15, S. 81
Weber-Freudenberger, Lintrun
H. 17, S. 88, 90
Weill, Claudie
H. 13, S. 80
Wheeler, Robert F.
H. 16, S. 74, 122
Wiegenstein-Laumer, Sigrid
H. 16, S. 108
Wilke, Sabine (sw)
H. 11/12, S. 109
Wilkes, Méchthild
H. 11/12, S. 50
Winkler, Heinrich A.
H. 11/12, S, 97; H. 19/20, S. 168
Wölk, Monika
H. 15, S. 96
Wolters, Hans-Georg
H. 16, S. 115

Ziebura, Gilbert
H. 14, S. 71

I W K INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ
ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Anschrift: HISTORISCHE KOMMISSION ZU BERLIN, IWK-Redaktion,
1 Berlin 45, Tietzenweg 79. – Telefon: 73 03 61.

Die IWK versucht systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In einer entsprechenden Rubrik der Zeitschrift werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nebenstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des vorliegenden Fragebogens. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Rücksprache mit dem Bearbeiter erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Titelverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationalen und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmengeschichte und Unternehmerbiographie befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT (bei Kandidaten: Sitz der Hochschule, an der die Prüfung abgelegt werden soll):

ART DES VORHABENS (z. B.: Edition, Aufsatz, Monographie, phil. Diss., Staatsexamensarbeit):

TITEL DES VORHABENS (Arbeitstitel genügt):

ERLÄUTERUNGEN (Problemstellung, Gliederung, Akzente; Quellenbasis):

WISSENSCHAFTLICHER BETREUER (falls vorhanden):

STAND DER ARBEIT (z. B.: geplant, Anfangsstadium der Bearbeitung, voraussichtlicher Zeitpunkt des Ms.-Abschlusses):

SONSTIGES (z. B.: soll im Herbst 197. im Verlag . . . . . erscheinen):

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT (bei Kandidaten: Sitz der Hochschule, an der die Prüfung abgelegt werden soll):

ART DES VORHABENS (z. B.: Edition, Aufsatz, Monographie, phil. Diss., Staatsexamensarbeit):

TITEL DES VORHABENS (Arbeitstitel genügt):

ERLÄUTERUNGEN (Problemstellung, Gliederung, Akzente; Quellenbasis):

WISSENSCHAFTLICHER BETREUER (falls vorhanden):

STAND DER ARBEIT (z. B.: geplant, Anfangsstadium der Bearbeitung, voraussichtlicher Zeitpunkt des Ms.-Abschlusses):

SONSTIGES (z. B.: soll im Herbst 197. im Verlag . . . . . erscheinen):

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT (bei Kandidaten: Sitz der Hochschule, an der die Prüfung abgelegt werden soll):

ART DES VORHABENS (z. B.: Edition, Aufsatz, Monographie, phil. Diss., Staatsexamensarbeit):

TITEL DES VORHABENS (Arbeitstitel genügt):

ERLÄUTERUNGEN (Problemstellung, Gliederung, Akzente; Quellenbasis):

WISSENSCHAFTLICHER BETREUER (falls vorhanden):

STAND DER ARBEIT (z. B.: geplant, Anfangsstadium der Bearbeitung, voraussichtlicher Zeitpunkt des Ms.-Abschlusses):

SONSTIGES (z. B.: soll im Herbst 197. im Verlag . . . . . erscheinen):

IWK
Internationale wissenschaftliche Korrespondenz
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Wieder lieferbar: *Heft 7 (Dezember 1968), 2., durchgesehene Auflage*

Inhalt: **Helmut Richtering**, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Münster – **Klaus Schwarz**, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung bis 1945 im Staatsarchiv Bremen - **Jürgen Asch**, Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Niedersächsischen Staatsarchiv in Oldenburg – **Heinrich A. Winkler**, Archivalien zur Geschichte der deutschen Mittelstandsbewegung im Deutschen Zentralarchiv Potsdam und Merseburg – **Karlheinz Brüls**, Die Bibliothek des ehemaligen Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach – **Dieter Schuster**, Die Bibliotheken und Archive des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften – Liste der Exilperiodika auf Mikrofilm im Institut für Zeitungsforschung Dortmund – **Hermann Weber**, Der Nachlaß Ernst Meyer – **Fanny Fuks**, La Revue "Socialisme" – **Peter Lösche**, IV. Internationale Tagung zur Geschichte der Arbeiterbewegung – Forschungs- und Publikationsvorhaben – Neue Literatur

Historische Kommission zu Berlin

Einzelveröffentlichungen
Band 10

Karl Birker

DIE DEUTSCHEN ARBEITERBILDUNGSVEREINE VON 1840 BIS 1870

XII, 239 Seiten, Großoktav, Leinen, DM 58.––

In den Arbeiterbildungsvereinen begegnen sich zwei entscheidende Bewegungen des 19. Jahrhunderts: die Arbeiterbewegung und die Volksbildungsbewegung. Die Spaltung der Vereine in einen liberalen und einen sozialistischen Flügel am Ende der sechziger Jahre, die zur Trennung der Arbeiterbewegung von der bürgerlichen Demokratie führte, hat die innenpolitische Entwicklung Deutschlands verhängnisvoll beeinflußt. Dennoch gibt es bisher keine eingehendere Darstellung ihrer Wirksamkeit und Bedeutung. Diese Lücke schließt die Arbeit von Karl Birker. Zugleich erbringt sie den Nachweis, daß die Arbeiterbewegung nach der Revolution von 1848 nicht so vollständig zum Erliegen kam, wie allgemein angenommen wird. Ausführlich wird insbesondere die Tätigkeit der Arbeiterbildungsvereine während ihrer Blütezeit in den sechziger Jahren behandelt, wobei ihre Bedeutung für die Entstehung der Genossenschaften herausgearbeitet wird, während die Untersuchungen über die Bildungstätigkeit Ansatzpunkt einer verstärkten Beschäftigung mit der Sozialgeschichte der Kultur im 19. Jahrhundert sein können.

Colloquium Verlag Berlin